Archiv der Gossner Mission
im Evangelischen Landeskirchlichen Archiv in Berlin

Signatur **Gossner_G 1_1737**

Aktenzeichen ohne

Titel

Schließung des Kaliwerks Bischofferode

Band

Laufzeit 1992 - 1994

Enthält

u.a. Zeitungsartikel und Leserpost zur Schließung des Werks, zum Hungerstreik und Arbeitskampf der Grubenarbeiter; Stellungnahmen und Rolle der Kirche beim Arbeitskampf; Brief an den Landesbischof der Kirchenprovinz Sachsen; Stellungnahmen des Betriebsra

Digitalisiert/Verfilmt 2009 von Mikro-Univers GmbH

Gossner Mission

Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen

Junge Kirche

2/94
Februar 1994
55. Jahrgang



Elisabeth Lingner/Uwe Birnstein: Frauen in der Männerkirche

Harald Messlin: Erfahrungen aus Bischofferode

Ute Gniewoß: Wo am Frauentag gefeiert wird

50 Jahre Bretton Woods – 50 Jahre Geldherrschaft

ISSN 0022-6319
T 4002 E

Gossner Mission

Inhalt

Ulrike Plautz: Zu diesem Heft 65

Hans-Jürgen Benedict: Gibt es ein Zuhause? 66

Claude Lévi-Strauss: Traurige Tropen 69

Uwe Birnstein: Frauenmut und Männermacht 72
Zu den Auseinandersetzungen um den Dienstsitz der Hamburger Bischöfin

Klaus Geyer: Zwischenruf 75

Elisabeth Lingner: „Relikte eines dienenden Frauenbildes". 76
Interview

Harald Messlin: Erfahrungen aus Bischofferode 80

Ute Gniewoß: Wo am Frauentag gefeiert wird 83
Beobachtungen einer Westpastorin in Ostdeutschland

Johannes Dantine: Fehlende Distanz 90
Zur umstrittenen Weltgebetstagsliturgie

Aufruf zur Kampagne anläßlich des 50. Jahrestags von Bretton Woods 95

Sozialgeschichtliche Bibelauslegung
Matthias Ahrens: Zwischen den früheren Begierden und dem kommenden Heil 99

Aus den Kirchen 102
ÖRK beschließt „Programm zur Überwindung der Gewalt" – Seminar für Frauen als kirchliche Führungskräfte in Nairobi – Kirchen drängen auf gerechtere Vermögensverteilung – Rat der EKD zur Abschiebung von Flüchtlingen und zu Rüstungsexporten – Kirchenasyl – Westfälische Kirche gegen Pflichtjahr für Frauen

Gerechtigkeit 107
ILO besorgt über Zunahme transnationaler Zusammenschlüsse – Wirtschaftswachstum nicht für die Armen – Guatemala will Menschenrechte besser schützen – IWF verstärkt Druck auf Nicaragua – Schweizer Hilfswerke für gerechte Bevölkerungspolitik

Frieden 111
Südafrikanischer Kirchenrat ruft zu waffenfreien Wahlen auf – Menchu startet „Friedensmission der Ureinwohner" in Chiapas – Gegen Lockerung der Kontrollen für Rüstungsexporte – Europäisches Recht auf Kriegsdienstverweigerung gefordert – Förderpreis für gewaltfreies Handeln für Belgrader Antikriegsszentrum – Gegen eine allgemeine Dienstpflicht – Von den Kirchen eindeutiges Nein gegen Militärpolitik gefordert

Bewahrung der Schöpfung 116
FAO fordert Erhöhung der Wasserpreise – In Hanoi gibt es Widerstand gegen Umweltzerstörung – Tschernobyl-verseuchte Wälder – Atom-Dilemma – „Vermüllung" der Nordsee – Verlagshäuser gegen Urwald-Kahlschlag – Kritische Anfragen an neues Ethik-Institut

Politische Vorgänge und Kommentare 119
ANC-Wahlprogramm verabschiedet – Südafrikas Gewerkschaften – Rekordstand der Arbeitslosigkeit – Alleinerziehende Frauen an der Armutsgrenze – Armut von Jugendlichen in Osteuropa – Kein Abschiebestop für Bürgerkriegsflüchtlinge – Skinheads gegen Rassismus

Von Personen 123

Von Büchern 124

Anzeigen 125

Titelfoto: Norbert Neetz/epd. Die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen zwischen Bischofskollegen während der VELKD-Synode am 18. 10. 1992 in der Dresdner Dreikönigskirche.

Gossner Mission

Zu diesem Heft

Kirche ist immer noch eine Domäne der Männer. Daran hat auch die Ausrufung der Ökumenischen Dekade der Kirchen für Solidarität mit den Frauen wenig geändert. Die Institution hat die Dekade den Frauen überlassen und sich selbst letztendlich kaum weiter damit auseinandergesetzt. Und es zeigt sich heute deutlich, daß die Mehrzahl der Männer in leitenden Funktionen wohl kaum ernsthaft daran gedacht haben, ihre Macht mit den Frauen in der Kirche zu teilen.

Auf je verschiedene Weise gehen zwei Artikel in dieser Ausgabe auf diese Problematik ein. Uwe Birnstein deckt die Hintergründe einer Medienkamagne gegen die Bischöfin auf, die letztlich darauf abzielte, eine Frau zu demontieren, die sich zudem für Minderheiten einsetzt und Tabuthemen aufgreift. Eine Kampagne, die wohl in dieser Form einem Mann nicht passiert wäre. Ein Urteil, das auch die Synodalpräsidentin der Nordelbischen Kirche, Elisabeth Lingner, in der Öffentlichkeit deutlich vertreten hat. Sie beobachtet, daß Frauen, vor allem in leitenden Positionen, immer noch mit Angriffen unter der Gürtellinie rechnen müssen und härterer Kritik ausgesetzt sind als ihre männlichen Kollegen. Statt die Konflikte zwischen Männern und Frauen in der Kirche vorschnell unter den Tisch zu kehren – nach dem Motto und kirchlichen Anspruch: „Wir sind ja alle Brüder und Schwestern im Herren" –, plädiert sie für eine offene Austragung des Konfliktes in der Kirche. Nur dies kann Klarheit und letztendlich eine wirkliche Gemeinschaft schaffen.

Um einen ganz anderen Inhalt geht es Christinnen und Christen bei der Auseinandersetzung um die schon lange umstrittene Weltgebetstagsliturgie (siehe auch Junge Kirche 10 und 12/93). Können Frauen aus Deutschland kommentarlos die Gebete der palästinensischen Frauen lesen, in denen diese ihre Bedrücker anklagen und sich ihre Befreiung aus der israelischen Unterdrückung wünschen? Das ist die Frage, um die es geht. Die Texte der Christinnen aus Ost-Jerusalem haben Johannes Dantine die Augen dafür geöffnet, anzuerkennen, daß wir als Deutsche auch in anderen Fragen eben nicht von dem Kontext unserer Geschichte und dem Holocaut absehen können; in diesem Heft zieht Dantine seine Konsequenzen.

Vom letzten Gottesdienst in den Werkshallen von Bischofferode und seinen Erfahrungen im fast legendär gewordenen Arbeiterkampf um die „Thomas Müntzer-Grube" in Bischofferode berichtet Harald Messlin. Trotz der Enttäuschung darüber, „daß David im Kampf gegen Goliath" schließlich doch besiegt wurde, ist in seinen Augen der Kampf nicht ganz umsonst gewesen, da die Arbeiter den Kampfplatz „zwar voller Trauer, aber mit erhobenem Haupt verlassen haben".

Die übergroße Mehrzahl der Opfer des Kapitalismus lebt nach wie vor in den Ländern der Zwei-Drittel-Welt. Seit 50 Jahren besteht das Weltwirtschaftssystem mit seinen ausbeuterischen Strukturen. Anläßlich dieses Datums weisen wir auf eine Kampagne von „Kairos Europa" hin, die „gegen weltweite Verarmung und Verschuldung durch Bereicherungsmechanismen für alternative Finanzsysteme" antritt.

Zum Schluß noch etwas in eigener Sache. Es gibt eine neue Rubrik unter dem Namen „Re-Vision". In einer schnelllebigen Zeit, in der Bücher innerhalb von 20, 30 Jahren in Vergessenheit geraten, soll diese Rubrik dazu beitragen, daß nachsinnenswerte Gedanken nicht verlorengehen. Hier soll Platz sein für wichtige und auch schöne Texte aus Politik, Poesie, Philosophie und Theologie. Das Spektrum reicht von „Hoffnungstexten", die eine Vision zum Inhalt haben, anregen und Mut machen können, bis hin zu eher unterhaltsamer Literatur wie in dieser Ausgabe. Diese Sparte ist ein Versuch. Sie können uns gerne schreiben, ob und wie Ihnen diese „Neuheit" gefällt.

Liebe Grüße

Ulrike Plautz

Gossner Mission

Hans-Jürgen Benedict

Gibt es ein Zuhause?

Das Wissen um die letzte Geborgenheit in Gott entlastet. Deshalb ist der Glaube ans Jenseits keine Vertröstung, sondern Stachel, in die „zukünftige Stadt" zu gehen: vor die Tore, zu den Stätten des Leidens.

„Wohin gehen wir?" fragt der romantische Dichter Novalis und antwortet: „Immer nach Hause", zu Gott. Ist das nur eine schöne Vertröstung, ähnlich der viel zitierten aus dem Hebräerbrief: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, aber die zukünftige suchen wir"? Gibt es ein Zuhause jenseits der irdischen Wohnungen und Häuser, gibt es eine bleibende Stadt bei Gott? Der frühe christliche Glaube beantwortet diese Fragen, indem er an die Erfahrung Abrahams anknüpft.

„Er zog aus, ohne zu wissen, wohin er kommen würde. Durch den Glauben lebte er als Gast in dem verheißenen Lande wie in einem fremden und wohnte in Zelten mit Isaak und Jakob, den Miterben derselben Verheißung. Denn er wartete auf die Stadt, die einen festen Grund hat, deren Baumeister und Schöpfer Gott ist." (Hebräer 10, 8–10)

Zwar sind die wie Abraham Glaubenden nun zu der Stadt des lebendigen Gottes, dem himmlischen Jerusalem, und zu Jesus, dem Mittler des neuen Bundes, gekommen (Hebräer 12,22), aber damit haben sie kein gemütliches Einquartierungsrecht erworben. Im Gegenteil: „Jesus hat draußen vor dem Tor gelitten. So laßt uns nun zu ihm hinausgehen aus dem Lager und seine Schmach mit ihm tragen. Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern wir suchen die zukünftige." (Hebräer 13, 12–14) Im Zusammenhang zitiert wird deutlich, wie falsch dieser Satz im Rahmen von Beerdigungsansprachen ist. Der jeweils zukünftige Ort, den die Christen suchen sollen, ist der Ort der Schmach Christi. Also die Nachfolge Christi an den Stätten des Leidens draußen vor dem Tor, außerhalb der festen Häuser und Mauern, wird in diesem beliebten Trostwort angemahnt. Nicht die ewige Wohnung bei Gott, nicht der selige Augenblick, da er die Tränen abwischt von den Augen, sind gemeint, sondern der Gang zu den Ausgestoßenen und Elenden, die wie Christus vor dem Tor leiden. Also zu den unter der Düsseldorfer Rheinbrücke kampierenden Roma, zu den Wohnungslosen auf dem Hamburger Hauptbahnhof, den Asylbewerbern in den Übergangsheimen, den Aussiedlern auf den Wohnschiffen. Wir wären also auch mit dem scheinbar auf eine bessere Welt verweisenden Bibelwort wieder „nur" an den Stätten nachgehender, solidarischer Sozialarbeit. Ich sage „nur", weil die Eingangsfrage vorerst unbeantwortet bleibt:

Gibt es ein Zuhause jenseits der irdischen Wohnungen und Häuser, gibt es eine bleibende Stadt bei Gott, eine bessere Welt, in die wir nach unserem Tode gelangen? Ist ein Vertrauen in Gott sinnvoll, das diese Welt transzendiert?

Der Tod als Ziel

Ich frage so, weil die gegenwärtige zerstörerische Dynamik von Lebensaneignung mit der Verneinung dieser Frage ursächlich zusammenhängt.

Die Entfesselung gesellschaftlichen Reichtums durch die kapitalistische Revolution (die inzwischen auch die Zweite Welt ergriffen hat) hat zu einer Lebenseinstellung geführt, die die größtmögliche Ausnutzung von Lebenschancen in möglichst kurzer Zeit für jeden einzelnen zu einem absolut geltenden Menschenrecht erklärt. Dazu gehört die optimale Ausstattung mit Konsumgütern, egal welche Folgen das für den anderen und die Gesellschaft hat. Bei der Wende in der DDR war der Schrei nach Videorecordern, Levis-Jeans, Golf-Autos und Reisen ans Mittelmeer zumindest ebenso stark wie der nach politischer und kultureller Freiheit.

Gossner Mission

Es gibt nur ein Leben, und Jahre oder Jahrzehnte, die ohne den Genuß der inzwischen erreichbaren Annehmlichkeiten des Lebens verstreichen, sind vertane, nutzlose Jahre. („Bereits 20 Jahre alt und noch nicht in Mallorca gewesen?" „Jetzt nur konsumieren und reisen, denn morgen sind wir tot.") Diese Revolution der steigenden Erwartungen kennt als Jenseits nur das nicht erreichbare Konsumparadies – und will eben dieses Jenseits zum Diesseits machen (was zunächst nur den Schlauen und Anpassungsfähigen, Starken gelingt).

Kann uns der Glaube an ein ewiges Zuhause helfen, das zeitliche Zuhause weniger aggressiv zu gestalten? Für die zügellose zerstörerische Dynamik der Industriegesellschaften sind Männer über vierzig, also Männer in der zweiten Lebenshälfte, verantwortlich. Sie setzten unkritisch den Arbeits- und Lebensstil fort, mit dem sie es in ihrem – abgekürzt gesprochen – Jugendalter geschafft haben, sich ihre jetzige Position zu erobern. Die Leistung, die darin bestand, soziale Fortschritte zu schaffen, soll nicht geschmälert werden. „Aber wenn dieser Zweck erfüllt, ja reichlich erfüllt ist, soll der Gelderwerb, die Weitereroberung und Existenzausdehnung über jeden vernünftigen Sinn hinaus beständig weitergehen?" fragte C. G. Jung 1930. Zwangsläufig, so seine Antwort, geraten sie in eine Krise, wenn sie in den Nachmittag des Lebens mit dem Programm des Vormittags eintreten. Und er beklagt bei dieser Gelegenheit, daß es keine Schulen für Vierzigjährige gibt, die sie auf das kommende Leben vorbereiten. Die Religionen seien solche Schulen gewesen. Mit ihrer Jenseitsverheißung, ihrem überweltlichen Zielpunkt, hätten sie es dem Sterblichen ermöglicht, die zweite Lebenshälfte mit einer ähnlichen Zielstrebigkeit zu leben wie die erste Hälfte. Heute verlangten die Menschen nach wissenschaftlichen Beweisen für die Unsterblichkeit; da es diese nicht geben könne, legten sie die Frage ad acta.

Doch Jung will sich mit dieser Lösung nicht zufrieden geben. „Ich bin als Arzt überzeugt, daß es sozusagen hygienischer ist, im Tod ein Ziel zu erblicken, nach dem gestrebt werden sollte, und daß das Streben dagegen etwas Ungesundes und Abnormes ist, denn es beraubt die zweite Lebenshälfte ihres Ziels. Ich finde deshalb alle Religionen mit einem überweltlichen Ziel äußerst vernünftig, vom Standpunkt einer seelischen Hygiene aus gesehen." Diese ärztliche Unterstützung der Glaubenshoffnung auf das ewige Leben klingt sehr nüchtern. Um was geht es?

„Den Himmel den Engeln und den Spatzen"

So richtig die Kritik an der falschen Vertröstung aufs Jenseits, wie sie das Christentum lange praktizierte, ist, so falsch ist die totale Verdiesseitigung des Lebens mit dem Drang, konsumorientierte Lebensgier zu perpetuieren bis ins hohe Alter. Um sich selbst kreisende Aktivität, ziellos, orientiert am noch nicht Gehabten (die Reise nach Westindien) oder an der Wiederholung des Bekannten (Kaffeekränzchen, Butterfahrt, Kur-Urlaub), leidend am Ungelebten oder am zuviel Gelebten, den Tod, die eigene Vergänglichkeit verdrängend. Noch einmal C. G. Jung: „Es wäre gut, wenn wir denken könnten, daß der Tod nur ein Übergang sei, ein Teil eines unbekannt großen und langen Lebensprozesses." Mir fallen die schönsten Jenseitsbilder der christlichen Tradition ein: „In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen", sagt Jesus tröstlich seinen Jüngern. Und dem in sich gehenden Schächer am Kreuz verheißt er: „Wahrlich, ich sage dir: Heute wirst du mit mir im Paradiese sein." Paulus bekennt offen: „Ich sehne mich danach, aus der Welt zu scheiden und bei Christus zu sein, was auch viel besser wäre." Die verfolgten Christen, die in der Offenbarung des Johannes zu Wort kommen, malen das himmlische Jerusalem in den leuchtendsten Farben, erfüllt von der Herrlichkeit Gottes. In dem schönen Sommerlied von Paul Gerhardt heißt es in dem meistens nicht gesungenen Vers 8: „Ach, denk ich, bist Du hier so schön und läßt es uns so herrlich gehn auf dieser armen Erden, was wird denn wohl nach dieser Welt

Gossner Mission

dort in dem güldnen Himmelszelt und edlen Schlosse werden?" 150 Jahre später verzichtet Matthias Claudius auf die Ausmalung, hält aber fest an der transzendenten Bestimmung des Menschen: „Mitten in der Herrlichkeit der Schöpfung ist und fühlt er sich größer als alles andere, was ihn umgibt, und sehnt sich nach etwas anderem." Sind das alles nur illusionäre Vertröstungen?

Selbst Heinrich Heine, der die berühmt gewordenen Sätze prägte: „Wir wollen hier auf Erden schon das Himmelreich errichten" und: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen" – selbst dieser diesseitig orientierte Dichter hatte doch seine Zweifel hinsichtlich der Realisierbarkeit irdischer Gerechtigkeit. Wenn sie nicht verwirklicht wird, dann müßten wir „Abbitte tun, die Mönchskutte anlegen und den gegeißelten und verspotteten Menschen das tröstende Kruzifix vorhalten und ihnen nach dem Tode alle sieben Himmel versprechen". Sicher nicht ganz ernst gemeint, und doch legte er damit den Finger auf den wunden Punkt: Es kann in diesem Leben nicht alles aufgehen.

Das transzendente Zuhause

Der amerikanische Psychiatrieprofessor R. J. Lifton formuliert: „Wir brauchen die Symbolisierung von Fortdauer – den Tod transzendierende Vorstellungen und Bilder –, um unserem Sterbenmüssen wirklich begegnen zu können." Das Gefühl von Unsterblichkeit ist nicht nur Verleugnung des Todes (wie Freud sagt) noch ein ererbt-instinktives Urbild mit übergeschichtlichem Wahrheitsanspruch (wie Jung behauptet), sondern „es reflektiert ein zwingendes und allgemeines inneres Suchen nach einer festdauernden symbolischen Beziehung zu dem, was war, und dem, was nach unserem begrenzten Leben sein wird". (Lifton)

Die religiöse Unsterblichkeit fällt nicht unbedingt mit der Vorstellung von einem Leben nach dem Tode oder von einer unsterblichen Seele in eins. Dem Tod wird der Stachel der Auslöschung genommen durch die Möglichkeit, an der Unsterblichkeit der Gottheit teilzuhaben (etwa im Sakrament). Sind wir mit Christus gestorben, so werden wir auch mit ihm auferstehen, sagt der Apostel Paulus. (Römer 6, 8) Es ist die Erfahrung einer den Tod transzendierenden göttlichen Macht der Liebe und der Gnade, die sich schon in diesem Leben wirksam erweist und durch den Tod nicht ausgelöscht werden kann. „Denn ich bin gewiß, daß weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte, uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserem Herrn." (Römer 8, 39)

Es ist wichtig, diesen Unterschied zu der Vorstellung eines besseren Lebens festzuhalten, das den christlichen Jenseitsglauben zu Recht diskreditierte. Wer in dem Bereich spiritueller Macht schon jetzt lebt, der kann die Todesgewißheit kreativ in sein Leben hineinnehmen. Er muß sie nicht verdrängen und durch Konsum-Vitalität überspielen noch von erfahrener Angst oder Verlust sich in Depressionen treiben lassen, die in dem Wahn bestehen, durch den Tod im Leben dem realen Sterben und der Anstrengung des Lebens entronnen zu sein.

Das Wissen um ein Geborgensein in Gott, um ein transzendentes Zuhause, hat also Entlastungsfunktion, nicht Vertröstungsfunktion. Es kann und sollte einhergehen mit Momenten erfahrener Transzendenz, in der Meditation und Kontemplation ebenso wie in der Ekstase des Festes und des Liebesaktes.

Es schließt keinesfalls aus, sich nach Kräften daran zu beteiligen, die Erde heimatlicher zu machen, auf den Schrei nach einem Zuhause immer wieder hilfreich zu antworten, mit Christus vor das Tor an die Stätten der Schmach als die Orte der Transzendenz zu gehen.

Dr. Hans-Jürgen Benedict, Grillparzerstraße 76, 22085 Hamburg

Gossner Mission

Im November 1993 ist der Ethnologe Claude Lévi-Strauss 85 Jahre alt geworden. Sein berühmtestes Buch, „Traurige Tropen", ist in seiner Verbindung von Reiseroman und ethnologischer Beobachtung, von Poesie und Wissenschaft nach wie vor eine faszinierende Lektüre. Die Trauer über das Aussterben der „primitiven" Kulturen, hier der Indianervölker im Mato Grosso (Brasilien), in ihrer Begegnung mit dem sogenannten „Fortschritt" der Zivilisation, mischt sich mit Zweifel an der Möglichkeit, das Fremde überhaupt verstehen zu können. „Kann ich in der Geschichte der Welt und ihrer Kulturen und meiner eigenen Geschichte eine gemeinsame Vernunft entdecken?" fragt Lévi-Strauss. Seine Auskunft ist zugleich skeptisch und engagiert. „Auch wenn ich mit Montaigne akzeptiere, gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen der Wirklichkeit zu leben, deren Sinn nicht zu erkennen ist, muß ich so tun, als ob die Dinge einen Sinn hätten" (so in einem Interview in der Frankfurter Rundschau vom 27. 11. 1993). Lévi-Strauss weist übrigens in seinem letzten Buch über die indianische Zwillingsmythologie („Die Luchsgesellschaft", 1992) darauf hin, daß ihr ein besonderes Verhältnis zum anderen zugrunde liegt: Im Unterschied zu dem Alles-oder-Nichts-Denken der monotheistischen Religionen gibt es im indianischen Denken einen leeren Platz für den anderen.

Claude Lévi-Strauss
Traurige Tropen

Wir drucken im folgenden drei markante Passagen aus den zuerst 1955 erschienenen „Traurigen Tropen" ab – über das Reisen, die Entdeckung Amerikas und die skeptische Schlußbetrachtung mit ihrem Plädoyer für den entspannten Augenblick.

Hans-Jürgen Benedict

Nie wieder werden uns die Reisen, Zaubertruhen voll traumhafter Versprechen, ihre Schätze unberührt enthüllen. Eine wuchernde, überreizte Zivilisation stört für immer die Stille der Meere. Eine Gärung von zweifelhaftem Geruch verdirbt die Düfte der Tropen und die Frische der Lebewesen, tötet unsere Wünsche und verurteilt uns dazu, halb verfaulte Erinnerungen zu sammeln.

Heute, da die polynesischen Inseln in Beton ersticken und sich in schwerfällige, in den Meeren des Südens verankerte Flugbasen verwandeln, da ganz Asien das Gesicht eines verseuchten Elendsgebiets annimmt, Afrika von Barackenvierteln zerfressen wird, Passagier- und Militärflugzeuge die Reinheit des amerikanischen oder melanesischen Urwalds beflecken, noch bevor sie seine Jungfräulichkeit zu zerstören vermögen, – was kann die angebliche Flucht einer Reise da anderes bedeuten, als uns mit den unglücklichsten Formen unserer historischen Existenz zu konfrontieren? Denn der westlichen Kultur, der großen Schöpferin all der Wunder, an denen wir uns erfreuen, ist es nicht gelungen, diese Wunder ohne ihre Kehrseiten hervorzubringen. Und ihr berühmtestes Werk, der Pfeiler, auf dem sich Architekturen von ungeahnter Komplexität erheben: die Ordnung und Harmonie des Abendlands, verlangt, daß eine Flut schädlicher Nebenprodukte ausgemerzt wird, die heute die Erde vergiften. Was uns die Reisen in erster Linie zeigen, ist der Schmutz, mit dem wir das Antlitz der Menschheit besudelt haben. (...)

Der rußdunkle Himmel der Roßbreiten, ihre drückende Atmosphäre sind nicht nur das sichtbare Zeichen des Äquators. Sie künden auch von dem geistigen Klima, in dem zwei Welten einander begegnet sind. Dieses düstere Element, das sie scheidet, jene Meeresstille, in der die bösartigen Kräfte sich lediglich zu erholen scheinen, sind die letzten mystischen Schranken zwischen dem, was gestern noch zwei Planeten waren, deren Lebensverhältnisse sich so sehr voneinander unterschieden, daß die

Gossner Mission

ersten Augenzeugen nicht glauben mochten, daß beide gleichermaßen menschliche Welten waren. Ein von Menschen kaum berührter Kontinent bot sich Menschen dar, deren Gier sich nicht länger mit dem eigenen zufrieden geben konnte. Alles sollte durch diesen zweiten Sündenfall von neuem in Frage gestellt werden: Gott, Moral, Gesetze. Alles sollte, gleichzeitig und widersprüchlich, de facto bestätigt, de jure aber widerrufen werden. Bestätigt fanden sie den Garten Eden der Bibel, das Goldene Zeitalter der Antike, den Jungbrunnen, Atlantis, die Hesperiden, die Hirtenidylle und die Inseln der Seligen; aber es kamen ihnen auch Zweifel beim Anblick einer reineren und glücklicheren Menschheit (die dies sicher nicht wirklich war, aber den schon von geheimen Gewissensbissen geplagten Eroberern so erschien), Zweifel an der Offenbarung, am Heil, an Sitte und Recht. Niemals zuvor hatte die Menschheit eine so erschütternde Erfahrung gemacht und niemals mehr wird sie ähnliche durchleben, es sei denn, daß eines Tages ein anderer Globus auftaucht, Millionen von Kilometern vom unseren entfernt und ebenfalls von denkenden Wesen bewohnt. Immerhin wissen wir heute, daß solche Erfahrungen theoretisch zu überwinden sind, während die ersten Seefahrer fürchteten, dem Nichts zu begegnen. (...)

Der Mensch als Maschine

Die Welt hat ohne den Menschen begonnen, und sie wird ohne ihn enden. Die Institutionen, die Sitten und Gebräuche, die ich mein Leben lang gesammelt und zu verstehen versucht habe, sind die vergänglichen Blüten einer Schöpfung, der gegenüber sie keinen Sinn besitzen, es sei denn vielleicht den, daß sie es der Menschheit erlauben, ihre Rolle in dieser Schöpfung zu spielen. Abgesehen davon, daß diese Rolle der Menschheit keinen unabhängigen Platz verschafft und daß das Bemühen des Menschen – auch wenn es zum Scheitern verurteilt ist – darin besteht, sich vergeblich gegen einen universellen Verfall zur Wehr zu setzen, erscheint der Mensch selbst als eine Maschine – vollkommener vielleicht als die übrigen –, die an der Auflösung einer ursprünglichen Ordnung arbeitet und eine in höchstem Maße organisierte Materie in einem Zustand der Trägheit jagt, die immer größer und eines Tages endgültig sein wird. Seitdem der Mensch begonnen hat, zu atmen und sich zu ernähren, seit der Entdeckung des Feuers bis zur Erfindung atomarer und thermonuklearer Vernichtungen, hat er – außer wenn er sich fortpflanzte – nichts anderes getan, als unbekümmert Milliarden von Strukturen zu zerstören, um sie in einen Zustand zu versetzen, in dem sie sich nicht mehr integrieren lassen. Ohne Zweifel hat er Städte gebaut und Felder bestellt; aber letztlich sind auch diese Dinge nur Maschinen, dazu bestimmt, Trägheit zu produzieren, und zwar in einem Rhythmus und in einem Verhältnis, die weit größer sind als die Menge an Organisation, die diese Städte und Felder voraussetzen. Was die Schöpfungen des menschlichen Geistes betrifft, so existiert ihr Sinn nur in bezug auf ihn selbst, und sie werden im Chaos versinken, sobald er erloschen sein wird. So daß sich die ganze Kultur als ein Mechanismus beschreiben läßt, in dem wir nur zu gern die Chance des Überlebens sehen möchten, die unser Universum besitzt, wenn seine Funktion nicht darin bestünde, das zu produzieren, was die Physiker Entropie und wir Trägheit nennen. Jedes ausgetauschte Wort, jede gedruckte Zeile stellt eine Verbindung zwischen zwei Partnern her und nivelliert die Beziehung, die vorher durch ein Informationsgefälle, also durch größere Organisation gekennzeichnet war. Statt Anthropologie sollte es „Entropologie" heißen, der Name einer Disziplin, die sich damit beschäftigt, den Prozeß der Desintegration in seinen ausgeprägten Erscheinungsformen zu untersuchen.

Dennoch existiere ich. Sicher nicht als Individuum; denn was bin ich in dieser Hinsicht anderes als der immer wieder in Frage gestellte Einsatz im Kampf zwischen einer Gesellschaft, welche aus Milliarden von Nerven unter dem Termitenhügel des

Gossner Mission



„Was uns die Reisen in erster Linie zeigen, ist der Schmutz, mit dem wir das Antlitz der Menschheit besudelt haben": Armut in der indischen Stadt Madurai. *Foto: Axel Nordmeier*

Schädels besteht, und meinem Körper, der ihm als Roboter dient? Weder die Psychologie, noch die Metaphysik, noch die Kunst können mir Zuflucht sein, Mythen, die von nun an, auch von innen her, einer Soziologie neuer Art unterworfen sein können, die eines Tages entstehen und sie nicht freundlicher behandeln wird als die alte. Das Ich ist nicht allein hassenswert; es hat auch keinen Platz zwischen einem Wir und einem Nichts. Und wenn ich mich letztlich für dieses – wie auch immer scheinhafte – Wir entscheide, so deshalb, weil mir, will ich mich nicht selbst zerstören – eine Tat, welche die Bedingung der Entscheidung aufheben würde –, zwischen diesem Schein und dem Nichts keine andere Wahl bleibt. Nun genügt aber allein die Tatsache, eine Wahl zu treffen, daß ich durch eben diese Wahl meine menschliche Lage ohne Vorbehalt auf mich nehme: indem ich mich von einem intellektuellen Hochmut befreie, dessen Eitelkeit ich an der seines Gegenstands ermessen kann, bin ich auch bereit, seine Ansprüche den objektiven Anforderungen unterzuordnen, welche die Befreiung einer großen Masse von Menschen stellt, denen die Möglichkeit einer solchen Wahl seit jeher verweigert wird.

Sowenig das Individuum in der Gruppe und eine Gesellschaft unter den anderen allein ist, sowenig auch ist der Mensch allein im Universum. Wenn der Regenbogen der menschlichen Kulturen endlich im Abgrund unserer Wut versunken sein wird, dann wird – solange wir bestehen und solange es eine Welt gibt – jener feine Bogen bleiben, der uns mit dem Unzugänglichen verbindet, und uns den Weg zeigen, der aus der Sklaverei herausführt und dessen Betrachtung dem Menschen, auch wenn er ihn nicht einschlägt, die einzige Gnade verschafft, der er würdig zu werden vermag: nämlich den Marsch zu unterbrechen, den Impuls zu zügeln, der ihn dazu drängt, die klaffenden Risse in der Mauer der Notwendigkeit einen nach dem anderen zuzustop-

Gossner Mission

fen und damit sein Werk in demselben Augenblick zu vollenden, da er sein Gefängnis zuschließt; jene Gnade, nach der jede Gesellschaft begehrt, wie immer ihre religiösen Vorstellungen, ihr politisches System und ihr kulturelles Niveau beschaffen sein mögen; jene Gnade, in die sie ihre Muße, ihr Vergnügen, ihre Ruhe und ihre Freiheit setzt; jene lebenswichtige Chance, sich zu entspannen, loszulösen, das heißt die Chance, die darin besteht – lebt wohl, Wilde! lebt wohl, Reisen! –, in den kurzen Augenblicken, in denen es die menschliche Gattung erträgt, ihr bienenfleißiges Treiben zu unterbrechen, das Wesen dessen zu erfassen, was sie war und noch immer ist, diesseits des Denkens und jenseits der Gesellschaft: zum Beispiel bei der Betrachtung eines Minerals, das schöner ist als alle unsere Werke; im Duft einer Lilie, der weiser ist als unsere Bücher; oder in dem Blick – schwer von Geduld, Heiterkeit und gegenseitigem Verzeihen –, den ein unwillkürliches Einverständnis zuweilen auszutauschen gestattet mit einer Katze.

(entnommen dem Suhrkamp-Taschenbuch „Traurige Tropen" von Claude Lévi-Strauss, Frankfurt/Main 1993)

Von etlichen Medienleuten wurde ich gefragt: 'Braucht die Kirche nicht einen starken Bischof? Sie wirken doch eher zerbrechlich. Wie wollen Sie das schaffen?' Dann guckten sie herunter an mir, an meinen 1,68 Meter, mit einem Lächeln, das wir Frauen nur allzugut kennen. Am liebsten hätte ich dann geantwortet: ‚Gott ist in den Schwachen mächtig', aber das grenzte ja schon an Überheblichkeit und Größenwahn. So habe ich gesagt: 'Kirche ist nicht stark oder schwach durch einen Bischof, welche Statur er auch immer haben mag; Kirche geschieht in den Gemeinden, Diensten und Werken.'"

Uwe Birnstein

Frauenmut und Männermacht

Die Hamburger Bischöfin Maria Jepsen sucht wieder eine Dienstwohnung. Der Kauf einer „Millionenvilla" durch das Kirchenamt sorgte für Schlagzeilen und Kirchenaustritte. Ein Krisentagebuch, das die Hintergründe des immobilen Machtkampfes erhellt.

Fast prophetisch klingen diese Worte Maria Jepsens inzwischen. Bereits in ihrer Wahlrede am 6. April 1992 erkannte die schleswig-holsteinische Theologin, an welchen Schwachstellen ihr fast zwei Jahre später die Medien und innerkirchlichen Kritiker am Fell flikken würden. Die Turbulenzen um die „Millionen-Villa" hat die Hamburger Bischöfin zwar überstanden. Doch die Auseinandersetzungen wirken nach und lassen tief hinter kirchenpolitische und geschlechtsspezifische Fronten blicken. Denn das, was sie in den letzten Wochen erlebt hat, hätte der zerbrechlichen Bischöfin mit dem Mut zur Schwäche fast den Bischofssitz gekostet. In Hamburg ging es um mehr als um einen Dienstsitz für die Bischöfin.

Millionenvilla und Wollsocken

„Bischöfin will Luxus-Villa für eine Million", titelten am 2. und 3. Januar sämtliche Medien der Stadt, allen voran die „Welt am Sonntag". Die Maria Jepsen, die sich im Regen zu Obdachlosen auf die Mönckebergstraße stellt, die eine Kirche für die sozial Schwachen fordert und Wollsocken für alle einklagt – ausgerechnet die sollte in eine 200 Quadratmeter-Villa nach Hamburg-Osdorf ziehen! Genüßlich kratzten die Zeitungen an der Glaubwürdigkeit der Bischöfin. Tenor: Auch Kirche steht auf Luxus,

Gossner Mission

selbst die Bischöfin habe dem Volk etwas vorgespielt und mache sich gar nicht selbstlos für die Armen der Welt, sondern für privaten Luxus stark. Das paßte in die Zeit(ung): Nicht nur Politiker, Promis und Wirtschaftsbosse sind korrupt – auch die Kirche, selbst ihre Bischöfin mit der weißen Weste. Allzugut paßte das auch zu einer Meldung, die einige Tage zuvor durch die Presse ging: Da der nordelbische Pastorenverein sich prinzipiell gegen alle Versuche gewehrt hatte, die Gehälter von Pastoren und Pastorinnen zu kürzen, war die Bischöfin nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft ausgetreten. Kirche müsse überall sparen, argumentierte Jepsen – und dürfe dabei nicht die hauptamtlichen Theologen und Theologinnen ausnehmen.

Was tatsächlich passiert war, interessierte wenig. Daß Maria Jepsen nicht mit einem Millionenscheck der hanseatischen Kirchensteuerzahlenden losgezogen war, um sich einen Prachtbungalow zu kaufen, sondern lediglich das nordelbische Kirchenamt ein Pastorat für die bzw. den jeweils amtierenden Hamburger Bischof gekauft hatte – das hätte den Schlagzeilen nicht den nötigen reißerischen Touch gegeben. Stattdessen wurden genüßlich die Aussagen der bis dato unbescholtenen Bischöfin, in denen sie sich für Arme eingesetzt hatte, der Millionensumme gegenübergestellt. Und der Quadratmeterzahl des 70er-Jahre-Hauses im besseren Teil Hamburg-Osdorfs: 200 qm. Wieder eine Zahl, die Vorurteile und Neid schüren sollte. Denn schließlich galten 80 qm davon als ausschließliche Diensträume; 120 qm für die Dienstwohnung einer Bischöfin samt familiärem Anhang sind aber kein Grund zur Schlagzeile.

Kirchenaustritte am „blauen Montag"

Sämtliche Medien stürzten sich auf den der Springer-„Welt" von evangelikaler Seite zugespielten Sachverhalt, den übrigens der Evangelische Pressedienst ohne nennenswertes Echo bereits zwei Wochen zuvor vermeldet hatte. Dabei war vielen Redakteuren klar, warum das Thema hochgekocht wurde: Die „schlechte Nachrichtenlage" am ersten Werktag des neuen Jahres katapultierte die Millionenvilla Jepsens in die ersten Minuten bundesweiter Nachrichtensendungen. Maria Jepsen wartete inzwischen auf gepackten Kisten und Koffern in ihrer Wohnung auf den Umzugswagen. Statt einen „blauen Montag", wie BILD es süffisant nannte, legte sie einen Bedenktag ein. Ihre Sensibilität und damit auch ihre Verletzlichkeit hat sie sich schließlich auch im Bischofsamt nicht nehmen lassen. Zwischen gepackten Möbelkisten und Bücherkartons überlegte sie, wie sie sich aus der Klemme der öffentlichen Meinung befreien könne. Denn eines war klar: Das Haus hatte sie sich nicht selbst ausgesucht, sondern die zuständige Abteilung im Kirchenamt; außerdem waren die Möbelwagen bereits bestellt, der Nachmieter stand schon auf der Matte. Den Vorwurf der Luxussucht konnte sie zwar innerlich von sich weisen; schließlich wollte sie nur ein geräumiges bischöfliches Pastorat, um auch in persönlicher Atmosphäre runde Tische aufzubauen und Gruppen und Gäste zu empfangen. Und damit das Konzept in die Wirklichkeit zu übersetzen, für das die nordelbischen Synodalinnen und Synodalen sie gewählt hatten.

Die Reaktionen des Kirchenvolkes, der Basis, waren in den ersten Tagen niederschmetternd. „Die soll sich doch erstmal schwängern lassen", wetterten Männer und kündigten ihren Austritt an. Bestärkt wurden die Männer, die nun endlich Kanonenfutter für ihre frauenfeindlichen Argumente hatten; enttäuscht wurden alle, die die Bischöfin an ihrer Glaubwürdigkeit messen wollten und damit den letzten Tropfen bekamen, der das Austrittsfaß zum Überlaufen brachte. Sämtliche Vorurteile, Ressentiments und Gewissenslasten tauchten angesichts der „Millionenvilla" auf. Die schweigende Masse verstand wenig, aber bekam den Mund auf – auch etwas, worauf die Bischöfin eigentlich hinarbeitet.

Gossner Mission

Wie das Blatt gewendet wurde

Maria Jepsens Amtsbruder aus Lübeck, der holsteinische Bischof Karl-Ludwig Kohlwage, riet Maria Jepsen schließlich zum Rückzieher – eine „schwache Reaktion" auf „schwachsinnige Argumente", wie ihr Tage später der rheinische Kirchenpräses Peter Beier vorwarf; schließlich gehe es die Öffentlichkeit „einen Scheißdreck an", wie ein Bischof oder eine Bischöfin wohne. Und hier fing die Hamburger Häuser-Posse an, zum kirchenpolitischen Lehrstück zu werden. Denn die Ratschläge, auf das neue Heim zu verzichten, kamen aus derselben Ecke, aus der auch die kirchlichen Hauskäufer auszogen: aus der nordelbischen Hauptstadt Kiel. Dort haben auch die beiden anderen Bischöfe, Hans-Christian Knuth und Karl Ludwig Kohlwage, das Sagen. (Beide wohnen übrigens in Häusern mit jeweils knapp 250 Quadratmetern und zahlen weniger Miete als ihre Hamburger Amtsschwester hätte zahlen müssen.) Der Verzicht Maria Jepsens auf die Millionenvilla paßte ihren beiden Kollegen aus der Provinz nur zu gut, unken Insider – denn im Schatten einer so medienwirksamen und volksnahen Bischöfin zu stehen, sei auf die Dauer verständlicherweise frustrierend.

Doch der Verzicht aufs neue Heim offenbarte erst diesen eigentlichen Hintergrund. „Ich gewinne allmählich das Gefühl, daß man mich hat ins Messer laufen lassen", mutmaßte Jepsen im NDR – und zog diesen Ausspruch zwei Tage später öffentlich wieder zurück. An der Synodenpräsidentin Elisabeth Lingner blieb es hängen zu erklären, wer diese Messer geschliffen haben könnte: die Kirchenmänner nämlich, denen die Bischöfin schon seit der Wahl ein Dorn im Auge sei. Damit meint die Synodenpräsidentin gar nicht mal die konservativen Amtsbrüder wie Ulrich Rüß, der übrigens als Alleinstehender ein hundertdreißig Quadratmeter-Pastorat in Eppendorf bewohnt, mit Alsterblick; auch nicht den Bremer Martini-Pastor Jens Motschmann, der die Bischöfin aus der Ferne der „Doppelzüngigkeit" bezichtigte – als Vorsitzender des selbstgegründeten „Bundes gegen den Mißbrauch von Kirchensteuern". Die Kirchenmänner, die blocken, seien keine selbstgerechten Evangelikalen, sondern Mitglieder der oberen Dienstränge in der Nordelbischen Kirche.

Nicht nur aus Geschlechtergründen stellten sie unbedacht das Messer auf, wohl auch aus politischen Erwägungen. „Bestimmte Kreise der Kirchenverwaltung haben Frau Jepsen der Öffentlichkeit als rituelles Schlachtopfer für ihre eigenen Probleme bei einer gerechten Sparpolitik serviert und so gleichzeitig eine kirchenpolitisch unangepaßte Frau zu disziplinieren versucht", brachte es Ortwin Löwa, Vorsitzender des Medienausschusses der Nordelbischen Evangelischen Kirche, auf den Punkt.

Die Kritik, die sich in den ersten Tagen auf Maria Jepsen konzentrierte, trifft nun, nach einigen Wochen Aufregung, auch bei der Bevölkerung die, deren Glaubwürdigkeit tatsächlich zu Fragen Anlaß gibt. Das vorläufige Ende des öffentlichen Teils des Dramas: Kirchenfrauen hielten eine Solidaritätskundgebung für ihre Bischöfin ab. Allerdings ließ die Parole die eigentliche Frage offen: „Viva Maria – Wir Frauen machen unserer Bischöfin Mut". Nur: wozu? Zum Durchstehen? Zum Rückziehen?

Was bleibt? Einige hundert Kirchenaustritte. Eine kirchenpolitisch geschwächte Bischöfin. Die Einsicht, daß in die durch den Mut zur Schwäche freigelegten Wunden von Kirchenmännern hemmungslos gestochen wird. Und die Enttäuschung vieler, die in der Kirche immer noch eine Institution sehen möchten, die sich fernab von Machtkämpfen, Eitelkeiten und politischen Dolchstößen ganz dem Glauben und den Menschen widmet.

Uwe Birnstein, Mottenburger Straße 6, 22765 Hamburg

Gossner Mission

Zwischenruf

Im Epilog zu ihrem Buch „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen" schrieb Hannah Arendt vor 30 Jahren:

„Das Beunruhigende an der Person Eichmanns war doch gerade, daß er war wie viele, und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind. Vom Standpunkt unserer Rechtsinstitutionen und an unseren moralischen Urteilsmaßstäben gemessen, war diese Normalität viel erschreckender als all die Greuel zusammengenommen, denn sie implizierte, ... daß dieser neue Verbrechertypus, der nun wirklich hostis generis humani (Feind des Menschengeschlechts) ist, unter Bedingungen handelt, die es ihm beinahe unmöglich machen, sich seiner Untaten bewußt zu werden."

Mir kam diese Analyse der „Banalität des Bösen" wieder in den Sinn, als wir kürzlich in einem Gesprächskreis über den Rechtsextremismus in unserem Lande nachdachten. Wie leicht macht man es sich mit dem Fingerzeigen auf den rechten Rand unserer Gesellschaft, wie schnell hat die Etikettierung „extrem" eine bequeme Stigmatisierung herbeigeführt – und wie schnell entläßt man damit die „schrecklich und erschreckend normale" Mitte, in deren Schoß dies alles doch nicht nur entstanden ist, sondern ständig neu geboren wird, aus der Verantwortung. Haben wir aus der Zeit des Nationalsozialismus vielleicht doch nicht die richtigen Lehren gezogen? Sitzt die bekannte Karikatur von den kleinen braunen Männchen, die 1933 aus dem Weltraum in Deutschland einflogen und 1945 spurlos wieder verschwanden, doch tiefer in den Köpfen, als wir es uns eingestehen? War alles doch nur ein „brauner Spuk", wie manche zu sagen pflegen?

Nein, das entsetzlich-abschreckende und das ordentlich-saubere Antlitz des Bösen gehören nach wie vor zusammen. Die brutalen Ideologen der Vernichtung und die pflichtbewußten Beamten, die die Züge nach Auschwitz pünktlich fahren ließen, haben längst ihre Nachfolger gefunden. Wie schrieb doch Karl Barth im Juli 1945: „Der grobe (und dumme) Teufel ist mit Gestank abgegangen. Die Stunde des feinen (und klugen) Teufels scheint angebrochen."

Von der gegenwärtigen Asyldiskussion hatte Karl Barth noch nichts geahnt, und doch findet seine Prognose gerade hier eine erschreckende Bewahrheitung: Der feine (und kluge) Teufel trägt heute ein demokratisches Gewand, beruft sich auf Mehrheiten und Stimmungen in der Bevölkerung, exekutiert Gesetze ohne menschliches Antlitz – und feiert jeden Rückgang der Asyl- und Flüchtlingszahlen auf geradezu perverse und makabre Weise als einen „Erfolg" der von ihm mitverantworteten oder von ihm verwaltungsmäßig umgesetzten Politik und Gesetzgebung. „Schrecklich und erschreckend normal" ist eine Abschreckungs- und Abschiebungsmaschinerie in Gang gekommen, die täglich ihre Opfer fordert.

Der grobe (und nach wie vor dumme) Teufel arbeitet weiter mit dem Holzhammer, schreit laute und unanständige Parolen wie „Ausländer raus" oder tummelt sich inzwischen in einigen Parlamenten. Als Adressat bürgerlich-demokratischen, aber auch linken, internationalistischen Protests bietet er immer eine lohnende Zielscheibe. Und Gefahr droht von diesem menschenverachtenden, fremdenfeindlichen Treiben allemal. Aber in Wirklichkeit vollzieht sich hier ein gefährliches Ablenkungsmanöver.

Wäre es nicht längst an der Zeit, unser Augenmerk verstärkt der zum Unrechtsbewußtsein unfähigen „Normalität" zu widmen, in der wir uns eingerichtet haben oder zu der wir hergerichtet werden? Diese „Normalität" lebt – mit oft sehr „normalen" und einleuchtenden Begründungen – in der Bevölkerung, beherrscht die Stammtische und Parlamente – und nicht zuletzt viele unserer Behörden und Ämter, die eigentlich für die Fremden da sein sollten, in Wirklichkeit aber gegen sie arbeiten.

Wann wird für uns – um noch einmal an Hannah Arendt anzuknüpfen – „diese Normalität viel erschreckender als all die Greuel" rechtsextremistischer Gewalttäter?

Klaus Geyer

Gossner Mission

Frau Lingner, Sie haben den für den Kauf des Hauses für die Bischöfin Zuständigen in der nordelbischen Kirchenleitung vorgeworfen, daß diese sich aus ihrer Verantwortung zurückgezogen und die Bischöfin nicht schnell genug öffentlich in Schutz genommen hätten. Was hätten Sie in diesem Fall von der Kirchenleitung erwartet?

Elisabeth Lingner: Die Verantwortlichen hätten von Anfang an, das heißt vom Tag der ersten Schlagzeilen an, gegenüber der Presse klarstellen müssen, daß der Hauskauf zunächst einmal eine Entscheidung der Nordelbischen Kirche ist, die bereits im Sommer 1992 gefällt wurde, und keine persönliche Entscheidung der Bischöfin. Es hätte dann noch klar gemacht werden müssen, daß es sich um einen Dienstsitz handelt, aus dem die Bischöfin nach ihrer Amtszeit ausziehen muß, und daß es nicht um das Eigentum der Bischöfin geht. Dann wäre die ganze Sache nicht so an der Person von Maria Jepsen festgemacht worden. Ich denke nicht an eine gezielte Kampagne der Kollegen gegen Maria Jepsen. Ich glaube eher, es war eine Unachtsamkeit. Es wurde nicht wahrgenommen, daß durch die Medien mit diesen Angriffen auch eine Frau demontiert werden sollte. Das ist übrigens etwas, was Frauen, vor allem in solchen Positionen, viel häufiger passiert als Männern.

Elisabeth Lingner

„Relikte eines dienenden Frauenbildes"

Die Vorgänge um das Haus für die Hamburger Bischöfin werfen die Frage nach dem Verhältnis von Frauen und Männern in der Kirche, besonders in leitenden Ämtern, auf. Im Interview nimmt die Präsidentin der Nordelbischen Synode Stellung.

Sie haben erklärt, „Frauen in führenden Positionen müßten noch immer einen sehr schweren, dornigen Weg gehen". Können Sie das noch einmal erläutern?

Frauen versuchen oftmals, einen eigenen Führungsstil zu entwickeln. Und meine Erfahrung zeigt, daß man uns Frauen insgesamt wenig Chancen läßt, einen eigenen Stil zu entfalten. Frauen werden fast immer an Männern gemessen, daran, wie diese in ähnlicher leitender Position agiert haben. Wenn eine Frau, wie zum Beispiel Maria Jepsen, einen sehr kooperativen und kommunikativen Leitungsstil hat und es ihr wichtiger ist, auf die Menschen zuzugehen, sich am Heiligabend zum Beispiel auch mit Prostituierten zu treffen, überschreitet dies die traditionellen Erwartungen an das Bischofsamt. Das wird oft mit Skepsis betrachtet. Wenn Frauen ihr Amt also anders wahrnehmen als die Männer, dann wird ihnen schnell Führungsschwäche oder Laienhaftigkeit vorgeworfen. Das ist allerdings nicht nur in der Kirche so. Aber auch in der Kirche muß über das Verhalten mal nachgedacht werden. Es wäre doch fatal, wenn in dieser Institution keine Frau und auch kein Mann an leitender Stelle die Chance bekommt, das Amt einmal anders, vielleicht weniger hierarchisch auszuführen.

Welche persönlichen Erfahrungen mit dem Thema haben Sie als Synodalpräsidentin gemacht?

Zunächst einmal möchte ich sagen, daß ich auch von sehr vielen Männern Unterstützung und sehr viel positive Resonanz bekomme. Aber es ist so, daß bei Frauen in Leitungspositionen, also auch bei mir, von vornherein viel schärfer hingesehen wird als bei Männern. Nach dem Motto: „Na, wie macht sie das denn als Frau nun wohl?" Frauen in hoher Stellung werden auch viel härter beurteilt. Und, wie die jüngsten Zeitungsmeldungen und Reaktionen auf Maria Jepsen zeigen, auch verurteilt. Ich bin Laiin, eine Frau, und repräsentiere auch noch die Kirche im höchsten Laienamt. Das führt natürlich zu Konflikten.

Gossner Mission

Können Sie Beispiele nennen?

Mir ist es wichtig, das Laienamt in der Kirche zu stärken. Schon das wird von einigen hauptamtlichen Vertretern der Kirche mißtrauisch beobachtet. Um ein weiteres Beispiel zu nennen: In einem Rundfunkinterview hatte ich geäußert, daß homosexuelle Lebensgemeinschaften meiner Meinung nach durchaus gesegnet werden könnten. Daraufhin hat es viele kritische Stimmen in der Kirche gegeben. Ich hatte dabei aber gar nicht an einen traditionellen Ehesegen gedacht, sondern an eine andere rituelle Form des Segens. Statt der Kritik und dem Vorwurf, ich würde mit meiner Äußerung unüberwindliche Konflikte in der Kirche heraufbeschwören, fände ich es wünschenswert, man hätte mich gefragt. Dann hätte ich erklären können: Es ging mir darum, deutlich zu machen, daß Kirche den unterschiedlichen Lebensformen von Menschen gerecht werden kann.

Früher gab es ja viel mehr Lebenssituationen, in denen ein Segen ausgesprochen wurde. Es gab zum Beispiel den Reisesegen oder die Aussegnung eines Toten am Sterbebett. Diese Traditionen sind leider viel zu sehr verkümmert. Zudem denke ich, daß wenn bei Menschen in der Kirche der Wunsch vorhanden ist, neue geistliche Formen auszuüben, die anders sind als die zur Zeit praktizierten, Vertreter der Kirche sich mit ihren Verlautbarungen nicht so schnell auf ihre Formelsprache zurückziehen sollten. Damit werden sie den Menschen heute nicht mehr gerecht. Und lutherisch ist das auch nicht. Ich halte es mehr mit dem Priestertum aller Gläubigen.



Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche: Gemeinsam freuen sich die Synodenpräsidentin der Nordelbischen Kirche Elisabeth Lingner (Mitte), Bischöfin Maria Jepsen und Propst Karl-Günther Petters (rechts) über die Sympathiekundgebung nordelbischer Frauen: „Viva Maria – Wir machen unserer Bischöfin Mut". (Hamburg, 9. Januar 1994) *Foto: Uwe Birnstein*

Gossner Mission

Welchen Mut und welche Kraft brauchen Frauen, besonders leitende Frauen, in der Kirche?

Resonanz aus der Basis. Ich denke, Frauen wollen nicht so sehr die herausgehobenen Heldinnen sein. Mir ist es zum Beispiel wichtig zu wissen, ob ich alleine stehe oder nicht. Ob die anderen noch mitgehen und mich tragen. Mir geht es jedenfalls so; wenn ich in der Synode kein Feedback hätte, dann würde ich vermutlich viel eher an mir zweifeln. Nach einem Fernsehinterview zum umstrittenen Hauskauf hatten mich wildfremde Frauen angerufen und mich ermutigt. Das hat mir ungeheuer gut getan. Ich denke, daß es vielen Frauen in ähnlichen Positionen an anderen Orten auch so geht. Frauen sind, glaube ich, stärker auf Ermutigungen angewiesen als Männer. Dabei spielt gewiß auch eine Rolle, daß sie gerade in hohen Ämtern mißtrauischer beobachtet werden. Frauen in leitender Position gehören in der Kirche noch lange nicht zur Normalität.

Sie diagnostizierten ja in einem Interview, daß es in der Kirche Probleme gibt im Umgang zwischen Männern und Frauen. Welche Auseinandersetzungen stehen an?

Zunächst sollten Männer und Frauen sich sagen können, wie sie sich gegenseitig wahrnehmen. Wo es Verletzungen gibt. Welches Verhalten Verletzungen verursacht. Männer haben auch Verletzungen, das ist ganz klar, aber unter ihnen werden sie meist nicht thematisiert. Sie bleiben dann eher unverarbeitet stehen. Wenn wir aber die Frauen mit ihrem ungeheuren Engagement halten wollen, dann müssen die Schwierigkeiten zwischen Männern und Frauen in der Kirche thematisiert werden. Ein Zudecken dieser Probleme hat schwere Folgen. Diese Probleme sind allerdings nicht kirchenspezifisch, sondern kommen auch in Politik und Wirtschaft vor. Die Gemeinschaft zwischen Männern und Frauen wird wachsen, wenn sich beide Seiten erst einmal richtig zuhören und die jeweils anderen Erfahrungen und Wünsche wahrnehmen.

Warum hat es Ihrer Meinung nach die Kirche so schwer mit Auseinandersetzungen?

Die Kirche hat sehr hohe moralische Ansprüche an sich und an andere. Mit ihrem Idealbild, Frauen und Männer in der Kirche seien alle Schwestern und Brüder im Herrn, fällt es vielen, meist männlichen Kirchenvertretern schwer, Unstimmigkeiten und anstehende Auseinandersetzungen überhaupt wahrzunehmen. Sind Konflikte augenfällig geworden, werden sie wegen des hohen Anspruches gern schnell im Keim erstickt, oder Meinungsverschiedenheiten werden abgewiegelt. Mit ihrem Anspruch, nach außen hin eine friedliche Gemeinschaft zu demonstrieren, setzt sich die Kirche selbst unter einen zu großen Druck, der sie im Grunde überfordert – auch in anderen konfliktträchtigen Bereichen. Ich halte es nicht für richtig, wenn Kirchenvertreter notwendige Auseinandersetzungen zudecken wollten mit der Drohung, die Kirche werde bei einer Weiterführung des Konfliktes auseinanderbrechen. Ich denke da zum Beispiel an die zurückliegende Rüstungsdebatte, an die Bewahrung der Schöpfung und an ähnlich kontrovers diskutierte Themen. Man kann doch nicht auf wichtige Themen verzichten nur aus Angst vor Kirchenaustritten oder einem drohenden Schisma. Mir ist es lieber, wenn ein heißes Eisen angepackt wird und damit Unstimmigkeiten riskiert werden. Kirchenaustritte oder ein Schisma müssen ja nicht gleich die Konsequenz sein, wenn es Konflikte in der Kirche gibt. Da traue ich der Kirche viel mehr zu.

Welche Vorteile hätte es, wenn Konflikte, wie sie zwischen Männern und Frauen bestehen, offen ausgetragen werden würden?

Nur ein offenes Reden über und das Benennen von Konflikten kann zur Gemeinschaft führen. Gegenseitiges Zuhören und Streiten, das fördert die echte Gemeinschaft. Erst wenn die Konflikte benannt werden, können Männer und Frauen nach gemeinsamen Wegen suchen. Wir leben ja nicht nur von der göttlichen Vergebung,

Gossner Mission

sondern auch von gegenseitiger Vergebung. Ein großer Schritt wäre es, wenn die Kirche von ihren Ansprüchen herunterkommen und zugeben könnte, daß es in ihr auch menschlich zugeht, daß es in ihr auch nicht besser ist als in anderen Institutionen. Wie die Kirche sind auch die Justizbehörde und die Politik Männerdomänen, Bereiche, die ich kennen und vergleichen kann. Und es ist wirklich in allen Institutionen für leitende Frauen ähnlich schwierig. Was es nur in der Kirche für uns Frauen so kompliziert macht, ist, daß wir diese Konflikte weniger offen benennen, weil es sie ja eigentlich, vom Anspruch her, nicht geben darf. Wenn die Kirche nun aber zu ihren Meinungsverschiedenheiten steht, auch in der Öffentlichkeit und in den Medien, dann wird sie transparenter werden für alle. Und das wäre nur von Vorteil. Wenn die Institution sich diese Eingeständnisse macht, dann wird sie nicht mehr mit dem Vorwurf der „Scheinheiligkeit" zu treffen sein, ein Begriff, der ja auch beim Hauskauf in den Medien häufig aufgetaucht ist. Da Kirche aber weiter die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger nährt, in dieser Institution gehe alles friedlich und konfliktfrei, herrschaftsfrei und bescheiden zu, werden die Vorwürfe gegenüber der Kirche dann doppelt so stark, wenn diese Erwartung enttäuscht wird.

Die Kirchen haben eine Frauen-Dekade ausgerufen, sie aber dann den Frauen überlassen. Es ist eine übliche Erfahrung, daß Frauen die Kirche bewegen. Wo kann die Kirche Frauen bewegen?

Tja, ich frage mich manchmal, welchen Typ von Frauen die Kirche überhaupt ansprechen möchte. Ich habe oft meine Zweifel, ob Kirche wirklich die selbstbewußte couragierte Frau ansprechen will. Ich entdecke bei Kirchenmännern vielerorts erhebliche Relikte eines dienenden Frauenbildes. Jedenfalls ist die gleichberechtigte Partnerin in der Kirche keine Selbstverständlichkeit. Was die Gleichberechtigung angeht, nimmt die Kirche wahrlich keine Vorreiterrolle ein. Die Bereitschaft ist vorhanden. Aber es ist noch ein langer Weg. Viele Frauen sind entmutigt und ziehen sich zurück. Wenn die Institution Kirche die Frauen wirklich noch bewegen will, dann muß sie die Frauen mal machen lassen. Es gibt so viele tolle, fähige, kompetente Frauen in der Kirche. Denen muß sie mehr Gehör verschaffen. Die Männer in der Kirche sollten dann natürlich lernen, auch Macht an die Frauen abzugeben. Ich denke, die Institution muß deutlicher machen, wie wichtig die Frauen für sie sind. Zum Beispiel dieses Hick-Hack um das Frauenstudienzentrum und um Frau Leistner ist meines Erachtens ungeheuer schädlich für die Kirche. Warum kann sie sich da nicht eindeutig für die Frauenpower einsetzen? Ich sage mit Absicht Frauenpower. Denn bei alldem geht es ja auch um Macht – und darum, wie sie verteilt wird.

Elisabeth Lingner, Büro der Synode der Nordelbischen Kirche, Feldbrunnenstraße 29, 20148 Hamburg

Das Gespräch führte Ulrike Plautz Ende Januar in Hamburg.

Haben wir doch miteinander den Mut,
die bestehenden Konflikte offen
anzusprechen. Wenn wir dieses vermeiden,
dann werden sie in Krisensituationen
aufbrechen und eskalieren.

Elisabeth Lingner
auf der nordelbischen Synode am 3. Februar 1994

Gossner Mission

Harald Messlin

Erfahrungen aus Bischofferode

Der Arbeitskampf der Eichsfelder Kali-Kumpel ist beendet. Was bleibt, ist nicht nur Resignation.

Auch den wohl letzten einer ganzen Reihe von ökumenischen Gottesdiensten, die den Arbeitskampf der Bischofferoder Bergleute begleitet hatten, feierten wir am Nachmittag des 31. Dezember 1993 wieder in einer dramatischen Situation. Noch unmittelbar vor Beginn sah es so aus, als müßte der Gottesdienst im Freien stattfinden oder ausfallen, weil die Betriebsleitung am Vormittag ein generelles Verbot für das Betreten des Werkgeländes ausgesprochen hatte. Um 14 Uhr aber strömten mehrere hundert Kali-Kumpel mit ihren Angehörigen, eine große Zahl auswärtiger Gäste und Vertreter zahlreicher Medien ungehindert in die ehemalige Kantine des Werkes, deren Stühle längst nicht ausreichten. Pfarrer Michael Schwenn aus der Partnergemeinde Walldorf-Mörfelden bei Frankfurt (Main), von Anfang an mit dem Arbeitskampf der Bischofferoder verbunden, hielt die Predigt, deren ermutigende Wirkung vielen Zuhörern abzuspüren war.

Nach dem Gottesdienst begann die entscheidende Belegschaftsversammlung, in deren Verlauf sich die Kali-Kumpel nach einer teilweise kontrovers und verbittert geführten Diskussion schließlich für die Annahme des Vertragsangebotes der Berliner Treuhandgesellschaft und damit für die Aufgabe ihres einjährigen Arbeitskampfes entschieden.

Dieser Vertrag, der den Bischofferodern die von Bundeskanzler Kohl bereits im vorigen Sommer versprochene zweijährige Arbeitsplatzgarantie und – gemessen an anderen ostdeutschen Betrieben – relativ hohe Sozialabfindungen absichert, war von Bodo Ramelow, dem Sprecher des Thüringer Aktionsbündnisses, im Auftrag des Betriebsrates ausgehandelt worden. Buchstäblich in letzter Minute und offensichtlich erst unter dem Druck der Treuhandanstalt hatten sich die Herren des Vorstandes der neugebildeten Kali und Salz GmbH Sonderhausen bereitgefunden, den Vertragsvereinbarungen zuzustimmen, obwohl deren Kosten alle von der Treuhand übernommen werden. Offenbar reichte ihnen die Beendigung dieses Arbeitskampfes nicht, der ihnen so viel Ärger gemacht hatte – sie wollten die unbotmäßige Belegschaft des Bischofferoder Kalibetriebes zusätzlich bestraft und erniedrigt sehen. Als Bodo Ramelow, eigentlich Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Erfurt, der Belegschaft den umfangreichen Vertragstext erläuterte, redete er nicht darum herum: Auch aus seiner Sicht bedeutet diese Vereinbarung das endgültige Aus für die Kali-Produktion in Bischofferode und damit eine klare Niederlage für die Kumpel. Er sagte: „Ihr habt ein Jahr lang wie David und Goliath gekämpft. In der Bibel hat David gesiegt, aber in der Realität sieht das anders aus. Diesen Kampf habt Ihr verloren." Auch wenn Bodo Ramelow hier „Ihr" sagte – allen in dem überfüllten Kantinenraum der ehemaligen Kali-Grube „Thomas Müntzer" war klar, daß er an dieser Stelle sich und uns, die wir den Arbeitskampf der Bischofferoder unterstützt hatten, mit meinte.

„Bischofferode ist überall", das konnte man seit dem Frühsommer des vergangenen Jahres auf unzähligen Protestveranstaltungen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau an vielen Orten Ostdeutschlands, aber zunehmend auch in den westlichen Bundesländern, hören und auf Spruchbändern lesen. Was mit der Kali-Grube in Bischofferode geschehen ist, geschah und geschieht genauso oder ähnlich mit anderen Industriebetrieben unseres Landes: im Westen über längere Zeiträume gestreckt und einigermaßen sozial abgefedert, im Osten völlig unvorbereitet quasi im

Gossner Mission

Zeitraffertempo mit um so schlimmeren Folgen für die betroffenen Menschen und Regionen. Das Beispiel Bischofferode ist in diesem Zusammenhang so wichtig geworden, weil es uns bestimmte Mechanismen und Abläufe deutlich vor Augen geführt hat, die wir auch anderswo vermuteten, die aber schwer zu erkennen oder gar zu beweisen waren. Denn die öffentliche Auseinandersetzung um den Kali-Fusionsvertrag und die Schließung der Grube in Bischofferode haben mehr und mehr bestätigt, was uns Kali-Fachleute genauso wie die Bischofferoder Betriebsräte von Anfang an gesagt hatten: Hier ging es weder um die sinnvolle Stillegung eines „maroden" DDR-Betriebes noch um ein schlechtes, auf dem Weltmarkt nicht absetzbares Produkt und schon gar nicht um einen aus Rentabilitätsgründen notwendigen Abbau von Arbeitskräften (den hatten die Bischofferoder längst hinter sich). Nein, die Schließung der Bischofferoder Kali-Grube diente als „Marktbereinigung" der Ausschaltung von Konkurrenz und damit den wohlverstandenen Interessen der BASF in Ludwigshafen. Die siebenhundert Arbeitsplätze des Kali-Schachtes „Thomas Müntzer" mußten der vermeintlichen Sicherung des „Kali-Standortes-Deutschland" geopfert werden. Dem wurden alle anderen ökonomischen, sozialen und menschlichen Interessen untergeordnet. Deshalb hatten die Bischofferoder Kumpel neben der Mitteldeutschen Kali AG und der BASF-Tochter Kali und Salz AG Kassel die gesamte Bundesregierung, die Treuhandanstalt, die Thüringer Landesregierung und leider auch ihre eigene Industriegewerkschaft Bergbau und Energie sowie die Führung der SPD zu Gegnern. Gegen eine solche Übermacht zu verlieren, ist wahrhaftig keine Schande.

Dennoch hat diese Niederlage für die Bischofferoder Kumpel einen zusätzlich bitteren Beigeschmack. Vom Beginn ihres Kampfes an hatten sie eine überwältigende Solidarität erfahren. Unzählige Besucher kamen in das bis dahin völlig unbekannte kleine Eichsfelddorf, um sie zu ihrem Kampf zu beglückwünschen und ihnen gute Wünsche auszusprechen. Im Verlauf des Jahres 1993 erhielten sie Zehntausende von Briefen und Solidaritätserklärungen. Die Vertreter ihres Betriebs- und Sprecherrates wurden als gefeierte Gäste und gefragte Referenten zu annähernd hundert Solidaritätsveranstaltungen in alle Bundesländer eingeladen. Das Solidaritätsspendenkonto des Betriebsrates erreichte zum Jahresende 1993 die Höhe von fast einer Million D-Mark. In einer ganzen Reihe von Städten Ost- und Westdeutschlands hatten sich Bischofferode-Soli-Komitees gebildet, deren Mitglieder durch Hungerstreiks und andere Aktionen den Kampf der Eichsfelder Kali-Kumpel mit großem persönlichen Einsatz unterstützten. Alle diese und viele andere bewegende Zeichen der Solidarität werden die Bischofferoder mit Sicherheit nicht vergessen.

Die bittere Lektion

Und doch war es nicht das, was sie eigentlich gebraucht hätten, um in ihrem Kampf erfolgreich zu sein. Drückte die Losung „Bischofferode ist überall" doch vor allem ihre Zuversicht aus, daß nun der Funke ihres Widerstandskampfes auf andere Betriebe überspringen und zumindest in den besonders vom radikalen Arbeitsplatzabbau betroffenen Regionen Ostdeutschlands einen Flächenbrand entzünden würde. Nur solcher Widerstand aus den Betrieben heraus hätte die Mächtigen wirklich beeindruckt und zum Einlenken bringen können. Aber bis auf das Aktionsbündnis „Thüringen brennt", in dem sich Betriebsräte, Gewerkschaften, Verbände und Kommunalpolitiker im Sommer 1993 zu beachtlichen Widerstandsaktionen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau in Thüringen zusammenschlossen, geschah nichts dergleichen. Und selbst als sich im September des vergangenen Jahres die Hungerstreikenden von Bischofferode zu ihrem spektakulären Marsch zur Treuhandanstalt nach Berlin auf den Weg machten, schloß sich ihnen kaum einer an.

Gossner Mission

Bischofferode ist eben nicht überall, das war eine der bitteren Lektionen, die die Bischofferoder zu lernen hatten. Aber sie hatten ja bereits in ihrem eigenen Betrieb die nicht weniger bittere Erfahrung gemacht, daß da zwar alle empört auf „die da oben" schimpften und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze forderten, aber zu konkreten Arbeitskampfaktionen immer nur ein Teil der Belegschaft bereit war. Und auch die Männer und Frauen, die ein ganzes Jahr lang mit einem bis an die Grenzen der physischen Erschöpfung gehenden Einsatz, der oft auf Kosten ihrer Familien ging, für die Erhaltung ihres Betriebes gekämpft hatten, wurden schließlich müde und hoffnungslos. Um so mehr verdient es unsere Hochachtung, daß sie bis zum Schluß nicht einfach aufgaben und ihnen auch die Zustimmung zu dem ausgehandelten Vertragstext noch abgerungen werden mußte.

Natürlich melden sich jetzt Leute von außen zu Wort, die von einer „schmählichen Kapitulation" der Bischofferoder sprechen und genau wissen, was dort bestimmte Betriebsräte in welchen Situationen und überhaupt im Arbeitskampf falsch gemacht haben. Schließlich hatten sie schon länger ihre Zweifel angemeldet, ob denn diese mehrheitlich konservativ-katholischen und dazu dickköpfigen Eichsfelder ihre Solidarität überhaupt verdienten. Obwohl ich auch weiß, daß es im Verlauf dieses langen Arbeitskampfes mehr als eine falsche Entscheidung in Bischofferode gab, auch Streit und sicher manches Versagen, kann ich die Meinung dieser Leute nicht teilen. Und zwar nicht so sehr deswegen, weil einige von ihnen vermutlich ohnehin vor allem ihr eigenes Süppchen am Feuer der Bischofferoder kochten (schließlich habe auch ich mich von diesem Feuer erwärmen lassen). Nach meiner festen Überzeugung kann man schon deshalb nicht von einer schmählichen Kapitulation der Bischofferoder sprechen, weil sie zwar besiegt und entsprechend enttäuscht, wütend und voller Trauer, aber doch mit erhobenem Haupt aus diesem Kampf gegangen sind.

Der Sieg hinter der Niederlage

Wichtiger noch ist mir die Gewißheit, daß Bodo Ramelow letztlich nicht Recht hatte, als er davon sprach, David habe zwar in der Bibel über Goliath gesiegt, dies für die Realität aber nicht zuträfe. Ich bin am Neujahrstag mit meinen Freunden zwar auch voller Zorn und traurig vom Eichsfeld weggefahren, aber nicht verzweifelt und resigniert.

Denn die Bischofferoder haben uns gezeigt, daß es sich lohnt, für eine gute und gerechte Sache zu kämpfen, auch wenn ein Sieg mehr als unwahrscheinlich ist. Und sie haben in ihrem Kampf, alle Irrtümer und alles Fehlverhalten eingeschlossen, eine menschliche Größe bewiesen, die ihre Gegner fast ausnahmslos vermissen ließen. Deswegen steckt in ihrer eindeutigen Niederlage doch ein moralischer Sieg, der nicht ohne reale Folgen bleiben wird. Dazu zählen für mich bereits die Erfahrungen aus diesem Arbeitskampf, der Gerechtigkeitssinn, das Gemeinschaftsgefühl und die fröhliche Menschlichkeit, die uns in Bischofferode begegnet sind – zu den Aktionstagen, im Sommer bei den Hungerstreikenden und gerade auch jetzt zum Jahreswechsel. Die Freunde, die ich in Bischofferode und unter den Unterstützern dieses Arbeitskampfes gefunden habe, werden für mein Leben wichtig bleiben.

Es war für mich eine gute Erfahrung, bei der Unterstützung dieses Arbeitskampfes die evangelischen Kirchenleitungen in Magdeburg und Eisenach hinter mir zu wissen. So konnte ich ihre in öffentlichen Erklärungen und durch die Predigten ihrer Vertreter in Bischofferode bekundete Solidarität mit den Kali-Kumpeln bekräftigen. Als Mitarbeiter einer Missionsgesellschaft habe ich in Bischofferode – wo natürlich nicht nur Christen wohnen – erlebt, daß da, wo wir anfangen, das Alltagsleben und die Auseinandersetzungen der normalen Leute wirklich zu teilen, die Mitteilung des Evan-

Gossner Mission

geliums auch an Menschen wieder möglich wird, die seit langem in einem großen Abstand zur Kirche leben. Aus zahlreichen Gesprächen mit den Kali-Kumpeln und ihren Angehörigen, ganz gleich, ob sie zur katholischen, zur evangelischen oder zu gar keiner Kirche gehörten, weiß ich, wie wichtig es für sie im Verlauf dieser zwölf Monate wurde, daß Pastorin Haas und Dechant Klapproth praktisch täglich bei ihnen auf der Grube gewesen sind. Und so konnten die Gottesdienste, die man bewußt auf dem Werkgelände und aus der bedrängenden Situation heraus selbstverständlich ökumenisch miteinander feierte, ganz schlicht und alles andere als „modern" oder gar medienwirksam sein. Ihre Wirkung beruhte darauf, daß hier glaubwürdig gepredigt und so verbindlicher Gottes-Dienst zu verbindlichem Menschen-Dienst wurde. Diese Erfahrung läßt mich für unsere Kirchen hoffen.

Pfarrer Harald Messlin, Gossner Mission, Fennstraße 31, 12439 Berlin

Ute Gniewoß

Wo am Frauentag gefeiert wird

Als Westpastorin in einer ostdeutschen Kleinstadt – das bedeutet nicht nur eine regionale Umgewöhnung. Sprachfallen und Runde Tische, Taufunterricht und Kleinfamilien: Beobachtungen aus dem Alltag in Velten.

„Wie ist es denn so im Osten?" werde ich manchmal von Westlern gefragt. Vieles schwingt mit in der Frage. Vor allem Skepsis; in so einer grauen Kleinstadt wie Velten, eingezwängt in volkskirchlich-kleinbürgerliche Erwartungen, als geborene Westlerin und Städterin zu leben – das kann doch nicht besonders beglückend sein. So meinen die einen. Gemeinde aufbauen, wo nichts mehr ist, gestaltend tätig sein, das ist immerhin eine Aufgabe – so meinen andere. Bilder von der Tristesse der Oststädte oder der Faszination der angenommenen Stunde Null sind es, die die Vorstellungen mancher Westfreundinnen und -freunde mehr oder weniger offen bestimmen. Oder auch das Bild von den letzten aufrechten Christen und Christinnen, die den Sozialismus mit menschlichem Antlitz noch immer im Herzen tragen und in ökumenischer Weite das Paktieren mit dem Mammon verweigern.

Als mein Kollege und ich vor fast zwei Jahren als „Westdoppelwhopper" in die vakanten Gemeinden Velten und Marwitz entsandt und dort mit einer Mischung aus Offenheit, Erleichterung, verhaltener Skepsis aufgenommen wurden, haben wir uns fest vorgenommen, „Trampelpfade" zwischen Ost und West zu schaffen. Jenseits der bestehenden Bilder, die Westler und Ostler voneinander haben, wollten wir mit unseren Erfahrungen dazu beitragen, neue Begegnungen zu ermöglichen. Im Folgenden will ich einige dieser Erfahrungen schildern, sie aber nicht „auf den Punkt bringen", denn dafür lebe ich noch nicht lange genug hier; Systematik würde vorschnell neue Bilder schaffen. So habe ich nur Puzzleteile zu bieten.

Nicht, daß wir einander schon verstehen

Schnell lernt die Westlerin, von Broiler, Fit und Rat der Stadt zu sprechen. Das ist eine Übersetzungsfrage und keine Hürde. Viel schwieriger wird es, wenn die gemeinsame Sprache gesprochen wird, aber etwas anderes gemeint ist; schwieriger, weil die anderen Assoziationen vom Gegenüber gar nicht bemerkt werden. Zwei Beispiele: Bei einem Kaffeeplausch liest uns eine Frau über eine andere Gemeinde vor. Das „Bemühen um gemeinsame Willensbildung" wird erwähnt. „Ja ja, alles klar", sagen die am Tisch sitzenden Ostler und Ostlerinnen mit entsetztem Unterton. Was war klar?

Gossner Mission

Für sie war klar: Einer bestimmt, was die anderen wollen sollen. Während ich positive Assoziationen hatte – Basisdemokratie, mündige Gemeinde, alle reden mit –, empfanden sie die Formulierung als vernebelnde Propaganda. Ein anderes Beispiel: Bei einem Predigtnachgespräch geht es plötzlich um „Beziehungen pflegen", für mich zwar ein schillernder, aber durchaus kein nur negativer Begriff, für die Ostler und Ostlerinnen: Beziehungen pflegen heißt, sich etwas organisieren, was man auf normalem Weg nicht bekommt. Solche „Sprachfallen" zu entdecken, empfinde ich als eine Aufgabe gerade für Menschen, die ständig mit Sprache agieren. Wieviele Mißverständnisse sind schon produziert worden, weil wir meinen, dieselbe Sprache zu sprechen, und es doch nicht tun?

Und: Wie gehen wir mit Worten um, von denen (auch) wir (inzwischen) wissen, daß sie in der DDR zur „Herrschaftssprache" gehörten? Zwar ist es nicht nötig, dauernd von „Elan" und „Engagement" zu reden, und wer mit Konfirmandinnen und Konfirmanden arbeitet, kann auch auf das Wort „Wandzeitung" verzichten. Auch muß Mensch bei einer Taufe die Gemeinde nicht fragen: „Seid ihr bereit, den Täufling in die Gemeinde aufzunehmen ..." (wie ich es getan habe), aber wie steht es mit den Begriffen „Solidarität" oder gar „internationale Solidarität"? Ich halte diese Begriffe nach wie vor für unverzichtbar und benutze sie auch in Predigten, aber ich halte es für unerläßlich, jedesmal zu erklären, was ich denn warum jetzt und im Zusammenhang mit diesem Text meine, wenn ich von Solidarität spreche. Die Sprache muß aus ihren Umklammerungen befreit werden, wenn diese das Denken nicht mehr voranbringen, sondern bremsen.

Zwar sind unsere Gemeinden nachsichtig mit uns, und einzelne sind immer wieder aufklärerisch tätig, aber neben Vorsicht und Sensibilität würde uns wahrscheinlich auch eine bessere Kenntnis der DDR-Geschichte vor manchem sprachlichen Fehlgriff bewahren.

Wenn eine Kultur stirbt ...

Bei einem Krankenbesuch in der psychiatrischen Klinik Neuruppin hält mir ein älterer Mann die Türe auf und sagt: „Herzlichen Glückwunsch auch." „Danke", sage ich, ohne zu wissen, was er meint. Ein Stockwerk weiter kommt ein jüngerer Mann auf mich zu, gibt mir die Hand und sagt: „Heute ist Ihr Tag, ich hoffe, daß Sie ihn genießen." Wo bin ich denn hier, denke ich, traue mich dann aber doch zu fragen, was er denn meine. „Na, heute ist doch internationaler Frauentag", ist die Antwort. Als ich nach Velten zurückkomme, haben die Mädchen aus der Jungen Gemeinde gerade Blumen gekauft, im Auftrag ihrer Väter, die sie dann abends ihren Müttern schenken – zum internationalen Frauentag.

Am 1. Juni, dem internationalen Tag des Kindes, organisieren die Erzieherinnen des Evangelischen Kindergartens eine große Kremserfahrt für alle Kinder, und nachmittags machen die Eltern mit ihren Kindern ein besonderes Programm.

Ich kannte den internationalen Frauentag im Westen nur aus einer gesamtgesellschaftlich gesehen sehr kleinen politisch-feministischen Szene, den Weltkindertag höchstens aus der Tagesschau. Hier existieren diese Tage noch als kulturprägend fort. Noch werden sie gefeiert, und die christliche Gemeinde ist m. E. ein Ort, wo sie auch aufgehoben sein können. Wir haben inzwischen zwei Fest- und Familiengottesdienste anläßlich des Frauen- und Muttertages gefeiert. Es ist eine Möglichkeit, deutlich zu machen, wer da nicht gegen wen ausgespielt werden soll, eine Möglichkeit auch, die „Funken der Besinnung" stark zu machen, die in diesen in der Praxis ja immer auch zu Alibiveranstaltungen verkommenen Anlässen begraben liegen. Gerade jetzt, wo Frauen in ungeahntem Ausmaß um ihre Arbeitsplätze kämpfen müssen und für Kinder der letzte unkontrollierte Lebensraum durch wachsenden Verkehr und zunehmende

Gossner Mission



„Fortschritt: die Aufeinanderfolge von Formen oder Zuständen in dem Sinne, daß die zeitlich späteren zugleich die wertmäßig höheren sind." (Brockhaus-Lexikon) *Foto: Archiv*

Kriminalität zerstört wird, sollten solche Tage der Rechte und des Feierns nicht verlorengehen. Und biblische Weisung für diese Lebensbereiche haben wir nun wirklich in Fülle.

Es gibt noch andere Tage, Formen und Strukturen des gemeinsamen Lebens, die hier gewachsen und jetzt in Gefahr sind, ortlos zu werden. Ich denke auch an den 1. Mai, von dem ein Freund aus der Altmark mir erzählte, daß es zu DDR-Zeiten eigentlich der einzige Tag gewesen sei, an dem die ganze Gemeinschaft seines kleinen Dorfes zusammen gefeiert hat. Das sei jetzt „natürlich" nicht mehr so.

Auch die Runden Tische gehören für mich zu einer DDR-spezifischen Kultur, wenngleich sie erst in der Spät- und Übergangsphase entstanden sind. Im Dezember 1992 hat unsere Gemeinde gemeinsam mit der Stadtverwaltung zu einem „Runden Tisch gegen Gewalt und Rassismus an Veltener Schulen" aufgerufen. Daraus entstand u. a. eine „Initiativgruppe gegen Gewalt und Rassismus in Velten". Etwa 25 Menschen unterschiedlichster ideologischer Herkunft hatten sich zusammengefunden und haben in einem halben Jahr eine Kinder- und Jugendaktionswoche vorbereitet und dann gemeinsam durchgeführt. An verschiedenen Orten der Stadt haben Kinder und Jugendliche eine Woche lang an einem altersspezifischen Ferienprogramm mit dem Namen „Veltener Mixed Pickels" (kein Schreibfehler, es war an die gemischten pubertären Pickel gedacht – Wortschöpfung einer Schülerin) teilgenommen. Von der Theatergruppe bis zur abgesperrten Rollerskatestraße, von Basteln bis Disco, Filmprogramm und Skatspiel, Abenteuerradtour und Sportwettkämpfen wurde das gesamte Programm (knapp 30 Angebote) ehrenamtlich durchgeführt. Die finanzielle Unterstützung kam aus verschiedenen Töpfen, von CDU bis PDS. Wir haben das Schweigen und die Untätigkeit gegenüber dem zunehmenden Rechtsradikalismus, einer wachsenden Aggressivität selbst unter Kindergartenkindern und heftigen Gewaltakten

Gossner Mission

unter Jugendlichen nicht ausgehalten und ein unseren Kräften entsprechendes Ziel gesetzt. Daß es geglückt ist, motiviert alle Organisatoren und Organisatorinnen zu weiteren Aktivitäten.

Ich wünsche mir, daß wir in den Gemeinden hier nicht nur Beobachtende einer sterbenden Kultur sind oder gar unbewußt Sterbehilfe leisten (bewußt mag es ja geschehen), sondern daß wir reflektiert und gezielt nach den befreienden evangelischen Impulsen in dieser Kultur fragen und ihnen Raum geben.

Wie, bitte, sag' ich „Guten Tag"?

Wer sich hier begrüßt, gibt sich die Hand. Ich kannte diese Begrüßungsgeste nur noch mit deutlich älteren Menschen, bei sehr formalen Anlässen oder mit mir bis dahin unbekannten Menschen. Hier geben sich alle die Hand, auch Jüngere tun es untereinander. Ich habe es inzwischen gelernt, selbst mein (West)kollege und ich begrüßen uns morgens mit Handschlag, wenn auch mit einem verhaltenen Grinsen. Und wenn „Westbesuch" zu mir kommt und an unserer Mitarbeiterin im Büro ohne Handschlag vorbeigeht, finde ich das inzwischen schnöselig, zumal wenn ich sehe, daß sie ihre Hand sozusagen schon „ausgefahren" hatte.

Im Westen gibt es variantenreichere Begrüßungsformen. Vom lockeren „Hallo" oder gar „Hi" mit leicht erhobener Hand über den Handschlag oder ein kumpelhaftes Boxen bis zum verlegenen Am-Ärmel-Streicheln oder der kräftigen Umarmung, vielleicht noch mit einem Kuß versehen. Das ist einerseits schön, Gefühle werden offen geäußert, und nicht alle Beziehungen, die Menschen zueinander haben, sind gleich. Aber es drängt einen andererseits allzeitig in den Bekenntnisstand. Und welche Westlerin, welcher Westler kennt nicht die Verlegenheit, wenn ein Partner sich für die heftige Umarmung, die Begrüßungspartnerin sich aber für das distanzierte „Hallo" entschieden hatte?

Handschlag oder nicht – das ist für mich geradezu zu einem Synonym von Ost-West-Lebensgeschichte geworden. Auf der einen Seite die klare Konvention, unkompliziert und hilfreich, aber ein Mehr an Körperlichkeit und Nähe hat seinen Ort dann auch nur im ganz Privaten oder in einer Szene der schon lange Eingeweihten. Auf der anderen Seite die bunte Spielwiese der Gefühlsäußerungen, ein Reichtum an Formen, allen zugänglich, aber auch die dazugehörige Irritation, Schwellenangst und Uneindeutigkeit. Ein Fazit? Kein Fazit, außer daß der Handschlag ja weitere Gefühlsäußerungen nicht ausschließen muß.

„Weil uns das Christsein doch etwas wert ist"

Im Westen war mir die gemeindliche Praxis um den Beginn von Kirchenmitgliedschaft häufig eine Anfechtung. Das oft nur einmalige Taufgespräch, im Extremfall noch vor laufendem Fernseher, empfand ich als ein Nicht-Ernstnehmen des eigenen Glaubens. Meine Versuche in der Westgemeinde, diese Praxis zu ändern, Taufseminare einzuführen oder zumindest mehrere Gespräche zur Verpflichtung zu machen, sind im Gemeindekirchenrat (GKR) auf einhellige Ablehnung gestoßen. Der erste Schritt auf die Gemeinde hin sollte nicht von Verpflichtung gekennzeichnet sein, und mehrere Gespräche seien für viele eine unzumutbare Belastung, hieß es; der einladende Charakter sei nicht mehr deutlich, wenn die Schwelle so hochgeschraubt wird.

In Velten wird das anders empfunden. Wer Christ oder Christin in der DDR war, hatte damit per se ein Profil und riskierte Bildungs- oder Karriereknicke. Wenn jetzt interessierte Menschen auf die Gemeinde zukommen mit dem Argument: „Na ja, Sie wissen ja, daß das früher nicht so einfach möglich war, sich zur Kirche zu halten", so werden sie zwar offen empfangen, aber dieses Argument ruft bei manchen Stirn-

Gossner Mission

runzeln hervor, weil es als unaufrichtig empfunden wird; schließlich gab es hier immer Christen und Christinnen, die ihr Leben in der Gemeinde und Gesellschaft durchaus nicht nur als Martyrium verstanden haben. Jetzt die Zugehörigkeit zur Gemeinde nur als Dekoration eines Familienfestes zu „verschleudern", widerstrebte einigen Gemeindegliedern. So begannen wir mit einem für die Teilnehmenden verpflichtenden Taufseminar für erwachsene Taufinteressierte bzw. die Eltern und Paten von Kindern. Außerdem beschloß der GKR, daß die Taufe in der Regel in der Gruppe vorbereitet und gemeinsam gefeiert werden sollte. Ich bemühte mich daraufhin in mehreren Gesprächsabenden, den Sinn von Taufe zu verdeutlichen, bis ein teilnehmendes Gemeindeglied spontan äußerte: „Das hat so keinen Sinn, die kennen ja Christus nicht."

Diese Bemerkung führte zu einer Änderung. Jetzt ist das Taufseminar ein Bibelgesprächskreis geworden. Exodus, Prophetie, Passa- und Abendmahl, Jesusgeschichten und Nachfolge sind Themen, die wir seit gut einem Jahr durcharbeiten. Singen und Beten, Weintrinken und Klönen sind ebenfalls feste Bestandteile der meist bis zu vierstündigen Abende. Nicht, daß falsche Vorstellungen entstehen: Es gibt hier keinen Taufboom, die Gruppe ist klein, aber einige Täuflinge kommen nach der gemeinsam vorbereiteten und gefeierten Taufe „freiwillig" weiter. Von Beginn der Teilnahme bis zur Taufe vergehen mal drei Monate, mal ein dreiviertel Jahr. Inzwischen nehmen auch einige Gemeindeglieder teil, die als Kinder getauft wurden, aber ihre Kenntnisse auffrischen wollen und Gemeinschaft suchen. Nach anfänglichen Hemmungen nimmt die Diskutier-, Spiel- und Bibelforschungsfreudigkeit langsam zu. Allerdings gibt es auch hier alteingesessene Gemeindeglieder, die auf „ihre" Einzeltaufe zu dem von ihnen gewünschten Termin bestehen, z. B. mit dem Argument: „Wir leben ja hier nicht mehr im Sozialismus, und wir haben uns bei unseren Verwandten im Westen erkundigt, da gibt's sowas auch nicht." Die meisten aber akzeptieren unsere Regelung, und einige finden einen Zugang zur Gemeinde.

Was die Konfirmandenzeit angeht, so betrug sie zu DDR-Zeiten drei Jahre. 1989 nach der Wende wurde sie auf zwei Jahre verkürzt. 1992 beschloß der GKR, sie wieder auf drei Jahre zu verlängern, um die Chance zu erhöhen, daß die Jugendlichen nicht aus der Gemeinde, sondern in die Gemeinde hinein konfirmiert werden. Das erste halbe Jahr besteht nur aus gemeinsam verbrachten Samstagen, nach zwei Jahren regelmäßigen Unterrichts gilt die Gruppe dann im letzten halben Jahr schon als Junge Gemeinde, soll sich selbst organisieren und wird erst dann konfirmiert. Inzwischen wächst bei einigen Jugendlichen und Erwachsenen die Unzufriedenheit gegenüber dieser Regelung – andere haben es leichter, aber ich hoffe, daß der GKR wenigstens für einen Jahrgang bei dieser Regelung bleibt und sieht, ob und welche Früchte zu ernten sind.

Velten ist kein Einzelfall, auch Pfarrerkollegen in anderen Gemeinden führen mit erwachsenen Taufinteressierten bis zu zehn Gespräche, ein Kollege arbeitete mit einer jungen Frau mehrere (kurze) Religionsbücher durch. Sicher kann man auf andere Konstruktionen kommen als wir in Velten, ich glaube jedoch nicht, daß es sich um ein Zeitproblem, sondern um eine Frage der Prioritätensetzung handelt. Wie versteht eine Gemeinde sich selbst und den Grund ihres Glaubens? Was tun wir gegen das „Karteileichentum", außer es zu beklagen?

Wo die Kirche wieder im Dorf steht

In unserer Stadt haben die Kirchengemeinde und besonders ihre Amtsträger eine größere kommunalpolitische Bedeutung, als ich das aus Westberlin kenne. Das mag in vielen westdeutschen Kleinstädten ähnlich sein. Hier aber kommt zweierlei hinzu: Zum einen ist die Kirchengemeinde eine Institution, die die Wende in ihrer Struktur

Gossner Mission

„überstanden" hat. Zusammenbrüche fanden in den Herzen statt, manche Aktivitäten sind geringer geworden, andere treten mehr in den Vordergrund, aber es gibt sie weiterhin, im Gegensatz zu vielen anderen Einrichtungen in der Stadt. Zum anderen gibt es in den Köpfen vieler Menschen ein undeutliches Bewußtsein davon, daß die Kirche in der „neuen" Gesellschaft als respektable Größe irgendwie dazu gehört. Es fiel mir zunächst nicht ganz leicht, mich in diesem „Ansehen" zurecht zu finden. Klar war uns nur: Bei Firmeneinweihungen stehen wir nicht für billige Werbezwecke zur Verfügung. Aber ist es nicht letztlich Eitelkeit, wenn wir mit dem Bürgermeister parlieren? Inzwischen nutzen wir die angebotenen Kontakte aus, z. B. wenn es um Flüchtlinge oder Kinder geht.

Das Gleiche gilt für die Lokalpresse. Ob wir einen Raum suchen, um unsere Orgel zu lagern, für Projekttage werben oder einem Flüchtling den Aufenthalt ermöglichen wollen, die Lokalredakteure und -redakteurinnen sind jederzeit gerne bereit, einen Artikel zu schreiben. Auch die „Gedanken zum Wochenende" werden in beiden Lokalblättern regelmäßig von Geistlichen geschrieben. Sie scheinen als ideologisch unverfänglich zu gelten. Auch Lehrer und Lehrerinnen gehen in letzter Zeit vorsichtig und meist informell mit uns auf Tuchfühlung: „Welche Werte wollen Sie vermitteln, welche Erziehungsziele haben Sie als Pfarrerin, als Pfarrer?"

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit beschränkte sich für mich im Westen auf Schaukastengestaltung, Anzeigen und Flugblattaktionen oder sehr partielle Mitarbeit im überschaubaren Kiez. Hier haben wir andere Möglichkeiten – und es lauern andere Gefahren. Setzen wir uns wirklich für die Schwächsten ein – oder betreiben wir Besitzstandswahrung? Bleiben wir frei und stachelig, oder werden wir moderat, weil wir uns in der Rolle der Gefragten gefallen?

Ist dies mein Land?

Als ich hierher kam, lebte ich in dem Bewußtsein: In der Optik dieser Gemeinde repräsentiere ich die Siegermacht, ob ich will oder nicht, ich gehöre zu den Westlern, die hierher in leitende Positionen gekommen sind. Zwar war im Gegensatz zu anderen Westlern mit meinem Herkommen kein höheres Gehalt verbunden, aber das wußten ja nur die, die sich zu fragen trauten. Ich habe mir vor Augen geführt: Für die Menschen hier ist von der Briefmarke bis zum Versicherungs- und Bildungswesen, von den Arbeitsformen bis zur Währung alles anders geworden. Der Westen riecht anders, klingt anders, sieht anders aus – alle hier wurden ihrer Heimat beraubt; auch wenn sie sie nicht liebten, es war ihre Heimat. Dieses wollte ich berücksichtigen, bemühte mich um Einfühlsamkeit, wußte, daß ich meine Glaubwürdigkeit gegen berechtigte Vorurteile bewähren muß. Erst jetzt gestehe ich mir zu, darüber nachzudenken, inwiefern *ich* eigentlich heimatlos geworden bin, und merke, daß ich es in zweifacher Weise geworden bin.

Einerseits nehme ich Westler und Westlerinnen anders wahr. „Warum reden und lachen die so laut?" denke ich z. B. plötzlich. Oder wenn ein Westreferent hier in irgendeinem Gremium auftaucht und mit aller Selbstverständlichkeit von „unseren Erfahrungen in der Friedensbewegung" spricht, aber nur die der Westler meint, dann frage ich mich, wie so wenig Sensibilität möglich ist. Oder wenn meine Kollegin hier bei dem Stichwort „Supervision" sagt: „So ist der Westen, alles ist super und klingt ganz besonders, und wenn man dann mitkriegt, was gemeint ist, dann denkt man: Und davor hatte ich so einen Respekt?" Ja, denke ich dann, du hast recht, es gibt so viel Bemühung ums Image bei dem, was man tut und wer man ist. Im Westen sehe ich plötzlich ein angestrengtes Hervorkehren der Individualität, und Gemeinsinn ist weniger selbstverständlich als hier, muß mit mehr Aufwand errungen werden.

Andererseits ist mir auch hier vieles fremd. So bemerke ich bei vielen Menschen hier

Gossner Mission

größere Schwierigkeiten im Umgang mit Konfliktsituationen und Emanzipationsprozessen. Während ich in meiner Generation im Westen im Nachschwapp der Studentenbewegung ein Aufbegehren gegen ungedeckte Autoritäten gelernt und eingeübt habe, auch gelernt habe, den Staub von den Füßen zu schütteln, wenn mich etwas fortwährend bedrückte und ich nicht weiterkam, so erlebe ich hier bei einigen Menschen, mit denen ich zu tun habe, ein „rasantes" Schwanken zwischen Autoritätshörigkeit einerseits und einem aufbrausenden, kurztatmigen Aufbegehren gegen Autoritäten andererseits. Ich denke dann: Gegen die alten Autoritäten können die Menschen nicht mehr anrennen, und die neuen schillern so merkwürdig. Und die Erfahrung, Subjekt der eigenen Geschichte zu sein, war zu kurz. Schon wieder die Mühen der Ebene – noch dazu einer fremden. In der Konsequenz dieser Beobachtung regt sich bei mir Protest – neben dem Verstehen. „Da kann man ja doch nichts machen, die entscheiden ja doch ohne uns ..." – solche Sätze empfinde ich zunehmend als unchristlich, als Verneinung der uns von Gott geschenkten Gaben, und das Thema schleicht sich in einige Predigten ein. Auch bin ich immer wieder ratlos und finde es erstaunlich, wie wenig die Konfirmanden und Konfirmandinnen ihre Eltern kritisieren, und wie geduldig Frauen ihre Männer und Schwiegermütter ertragen, obwohl sie offensichtlich unter ihnen leiden. Da mischen sich bei mir dann Bewunderung, Skepsis und Unverständnis, und ich bin unsicher in meinen Reaktionen.

Auch der vorherrschende Familiensinn ist mir fremd. Vieles in meiner Umgebung erschließt sich über Familienstrukturen, z. B. auch eine Konventsrüste. Da herrscht ein lockerer, freundlicher Umgangston. Musizieren, beten, essen und arbeiten bilden eine angenehme Einheit. Kinder sind selbstverständlich dabei, sie kommen zwischendurch herein und zeigen ihre Basteleien, ohne als störend empfunden zu werden. Kein Dünkel, keine Notwendigkeit, sich voneinander abzugrenzen – irgendwie gehören wir alle zusammen. Die Mütter sind die älteren Katechetinnen, die Väter sind die älteren Pfarrer, und die anderen sind die Söhne und Töchter. Diese Art des Miteinanders erfahre ich als einladend und tragend.

Anders geht es mir mit dem Familiensinn in der Kleinfamilie. Ich verstehe zwar, daß Familie zu DDR-Zeiten Sicherheit bedeutete. Da wenigstens war Verlaß, eine gepflegte Nische, aber ich frage mich immer, wo denn die anderen bleiben – die ohne Familie. Wo bleiben die aus welchen Gründen auch immer Alleinstehenden, die Schwulen und Lesben, die in der Familie Gescheiterten? Sie sind hier so merkwürdig unsichtbar und ortlos, obwohl es sie ja gibt. „Wer den Willen meines Vaters im Himmel tut, der ist mein Bruder und meine Schwester und meine Mutter" – diese Worte Jesu haben mich in meiner Biographie getragen. Als ich hier mit einer Erwachsenengruppe über die biblischen Stellen sprach, die Jesu Verhältnis zur Familie beschreiben, regte sich Protest. Das kann er so nicht gemeint haben. Die gerade jetzt bestehenden Konflikte in den Familien werden nur angedeutet, nie offen ausgesprochen. Über Fragen der Sexualität habe ich noch nie mit einem Gemeindeglied gesprochen. Wohngemeinschaften von nicht familiär verbundenen Menschen kenne ich hier nicht.

Dennoch fühle ich mich wohl in Velten, lebe gerne hier, vor allem, weil ich spüre, daß hier viele Menschen aufrichtig nach dem Willen Gottes fragen. Unser gemeinsamer Glaube eröffnet mehr Möglichkeiten, als die verschiedene Geschichte verschließt. Und es ist eben nicht wahr, daß Resignation hier als Lebenshaltung vorherrscht. Es ist nicht Resignation, es sind enttäuschte Hoffnungen, die verarbeitet werden müssen. Daß es wieder Ägypten ist oder immer noch die Wüste, ist nicht leicht auszuhalten, wenn man wirklich aufgebrochen ist. Als die Frauen aus Bischofferode gefragt wurden, ob sie noch Hoffnung haben, antworteten sie: „Ja, sicher, Hoffnung ist alles, was wir haben." Das ist mein Land.

Pfarrerin Ute Gniewoß, Breite Straße 17, 16727 Velten

Gossner Mission

Die von Christinnen aus Ost-Jerusalem formulierte Weltgebetstagsliturgie hat außerordentlich sensible Punkte berührt. Das ist in der heftig geführten Diskussion zu spüren. Aber nicht weniger beachtlich ist die fehlende Sensibilität, mit der hier weitgehend geredet und geschrieben wird. Das österreichische Weltgebetstagskomitee ist einen anderen Weg gegangen.

Zweifellos sind an dieser Liturgie wesentliche Probleme zutage getreten, die zu reflektieren sind. Wenn ich recht sehe, sind diese Probleme in der Diskussion noch lange nicht alle sichtbar geworden. Sie sollen hier kurz angesprochen und angedacht werden, ohne dem Anspruch genügen zu können, intensiv auf die bisherige Diskussion eingehen zu können. So sind auch die gelegentlichen Verweise nur als Aufnahme von Impulsen zu verstehen, nicht als Auseinandersetzung mit bestimmten Positionen.

Johannes Dantine

Fehlende Distanz

Die Liturgie für den Weltgebetstag bleibt umstritten, nicht nur in Deutschland. Eine Stimme aus Österreich sieht in dem Konflikt die Grundfrage derr Ökumene: Dürfen die eigenen Grundeinsichten zugunsten anderer Traditionen aufgegeben werden?

Gespannte Solidarität ertragen lernen

Der Sinn des Weltgebetstags der Frauen ist, daß Christinnen in einer bestimmten Situation ihre Gebete formulieren, und daß die Christinnen aller Welt diese Gebete mitbeten. Weil in Leidenssituationen gebetet wird, weil Gebete keine Abhandlungen über Recht und Unrecht sind, weil Leidenssituationen immer parteilich erlebt werden und daher eben Gebete parteiisch sind, kann den Mitbeterinnen einiges abverlangt werden. Sie werden hineingezogen in eine Parteilichkeit, die nicht die ihre ist. Das ist belastend und schwierig und muß es sein. Das müßte aber auch aushaltbar sein. Christen müßten sich solche Belastungen zumuten können. (Sie muten sich ja auch ganz andere Belastungen zu, nur werden andere weniger heftig erlebt, meistens aus Gewohnheit.)

Wenn es nur so wäre. In Wirklichkeit ist es nämlich gar nicht so.

Die Gruppen, die diese Liturgie vorbereiten, werden von der internationalen Zentrale intensiv beraten. Es kommt zu mehreren Gesprächen mit internationaler Beteiligung. Die internationale Zentrale wurde frühzeitig über die Schwierigkeiten informiert, die in dieser Liturgie gesehen werden. Eine ursprünglich vorgesehene Fußnote, die die Erwähnung von Sabra und Shatila erklärt, wurde zweimal verändert und schließlich zurückgezogen.

Ebenso ist es üblich, daß die nationalen Komitees die Liturgien überarbeiten. Dies scheint auch sonst notwendig, um Verständlichkeit, die ja nicht nur eine sprachliche ist, und Zugänglichkeit zu den Texten zu ermöglichen.

Aber in diesem Fall wurde weder seitens der internationalen Zentrale ausreichend auf die Probleme reagiert noch wurde vom deutschen Komitee auf geeignete Weise der Problematik durch eine sinnvolle Überarbeitung begegnet. Die öffentlich geführte Diskussion war wichtiger.

Es ist die Frage zu stellen, ob solche *cordons sanitaires* wirklich nötig und auch sinnvoll sind. Der Grundidee widersprechen sie wohl. Auf der anderen Seite ist es sicher wichtiger, dafür zu sorgen, daß die Gebete wirklich mitgebetet werden können, als der reinen Idee der sperrigen Solidarität zu folgen. Wenn man sich auf diese Praxis der Beratung einläßt, dann zeigt der gegenständliche Fall, daß die Praxis der Bera-

Gossner Mission

tung wie der Überarbeitung, die ja keine Verfälschung des Originals sein darf, Defizite aufweist, die dringend der Reparatur bedürfen.

Das Original ist problematisch

Der von den palästinensischen Christinnen vorgelegte Text ist schwierig wegen seiner Parteilichkeit, erst recht für Christen, die in so besonderer Weise in die Geschichte der Schuld an der Sho'a verstrickt sind wie die Deutschen und Österreicher. Sie wissen auch mehr vom Konflikt in Israel, sind beteiligter, wissen mehr über die Schuld beider Seiten. Sie wissen mehr über die Komplexität des Problems, das auch komplexer ist als etwa in einem klassischen Dritt-Welt-Land. Sie wissen etwa auch, daß Palästinenser nicht nur von israelischen, sondern auch von arabischen Militärs getötet wurden, wie sie auch wissen, daß es eine israelische Friedensbewegung gibt, die in jedem arabischen Land undenkbar wäre. Wenn behauptet wird, daß zwar auch israelische Frauen leiden, die Ermordung ihrer Angehörigen habe aber „ursächlich mit den Strukturen des Konflikts und seiner Gewaltspirale zu tun" (U. Bechmann, Junge Kirche 12/93, S. 668), die israelischen Toten seien also an ihrer Tötung ursächlich beteiligt, werden nicht nur gegen alle Beteuerungen Schuldzuweisungen vorgenommen, sondern dann wird die Geschichte in ihrer Komplexität gröblich verkannt. Das alles macht den Text schwierig. Aber nicht problematisch. Auch die sehr deutliche Parteilichkeit des Textes stellt nicht das Problem dar. Wirklich problematisch sind einzelne Elemente. So heißt es etwa: „Let us shake our fears and act." „Shake" kann oder muß hier arabisch mit „intifada" übersetzt werden. Kurz darauf heißt es: „We are called ... to serve as living stones", was sicher nicht in Analogie zum Petruswort zu verstehen ist, sondern möglicherweise als Hinweis auf die tatsächlich fliegenden Steine der Intifada. Eine Liturgie mit codierten Kampfaufrufen, das wäre wirklich schlimm. Problematisch ist es in jedem Fall, wenn ein solches Verständnis möglich ist.

Stimmt die Authentizität?

Die Idee ist, daß Christinnen aus ihrer besonderen, authentisch erfahrenen Situation heraus reden, beten, schreien. Aber sind die bedrängten und unterdrückten Frauen wirklich in der Lage, sich zu Wort zu melden? Und sind die, die dazu in der Lage sind, wirklich die Bedrängten und Unterdrückten, als die sie reden? Dieses Problem ist notorisch. Die Lösung lautet Stellvertretung: „Tu auf deinen Mund für die Stummen!"

Stellvertretung bedeutet aber immer auch Distanz. Muß der stellvertretend Redende nicht ehrlicherweise, und zwar um des gebotenen Respektes vor dem Stummen, sich zu dieser Distanz bekennen? Und hat es nicht Folgen, wenn diese Distanz überspielt wird? Ist es, was oft zu beobachten ist, nicht notwendig immer so, daß gespielte Distanzlosigkeit sich durch nicht-authentische Radikalität der Sprache rechtfertigen muß? Ich stelle diese Fragen und meine, daß sie bei Texten solcher Art immer gestellt werden müssen.

Ich habe jedenfalls in besonderer Weise bei diesem Text den Eindruck, daß die Verfasserschaft einer Gruppe von Frauen aus Ost-Jerusalem, die für die palästinensischen Christinnen oder wohl Frauen insgesamt sprechen, und die Sprache, in der die Texte verfaßt sind, nicht recht zusammenpassen.

Dazu kommt eine weitere Frage: Was tritt eigentlich an die Stelle sozialer Identität, der Identität des konkret erfahrenen Leides, wenn diese Identität erst hergestellt wird, ohne daß dabei die soziale Distanz reflektiert wird? Kommt dann nicht eine regionale oder eine konfessionelle oder, und das ist doch wohl hier eklatant der Fall, die nationale Identität zum Tragen? Welche theologische Qualität aber hat hier die nationale Identität?

Gossner Mission

Sich selbst in der Bibel finden

Die vorliegende Liturgie geht aus von den Frauen, die am Weg Jesu zum Kreuz stehen und klagen und neue Hoffnungen am Morgen des Ostertages erfahren. Mit diesen Frauen identifizieren sich die Beterinnen. „Viele von uns in Jerusalem oder auch anderswo weinen um das Schicksal der Kinder, deren Sicherheit bedroht ist ..." In der Diskussion dieser Frage wird auf traditionelle Formen der Volksfrömmigkeit verwiesen, so auch von Ulrike Bechmann. Es wird sogar behauptet, daß der Einspruch gegen solche Identifikation, konsequent zu Ende gedacht, die Forderung nach „Verzicht auf die Passionstradition" insgesamt bedeuten würde.

Nun stimmt es zweifellos, daß Passionsfrömmigkeit davon lebt, daß sich Menschen aus ihrer jeweiligen Situation mit den weinenden Frauen identifiziert haben. Es stimmt auch, daß in der Moderne, insbesondere in befreiungstheologischen und verwandten Kontexten, diese Weise der Identifizierung weit vorangetrieben wird.

Aber die Frauen in der Via dolorosa weinten um Jesus, nicht um Barrabas, nicht um einen Zeloten und nicht um ihre Kinder, wie das Neue Testament auch nicht von weinenden Frauen berichtet, als Stephanus zur Steinigung geschleppt wurde.

Sicher wird, mit Ulrike Bechmann, dieses Bedenken weggewischt mit der Gegenüberstellung von historischer und befreiungstheologischer Betrachtensweise. Es ist ihr dabei auch zuzugeben, daß in der Tat nicht der leidende Jesus von dem Leiden in der Welt sonst getrennt werden darf. Denn Gott hat sich ja in Jesus mit den Leidenden identifiziert, als er in seinem Sohn diesen Weg gegangen ist. Aber läßt sich der Umkehrschluß ohne weiteres bewerkstelligen? Kann und darf Jesus universalisiert und die Differenz von Gott und Mensch auf diese Weise völlig aufgehoben werden? Es darf doch nicht übersehen werden, daß die Geschichte des christlichen Antijudaismus seit Markion eng damit zusammenhängt, daß Jesus seiner historischen Singularität und damit seines Jude-Seins entkleidet wurde!

Diese Frage trifft diese Liturgie nicht allein, sondern die verbreitete Weise, mit der selbstverständlich solche Selbstidentifikation durchgeführt wird, mit der man sich selbst in die biblischen Texte hineinliest. Da wird alles eingeebnet, alles und jedes seiner Besonderheit und Geschichtlichkeit entkleidet, gerade auch das Leiden konkreter Menschen heute. Und Gott wird auswechselbar.

Sind alle theologischen Einsichten in der Ökumene unverbindlich?

Ulrike Bechmann unterstellt, daß der christlich-jüdische Dialog eine deutsche Angelegenheit sei, daher trotz seiner Wichtigkeit von partikularer Bedeutung, und daß mit dem universalistischen Anspruch dieser Partikularität die Grenze des Verstehens erreicht sei. An diesem Satz ist die Unterstellung schlichtweg falsch. Richtig ist, daß dort, wo Christen durch Beteiligung an der Sho'a in dieser Frage wach geworden sind, sich der christlich-jüdische Dialog mit allen Konsequenzen manifest als theologische unausweichliche Herausforderung erwiesen hat. Diese Behauptung gilt auch dann, wenn in Deutschland der christlich-jüdische Dialog immer noch ein partikulares Phänomen ist.

Die Frage lautet nun, ob wesentlichen theologischen Einsichten, die als unverzichtbar erkannt worden sind, von vornherein universale Verbindlichkeit abgesprochen werden muß, weil die Ökumene einen Radikalverzicht auf Universalitätsansprüche jedwelcher Art bedeutet. Das gilt für viele Fragen, alle Fragen nämlich, die in der neueren Kirchengeschichte eminente Bedeutung bekommen haben und nicht Ausformungen traditionell-konfessionellen Standpunktes sind. Das gilt für die Rechte der Frau in der Kirche wie für die Menschenrechte überhaupt, das gilt für die Option für die

Gossner Mission



Einige der Frauen, die seit drei Jahren den Weltgebetstag 1994 von Ost-Jerusalem aus vorbereiteten. Sie gehören der evangelisch-lutherischen, der griechisch-orthodoxen, der armenischen, der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirche an. *Foto: Helga Hiller*

Armen wie für die Einsicht, daß das Christentum nicht als Selbstauslegung des europäisch-nordamerikanischen Bewußtseins verstanden werden darf.

Es ist die Grundfrage der Ökumene schlechthin, wie sie sich auf jeder ökumenischen Konferenz zeigt und die schon Dietrich Bonhoeffer gestellt hat, als er nach kirchentrennenden Faktoren in der Ökumene gefragt hat: Wie verhält sich der ökumenisch geforderte Verzicht auf jeden konfessionellen Universalitätsanspruch zu der Einsicht des gerade in der Ökumene Verbindlichen bzw. durch die ökumenische Arbeit verbindlich Gewordenen? Es liegt auf der Hand, daß dieser Widerspruch nicht mit einer einfachen Formel aufgelöst werden kann, und wahrscheinlich liegt im Ringen mit dieser Spannung das entscheidende Element der ökumenischen Geschichte überhaupt. Eines nur kann wohl und muß dann auch gesagt werden: daß sich der Respekt vor dem anderen darin ausdrückt, daß auf Methoden der Durchsetzung zu verzichten ist.

Keineswegs kann es angehen, daß wesentliche Einsichten einfach mit dem Hinweis auf den Respekt vor anderen Traditionen abgebogen und suspendiert werden.

Nochmals: Dies alles sind Fragen, die an Hand der vorliegenden Weltgebetstagsliturgie zwar in besonderer Weise bewußt geworden sind, aber nicht nur sie betreffen. Vielmehr ist zu hoffen, daß die Auseinandersetzung über diese Fragen insgesamt zu einem Überdenken verbreiteter Usancen führt.

Gossner Mission

Was haben die Österreicherinnen gemacht?

Abschließend soll gezeigt werden, wie das österreichische Komitee mit diesen Problemen umgegangen ist. Hier wurde ein Vorspann verfaßt, in dem die Situation der Österreicherinnen und Österreicher zu den Problemen im Nahen Osten reflektiert und die komplexe Betroffenheit zur Sprache gebracht wird. Auch ein weiterer Text wurde eingefügt zum gleichen Zwecke. Es wurde bei der Übersetzung sorgfältig darauf geachtet, mißverständliche Ausdrücke zu vermeiden. Die Erzählungen von Palästinenserinnen wurden aus der Liturgie herausgenommen und in das Vorbereitungsheft gegeben, um so diese Texte aus dem Deklamatorischen in das Dialogische zu verlagern. Die Texte wurden von einer Jüdin gegengelesen.

Es wurde eine Erklärung herausgegeben, in der es u. a. heißt: „Einerseits wollen wir mit den palästinensischen Christinnen solidarisch sein, andererseits stand vor uns die Scho'a, die tiefe Existenzangst Israels. Wir sind uns bewußt, daß auch unsere Geschichte schuldhaft mit der Geschichte des Nahen Ostens verbunden ist. Ein genauer Blick in die Geschichte zeigt, daß es keine einseitigen Schuldzuweisungen geben kann."

Oberkirchenrat Dr. Johannes Dantine, Hietzinger Hauptstraße 61 a, A-1130 Wien

Dia-Serie

Eine Dia-Serie mit 24 Aufnahmen und ausführlichen Beschreibungen zum Weltgebetstag der Frauen 1994 kann bestellt werden beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor e. V., Mozartstraße 9, 52064 Aachen. Das Material ist auch in vielen kirchlichen Medienstellen ausleihbar. (Das Foto auf S. 93 stammt aus dieser Dia-Serie.)

Materialsammlung

Eine Materialsammlung mit kritischen Stellungnahmen (u. a. von Pax Christi, dem Bund schweizerischer israelitischer Frauenvereine) und Ergänzungsvorschlägen für die Weltgebetstagsliturgie (u. a. von der Ev. Frauenhilfe der EKHN, dem ökumenischen Vorbereitungskomitee Bremen) kann angefordert werden beim Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Postfach 14 45, 61214 Bad Nauheim.

Betet nicht für Araber oder Juden,
für Palästinenser oder Israelis,
betet vielmehr für euch selbst,
daß ihr sie nicht auseinanderreißt in euren Gebeten,
sondern sie zusammenhaltet in euren Herzen.

Ein palästinensischer Christ
(aus: Mit Gottes Volk auf Erden.
Ökumenischer Fürbittkalender, Frankfurt 1989)

Gossner Mission



50 Jahre „Bretton Woods" 50 Jahre Geldherrschaft

Anläßlich des 50. Jahrestages der Schaffung des Weltwirtschaftssystems ruft „Kairos Europa" zu einer Kampagne „gegen weltweite Verarmung und Verschuldung durch Bereicherungsmechanismen – für alternative Finanzsysteme" auf. Wir dokumentieren den Aufruf und laden unsere Leserinnen und Leser zur Teilnahme ein. Dem Märzheft der „Jungen Kirche" wird ein Beiheft von Ulrich Duchrow und Martin Gück beiliegen, das u. a. die weltweiten Auswirkungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank analysiert und Alternativen aufzeigt. Das Beiheft kann ab 1. März in Bremen bestellt werden.

(Dieser Aufruf kann ohne Textverlust aus dem Helft genommen und weitergegeben/kopiert werden.)

Aufruf

zur Teilnahme an der Kampagne gegen weltweite Verarmung und Verschuldung durch Bereicherungsmechanismen – für alternative Finanzsysteme an:

- alle, die von Verarmung und Verschuldung betroffen sind in Süd/Ost/West;
- alle, die an ihrem Ort auf kommunaler Ebene Bündnisse bilden gegen den Sozialabbau bei uns;
- alle, die sich für die Entschuldung der „Dritten Welt" und gegen ein ungerechtes Weltwirtschaftssystem einsetzen;
- alle, die wissen wollen, wo das Geld bleibt, dessen unbegrenzte Vermehrung Menschen und Natur zerstört;
- alle, die nach alternativem Umgang mit Geld fragen;
- alle, die bei den Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen PolitikerInnen wählen wollen, die endlich den Reichtumsmißbrauch bekämpfen statt bei den Ärmsten zu sparen;
- alle, die Kirchen und Gemeinden im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit mobilisieren wollen;
- *alle, die an den Brüsseler Aktionstagen vom 26. bis 28. Juni 1994 teilnehmen wollen (Motto: 50 Jahre Bretton Woods – 50 Jahre Geldherrschaft/Rettet Erde und Menschen – Beherrscht das Geld).*

Wenn wir bisher von der Schuldenkrise redeten, schien diese sich nur auf die Länder des Südens und des Ostens zu beziehen und ausschließlich eine Sache für Hilfswerke und Solidaritätsgruppen zu sein. Heute begreifen wir: Auch in Westeuropa und anderen Ländern des reichen Nordens überschulden sich die Staaten und Private, laufen „Strukturanpassungen", wird den Armen das Geld zum Nötigsten genommen, während sich auf der anderen Seite die Kapitalbesitzenden bereichern können – legal, halblegal, illegal.

Zu den Bereicherungsmechanismen gehören zum Beispiel:

- Die Geldvermögenbesitzenden und ihre Banken machen gigantische Gewinne

Gossner Mission

durch Währungsspekulationen, u. a. mit Hilfe von riskanten neuen Finanzgeschäften (mit sogenannten „Derivaten") und durch hohe Haben-Zinsen auf den deregulierten transnationalen Finanzmärkten;
- sie hinterziehen allein in Deutschland über das Ausweichen auf diese Märkte jährlich mindestens 60 Mrd. DM an Steuern, während sich der Staat verschulden muß;
- die transnationalen Konzerne tun desgleichen über Transferpreismanipulationen (d. h. sie weisen niedrigere Gewinne in Ländern mit hohen und höhere Gewinne in Ländern mit niedrigen Steuern aus);
- ebenso spielen sie die nur nationalen oder überhaupt schwach organisierten Arbeitenden gegeneinander aus, drücken so die Löhne oder produzieren unter dem Verweis auf „mangelnde Wettbewerbsfähigkeit" Arbeitslosigkeit;
- die reichen Industrieländer unterstützen diese für die Kapitalbesitzenden arbeitenden Marktmechanismen politisch global durch die Bretton Woods-Institutionen:
  – Der Internationale Währungsfonds (IWF) zwingt den überschuldeten Ländern „Strukturanpassungsmaßnahmen" auf, die die Wirtschaft dieser Länder rein auf die Weltmarktinteressen ausrichten, den Armen die Ressourcen entziehen, um die Gläubiger zu befriedigen (jährlicher Netto-Kapitaltransfer von Süden nach Norden: 50 Mrd. US-$, nach Angaben der UNO) – unterstützt von der Weltbank;
  – Das Welthandelsabkommen GATT dient ebenfalls den Interessen der Reichen (von der UNO geschätzter jährlicher Verlust der verarmten Länder durch Marktzugangsbeschränkungen im Norden: 450 Mrd. US-$);
- die z. Z. entwickelte Europäische Währungsunion folgt der gleichen Logik: Sie orientiert Wirtschaft und Gesellschaft an der Priorität der harten Währung und hoher Zinsen und vernachlässigt Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Ökologie.

KAIROS EUROPA

Ein europaweites Netz von Betroffenen- und Solidaritätsgruppen lädt 1994 – 50 Jahre nach der Einrichtung dieser Weltwirtschaftsunordnung auf der Konferenz von Bretton Woods – zu einer Kampagne gegen die Bereicherungsmechanismen ein, die in aller Welt Verschuldung, Verarmung und Naturzerstörung hervorbringen. Wir fordern u. a.:
- globale Regulierungen der transnationalen Finanzmärkte, Verstärkung der Bankenaufsicht und eine globale Geldvermögens- und Spekulationssteuer;
- weltweite, europäische und nationale Institutionen und Gesetze zur koordinierten Bekämpfung der Steuerflucht, zur Umverteilung der Einkommen von den Reichen zu den Armen und zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit;
- weltweite, europäische und nationale Institutionen zur Durchsetzung der Kontrolle von Transferpreismanipulationen der transnationalen Konzerne;
- die Entwicklung globaler Betriebsräte und Gewerkschaften als Gegenüber zu den transnational operierenden Kapitaleignern;
- die Umgestaltung des IWF zu einer demokratisch rechenschaftspflichtigen Weltzentralbank, die Schaffung eines neutralen Weltgeldes, die Entschuldung der überschuldeten Länder in Süd und Ost, die Besteuerung von Überschußländern, die Schaffung eines Entwicklungsfonds zur Unterstützung selbständiger Wirtschaftsgestaltung der schwächeren Länder, um eine ausgeglichene und ökologisch tragfähige wirtschaftliche Entwicklung für alle zu gewährleisten;
- die Umgestaltung von GATT zu einer Welthandelsorganisation, die die starken Länder Fairness-Regeln unterwirft;
- die Entwicklung eines europäischen Währungssystems, das sich politisch nicht an den Ländern mit starker Währung orientiert, sondern das allen Ländern eine soziale und ökologisch tragfähige Entwicklung ermöglicht.

Gossner Mission

So kann man mitmachen:

* **Kommunale Bündnisse bilden gegen Sozialabbau und Bereicherungsmechanismen**
  Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften und die Selbstorganisationen der Betroffenen (Arbeitslose, Bauern, MigrantInnern usw.) beginnen, in Städten und Landkreisen „sozialpolitische Offensiven" und „Armutskonferenzen" zu bilden. Sie veranstalten Aktionstage und bilden eine neue politische Kraft von unten. Solche Initiativen können überall entstehen.
* **KandidatInnen zu den Wahlen 1994 mit „Wahlprüfsteinen" testen**
  Bei allen Wahlen auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene können die KandidatInnen mit Wahlprüfsteinen (brieflich und auf Veranstaltungen) darauf getestet werden, wie sie zum Sozialabbau und zur politischen Überwindung der Bereicherungsmechanismen stehen. Daraus können öffentliche Wahlempfehlungen entstehen für solche PolitikerInnen, die auf globaler, europäischer und nationaler Ebene für die Kontrolle der Geldvermehrungsmechanismen und für die Abschaffung von Steuerhinterziehung im Sinn der oben genannten Forderungen eintreten.
* **Die Entschuldung der „Dritten Welt" auf die öffentliche Tagesordnung stetzen**
  Die Verschuldung der „Dritten Welt" schlägt auf uns zurück wie ein Bumerang (Susan George) in Form von Drogen, unfreiwilliger Migration, Arbeitslosigkeit durch Marktverlust, Umweltzerstörung, Gewaltzunahme und kriegerischen Konflikten. In Veranstaltungen, Medienarbeit und Aktionen können Gemeinden, Gewerkschaften, Gruppen deutlich machen, daß die Verschuldung der „Dritten Welt" uns alle betrifft und überwunden werden muß.
* **Den Besuch internationaler Teams zur Öffentlichkeitsarbeit nutzen**
  Vier internationale Kairos Europa-Teams besuchen die Karibik, Brasilien, West- und Ostdeutschland/Polen, Schweiz/Italien. Ihre Anwesenheit bei uns (Juni 1994) kann zur lokalen Mobilisierung und Medienarbeit genutzt werden. Außerdem bilden sie die ZeugInnen und BefragerInnen im Brüsseler Hearing am 27. Juni 1994.
* **An den Brüsseler Aktionstagen 26. bis 28. Juni 1994 teilnehmen unter dem Motto**

50 Jahre Bretton Woods – 50 Jahre Geldherrschaft
Rettet Erde und Menschen – Beherrscht das Geld

Das Programm der Aktionstage:

Sonntag, den 26. Juni: Großveranstaltung vor der Börse in Brüssel

- Symbolische Aktion mit Geldkette;
- Botschaften der sozialen Bewegungen in Süd/Ost/West durch bekannte RepräsentantInnen, u. a. „Lula"/Brasilien und Abbé Pierre/Frankreich;
- Gemeinsames Essen, Feiern, Theater „des Volkes"

Montag, den 27. Juni: Öffentliches Hearing im Europaparlament

in Zusammenarbeit mit der Bretton Woods-Reformorganisation

- Betroffene ZeugInnen und Fachleute der an den Rand Gedrängten und Ausgeschlossenen befragen VertreterInnen des EU-Ministerrates und der EU-Kommission im Sinn u. a. der oben genannten Forderungen

Dienstag, den 28. Juni: Strategiebesprechung

der teilnehmenden Organisationen, Gruppen und Bewegungen für die Weiterarbeit auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Im Blick auf Gemeinden und Kirchen geht es vor allem um den Vorbereitungsprozeß zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1996

Gossner Mission

KAIROS EUROPA bietet folgende Hilfen:

- Vorbereitung und Durchführung der Brüsseler Aktionstage;
- Vermittlung von Austausch und Vernetzung kommunaler Bündnisse gegen Sozialabbau und Bereicherungsmechanismen;
- Entwicklung von Wahlprüfsteinen gegen Sozialabbau und Bereicherungsmechanismen;
- Durchführung einer Fachkonsultation zu alternativen Mikrofinanzsystemen (Ende 1994).

Materialhilfen:

- „50 Jahre IWF und Weltbank" (eine Serie in sechs Folgen, hg. v. „Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung"/WEED. Kostenlos zu bestellen bei: WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn)
- Beiheft zu „Junge Kirche" (März 1994) mit Analysen, Wahlprüfsteinen und didaktischen Hilfen, zu bestellen bei: Junge Kirche, Postfach 10 07 07, 28007 Bremen, Tel. 04 21/7 16 48, Fax 04 21/7 19 39 (DM 4,– plus Porto; Mengenrabatt)
- Ulrich Duchrow, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie (ca. 300 Seiten, erscheint im März 1994 bei Chr. Kaiser/Gütersloher Verlagshaus/Grünewald)

Kontaktadresse:

KAIROS EUROPA-Projektkoordination · Ulrich Duchrow und Martin Gück
Hegenichstraße 22 · D-69124 Heidelberg
Tel.: 00 49 – (0) 62 21-7 26 10/72 02 96 · Fax: 00 49 – (0) 62 21-78 11 83

Rückantwort

(an: Kairos Europa. U. Duchrow und M. Gück, Hegenichstraße 22, D-69124 Heidelberg, Fax 00 49/(0) 62 21/78 11 83)

Unsere Gruppe: _____

Kontaktperson: _____

Adresse: _____

Ich als Einzelperson: _____

Adresse: _____

habe(n) Interesse an:

- ☐ kommunalen Bündnissen/Armutskonferenzen gegen Sozialabbau und gegen Bereicherungsmechanismen
- ☐ Wahlprüfsteinen ☐ Wir entwickeln Wahlprüfsteine (bitte beilegen)
- ☐ Forderungen zur Entschuldung der „Dritten Welt" und Osteuropas für Veranstaltungen
- ☐ Teilnahme an den Brüsseler Aktionstagen vom 26. bis 28. Juni 1994
  - ☐ am öffentlichen „Happening" am 26. Juni 1994 (ab 15.00 Uhr)
  - ☐ am öffentlichen Hearing am 27. Juni 1994 (ganztägig)
  - ☐ am Strategietreffen der Gruppen am 28. Juni 1994 (vormittags)
- ☐ Teilnahme an der 3. Fachkonsultation zu alternativen Banken und kommunaler Sozialwirtschaft (16. bis 18. September 1994)
- ☐ Für das Informationsmaterial fügen wir DM 10 (in Briefmarken) bei
- ☐ Wir überweisen eine Spenden für die Kampagne in Höhe von DM _____ (Konto: Kairos Europa e. V., Postbank Karlsruhe, Konto-Nr. 217 627-753, BLZ 660 100 75)

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Gossner Mission

Sozialgeschichtliche Bibelauslegung

(13) Deshalb umgürtet die Hüften eures Verstandes, seid völlig nüchtern und hofft auf die Gnade, die euch zugetragen wird in der Offenbarung Jesu Christi. (14) Wie gehorsame Kinder paßt euch nicht den Begierden eurer vergangenen Unwissenheit an, (15) sondern entsprechend dem Heiligen, der euch gerufen hat, sollt auch ihr Heilige werden im ganzen Lebenswandel; (16) denn es steht geschrieben: „Seid heilig, denn ich bin heilig." (17) Und wenn ihr den Vater anruft, der unparteiisch richtet über das Werk eines jeden, dann führt ein Leben in Furcht während der Zeit eurer Beisassenschaft. (18) Ihr wißt, daß ihr nicht durch vergängliche Dinge, Silber oder Gold, freigekauft wurdet aus eurem eitlen, von den Vätern überlieferten Lebenswandel, (19) sondern durch das geschätzte Blut Christi als eines untadeligen und unbefleckten Lammes, (20) der zwar vor der Niederlegung des Kosmos erwählt, aber erst am Ende der Zeiten für euch sichtbar wurde; (21) durch ihn glaubt ihr an Gott, der ihn auferweckte von den Toten und ihm Ehre gab, damit euer Glaube und eure Hoffnung auf Gott hin (ausgerichtet) sind.

Matthias Ahrens

Zwischen den früheren Begierden und dem kommenden Heil

Zum Predigttext für den Sonntag Okuli, 6. März 1994, 1. Petrus 1, 13-21

Sozialgeschichtliche als linke Exegese

Der Begriff „sozialgeschichtliche Exegese" hat in der theologischen Diskussion der BRD eine Bedeutung, die über eine rein methodische Festlegung weit hinausgeht: Sie ist hier immer als linke Exegese, als „Befreiungstheologie im europäischen Kontext" (L. und W. Schottroff 595) verstanden worden. Wenn auch diese Methode und Hermeneutik in ihrer Wirkungsgeschichte eng zusammengehören, so sind sie doch in der konkreten Auslegung zu unterscheiden. In der sozialgeschichtlichen Exegese wird zu Recht betont, wie wichtig der Blick auf die gesellschaftlichen und materiellen Entstehungsverhältnisse eines (Bibel-)Textes für sein Verständnis ist. Diese Abkehr von der ideenfixierten Auslegung hat aber oft zur Fixierung auf die „Realität" geführt. Jeder Text tritt seinen Lesern und Leserinnen zuerst als ein Stück Literatur entgegen. Deshalb liegt die sozialgeschichtliche Untersuchung der Sprachform am nächsten. Auf der literarischen Ebene ist weiter zu fragen, was die jeweilige Ausprägung von Traditionen und Motiven über den sozialen Kontext aussagt. Erst danach kann eingeschätzt werden, ob und wenn ja welche „Realität" in dem Text beschrieben wird.

Ein bestimmendes Thema im vorliegenden Abschnitt aus dem 1. Petrusbrief (1Petr) ist der Lebenswandel nach der Bekehrung. Im Unterschied zu den früheren „Begierden" (1,14) und dem „eitlen Lebenswandel" (1,18) können und sollen die Adressatinnen und Adressaten nun als Heilige (1,15f) leben.

Klare Anordnungen in vertraulicher Anrede

Die Sprache des 1Petr, wie auch die anderer antiker christlicher Texte, ist geprägt durch eine vertrauliche Anrede in Verbindung mit klaren Anordnungen. Beides kommt in dem Begriff „gehorsame Kinder" (1,14) gut zum Ausdruck. Die zeitgenössischen Philosophen dagegen wandten sich in ihren ethischen Schriften an ein unbekanntes Publikum, das sie mit vernünftigen Argumenten überzeugen wollten (Wifstrand 172f). Allgemein gilt der 1Petr als ein in gutem Griechisch abgefaßtes Schreiben. Seine

Gossner Mission

weitläufige Ausdrucksweise spiegelt den Stil späthellenistischer Geschäfts- und Fachprosa wider (Wifstrand 181). Dieses Sprachniveau setzte höhere Bildung voraus. Deshalb wird immer wieder angezweifelt, daß tatsächlich Simon Petrus der Autor des 1Petr war. Einen engen Bezug zur Schrift zeigt die Sprache des Briefes nicht nur dort, wo das durch Zitat (1,16) oder Anspielung (1,18) offensichtlich ist. Das griechische Wort für „(un-)parteiisch" (1,17) etwa ist einem hebräischen Begriff nachgebildet und kommt nur in der griechischen Übersetzung der Schrift, der Septuaginta, vor. Deshalb gilt die „hellenisierte Synagoge" (Wifstrand 180) als stilistische Heimat des 1Petr.

Die schlimme Vergangenheit als literarisches Motiv

Der Rückblick auf das schlimme frühere Leben (1,14.17f) darf nicht vorschnell als Beschreibung realer Lebenssituationen aufgefaßt werden. Er ist zuerst ein literarisches Motiv, ein Stilmittel, mit dem der Autor eine bestimmte Wirkung erzielen wollte. Nicht nur die christlichen (Apostelgeschichte 17,30; Galater 4,8; Epheser 4,17–22), sondern auch andere zeitgenössische Mahner kannten eine Art Bekehrung. Für den Schriftsteller Dion Chrysostomos etwa bestand sie in der Abwendung vom ausschweifenden Leben hin zur Philosophie: „Nur mit wenigen Freiwilligen verbündet, liefert (der ordentliche und gebildete Mensch) Trieben, Meinungen und den Menschen insgesamt eine (harte) Schlacht" (Or. 77/78,40). Nüchternheit (1,13) und Abkehr von den Begierden (1,14), wie sie der 1Petr anspricht, sind also keine eigentümlich christlichen Themen. Dabei ist noch die Frage, ob das frühere Leben tatsächlich so triebhaft war, wie es beschrieben wird. Scharfe Abgrenzungen gab es auch gegenüber Menschen, die (dem eigenen Selbstverständnis nach) ein durchaus frommes Leben führten. In den Auseinandersetzungen konkurrierender jüdischer und christlicher Gruppen wurden die anderen schon mal als „Sünder" und „Heiden" bezeichnet (z.B. Galater 2,14). Auch im Fall des 1Petr ist es deshalb gut möglich, daß „die eigentliche Funktion dieser dualistischen Begrifflichkeit zunächst nur in der Stärkung der internen Strukturen der Gruppe lag" (Meeks 200).

Der Alltag der frühen Gemeinden

Aktuelles Unrecht und Kränkungen (2,19), so erklärt der 1Petr seinen Adressatinnen und Adressaten, sind Prüfungen (1,6), die das Heil in Christus bei weitem übertreffen wird (1,3f). Wahrscheinlich bezog er sich dabei nicht auf staatliche Christenverfolgung im klassischen Sinn. Denn das Christsein als solches (4,16) begründet noch keine formelle Anklage. Eher waren die Christinnen und Christen täglichen Verdächtigungen und Verleumdungen ausgesetzt, unter denen auch die jüdische Diaspora traditionell zu leiden hatte. Ihrer Umwelt galten sie als Leute, die „die Götter verachten, ihr Vaterland verleugnen und ihre Eltern, Kinder und Geschwister geringschätzen" (Tacitus, Historien V,5). Wer sich zu diesem Glauben bekehrt, so hatte schon Philo von Alexandrien mit Blick auf die jüdischen Proselyten gefordert, die/der bedarf besonderer Aufmerksamkeit durch die Gemeinde. Denn „sie haben um der Tugend und Religion willen ihr Land, ihre Verwandten und ihre Freunde aufgegeben" (Malherbe 214). Die sozialgeschichtliche Exegese in den USA hat die psychologischen Aspekte dieser Situation betont. Ihrer Meinung nach war der christliche Glaube besonders attraktiv für die Teile der antiken Stadtbevölkerung, die zwar ein gesichertes Einkommen, aber nur wenige Rechte hatten. Ihren unklaren Status (Meeks 155ff) versuchten sie durch eine neue Position in der Gemeinde aufzuwerten. Die Abwertung des früheren Lebens war dann ein notwendiger Ausdruck dieses Übergangsprozesses. L. Schottroff dagegen verstand die beschriebene Unsicherheit als Beleg dafür, „daß die Gemeinden der Christen in dieser Zeit aus ökonomisch, politisch und gesellschaftlich schwachen Menschen bestanden" (192). Nach der Abkehr von ihrer durch Gewalt und Begierden geprägten Umwelt hatten sie sich neue soziale Bezüge

Gossner Mission

geschaffen (212f). So waren die „Konflikte mit der Gesellschaft und der staatlichen Gewalt ... notwendige Folgen des christlichen Glaubens und Lebens" (184). Aber hier im 1Petr weist nichts auf einen niedrigen sozialen Status der Adressatinnen und Adressaten hin. Das sprachliche Niveau ist eher als Indiz für die höhere Bildung zumindest des Autors zu verstehen. Anders als etwa im stilistisch ähnlichen Jakobusbrief ist auch sonst im ganzen 1Petr von Armen und Armut überhaupt keine Rede. Mir scheint, daß beide Erklärungsansätze zusammen die Situation erhellen können. Wahrscheinlich haben sich in den Gemeinden des 1Petr keine Armen versammelt. Aber als Christinnen, Christen (4,16) und Kinder Saras und Abrahams (3,6) haben sie in ihrem täglichen Leben wohl schmerzlich zu spüren bekommen, daß sie sich einem Glauben zugewandt hatten, dem Tacitus „Haß der Menschheit" (Annalen 15,44) nachsagte.

Aufklärung und Befreiung

Linke Christinnen und Christen betreiben sozialgeschichtliche Forschung, weil sie in der Tradition der Aufklärung stehen. Zwar haben sie ein besonderes Interesse am (Bibel-)Text; doch abgesehen davon arbeiten sie dabei im Rahmen der Geschichts- und Literaturwissenschaft. Die historische Arbeit kann erst einmal der Analyse dienen, ohne dabei schon die Verkündigung im Blick haben zu müssen. Aus historischer Sicht waren die frühen christlichen Gemeinden ein Ausdruck für die religiöse Situation des 1. Jahrhunderts neben anderen. Der 1Petr zeigt, daß sie in der jüdischen Tradition standen und sich dadurch von anderen Mysterienkulten und Philosophien unterschieden. Wie die Anhänger und Anhängerinnen anderer nichttraditioneller Kulte waren auch die Christen und Christinnen dem öffentlichen Mißtrauen ausgesetzt. Im Rahmen einer „Befreiungstheologie für den europäischen Kontext" zeigt die linke Exegese des 1Petr, wie der christliche Glaube in die Befreiungshoffnungen Israels eingebunden ist. Er wendet sich ausdrücklich an „Christen" (4,16; vgl. Apostelgeschichte 11,26) nichtjüdischer Herkunft (1,18), die aber in den Bund Gottes mit Abraham und Sara aufgenommen werden (3,6). Daß die christlichen Gemeinden als „neues" Gottesvolk Israels Platz einnehmen, wie die Kommentare es gern darstellen, hat keinen Anhalt am 1Petr. Die christlichen Autorinnen und Autoren sind vielmehr in den Gesprächszusammenhang der Schrift eingetreten. Diese Tradition steht bis heute für die Hoffnung darauf und das Bemühen darum, „den Gott Israels gegen jene allmächtige ökonomische Gottheit ein(zu)tauschen" (Veerkamp 373).

Literaturhinweise:

Dion Chrysostomos, Sämtliche Reden. Eingeleitet, übersetzt und erläutert von W.Elliger, Zürich 1967;

Malherbe, Abraham, Soziale Ebene und literarische Bildung, in: W.A.Meeks (Hg.): Zur Soziologie des Urchristentums S. 194-221, München 1979;

Meeks, Wayne A., Urchristentum und Stadtkultur. Die soziale Welt der paulinischen Gemeinden, Gütersloh 1993;

Schottroff, Luise, Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört, in: L. Schottroff: Befreiungserfahrungen, S. 184-216, München 1990;

Schottroff, Luise und Willy, Gegen die Beliebigkeit, in: Junge Kirche 11/93, 595-599;

Veerkamp, Ton, Autonomie und Egalität. Ökonomie, Politik und Ideologie in der Schrift, Berlin 1993;

Wifstrand, Albert, Stylistic problems in the Epistles of James and Peter, in: Studia Theologica 1/1948, 170-182

Matthias Ahrens, Wrangelstr. 117 (Hof), 20253 Hamburg

Gossner Mission

Aus den Kirchen

Weltkirchenrat beschließt „Programm zur Überwindung der Gewalt"

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat ein „Programm zur Überwindung der Gewalt" beschlossen. Zum Abschluß der Tagung des Zentralausschusses des Weltkirchenrates vom 20. – 28. Januar in Johannesburg forderten die Delegierten aus 324 anglikanischen, orthodoxen und protestantischen Kirchen, der „weltweit verbreiteten Kultur der Gewalt" müsse begegnet werden. Es sei an der Zeit, daß die Kirchen auf jede theologische und sonstige Rechtfertigung des Einsatzes militärischer Machtmittel verzichteten.

Das Anti-Gewalt-Programm soll ähnlich wie das vor 25 Jahren beschlossene Antirassismus-Programm zu einem zentralen Bestandteil der politischen und theologischen Arbeit des Weltkirchenrates werden. Angeregt wurde es von den südafrikanischen Kirchen. Der Johannesburger Bischof Peter Storey unterstrich, im 21. Jahrhundert müßten die Kirchen so entschieden gegen die Gewalt vorgehen wie im 20. Jahrhundert gegen den Rassismus. Mit großer Mehrheit sprach sich der Zentralausschuß dafür aus, die Rolle von wirtschaftlichen Sanktionen als „Maßnahme zur gewaltfreien Lösung von Konflikten" eingehend zu untersuchen. Zugleich wurde dazu aufgerufen, alle Sanktionen gegen Südafrika zu beenden.

Zu einem Eklat kam es bei einer Diskussion des Zentralausschusses über Gewalt gegen Frauen. Orthodoxe Kirchenvertreter sprachen sich gegen die besondere Erwähnung von lesbischen Frauen in diesem Zusammenhang aus, da „Homosexualität Sünde" sei. Der russisch-orthodoxe Priester Hegoumen Zhiliaev sagte, lesbische Frauen müßten erst bekehrt werden, bevor ihnen geholfen werden könne. Als der Antrag, lesbische Frauen in dem Weltkirchenratsdokument nicht zu erwähnen, mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde, kündigte der Leiter des Außenamtes der Russischen Orthodoxen Kirche, Metropolit Kyrill von Smolensk, an, er werde die Erklärung in Rußland nicht verteilen lassen. Wenn Homosexualität nicht deutlich verurteilt werde, gefährde der Weltkrichenrat die Ökumene.

Große Enttäuschung bei den sieben Deutschen unter den 150 Zentralausschuß-Mitgliedern löste die Art und Weise aus, wie der Weltkirchenrat das Thema Jugoslawien behandelte. Die Delegierten übten mehrheitlich Kritik an den UN-Sanktionen gegen Serbien. Zuvor hatte der serbisch-orthodoxe Patriarch Pavle in einem Brief die Kirchen dazu aufgefordert, sich für eine Aufhebung der Sanktionen auszusprechen. Dieser Wunsch wurde auch vom russisch-orthodoxen Metropoliten Kyrill unterstützt.

Die deutsche Delegierte Margot Käßmann wies darauf hin, daß sich der Weltkirchenrat immer für Sanktionen als politisches Mittel ausgesprochen habe. Oberkirchenrat Klaus Wilkens von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sagte, er sehe die Glaubwürdigkeit des Weltkirchenrates in Gefahr, wenn das Gremium Sanktionen gegen das Apartheid-System in Südafrika befürwortet habe, aber einen Wirtschaftsboykott gegen ein „kriegführendes Land" wie Serbien ablehne.

epd 31. 1.

Die nächste Vollversammlung des Weltkirchenrats

wird 1998 in Harare (Simbabwe) stattfinden und das 50jährige Bestehen der ökumenischen Dachorganisation markieren. Beworben hatten sich auch Amsterdam und Bukarest, doch das Votum der Delegierten fiel deutlich aus. In Afrika, das nach dem Ende des kalten Krieges zunehmend aus dem Blickfeld der reichen Industrienationen verschwindet, wollen die Kirchen präsent bleiben. Der Weltkirchenrat erhofft sich auch neue Visionen für die ökumenische Gemeinschaft.

epd

Afrika: Seminar für Frauen als kirchliche Führungskräfte

Die Kapazitäten von Frauen als Führungskräfte in Kirche und Gesellschaft Afrikas hat ein Fortbildungsseminar vom 9. – 21. Januar in Nairobi (Kenia) hervorgehoben. Frauen aus 25 afrikani-

Gossner Mission

schen Ländern erhielten praktische Anleitungen und erprobten ihre Fertigkeiten. In einer Zeremonie am Ende des Seminars überreichte der Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz (AACC), Jose Chipenda, den 53 Teilnehmerinnen ihre Urkunden.

Frauen hätten ein inhärentes Recht, in allen Bereichen der Gesellschaft an den Entscheidungen mitzuwirken, ohne diskriminiert zu werden, sagte Musimbi Kanyoro, Frauenreferentin des Lutherischen Weltbundes (LWB), in ihrem Referat. Das Seminar am Gesamtafrikanischen Fraueninstitut wurde vom LWB-Frauenreferat in Zusammenarbeit mit dem Allafrikanischen Kirchenrat und dem Nationalen Kirchenrat von Kenia durchgeführt.

Unter den Teilnehmerinnen befanden sich ordinierte Frauen und Leiterinnen der kirchlichen Frauenorganisationen sowie Lehrerinnen, Medizinerinnen, Sozialarbeiterinnen und Staatsangestellte. Zum Training gehörten Einheiten wie Finanzplanung und -auswertung, Leitung von Veranstaltungen und Workshops und Vorbereitung von Gottesdiensten, die akute soziale Anliegen miteinbeziehen. Zu weiteren Schwerpunkten gehörte eine Sozialanalyse, die die Gleichberechtigung der Geschlechter berücksichtigt.

Als Probleme, die von den Kirchen im heutigen Afrika angesprochen werden müssen, wurden die Ausbreitung von Aids, Gesundheitsvorsorge für Frauen und Kinder, traditionelle Praktiken, die die Gesundheit von Frauen und Mädchen beinträchtigen, wie die weibliche Beschneidung, benannt. Tabus, Gewalt gegen Frauen und Kinder wie auch die Themen zu Teilung von Macht in Führungspositionen wurden bearbeitet. Einfluß und Macht der Missionare auf die Kirchen Afrikas wurden kritisch hinterfragt.

Das Schweigen zu Bereichen, die mit Kultur und Sexualität zusammenhängen, müsse endlich durchbrochen werden, forderten die Teilnehmerinnen. Die Kirchen und ihre Frauenorganisationen in Afrika müßten sich dringend zu Aids, Vergewaltigung, Teenager-Schwangerschaften und Kindesmißbrauch äußern. In seinem Schreiben an die Teilnehmerinnen unterstrich Ishmael Noko, Direktor der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung, daß die Präsenz der Frauen auf allen Ebenen als Führungskräfte in Kirche und Gesellschaft „unentbehrlich" sei.

lwi 2/94

Deutsche Kirchen drängen auf gerechtere Vermögensverteilung

Die beiden großen Kirchen haben sich für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ausgesprochen. Trotz positiver Ansätze sei der „Durchbruch" bei der Vermögens- und Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand noch nicht erfolgt, begründeten die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, der badische Landesbischof Klaus Engelhardt und der Mainzer Bischof Karl Lehmann, ihre Initiative in einer am 10. Januar in Bonn vorgestellten gemeinsamen Erklärung. Über die Beteiligung der Bevölkerung am Produktivkapital könnten die Investitionen im Osten erleichtert und die wirtschaftliche Situation im Westen stabilisiert werden, so die Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz.

Wie der Hildesheimer katholische Bischof Josef Homeyer sagte, lasse sich durch eine Beteiligung am Produktivvermögen das Beschäftigungsrisiko in ein Einkommensrisiko umwandeln. Mit einer breiteren Vermögensstreuung könnten der Eigenkapitalmangel von kleinen und mittleren Unternehmen behoben, die Lohnkosten gesenkt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zudem trage sie zur Entschärfung im Verteilungskampf von Lohn- und Gewinnbeziehern bei. Gewerkschaften und Arbeitgeber forderte Homeyer auf, bei Lohnerhöhungen einen frei verfügbaren Barlohnanteil und einen Beteiligungsanteil zu vereinbaren, der für die Kapitalbildung im Unternehmen bestimmt ist. Die Beteiligung am eigenen Unternehmen könne der erste Schritt vor der Beteiligung an Kapitalanlagegesellschaften sein. Die Tarifparteien sollten sich nach den Worten des Bischofs nicht hinter dem Argument verschanzen, die jeweils andere Seite habe Vorleistungen zu erbringen.

Der evangelische Sozialethiker Theodor Strohm wies darauf hin, durch den deutschen Einigungsprozeß habe sich die Vermögenskonzentration weiter ver-

Gossner Mission

schärft. Die Vermögensbildung der vergangenen Jahrzehnte sei lediglich einem Drittel der Haushalte zugute gekommen. Die Kontrolle über die Produktivvermögen liege nach wie vor bei einer kleinen Minderheit. Strohm regte an, verstärkt Genossenschaftsmodelle zu fördern. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt und bei der Reprivatisierung des staatlichen Wohnungsbestandes in den neuen Ländern verdienten genossenschaftliche Beteiligungsformen besondere Beachtung.

Auch der katholische Sozialwissenschaftler Anton Rauscher plädierte für eine Beteiligung von immer mehr Menschen am erwirtschafteten Vermögen. Nach seiner Darstellung verfügen derzeit 20 Prozent der reichsten Haushalte über 86 Prozent des Produktivvermögens und nahezu 70 Prozent des Geldvermögens.

Zur Begründung für ihre vermögenspolitische Initiative verweisen die Kirchen auf das christliche Menschenbild. Durch seine Arbeit schaffe der Mensch die Voraussetzung dafür, dem Schöpfungsauftrag gerecht zu werden. Eine Gesellschaft sei umso stabiler, je mehr Menschen an allen Entwicklungen und Vorgängen beteiligt seien, heißt es in der Veröffentlichung der beiden Kirchen.
epd 11. 1.

In einem Kommentar des katholischen Wochenblatts „Christ in der Gegenwart" heißt es zu den Kirchenvorschlägen:

„... Vier kritische Punkte sind zu diesem Anliegen der Kirchen anzusprechen: zum einen muß man den Arbeitnehmern deutlich sagen, daß sie durch ihre Beteiligung am Produktivvermögen zwar ihr Beschäftigungsrisiko eindämmen können, dafür aber auch am Einkommensrisiko der Unternehmer teilhaben. Zum zweiten: die Umverteilung eines Teils des Lohns in Kapitalbeteiligungen (Investivlohn) wird nur sehr klein ausfallen können, denn große Lohnsprünge sind in nächster Zeit nicht zu erwarten, und bei Lohnerhöhungen von zwei Prozent (wie jetzt bei den Chemiearbeitern) oder gar bei „Nullrunden" bleibt kein großer Spielraum. Drittens: bald vier Millionen Arbeitslose gehen bei diesem Modell leer aus. Schließlich: hätten die Kirchen ihren Vorschlag, den sie ja schon sehr lange vertreten, in der Zeit der Hochkonjunktur zwischen 1982 und 1991 verstärkt zur Sprache gebracht, stünden alle Beteiligten jetzt anders da ..."
Christ in der Gegenwart 4/94

Stellungnahme des Rates der EKD zur Abschiebung von Flüchtlingen und zu Rüstungsexporten

Aus dem Kommuniqué der Ratssitzung

... Der Rat ist beunruhigt und besorgt über die drohenden Abschiebungen von Flüchtlingen in Länder, in denen sie um Leib und Leben fürchten müssen.

Er bittet die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern dringend darum, entsprechend § 54 des Ausländergesetzes (AuslG) die generelle Aussetzung der Abschiebung von Christen aus der Türkei, Albanern aus dem Kosovo, Flüchtlingen aus Angola und dem Sudan zu beschließen und die generelle Aussetzung der Abschiebung von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina und bestimmten Fallgruppen aus Kroatien zu verlängern.

In vielen anderen Ländern, aus denen Flüchtlinge bei uns Schutz suchen, werden Menschenrechte massiv verletzt und herrschen Bürgerkrieg und extreme Not. Jeder Einzelfall bedarf sorgfältiger Prüfung. Solange auch nur geringe Zweifel an der Sicherheit der Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland im Sinne der §§ 51 und 53 AuslG bestehen, ist von einer Abschiebung abzusehen.

Der Rat fordert die politisch Verantwortlichen erneut auf, von den Möglichkeiten der Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen und zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland, wie sie in den §§ 30 – 35 AuslG vorgesehen sind, angemessenen Gebrauch zu machen. Insbesondere mahnt er noch einmal die Regelung einer gerechten Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen nach § 32a AuslG an. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, den humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, die sich aus einer Lage wie dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien ergeben, auch tatsächlich gerecht werden zu können. Eine solche Regelung würde auch vermeiden, daß diese Flüchtlinge sich schließlich in ein Asylverfahren gedrängt sehen.

Gossner Mission

Der Rat ist besorgt über zahlreiche Berichte über die bedrückende Lage von Menschen im Abschiebegewahrsam. Während die durchschnittliche Verweildauer bei wenigen Wochen liegt, beträgt in vielen Fällen die Aufenthaltsdauer mehrere Monate, in Einzelfällen mehr als ein Jahr. Es ist erforderlich, daß die Aufenthaltsdauer im Abschiebegewahrsam eng begrenzt wird und Abschiebegewahrsam nur dann angeordnet werden darf, wenn eine Abschiebung in einer kurzen Frist tatsächlich möglich ist. In jedem Fall brauchen Menschen in einer solchen belasteten Situation menschliche Begleitung und soziale Betreuung. Dies muß im Zusammenwirken von staatlichen Stellen, den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden unbedingt sichergestellt werden.

Im Zusammenhang mit Überlegungen, die auf eine Lockerung der restriktiven deutschen Rüstungskontrollbestimmungen und des Außenwirtschaftsgesetzes hinauslaufen, bekräftigt der Rat der EKD frühere Stellungnahmen der evangelischen Kirche, in denen sie kritisch zu den Waffenexporten Stellung bezogen und äußerste Zurückhaltung empfohlen hat. Er erinnert an Zusagen, die Bundesregierung werde sich weiterhin von der Praxis anderer Länder unterscheiden und bei ihren europäischen Partnern für ihre begründete restriktive Haltung werben. Er warnt vor einer falschen Weichenstellung, wenn jetzt die engen deutschen Richtlinien aufgeweicht werden sollten.
Hannover, 28. Januar 1994

Senat mit Kirche im Streit

Zwischen der katholischen Kirche und dem Berliner Senat ist ein heftiger Streit um die Abschiebung von angolanischen Asylbewerbern entbrannt. Innensenator Dieter Heckelmann schrieb in einem gestern bekannt gewordenen Brief an Kardinal Georg Sterzinsky, die Kirche verletze Recht und Gesetz, wenn sie abgelehnte Asylbewerber verstecke, um sie vor der Abschiebung zu bewahren.

Das Bistum wies die Vorwürfe zurück und forderte Heckelmann auf, von seinem Recht Gebrauch zu machen, die Abschiebung aus humanitären Gründen auszusetzen. In dem der AP vorliegenden Schreiben des Generalvikars Roland Steinke an den Innensenator hieß es, die Katholiken engagierten sich aus christlichen Motiven für die Angolaner. So dürften staatliche Vorschriften nicht befolgt werden, wenn sie „den Grundrechten des Menschen oder den Weisungen des Evangeliums widersprechen". Im Falle einer Abschiebung seien die Angolaner an Leib und Leben bedroht. Daher müsse der Senat den Bürgerkriegsflüchtlingen ein Bleiberecht gewähren.

Heckelmann hatte Sterzinsky aufgefordert, sich vom Verhalten der Kirchengemeinden zu distanzieren. Der CDU-Politiker erklärte, der Senat habe keine Möglichkeit, einen Abschiebestop anzuordnen. Der Staatsrechtler Rupert Scholz sagte der „Welt": „Selbst der Berliner Bischof darf nicht zum Bruch von geltendem Recht auffordern. Und das ist hier eindeutig der Fall."
Weser-Kurier 4. 2.

Kirchenasyl in Köln

Seit Oktober gewährt neben der Antoniterkirche ein weiterer Bezirk der Gemeinde Köln, die Lutherkirche, Kirchenasyl für eine Roma-Familie. Der Familie droht die Abschiebung ins ehemalige Jugoslawien. Nicht nur, daß Mazedonien extrem kriegsgefährdet ist, auch individuell ist die Familie bedroht: Dem Familienvater droht eine 28monatige Haftstrafe. Warum, ist nicht bekannt, zumal er sich zur „Tatzeit" in Deutschland befand.

Die Familie will nun einen Asylfolgeantrag stellen, um in Deutschland bleiben zu können. Hier haben sie gearbeitet, die Kinder sind in die Ausbildung gegangen. Der Lebensunterhalt wird durch Spenden und monatliche Patenschaftsbeträge finanziert. Etwa 2000 DM monatlich kostet das Kirchenasyl. Aber auch medizinische, juristische und andere Hilfe ist nötig.

Spendenkonto: Ev. Gemeinde Köln, SSK Köln (BLZ 370 501 98) Nr. 770 20 12, Stichwort: „Roma-Lutherkirche"

Geschwisterliches Projekt Leipzig

Am 2. Februar haben die norddeutsche Provinz des Dominikanerordens und die deutsche Provinz der Kongregation der Dominikanerinnen von Bethanien ihr „Geschwisterliches Projekt Leipzig" eröffnet. Unterstützt und gefördert von ihren

Gossner Mission

jeweiligen Ordensoberen, werden ab Februar am schon zu DDR-Zeiten bewährten Standort Leipzig-Wahren 4 Schwestern und 6 Brüder/Patres des Ordens ein gemeinsames Klosterleben aufbauen wie auch in geschwisterlicher Weise an der dortigen Pfarrgemeinde St. Albert tätig werden. Der Orden sieht es als ein hoffnungsvolles Zeichen an, daß der zuständige Bischof von Dresden-Meißen die Planungen zu diesem Projekt positiv aufgenommen und begleitet hat.

Weitere Informationen bei Pater Rainer D. Klostermann OP, Georg-Schumann-Straße 336, 04159 Leipzig-Wahren

Westfälische Kirche gegen Pflichtjahr für Frauen

Die Evangelische Kirche von Westfalen und ihr Diakonisches Werk lehnen ein soziales Pflichtjahr für Frauen ab. In einer bei der Januar-Sitzung der Kirchenleitung in Bielefeld beschlossenen und mit der Diakonie abgestimmten Stellungnahme heißt es, ein solches Pflichtjahr bringe keine spürbare Entlastung im Personalsektor sozialer Einrichtungen und trage auch nicht zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei. „Der legitime Anspruch der Frauen auf Gleichberechtigung darf nicht gegen sie verwandt werden, indem sie immer dann als Lückenbüßer ausgenutzt werden, wenn eine gesellschaftliche Situation dies erforderlich zu machen scheint", heißt es in der westfälischen Stellungnahme.
epd 19. 1.

Gegen homosexuelle Partnerschaft im Pfarrhaus

In der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg sollen homosexuelle Partnerschaften im pfarramtlichen Dienst auch künftig nicht erlaubt werden. Über einen entsprechenden Beschluß der Kirchenleitung informierte Oberkirchenrat Rolf Schäfer die Theologiestudierenden der Landeskirche. Dies bedeute nicht, daß Homosexualität als Sünde angesehen werde, heißt es in dem Schreiben. Anders als bei anderen Berufen könnten Amt und Familienleben im Pfarramt aber nicht getrennt gesehen werden. Eine gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft könne der Ehe von Mann und Frau nicht gleichgestellt werden.
epd

Losung für Hamburger Kirchentag

Der Deutsche Evangelische Kirchentag hat die Losung für das nächste große Laientreffen der Protestanten im Juni 1995 in Hamburg beschlossen. Die Wahl des Präsidiums fiel auf ein Wort des Propheten Micha aus dem Alten Testament: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist" (Kapitel 6, Vers 8).
epd

Institut will Kirchenpolitik in Osteuropa erforschen

Wissenschaftler aus Ost und West haben in Berlin ein „Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung über die DDR und andere ehemals realsozialistische Staaten" gegründet. Im Mittelpunkt der Arbeit sollen die Analyse und der Vergleich von Zielen, Methoden und Instrumentarien der Kirchenpolitik sowie des Weges einzelner Kirchen und Christen in Osteuropa sein.

Träger des Instituts, das sich vor allem aus öffentlichen Fördergeldern, Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanzieren will, ist ein im Oktober gegründeter Verein. Sein Vorsitzender ist der frühere Ost-Berliner Generalsuperintendent Günter Krusche.
epd

Ist unser Erbe unsere Macht?

Feministische Befreiungstheologie zwischen historischer Rekonstruktion und befreiender Praxis

Symposium in der Ev. Akademie Hofgeismar vom 13. bis 15. April 1994 anläßlich des 60. Geburtstags von Frau Prof. Dr. Luise Schottroff.

Weitere Informationen bei: Dagmar Henze, Universität Gesamthochschule Kassel, FB 01, Diagonale 9, 34109 Kassel, Telefon 05 61/8 04 34 87

Gossner Mission

Gerechtigkeit

ILO besorgt über Zunahme transnationaler Zusammenschlüsse

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat sich besorgt über eine drastische Zunahme transnationaler Zusammenschlüsse geäußert, die sich staatlicher Kontrolle entzögen. Derzeit gebe es weltweit bereits 37 000 solcher grenzüberschreitender Unternehmen gegenüber etwa 7000 vor 20 Jahren, heißt es in einem in Genf veröffentlichten Grundsatzbericht der UN-Organsation. In der ganzen Welt werde im Wirtschafts- und Dienstleistungsbereich mehr und mehr privatisiert, gleichzeitig sei überall eine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat festzustellen, so ILO-Generaldirektor Michel Hansenne. Multinationale Konzerne kontrollierten inzwischen schon ein Drittel des gesamten privaten Sektors.

Mit dem Sieg der Marktwirtschaft über den Kommunismus sei soziale Ungerechtigkeit keineswegs aus der Welt geschafft, die Probleme hätten sich lediglich verlagert, schreibt Hansenne. Allerdings seien die Voraussetzungen für neue Lösungsversuche jetzt günstiger, weil es die lähmende Rivalität zwischen Ost und West nicht mehr gebe.

Soziale Ungerechtigkeit wachse nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern greife auch in den Industriestaaten rasch um sich. Schuld daran seien tiefgreifende technologische Neuerungen und moderne Praktiken der Unternehmensführung, die die Gewinnchancen über den Wirtschaftsfaktor Mensch stellen. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist laut ILO, daß es in den nordatlantischen Industriestaaten 1993 mehr als 35 Millionen Arbeitslose gegeben hat, und ihre Zahl ständig steigt. Weltweit können demnach 30 Prozent der Menschen im arbeitsfähigen Alter keiner produktiven Tätigkeit nachgehen, weil sie keine Arbeit finden. Insgesamt seien 120 Millionen Arbeitslose registriert, weit mehr als 700 Millionen Menschen seien unterbeschäftigt und deshalb sozial gefährdet. Der ILO-Generaldirektor warnt vor den Folgen der Verarmung ganzer Gruppen der Gesellschaft, die politisch ohnmächtig seien. „Bei ihren Gesprächen mit Staatsvertretern und Unternehmern haben Arbeiter häufig den Eindruck, nur mit Strohmännern zu reden, die weder glaubwürdig noch gewillt sind, bindende Zusagen zu machen, weil sie so sehr abhängig sind vom internationalen wirtschaftlichen Umfeld, das sie selber immer weniger im Griff haben."
epd

Wirtschaftswachstum nicht für die Armen

Nach Jahren der Rezession kann Brasilien erstmals wieder ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt sei 1993 um knapp fünf Prozent gestiegen, teilte die brasilianische Zentralbank in Rio de Janeiro mit. Nach einer Untersuchung des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung haben sich die Einkommensunterschiede gleichzeitig jedoch verschärft. Die wirtschaftliche Erholung sei vor allem auf positive Ergebnisse in der Exportwirtschaft und bei den Finanzdienstleistungen zurückzuführen. Dabei handele es sich um Wirtschaftsbereiche, in denen sich traditionell der Reichtum konzentriere und die wenig zur Ausweitung der Beschäftigung beitragen könnten, heißt es in der Untersuchung.

Laut einer Studie der brasilianischen Zentralbank hat Brasilien in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 53 Milliarden US-Dollar für soziale Aufgaben ausgegeben. Im selben Zeitraum seien für Zinsen und Tilgungen zur Begleichung der Auslandsschulden 156 Milliarden Dollar an ausländische Gläubiger überwiesen worden. Der Abgeordnete Aloysio Mercadaute von der oppositionellen Arbeiterpartei erklärte dazu, dies widerlege die seit Jahren von der Regierung geäußerte Behauptung, Brasilien werde seine Auslandsschulden nicht auf Kosten der armen Bevölkerung zurückzahlen. In einem Land, in dem 32 Millionen Menschen hungerten oder unterernährt seien, könnten sich nur sehr wenige über den 1993 erzielten Wirtschaftserfolg freuen.
epd 3. Welt 3. 1.

Dritte-Welt-Handel in Sorge um indianische Partner in Mexiko

Ihre große Besorgnis um das Leben und die Menschenrechte ihrer indigenen

Gossner Mission

Produzenten und Handelspartner in der mexikanischen Provinz Chiapas äußert die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt/Aktion Dritte-Welt-Handel (GEPA, Schwelm) am 14. Januar in einer Stellungnahme. Die ökumenisch arbeitende GEPA verweist auf den Widerspruch zwischen äußerst harten militärischen Reaktionen auf den Indianeraufstand in Chiapas und der von Präsident Salinas de Gortari bekundeten Dialogbereitschaft der mexikanischen Regierung.

Die GEPA fordert u. a. den sofortigen Waffenstillstand, die Respektierung der Menschenrechte und verfassungsmäßige Garantien für die Lebensgrundlagen der indigenen Völker in Mexiko. Zur Absicherung der Menschenrechte der von Bombardements, Hinrichtungen, Verschleppungen und Hunger bedrohten indigenen Volksgruppen, deren Wald und Anbauflächen dem Aufbau riesiger Rinderfarmen geopfert würden, sei eine internationale Präsenz im Konfliktgebiet erforderlich. In einem Telefax habe ein GEPA-Informant aus Chiapas berichtet, daß hier alljährlich rund 15 000 Menschen an Unterernährung und den Folgen staatlicher Gewalt sterben. Dieses sei auch der Auslöser des „selbstmörderischen Aktes" seitens der Indiobauern gewesen.

Die GEPA bezieht seit einigen Jahren ökologisch angebauten Kaffee und einen besonders aromatischen Regenwald-Honig von Indio-Produzentengruppen für den deutschen Dritte-Welt-Handel. Eine Imker-Cooperative – Produzenten des „Lacandona-Honigs" – leidet im Gebiet um Ocosingo/Oxcchuc besonders stark unter den Übergriffen des Militärs.

Nach Ansicht von GEPA muß Mexiko seine Wirtschafts- und Soziallpolitik grundlegend ändern. In Chiapas zeige sich mit aller Brutalität, daß die Modernisierung des Landes auf dem Rücken indianischer Kleinbauern vorangetrieben werde.
epd

Guatemala verspricht besseren Schutz der Menschenrechte

Guatemalas Präsident Ramiro de Leon Carpio hat in einem Brief an US-Präsident Bill Clinton eine Verbesserung der Menschenrechtslage versprochen. Mitglieder bewaffneter Zivilpatrouillen, die Menschenrechte verletzten, würden künftig streng bestraft, heißt es in dem Brief, der in Guatemala-Stadt veröffentlicht wurde. Gleichzeitig kündigte de Leon an, die Zivilpatrouillen würden in „Friedens- und Entwicklungskomitees" umgewandelt und nicht länger dem Militär unterstellt. Diese Milizen bewaffneter Bauern, denen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, waren 1982 von der Militärregierung unter General Efrain Rios Montt zur Bekämpfung der Guerillabewegung URNG gegründet worden.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wurden die Zivilpatrouillen von ursprünglich einer Million auf weniger als 500 000 Mitglieder verringert. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hatte sie im September vergangenen Jahres als „ernstes Hindernis für den Frieden" in Guatemala bezeichnet.
epd 3. Welt 20. 1.

IWF verstärkt Druck auf Nicaragua

Zur Debatte des Staatshaushalts 1994 kamen die neuen „Empfehlungen" des Internationalen Währungsfonds. So empfiehlt dieser weitere Kürzungen der öffentlichen Ausgaben um 60 Millionen Dollar, was 40 Prozent der Gesamtausgaben entspräche. Die Energie-, Wasser- und Telefongesellschaften, das staatliche Versicherungswesen, die Minen, die Häfen und die staatliche Ölgesellschaft sollen privatisiert und das Kreditvolumen von BANIC, einer der drei staatlichen Banken, ganz gestrichen werden.

Werden diese Empfehlungen von Nicaragua nicht akzeptiert, verweigert der IWF die Bescheinigung der Kreditwürdigkeit vor den internationalen Geldgebern. Die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben würden die Entlassung von mehr als 4000 Angestellten in der staatlichen Verwaltung bedeuten. In den dreieinhalb Jahren der Chamorro-Regierung sind die staatlichen Angestellten bereits von 30 000 auf 18 000 reduziert und damit speziell die sandinistisch orientierte Angestelltengewerkschaft UNE geschwächt worden. Zusätzlich würden im Gesundheitsbereich 3500 Fachkräfte entlassen,

Gossner Mission

darunter 400 Ärzte. Die Programme zur Bekämpfung von Cholera und Malaria müßten um 50 Prozent gekürzt werden, obwohl die Cholera mittlerweile im ganzen Land verbreitet ist und täglich Tote fordert.

Die Zahl der Kreditnehmer hat sich schon jetzt gegenüber 1989 um 80 Prozent reduziert; das Kreditvolumen müßte weiterhin verringert werden. Mit dem Ausscheiden von BANIC aus dem Kreditvergabewesen würden die staatlichen Banken weiter zugunsten der neuen Privatbanken geschwächt werden. Dabei sind es gerade die staatlichen Banken, die Produktionskredite vergeben. Die Privatbanken gewähren fast nur risikoarme Handelskredite und Produktionskredite nur an eine ausgewählte kleine Gruppe der Reichen. Die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen würde Massenentlassungen und drastische Gebührenerhöhungen nach sich ziehen.

Diese „Anpassung der Strukturanpassungsmaßnahmen" ist bereits von der Regierung akzeptiert, obwohl diese seit 1990 von IWF und Weltbank „empfohlenen" Maßnahmen Nicaragua in die tiefste Wirtschaftskrise seiner Geschichte gestürzt haben.

Drastische Kürzungen der öffentlichen Ausgaben – bei gleichzeitiger Öffnung des Marktes für ausländische Produkte – haben die nationale Produktion fast völlig zerstört. Privatisierung und Versuche einer Gegenagrarreform werden von politischen Kriterien und erneuter Machtkonzentration bestimmt und nicht von ökonomischen Kriterien, die an einer Überlebenswirtschaft des Volkes ausgerichtet wären. Das hat zusätzliche Konflikte und Produktionsrückgang erzeugt.

Insgesamt hat Nicaragua in dreieinhalb Jahren Chamorro-Regierung fast drei Milliarden US-Dollar an Auslandshilfe erhalten, was weltweit den zweiten Platz an Auslandshilfe pro Kopf bedeutet. Aber 53 Prozent dieser gigantischen Summe wurden für den Schuldendienst und die Importförderung aufgewendet. Im ersten Halbjahr 1993 hat die Regierung 27 Prozent der gesamten Staatseinnahmen für den Schuldendienst an internationale Finanzorganisationen ausgegeben. Im gleichen Zeitraum wurde nur die Hälfte dieser Summe für soziale oder produktive Investitionen verwendet.

Die Marginalisierung der Mehrheit der Bevölkerung drückt sich in bedrückenden Zahlen aus: Den Vereinten Nationen zufolge leben 75 Prozent der Nicaraguaner in Armut, 42 Prozent davon in extremer Armut. Der Analphabetismus ist von 12 Prozent Anfang der 80er Jahre auf heute mindestens 28 Prozent angestiegen. Die Kindersterblichkeit ist mittlerweile die höchste Lateinamerikas; die Arbeitslosigkeit beträgt über 60 Prozent. All diese Zahlen verbergen, daß die Frauen von dieser Entwicklung quantiativ und qualitativ überproportional stark betroffen sind.
POONAL 126/17. 1.

d'Escoto: Wachsende Armut in Nicaragua

Die steigende Armut weiter Teile der Bevölkerung in Nicaragua hat Miguel d'Escoto, ehemaliger Außenminister in der sandinistischen Regierung, verurteilt. Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung seien arbeitslos, Spitäler würden geschlossen, sogar in den Grundschulen werde Schulgeld erhoben, sagte der vom Priesteramt suspendierte d'Escoto laut KNA am 18. Januar bei einem Vortrag in Wien. Der Graben zwischen Armen und Reichen würde immer tiefer.

Innenpolitisch sei mittlerweile Chaos ausgebrochen, erklärte der katholische Geistliche. Das anti-sandinistische Oppositionsbündnis, das die amtierende Präsidentin Violeta Chamorro nominiert hatte, sei in Auflösung begriffen, denn nur der „starke Dollar der USA" habe vor der Präsidentenwahl 1990 das Wunder einer Koalition von der extremen Rechten bis zur extremen Linken zustande gebracht. Violeta Chamooro sei zudem nie die Kandidatin des Bündnisses, sondern immer die Kandidatin der USA gewesen. Mittlerweile werde sie als „Kommunistin" beschimpft, da sie nur noch von der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) gestützt werde. Einen Sturz der Regierung Chamorro strebten die Sandinisten allerdings nicht an, da die Stabilität des Landes wichtiger als die Machtübernahme sei, betonte d'Escoto.
ev. information 4/94

Gossner Mission

Schweizer Hilfswerke für gerechte Bevölkerungspolitik

Weniger Kinder in den Ländern des Südens darf nach Ansicht schweizerischer Hilfswerke nur fordern, wer ebenso entschieden für Konsumverzicht im Norden eintritt. Ziel der Bevölkerungspolitik dürfe es nicht sein, im Süden die „Ein-Kind-Familie" durchzusetzen, um damit im Norden die „Zwei-Auto-Familie" zu ermöglichen, heißt es in einer in Genf vorgelegten Studie der kirchlichen Organisationen „Brot für alle" und „Fastenopfer".

Die Studie mit dem Titel „Wenig Kinder – viel Konsum?" soll als Diskussionsgrundlage für die Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen im September in Kairo dienen. Darin kommen 18 Frauen aus Nord und Süd zu Wort. Sie sind sich darin einig, daß Armut, Umweltzerstörung und die wachsende Fluchtbewegung aus wirtschaftlicher Not nicht unbesehen auf die angebliche „Überbevölkerung" des Südens zurückgeführt werden dürften. Vielmehr seien der übermäßige Konsum und ungehemmter Ressourcenverbrauch des Nordens die eigentlichen Ursachen von Armut und Umweltzerstörung.

Die im Norden lebenden 22 Prozent der Weltbevölkerung beanspruchten für sich 70 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs, 75 Prozent der geförderten Metalle, 85 Prozent des eingeschlagenen Nutzholzes und 60 Prozent aller geernteten Nahrungsmittel, schreibt die Fachreferentin der entwicklungspolitischen Organisation „Erklärung von Bern", Helen Zweifel. Schweizer Bürger verbrauchten 40 mal soviel Ressourcen wie Tansanier.

Einige der Autorinnen werfen Institutionen wie der Weltbank vor, sie drängten auf eine Verringerung der Geburten in der Dritten Welt und wollten so den Frauen des Südens „das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper" nehmen. Die Inderin Sumati Nair schreibt, die Politik der Bevölkerungskontrolle sei in Wahrheit „eine Waffe zur Kontrolle der Frauen und der Armen". Die Männer in allen Kulturregionen dürften nicht länger auf möglichst vielen Nachkommen als Sinnerfüllung ihres Lebens beharren, heißt es in der Studie.

Der Zentralsekretär des reformierten Hilfswerks „Brot für alle", Christoph Stükkelberger, erklärte zu dem 160 Seiten umfassenden Bericht, ebenso wie die katholische Partnerorganisation „Fastenopfer" befürworte „Brot für alle" eine Familienplanung, die den freien Willen der Eltern und vor allem der Frauen respektiere. Beide Hilfswerke seien für die Stabilisierung der Weltbevölkerung, lehnten staatliche Eingriffe wie die Zwangssterilisierung aber entschieden ab.

epd

Hilfsorganisationen gründen „Forum Menschenrechte"

Mehr als 20 Organisationen, darunter Amnesty International, der Deutsche Gewerkschaftsbund, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland und das katholische Hilfswerk Misereor, haben ein „Forum Menschenrechte" gegründet. Ziel des Zusammenschlusses sei eine Verbesserung des Informations- und Erfahrungsaustausches in Menschenrechtsfragen und die „Bekämpfung von Wahrnehmungsdefiziten gegenüber Menschenrechtsproblemen im eigenen Land", erklärte der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Joachim Krause, gegenüber epd. Krause wurde auf der Gründungskonferenz des Forums am 12. Januar in Bonn zum Koordinator gewählt.

epd

Regionen unter dem Druck der Marktwirtschaft

Weltwirtschaft – Soziale Bewegungenen – Politische Transformation

Internationale Konsultation vom 23. bis 29. Mai 1994 in Ustron (Polen)

Information und Anmeldung: Work and Economy Network in the European Churches, The William Temple Foundation, c/o Tony Addy and Rachel Jenkins, Manchester Business School, Manchester M15 6PH, England

Gossner Mission

Frieden

Südafrikanischer Kirchenrat ruft zu waffenfreien Wahlen auf

Der Südafrikanische Kirchenrat will alle Südafrikaner aufrufen, am Karfreitag ihre Waffen in den Kirchen abzugeben. Die ersten demokratischen Wahlen im April sollten „waffenfrei" sein, forderte der methodistische Bischof Peter Storey in Johannesburg vor dem Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen. Die Kirchen wollten so ein Klima des Friedens schaffen und die Gewalt in Südafrika vermindern.

Der Kirchenrat werde bei den Behörden eine Amnestie aushandeln, so daß auch illegale Waffenbesitzer ohne Angst vor Verfolgung ihre Schußwaffen auf die Altäre legen könnten. Ebenso würden Unternehmen aufgerufen, sich als Sponsoren an der Aktion zu beteiligen. Nach Angaben des früheren Kirchenratspräsidenten soll es auch finanzielle Anreize für Arbeitslose geben, die Waffen abzugeben. Südafrika gehöre zu den Ländern mit den meisten Waffen in Privatbesitz. Der Südafrikanische Kirchenrat will auch die muslimische Gemeinschaft zum Ramadan und die jüdischen Gemeinden zum Passah-Fest zu ähnlichen Aktionen aufrufen. Die Waffen sollen in den ISKOR-Stahlwerken eingeschmolzen werden.

Bei den für den 27. bis 28. April geplanten ersten freien Wahlen in Südafrika seien mindestens 18 000 offizielle Beobachter aus Südafrika sowie freiwillige Beobachter von nichtstaatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen nötig, sagte Frank Chikane, Mitglied der elfköpfigen Unabhängigen Wahlkommission Südafrikas. Chikane ist wegen dieses Amtes als Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates beurlaubt. Die Kommission wurde eingesetzt, um die Abstimmung für die 22 Millionen Wahlberechtigten vorzubereiten und den reibungslosen Verlauf zu überwachen.

Nach den Worten Chikanes wird die Wahlkommission garantieren, daß jeder Südafrikaner und jede Südafrikanerin ab 18 Jahren frei und geheim wählen könne. An den Grenzen zum „Homeland" Bophuthatswana, das an den Wahlen bisher nicht teilnehmen will, würden Wahlurnen aufgebaut. Das größte Problem sei es, Gewalt bei den Wahlen zu verhindern.
epd 3. Welt 24. 1.

Rechtsradikale fordern eigenen „Volksstaat"

Tausende militante weiße Rechtsradikale haben am 20. Januar auf einer Kundgebung in Pretoria die Gründung eines eigenen „Volksstaates" für afrikaanssprachige Weiße gefordert. Sie wählten den Vorsitzenden der Konservativen Partei, Ferdi Hartzenberg, zum Präsidenten einer „Übergangsversammlung", deren Hauptziel die Schaffung dieses Volksstaates ist. Eine Teilnahme an den ersten freien Wahlen Südafrikas im April lehnten sie kategorisch ab.

Hartzenberg erklärte, seine Anhänger wollten eine Wahl ausschließlich für die Weißen, bei denen sie „eine eigene Regierung für das eigene Land" wählen könnten. Er kündigte an, die Weißen würden in ihren Städten und Kommunen „Bürgerräte" bilden, um dort ihre Macht zu behaupten. „Wir wollen auf friedliche Weise unseren Volksstaat bekommen", erklärte er. „Doch wenn das nicht möglich ist, dann müssen wir auch Gewalt ins Auge fassen."

Zuvor war der Führer der Afrikaaner Volksfront, General Constand Viljoen, von der aufgebrachten Menge niedergeschrien worden, als er sie zur Teilnahme an den Wahlen aufforderte. Viljoen war bislang Verhandlungsführer der Rechten mit der Regierung und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC). Seine Warnung, daß Militanz und Gewalt zu großem Blutvergießen und zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen könnten, ging im Gejohle der Menge unter.
epd 3. Welt 31. 1.

Menchu startet „Friedensmission der Ureinwohner" in Chiapas

Die guatemaltekische Quiche-Indianerin und Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu will im Konflikt zwischen Aufständischen und Regierung im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas vermitteln. Am 20. Januar reiste sie an der Spitze einer Delegation von Ureinwoh-

Gossner Mission

nern aus Nord- und Südamerika, Neuseeland und Norwegen in das Konfliktgebiet. Geplant sind Gespräche mit dem um Vermittlung bemühten Bischof Samuel Riuz, Anführern der „Zapatistischen Befreiungsarmee", Flüchtlingen, Inhaftierten und Geiseln. Die Delegation wolle alle Beteiligten zu Frieden und Versöhnung aufrufen, sagte Menchu vor ihrer Abreise in Mexiko-Stadt.

Menchu und der Cree-Häuptling Ted Moses aus Kanada zeigten sich überzeugt, daß die „internationale Bewegung der Ureinwohner" zu einer Lösung des Konflikts in Chiapas beitragen könne. Obwohl sich die Konfliktparteien gegen ausländische Vermittler ausgesprochen hätten, fühle sie sich als Indianerführerin verpflichtet zu helfen, sagte Menchu. Wie in vielen Teilen der Welt seien auch in Chiapas Armut und Menschenrechtsverletzungen Ursache der Rebellion. Die Ureinwohner wollten keine Konfrontation, sondern in ihren Ländern an einer gerechteren und menschlicheren Entwicklung mitwirken. Zu der Delegation gehören führende Vertreter der Mapuche (Chile), Miskito (Nicaragua), Kachiquel (Guatemala), Nahuatl (Mexiko) sowie der Maori aus Neuseeland und der Sami aus Norwegen.
epd 3. Welt 24. 1.

Regierung akzeptiert Bischof als Vermittler

Die mexikanische Regierung hat den katholischen Bischof Samuel Ruiz als Vermittler in dem Konflikt mit den Indianern des Bundesstaates Chiapas akzeptiert. Ruiz war von den aufständischen Indios, als deren Fürsprecher er gilt, vorgeschlagen worden. Gleichzeitig legte der Interims-Gouverneur der Provinz, Elmar Setzer, sein Amt nieder.

Der von der Regierung bestellte Vermittler Manuel Camacho Solis betonte, daß die Regierung zwar auf direkte Verhandlungen mit der Nationalen Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN), dem bewaffneten Arm der Rebellen, hoffe, aber Ruiz ein „vertrauenswürdiger Mittler" sei. Der Bischof war in der Vergangenheit wiederholt von Regierungsvertretern und der Kirchenhierarchie für sein soziales Engagement und seine kritische Haltung gegenüber der Regierung in Chiapas angegriffen worden. Auch beschuldigten rechte Kreise mehrere Priester seiner Diözese, den Aufstand unterstützt zu haben.

Die EZLN, deren Stärke auf 1000 bis 2000 Mann geschätzt wird, hat Verhandlungen zugestimmt, nachdem Präsident Carlos Salinas de Gortari am Wochenende eine Amnestie für die Aufständischen angeboten hatte, sollten sie ihre Waffen niederlegen. Die Rebellen fordern neben dem Rückzug der Armee und einem Waffenstillstand eine Anerkennung als bewaffnete Kraft. Letzterer Forderung kam Camacho Solis zwar nur halb nach, bezeichnete jedoch die Aufständischen als EZLN.
FR 20. 1.

Wissenschaftler und Friedensgruppen gegen Lockerung der Kontrolle von Rüstungsexporten

Gegen eine Aufweichung der Kontrollen für Rüstungsexporte haben sich Wissenschaftler und Friedensgruppen gewandt. In einer gemeinsamen Erklärung unterstrichen die Nord-Süd-Initiative „Germanwatch" und das Institut für Entwicklung und Frieden in Bonn, die aktuelle Krise der Rüstungsindustrie sei kein Argument für eine Lockerung der Ausfuhrbestimmungen.

Die deutschen Rüstungsexporte haben nach Ansicht von „Germanwatch" und dem Duisburger Institut dem Ansehen Deutschlands im Ausland geschadet. Die Lieferungen von Rüstungsgütern an Libyen und den Irak seien nur die „Spitze des Eisbergs". Auch Rüstungs- und Technologielieferungen in asiatische Länder oder nach Südafrika wirkten zumeist nachteilig für die außenwirtschaftlichen Beziehungen: „Was der Rüstungsindustrie als schnelles Geschäft über Schwierigkeiten hinweghalf, ging der zivilen Industrie doppelt und dreifach verloren." Angesichts weltweit rückläufiger Waffenexporte setze die deutsche Rüstungsindustrie auf einen „schrumpfenden Markt".

Besorgt über Bestrebungen zur Lockerung der Rüstungsexportkontrollen äußerte sich auch die katholische Friedensorganisation „Pax Christi". Schon jetzt befinde sich Deutschland an vorderster Stelle unter den Rüstungsexporteuren, heißt es in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP.

Gossner Mission

Die Ausfuhr von Waffen der ehemaligen Nationalen Volksarmee trage nicht zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie bei. Martin Herndlhofer von Pax Christi sagte, die Opfer deutscher Rüstungslieferungen etwa an die Türkei fänden sich als kurdische Flüchtlinge an den Grenzen Deutschlands wieder.

Tobias Pflüger vom „Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg" kritisierte, derzeit würden in erheblichem Umfang deutsche Waffen über sogenannte Dreiecksgeschäfte exportiert. Das Auftauchen deutscher Waffen im ehemaligen Jugoslawien sei ein Beweis, daß die für Rüstungsausfuhren erforderliche Bestätigung über den Endverbleib in einem Empfängerland nicht eingehalten werde. Er äußerte die Befürchtung, daß durch die Umstrukturierung der Bundeswehr Chancen zur Rüstungskonversion vertan würden.
epd

Österreich verlängert Zivildienst

In Österreich wird die Dauer des Zivildienstes zunächst von zehn auf elf Monate verlängert. Von der Verlängerung erhofft sich die Regierung, daß der nur acht Monate dauernde Wehrdienst attraktiver wird und somit das Funktionieren der Armee gewährleistet bleibt. Die SPÖ hatte vorgeschlagen, die Dauer des Zivildienstes beizubehalten und den Wehrdienst mit Solderhöhungen attraktiver zu machen. Die ÖVP hingegen wollte den Zivildienst auf zwölf Monate verlängern, damit mögliche Wehrdienstverweigerer abgeschreckt werden.
FR 13. 1.

Europäisches Recht auf Kriegsdienstverweigerung gefordert

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer hat Christdemokraten, Sozialisten, Liberale und Grüne im Europäischen Parlament aufgefordert, ein europaweit einklagbares Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung zu schaffen. In einem am 14. Januar in Bremen veröffentlichten Brief an die Fraktionen schlägt die Organisation zudem vor, einen grenzüberschreitenden Zivildienst zu ermöglichen.

Die Arbeitsgemeinschaft verweist in dem Brief auf „positive Erfahrungen", die in Deutschland mit dem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung und dem Zivildienst gemacht worden seien. Diese sollten in Debatte und Beschlußfassung im Europaparlament Eingang finden. Abstriche an der vom Parlaments-Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten erarbeiteten Entschließung dürfe es nicht geben. Darin sind unter anderem die Aufnahme der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in die Europäische Menschenrechtskonvention sowie eine gleichlange Dauer von Militär- und Zivildienst vorgesehen.
epd 17. 1.

Verweigerer als Kanonenfutter

Unter den 100 000 kroatischen Flüchtlingen und Vertriebenen, denen mit Ablauf der Duldung am 30. April die Abschiebung aus Deutschland droht, befinden sich Schätzungen zufolge auch mehrere tausend Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. In der Heimat warten drakonische Strafen oder der Fronteinsatz als „Kanonenfutter" auf sie. Im gesamten ehemaligen Jugoslawien werden die Rechte von Verweigerern mit Füßen getreten.

Die Situation der Kriegsgegner in Rest-Jugoslawien schildert ein Bericht des Belgrader Anti-Kriegszentrums und der Friedensgruppe „Mütter in schwarz". Die beiden Initiativen, deren Report jetzt die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) erreichte, gehen davon aus, daß mehr als 300 000 junge Männer Rest-Jugoslawien (also Serbien und Montenegro) verlassen haben, um dem Militärdienst zu entgehen.

Noch immer gibt es den Friedensgruppen zufolge im gesamten ehemaligen Jugoslawien Zwangsrekrutierungen. In der einseitig ausgerufenen „serbischen Republik" in Bosnien-Herzegowina seien 1300 Männer wegen Desertion oder weil sie dem Einberufungsbefehl nicht Folge leisteten, zu Haftstrafen bis zu fünf Jahren verurteilt worden. Häufig werde auch der ganze Besitz der Familie beschlagnahmt. Die Zwangsrekrutierungen glichen oft Razzien: Männer würden von der Straße weg, von zu Hause oder aus Gaststätten heraus mitgenommen und oft unter Einsatz von Gewalt direkt zur Front gebracht. Sogar in Flüchtlingslagern

Gossner Mission

finden Razzien statt. Mitunter würden Namen von Deserteuren im Radio verlesen und so relgerecht zu Hetzjagden aufgerufen.

Die Belgrader Pazifistinnen und Pazifisten weisen darauf hin, daß es für Verweigerer und Deserteure aus Serbien oft viel schwieriger ist, dem Kriegseinsatz zu entkommen, weil westliche Länder Flüchtlinge serbischer Herkunft häufig im Vergleich zu Flüchtlingen aus Kroatien oder Bosnien-Herzegowina diskriminierten und nicht ins Land ließen.

In der neuen Verfassung Rest-Jugoslawiens sei Kriegsdienstverweigerung aus Gewissengründen zwar vorgesehen, doch das Recht besteht nach Einschätzung der Belgrader Pazifisten nur auf dem Papier. Kroatischen Deserteuren und Verweigerern drohen ebenfalls Fronteinsatz oder Haft. Informationen der DFG-VK zufolge werden sie in Gefängnissen mißhandelt. Das Recht auf Verweigerung aus religiösen oder moralischen Gewissensgründen ist zwar in der kroatischen Verfassung vorgesehen; die Frist, in der bereits Einberufene ihren Verweigerungsantrag nachholen können, ist jedoch längst abgelaufen. Deserteure und Verweigerer, die nach Kroatien zurückkehren müssen, haben nach Erkenntnissen der DFG-VK „keine Möglichkeit, sich auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu berufen".
FR 27. 1.

Förderpreis für gewaltfreies Handeln an Belgrader Antikriegszentrum

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) wird am 22. Februar 1994 den von ihr neu gestifteten „Friedrich-Siegmund-Schultze-Förderpreis für gewaltfreies Handeln" verleihen. Mit dem Preis, der 1994 mit 10 000,– DM aus Spendenmitteln dotiert ist, soll an das friedensethische Engagement Friedrich Siegmund-Schultzes (1885 bis 1969), eines Wegbereiters christlicher Friedensarbeit, erinnert werden.

Erster Preisträger ist das „Center for Antiwar Action Belgrad" (Entar Za Antiratnu Akciju Beograd), das seit Juli 1991 zahlreiche Aktivitäten gegen den Krieg im ehemaligen Jugoslawien organisiert hat. Mit kurz- und langfristigen Friedensarbeitsprojekten, zu denen auch die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren gehört, engagiert sich das Belgrader Zentrum mutig für gewaltfreie, zivile Konfliktaustragung in Serbien und darüber hinaus.
EAK

Gegen eine allgemeine Dienstpflicht

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer hat sich gegen eine allgemeine Dienstpflicht ausgesprochen, wie sie mehrfach von Politikern gefordert wurde. Dienstpflicht sei kein Patentrezept gegen den Pflegenotstand in Deutschland, heißt es in einer am 6. Dezember in Darmstadt und Bremen veröffentlichten Erklärung des Bundesvorstandes der Organisation. Professionelles Pflegepersonal könne nicht durch unqualifizierte Kräfte ersetzt werden. Schon heute habe die Ausweitung des Zivildienstes negative Auswirkungen auf die sozialen und pflegerischen Berufe. Dies würde noch verstärkt, wenn im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht ganze Jahrgänge von unausgebildeten jungen Männern und Frauen eingesetzt würden.

Die Bereitschaft zu sozialer Mitverantwortung kann nach Darstellung der Arbeitsgemeinschaft nicht durch einen Zwangsdienst gefördert werden, sondern setze Freiwilligkeit voraus. Deshalb müßten die Möglichkeiten des freiwilligen sozialen Engagements beispielsweise durch Ausbau des Freiwilligen Sozialen und Freiwilligen Ökologischen Jahres ausgeweitet werden.

Eine allgemeine Dienstpflicht tauge auch nicht zur Schaffung von mehr Dienstgerechtigkeit, heißt es in der Erklärung. Vielmehr würde die Ungerechtigkeit verschärft, wenn künftig pro Geburtsjahrgang 700 000 Männer und Frauen zum Dienst herangezogen würden. Die Arbeitsgemeinschaft weist auch darauf hin, daß es bisher nur zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland einen Zwangsdienst in Form des „Reichsarbeitsdienstes" gegeben habe.

Auch der Zivildienstbeauftragte der Bundesregierung, Dieter Hackler, hat Vorschlägen für eine allgemeine Dienstpflicht eine deutliche Absage erteilt. Diese Debatte verdecke die eigentlichen

Gossner Mission

gesellschaftlichen Probleme zum Beispiel im Pflegebereich, sagte er im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Bonn. Grundsätzlich führe eine allgemeine Dienstpflicht zu einer „Entwertung" freiwilliger Tätigkeit, so Hackler. Alle Jahrgangsangehörigen würden damit verpflichtet, Alte und Behinderte zu pflegen, im Umweltschutz oder „wo auch immer ihre Pflicht zu erledigen". Menschenwürdige Pflege setze jedoch innere Bereitschaft voraus.

Dringend notwendig ist nach Hacklers Einschätzung eine Neubewertung des Dienstes für den Menschen. Mit der Förderung des sozialen Engagements auf freiwilliger Basis ließe sich der Entsolidarisierung begegnen. Es sei nicht hinnehmbar, daß sich 60- oder 40jährige ihrer Pflicht zur Pflege von Angehörigen oder zur Erziehung von Kindern entzögen und zugleich erwarteten, daß junge Dienstpflichtige diese Aufgabe erfüllten.

Eine ein- oder zweijährige Dienstpflicht widerspricht Hackler zufolge auch den Bestrebungen nach Verkürzung der Ausbildung, da Beruf oder Studium erst entsprechend später beginnen könnten. Vor diesem Hintergrund bezeichnete er Forderungen nach Schulzeitverkürzung als befremdlich, wenn zugleich soziales Lernen im Anschluß daran über ein Pflichtjahr erfolgen solle. Orte zum Erlernen sozialer Verantwortung seien Schule und Elternhaus, „aber nicht ein wie immer geartetes Pflichtdienstjahr".

Auch Kostengründe sprächen gegen eine allgemeine Dienstpflicht, sagte der Zivildienstbeauftragte. Für jährlich rund 700 000 Dienstpflichtige beliefen sich die öffentlichen Ausgaben auf etwa 21 Milliarden Mark. Dabei seien Steuermindereinnahmen und Ausfälle bei der Sozialversicherung unberücksichtigt. „Volkswirtschaftlich rechnet sich eine allgemeine Dienstpflicht nicht", betonte Hackler.
epd 7. und 27. Dezember 93

Von den Kirchen eindeutiges Nein gefordert

In einem offenen Brief fordert die Solidarische Kirche in Nordelbien alle Kirchenleitungen in der Bundesrepublik auf, gegen die „Militärpolitik" der Bundesregierung zu protestieren.

„... Der Verteidigungsminister erklärt in den neuen ‚Richtlinien' von 1992, daß die ‚Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt ...' künftig zum ‚vitalen Sicherheitsinteresse' Deutschlands gehört.

Daran wird klar, daß die wirtschaftspolitischen Interessen Deutschlands den Einsatz der Bundeswehr bestimmen. Deutsche Politik wird künftig wieder unter Beihilfe des Militärs gemacht, und Kriege aufgrund deutscher Interessen werden wieder möglich. An die Stelle der bisherigen Ausrichtung des militärischen Planes und Handelns gegen den Osten tritt die Stoßrichtung gegen den Süden.

Gegen diese Militarisierung der deutschen Politik kann es von den christlichen Kirchen in unserem Land nur ein deutliches Nein ohne jedes Ja geben!

Wir fordern die Kirchenleitungen in unserem Land auf, dieses Nein laut und deutlich auszusprechen, ohne Rücksicht auf den möglichen Verlust von wirtschaftlichen und politischen Privilegien.

Wir meinen, daß die Kirchenleitungen verpflichtet sind, den Mitgliedern ihrer Kirchen um des Gewissens willen zu raten, den Dienst mit der Waffe in dieser Wehrmacht unter allen Umständen zu verweigern.

Der Militärseelsorge-Vertrag ist sofort zu kündigen, da die Grundlage für diesen Vertrag, nämlich der Charakter der Bundeswehr als Verteidigungsstreitkraft, nicht mehr besteht."
Solidarische Kirche in Nordelbien
Kontaktadresse: Ekke Fetköter, Alaskaweg 8, 22145 Hamburg

Gossner Mission

Bewahrung der Schöpfung

Welternährungsorganisation fordert weltweite Erhöhung der Wasserpreise

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat zu einer weltweiten Erhöhung der Wasserpreise aufgerufen. Nur so könnten die knappen Wasservorräte sinnvoller genutzt werden, heißt es im FAO-Jahresbericht „Zur Lage von Ernährung und Landwirtschaft 1993", der in Rom veröffentlicht wurde. Die Landwirtschaft als größter Wasserverbraucher müsse in Zukunft mit weniger Wasser mehr Nahrung erzeugen. Wegen des zu erwartenden Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums auf der Erde werde die Konkurrenz um Wasser schärfer. In vielen Ländern habe sich der Streit um Wasser zwischen Landwirtschaft und Industrie bereits als entwicklungshemmend erwiesen, heißt es in dem Bericht.

Nach Angaben der FAO liegt der Anteil der Landwirtschaft am weltweiten Wasserverbrauch bei 70 Prozent, gefolgt von der Industrie (21 Prozent) und privaten Haushalten (sechs Prozent). Rund 2,4 Milliarden Menschen fänden durch die Bewässerungslandwirtschaft Arbeit, Einkommen und Nahrung. Aufgrund der zunehmenden Verstädterung und Industrialisierung stünden der Agrarwirtschaft aber immer weniger Wasserressourcen zur Verfügung. Höhere Wasserpreise, so die FAO, könnten die Wirtschaft in den Entwicklungsländern zwar belasten, andererseits aber auch die Bauern dazu ermutigen, Wasser sparsamer zu nutzen und wassersparende Technologien einzuführen.

Derzeit seien im Schnitt 15 000 Kubikmeter Wasser nötig, um einen Hektar Reis zu bewässern. Mit derselben Menge lasse sich der Wasserbedarf von 100 Nomaden und 450 Tieren für drei Jahre decken. 100 Bauernfamilien könnten damit vier Jahre lang und 100 städtische Familien zwei Jahre lang auskommen. Trotz hoher Subventionen sei die für viele Entwicklungsländer dringend notwendige Bewässerungslandwirtschaft vielfach sehr ineffizient, kritisiert die FAO. Rund 60 Prozent des zur Bewässerung bestimmten Wassers gehe verloren. Bis zu einem Viertel der bewässerten Anbauflächen in den Entwicklungsländern seien bereits versalzt.

epd 3. Welt 3. 2.

In Hanoi regt sich Widerstand gegen Umweltzerstörung

Umweltschützer und Stadtplaner wollen den Bau eines Hochhauskomplexes im Zentrum der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi verhindern. Das Geschäftszentrum „Hanoi Plaza", das Investoren aus Singapur errichten wollen, zerstöre die Erholungslandschaft am Hoan-Kiem-See, sagte der vietnamesische Stadtplaner Ha Van Que, Direktor der Stiftung „Freude Hanois", jetzt vor Journalisten. Gegenüber anderen Großstädten in Asien, die am Verkehr und am Smog erstickten, sei Hanoi immer noch eine grüne Oase.

Die Stiftung bemüht sich, 36 Straßenzüge in Hanoi vor einer ungehemmten Modernisierung zu bewahren, und hofft auf Unterstützung von der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco). Hanois Architektur sei einzigartig, sagte Ha Van Que. Die Einwohner begrüßten zwar ausländische Investoren, wollten aber das kulturelle Erbe und die Natur schützen.

Seit der Öffnung des kommunistisch regierten Landes für ausländische Investitionen und einigen marktwirtschaftlichen Reformen wächst in der Bevölkerung die Sorge um die Umwelt. In Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) setzte sich zum Beispiel ein „Grüner Club" gegen einen Golfplatz zur Wehr, konnte die von Taiwanesen finanzierte Anlage aber nicht verhindern. Das Parlament beschloß im Dezember ein Gesetz, das Industrieanlagen verpflichtet, einen Teil ihrer Gewinne in den Umweltschutz zu investieren.

epd, Welt 31. 2.

Tschernobyl verseuchte Wälder von der Größe der Schweiz

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 hat Waldflächen von der Größe der Schweiz verseucht, teilte die UN-Wirtschaftskommission für Europa im Anschluß an ein Expertentreffen in Genf mit. Über vier Millionen Hektar

Gossner Mission

seien in Weißrußland, Rußland und der Ukraine betroffen. Allein in Weißrußland sei ein Viertel aller Waldflächen radioaktiv verseucht. Insgesamt wurden in den drei Ländern mehr als 13,1 Millionen Hektar Wald-, Acker- und Wohnflächen verseucht.

Die Kommission verwies auf die großen wirtschaftlichen und ökologischen Schäden durch diese Verseuchung, da die Wälder nicht mehr nutzbar seien. Außerdem könnten die Verseuchungen durch Waldbrände über Rauch oder Asche auch auf benachbarte Gebiete getragen werden. Dringend notwendig sei es, Waldarbeiter, lokale Bevölkerung und Konsumenten vor Waldprodukten zu schützen. Auch müßten eine weitere Ausbreitung verhindert und die verseuchten Gebiete auf bestmögliche Weise überwacht werden. Äußerst wichtige Forschungsarbeiten, so die UN-Kommission, würden aber durch den Mangel an Geldmitteln verzögert.
epd 6. 12. 93

Atom-Dilemma

Manchmal klingen Nachrichten besser, als sie sind. Wir wollen deshalb lieber gleich warnen: Glauben Sie nur nicht, wenn es in den nächsten Tagen vielleicht heißt, die Ukraine habe das Atomkraftwerk Tschernobyl wegen Brennstoffmangels stillgelegt, daß dies nun endgültig sei. Im Gegenteil. Zwar stimmt die Meldung zunächst hoffnungsfroh: Der berüchtigte ukrainische Unglücksmeiler habe nur noch Brennstoff für 15 Tage, weil die Russen nicht mehr liefern. Es „droht" die Stillegung, meldet Kiew. Es ist aber so: Nachschub ist schon in Sicht, und Rußland stänkert nur ein wenig.

„Historisch" haben nämlich Kiew, Moskau und Washington die Sache mit den Brennstäben für Tschernobyl und die anderen ukrainischen Atommeiler Anfang Januar geklärt. So muß Kiew nur die im Lande herumstehenden 176 interkontinentalen Atomraketen in Rußland abliefern. Die Russen verarbeiten dann das in den 1500 Sprengköpfen enthaltene hochangereicherte Uran zu Brennstäben, die wiederum an die Ukraine gehen. Und mit den 100 Tonnen Brennstoff, von denen zunächst die Rede ist, kann Tschernobyl länger am Netz bleiben, als manchem lieb ist.

Denn der im Grunde erfreuliche Atomwaffenhandel hat einen Haken: Dank der kostenlos zu erwartenden Brennstoffe wird Kiew künftig verstärkt auf Atomstrom setzen. Alle anderen Energiequellen – russisches Erdöl etwa oder Gas – sind für die auf Rohstoffimporte angewiesene Ukraine seit langem unbezahlbar und werden es bleiben. Da hilft dann nur eins: Tschernobyl in Betrieb lassen und heizen, was das Zeug hält.

Das hätte so nicht kommen müssen. Die USA wollen – auch das wurde im Januar vereinbart – in den kommenden 20 Jahren in Moskau für zwölf Milliarden Dollar Uran aus russischen Atomwaffen für die eigene Energiegewinnung kaufen. Warum nehmen sie nicht auch das vergleichsweise wenige Raketen-Uran der Urkaine und zahlen bar? Kiew könnte dann mit dem Geld vielerlei anfangen, etwa Gas und Öl bei Rußland kaufen. Oder die Atomkraftwerke sicherer machen. Vielleicht sogar Tschernobyl abschalten, wie das eigentlich schon Ende 1993 geschehen sollte. Darauf wird man nun lange warten können.
FR 1. 2.

„Vermüllung der Nordsee"

Die tückischen Plastikbeutel mit dem giftigen Pestizid „Apron Plus" aus der Ladung des französischen Frachters „Sherbro", die an niederländische und deutsche Strände geschwemmt werden, werfen erneut ein Schlaglicht auf die „Müllkippe Nordsee". Trotz einiger Fortschritte beim Nordseeschutz leiten die Nordsee-Länder weiterhin jedes Jahr zig Millionen Tonnen Abfälle, Schwermetalle und organische Gifte in das Küstenmeer.

Die Ciba-Geigy-Giftbeutel könnten noch eine lange Reise vor sich haben. Die Nordseeströmung verfrachtet allen möglichen schwimmenden Müll vom englischen Kanal an den Küsten Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, Deutschlands und Dänemarks entlang nach Südnorwegen. Das Umweltbundesamt in Berlin schätzt, daß 20 000 bis 40 000 Tonnen Müll jedes Jahr in dem kleinen Randmeer Nordsee treiben, das gerade einmal 0,1 Prozent der Weltmeere ausmacht.

Gossner Mission

Zur „Vermüllung der Nordsee" nennt Eike Hartwig vom Institut für Naturschutz- und Umweltschutzforschung des „Vereins Jordsand zum Schutz der Seevögel und der Natur" in Ahrensburg bei Hamburg Zahlen: Am Strand der Insel Scharhörn in der Elbe-Mündung dominierten 1980 Holzreste mit 41,4 Prozent vor Plastikabfällen (28,3) und Glasflaschen (14,4 Prozent). Papier/Pappe kamen auf 7,5 Prozent. Ein völlig anderes Bild dann 1989: Kunststoffe (Plastiktüten, Folien, Planen, synthetische Schnüre, Einwegspritzen) kletterten auf 64 Prozent. Holzstücke schrumpften auf 12,7, Pappen stiegen auf 14,2 Prozent.

Noch gefährlicher sind die Abfälle aus Flüssen, Luft und sogenannter Verklappung. Jährlich verschwinden rund 40 Millionen Tonnen flüssige und feste Industrieabfälle, organische Gifte wie PCB und andere Chlorverbindungen, extrem giftige Schwermetalle wie Cadmium, Blei und Arsen sowie Öl in den Nordseewellen.
FR 26. 1.

Niedersachsen baut seine Windenergie-Anlagen aus

Die in Niedersachsen installierten Windkraftanlagen erreichen nach Angaben von Wirtschaftsminister Peter Fischer inzwischen eine Leistung von über 100 Megawatt. Seit 1990 habe sich damit die Windenergie-Erzeugung in dem Bundesland vervierfacht und erreiche fast ein Drittel der in Deutschland installierten Leistung, erfklärte Fischer vor der Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Windenergie in Hannover. In sieben bis acht Jahren sollen rund 1000 Megawatt in Niedersachsen durch Wind erzeugt werden. Der Trend zu größeren und wirtschaftlicheren Anlagen werde dazu führen, daß die Windenergieleistung in Deutschland bald den Ausbaustand Dänemarks erreichen werde. Windenergie werde mit neuen und größeren Anlagen auch wirtschaftlicher. Schon jetzt würden mit dem Betrieb von Windkraftanlagen Gewinne erwirtschaftet. Bereits bei mittlerer Windgeschwindigkeit und einer Leistung von über 150 Kilowatt lägen die Erzeugungskosten unterhalb der Einspeisevergütung von rund 16 Pfennig pro Kilowattstunde.
Süddt. Zeitung 24. 1.

Führende Verlagshäuser wenden sich gegen Urwald-Kahlschlag

Gegen den Kahlschlag von Urwäldern haben sich vier führende deutsche Verlagshäuser ausgesprochen. „Wir als Verbraucher von Massendruckpapier verurteilen alle Formen des Raubbaus, vor allem an Urwäldern, weil dadurch die biologische Vielfalt der Erde beeinträchtigt wird", heißt es in einer in Hamburg von „Gruner und Jahr", dem „Axel Springer Verlag", den „Mohndruck Graphischen Betrieben" und vom „Otto-Versand" veröffentlichten Erklärung. Die Verlage wollen sich künftig bei den Papierherstellern dafür einsetzen, daß diese keinen Zellstoff mehr verwenden, der aus Kahlschlägen von Urwäldern stammt, „sobald Qualität und Preis dies zulassen".

Die bislang einmalige Aktion wurde von der Umweltschutzorganisation „Greenpeace" initiiert, die mit dem Slogan „Wieviel Wald kostet Ihre Zeitschrift?" im Oktober vor Hamburger Verlagshäusern demonstriert hatte. Die Bertelsmann-Tochter Gruner und Jahr publiziert 51 Zeitschriften und zwölf Zeitungen in acht Ländern. Mohndruck, ebenfalls eine Tochter der Bertelsmann AG, gilt als die führende Offset-Druckerei in Deutschland. Der Axel-Springer-Verlag gibt im In- und Ausland 51 Zeitungen und Zeitschriften heraus. Der Hamburger Otto-Versand druckt in jedem Jahr 20 Millionen Kataloge.
epd 20. 12. 93

Kritische Anfragen an neues Ethik-Institut

In Bonn wird am heutigen Freitag ein Institut für Wissenschaft und Ethik gegründet. Human-Genetiker, Philosophen, Gentechniker und Mediziner sollen in dem Institut darüber forschen, was eine Gesellschaft erlauben darf und was nicht. Die neue Denkfabrik befaßt sich mit drei äußerst heiklen Themen: der Human-Genetik, der genetischen Manipulation von Pflanzen und Tieren sowie der Organtransplantation. Aber noch bevor sich die 22 Professoren (21 Männer und eine Frau) an die Arbeit machen können, sind beim nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium zahlreiche Protestnoten mit teils harschen Vorwürfen eingegangen.

Gossner Mission

In einer Vorstudie sind bereits Vorgaben gemacht, die in die umstrittene Richtung weisen. Beim Thema Organentnahme erklären die Forscher den Hirntod als Kriterium für den Tod des Menschen flugs als weitgehend akzeptiert und behaupten: „Dem Körper eines Menschen kommt nur insoweit ein moralischer Wert zu, wie er dazu dient, das Leben des Gehirns zu unterhalten."

Noch klarer wird der einseitige Ansatz bei der Gentechnologie, wenn es heißt: „Im Gegensatz zur üblichen Auffassung tragen die neuen Techniken zur Artenbildung und -vielfalt bei."

Das wissenschaftliche Essener Genarchiv sieht in dem Institut eine Ansammlung interessengeleiteter Forscher, die lediglich rechtfertigen, was sie bereits tun und noch tun wollen. Zu befürchten sei, daß in Deutschland eine neue Bioethik durchgesetzt werden solle als „nachträgliche und zugleich vorauseilende Rechtfertigung für Machbares, mit unabsehbaren politischen, sozialen und moralischen Folgen". Denn die Bioethik habe ihre Wurzeln in Biologie und Ökonomie und fälle ihre Urteile nach den Prinzipien der Güterabwägung und Nützlichkeit. Als ausgesprochene Vertreter dieses Wertewandels gelten dem Genarchiv die an dem Projekt beteiligten Philosophen Dieter Birnbacher und Hans-Martin Saß.

Das Düsseldorfer Wissenschaftsministerium verteidigt dagegen das Projekt. Die Fragestellungen seien die richtigen und die Arbeitsforschungsgemeinschaft, die dem Institut zuarbeitet, für jeden Wissenschaftler offen und juristisch formlos. Interessierte Wissenschaftler könnten sich beim Ministerium melden. Das Institut sei aber nicht das geeignete Forum, um mit Netzwerken, Interessengruppen oder Verbänden zu debattieren.

Träger des Instituts sind die Universitäten Essen und Bonn, das Kernforschungszentrum Jülich und die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt. Finanziert wird es von der Industrie, dem Ministerium in Düsseldorf, dem Bundesforschungsministerium und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.
FR 28. 1.

Politische Vorgänge und Kommentare

ANC-Wahlprogramm verabschiedet

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) will die Lebensbedingungen der Schwarzen in Südafrika innerhalb von fünf Jahren entscheidend verbessern. Diese ist der Kern des ANC-Wahlprogramms, das bei einer am 23. Januar in Johannesburg beendeten Konferenz verabschiedet wurde. Die „Ungerechtigkeiten der Apartheid" sollen rasch überwunden werden, ohne dabei beträchtliche zusätzliche Steuern zu erheben oder Kredite aufzunehmen. Finanziert werden könne das Programm fast ausschließlich durch „Beseitigung von Ineffizienz und Korruption der Apartheid-Verwaltung". ANC-Präsident Nelson Mandela warnte zum Abschluß der Konferenz vor zu hohen Erwartungen. Eine wirtschaftliche Besserstellung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit werde Jahre in Anspruch nehmen.

„Keine Demokratie kann überleben, wenn die Mehrheit der Bevölkerung arm und ohne Land, ohne Hoffnung auf ein besseres Leben bleibt", heißt es im „Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm" des ANC. Es sieht vor, innerhalb von fünf Jahren nach der ersten demokratischen Wahl am 27./28. April „eine beachtliche Menge Land" aus staatlichem Besitz an die landlose Bevölkerung umzuverteilen und mehr als eine Million Häuser zu bauen. Außerdem sollen mehr als 2,5 Millionen Häuser neu an das Stromnetz angeschlossen werden und alle Bürger eine medizinische Versorgung erhalten. Umfangreiche Infrastrukturprojekte des Staates sollen Tausende von Arbeitsplätzen schaffen und der Wirtschaft neue Impulse geben.

In dem Programm wird weiter die Notwendigkeit unterstrichen, den Einfluß von Schwarzen und Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft zu vergrößern. Die Vormachtstellung einiger weniger Konzerne in der Hand von Weißen müsse gebrochen werden. Stattdessen sollten kleine und mittlere, von Schwarzen geführte Betriebe gefördert werden.

Die Pläne des ANC, die schon vor

Gossner Mission

zwei Wochen bekannt geworden waren, wurden von der Geschäftswelt zum Teil mit verhaltener Kritik, teilweise aber auch mit Lob begrüßt. Bezweifelt wurde vor allem, ob die vom ANC vorgeschlagenen Maßnahmen ohne zusätzliche Steuern oder Kredite finanziert werden können.

Auf Unmut unter Wirtschaftsvertretern stieß vor allem, daß der ANC an der Möglichkeit einer Verstaatlichung bestimmter Konzerne festhält. ANC-Sprecher betonten, umfangreiche Verstaatlichungen seien zwar nicht vorgesehen, eine neue Regierung wolle diese Option jedoch nicht ausschließen. Auch will der ANC alle Schürfrechte des Landes langfristig dem Staat übertragen und den Aufbau kleiner Bergbaubetriebe in der Hand von Schwarzen fördern. „Südafrika ist eines der reichsten Bergbauländer der Welt", heißt es dazu im ANC-Programm. „Aber dieser enorme Reichtum ist bis jetzt nur der weißen Minderheit zugute gekommen."
epd 3. Welt 25. 1.

Südafrikas Gewerkschaften

„Unser Zug fährt zur Zeit in Richtung Demokratie, aber unser Ziel ist der Sozialismus." So beschrieb der südafrikanische Gewerkschafter Phil Bokaba auf einer Konferenz der Berliner Anti-Apartheidbewegung am Wochenende die Rolle der Gewerkschaften im ehemaligen Apartheidstaat. „Wenn wir die Demokratie erreicht haben, wird der African National Congress, ANC, den Zug wahrscheinlich verlassen. Denn er vertritt ja die Interessen des ganzen Volkes, auch die der Geschäftswelt. Die Arbeiterklasse aber wird in diesem Zug bleiben, bis das Ziel erreicht ist."

Phil Bokaba, Vizepräsident der südafrikanischen Metallarbeitergewerkschaft NUMSA, gibt sich kämpferisch. In Berlin betonte er die Rolle, die der mächtige südafrikanische Gewerkschaftsverband COSATU als Wächter der Demokratie nach den Ende April anstehenden ersten allgemeinen demokratischen Wahlen in Südafrika spielen will. Die Zeit der Parolen sei beendet, meinte Bokaba. Nun komme es darauf an, die südafrikanische Bevölkerung an der Gestaltung der Politik zu beteiligen. COSATU habe deshalb Diskussionsforen auf lokaler Ebene einberufen, bei denen die Bevölkerung direkt ihre Erwartungen und Probleme äußern könne. Immer wieder würden dabei die gleichen Fragen gestellt: „Wie will eine ANC-geführte Regierung Arbeitsplätze schaffen? Wann werden Häuser gebaut? Wird es sauberes Wasser und eine Stromversorgung in unseren Wohngebieten geben? Werden alle Bürger eine angemessene Rente erhalten?"

Antworten auf viele dieser Fragen soll das „Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm" geben, das der ANC in überarbeiteter Fassung von den südafrikanischen Gewerkschaften übernommen und letzte Woche auch formell als eine Art Regierungsprogramm beschlossen hat. In diesem Programm geht es um die Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung, etwa um die Versorgung mit Wohnraum, mit Elektrizität, den Aufbau eines umfassenden Sozialversicherungs-, Gesundheits- und Erziehungssystems sowie eine Landreform. Bei der Umsetzung dieses Programms wollen die Gewerkschaften ein gewichtiges Wort mitreden: Schon jetzt sind sie in zahlreichen nationalen und regionalen Gesprächsrunden vertreten, in denen die zukünftige Wirtschaftspolitik zwischen Vertretern der Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften in Grundzügen ausgehandelt wird.

Phil Bokaba machte deutlich, daß die Gewerkschaften in Südafrika von den Erfahrungen der Kollegen in den ehemals „realsozialistischen" Regimes in Osteuropa gelernt haben: „Dort wurden die Gewerkschaften von den Regierungen vereinnahmt und stark eingeschränkt. Das wollen wir vermeiden." So solle nach den Wahlen im April auch die formale Allianz aufgekündigt werden, die COSATU, ANC und die Kommunistische Partei nach der Wende in Südafrika 1990 eingegangen waren. Allerdings wolle man den ANC in einer notwendigen Übergangsperiode von etwa fünf Jahren dabei unterstützen, das umfangreiche Wiederaufbauprogramm „im Interesse der Armen und der Arbeiter" umzusetzen.

Wenn nötig, will der Gewerkschaftsdachverband COSATU mit seinen knapp eine Million Mitgliedern auch eine ANC-Regierung an ihre Wahlversprechen

Gossner Mission

erinnern: „Wenn der ANC seine Versprechen nicht einhält, werden wir Mandela genauso mit Demonstrationen und Boykotts unter Druck setzen, wie wir das mit de Klerk gemacht haben."
FR 1. 2.

Mandela ANC-Spitzenkandidat bei den Wahlen

Der Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela, ist zum Spitzenkandidaten seiner Organisation für die ersten demokratischen Wahlen in Südafrika am 27./28. April bestimmt worden. Wie aus der am 21. Januar in Johannesburg veröffentlichten Kandidatenliste hervorgeht, steht ANC-Generalsekretär Cyril Ramaphosa auf dem zweiten Listenplatz. Der ANC-Vorsitzende Thabo Mbeki wurde auf den dritten Platz gesetzt. Winnie Mandela, die umstrittene ehemalige Frau von Nelson Mandela, nimmt Platz 31 der Liste ein. Bestplazierte Frau ist Albertina Sisulu, Ehefrau von ANC-Vizepräsident Walter Sisulu, auf Rang zehn.

Prominentester Weißer auf der Kandidatenliste ist Joe Slovo, Vorsitzender der Kommunistischen Partei. Er nimmt Platz vier ein. Auf Slovo folgen Pallo Jordan, Leiter der ANC-Informationsabteilung, und Jay Naidoo, ehemaliger Generalsekretär der Gewerkschaftsföderation COSATU. Unter den 200 Kandidaten auf der Liste befinden sich 66 Frauen. Insgesamt sind mehr als 25 Weiße auf der Liste.
epd

Rekordstand der Arbeitslosigkeit

Die 1993 erreichte Rekordzahl an Erwerbslosen hat der Bundesanstalt für Arbeit (BA) im vergangenen Jahr ein Etatdefizit von rund 24 Milliarden Mark beschert. In den alten Bundesländern zählten die Arbeitsämter zum Jahresende 2,51 Millionen Erwerbslose, 105 700 mehr als im November, teilte die BA am 5. Januar mit. Nach den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt, Bernhard Jagoda, war der Anstieg „überraschend verhalten" für diese Jahreszeit und vor allem saisonbedingt. Die Quote (bezogen auf alle Arbeitnehmer) liegt nun bei 9,1 Prozent gegenüber 7,4 Prozent vor einem Jahr.

In den neuen Bundesländern sind gegenwärtig 1,18 Millionen Menschen betroffen, wobei die Quote bei den Männern mit 11,2 Prozent wesentlich niedriger als bei den Frauen mit 21,5 Prozent liegt. Im Westen fällt dagegen besonders die hohe Arbeitslosigkeit unter Ausländern mit einer Erwerbslosenquote von 17,5 Prozent (das entspricht rund 400 000 Männern und Frauen) auf.

Insgesamt meldeten sich im Laufe des vergangenen Jahres in Deutschland rund 6,1 Millionen Menschen ein- oder mehrmals arbeitslos. Allerdings konnten die Arbeitsämter 1993 auch knapp drei Millionen in neue Jobs vermitteln, davon 717 000 im Osten. Gegenwärtig kommen dort aber nach wie vor 33 Erwerbslose auf eine offene Stelle.
FR 6. 1.

Arbeitslosigkeit: Im Osten trifft sie Ältere

Acht von zehn älteren Arbeitnehmern in Ostdeutschland haben nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den vergangenen drei Jahren ihre Arbeit verloren. Von 1,7 Millionen Menschen im Alter über 52 Jahren, die im Herbst 1989 noch erwerbstätig waren, seien jetzt 1,4 Millionen ohne Beschäftigung.

In der Altersgruppe der 55- bis 59jährigen sei noch etwa jeder zehnte erwerbstätig. Unter den 60- bis 63jährigen sei es mit vier Prozent nicht einmal jeder zwanzigste. Durch die Streichung des Altersübergangsgeldes habe sich 1993 die Arbeitslosigkeit unter den älteren Arbeitnehmern nahezu verdoppelt.
FR 27. 1.

Alleinerziehende Frauen im Ostteil Berlins leben an der Armutsgrenze

Etwa 23 Prozent der alleinerziehenden Frauen im Ostteil Berlins leben an der Armutsgrenze. Sie sind auf Sozialhilfe angewiesen, um ihren Lebensunterhalt aufzubringen. Dies geht aus einer vom Senat der Stadt geförderten Sozialstudie hervor, die die Senatorin für Arbeit und Frauen, Christine Bergmann (SPD), vorstellte. Untersucht wurden die veränderten Lebensbedingungen alleinerziehender Frauen und ihrer Kinder nach der Wende.

Gossner Mission

Etwa die Hälfte der alleinerziehenden Frauen im Ostteil Berlins ist der Studie zufolge arbeitslos oder verfügt nur über einen befristeten oder ungesicherten Arbeitsplatz. Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit und materieller Unsicherheit sind die jungen Mütter mit kleinen Kindern. Sie sind mehrheitlich nicht erwerbstätig.

Die Sorge um den Arbeitsplatz, die Entwicklung und Zukunftschancen der Kinder und eine bezahlbare Wohnung seien für die befragten Frauen die größten Probleme seit der Wende, schreiben die Autorinnen Petra Drauschke und Margit Stolzenburg. Mehr als 41 Prozent der erwerbstätigen Frauen hätten angegeben, „entschieden weniger Zeit" als vor der Wende für ihre Kinder zu haben. Gründe dafür seien größerer Arbeitsstreß, längere Arbeitswege und geforderte Überstunden.

Heftige Kritik übte die Senatorin an der Bonner Familienpolitik: „Trotz aller politischen Bekenntnisse zur Familie wird in Bonn ein massiver Sozialabbau zu Lasten vor allem auch der Familien betrieben." Besonders stark seien davon die Alleinerziehenden betroffen. Für sie habe das neue Jahr Kürzungen des Erziehungs-, Unterhalts- und Kindergeldes gebracht. „Diese Entwicklung ist familien- und frauenfeindlich", sagte Christine Bergmann. *epd 26. 1.*

Unicef: Armut von Jugendlichen in Osteuropa alarmierend

Die Armut von Jugendlichen in Osteuropa hat nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (Unicef) ein alarmierendes Ausmaß erreicht. Die staatlichen Solzialsysteme seien nach dem politischen Umbruch zusammengebrochen, heißt es in einem in Genf veröffentlichten Bericht. Die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine schnelle Verbesserung ihres Lebensstandards hätten sich nicht erfüllt.

Immer weniger Jugendliche, so Unicef, gingen zur Schule, statt dessen würden viele in das „kriminelle Milieu" hineingezogen. Die Vernachlässigung beginne schon im Kindergartenalter. Nur noch eine reiche Minderheit könne es sich leisten, den Nachwuchs in private Tagesstätten zu schicken. Auch die Zahl der schlecht versorgten Waisenkinder nehme ständig zu. Eine weiterführende Schulausbildung sei für Kinder aus armen Familien finanziell kaum noch möglich.

Mit Nachdruck empfiehlt die UN-Organisation, soziale Maßnahmen zu finanzieren. Ansonsten drohten manche Staaten Osteuropas zu Entwicklungsländern zu werden. Der Bericht stützt sich auf Untersuchungen in neun Ländern. Die ehemalige DDR gehört nicht dazu. *epd 27. 1.*

Trotz Parlamentsbeschluß kein Abschiebestop

Trotz einer Intervention des Parlamentes wird es in Berlin keinen Abschiebestop für etwa 60 Angolaner geben. Das Abgeordnetenhaus hatte den Senat mit Mehrheitsbeschluß aufgefordert, sofort einen Abschiebestop für Flüchtlinge aus dem bürgerkriegsgeschüttelten Angola zu beschließen. Der Sprecher des Innensenats, Hans-Christoph Bonfert, sagte jedoch, der Innensenator sei an die Stellungnahme der Bundesregierung zur Situation in Angola gebunden und müsse daher abschieben.

Die Bundesregierung habe in einer von Berlin angeforderten Stellungnahme erneut bestätigt, daß Abschiebungshindernisse im Falle Angolas nicht vorlägen, sagte Bonfert.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sterben im angolanischen Bürgerkrieg derzeit täglich etwa 1000 Menschen. *FR 15. 1.*

Kein Abschiebestop für Bürgerkriegs-Flüchtlinge

Bürgerkriege stellen keinen politischen Verfolgungsgrund dar, der abgelehnte Asylsuchende vor Abschiebung schützt. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts ist politische Verfolgung mit staatlicher Verfolgung gleichzusetzen. In einem Bürgerkrieg sei der Staat jedoch im eigentlichen Sinn nicht mehr vorhanden, sondern eine „militärisch kämpfende Partei".

Mit dieser Begründung lehnte das Gericht den Bleibe-Antrag eines Tamilen ab, der aus Sri Lanka nach Deutschland geflohen war (Az.: BVerWG 9 C 48.92). Die Richter verwiesen aber auf

Gossner Mission

die Möglichkeit, Hilfe zu gewähren, wenn Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit existiere.
FR 28. 1.

Skinheads gegen Rassismus

„Man sollte es nicht für möglich gehalten haben, aber es gibt SIE. Skinheads gegen Rassismus." So beginnt der Brief von Sebastian K. an die Redaktion der (katholischen) ZDL-Informationen, und er fährt folgendermaßen fort:

„Da ich selber Skinhead bin und meinen Zivildienst zur Zeit ableiste, kam mir der Gedanke, einen kurzen Bericht zu schreiben, der den echten Skinhead zeigt.

Es hat mir einfach gereicht, immer als Neo-Nazi oder Faschist beschimpft zu werden, nur weil ich kurze Haare und die klassischen Klamotten der Skinheads trage.

Die Skinhead-Bewegung entstand in den 60ern. Man tanzte damals zu Ska, Reggae und Rocksteady, mit Gleichgesinnten (Schwarze und Weiße, das war echt scheißegal, was man für eine Hautfarbe hatte und wo man herkam) und den sogenannten Rude-Boys (Westindische Immigranten).

In den 70ern wurden in England Skinheads von rechts orientierten Organisationen aufgegriffen. Es waren zwar nicht die meisten, aber es hat halt gelangt, den Skinheads einen Stempel aufdrücken zu können: Skinhead = Neo-Nazi und Rassist.

Aus diesem Grund entstand 1988 in den USA die SHARP-Bewegung. SHARP = SkinHeads Against Racial Prejudice (Skinheads gegen Rassismus).

SHARP-Skinheads wollen sich von ihren „braunen" Zwillingsbrüdern abgrenzen (den sog. Boneheads oder Knochenköpfen).

Ein echter Skinhead kann also kein Rassist sein, weil es paradox wäre, zu schwarzer Musik zu tanzen und gleichzeitig die Musiker für ihre Hautfarbe zu verurteilen.

Ich hoffe, daß auch uns – den Betroffenen – Glauben geschenkt wird und nicht nur der einseitigen Medienhetze über Skinheads. Skinhead gleich Neo-Nazi."
ZDL-Informationen 1/94

Von Personen

Todesfälle

Am 17. Dezember 1993 starb im Alter von 79 Jahren der Prof. em. für Religons- und Kirchengeschichte *Ernst Schering*, Gießen.

Am 28. Dezember 1993 starb im Alter von 90 Jahren Prof. em. *Otto Michel*, Tübingen.

Am 18. Januar starb im Alter von 76 Jahren einer der Führer der Demokratiebewegung in Südkorea, *Pfarrer Mun Ik-Whan*.

Am 23. Januar starb im Alter von 64 Jahren der Bischof von Aachen *Klaus Hemmerle*.

Geburtstage

85 Jahre alt wurde am 31. Dezember 1993 der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, *Simon Wiesenthal;* am 7. Februar der frühere Erzbischof von Recife und Olinda (Brasilien), Dom *Helder Camara*.

80 Jahre alt wurde am 5. Januar der katholische Neutestamentsler Prof. *Rudolf Schnakkenburg*, Würzburg.

Ernannt/berufen

Zum Direktor der theol. Abteilung für Glauben und Kirchenverfassung des ÖRK in Genf der schottische Pfarrer *Alan Falconer* als Nachfolger des Deutschen *Günther Gaßmann*.

Zum Bischof des Bistums Basel von Papst Johannes Paul II. der vom Domkapitel Basel gewählte Berner Pfarrer und Dekan *Hansjörg Vogel*.

Zum ersten Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen der ecuadorianische Diplomat *José Ayala Lasso*.

Gewählt

Zum Präsidenten der Ev.-Reformierten Kirche der Leiter der Rechtsabteilung des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche von Westfalen, *Jochen Pagenstecher*, Münster, als Nachfolger von *Winfried Stolz*.

Ehrungen

Mit dem Methodisten-Westfriedenspreis 1994 ausgezeichnet wurde der katholische Priester *Elias Chacour* aus Ibillin bei Nazareth für seine Versöhnungsarbeit in Israel;

mit der Buber-Rosenzweig-Medaille der Gesellschaften für christl.-jüdische Zusammenarbeit der Religionswissenschaftler *Clemens Thoma*, Luzern, und posthum *Jakob Petuchowski*, mit Thoma Verfasser des Lexikons der christlich-jüdischen Begegnung.

Gossner Mission

Von Büchern

Werner Koch, Sollen wir K. weiter beobachten?

Ein Leben im Widerstand. Verlagswerkstatt, 334 S., DM 29,80

Die Lernfähigkeit des Menschen erweist sich in seinem Umgang mit der Erinnerung. Ohne die Erfahrungen der Vergangenheit bleibt die Gegenwart ein undurchsichtiges Gestrüpp. Für das Individuum gilt dies und auch für das Kollektiv. Darum sind Autobiographien, insbesondere wenn sie vergangene Erfahrung für die Gegenwart nutzbar machen, eine aufregende Lektüre. Zu dieser Kategorie von Lesestoff gehört das Buch von Werner Koch. Es berichtet über „ein Leben im Widerstand": den Weg eines engagierten Antifaschisten.

Werner Koch ist heute der letzte der noch lebenden Pastoren, die von der braunen Diktatur ins KZ gesperrt wurden. Sein Buch „Sollen wir K. weiter beobachten?" ist kürzlich in der zweiten Auflage herausgekommen. Es ist nicht nur Rückblick, sondern auch Vermächtnis und will die Erfahrungen aus der Zeit des braunen Terrors weitergeben. Es schildert das bewegte Leben eines Mannes, der im Dritten Reich zur Bekennenden Kirche gehörte, der dieser verpflichtet war, der aber gleichzeitig seine politische Verantwortung wahrnahm und die ausländische Presse über den Kirchenkampf und die Zustände im damaligen Deutschland informierte.

Das Buch erzählt in spannender Weise von den verschiedenen Stationen dieses Lebens: aus der Zeit im Finkenwalder Predigerseminar mit Dietrich Bonhoeffer, von den Machenschaften der Gestapo und der Inhaftierung im Konzentrationslager, über die Freilassung, den Kriegsbeginn und die Arbeit mit Kirche, mit Militär und mit Kriegsgefangenen. Werner Koch ist auf seinem Weg vielen Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Denkart begegnet: Repräsentanten der Kirche und Schergen der SS, Mithäftlingen im KZ, Opfern und Tätern, Presseleuten und Militärs. Die unterschiedlichen Begegnungen schildert das Buch ausführlich und anschaulich, so daß die Zeitgeschichte mit zahlreichen daraus bekannten Personen äußerst lebendig wird: Wie haben sich die Menschen verhalten, und wie kam es dazu, daß viele von ihnen, von Werner Koch nach Kriegsende darauf angesprochen, ihre Haltung in früheren Tagen verdrängt oder vergessen haben? Das Buch beschreibt nicht nur den Kampf eines engagierten Christen gegen die braune Ideologie, es vermittelt nicht nur die Vorgänge, die die Nazi-Zeit ausmachten, sehr eingehend; das Buch ruft auch Vergessenes und Verdrängtes in Erinnerung, und es will zu Wachsamkeit für die Zukunft mahnen. Nicht nur, weil die Lektüre spannend und außerdem sehr informativ ist, sei sie empfohlen, sondern vor allem, weil sie wichtige Erfahrungen vermittelt

Konrad Lübbert

Reimar Gilsenbach, „Oh Django, sing Deinen Zorn".

Sinti und Roma unter den Deutschen. Basis-Druck Berlin 1993, 316 S., DM 29,80

Der allgemeinen Ignoranz und Unkenntnis über „Sinti und Roma unter den Deutschen" begegnet Reimar Gilsenbach mit der Zusammenstellung von Texten, die er zu diesem Thema in den letzten 25 Jahren weit verstreut veröffentlicht hat.

Als „gelernter DDR-Bürger", der ursprünglich vom Niederrhein stammt, hat er im Jahr 1965 über einen Leserbrief „Bekanntschaft mit Sinti" gemacht. Der persönliche Kontakt öffnete ihm die Augen und hat ihn als „Schriftkundigen" seither nicht mehr losgelassen. Von vielen unbemerkt, hat er in unbestechlicher Klarheit einfühlsame Texte zum Thema verfaßt. Aus ihnen spricht Empörung, Bitterkeit, aber auch die ungebrochene Hoffnung, daß das Unrecht, welchem Sinti und Roma bis in diese Tage ausgesetzt sind, doch noch erkannt und gelindert werden könnte. Er will mit seinen Texten als „Gadscho" auf der Seite der Sinti und Roma streiten, d. h. „mit den Mitteln des Schriftstellers". Aber – und das zeichnet seine Texte besonders aus: „Ich hütete mich, in ihrem Namen zu sprechen! Nein, das können sie nur selbst tun."

Für seine Texte nutzt Reimar Gilsenbach unterschiedliche literarische Formen: Streitschriften und Vorträge, Polemiken, penible wissenschaftliche Nachforschungen, Aufklärerisches, Poesie und Aphorismen. Das ist eine dem Thema und einer facettenreichen Darstellung angemessene Differenzierung. In den fünf Kapiteln liegt der Schwerpunkt der Texte neben der historischen Heranführung auf der Auseinandersetzung mit der „unendlichen Angst im tausendjährigen Reich". Hier spricht der Journalist und Schriftsteller Reimar Gilsenbach Klartext: „Die Verfolgung der Sinti – ein Weg, der nach Auschwitz führte." In den Texten dieses Kapitels kann der Leser nachholen, was sich in keinem Geschichtsbuch findet und worüber in Ost und West beharrlich geschwiegen wurde und wird: „die verheerende Arbeit der Rassenhygieniker Dr. R. Ritter und seiner Mitarbeiterin Eva Justin bis hin zur Deportation und Ermordung der Sinti und Roma nach dem Himmler-Erlaß im Dezember 1942".

In zwei Kapiteln zeichnet Reimar Gilsenbach nach, daß 1945 keineswegs die Stunde

Gossner Mission

Die EVANGELISCHE JUGEND HANNOVER sucht möglichst zu April 1994 oder später

eine Religionspädagogin oder Diakonin

bzw.

einen Religionspädagogen oder Diakon

für folgende Aufgabenbereiche:

- Beratung von ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Gewinnung und Begleitung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Öffentlichkeitsarbeit/PR
- Geschäftsführung des Jugendverbandes (Finanzen, Korrespondenz, Organisation von Sitzungen und Tagungen)
- Kontakt zu oder Mitarbeit in kommunalen und innerkirchlichen Gremien
- Zuarbeit für den ehrenamtlichen Vorstand

Wir wünschen uns eine Bewerberin bzw. einen Bewerber mit der Fähigkeit, selbständig und verantwortlich im Team zu arbeiten, auf andere zuzugehen und für die Belange der Evangelischen Jugend zu begeistern.

Der Arbeitsplatz ist Teil einer Verbandszentrale, ausgestattet mit moderner Bürotechnik. Führerschein Klasse 3 ist notwendig. Die Anstellung erfolgt in Anlehnung an BAT. Die Zugehörigkeit zur ev. luth. Kirche ist Voraussetzung für diese Stelle.

Bewerbungen bitte bis zum 3. März 1994 an den Vorstand der

Ev. Jugend Hannover, Am Steinbruch 12, 30449 Hannover

Raum MS – BI – OS – H

Frau, 41 J., stud., mit Freude u. Interesse an Menschen u. Gesprächen, Theologie, Politik, Reisen, Natur, Theater u. Musik – sucht lieben u. klugen Mann, der frei ist und eine neue Beziehung eingehen möchte.

Zuschriften unter „Persönlich" an Junge Kirche, Postfach 10 07 07, 28007 Bremen.

Null gewesen ist, als die sie sich viele wünschen. Die Sinti und Roma und ihr Schicksal im NS-Staat blieben vergessen und wurden verdrängt, die alten Muster der Diskriminierung und Verfolgung setzten sich ungebrochen fort. Die Anerkennung als politisch Verfolgte blieb begleitet von entwürdigenden Erfahrungen politischer Mißachtung und weiterhin lebendigen Vorurteilen.

Kleinkariertes und bürokratisch Bösartiges werden an biographischen Beispielen durch den stets vorsichtigen Berichterstatter in die gesellschaftlichen Realitäten transformiert. Er schildert Begebenheiten des täglichen Lebens und stellt sie in den historischen wie politischen und ethischen Rahmen der jeweiligen Gesellschaft. Gilsenbach ist alles andere als ein Eiferer. Er fragt auch nach der Kirche und deren Haltung gegenüber Sinti und Roma. Das sind keine Hoffnungsgeschichten, die unter der Überschrift „Der Herr behütet den Fremdling, aber die Kirche macht sich schuldig an den Sinti", nachzulesen sind. Die erschreckende Übereinstimmung und Ergänzung zum staatlichen Terror wird dabei ebenso aufgedeckt wie das zaghafte Bemühen, endlich die Haltung gegenüber den Sinti und Roma neu zu überdenken und zu verändern.

In allen Texten bleibt der mehr oder weniger offene Zwiespalt, in welchem sich die „Gadsche" befinden, wenn sie ihr „Zigeunerproblem" lösen wollen: Sinti und Roma so leben zu lassen, wie sie es wollen und nicht ständig von Erziehungsmodellen und Lebensentwürfen bedroht zu sein, die andere sich für sie ausgedacht haben und durchsetzen wollen.

„Oh Django, sing Deinen Zorn": Ein wehmütiger Seufzer in einer komplizierten Welt, in der Sinti und Roma bis heute stören – und ein Buch, das – „trotz aller Verspätung" – einen entscheidenden Beitrag zur politischen Kultur unter den Deutschen leistet.

Jörn-Erik Gutheil

Gossner Mission

Wenn Sie
lieber nichts tun, statt Fehler zu machen,
Ihre Fantasie brach liegen lassen,
keinen Traum von Kirche mehr haben,
dann brauchen Sie jetzt nicht weiter zu lesen.

Denn wir suchen

eine Pastorin oder einen Pastor im Sonderdienst.

Sie oder er soll

- die Evangelischen in einem kleinen Krankenhaus (128 Betten) und einem Altenwohnheim (ca. 120 Plätze) betreuen;
- das liebevolle Engagement für Kindergottesdienst übernehmen;
- mit uns ein Projekt ‚Kirche im Dorf' realisieren.

Auch eine Stellenteilung ist möglich.

Die Kirchengemeinde Lechenich liegt in der Flächengemeinde Erftstadt. Sie hat zwei Pfarrstellen, die für etwa 5600 Gemeindeglieder zuständig sind. Köln und Bonn sind in guter Nähe. Gewiß haben wir unsere „Macken", aber unkonventionelle Wege sind uns lieber als die Einhaltung von Ordnungen. Wir gelten als offen und sensibel für Anstehendes. Solidarität und Engagement liegen uns mehr als vornehme Nichteinmischung.

Wenn es Sie reizt, mit uns ein Stück unseres Weges zu gehen, dann informieren wir Sie gern:

Gertrud Kegel, Vorsitzende des Presbyteriums (Tel. 0 22 35/51 45) und Pfarrer Helmut Schneider-Leßmann (Tel. 0 22 35/7 11 95).

Ihre Bewerbung senden Sie innerhalb von drei Wochen nach Erscheinen der Anzeige an das Presbyterium der Evang. Kirchengemeinde Lechenich, An der Vogelrute 8, 50374 Erftstadt.

Eike Christian Hirsch: Im Haus des Seidenspinners.

Roman, Hoffmann & Campe, Hamburg 1993, 272 S., geb., DM 35,-

Der „Besserwisser" hat sein Romandebut vorgelegt: Eike Christian Hirsch, NDR-Redakteur für Religion und Gesellschaft und Autor vieler spitzfindiger S(pr)achbücher (u.a. „Deutsch für Besserwisser", „Der Witzableiter"), hat in seiner Ahnenkiste gewühlt und wahrlich spannenden Stoff hervorgeholt. Die „Feldpost-Correspondenz" seines Großvaters Max Hirsch animierte ihn dazu, in die Atmospähre des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71 einzutauchen. Aus den Schilderungen seines Vorfahren hat der Hörfunk-Mann eine Handlung geflochten, die mit ihren deftigen Kriegsschilderungen und feinfühligen Charakterstudien von der ersten bis zu letzten Seite fesselt. Das Verhältnis zwischen vier preußischen Militärärzten steht im Mittelpunkt des Buches. Während das preußische Heer vor Paris auf die Kapitulation der Franzosen wartet, machen es sich die vier Mediziner im „Haus des Seidenspinners" heimisch, der vornehmen, verlassenen Villa eines Tuchfabrikanten. Vor dieser Kulisse kann der Leser, die Leserin verfolgen, wie die vier Ärzte in der Enge und gespannten Situation ihre Masken ablegen: Wie der autoritäre Stabsarzt Dr. Hugo Fleick, ein skrupelloser Chirurg, dermaßen in die Ecke gedrängt wird, daß er nur noch *einen* Ausweg sieht; wie Dr. Jacob Auffrecht, ein junger Jude, neue Behandlungsmethoden durchzusetzen versucht und dabei nicht nur gegen medizinische, sondern auch gegen antisemitische Vorurteile zu kämpfen hat; wie Dr. Schiemank, ein dumpf-obrigkeitshöriger Preuße, seine fachlichen Schwächen durch starke Sprüche ausgleichen will. Und wie Max Herzog, sensibler Arzt mit Vaterproblemen, vom gutwilligen Helfer zum spontanen Mörder wird. Diese unvorhersehbare, doch schwer vermeidliche Wandlung erzählt jener Max Herzog in dem Roman selbst. In der Dachkammer einer Irrenanstalt und aus dem sicheren Abstand von zwanzig Jahren hält er Rückschau. Während sich Herzog die unfaßbaren Kriegserlebnisse von der Seele schreibt, fällt die Last der Schuld von seinen Schultern.

Uwe Birnstein

Gossner Mission

Frieden braucht Bewegung!

pax christi
internationale katholische friedensbewegung

Zukunftswerkstatt zum Plattformprozeß



PAX-CHRISTI-Zukunftswerkstatt 1993:

Kein Insider-Almanach, sondern Spiegel aktueller Konflikte und künftiger Möglichkeiten.
Spannend auch für Leserinnen und Leser der "Jungen Kirche" aus anderen Gruppen und Organisationen!

58 Seiten DIN-A 4, 12 DM.
Bestellungen an:
Pax-Christi-Sekretariat, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel

Gossner Mission

Neuerscheinungen



Manfred Josuttis

Gottesliebe und Lebenslust

Beziehungsstörungen zwischen Religion und Sexualität.
Ca. 160 Seiten. Geb.
Ca. DM 29,80/öS 233/sFr 30,80
[3-579-02258-X]

Religion und Sexualität sind in der kirchlichen Tradition zwei gegensätzliche Spannungspole. Manfred Josuttis dagegen sucht in Überlieferungen aus Bibel und Kirchengeschichte die Stränge, die eine positive Beziehung zwischen Gottesliebe und Lebenslust, zwischen Mystik und Erotik enthalten. Aktuelle Konflikte im Zusammenhang mit Eheverständnis und Ehescheidung, Homosexualität und Partnertreue geraten dadurch in neues Licht.

Ulrich Duchrow

Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft

Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie.
Ca. 280 Seiten. Kt.
Ca. DM 29,80/öS 233/sFr 30,80
[3-579-02282-2]
Gütersloher Verlagshaus/Grünewald

Der Kapitalismus produziert weltweit zunehmend Verarmung, Verelendung und Naturzerstörung. Trotzdem scheint er 50 Jahre nach Errichtung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in Bretton Woods und nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ohne praktikable Alternative zu sein.

Duchrow befragt die Bibel, welche Orientierungen sie heute für Praxis und politische Strategie geben kann, um die lebensbedrohenden Mechanismen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung aufzuhalten. Visionen einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie werden dabei deutlich, aber auch praktische Alternativen, die auf allen Ebenen Bürgerrechtsbewegungen fördern können.

Gütersloher Verlagshaus

Gossner Mission

Ausschneiden und abschicken an: „Junge Kirche", Postfach 10 07 07, 28007 Bremen

☐ Hiermit bestelle ich ab _____ 199___ bis auf Widerruf zu den geltenden Bezugsbedingungen _____ Abonnement(s) der „Junge Kirche"

☐ zum Preis von DM 66,— im Jahr*)

☐ zum Preis von DM 44,— im Jahr*), da ich Schüler(in) /Student(in)/ Auszubildende(r) / Soldat im Grundwehrdienst / ZDL / arbeitslos bin

☐ zum Preis von DM 33,— bzw. DM 22,— für das Jahr 1994 als Bürger(in) der neuen Bundesländer.

*) incl. Versand und Mehrwertsteuer. Auslandsporto plus DM 18,— im Jahr.

_____

_____

Name und Anschrift – Studenten/innen bitte auch Heimatadresse angeben

Heimatadresse _____

☐ Bitte senden Sie ein kostenloses Probeheft an:

_____

_____

Ich weiß, daß ich diese Abonnementsbestellung innerhalb von 8 Tagen (Poststempel) schriftlich beim Verlag widerrufen kann, und bestätige dies mit meiner Unterschrift.

den _____ Unterschrift: _____

(Bitte Zutreffendes ankreuzen und deutlich schreiben)

Tagungshinweise

4.–6. März: Gemeinsame Vergangenheit? Ost- und westdeutsche Bilder der letzten 40 Jahre. Ev. Akademie, Freiheit 16, 01662 Meißen, 0 35 21–4 70 60

7.–9. März: Christl. Frauen und ihre Verantwortung für die Zukunft Europas. Ev. Akademie, Uhlenhorstweg 29, 45479 Mülheim (Ruhr), 02 08–59 90 60

11.–13. März: Feministisch-theol. Seminar: Frauen und Sünde. Ev. Akademie Arnoldshain, 61389 Schmitten (Taunus) 0 60 84–94 40

11.–13. März in Bad Herrenalb: Der Verlust der Stille. Wege aus der Lärmgesellschaft. Ev. Akademie, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe, 07 21–93 49–2 97

11.–13. März: Ein jüdisches Lehrhaus. Seminar für Juden und Christen. Las Casas Haus, Brucknerstraße 6, 38106 Braunschweig, 05 31–34 09 22

18.–20. März: Sexuelle Gewalt als Thema der Kirche. Ev. Akademie, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn, 0 23 71–35 20

18.–20. März: Gott in den Kellern der Menschheit. Neue Ansätze lateinamerikanischer Theologie. Ev. Akademie, Schlößchen Schönburg, 34369 Hofgeismar, 0 56 71–88 10

18.–20. März: Wer schreibt die DDR-Geschichte?. Ev. Akademie Berlin-Brandenburg, Goethestraße 26–30, 10625 Berlin, 0 30–3 19 10

18.–20. März in Dresden: Gleichheit und Selbstbestimmung. Aufarbeitung und Perspektiven in der Krise von Wirtschaft und Gesellschaft. Frühjahrstagung der Kirchl. Bruderschaft Sachsens. Näheres: Christian Lindner, Jacobistraße 4, 01309 Dresden, 03 51–3 20 88

18.–20. März: Verhalten in Gewaltsituationen – Zivilcourage. Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden und Volkshochschule Freiburg: Rotteckring 12, 79098 Freiburg, 07 61–3 68 95 10

22.–24. März: Werte und Wertewandel in postsozialistischer Gesellschaft. Ev. Akademie Thüringen, Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf, 03 62 02–3 02

25.–27. März in Güstrow: Geldordnung und Arbeitsmarkt. Vernichtet das Geld unsere Arbeitsplätze? Ev. Akademie, Schillerplatz 10, 18055 Rostock, 03 81–4 92 32 09

25.–30. März: Befreiung findet hier und jetzt statt. Theologie für Interessierte und Neugierige. Haus am Schüberg, Hoisbüttel, Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek, 0 40–6 05 10 93

31. März bis 5. April: Freiheit bedeutet nicht, in einem Baum zu sitzen. Frauentreffen. Ökumenisches Zentrum Agape, I–10060 Prali, 00 39–2 11–90 75 14

Gossner Mission

Verlag Junge Kirche GmbH · Postfach 10 07 07 · 28007 Bremen
Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt ISSN 0022–6319 T 4002 E

Junge Kirche – Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen. In der Tradition der Bekennenden Kirche, vertreten durch Heinz Kloppenburg, Georges Casalis, Hans-Joachim Iwand und Martin Niemöller

Herausgeberinnen und Herausgeber: Dorothée Casalis-Thurneysen, Paris – Helmut Gollwitzer (†) – Theodor Immer, Leer – Konrad Lübbert, Wedel – Friedrich-Wilhelm Marquardt, Berlin – Werner Simpfendörfer, Boll – Dorothee Sölle, Hamburg – Hermann Schäufele, Stuttgart – Klaus Schmidt, Köln – Marie Veit, Marburg

Redaktion: Hans-Jürgen Benedict, Hamburg – Klaus Geyer, Beienrode – Ewald Hein-Janke, Einbeck – Hannelore Matthes, Bremen – Klaus Schmidt, Köln

Verantwortlich für dieses Heft: Hans-Jürgen Benedict – Uwe Birnstein – Johanna Linz – Hannelore Matthes (Nachrichtenteil) – Ulrike Plautz

V.i.S.d.P.: Pastor i.R. Theodor Immer, Leer

Ständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Gerhard Bassarak, Berlin – Michael Benckert, Zürich – Witold Benedyktowicz, Warschau – Ernst T. Böttcher, Mainz – Gerhard Breidenstein, Wickede – Christiane Dannemann, Büttelborn – Johannes Dantine, Wien – Renate de Haas, Hohenbruch – Volkmar Deile, Köln – Ulrich Duchrow, Heidelberg – Jürgen Ebach, Bochum – Giorgio Girardet, Rom – José Höhne-Sparborth, Utrecht – Margot Käßmann, Hofgeismar – Brigitte Kahl, Berlin – Klaus Kreppel, Bielefeld – Johanna Linz, Halstenbek – Inge Lueken, Bochum – Fred Mahlburg, Rostock – Hildegard Mogge-Grotjahn, Bochum – Paul Oestreicher, Coventry – Jaroslav N. Ondra, Prag – Annebelle Pithan, Münster – Ulrike Plautz, Hamburg – Elisabeth Raiser, Versoix – Günter Reese, Eisenach – Dieter Schellong, Münster – Viola Schmid, Hamburg – Luise Schottroff, Kassel – Wolfgang Schweitzer, Dachsberg – Martin Stöhr, Siegen – Doris Voegelin, Riehen – Silvia Wagner, Köln – Peter Walter, Basel

Druck: Gerhard Rautenberg, 26789 Leer (Ostfriesland)

Verlag Junge Kirche GmbH, Mathildenstr. 86, 28203 Bremen. Postanschrift: Postfach 10 07 07, 28007 Bremen, Telefon 04 21/7 16 48, Telefax 04 21/7 19 39

Geschäftsführerin: Hannelore Matthes

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Belege an die Redaktion erbeten: Postfach 10 07 07, 28007 Bremen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bitte Rückporto beilegen. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher kann nicht zugesagt werden.

Redaktionsschluß: der 20. des Vormonats.

Bezugspreis: Jahresabonnement DM 66,– (einschl. Zustellgebühr und Mehrwertsteuer). Ermäßigter Preis von DM 44,– für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Arbeitslose, Soldaten im Grundwehrdienst und Zivildienstleistende nur bei direkter Bestellung beim Verlag. Für Bürger(innen) der neuen Bundesländer DM 33,–, ermäßigt DM 22,–. Einzelheft DM 6,–, Doppelheft DM 9,– plus Porto.

Auslandsbezug: Zusätzlich DM 18,– im Jahr für Versand. Luftpostzuschlag wird extra berechnet.

Spenden für die Zeitschrift sind steuerlich absetzbar.

Kündigung: Nur halbjährlich möglich zum 30. Juni und 31. Dezember mit zweimonatiger Kündigungsfrist (Poststempel).

Reklamationen an den Vertrieb. Bei späterer Reklamation als zwei Wochen nach Erscheinen eines Heftes kann kein kostenloser Ersatz mehr geleistet werden.

Vertrieb und Anzeigen: Hannelore Matthes, Postfach 10 07 07, 28007 Bremen Telefon 04 21 / 7 16 48, Telefax 04 21 / 7 19 39

Konten: Verlag Junge Kirche GmbH, Bremen; Ev. Darlehnsgenossenschaft, Kiel (BLZ 210 602 37) Nr. 9188 0
Postbank, Niederlassung Hannover (BLZ 250 100 30) Nr. 674 72-302

Gossner Mission

Zeitschrift für Politik und Kultur in Südniedersachsen, Westthüringen und Nordhessen

Revue Regional

Nr. 1 2/1994 DM 5,- (West); 3,50 (Ost)



Schwerpunkt:

„Anders zu machen ist es nur mit der breiten Masse..."

Betriebsbesetzung und Hungerstreik in Bischofferode

- Das Kalimonopol
- Arbeitskampf als Ost-West-Konflikt?
- Abbruchunternehmen Treuhand
- Fabrik und Region
- Arbeiterradikalismus und große Politik: Das kurze Trauma von der sozialen Marktwirtschaft

Gossner Mission

Wer soll das alles lesen?

Dies ist die erste Nummer einer neuen politischen Zeitschrift. Noch eine also - dabei gibt es doch wahrhaftig eine unübersehbare Fülle an politischen Druckwerken: Tageszeitungen, Mitgliederblättchen, Theorieorgane, Fachzeitschriften ... unübersehbar wohl, aber nicht unbedingt unübersichtlich. Fast jedem Blatt steht es ins Gesicht geschrieben, in welche Schublade es eingeordnet werden will, wer es lesen soll, wohin es „gehört". Diese hübsch ordentliche Einteilung macht einen Teil der Wirkung aus (jedes Töpfchen kann hier sein Deckelchen finden), aber sie begrenzt die Möglichkeiten einer übergreifenden Diskussion. Andererseits lassen sich solche Schubladen nicht einfach ignorieren, weder von denen, die die Zeitschrift machen, noch von denen, die sie lesen: wissen wir doch selbst, wie wir Zeitschriften lesen, woran wir erkennen, was uns interessiert und was nicht. Was haben wir also vor?

revue regional

Wir versuchen regionale Brennpunkte auszumachen, zu beschreiben und zu analysieren, Punkte, an denen allgemeine Entwicklungen auf das alltägliche Leben durchschlagen: Krise, Arbeitslosigkeit, Rassismus ... Solche Brennpunkte sollen die Schwerpunkte unserer Hefte bilden. Dabei verstehen wir „Region" nicht als ein organisch gewachsenes Ganzes („nun wächst zusammen, was zusammengehört"). Vielmehr ist die Region für ihre Bewohner eine oft recht zweischneidige Wirklichkeit geworden: für Leute, die in Dingelstädt leben, in Kassel arbeiten, in Göttingen einkaufen gehen (und irgendwo einen Kindergartenplatz auftreiben müssen), und dies durchaus quer zu den Verwaltungs- und Mediengrenzen. Wer versucht, z.B. Meldungen aus thüringischen Gemeinden - bis hin zu Fußballergebnissen - in einer niedersächsischen Zeitung zu finden, mag eine Vorstellung von den Mediengrenzen gewinnen. Aber ein Blick allein auf die Lohndifferenzen zwischen Duderstadt und Heiligenstadt genügt, um zu sehen, daß damit nicht etwa die Grenzen „das Trennende verlieren", wie es in Politikerreden heißt - eher könnte man sagen, sie werden allgegenwärtig.

Die Brennpunkte, von denen wir reden, sind allerdings nicht ohne weiteres einfach „da", sie werden gemacht. Durch das Reden, Handeln, Deuten der Beteiligten wird Bischofferode zum Symbol für den „Kampf des Ostens" oder, hört man anderen Leuten zu, für die wirtschaftliche Unvernunft der „Ossis"; ein regelrechter Kampf entspinnt sich darum, was dieses oder jenes Ereignis „bedeutet". Wir versuchen, diesen Kampf, seine Mechanismen, Akteure, Bedingungen nachzuzeichnen - und uns in ihn einzuschalten, indem wir eigene Analysen und Bewertungen veröffentlichen.

Kann das klappen?

Die Leute selbst zu Wort kommen lassen, Darstellung, Analyse, Diskussion von Erfolgsaussichten - allgemeine, übergreifende Themen in ihrer regionalen Zuspitzung - die Wände der „Schubladen" von Organisationen und „Szenen" durchlässig machen ... ein Riesenprogramm. Es mag notwendig sein (davon sind wir überzeugt), aber geht das denn überhaupt, wenigstens teilweise? Darauf gibt es keine akademischen Antworten, sondern nur eine praktische: Ob der Pudding was geworden ist, wird man beim Essen merken. Für den ersten Gang wünschen wir hiermit guten Appetit.

Gossner Mission

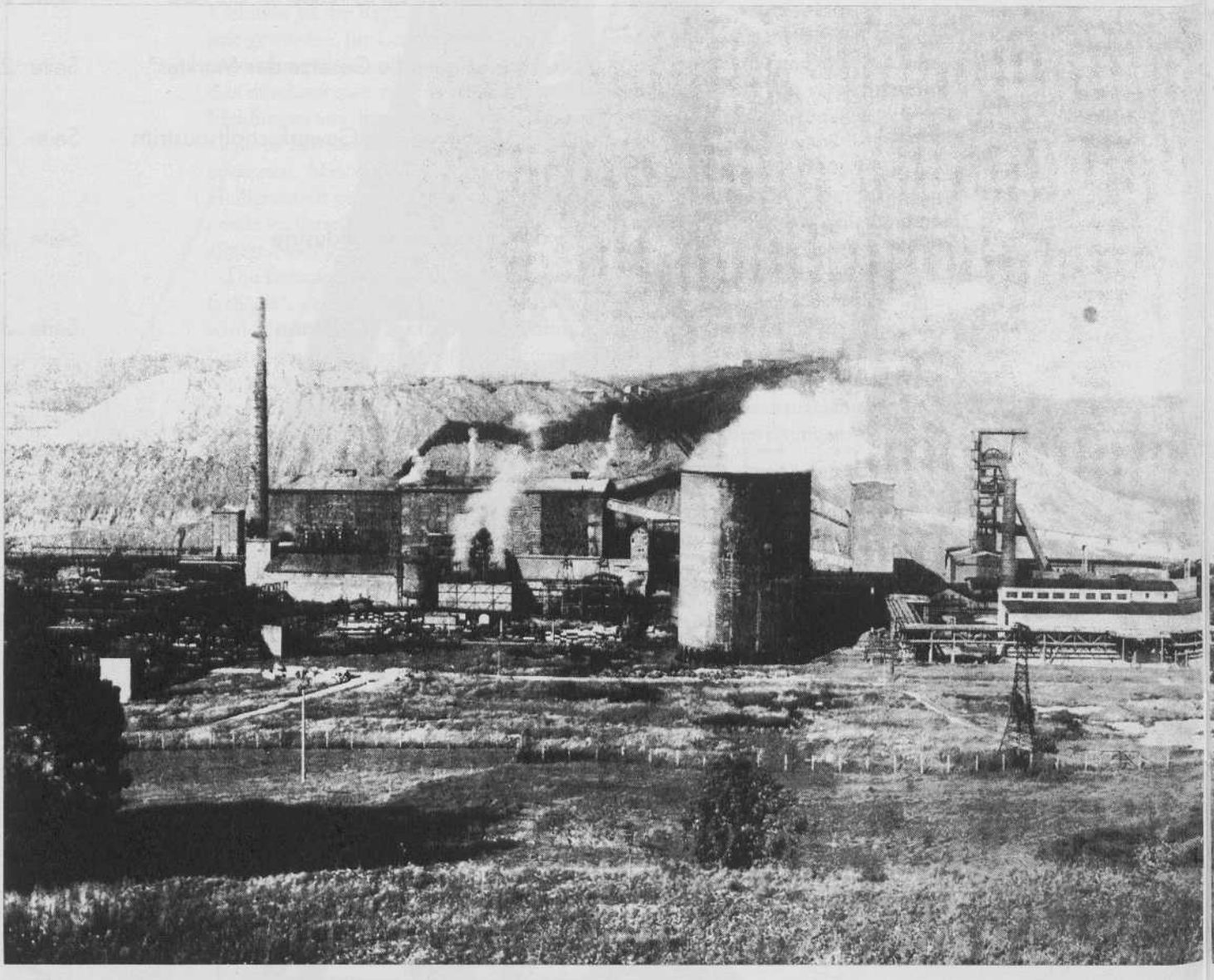
Inhaltsverzeichnis

Die bescheidenen Kumpel	Seite 5
Chronologie des Arbeitskampfes	Seite 7
Geld und Angst	Seite 10
Fabrik und Region	Seite 12
„... daß ihr nicht nur eure Sache seht"	Seite 14
„Die Herren machen es selbst, daß ihnen der arme Mann feind wird"	Seite 19
„Tritte für die CDU, Küsse für die PDS"	Seite 23
„Hier greifen die Gesetze des Marktes"	Seite 25
Begründung eines Gewerkschaftsaustritts	Seite 29
Die Neuordnung der deutschen Kaliindustrie	Seite 30
Interview mit G. Jüttemann	Seite 35
Die Treuhandanstalt - von der Sozialisierungsidee zum politischen Groß-Experiment	Seite 37
31.12.1993, das Ende eines Jahres, auch eines Kampfes	Seite 45
Es geschah am hellichten Tage	Seite 46
Buchbesprechungen	Seite 48

Gossner Mission

Mehr als ein Jahr lang haben die Kalikumpel von Bischofferode für den Erhalt ihres Betriebes gekämpft. Ihre Gegner bestanden aus einem nicht alltäglichen Bündnis: der Treuhand, die die „Kalifusion" und damit die Schließung des Werks zugunsten der westdeutschen Konkurrenz betrieb; dieser selbst in Gestalt von Kali+Salz und BASF; der großen Politik unter Einschluß der SPD-Opposition; und der zuständigen Gewerkschaft, die sich mit ihren „Bündnispartnern" um die Urheberschaft für den Schließungsplan stritt und Demonstrationen gegen den Erhalt des Werks organisierte. Die BischofferöderInnen haben spektakuläre Kampfformen angewandt: Betriebsbesetzung und Hungerstreik. Es ist ihnen gelungen, Regierungen, EG-Kommissionen und Gerichte zu zwingen, sich mit ihrem Kampf herumzuschlagen; sie haben es bis in die Spitzenmeldungen aller Medien geschafft; Kanzler und Kanzlerkandidat, Ministerpräsidenten, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Kirchen und Umweltverbände, alle Welt sah sich genötigt, Stellungnahmen abzugeben. Dies hing damit zusammen, daß der Arbeitskampf in seinen Zielen über den Einzelfall hinausging und grundlegende Fragen aufwarf, insbesondere in bezug auf die Folgen der Vereinigung für den Osten (und den Westen), die Politik der Treuhand insgesamt und die Arbeitskampfformen Besetzung und Hungerstreik.

Inzwischen ist das Werk geschlossen, die Kumpel mußten eine Niederlage hinnehmen, und der Fall Bischofferode ist in den Medien praktisch nicht mehr vorhanden. Doch die durch ihn aufgeworfenen Fragen bleiben akut, und so haben wir diesen Fall zum Schwerpunktthema für unsere erste Nummer gemacht. „Schwerpunktthema" heißt vor allem Ausgangspunkt für Fragerichtungen, die teilweise in die Einzelheiten des Arbeitskampfes hinein-, teilweise über ihn hinausführen (etwa beim Thema der Treuhandpolitik und ihrer Entwicklung). Zugleich haben wir versucht, unserem Motto „Die Mischung macht's" gerecht zu werden: Interviews mit Beteiligten des Arbeitskampfes, Berichte von seinem Verlauf, Stellungnahmen zu Verlauf und Ergebnis und weitergehende Analysen zu kombinieren. Wenn eine Diskussion zustande kommt über die Fragen, die sich im „Brennpunkt" Bischofferode gebündelt haben, wenn es gelingt, die Funkstille, die noch jedem öffentlichen »Hochputschen« eines Themas gefolgt ist, wenigstens an einzelnen Punkten zu durchbrechen, dann haben wir das wichtigste Ziel dieser Nummer erreicht.



Gossner Mission

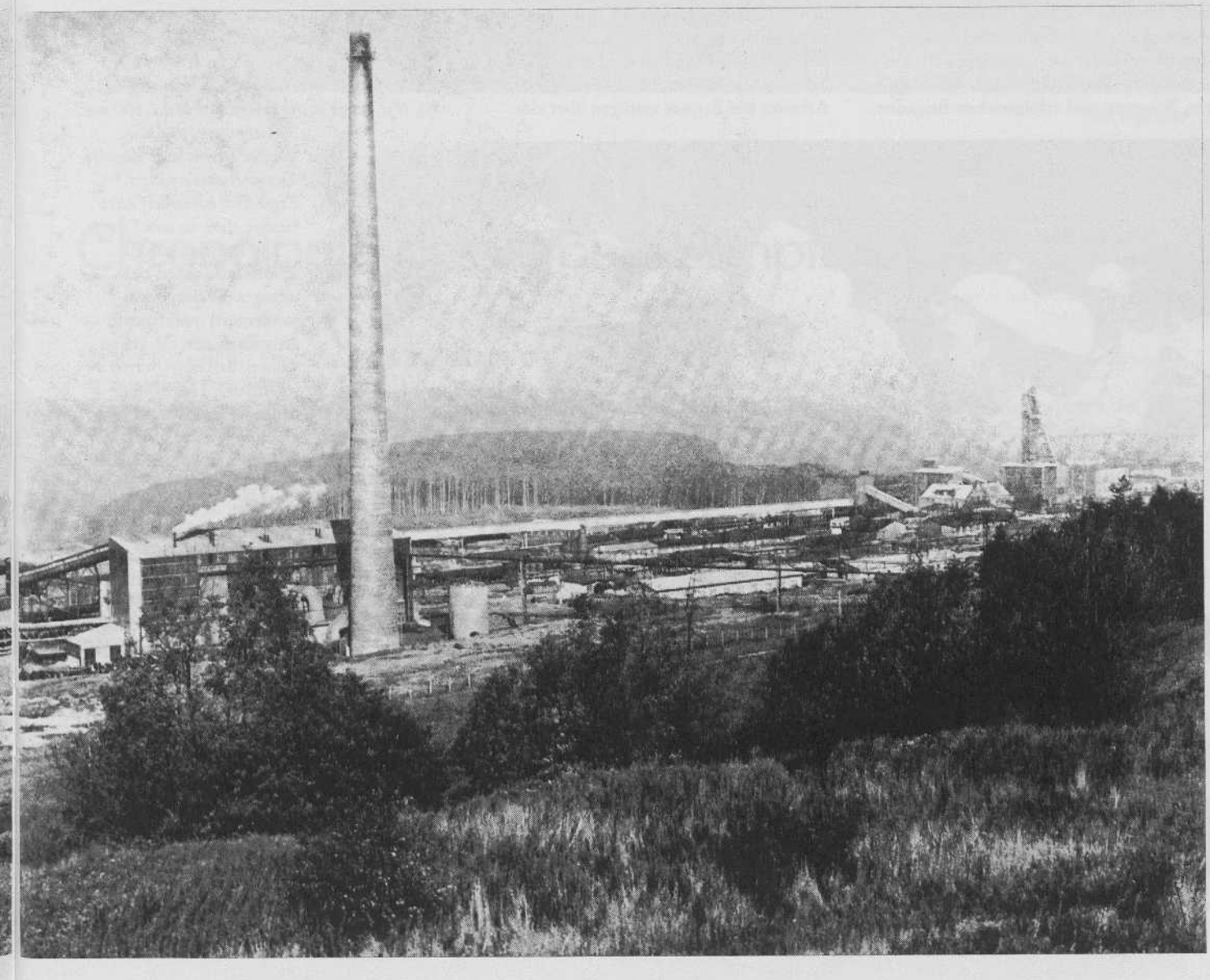
Die bescheidenen Kumpel

Aus der Geschichte des Kali-Bergwerks Bischofferode

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden im östlichen Eichsfeld die ersten Kalischächte niedergebracht. Die Belegschaften der Betriebe rekrutierten sich vor allem aus der Unterschicht des damaligen Elendsgebiets. Tausende ehemaliger Hausweber, Wanderarbeiter, Hausierer und Landarbeiter nahmen die schweren Arbeitsbelastungen unter Tage auf sich, um ihrer Existenznot zu entfliehen.

In Bischofferode wurde im Jahre 1909 mit den Abteufarbeiten für den Kali-Schacht begonnen; zwei Jahre später wurden im Bergwerk „Bismarckshall" die ersten Rohsalze gefördert. Die Belegschaft wohnte im Firmensitz oder in den umliegenden kleinen Eichsfeld-Dörfern.

Die Arbeit in den Kali-Bergwerken war lange Zeit eine gefährliche körperliche Schwerstarbeit. Die Bergleute litten unter Staub, Hitze und explosiven „Solgasen"; zudem war die Arbeit unter Tage durch ein hohes Unfallrisiko gekennzeichnet. Viele Bergleute starben an der Schwindsucht, andere gingen an der Gleichgültigkeit der Kali-Barone gegenüber elementarsten Arbeitsschutzvorrichtungen zugrunde. Während sich ihre Kumpel in den südniedersächsischen Gruben Reyershausen und Volpriehausen bereits frühzeitig der sozialistischen Arbeiterbewegung anschlossen und schon vor dem ersten Weltkrieg zum Teil militante Arbeitskämpfe gegen ihre Patrone führten, zeichneten sich die Kaliarbeiter des Eichsfeldes durch einen vergleichsweise niedrigen Interessenhorizont aus. Sie wählten vor 1933 in ihrer großen Mehrheit die



Gossner Mission

katholische Zentrumspartei und engagierten sich allenfalls in der christlichen Arbeiterbewegung, die äußerst maßvolle Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen anmahnte und nur bei eklatanten Interessenverletzungen aufbegehrte.

Viele Kumpel in Bischofferode und Umgebung blieben bis in die 60er Jahre hinein Nebenerwerbslandwirte; sie bestellten einige Morgen Land, hielten ein Schwein und etwas Kleinvieh, um die Grundnahrungsmittel selbst zu produzieren.

Da es kaum Jobalternativen gab, blieben die Bergleute des Eichsfeldes meist ihr gesamtes Arbeitsleben in ihrem Betrieb. Konsumverzicht ermöglichte diesen fleißigen und oft auch sehr sparsamen Arbeitern den Erwerb eines kleinen Siedlungshauses.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde „Bismarckshall" zunächst eine Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG), die ausschließlich für Reparationsleistungen an das östliche Bruderland produzierte. Am 1. Mai 1952 gab die Regierung der UdSSR das Bischofferöder Kalibergwerk an die DDR zurück. In den folgenden Jahrzehnten verlief die Geschichte des 1953 in „Thomas-Müntzer-Werk" umgetauften Betriebs vergleichsweise unspektakulär. Die offizielle Betriebs-Chronik berichtet von zahlreichen Siegen im sozialistischen Wettbewerb, von Aktivisten, Neuerern und erfolgreichen Brigaden. Zeitweilig war Bischofferode eine Art Vorzeigebetrieb der DDR, in dem selbst Erich Honecker den „Helden der Arbeit" gratulierte.

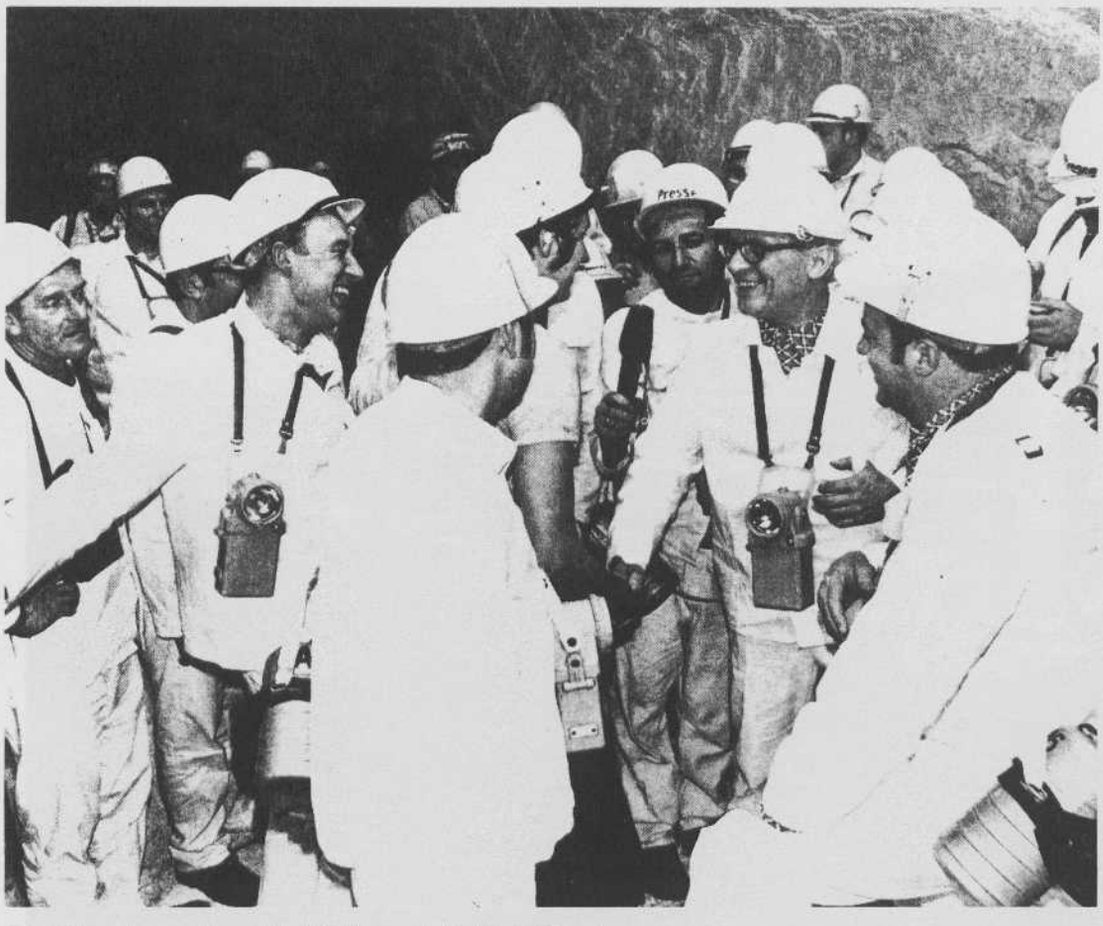
„Eigentlich haben wir allen Grund, stolz zu sein"

Belegschaftsgeschichte und Belegschaftszusammenhalt

Im Thomas-Müntzer-Werk hat es in den letzten vier Jahren keine Anzeichen einer größeren Belegschaftsfluktuation gegeben. Viele Angehörige der heutigen Belegschaft sind im Schatten der Abraumhalden groß geworden und bereits in der zweiten oder dritten Generation im Bischofferöder Kaliwerk tätig. „Es war gewohnheitsmäßig, daß man hier arbeitete", sagte uns Walter Ertmer. Dieser 40jährige Elektriker hat - wie die meisten seiner KollegInnen - hier sein gesamtes Arbeitsleben verbracht. „Daß wir mit unserem Betrieb verwachsen sind, das ist 'ne logische Geschichte. Das ist nicht nur Kollegialität, sondern es gibt tiefergehende Bindungen zwischen den Belegschaftsangehörigen. Viele Kollegen kennen sich wirklich schon von der Schule her. Da haben ganze Klassen bei uns hier gelernt." Arbeiter wie Ertmer verfügen über eine hervorragende schulische und berufliche Ausbildung. Sie sind über Produktionsabläufe gut informiert und besitzen zudem betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Der Betrieb steht seit vielen Jahren im Zentrum ihres Lebens, und sie wissen, daß ihr bescheidener Wohlstand an sein Weiterbestehen gekoppelt ist.

Die starke Bindung der Belegschaft an den Betrieb rührt auch aus einem besonderen Betriebsstolz. Zur Zeit der DDR war Bischofferode ein „Spitzenbetrieb", dessen herausragende Leistungen im sozialistischen Wettbewerb immer wieder in den Medien abgefeiert wurden und dessen Produkt dem Staat dringend benötigte Deviseneinnahmen einbrachte.

Der schon zitierte Walter Ertmer berichtet: *„Es gab schon 'ne Art Betriebsstolz. Zu DDR-Zeiten gab es ja noch dieses 'Kali-Echo', da stand dann die Planerfüllung drin, und wir waren immer ein Spitzenwerk. Gut, es wurde nicht entsprechend honoriert. Aber irgendwie war man doch stolz, Junge. Auch wenn es Rückschläge gab. Da hat man dann eben ein Wochenende durchgezogen. Wenn die Leute es auch nicht unbedingt gern und freiwillig gemacht haben. Am Ende des Jahres standen wir trotzdem wieder gut da. Das hat die Leute doch ein bißchen stolz gemacht. Und in den letzten Jahren hat man gesehen, was möglich ist. Wir haben ja die Belegschaft von 1.900 auf 700 abgebaut, und wir schaffen immer noch dasselbe. Es wurde modernisiert. Eigentlich haben wir allen Grund, stolz zu sein."*



Erich Honecker zu Besuch bei Kalikumpeln in Bischofferode

Die Kumpel von Bischofferode sehen sich weniger als Bergleute, sondern als qualifizierte Arbeitnehmer, die genau wissen, daß eine Betriebsschließung Dequalifizierungsprozesse, wenn nicht Dauerarbeitslosigkeit bedeuten würde. Sie haben aufmerksam verfolgt, was aus ihren in den letzten Jahren „freigesetzten" Kollegen geworden ist, die tagaus tagein nach Südniedersachsen pendeln. Sie wissen, daß der Arbeitsmarkt in diesen Nachbarregionen mittlerweile erschöpft ist. Auch die Jüngeren wissen, daß sie nach einer Schließung des Werkes miserable Arbeitsmarktchancen besitzen. Auch nach Umschulungen wären sie kaum in andere Berufe vermittelbar.
(Erwin Rudolf)

Gossner Mission



Foto: Ingo Bulla (GT)

Chronologie des Arbeitskampfes

Am 10.12.92 wird die Entscheidung der Treuhand (THA) bekanntgegeben, die in ihrem Besitz befindliche Mitteldeutsche Kali (MDK) mit der BASF-Tochter Kali+Salz zusammenzuschließen. Dabei erhält Kali+Salz 51%, die Treuhand 49% der Anteile.
Kali+Salz bringt als Einlage sechs Kali- und zwei Steinsalzwerke ein, die THA als Eigentümerin der MDK vier Kali- und ein Steinsalzwerk und darüber hinaus rund eine Mrd. DM als Bareinlage für Sanierung, Rationalisierung und Modernisierung. Zusätzlich übernimmt die THA 1,6 Mrd. DM für die Beseitigung von Altlasten.

Daraus folgt die Schließung von zwei Werken im Westen und drei Werken im Osten, von zu diesem Zeitpunkt noch 11.000 Beschäftigten werden dabei letztlich nur knapp 7.500 übrigbleiben.

Darin enthalten ist auch das Aus für das Werk Bischofferode und damit verbunden der Verlust von 700 Arbeitsplätzen. In Bischofferode waren zuvor schon 1.200 Stellen abgebaut worden. Dieser Arbeitsplatzabbau war jedoch noch als ‚normal' für die Entwicklung angesehen und deshalb hingenommen worden. Immerhin wurden in der ostdeutschen Kaliindustrie im Zeitraum von 1990 bis '92 bereits 27.000 von 32.000 Kalikumpeln nach Hause geschickt!

1. Phase: Beginn der Protestaktionen

Am Heiligabend 1992 gibt es die erste Großkundgebung vor den Werkstoren von Bischofferode mit ca. 5000 Teilnehmern, darunter auch Kommunalpolitiker, Kirchenvertreter und der Minister der Staatskanzlei Thüringens.

Der nächste Schritt ist die Information der Öffentlichkeit und die Mobilisierung der ansässigen Bevölkerung. Dazu zählen eine Protestkundgebung in Bonn am 12.3.93 mit ca. 1.500 Teilnehmern und Karfreitags- und Osterandachten unter Tage.

Am 31. März wird zwischen der THA und der Gewerkschaft Bergbau/Energie (IGBE) eine Rahmenvereinbarung verabschiedet, die die planmäßige Durchführung der Fusion und den Abschluß eines entsprechenden Interessenausgleichs (gem. § 111 Betriebsverfassungsgesetz) vorsieht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird klar, daß die Bischofferöder Kalikumpel von ‚ihrer' Gewerkschaft keine Unterstützung zu erwarten haben.

2. Phase: Die Besetzung des Betriebes

Am 7.4.93 wird die Grube bei laufender Produktion besetzt. Für die Kumpel selbst geht es zunächst darum, eine frühzeitige Ausschlachtung des Betriebes zu verhindern. Das heißt: die materiellen und technischen Bedingungen der Produktion und des

Gossner Mission

Verkaufs müssen gesichert, Kundenbeziehungen aufrechterhalten werden. Darüber hinaus ist die Belegschaft zusammenzuhalten.

Die Kumpel sind zuversichtlich, da sie von einer sicheren Rentabilität ihres Betriebes ausgehen und zudem feste Abnehmerbeziehungen bestehen. Der Thüringer Landtag faßt am 21.4. in einer Sitzung, an der auch etwa 50 Kaliarbeiter teilnehmen, Beschlüsse zum Erhalt von Bischofferode.

Die gehegten Hoffnungen verstärken sich noch, als sich drei Wochen später, am 27.4.93, der westfälische Transportunternehmer Peine öffentlich als Übernahmeinteressent vorstellt. Am gleichen Tag fährt ein Autokonvoi mit 120 Fahrzeugen und 300 Kumpeln zur Aktionärstagung nach Kassel.

Zum 1. Mai findet an der ehemaligen Grenze eine Großkundgebung mit ca. 4000 Teilnehmern statt. Es wird nochmals zum Ausdruck gebracht, daß man nicht gewillt sei, „den Osten zu einer deutschen Kolonie - verwaltet von der Treuhandanstalt der Bundesregierung - werden zu lassen" (‚Ein Neues Kali Echo' vom 18.7.93).

3.Phase: Die ‚heiße Phase' des Arbeitskampfes

Am 1.7.93 wird die Entscheidung, das Werk Bischofferode zu schließen, nochmals vom Treuhandausschuß des Bundestages abgesegnet. Nachdem alle bisherigen Aktionen erfolglos geblieben waren, sehen die Kumpel den Hungerstreik als letzte Möglichkeit an, ihren Arbeitsplatz zu retten. Zunächst gehen 12 Kumpel in Hungerstreik, am 4. Juli sind es bereits 40. In der Öffentlichkeit beginnt der Hungerstreik allmählich Wirkung zu zeigen. In der Presse wird der Fall Bischofferode als Funke gewertet, der einen Flächenbrand unter den bedrohten ostdeutschen Betrieben auslösen könne.

Diese aktive Phase des Arbeitskampfes ist nicht nur durch Demonstrationen und Kundgebungen gekennzeichnet, sondern auch durch Versuche, Kontakte zu anderen Betrieben herzustellen, um womöglich die Basis des Protests zu verbreitern. Zu diesem Zweck finden mehrere von der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative organisierte Konferenzen statt. Mittlerweile vergrößert sich auch die Resonanz in Presse, Fernsehen und Rundfunk.

Am großen Aktionstag am 10.7.93 nehmen über 5.000 Menschen teil. Der Aktionstag mit seiner breiten Beteiligung ist der Anfang einer auch überregionalen Solidarität.

Am 14.7. finden mehrere Protestaktionen der Kalikumpel statt: In Berlin demonstrieren 400 Kalikumpel vor der Treuhand-Zentrale. Dabei kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mit einem massiven Aufgebot das Gebäude der THA abzuschirmen versucht. Als auf die Treuhandpräsidentin Breuel Eier abgefeuert werden, setzt die Polizei Schlagstöcke ein. Vier Kumpel werden verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht. Erst nach einer mehrstündigen Straßenbesetzung der Kalikumpel werden die Kollegen wieder freigelassen.



Das Gefühl der Kriminalisierung ihres Protests verstärkt sich bei den Kumpeln noch, als am gleichen Tag bei einer ihrer Kundgebungen vor dem Erfurter Landtag Zivilbeamte der Polizei unter der Menschenmenge entdeckt werden.

Unterdessen wird bekannt, daß die treuhandeigene ‚Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von Bergbaualtlasten' (GVV) zum 1.1.94 alle Arbeitnehmer des Werks Bischofferode übernimmt und rund 700 Ersatzarbeitsplätze bis Ende 1995 verspricht. Die GVV soll Sanierungsarbeiten durchführen und für die „übrigen Arbeitnehmer angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten oder arbeitsförderungsrechtliche Alternativen" (d.h. ABM, Fortbildung, Umschulung ...) anbieten. Mit anderen Worten: die Kumpel sollen ihr Werk selbst abreißen.

Daraufhin (16.7.93) entscheidet die Belegschaft per Urabstimmung über die Fortsetzung des Arbeitskampfes, 535 Kumpel stimmen dafür, 50 dagegen (bei 3 ungültigen Stimmen).

Der Aktionstag am 17.7.93 mobilisiert nochmals über 2.000 Menschen. Mittlerweile beteiligen sich auch 5 Ehefrauen der Kalikumpel am Hungerstreik.

Die Landesregierung äußert dabei das Versprechen, Arbeitsplätze über 1995 hinaus zu garantieren, notfalls in einer Landesgesellschaft.

Das Neue Deutschland veröffentlicht am 19.7.93 Auszüge des Gutachtens des Schweizer Ökonomen Peter Arnold, welches dieser im Auftrag der Thüringischen Landeswirtschaftsgesellschaft erarbeitet hat. Die Studie unterstreicht die wirtschaftliche Rentabilität des Bischofferöder Werks und

Gossner Mission

weist auf den gesicherten Abnehmermarkt für das thüringische Kali hin.

Am 1.8.93 findet der bis dahin größte Aktionstag mit ca. 10.000 Teilnehmern statt. Per Fax treffen Solidaritätsgrüße aus Brasilien, Kolumbien, den Philippinen, den USA und zahlreichen europäischen Ländern ein. Der Tenor auf dem Aktionstag ist eine Absage an die großen Parteien. Thierse (SPD), der eine Offenlegung des Fusionsvertrages fordert, wird ausgepfiffen. Treu-



Foto: Ingo Bulla (GT)

hand-Chefin Breuel hatte kurzfristig abgesagt.

Mitte August droht MDK-Aufsichtsratschef Ulrich Steger den Kali-Kumpeln mit Kürzung der Sozialpläne bzw. Reduzierung der Abfindungen von 20.000 auf 5.000 DM, falls die Fusion scheitern würde (‚Sozialplan Ost' statt fusionsbedingtem Sozialplan).

Am 17.8. demonstrieren - auf Initiative der IGBE und der Betriebsräte der Kali+Salz - in Kassel 2.000, vorwiegend westdeutsche, Bergleute für die Fusion und somit gegen den Arbeitskampf in Bischofferode. Gleichzeitig finden in Berlin, Frankfurt, München und Ludwigshafen jedoch Protestaktionen gegen die Kali-Fusion statt.

4. Phase: Warten auf Brüssel

Nach der EG-Entscheidung zur vertieften Prüfung der Kali-Fusion wird der normale Betrieb am 23.8.93 zunächst wieder aufgenommen, die Besetzung und der Hungerstreik laufen seitdem nebenher weiter. Das bedeutet eine Atempause bis ca. Mitte November. Um die Entscheidungsträger in Brüssel nicht unter Druck zu setzen, werden die Aktionen auf Sparflamme weitergekocht. Das Urteil der EG-Kommission wird für den 12.12.93 erwartet.

Laut Aussage des ehemaligen Bundeskartellamtspräsidenten Kartte gilt im Kartellrecht „die eiserne Regel, daß Sanierungsfusionen nur zugelassen werden, wenn sich wirklich kein anderer als der Monopolist für die Übernahme findet". Mit dem Übernahmeangebot von Peine - der auch schon Kontakte zu den Kunden von Bischofferode aufgenommen hat - wäre diese Bedingung nicht mehr erfüllt. Hieran knüpften die Kumpel große Hoffnungen.

Am 31.Oktober findet in Bischofferode erneut eine bundesweite Betriebs- und Personalrätekonferenz statt. In einer Resolution wird gefordert, daß der Protest von Bischofferode sich auf ganz Deutschland ausdehnen müsse. Die Regierenden in Bonn sollten nicht mehr zur Ruhe kommen. Der Betriebsratsvorsitzende von Bischofferode Heiner Brodhun erklärt, daß allen Versuchen, die Arbeitskämpfe in Ostdeutschland gegen jene in Westdeutschland auszuspielen, entschieden entgegengetreten werden müsse.

Am 7.11. bekräftigen die Kumpel nochmals, daß sie auch im Falle einer endgültigen Schließung die Kaliförderung im nächsten Jahr fortsetzen wollen.

Für den 26.11.93 wird eine Aufsichtsratsitzung der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) einberufen. Auf dieser soll erneut die Schließung des Werks Bischofferode beschlossen werden. Ursprünglich war die Sitzung in einem Frankfurter Hotel anberaumt. Der Betriebsrat mobilisierte daraufhin zu einer bundesweiten Aktion nach Frankfurt/M. Drei Tage vor dem anberaumten Termin wird jedoch bekannt, daß der Aufsichtsrat seine Sitzung an einen unbekannten Ort verlegt habe, angeblich aus Angst vor gewalttätigen Ausschreitungen.

Am selben Tag werden auch Spekulationen über einen möglichen neuen Interessenten für die MDK durch die Presse verbreitet. Dabei soll es sich um den luxemburgischen Rohstoffkonzern Minoco handeln. Dieser dementiert einige Tage später jedoch jegliche Übernahmeinteressen.

Wie sich am Morgen des 26.11. herausstellt, war die Aufsichtsratsitzung nach Berlin verlegt worden. Der Vertreter der Arbeitnehmer, Gerhard Jüttemann, der bereits nach Frankfurt gereist war, weigert sich daraufhin, per Flugzeug hinterherzufliegen (Jüttemann: „Es war wie in einem James-Bond-Film..."). Vielmehr erwirkt er eine einstweilige Verfügung, wonach die Gesellschaft keine Kündigungen aussprechen dürfe. Das Arbeitsgericht Eisenach untersagt daraufhin vorläufig die Schließung des Werks Bischofferode. Endgültig ist nun die Einigungsstelle zwischen MDK und Betriebsrat (Interessenausgleich) gefordert.

Dessenungeachtet beschließt der MDK-Aufsichtsrat auf eben jener Sitzung, die Produktion zum 31.12.93 stillzulegen, unabhängig davon, wie die Entscheidung des EG-Fusionsprüfungsverfahrens und anderer noch schwebender Rechtsverfahren ausgeht.

Die Entscheidung aus Brüssel

Der 15.12. bringt die langerwartete Entscheidung der EG-Kommission: die Fusion zwischen der Mitteldeutschen Kali (MDK) und der BASF-Tochter Kali+Salz wird gebilligt. Auch die Unterstützungsleistungen der Treuhand für das neuentstandene Unternehmen werden abgesegnet. Die Kommission verknüpft ihr Urteil allerdings mit einigen Auflagen, so soll die Kali+Salz ihre Kooperationsbeziehungen mit dem französischen Unternehmen Mines de Potasse (EMC-Gruppe) und dem kanadischen Kartell Potacon aufgeben.

Nach Bekanntgabe der Entscheidung besetzen die Kumpel in Bischofferode erneut ihre Grube.

Am 23.12. kommt es nochmals - auf Initiative der Opposition - zu einer Aussprache im Erfurter Landtag. Die Landesregierung verspricht Ersatzarbeitsplätze über die bereits angebotenen 700 hinaus.

Der Unternehmer Johannes Peine präsentiert einen Tag vor Weihnachten ein neues Übernahmeangebot. Diesmal plant er, Baustoffe in Bischofferode zu produzieren - gekoppelt allerdings an die Fortführung der Kaliförderung. Am gleichen Tag organisiert die Belegschaft eine Urabstimmung über folgende drei Möglichkeiten: Ablehnung der angebotenen Ersatzarbeitsplätze und Kampf um Grubenerhalt mit einer Werksbesetzung; Annahme der Alternativarbeitsplätze und Besetzung des Werksgeländes; Akzeptierung von Sozialplan und Abfindungen. Die Beteiligung an der Urabstimmung beträgt 84%, wovon sich knapp zwei Drittel für die Fortführung des Arbeitskampfes aussprechen. Am 26.12. gehen erneut zehn Männer und Frauen in Hungerstreik. Die Stimmung ist allerdings pessimistischer denn je, kaum jemand glaubt noch an eine Zukunft für die Kaligrube. Die Kali+Salz AG hat unterdessen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht, falls die Kumpel ihren Arbeitskampf nicht beenden. Der Betriebsrat

Gossner Mission

spricht sich gegen eine mögliche Eskalation des Konflikts aus, vielmehr müsse es jetzt um „konkrete vertragliche Absicherungen" gehen, damit die Bergarbeiter vor Gericht etwas in der Hand haben.

Der 29.12. ist der letzte Tag der auslaufenden Frist, innerhalb der die Kumpel gegen eine Übernahme in die GVV Widerspruch einlegen können. Der Betriebsrat fordert eine Verlängerung des Ultimatums um einen Monat, allein schon damit das neue Peine-Angebot von der Treuhand ausführlich geprüft werden könne. Die Geschäftsleitung der Kali+Salz droht dagegen mit Abmahnungen und fristloser Entlassung.

Am Silvesterabend schließlich geschieht das, was sich schon seit einiger Zeit abzeichnete: die Kumpel geben auf, der Arbeitskampf ist endgültig beendet. Betriebsrat und Belegschaft geben sich mit Ersatzarbeitsplätzen und Abfindungen zufrieden. Zu einer Belegschaftsversammlung kommt es gar nicht mehr, der Betriebsrat soll allein entscheiden, so die Bedingung von Treuhand und Kali+ Salz. Der vereinbarte ‚Kompromiß' beinhaltet für die Bergleute drei mögliche Varianten: wer einen anderen Arbeitsplatz gefunden hat, erhält eine Abfindung gemäß Sozialplan. Wer in die GVV überwechselt, bekommt 7.500 DM ‚Schmerzensgeld'. Die übrigen werden zunächst bis zum 31.01.94 in einer Beschäftigungsgesellschaft aufgefangen.

Juristisches Nachspiel

Die französische Regierung reicht am 1.3. beim Europäischen Gerichtshof eine Klage gegen die Fusionsentscheidung der EG-Kommission ein. Sie stellt sich damit hinter die Interessen der französischen Kaliindustrie, die durch die Fusion v.a. in ihrer Stellung auf dem Kaliumsulfatmarkt gegenüber der BASF/Kali+Salz erheblich geschwächt wird. Das Bonner Wirtschaftsministerium wertet die Klage Frankreichs als Affront und Indiz einer neuen Politik der französischen Regierung gegenüber Deutschland.
(Matthias Helmer)

Geld und Angst

Die Situation nach dem Ende des Arbeitskampfes Anfang 1994

Der Arbeitskampf in Bischofferode ging im Dezember 1993 zu Ende. Der Unterhändler Bodo Ramelow (HBV) handelte im Namen der Kalikumpel folgende Einigung mit der Landesregierung aus:

- keine weitere Kaliförderung, Stillegung der Grube
- Arbeitsplatzgarantie bis zum 31.12.95 durch die Bundesregierung sprich Treuhand
- Zusage der Landesregierung auf 1000 neue Arbeitsplätze in der Region, bzw. Zusicherung von Arbeitsplätzen für die Region ab 1996
- Abfindung in Höhe von 7.500 DM für alle zum 31.1.94
- Alle, die früher ausscheiden, bekommen ihre Abfindung von Kali und Salz
- 227 Kumpel werden zur Sicherung über und unter Tage durch die GVV (Treuhandanstalt: „Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung") eingestellt
- Jeder Kumpel, der keinen festen anderen Arbeitsplatz hat, wird in der GVV bis zum 31.12.95 eingestellt
- Alle Kumpel bekommen bei ihrem Ausscheiden aus der GVV den Rest der Abfindung in Höhe von 17.500 DM

Bereits Anfang 1993 war die Entwicklungsgesellschaft Südharz, Kyffhäuser (ESK) durch die Landesregierung gegründet worden. Sie hatte ein Stammkapital von 10 Millionen DM. Die betroffenen Landkreise waren Mitglied ,und in Worbis wurde ein Büro mit Geschäftsführung eröffnet. Aufgabe war es, Ersatzarbeitsplätze für Bischofferode zu schaffen.

Zur Abwicklung der Grube kooperierten ESK und GVV. Die GVV übernahm die Personalverwaltung, die ESK die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Zum Erstaunen aller in der Region präsentierte die ESK Anfang Januar 1994 über 600 Arbeitsplätze für die Kalikumpel in der Region. Hier wurde auf einen eiskalten Verdrängungsmechanismus gesetzt. Wie eine private Arbeitsvermittlung hatte die ESK sich mit Betrieben in Verbindung gesetzt und nach freien Arbeitsplätzen gefragt. Und die Betriebe ließen sich nicht lumpen: 600 Plätze kamen zustande.

Die GVV sicherte den Betrieben bei Qualifizierung der Kumpel die Lohnkosten für 2 Jahre und die Qualifizierungskosten zu.

Allerdings: Fast jeder der Betriebe hatte Kündigungsschutzklagen laufen, d.h. 10 alte Leute sollten rausgeschmissen werden, um 10 Bischofferoder zu beschäftigen.

Dieses Gebaren wurde schon immer vom alten Betriebsrat der Grube verurteilt.

Aufgrund dieser Lage entschieden sich ca. 600 der 690 Kumpel, Ende Januar 94 in die GVV zu gehen. Ca. 20 gingen, um ihre höheren Kaliabfindungen zu bekommen, im Januar in eine Beschäftigungsgesellschaft. Zu ihnen gehört auch der Betriebsratsvorsitzende Brodhun, der im Februar zur ESK überwechseln will, um die Grube weiter abzuwickeln. Weitere 30 bis 40 haben in anderen Betrieben eine Arbeit aufgenommen.

Die Belegschaft an sich existiert nicht mehr so wie während des Arbeitskampfes. Ca. 220 wurden mit Arbeitsverträgen durch die GVV zur Sicherung der Grube eingestellt. Zwar braucht die GVV nur 120 Leute für die Arbeit, aber man hat ja Zusagen gemacht. Interessant ist auch, daß zu diesen 220 Leuten fast der gesamte Betriebsrat gehört. Der Rest der Kumpel, ca. 400, hat zur Zeit noch keinen Arbeitsvertrag, ist aber nach dem ausgehandelten Kompromiß bei der GVV beschäftigt.

Und auch die Landesregierung kommt inzwischen unter Druck. So wird das Stammkapital der ESK noch mal um 5 Millionen erweitert. Der Innenminister selber wird Aufsichtsratsvorsitzender, die Landkreise der Region sollen an der ESK beteiligt werden, und Beschäftigung im sozialen Bereich wird in Aussicht gestellt.

Und wieder wird einer draufgesetzt. Über 900 Arbeitsplätze sollen jetzt für die Kumpel zur Verfügung stehen. Immer noch nach dem gleichen Prinzip: Verdrängung von anderen Arbeitnehmern. Nun aber besser in Szene gesetzt. Über die örtliche Kreishand-

Gossner Mission

werkerschaft werden nun in Betrieben Umschulungsplätze angeboten, die spätere Übernahme garantiert und man „kann" auch schon während der Umschulung in den Betrieben arbeiten.

Der Belegschaft wurde durch den DGB Nordhausen ein anderes Modell zur Schaffung von Strukturen und Arbeitsplätzen angeboten. In den verschiedensten Sparten, von Metall über Bau, Tourismus bis hin zum sozialen Bereich, soll eine Vielzahl von Betrieben entstehen, die eigenständig wirtschaften sollen. Das Besondere: Es soll ein Belegschaftsmodell sein, die Beschäftigten sollen die Entscheidungsgewalt in den Firmen haben. Der alte Betriebsrat lehnte anfangs dieses Modell ab, es würde der Landesregierung die Verantwortung abnehmen. Inzwischen wird es vom Betriebsrat auch als Chance diskutiert, weiter politischen Einfluß auszuüben.

Zur Zeit sind keine verläßliche Informationen aus Bischofferode zu bekommen. Hunderte von Bildungsträgern bieten Umschulungen, Fortbildungen und Qualifikationen an, die ESK versucht weiter, die Leute in Betriebe zu vermitteln, der DGB versucht, sein Konzept durchzusetzen. Viele private Investoren stehen in den Startlöchern. Willibald Böck hat auf Müll gebaut. Er ist mit seinem Firmenkonglomerat schon in anderen Standorten in der Nähe am Drücker und wartet darauf, seinen Müll in den Schacht einzulagern. Wie es scheint, ein Riesengeschäft.

Und die Belegschaft als solche existiert nicht mehr. 200 bei der GVV, 200, die umschulen wollen, 20 in einer Beschäftigungsgesellschaft, 150 für das DGB-Konzept...

Jeder will sein Schäfchen ins Trockene bringen.

Und die Situation in der Region wird immer schwieriger, die wirtschaftliche Krise trifft inzwischen auch das Handwerk. Viele Betriebe in einst blühenden Bereichen haben mit dem Überleben zu kämpfen. In einer solchen Situation trifft die angebliche „Bevorzugung" der Bischofferoder auf offene Ohren. Zwar betont der Betriebsrat immer wieder, daß neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden müssen, aber diese Forderung ist angesichts der Maßnahmen der Landesregierung kaum zu hören. Klar ist für viele, den Kumpeln wird das Geld in den Arsch gesteckt, aber sie... Gerade die Region Nordthüringen um Nordhausen gehört zu den wirtschaftlich am schwächsten entwickelten Regionen. Und alle anderen Arbeitnehmer haben Angst, daß die Gelder, die aufgrund des Arbeitskampfes und der gemachten Zusagen nach Bischofferode fließen, ihnen abgezogen werden. Wie die Erfahrung zeigt: eine berechtigte Angst.

(Hans Nickel)



Foto: Ingo Bulla (GT)

Gossner Mission

Fabrik und Region „Es gibt tiefergehende Bindungen zwischen den Belegschaftsangehörigen"

Immer wieder wurde der besondere Eichsfelder Charakter, eine angebliche Mischung aus religiös geprägter konservativer Sturheit, Weltabgeschiedenheit und Naivität, als Erklärungsmuster für den ausdauernden Kampf der Kalikumpel herangezogen. Zusammenhänge zwischen dem Leben in der Region und der Leben in der Fabrik gibt es. Doch welche?

Die Region ist in der Vergangenheit sehr stark durch die katholische Kirche geprägt worden. Die Gemeinden und Städte außerhalb des Eichsfeldes waren immer evangelisch, so daß die Eichsfelder in dem jeweiligen Land immer in der Minderheit waren und sich auch so fühlten. Zwei Drittel des Eichsfeldes, das sogenannte Obereichsfeld, gehörten im 19. Jahrhundert zu dem Land Thüringen, das andere Drittel, das Untereichsfeld, zu Hannover bzw. zu Preußen.

Nach der Grenzziehung in Folge des zweiten Weltkrieges wurde das Eichsfeld zwischen den Bundesländern Thüringen und Niedersachsen erneut geteilt. Die Grenze spielte in den ersten Jahren nach 1945 keine große Rolle. Die Obereichsfelder gingen wie gewohnt nach Duderstadt zum Einkaufen oder zur Schule. Dieses war seit Mitte der 60er Jahre nicht mehr möglich.

Damit die Einwohner im DDR-Teil des Eichsfeldes blieben, wurde von der damaligen Regierung ein sogenannter „Eichsfeldplan" aufgelegt. Es wurden bewußt große Betriebe angesiedelt. Ergebnis war zum Beispiel die Ansiedlung der Baumwollspinnerei in Leinefelde, in der ca. 5.000 Arbeitnehmer, zum größten Teil Frauen, Arbeit fanden. Mit der Industrieansiedlung sollten zum einen die Eichsfelder im Lande gehalten und natürlich auch andere Arbeitnehmer im Eichsfeld angesiedelt werden. Ziel war es, religiös und politisch anders orientierte Menschen im Eichsfeld anzusiedeln, um auch andere politische Strömungen - nicht immer nur CDU-Ost - mehrheitsfähig zu machen. Neben Arbeitsplätzen wurden auch Wohnungen, z.B. in Leinefelde (Südstadt) geschaffen. Es bleibt fraglich, ob diese Bemühungen der SED, das Eichsfeld auf friedlichem Weg zu erobern, erfolgreich waren. Allem Anschein nach hat es in Bergbaugemeinden wie Bischofferode ausgeprägte informelle Zusammenhänge der Belegschaften gegeben, die dem Zugriff des Regimes weitgehend entzogen blieben.

Während der Wendephase hat sich das Eichsfeld nicht besonders hervorgetan. Die katholische Kirche hat, anders als die evangelische Kirche, keine Freiräume für oppositionelle Gruppen geschaffen. Die Mitglieder der CDU hatten vor - deshalb wurden sie auch zum Teil als die besseren Genossen bezeichnet - und nach der Wende die Fäden fest in der Hand. Die Führungspersonen der CDU-Ost wurden ausgetauscht, es kamen Personen an die Macht, die zwar vor der Wende Funktionen hatten, aber halt nicht in der ersten Reihe. Die abgelösten Ost-CDUler bekamen zentrale Funktionen in der Verwaltung. Beispiel hierfür ist der erste Landrat des Kreises Worbis nach der Wende, Herr Flex, der vormals Dezernent für Versorgung und Nachrichtenwesen gewesen ist (wenn das nicht nach Staatssicherheit riecht!), oder der „jüngste Generaldirektor der DDR", Herr Scherf, der auch nach der Wende Vorstandsvorsitzender bei der Solidor Heiligenstadt geblieben ist.

Fazit für den Außenstehenden ist, daß die Mächtigen die Mächtigen geblieben sind und die kleinen Leute die kleinen Leute.

Die Beschäftigten des Kalischachtes wohnen in den Orten um den Schacht, z.B. in Bischofferode, Stökey, Holungen und Bremke. Zum Teil haben sie ein Eigenheim, das sie mit sehr viel Idealismus schon zu DDR-Zeiten instandgehalten haben. Die Menschen arbeiteten zusammen auf dem Schacht und verbrachten ihre Freizeit zusammen.

„Es gibt gewachsene Strukturen. Nicht nur Kollegialität im Betrieb, sondern auch tiefergehende Bindungen zwischen den Belegschaftsangehörigen. Man fuhr zum Teil gemeinsam in die Ferien. Da konnte man viel zusammen unternehmen, vierzehn Tage, drei Wochen. Dann wurden früher gemeinsam Brigadefeiern organisiert. Da gab's ein Brigadekonto, da wurden die Gelder für Neuerervorschläge und ähnliches einbezahlt. Zu diesen Neuerervorschlägen kann man stehen, wie man will: aber



Gossner Mission

es war 'ne Sache, die den Zusammenhalt gefördert hat. Man hat sich mal mit den Frauen getroffen und sich mal 'n schönen Tag gemacht. Essen und Trinken war dann frei. Und es war wirklich 'ne schöne Geschichte."

Freizeit, das bedeutete die Sportvereine, Kegelverein oder der Brieftaubenverein.

Der „Schacht" hat durch Angebote wie Freibad, Sauna, Kegelbahn die Lebensbedingungen der Werktätigen in der Region durch zusätzliche Angebote verbessert.

Während der Kampfmaßnahmen, insbesonders während des Hungerstreiks, wurde auf dem Gelände sonntags jeweils ein Gottesdienst abgehalten. Die evangelischen und katholischen Geistlichen dokumentierten hiermit ihre Unterstützung des Kampfes. Vor allem die verschiedenen evangelischen Geistlichen haben die Gesellschaft, die nur nach dem schnöden Mammon strebt, verurteilt. Für die Menschen, die eine Beziehung zur Kirche hatten, war die Anwesenheit der Geistlichen ein Zeichen der Unterstützung.
(Erwin Rudolf)



Foto: Ingo Bulla (GT)

Gossner Mission

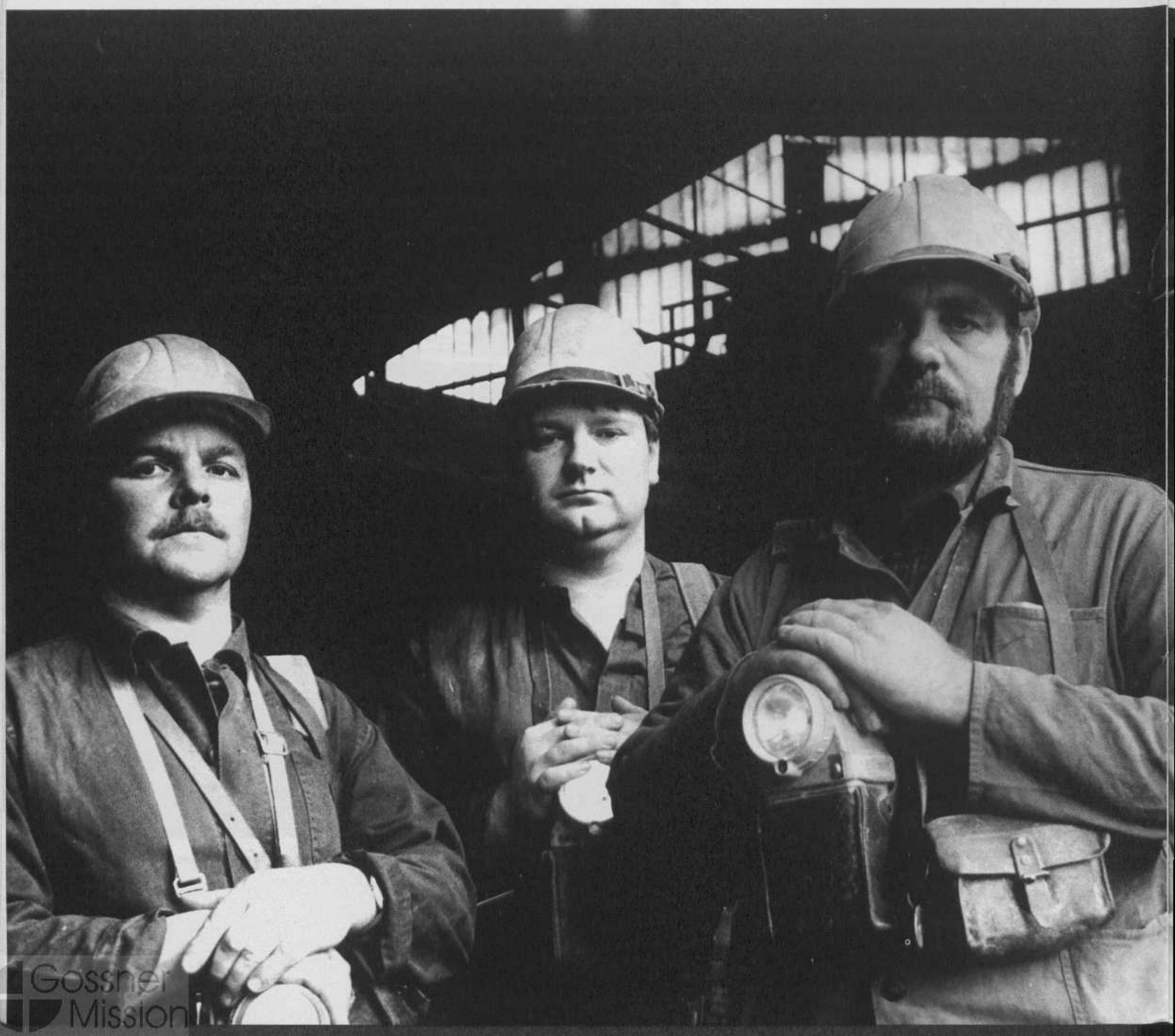
„... daß ihr nicht nur eure Sache seht"[1]

Symbolik und Radikalität des Kampfes um den Standort Bischofferode

Bischofferode im August 1993, der Höhepunkt der Solidaritätsbewegung:
„Unser nun achtmonatiger Kampf ist schon längst kein Kampf mehr nur für unsere 700 Arbeitsplätze. Er ist ein Symbol für eine Bewegung, die nicht mehr bereit ist zu akzeptieren, daß Bundes- und Landespolitiker sich von Kapitalinteressen und Wirtschaftsbossen ihre Entscheidung diktieren lassen und die Treuhand ein verlängerter Arm in diesem abgekaterten Spiel ist. Viele haben begriffen, daß man aufstehen und sich wehren muß."
(Betriebsrat Jüttemann, Rede auf dem Aktionstag 1.8.93)

Bischofferode ist nicht zum Symbol geworden, weil dort eine ganze Branche einschließlich der davon betroffenen Menschen und Region auf besonders drastische Weise und mit außergewöhnlich harten sozialen Folgen abgewickelt worden ist und wird. Ähnliches haben viele Menschen aus der ehemaligen DDR erlebt. Erst der ungewöhnliche Widerstand gegen die ganz gewöhnliche Abwicklung hat Bischofferode zum Symbol gemacht. Ökonomisch gesehen ist Bischofferode fast überall im Osten Deutschlands, politisch leider nicht - oder noch nicht?!

Überregionale Bedeutung und Aufmerksamkeit hat der Kampf der Kumpel zu Recht erfahren, weil er die bisher radikalste Form von Kritik und Widerstand derjenigen war, die noch vor drei Jahren mit großen Hoffnungen den Anschluß und die 'Marktwirtschaft' gewählt haben. Gerade weil die BischofferoderBergarbeiterInnnen ihre eigenen konkreten Probleme als sehr grundsätzliche Mißachtung aller Verheißungen



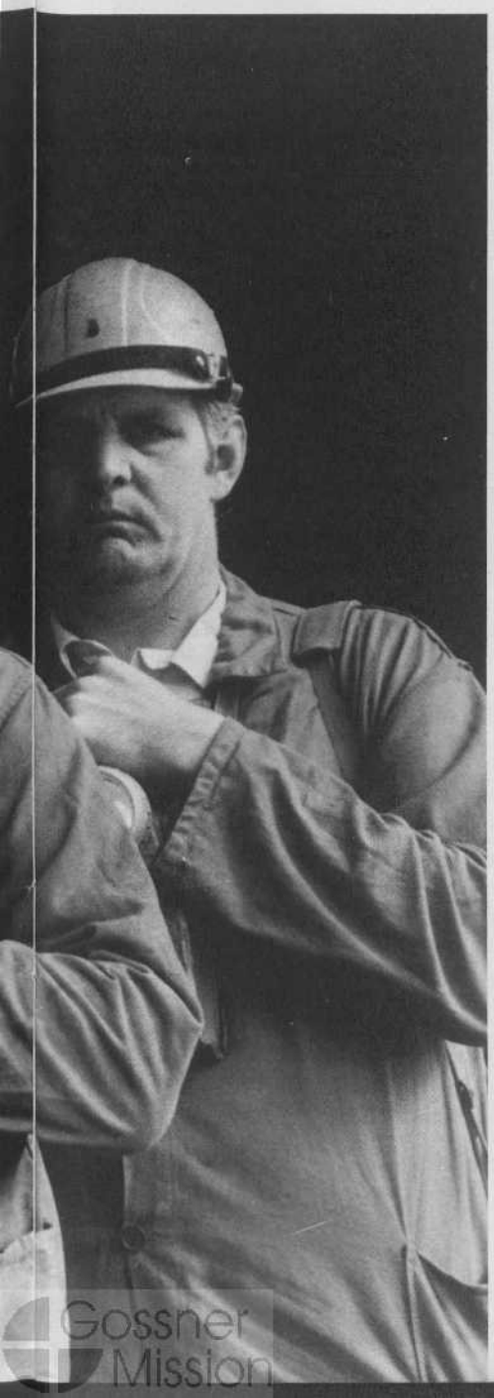
Gossner Mission

aufwarfen, wurden sie von vielen unterstützt und für die Medien von besonderem Interesse.

In der Tat, ihre Kritik an den herrschenden Verhältnissen ist in mehrfacher Hinsicht radikal:

- Anders als andere ließen sich die Kumpel die eigene Existenzgrundlage nicht mit dem Argument entziehen, die Schließung der Grube sei eine unabdingbare Maßnahme zur Herstellung der Rentabilität der deutschen (Kali-) Industrie. Vielmehr haben sie *Wirtschaft und Politik prinzipiell das Recht bestritten, frei über ihre Lebensgrundlagen entscheiden und verfügen zu können.*
- Sie ließen sich auch *nicht durch Einlullungs- und Einschüchterungsversuche von ihrem Widerstand abbringen.* Statt dessen erteilten und erteilen sie allen verlogenen Bemühungen, das Vertrauen in Politik, Wirtschaft und ihre Gewerkschaftshelfer wiederherzustellen, eine gründliche Absage.
- Sie interpretierten ihren Fall nicht einfach als Mißgeschick unfähiger Manager, sondern sehen sich als *Opfer eines Wirtschaftssystems,* in dem Politiker lediglich der verlängerte Arm der Kapitalinteressen sind.
- Vor allem eines hat die Politiker beunruhigt. Die Demonstration eines *neuen ostdeutschen Selbstbewußtseins in Bischofferode,* das sich um seine hohen Erwartungen an die Marktwirtschaft und die Wiedervereinigung betrogen fühlt und nicht mehr mit Sprüchen vertrösten läßt, könnte Schule machen.

Foto: Ingo Bulla (GT)



Wer auf die Ausweitung und Fortführung des konsequenten Kampfs der Bischofferoder anderswo setzt, sollte sich mit den Voraussetzungen und politischen Zielen der Kalikumpel auseinandersetzen:

- Unter welchen Voraussetzungen kann persönliche Krisenbetroffenheit in kollektiven Widerstand umschlagen?
- Sind Betriebsbesetzung und Hungerstreik taugliche Arbeitskampfformen im Kampf um Arbeitsplätze? Welche Druckmittel können die Belegschaften einsetzen?
- Lassen sich die politischen Ziele der Kalikumpel auf andere Kämpfe übertragen?
- Wie sind die Auswirkungen dieses Arbeitskampfes einzuschätzen? Fördern Betriebsbesetzungen und Hungerstreiks dauerhafte Solidarisierungs- und Politisierungsprozesse?

Voraussetzungen des Arbeitskampfes

Die spektakuläre Aktion der Kalikumpel ist nicht von langer Hand geplant und auch nicht Ergebnis einer ausgeklügelten Krisenstrategie der Betroffenen. Wie andere Belegschaften auch, sehen sie anfangs in der Besetzung des Betriebs das letzte Mittel zum Erhalt der Arbeitsplätze. Im Vordergrund stehen zunächst Maßnahmen zur Sicherung der materiellen Voraussetzungen der Produktion, wie Verhinderung der Demontage wichtiger Anlagenteile, Aufrechterhaltung der Produktion, um Kunden nicht zu verlieren, Zusammenhalten der Belegschaft etc.

Gemeinsamkeiten mit anderen Besetzungen gibt es sicherlich auch hinsichtlich der konkreten Krisenbetroffenheit der Kalikumpel:

- Es gibt in der Region keine Alternativarbeitsplätze.
- Die Schließung bedeutet das Ende einer ganzen, die Region traditionell dominierenden Branche und das Ende industrieller Arbeitsplätze dort.
- In der und für die Region gibt es kaum eine Perspektive.
- Die Besetzer verbindet mit dem Betrieb mehr als 'nur' der Lohn.

Diese Form der Krisenbetroffenheit wie auch die Gegenstrategie der Betriebsbesetzung hat sich in der ehemaligen DDR inzwischen dermaßen verallgemeinert, daß eine Betriebsbesetzung längst kein Garant mehr für überregionale Aufmerksamkeit und Solidarität ist. Von der nationalen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, haben schon im September 1991 die Kumpel der Flußspatgruben in Rottleberode und Straßberg sowie die Kalikumpel aus Roßleben die Gruben besetzt und einen Hungerstreik durchgeführt.

Angst vor Arbeitslosigkeit, Wut auf Unternehmer und Politik, die Überzeugung von der Berechtigung der eigenen Interessen sowie die Einsicht in die Unabdingbarkeit des Kampfes sind zwar notwendige, aber keinesfalls ausreichende Momente für den konsequenten Kampf in Bischofferode. Denn wenn Betroffenheit Handlungsbedarf erzeugt, dann ist damit noch nichts über die Handlungsmöglichkeiten ausgesagt. Zur Betroffenheit muß eine realistisch erscheinende Zielperspektive hinzukommen, damit Not in kollektiven Widerstand und nicht in individuelle Resignation mündet. Die vielschichtigen sozialen und personellen Voraussetzungen, die das außergewöhnliche, ausdauernde und hartnäckige Vorgehen der Kalikumpel begründen, lassen sich nur schwer im einzelnen gewichten. Für den langen Atem der Besetzer war sicher die besondere, in mehreren Generationen gewachsene soziale Einbindung in Betrieb und außerbetriebliche Gemeinschaft von besonderer Bedeutung. Neben dieser halten wir letztlich eine besondere Konstellation von Krisenbetroffenheit und -interpretation der Kalikumpel für ausschlaggebend.

Unsere These: Weil die Belegschaft sich als Opfer einer politisch bedingten monopolistischen Kungelei sieht, hat sie die lähmende ökonomische Sachzwanglogik der Arbeitsplatzvernichter durchbrochen und das soziale Anspruchsniveau der KollegInnen stabilisieren können. Nach ihrem Verständnis ist ein eigentlich lebensfähiger Betrieb geschlossen worden, weil er nicht in die Marktbereinigungsstrategie der „Kalimafia" (Betriebsrat Brodhun) paßt. Zwei Überzeugungen der Kumpel sind für den außergewöhnlichen Kampf und somit für

[1] Lobender Kommentar einer Kollegin in einer Diskussionsveranstaltung der IG Medien in Frankfurt (FR 19.8.93)

Gossner Mission

die Frage der Übertragbarkeit entscheidend:
Erstens haben sie die *betrieblichen ökonomischen Rahmenbedingungen* für eine Fortsetzung der Produktion für sehr günstig gehalten. Zweitens haben sie darauf gesetzt, das *politische Hindernis für den Betriebserhalt mit politischen Mitteln* aus dem Weg zu räumen. Betriebsbesetzung und Hungerstreik erschienen als die einzigen und letzten Mittel, diesen Standpunkt öffentlich zu machen und politisch durchzusetzen.

Die politische Kalkulation der Besetzer: Bischofferode zu einem Fall von nationaler Bedeutung machen

Was können Belegschaften gegen Betriebsstillegungen tun? Das stärkste Kampfmittel, das sie zur Verfügung haben, der Streik, bleibt ausgerechnet dann wirkungslos, wenn es um das substantielle Arbeitsplatzinteressse geht. Wie sollte auch durch den Entzug der Arbeitskraft, die gerade keiner in Anspruch nehmen will, die eigene Benützung, also Beschäftigung zu erzwingen sein?

Immer mehr Belegschaften greifen in dieser verzweifelten Situation, in der keine betrieblichen Kampfinstrumente mehr zu greifen scheinen, zur Kampfform der Betriebsbesetzung. Mit Hilfe außerbetrieblicher Unterstützung und öffentlichen Drucks versuchen sie dann, eine betriebliche Lösung durchzusetzen.

Der Mobilisierungsstreik: Betriebsbesetzung und Hungerstreik

Betriebsbesetzungen können in dieser Situation in mehrfacher Hinsicht nützlich sein:

- Zunächst kann die Betriebsbesetzung die materiellen Voraussetzungen zur Fortsetzung der Produktion sichern (Zusammenhalt von Produktionsmitteln und Belegschaft).
- Zweitens kann die Besetzung als Medienereignis inszeniert werden. Das ist oftmals die einzige Möglichkeit, auf sich aufmerksam und den eigenen Standpunkt publik zu machen.
- Drittens bietet die Betriebsbesetzung mannigfache Voraussetzungen zur aktiven eigenen Öffentlichkeitsarbeit. Das Kaliwerk in Bischofferode war so auch ein Publikumsmagnet, hier gab es 'Widerstand zum Anfassen'.
- Viertens ist die Besetzung sichtbarster Ausdruck der Empörung und der Notlage der Belegschaft.

Noch vor wenigen Jahren war jede Betriebsbesetzung ein spektakuläres Ereignis, dessen sich die nationale Presse annahm. Mit der Verallgemeinerung der Krise und dieser

Medien, Hungerstreik und Arbeitskampf: Ihre Wehrlosigkeit macht sie so sympathisch!

„Der Hungerstreik war die einzige Möglichkeit, die Öffentlichkeit auf uns hinzuweisen. Das Echo in den Medien auf die Besetzung war nicht groß. Da war mal ne kurze Meldung, dann war's weg. Wir haben den Hungerstreik gemacht, weil wir uns gesagt haben: Wir müssen die Öffentlichkeit haben. Die Besetzung hatten wir seit April laufen, wo die Leute sich ihre Zeit um die Ohren geschlagen haben - und es ist nichts passiert. Das hat überhaupt niemand zur Kenntnis genommen ..." *(Betriebsrat Walter Ertmer 1.12.93)*

„Bei der Treuhand waren wir, in Berlin und Düsseldorf, in Bonn und Bitterfeld, bis uns nur noch das Hungern blieb" (Erich K., Schlosser). „Wir fühlen uns verdammt unwohl, wenn uns die Medien auf den Hungerpritschen ablichten. Doch sag' mir, was wir noch tun sollen, wir handeln in Notwehr und müssen es wohl weiter tun" *(Jürgen B., beide Zitate aus ND 2.8.93).*

Wie immer man zum Hungerstreik steht, unstrittig ist, ohne ihn wäre Bischofferode nicht zum Medienereignis und ohne Medien wären die Interessen und Argumente der Kumpel nicht zu einem bundesweiten Politikum geworden. Andererseits liegt es in der Logik der Medien, daß ihr Interesse an einem 'Fall' schnell verblaßt, wenn sie nicht mit weiteren und noch spektakuläreren Nachrichten gefüttert werden. Der Öffentlichkeitseffekt des Arbeitskampfmittels Hungerstreik ist insofern zeitlich begrenzt und nicht beliebig wiederholbar. Belegschaften anderer Betriebe, die in Anlehnung an Bischofferode den Hungerstreik als Mittel des Arbeitskampfes einzusetzen versuchen, werden dies zu spüren bekommen. Denn 'das ist ja nichts Neues.'

Nach dem Hungerstreik sucht die Belegschaft letztlich vergeblich nach weiteren, neuen medienwirksamen Aktionsformen. Der Marsch nach Berlin ist ein Versuch, das öffentliche Interesse nach der heißen Sommerphase auch im kalten Herbst wachzuhalten. Doch den großen Medienerfolg bringt diese Aktion nicht ein.

„Die Medien muß man erst mal haben. Denn wichtig ist, egal was für Kampfformen man wählt, sie sollen nicht abgegriffen sein, weil die Medien da nicht drauf reagieren. Es müssen neue Ideen geboren werden. Wie die aussehen, da habe ich keine Vorstellungen. Wenn wir sie gehabt hätten, hätten wir sie wahrscheinlich auch angewendet." *(Betriebsrat Jüttemann -Interview 26.1.94)*

Hinzu kommt, daß man als 'Nachricht' nur begrenzten Einfluß auf Inhalt und Bewertung der Berichterstattung hat. Wer Wert darauf legt, von den Medien mit Sympathie bedacht zu werden, muß sich gewissen inhaltlichen Regeln unterwerfen. Wer Hungerstreik und Betriebsbesetzung als Mittel für einen höheren Lohn einsetzt, kann keine öffentliche Sympathie erwarten, er darf sich über eine Medienhetze dann nicht wundern. Der Hungerstreik ist noch mehr als der ökonomische Streik nur als letztes Mittel der Notwehr geduldet.

Hatte die Belegschaft nicht bis Weihnachten 92 alle 1300 Entlassungen ohne Murren ertragen und sich ruhig verhalten? Wurden nicht die Versprechungen, damit die verbleibenden Arbeitsplätze zu retten, schändlich gebrochen? Hatte diese Belegschaft, die sich nichts zuschulden hat kommen lassen, nicht ihre Bescheidenheit und Redlichkeit zur Genüge unter Beweis gestellt? Ist es da nicht nur verständlich, daß sich die Belegschaft betrogen und hintergangen fühlt und wütend und verzweifelt ist? Wer sich in solch auswegloser Lage mit ungewöhnlichen Mitteln zu Wort meldet, der tut es aus berechtigter Verzweiflung, dem billigt die Öffentlichkeit 'mildernde Umstände' zu. Erst wenn nichts mehr geht, darf man sich wehren, denn dann nutzt es ja auch nichts mehr. Diese Logik, nach der die Öffentlichkeit einen illegalen und spektakulären Protest erst dann anerkennt, wenn er mit der Geste der Anständigkeit und Hilflosigkeit vorgetragen wird oder vermarktet werden kann, illustriert folgendes Zitat aus der Sächsischen Zeitung vom 18.8.93:

„Es ist die absolute Hilflosigkeit, die die zwölf Männer zum Hungerstreik treibt. Seit Donnerstag abend 18.00 haben sie ihren stillen Protest begonnen." „So sehen sie denn im Hungerstreik zu Recht nicht ein Mittel des Arbeitskampfes oder des Arbeitsplatzerhaltes, sondern ein Zeichen der Ohnmacht gegenüber den Mächtigen."

Sobald ein Arbeitskampf die formalen und inhaltlichen Regeln der Medienöffentlichkeit verletzt, bekommt jede Belegschaft zu spüren, daß sich auch der politische Gegner der Medien zu bedienen weiß. Und das tut dieser in der Regel viel erfolgreicher, leben doch große Politik und Medien in symbiotischer Abhängigkeit voneinander: Geb ich Dir die Information, gibst Du mir eine schöne Meldung.

Gossner Mission

Kampfform in den neuen Bundesländern ist es immer schwieriger geworden, mit Betriebsbesetzungen öffentliche Empörung über Arbeitsplatzvernichtungen und Massenentlassungen zu organisieren. Zunächst berichtet 'nur' die Lokalpresse, wenn auch sehr ausführlich und wohlmeinend, über die Betriebsbesetzung in Bischofferode. Dies ändert sich mit dem Hungerstreik. Seitdem ist Bischofferode über Monate Thema in den großen Tageszeitungen und elektronischen Medien.

Der Beschluß zum Hungerstreik ist sowohl Ausdruck der verzweifelten Lage als auch Bestandteil der auf Öffentlichkeitswirksamkeit bauenden Gesamtstrategie. Gleichwohl ist der Hungerstreik innerhalb der Belegschaft wie in der Solidaritätsbewegung von Anfang an umstritten.

So antwortete Jörg Mehling, Bevollmächtigter der IGM Magdeburg, auf eine Frage der TAZ, ob die Belegschaft des ehemaligen Schwermaschinenkombinats SKET gegen



die Zerschlagung des Konzernverbundes ähnliche Aktionen wie in Bischofferode plane:
„Solange wir Ideen haben, hören wir nicht auf zu essen." (TAZ 9.10.93)

Der Hungerstreik basiert auf einer an sich widersprüchlichen Logik. Einerseits ist er Ausdruck des Bewußtseins von Ohnmacht und Hilflosigkeit der Hungerstreikenden. Insofern ist der Hungerstreik kein Kampfmittel im Sinne eines *Erzwingungsstreiks*, denn einen *ökonomischen Schaden*, der den Gegner zum Nachgeben bewegen könnte, richtet er nicht an. Er zielt vielmehr auf die öffentliche Meinung. Eine Art *'öffentlicher Entlarvungsstrategie'* soll diejenigen, die durch ihr Nachgeben den Hungerstreik beenden könnten, öffentlich ins Unrecht und damit *politisch-moralisch unter Druck* setzen. Dies unterstellt allerdings, daß diejenigen, die ohne Skrupel den Menschen den Arbeitsplatz und damit die Lebensgrundlage entziehen, sich durch die Androhung des freiwilligen Selbstverhungerns moralisch und politisch beeindrucken lassen. So ist der Hungerstreik auch Ausdruck einer immer noch vorhandenen, kleinen Hoffnung, daß Politiker in Wirklichkeit vielleicht doch nicht so skrupellos, unmoralisch und ungerecht sind, wie sie es dem Anschein nach sind.
„Sie können es uns glauben, der Herr Kohl kommt hierher und der läßt sich was einfallen, denn der nimmt das nicht auf sein Gewissen, daß hier 40 Leute hungern. Und das hat ja auch noch andere Konsequenzen, wenn die Leute noch weiter hungern und wir halten durch hier unten." (Bärbel W. im Juli 1993 während des Hungerstreiks in der Kaligrube)

Würden die Hungerstreikenden nicht hoffen, daß die Politiker nicht so weit gehen, wie sie selbst zu gehen drohen, nämlich den Tod der Hungerstreikenden in Kauf zu nehmen, so machte ein Hungerstreik, der wirklich etwas erzwingen will, wenig Sinn. Andererseits kalkulieren viele Hungerstreikende von vornherein auf die öffentliche Entlarvung der Politiker: Nicht nur, daß sie die Menschen in eine Not-Lage bringen, in der diesen nur der Hungerstreik als letztes Mittel bleibt, die hohen Herren aus der Politik lassen sich nicht einmal dadurch zur Umkehr bewegen. Für die Hungerstreikenden wird somit das zur Gewißheit, was man befürchtet hat und öffentlich demonstrieren wollte: Politiker und Staat tun Unrecht und haben sich ins Unrecht gesetzt, der Hungerstreik hat sie entlarvt. Wer glaubt, Politiker ließen sich wirklich mit einem Hungerstreik zu etwas zwingen, der wird entweder eines Besseren belehrt oder er verhungert:

„Ich hätte nie gedacht, daß uns der Bundeskanzler Kohl so hängen läßt. Nach dieser Woche (Hungerstreik, d.V.) waren wir einige Male in Bonn. Wir haben auch mit den höheren Menschen gesprochen. Diese Menschen haben kein Gewissen." (Bärbel W. im Dezember 1993 im heimischen Wohnzimmer)

„Es hat sich so zugetragen, wie es in den Schulbüchern von damals stand"

Die eigene Stärke wie auch die enorme Außenwirkung des Arbeitskampfes in Bischofferode basieren nicht zuletzt auf der festen Überzeugung, daß die betriebswirtschaftliche Möglichkeit der Weiterführung des Betriebs durch die antimarktwirtschaftliche Kungelei zwischen Treuhand, BASF, Regierung und Gewerkschaft zunichte gemacht worden ist. D.h. die Bergleute aus Bischofferode

- sehen keinen 'vernünftigen' ökonomischen Stillegungsgrund;
- halten den Betrieb vielmehr für technisch und ökonomisch lebensfähig, also für rentabel und somit konkurrenzfähig (Arnold-Gutachten);
- berufen sich auf die ausgezeichnete Qualität ihres Produkts und die ungebremste Nachfrage;
- verweisen auf potentielle Käufer (Peine);
- klagen die Versprechungen von Anschluß und Wahlen ein;
- kritisieren, daß hauptsächlich der Osten den Preis für ein deutsches Kalimonopol zu zahlen hat;
- fühlen sich als ehemalige DDR-Bürger wie 'Menschen zweiter Klasse' behandelt;
- empfinden schließlich die ganze Sache als maßlos ungerecht.

Die politische Kernaussage der Kumpel lautet: Daß unsere Arbeitsplätze vernichtet werden und die Verheißungen von Demokratie und Marktwirtschaft nicht eingetroffen sind, liegt an der *staatsmonopolistischen Mißachtung* der Grundsätze der freien Marktwirtschaft. Sinnbildlich setzen sie diese Auffassung auf dem Aktionstag am 1.8.93 in Szene: Vor laufenden Kameras wird von Kohl und Treuhandchefin Breuel die totgeglaubte Monopolwirtschaft (ehemalige DDR-Ökonomie) wiederbelebt und statt dessen im frischen Grab des Scheintoten die Freie Marktwirtschaft beigesetzt.

Die Kalikumpel gelten nicht zuletzt deswegen als radikal, weil sie die schlechte Meinung über den Kapitalismus, wie sie zu SED-Zeiten im Osten ständig zu hören war, wiederbelebt zu haben scheinen. Dieser Eindruck hat ihnen viel Sympathie, aber auch viel Kritik eingetragen.
„Ich sage ja, das, was wir in der Schule gelernt haben: Staatsmonopolismus. Früher habe ich es nicht geglaubt, aber heute weiß ich es." (Kolle-

Gossner Mission

ge im Film 'Um uns selber müssen wir uns selber kümmern')
„Wir haben früher gelernt, wie der Kapitalismus ist, und es hat sich wirklich so zugetragen, wie es in den Schulbüchern von damals stand. So traurig das ist, das ist eben realer Kapitalismus, der geht über Menschenrechte und was weiß ich alles." (Gerhard G. im Film: Angst am roten Berg. Die Kalikumpel von Bischofferode. HR 3, 4.1.94)
„Die obersten Repräsentanten des Erhard-Erbes sind bloßgestellt als Monopol-Schmiede. Sie haben den Auftrag, den Wettbewerb zu hüten, sträflich vernachlässigt. Dies wollten die Kumpel öffentlich machen."
(Sächsische Zeitung 18.8.93)



Nicht Mißmanagement, sondern „ein kapitalistisches Lehrstück"

In der Vergangenheit sahen viele von Betriebsschließungen und Massenentlassungen betroffene Belegschaften den Grund für die Arbeitsplatzvernichtung hauptsächlich in der Unfähigkeit und den Fehlern des Managements. Die Kalikumpel gehen einen Schritt weiter. Sie machen nicht Mißmanagement und die Unfähigkeit zu kalkulieren, sondern die gelungene Kalkulation selbst für die Schließung verantwortlich. In einem 'Gastkommentar' des vom Betriebsrat herausgegebenen 'Neuen Kali-Echo' heißt es unter der Überschrift „Schacht Bischofferode ein kapitalistisches Lehrstück":
„... Wider besseres Wissen reden BASF, Kali+Salz sowie die Treuhand den Bischofferoder Kalischacht in Grund und Boden. Die Tatsachen jedoch beweisen: Der Schacht hat sichere Märkte, seine Produkte eine ausgezeichnete Qualität, die Produktivität erreicht Westniveau (und mehr), die Preise sind auch ohne Dumping konkurrenzfähig. Und trotzdem - oder gerade deshalb - soll der Schacht Bischofferode sterben, um das Monopol der BASF zu sichern. ... Von sozialer Verantwortung, wie im Grundgesetz festgeschrieben, ist hier nichts zu spüren! Kapital kennt nun mal keine soziale Verantwortung - da nutzen keine Illusionen."
(Ein neues Kali-Echo, Juli 1993)

In dieser monopolistischen Kalkulation sehen die Besetzer einen eklatanten Verstoß gegen die Grundregeln der sozialen Marktwirtschaft. Deren Mißachtung konnte der Monopolist BASF demnach deswegen durchsetzen, weil die Politiker sich erstens nicht um die Arbeitsplätze kümmern, zweitens mit der BASF in einem Boot sitzen und drittens als Westpolitiker eh keine Ahnung von den Nöten der Menschen in Ostdeutschland haben:
„Mit diesen Politikern schafft man das (den Aufschwung, d.V.) nicht, davon bin ich felsenfest überzeugt, da die viel zuviel verstrickt sind." (Kollege im Film: „Um uns selber müssen wir uns kümmern")
„Der Ministerpräsident Vogel ist ja von Rheinland-Pfalz gekommen, den haben sie dort abgesetzt, weil er dort wahrscheinlich auch nur Mist gemacht hat. Und jetzt will er hier bei uns große Sprünge machen und hier auch alles kaputtmachen. Das geht doch einfach nicht. Ich meine, dann sollten sie doch die Leute drüben behalten und von uns Leute einsetzen, die echt Ahnung davon haben und auch verstehen, was uns am Herzen liegt, daß wir unsere Arbeit behalten wollen und nicht irgendwelche Ersatzarbeitsplätze." (Ingeburg K., arbeitet seit 22 Jahren im Kaliwerk; Film: „Angst am roten Berg", HR3)

„Lange Rede kurzer Sinn, die Ossis opfern alles hin" (Transparent in Bischofferode am 1.8.93)

Die BergarbeiterInnen verstehen ihren Kampf auch als Signal gegen das umfassende Plattmachen des Ostens insgesamt. Ihr Protest richtet sich auch gegen die neuen Funktionäre, die Herren Manager und Politiker aus dem Westen, die ihnen dies alles offenbar eingebrockt haben. Insbesondere haben auch die Wessi-Sprüche von der 'sozialistischen Faulenzerei', die den realen Sozialismus offenbar mit einem 'kollektiven Freizeitpark' (schön wär's) verwechseln, die 'Ossis' in Rage gebracht. Manche Kumpel sehen in der Grubenschließung gar einen 'kapitalistischen Racheakt' für sozialistische Missetaten.

Die Schließung der Kaligrube ein 'kapitalistischer Racheakt'?

Karl W.: *Das ist doch keine Marktwirtschaft. Wir haben das Kali billig verscheuert. Das wollen die uns heute zurückzahlen.*

Gerhard K.: *... obwohl wir ja nichts dafür konnten...*

Karl W.: *Wir hatten 40 Jahre einen gesicherten Arbeitsplatz...*

Gerhard K.: *Herr Teusch, der Vorstandssprecher von der MDK, sagte in Bischofferode vor der Belegschaft: ... 'Jetzt solls Euch auch mal so gehen, daß ihr um Euren Arbeitsplatz bangen müßt.'*

(Kalikumpel im Gespräch: Eichsfelder Tageblatt, Christine Schwarting)

Die Kumpel sind sich sicher, daß westliche Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftsbosse, nicht aus Sachzwängen, sondern aus freien Stücken und mit voller Absicht, die Ossis fertigmachen wollen. Je deutlicher wird, daß betriebswirtschaftliche Schließungsgründe nur vorgeschobene Scheingründe sind, desto mehr erhärtet sich der Verdacht, daß die Wessis vorsätzlich 'falsch gerechnet' haben. In Wahrheit, so glauben die Kalikumpel, ist ihr eigentlich funktionsfähiger Betrieb deswegen plattgemacht worden, weil Westpolitiker im Verein mit Westunternehmen sich auf Kosten Ostdeutschlands sanieren wollen. Die verweigerte Einsicht in den Fusionsvertrag werten die Kumpel als öffentliche Bestätigung ihrer schlimmsten Befürchtungen.

Dieser offen geäußerte Verdacht erregt nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit, sondern auch hektische Beschwichtigungsversuche der etablierten Parteien. Die Politiker der großen Parteien befürchten, daß enttäuschte Hoffnungen in die Politik der 'Wiedervereinigung' womöglich 'der' falschen Ost-Partei zugute kommen könnten oder, was noch schlimmer wäre, dazu führen könnten, daß die Menschen beginnen, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.
„Gehen Sie doch mit ihren ... in den Westen, dann nehmen wir unsere Geschicke selber in die Hand, dann geht es aufwärts mit diesem Land." (Arbeiter zu Ministerpräsident Vogel in der besetzten Grube im Juli 1993 im Film „Angst am Roten Berg")
(Michael Brockhaus)

"Die Keimzelle oder Bischofferode kann bald überall sein"
(FR 23.7.93)
„Das Symbol Bischofferode ist für alle da"
(Stuttgarter Zeitung 19.8.93)
„Die Lunte, die wir hier gelegt haben, soll brennen, und zwar in ganz Ostdeutschland"
(Betriebsrat der Thüringer Faser-AG (laut FR 23.7.93)

Gossner Mission

„Die Herren machen es selbst, daß ihnen der arme Mann feind wird" (Thomas Müntzer)

Reaktions- und Argumentationsmuster der Poltik

Zwei Jahre lang hatten sich die Kumpel mit dem Versprechen, Entlassungen und Rationalisierungen wären notwendige Maßnahmen, die verbleibenden 700 Arbeitsplätze rentabel zu machen, hinters Licht führen lassen. Als dann Weihnachten 92 das Aus kommt, ist die Geduld am Ende. Schnell wird deutlich, daß die Politiker mit ihrer üblichen Vertröstungstour jetzt nichts mehr beschwichtigen können.
Das zur Routine geronnene Schema, mit dem die Politiker, gemäß den eingeübten Reaktions- und Argumentationsmustern ihres 'Gewerbes' die Kumpel für dumm verkaufen wollten, zog diesmal nicht in der sonst so erfolgreichen Weise.

Argumentationsmuster Nr. 1: „Verständnis ja, - aber, doch, nur..."

Anfangs versuchen die Politiker zwar noch, mit der üblichen Heucheltour bei den Kumpeln zu landen: Selbstverständlich könne man ihren Protest irgendwie nachempfinden und habe auch Verständnis für das Anliegen, Arbeitsplätze zu retten. Doch schon im nächsten Satz folgt das 'Aber'.

Stellvertretend für viele, zwei Bispiele: Der niedersächsische Wirtschaftsminister Peter Fischer (SPD) meint im Juli gegenüber dem Handelsblatt, die Aktionen der Kalikumpel seien verständlich, sie seien eine nachvollziehbare Reaktion auf die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung. *Doch* im Fall der Kaliindustrie träfe der allgemeine Vorwurf nicht:
„Die Kaliindustrie ist ein gelungenes Beispiel für ein geschlossenes gesamtdeutsches Konzept... Die Streiks in Bischofferode gefährden dieses Gesamtkonzept." (HB 22.07.93)
Oder der Herr Theo Waigel (Finanzminster):
„Natürlich muß man es ernst nehmen, wenn ein Mensch zu diesem Mittel greift, um auf seine Situation aufmerksam zu machen. Nur darf es nicht so aussehen, als ob man mit einem Hungerstreik mehr erreichen kann als mit Argumenten. ... Durch Hungerstreik entsteht



Am Aktionstag 1.8.'93

Gossner Mission

natürlich kein einziger Arbeitsplatz." (Waigel, Leipziger Volkszeitung 02.08.93)

Warum eigentlich nicht? Wer entscheidet denn das? Was die Politiker nicht wollen, erklären sie ganz einfach für unmöglich.

Argumentationsmuster Nr. 2: "Arbeitskampf sinnlos - Sachzwang schließt Grube"

Wenn auch der Kampf verständlich sei, so seien doch Betriebsbesetzung und Hungerstreik in einer Situation, in der schon alles entschieden sei, völlig unvernünftige, sinnlose und rein moralische Maßnahmen.
„Das Unvernünftige an dem Hungerstreik ist: hier gehen die Menschen gegen eine Sache an, die nicht zu ändern ist." (Treuhand-Vorstand Klaus Schucht, Spiegel 29/93 S. 86)

Als ob die Schließung der Grube nicht das Ergebnis ihres politischen Willens und Entschlusses gewesen wäre, verstecken sich die Politiker mal wieder hinter dem großen Sachzwang namens Marktwirtschaft und beteuern, daraus wie immer nur das Beste zu machen.

Argumentationsmuster Nr. 3: „Entlassungen verhindern Arbeitslosigkeit"

Ein Kampf, der einen Sachzwang ignoriert, ist unvernünftig und deswegen sinnlos. Welchen Sinn es macht, einem unvernünftigen Sachzwang zu folgen, erläutert Herr T. Waigel den Kumpeln:

„Es geht einzig und allein um die Frage: Wie können wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden? ... Der Staat kann keine Dauergarantie für einen Arbeitsplatz geben. Jeder Arbeitsplatz muß sich zumindest auf längere Sicht selber bewähren, rentabel sein und betriebswirtschaftlich seinen Platz finden. Die Politik kann dabei helfen, etwa durch das nachhaltige Bemühen, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, oder durch vorübergehende Beschäftigungsgesellschaften. ...
Wir sind in Deutschland, aus gutem Grund, dabei, zu privatisieren und staatliche Beteiligungen und Aufgaben in die freie Wirtschaft zu verlagern. Staatsunternehmen oder staatliche Unternehmensbeteiligungen, das hat die Vergangenheit gezeigt, führen dazu, daß die notwendigen Strukturveränderungen und die Marktanpassungen nicht oder zu spät in Angriff genommen werden. Letzten Endes würde dies zum Bankrott eines Landes führen. Auch deshalb wären staatlich garantierte Arbeitsplätze ein Weg, der in die Irre führt ... Hier vermengt sich Wünschbares mit nicht Realisierbarem. Hier muß die Politik auch ihre Grenzen darstellen und sagen, was sie nicht kann." (Leipziger Volkszeitung 2.8.93)

Waigel fragt nicht, 'Wie können Arbeitsplätze geschaffen werden', sondern '*Wie können wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden*'. Ihm geht es 'einzig und allein um die Frage', daß ein Arbeitsplatz '*rentabel sein und betriebswirtschaftlich seinen Platz finden*' muß, sprich einem Unternehmer Gewinn bringt. Kein Gewinn, kein Arbeitsplatz, kein Lebensunterhalt. Daß in dieser Rechnung die Menschen nur dann ihren Lebensunterhalt erarbeiten können, wenn sich dies für einen anderen lohnt, kritisiert Waigel nicht als ein ungleiches Abhängigkeitsverhältnis.



Im Gegenteil, er stellt sich hinter den alltäglichen Sachzwang der Wirtschaft, der nichts anderes ist als eine schlichte, aber sehr wirksame Erpressung der Lohnabhängigen: 'Entweder ihr arbeitet so rentabel, sprich billig, daß es sich für einen Unternehmer lohnt, euch aber der Lohn kaum zum Leben reicht, oder aber ihr arbeitet gar nicht.'

Waigel bedauert nicht mal, daß die Marktgesetze den Handlungsmöglichkeiten der Politik 'Grenzen' setzen. Wie sollte er auch. Ist es doch die Politik selbst, die mit Gesetzen, Geld und Gewalt die freie Marktwirtschaft erst möglich macht, sie als Sachzwang politisch absichert, fördert und als Basis des eigenen weltweiten politischen Einflusses zu schätzen weiß.

Übrig bleibt nur eine Kritik: Das Recht auf Arbeit gefährdet Arbeitsplätze, weil es den Strukturwandel verhindert. Die heutige Arbeitslosigkeit der Kumpel ist nach Waigels Logik die Folge des in der DDR garantierten Rechts auf Arbeit. Die Herstellung rentabler Arbeitsplätze geht eben nur über die Vernichtung der unrentablen. Das ist zwar die Wahrheit, aber noch lange kein Naturgesetz und schon gar nicht gut - zumindest nicht für alle.

Argumentationsmuster Nr. 4: „Egoistischer Arbeitskampf gefährdet alle Kaliarbeitsplätze"

Das 'stärkste' Argument der Kumpelgegner in der Öffentlichkeit ist die Behauptung, die Bergleute in Bischofferode gefährdeten mit ihrem Kampf die Sicherung der restlichen 7500 Arbeitsplätze in der gesamten Kaliindustrie. Seit wann entscheiden Arbeiter über Sein und Nichtsein von Arbeitsplätzen? Schön wär's ja.

Diese immer wieder aufgestellte Behauptung ist nichts anderes als die Umkehrung der verqueren 'Kalimafia'-Propaganda, die da heißt: Jeder von uns wegsanierte Arbeitsplatz ist ein einziger Dienst an allen anderen, die noch übrigbleiben. Deswegen ist gerade die *Schließung* der Kaligrube in Bischofferode ein „maßgeblicher Beitrag zur Sicherung der Kaliarbeitsplätze in Ostdeutschland." Man sieht, eine Behauptung wird nicht automatisch dadurch richtig, daß man sie umdreht. Doch um Wahrheit geht es bei solcher Art von Argumenten nicht. Ziel ist es, den Kampf der Bergleute als 'verbohrten Egoismus', der sich auf 'Kosten anderer Privilegien zu sichern' sucht, zu diffamieren:

„Eine Durchsetzung von Einzelinteressen für Bischofferode verhindert die wirtschaftliche Gesamtoptimierung. Eine Abweichung von

Gossner Mission

diesem Konzept - auch zeitlich - würden die Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze erhalten werden sollen, sicherlich nicht hinnehmen." (Stellungnahme der MdK zum Fusionsvertrag, GT 03.07.93)

Dank der Unterstützung der Bergbau-Gewerkschaft gelingt es tatsächlich, viele Belegschaften anderer Kaligruben gegen die Kumpel aus Bischofferode aufzubringen und sogar Gegendemonstrationen in Kassel und Mannheim zu organisieren. Diese Argumentation zielt nicht nur auf eine Spaltung der Kalibergarbeiter, sie ist vor allem eine Aufforderung, härter gegen die Kumpel durchzugreifen: 'Es kann nicht angehen, daß eine Minderheit gegen die Beschlüsse einer konzertierten Aktion aufbegehrt, sich unsolidarisch und egoistisch auf Kosten anderer Privilegien zu sichern sucht, das darf nicht Schule machen und deswegen auf keinen Fall geduldet werden.' Hier steht eben mehr auf dem Spiel, deswegen werden auch die kleinsten Zugeständnisse an die Kumpel *politisch* kritisiert.

Argumentationsmuster Nr. 5: „Den Kumpeln geht es um Politik - Politik darf nicht erpreßbar sein!"

Wozu sich die CDU-Bundesregierung und die CDU-Landesregierung zwingen lassen, das geht dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Niedersachsens Fischer bereits zu weit. Was andere hoffen, bereitet der SPD Kummer:
Fischer *„befürchtet nach den Zusagen der Bundesregierung und der Landesregierung Thüringens, für 700 Kalibergleute Dauerarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, einen 'Dammbruch' in Ostdeutschland. ... Es sei nicht auszuschließen, daß auch die Belegschaften anderer krisengeschüttelter Unternehmen durch Hungerstreik mit Erfolg für Ersatzarbeitsplätze demonstrieren werden."* (Handelsblatt 22.07.93) Wäre das nicht schön?

Ähnlich wie der Sozialdemokrat argumentiert der K+S -Vorstand. Einen Teil der Schuld für den hartnäckigen Kampf der KaliarbeiterInnen schiebt er auf die thüringische Landesregierung in Erfurt. Dort habe man den Prozeß *„politisch radikalisiert, indem man den Betroffenen Hoffnung gemacht habe, daß der Betrieb, der objektiv nicht überlebensfähig ist, erhalten werden kann."* (K+S-Vorstand 17.07.83 TA)

„Darf Politik erpressbar sein?" fragt mit Blick auf Bischofferode konsequenterweise das Hamburger Abendblatt und gibt auch gleich selbst die Anwort: *„Sie darf es nicht."*

Das Springerblatt meint, die Bergleute seien die Erpresser. Sie setzen sich, so das Blatt, *„über die Realitäten hinweg."* (Konkret 9/93)

Einen Schritt weiter geht der stellvertretende Heiligenstädter Landrat Manfred Grund. In einem ADN-Gespräch bezeichnet Grund den Hungerstreik als „Nötigung des Staates". Wer Entscheidungen des Bundestages, egal ob sie richtig oder falsch seien, nicht akzeptiere, rüttele an den Grundlagen der Demokratie. Die Kalikumpel führten keinen Arbeitskampf, sondern einen politischen Kampf. Es gehe ihnen nicht mehr um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. *„Sie wollen die Treuhand in die Knie zwingen."* (ADN 26.07.93 Nr. 09 9 2108) Die einzig logische Schlußfolgerung aus dieser Auffassung wäre die konsequente Durchsetzung des bestehenden Verbots des politischen Streiks.

Demnach legitimieren weder der Inhalt politischer Entscheidungen noch die Opfer, die eine Regierung ihren Untertanen zumutet, politischen Widerstand. Entscheidend ist allein die Systemfrage:
„Widerstand ist in einem totalitären System geboten, nicht in einem Rechtsstaat" antwortete Kanzleramtsminister Bohl auf die Frage eines Reporters, ob man nicht *„den Menschen in den neuen Ländern mit dem zum Erhalt von Bischofferode die Hoffnung nimmt, daß sich der Widerstand auch durchaus lohnen kann."* (Presse und Informationsdienst der Bundesregierung vom 16.07.93 Nr. 300/93)

In der Demokratie darf sich Widerstand schon aus Prinzip nicht lohnen. Welch ein Unterschied zum 'Totalitarismus'!

„Ich sage mal, politisch war es nicht gewollt, daß Bischofferode gewinnt. Koste es was es wolle. Es kostet Millionen. Damit nicht ein Zeichen gesetzt werden konnte, wenn man sich wehrt, hartnäckig genug wehrt, kommt man zum Erfolg. Das ist auch der Grund weshalb wir unbedingt weg mußten."

Argumentationsmuster Nr. 6: Schluß mit Argumenten!

Mit dem wachsenden Öffentlichkeitserfolg des Arbeitskampfs im Sommer nehmen Druck und Spaltungsversuche der Gegenseite zu.

- Bereits anderweitig verplante ABM-Arbeitsplätze werden den Kumpeln angeboten. Diese erkennen den Schwindel und lehnen in einer Betriebsversammlung am 16.07. mit 535 zu 50 Stimmen derartige Angebote ab. Sie wollen keine Arbeitsplätze auf Kosten anderer.
- Drei Tage nach dem erfolgreichen Aktionstag am 01.08.93 stellt die Treuhand ein Ultimatum. Entweder die Grube wird bis zum 20.08. geräumt, oder das Werk wird sofort geschlossen, in diesem Fall sollen die Abfindungen von maximal 20.000 auf 5.000 DM gekürzt werden. Ob die Grube anderenfalls polizeilich geräumt werden würde, läßt MdK Aufsichtsratschef Steger offen. (FR. 19.08.93)
- *„Arbeitsamt setzt Kalikumpel unter Druck"* meldet am 30.08.93 die FR. KollegInnen sollen einen Teil des Juli-Kurzarbeitergeldes an das Arbeitsamt zurückzahlen, weil sie am Hungerstreik beteiligt waren. Die Behörde fordert die Werksleitung auf, die Namen der entsprechenden Personen zu nennen. „Damit soll die Belegschaft zur Aufgabe gezwungen werden", so Betriebsratssprecher Walter Ertmer.
- Am 21.09. faxt der Betriebsrat: *„SOS. Jetzt wird es ernst! Der Vorstand der MdK AG hat eine neue Phase im Kampf um Bischofferode eingeleitet. Unser Kollege, der Grubenbetriebsführer Günther Henkel, der als gewählter Berater des Betriebsrates tätig war, soll gekündigt werden. ... So will man den Widerstand in Bischofferode brechen ..."*

Mit vielen kleinen und großen Nadelstichen, öffentlichen Erklärungen, Scheinangeboten, Ultimaten und indirekten Gewaltandrohungen versuchen die Gegner die Kumpel nervös und mürbe zu machen. Obwohl die Kumpel sich der öffentlichen Sympathie und Solidarität im Sommer 93 sicher sein können, ist ein Durchbruch nicht in Sicht. Ihr einziges Mittel, die öffentliche Meinung, reicht nicht, um den notwendigen politischen Druck zu entfachen. Die andere Seite sitzt am längeren Hebel, mit Argumenten ist jetzt nichts mehr zu bewegen: *„Wir haben festgestellt, sämtlich wirklich einleuchtenden Argumente haben hier nicht gereicht. In diesem System kannst Du mit Argumenten nicht viel werden. Hier regiert nur das Kapital und weiter nichts!"*(BR Jüttemann Interview 26.01.94)

Die Argumente sind ausgetauscht, alles andere ist jetzt eine Machtfrage, und Macht haben die Kumpel nicht. In der EG-Monopolkommission sehen sie den einzigen mächtigen, potentiellen Verbündeten, der die deutsche Kalimafia in die Knie zwingen kann
„Die EG hat signalisiert, daß der Hungerstreik zumindest ausgesetzt werden muß, damit der politische Druck auf die Prüfung sich vermindert." (BR Brodhun laut GT vom 23.08.93)

Wiederaufnahme der Produktion, Aufgabe der Besetzung (nur noch symbolisch vor dem Tor), Beendigung des Hungerstreiks, öffentliche Zurückhaltung, keine Aktionstage mehr in Bischofferode, das sind im Herbst 93 die Zugeständnisse an die EG-

Gossner Mission

Kommission, von der die Kumpel sich eine Aufhebung des Fusionsvertrags erhoffen. *„Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn man im August, September nicht auf die EG gehofft hätte, denn wir haben ja bewußt da so eine Art Ruhepause eingelegt."*(BR Jüttemann Interview 26.01.94)

Begründetes Mißtrauen, daß die EG-Kommission ohne massiven Druck aus Bonn und Ludwigshafen (BASF) eigenständig zur Billigung des Fusionsvertrages gekommen ist, haben nicht nur die Kumpel. Der Rest ist bekannt.

Das Ergebnis: Deutsche Standortpolitik auf Kosten der Kumpel (Ost)

Gerade weil die Grubenschließung Folge der politischen Entscheidung war, ein deutsches Kalimonopol zu schaffen, ist die Hartnäckigkeit mit der sich die 'Kalimafia' dem Kampf der Kumpel entgegenstellt, auch *nicht* Ergebnis einer *einzelbetrieblichen ökonomischen*, sondern einer *gesamtgesellschaftlichen politisch-ökonomischen Kalkulation.*

Gesamtgesellschaftlich geht es darum, Deutschland gegen die internationale Konkurrenz als profitablen Kapital-Standort zu sichern und auszubauen. Wenn ein Chemiegigant a la BASF durch die Kalifusion vom Führer zum Beherrscher des europäischen Kalimarktes werden kann, dann scheuen die deutschen Politiker weder Kosten noch Mühen, diesen Standortvorteil herzustellen.

Der Staatsbehörde Treuhand erteilen sie den Auftrag, nicht nach „Sanierung oder Erhaltung" zu fragen; sie soll auch nicht einfach meistbietend verkaufen. Die Privatisierung der ehemaliegen Kaliindustrie hat ausdrücklich und ausschließlich einem einzigen Zweck zu dienen, nämlich auf diese Weise ein deutsches Kalimonopol in Europa und so den Standort Deutschland zu sichern.

Die Politiker denken dabei nicht einmal in den Kategorien West und Ost. Sie behandeln den annektierten Osten einfach als das, was er jetzt ist, ein Teil des (gesamt-) deutschen Standortes. Soll er als solcher funktionieren, ist er den gleichen Spielregeln, wie sie auch im Westen gelten, zu unterwerfen. Wenn infolgedessen die überlegene westliche Konkurrenz flächenweise Betriebe und Branchen ruiniert, dann liegt es an diesen Spielregeln, die eben für alle gelten, und daran, daß die Politiker der Konkurrenz auch im Osten freien Lauf lassen wollen.

Es ist also gerade nicht die Sonderbehandlung, wie viele Menschen in Ostdeutschland denken, sondern vielmehr die Gleichbehandlung, d.h. die Unterwerfung unter dieselben Konkurrenzgesetze, die die Nation in einen schlechten Osten und besseren Westen spaltet.

Weil die Politiker die Existenzgrundlagen der Kalikumpel auf diese Weise praktisch in Frage gestellt haben, haben sich die Kalikumpel grundsätzlich gefragt, welche Existenzberechtigung eigentlich solche Politik hat.

Mit dem Hungerstreik haben die Kumpel den (West-) Politikern eine letzte Chance gegeben, das ins Wanken geratene Grundvertrauen in die Güte des westdeutschen Staates wieder ins Lot zu bringen.

Diese letzte Chance haben die etablierten Politiker nicht genutzt. Heute glauben viele Kumpel, daß die Politiker sich nicht mal an die erkämpften Zusagen halten werden. *(revue regional)*

„Man kann mit der Fusion nicht warten, bis jeder Kumpel den Vertrag gelesen hat" oder Warum die Einsicht in den Fusionsvertrag verweigert wurde

Bevor die Besetzer sich den ungebetenen Besuch von Politikern als „politisches Trittbrettfahrertum" verbitten, versuchen einige Politiker, mit der Unterstützung der Forderung nach Offenlegung des Fusionsvertrags verlorenen Boden zurückzugewinnen. So auch R. Süßmuth. Doch sie muß allein schon wegen ihrer Andeutung einer leichten Möglichkeit, den Kumpeln könne eventuell Einsicht in den Fusionsvertrag gewährt werden, sogleich Kanzlerschelte über sich ergehen lassen. Diese prompte und unmißverständliche Reaktion des Kanzlers erfolgt nicht nur, um eine sicher sehr interessante Offenlegung der Betriebsgeheimnisse der staatlichen Monopolschmiede zu verhindern. Die Einmischung des Kanzlers ist ein Signal an alle: Es gilt, das Interesse der Kumpel umstandslos, d.h. prinzipiell niederzubügeln und deshalb *„jeden Eindruck zu vermeiden, als gäbe es zur Schließung eine vorstellbare Alternative"* (Kanzleramtsminister Bohl).

Die Offenlegung des Vertrages würde darüber hinaus den Eindruck erwecken, als habe der Staat es nötig, für seine Entscheidungen bei seinen widerspenstigen Bürgern für Einsicht zu werben oder sich gar von deren Einsicht abhängig zu machen. Wo würde das hinführen, schließlich ist man ja gewählt, basta!

Von da an laden die Kumpel etablierte Politiker nur noch ein, um sie 'vorzuführen'. Wer es sich leisten kann, bleibt zu Hause (Birgit Breuel) oder aber hat den Besuch in Bischofferode sicher noch lange in unangenehmer Erinnerung. So Bernhard Vogel nach seinem Abstieg in den Schacht („Ich bin gekommen, um zu zeigen, daß ich mich mit Ihnen solidarisch fühle") oder der stellvertretende SPD-Vorsitzende W. Thierse, der trotz Unterstützung der Offenlegungsforderung von den TeilnehmerInnen des Aktionstags am 1.8.93 mit Pfiffen und Rufen „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" empfangen wird.



Gossner Mission

„Tritte für die CDU, Küsse für die PDS"

Die Rolle der politischen Parteien im Kampf um Bischofferode

In dieser Schlagzeile wertet die PDS-nahe Zeitschrift 'Junge Welt' bereits im Juli 93 das Ergebnis der Parteienkonkurrenz in Bischofferode. Allem Anschein nach hat sie recht. Die großen 'etablierten' Parteien haben an Glaubwürdigkeit verloren. CDU, SPD, FDP stehen hinter dem Fusionsvertrag.

Zutreffend stellt der stellvertretende Landrat des Kreises Heiligenstadt Manfred Grund (CDU) bereits im Juli 93 fest, das Vertrauen der Kalikumpel in die Politik sei zerstört worden, eine Korrektur sei nun nicht mehr möglich, sondern nur noch eine Schadensbegrenzung. (ADN 26.07.93)

Das Urteil über die etablierten Parteien aus dem Westen scheint gefallen, daran können auch die abweichenden Meinungen der Lokalpolitiker nichts ändern. Als Personen mögen sie akzeptiert, ihr Engagement für die Kumpel vielleicht auch respektiert sein, an der Bewertung 'ihrer Parteien' ändert das nichts. Die Parteien werden eben nicht an den Worten oder Taten der kleinen regionalen, sondern der großen nationalen Abgeordneten gemessen. So reduziert sich die Funktion der Parteien vor Ort sicher ungewollt, aber objektiv auf das, was M. Grund mit „Schadensbegrenzung" gemeint haben könnte.

CDU: „Egal wie es ausgeht, ob positiv oder negativ, die CDU wird hier nicht mehr gewählt"

Diese anläßlich des Vogel-Besuchs gegenüber dem Hessischen Rundfunk geäußerte Meinung einer hungerstreikenden Kollegin steht für viele ähnliche.

Zweifelsfrei steht fest, der Hauptverlierer bei den Kumpeln ist die CDU. Von ihr hat man sich nicht nur ursprünglich am meisten versprochen, von ihr fühlt man sich auch am meisten betrogen, und in ihr sieht man den Hauptverantwortlichen für die ökonomische, soziale und politische Misere. Dabei waren die Ausgangsbedingungen für die C-Partei im katholischen Eichsfeld fast vergleichbar mit denen der CSU in Bayern. In den letzten Bundestagswahlen hat die CDU in den Dörfern um Bischofferode ca. 90% der Stimmen erhalten. Betriebsratsvorsitzender Brodhun war bereits 1970 in die CDU-Blockpartei eingetreten. Die Aufkleber der CDA (Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft) kleben heute noch im Betriebsratsbüro. Auch an lokalpolitischen Solidaritätserklärungen von CDU-Männern fehlte es nicht. So sprach laut Eichsfelder Tageblatt (09.07.93) der Fuhrbacher CDU-Ortsverbandsvorsitzende Tassiolo Bitzan von einer *„Halsabschneiderwirtschaft, zu der die CDU-Politiker nicht ihre Hand reichen dürfen."* *„Unfaßbar"* nennt er es, wie *„sich Manager und Politiker über menschliche Schicksale hinwegzusetzen scheinen."*

Alle Versuche von CDU-Größen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, schlagen ins Gegenteil um. Rita Süßmuths Auftritt rücken manche in die Nähe des Trittbrettfahrertums. Als sie dann auch noch von Kohl barsch zurückgepfiffen wird, schlagen ihre Bemühungen vollends ins Gegenteil um. Da kann auch der Landesvater Vogel, der seit dem Hungerstreik immerhin verbal gegen den Fusionsvertrag Stellung bezogen hat, nichts daran ändern. Die eingeübten Verhaltensrituale, mit denen die hohen Herren sonst erfolgreich ihren Untertanen begegnen, wirken hier nur maskenhaft, abstoßend und unglaubwürdig. Insofern haben Politiker wie Vogel, aber auch Scharping durch ihre Persönlichkeit ihrer Partei

„Der hat ein falsches Gesicht gelächelt" - der Landesvater bei den Hungerstreikenden



Vogel:	*... Ich bin der einzige deutsche Politiker, der hinter euch steht. ...*
Kollege A:	*Die Lügen, die man hier aufgebaut hat, um uns dichtzumachen. ...*
Kollegin A:	*Hier stirbt die ganze Region. Ihr könnt doch gleich einen dicken Hammer nehmen und alles zerschlagen, dann seid ihr uns los.*
Vogel:	*Die Region stirbt natürlich nicht. (Lauter Widerspruch) Mit absoluter Sicherheit stirbt die Region nicht. Die Region hat ein paar Voraussetzungen, die wesentlich günstiger sind als im größten Teil der DDR (Lauter Widerspruch). Also das hat keinen Sinn, ich ... (wird unterbrochen).*
Kollegin B:	*Die Grube gibt uns noch Arbeit für 40 Jahre, aber eure scheiß Autobahn oder Tunnel, was ihr bauen wollt, da habe ich nichts davon.*
Kollege B:	*Da kommen Westfirmen, und die machen das in vier Wochen.*
Vogel:	*Es ist gar keine Frage, daß diese Region nicht tot ist...*
Kollege A:	*Ich bin 57 Jahre, mir gibt keiner Arbeit. Sie nicht! Ich kann Ihnen meine Schulden geben.*
Vogel:	*Ich will zeigen, daß ich mich mit Ihnen solidarisch fühle... (großes Geschrei und Durcheinander)....*
Kollege C (laut):	*Gehen Sie doch mit ihren ?? in den Westen, dann nehmen wir unsere Geschicke selber in die Hand, dann geht es aufwärts mit diesem Land. (Tumult)*
Kollegin z. Kamera:	*Nicht ein Wort glaube ich diesem Menschen, er hat ein falsches Gesicht gelächelt...*
Kollegin A:	*Nee, dem glaube ich auch nicht. ... Der hat keine klaren Fakten genannt.*
Kollegin B:	*Nur wenn de soviel Geld wie die hast, kannste lachen.*

(Abschrift aus dem Film: Angst am Roten Berg HR3)

Gossner Mission

eine Bärendienst erwiesen. Die folgenden Auschnitte der 'Diskussion' mit Vogel unter Tage illustrieren diese Behauptung, wenn sie die wirkliche Stimmung auch nur erahnen lassen.

FDP

Die FDP macht über Ministerämter Politik. FDP-Mitglieder in der Region haben unseres Wissens in dem Kampf um Bischofferode keine Rolle gespielt, weswegen wir sie an dieser Stelle unbetrachtet lassen.

SPD: „...Sie fällt auch immer wieder um ..."

„Mit dieser Partei tu ich mich mittlerweile sehr schwer. Sie fällt auch immer wieder um. In Bonn ist sie immer erstmal gegen die CDU, und im Endeffekt stimmt man doch zu.
Mein Vater war nach dem Krieg hier im Osten in die SPD eingetreten. Als die Zwangsvereinigung mit der KPD kam, da hat er seine Mitgliedschaft ruhen lassen. Zur Wende hat er sein altes Parteibuch stolz wieder rausgeholt. Heute sagt er, die Partei kann ich auch schon nicht mehr wählen."



Thierse (SPD)

So sehen manche auch in der PNWD, der 'Partei der Nicht-Wähler Deutschlands', den politischen Hauptgewinner:
„Heute herrscht hier große Politikverdrossenheit. Die Partei der Nichtwähler wird wahrscheinlich die stärkste Partei werden." (Betriebsrat Walter Ertmer 01.12.93)

Als Partei hat die SPD kaum besser abgeschnitten als die CDU. Daran konnte auch die praktische und ernst gemeinte Solidarität einzelner SPD-Abgeordneter wie des Duderstädter SPD-Vorsitzenden und Göttinger DGB-Organisationssekretärs Hans-Georg Schwedhelm, oder der Einsatz der Göttinger SPD-Landtagsabgeordneten Hulle Hartwig nichts ändern. Im Rückblick stellt H.-G. Schwedhelm fest:
„Die SPD Thüringen und natürlich auch die SPD im Eichsfeld haben sich für den Erhalt des Kalischachts ausgesprochen - das waren die Pluspunkte. Die Minuspunkte haben die Bundespolitiker gesammelt."

Mit zahlreichen persönlichen Schreiben, Telefonaten und Gesprächen versuchte der Duderstädter SPD-Ratsherr Parteimitglieder in entscheidenden Funktionen umzustimmen. Vergeblich. Weder der Sprecher der Arbeitsgruppe Treuhandanstalt der SPD-Bundestagsfraktion, der Greifswalder MdB Hinrich Kuessner, noch der ehemalige „Grüne", jetzt Mitglied im Treuhandausschuß des Bundestages, Otto Schily sind von ihrer Befürwortung der Kalifusion abzubringen. Einzig und allein der ostdeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Wieland Sorge hat im Treuhandausschuß gegen die Fusion gestimmt und sich sogar einige Tage am Hungerstreik beteiligt.

Minuspunkte für die SPD unter den Kumpeln zu sammeln, das konnte aus den Reihen der SPD keiner besser als der Kanzler in spe und Parteivorsitzende Rudolf Scharping. Erst traf er sich mit den Betriebsräten der BASF und K+S zu einem Gespräch, zu dem auf ausdrücklichen Wunsch der beteiligten Betriebsräte die Kollegen aus Bischofferode nicht eingeladen wurden. Anschließend verkündete er gemeinsam mit den Betriebsräten vor der Presse: *„Es gibt keine Alternative zur Kalifusion."* (express 11/93)

Damit der große Vorsitzende nicht einseitig informiert werde, baten die Bischofferoder durch Vermittlung von H.-G. Schwedhelm um ein Gespräch. Dieses fand dann am 07.11.93 von 11.00 bis 12.00 Uhr auf dem Flughafen Tegel in Berlin statt. Scharpings Position: Es gibt keine Alternative zur Kalifusion, wenn deutsches Kali weiterhin auf dem Weltmarkt eine Chance haben wolle. Das Ergebnis: Ein weiterer Eintrag in die lange Liste der nur ärgerlichen Gespräche zwischen den Kaliarbeitern und 'großen' Politikern. Die Folge: Scharping fliegt weiter zum SPD-Parteitag Sachsen nach Hoyerswerda wo er verkündet: *„Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und für den Erhalt der Arbeitsplätze im Osten."* (express 11/93)

Bei welchem der Treffen der Kanzlerkandidat mehr Minuspunkte bei den Kumpeln sammelte ist schwer einzuschätzen und ohne Bedeutung.

PDS: „Gysi hat viel getan für unser Werk"

'Ihr werdet von der PDS mißbraucht und laßt Euch vor den Karren der SED-Nachfolgepartei spannen.' Nicht ohne Neid - würden sie doch lieber selber die Kumpel vor ihren parteipolitischen Karren spannen - versuchen CDU und SPD, mit diesen und ähnlichen Sprüchen die PDS zu diffamieren und die Kumpel auf Distanz zur PDS zu bringen.

Diese Strategie der etablierten Parteien ist gescheitert. Mehr noch, sie hat sich als ein Eigentor erwiesen. Wenn die etablierten Parteien so massiv vor der PDS warnen, dann müssen sie Angst vor ihr haben, mögen sich viele Kumpel gedacht haben. Was liegt dann näher, als diese Angst zu schüren. Nicht ungeschickt ernennen die Kumpel den PDS-Medienstar Gregor Gysi zum Vertrauensanwalt und signalisieren damit der Gegenseite mögliche politische



Gysi (PDS)

Folgen für den Fall der Fortsetzung ihrer arbeitsplatzvernichtenden Politik.

Immer öfter bekommen Politiker, die auf die SED-Vergangenheit jetziger PDSler verweisen, zu hören, daß sich BRD-Politiker genauso selbstherrlich verhalten wie die Funktionäre aus alten Zeiten.

Anfänglich hält sich die PDS relativ dezent im Hintergrund und konzentriert sich auf die praktisch-organsatorische Unterstützung der Kumpel. Vor allem in die Öffentlichkeits- und Medienarbeit kann die PDS einiges einbringen: die Infrastruktur ihres Parteiapparates (PDS-Pressedienst), parteinahe Zeitungen (ND, Junge Welt), erfahrene Funktionäre, aus der Region stammende engagierte Parteimitglieder. Je mehr politischen Boden CDU und SPD verlieren, um so offener kann die PDS ihre Politik vor Ort vertreten.

Es gelingt ihr, die unterstellten Instrumentalisierungsversuche weitgehend als Propaganda der Gegenseite abzutun, und sich als Fürsprecher der betrogenen, aber an Selbstbewußtsein gewinnenden Menschen im Osten Deutschlands zu präsentieren.
„Die Ostdeutschen hören auf, devot zu sein, sie hören auf, keinerlei Selbstbewußtsein an den Tag zu legen, sie wollen jetzt auch hier arbeiten. Es muß endlich in dieser Bundesrepublik Deutschland für Ost und West ein Recht auf Arbeit geben. Dafür wird letztlich auch hier gekämpft. Es wird noch lange dauern, bis dieser Kampf Erfolg hat. (Applaus) Aber er hat jetzt schon begonnen. Bischofferode muß bestehen bleiben. Ersatzarbeitsplätze ja, aber für die

Gossner Mission

Zehntausende Arbeitslose, die es jetzt schon in dieser Region gibt. Die Kalikumpel können ihre bisherige Arbeit fortsetzen (stürmischer Beifall)." (Gysi auf dem Aktionstag am 20.08.93)

Man muß kein Freund der PDS sein, um sich von Gysi angesprochen zu fühlen:
„Gysi hat viel getan für unser Werk, und der versucht auch immer das Letzte rauszuholen. Ich muß sagen, ich bin kein Freund der PDS, aber der Mann versucht auch wirklich was zu tun, um Arbeitsplätze zu retten." (Bärbel W. im Film: Angst am roten Berg HR3)

Selbst Mitglieder konkurierender Parteien kommen nicht umhin, den Einsatz der PDS mit einem gewissen Respekt zur Kenntnis zu nehmen. Ein SPD-Mitglied aus dem Eichsfeld zu
„Wenn die Wähler die Leistungen der Parteien honorieren, müßte die PDS der große Gewinner sein und die CDU an der 5%-Marke scheitern. Aber so wird es nicht kommen, dafür sind es halt Eichsfelder."

Es wird sich zeigen, wieviele Stimmen der ehemalige Kalibetriebsrat und jetzige Kandidat auf der PDS-Bundestagsliste Jüttemann im Eichsfeld für die PDS holen kann.

Grüne

Als Partei scheinen die Grünen/Bündnis 90 vor Ort keine große Bedeutung zu haben. Dies liegt nicht daran, daß sich diese Partei nicht für die Kumpel eingesetzt hätte. Abgeordnete der Grünen haben für die Kumpel und gegen die Fusion Stellung bezogen, sich z.T. am Hungerstreik beteiligt und in vielen Städten, z.B. auch in Göttingen, Kundgebungen und Solidaritätsveranstaltungen organisiert.



Grabe (Bündnis 90/Die Grünen)

Anders als die PDS kann die sich teilweise immer noch als Protestpartei verstehende grüne Bündnispartei den Protest der Kumpel nicht zur Stärkung ihrer Position in Ostdeutschland nutzen.

Nach wie vor scheint der betriebliche und sozialökonomische Kampf zu den politischen Stiefkindern der Grünen Bewegung zu zählen, dies umso mehr, als sicher viele Grüne prinzipielle ökologische Bedenken gegen die Kaliproduktion haben.
(revue regional)

„Hier greifen die Gesetze des Marktes" [1] oder „Was sind die Gewerkschaften noch wert?" [2]

1) IGBE -Vorsitzender Berger im Spiegel (16.07.93 S.3)
2) BR Jüttemann 26.01.94

Einen Vorwurf kann man der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) nicht machen, nämlich naiv und von den sozialen Folgen nichts ahnend auf den Fusionsvertrag und die Unternehmer hereingefallen zu sein. Im Gegenteil.

Auf die Frage des „Spiegel", warum die IGBE die Position der BASF-Tochter Kali + Salz übernehme, antwortet der IGBE-Vorsitzende Berger:
„Da muß ich klarstellen: die Kali und Salz hat den von uns entwickelten Fusionsgedanken aufgenommen und nicht umgekehrt." *„Sicher ist, daß es sich bei dem Fusionskonzept um keinen Komplott handelt. Hier greifen einmal mehr die Gesetze des Marktes. Die Unternehmen haben sich - wer will es ihnen verwehren - für die rentablen Gruben entschieden*" (Spiegel 16.07.93)

Von Anfang an habe die Gewerkschaft, so Berger, auf die bitteren Folgen ihres Konzeptes hingewiesen: Verlust von Arbeitsplätzen und Schließung von Werken. Deswegen sei eine aktive Arbeitsmarktpolitik notwendig. Berger kennt die Marktgesetze einschließlich ihrer sozialen Folgen. *„Der sagt selber, 'der Kapitalismus ist brutal'"*, so ein Betriebsrat aus Bischofferode gegenüber RR.

Sich den Gesetzen des Marktes *„zu verwehren"* kommt Berger nicht in den Sinn. Das wäre in seinen Augen die reine Unvernunft. Im Bewußtsein, nur so das Schlimmste verhindern zu können, erscheint es Funktionären und Politikern vom Schlage Bergers dann doch effizienter, gleich selbst Hand anzulegen. Die dafür notwendigen gesellschaftlichen Positionen hat Berger erklommen: IGBE-Chef (seit 1990), Aufsichtsratmitglied der K + S, SPD-Bundestagsmandat, Vorstand des Bergmann-Erholungsheims, usw. usf. *„Er ist, wie es so schön heißt, ein Multifunktionär: Man kann es auch Pöstchenjäger nennen"* so ein Kumpel am besetzten Tor gegenüber dem Kölner Stadt Anzeiger (10.8.93).

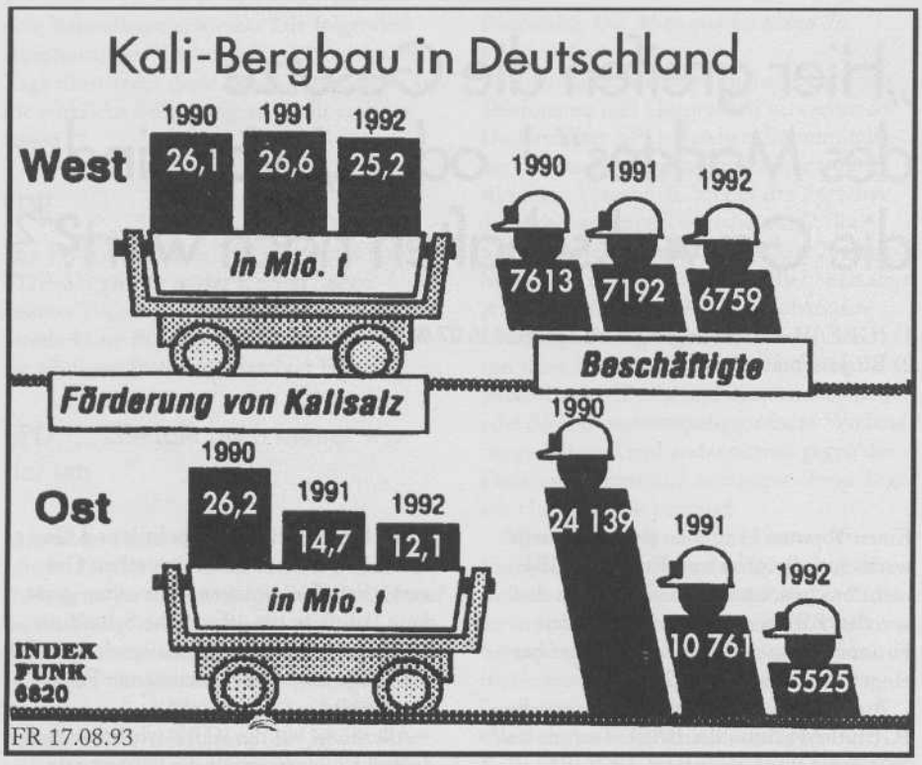
Die in der Person und Politik Bergers deutlich werdende Vermischung von Gewerkschaftspolitik, Parteipolitik und Geschäft ist Standard unter deutschen Gewerkschaftsfunktionären. Nur selten gerät diese Politik in die öffentliche Schußlinie. Letztes und bekanntestes Beispiel: der ehemalige IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler ....

Allerdings hat die IGBE wie keine andere deutsche Gewerkschaft die konzertierte Aktion zum A und O ihrer Politik gemacht. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die in der IGBE zusammengeschlossenen Branchen, wie z. B. der Kohlebergbau oder die Energiewirtschaft, als *nationale Schlüsselindustrien* weniger von ihrer *internationalen Konkurrenzfähigkeit* als von nationalen, energiepolitischen Grundsatzentscheidungen abhängen.

Das IGBE-Konzept der Nationalen Verantwortung: *„Aus Gesamtverantwortung kann man nicht daran vorbei, sich den Fakten zu stellen."*

Die IGBE hat mit der Kalifusion versucht, ihr im Kohlebergbau praktiziertes Konzept der konsensorientierten Zusammenarbeit mit Unternehmern und Politik auf den Kalibergbau zu übertragen. Die Argumente sind bekannt. Seit den 60er Jahren begründet die IGBE ihre Zustimmungen zu Entlassungen und Betriebsschließungen mit der Behauptung, auf diese Weise die verbleibenden Arbeitsplätze zu retten. Von den Mitte der 50er Jahre vorhandenen 550.000 Kohle-Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet sind jetzt noch knapp 70.000 über.
„Wir als IGBE haben uns seit dreißig Jahren mit solchen Situationen auseinandersetzen müssen. Wir haben unsere Erfahrung gemacht, - und das ist unsere Politik - daß man aus Gesamtverantwortung nicht daran vorbei kann, sich den Fakten zu stellen".
(Norbert Ranft, Sekretär in der IGBE-Zentrale Bochum, gegenüber dem ND 9.8.93)

Gossner Mission



Sozial abgefedert und zeitlich gestreckt führte der massenhafte Abbau von Bergbauarbeitsplätzen bisher nicht zu Massenstreiks. Insgesamt konnte die IGBE ihrer Gesamtverantwortung als Ordnungsfaktor und Garant des sozialen Friedens bisher gerecht werden. Doch die Zeiten werden auch für die IGBE härter. Die Kohle-Subventionen sind nur noch bis 1995 gesichert. Dann steht die Abwicklung des deutschen Steinkohlebergbaus auf der Tagesordnung. Schon im September und Oktober haben die Ruhrgebiet-Kumpel mit Brücken und Autobahnbesetzungen ihre potentielle Kampfkraft angedeutet. Es wird sich zeigen, ob die IGBE auch dann noch als „Ordnungsfaktor des Staates" (Georg Leber) funktioniert.

„Im sogenannten Jahrhundertvertrag, der 1995 ausläuft, haben sich die Stromkonzerne 1979 verpflichtet, ein bestimmtes Jahreskontingent an deutscher Steinkohle (momentan 40,9 Mio. Tonnen) zu verfeuern. Die Preisdifferenz zwischen heimischer und Weltmarktkohle erstatten ihnen die Stromkunden mit dem 'Kohlepfennig', einem 7,5-Prozent-Zuschlag auf jede Stromrechnung in den alten Bundesländern. Weil das bei weitem nicht mehr reicht, wird im sogenannten Verstromungsfonds bis Ende 1995 ein Minus von etwa vier Milliarden Mark auflaufen." (Wochenpost 14.10.93)

Angesichts der drohenden Zuspitzung in der Kernbranche und Kernregion der IGBE war der Gewerkschaft daran gelegen, mit den 'geerbten' 32.000 Kaliarbeitsplätzen in der ehemaligen DDR erst gar keinen zweiten potentiellen Unruheherd aufkommen zu lassen. Es war auch klar, daß sich die seit dreißig Jahren im Ruhrgebiet erfolgreich praktizierte Politik der staatlichen Subventionsgarantien und zeitlich gestreckten sozialen Abfederung von Arbeitsplatzvernichtungen unter den neuen Bedingungen in der ehemaligen DDR nicht wiederholen ließ.

„In den Braunkohlerevieren der EX-DDR wurden in nur drei Jahren, zwischen 1989 und 1992, fast exakt so viele Kumpel 'in das Bergfreie' geschickt, wie die Ruhrkohle AG im Konzernbereich Bergbau in ganz Nordrhein-Westfalen Ende 1992 beschäftigte, nämlich 83.000." (Wochenpost 14.10.93)

Wozu die IGBE in Westdeutschland 30 Jahre Zeit hatte, nämlich die Kohle-Arbeitsplätze auf rund ein Siebtel des Ausgangsniveaus zu reduzieren, sollte jetzt in einer Roßkur innerhalb von 3 Jahren geschafft werden. Oder andersherum formuliert: "Würde überall so hart wie in Bischofferode entschieden, gäbe es schon längst keinen Steinkohlebergbau mehr." (Wochenpost 14.10.93) Die IGBE hoffte offenbar, die Gunst der Stunde nutzend, im Zuge des allgemeinen Plattmachens der ehemaligen DDR eine dermaßen radikale und rücksichtslose Arbeitsplatzvernichtung, wie sie sich im Westen nie getraut hätte mitzutragen, ohne verbandsinterne Konflikte durchführen zu können. Aber sie befürchtete, die in solchen Fragen unerfahrenen und überrumpelten Ostkumpels würden früher oder später merken, auf welchen faulen Deal sie sich da eingelassen hatten. Eile war deswegen geboten.

Es ist ein Verdienst der Kumpel aus Bischofferode, diese politische Kalkulation der IGBE ganz empfindlich gestört zu haben.

Schützenhilfe von der IG Chemie

Ein zweites politisch-strategisches Motiv der IGBE, die Kalifusion so schnell wie möglich abzuwickeln, ist in der beabsichtigten 'Gewerkschaftsfusion' mit der Industriegewerkschaft Chemie Papier Keramik (IG-CPK) zu sehen.

Mit dem Abbau von Arbeitsplätzen verliert die IGBE nicht nur Mitglieder, sondern auch politischen Einfluß innerhalb des DGB, den sie durch den Zusammenschluß mit der CPK zu kompensieren versucht. Da die IG-CPK ein massives eigenes Interesse an der Kalifusion hat, stand der Erhalt des Kaliwerks in Bischofferode auch der beabsichtigten Vereinigung von IGBE und IG-CPK im Wege.

Durch seine Arbeit im Verwaltungsrat der Treuhand wisse er, daß es für die deutsche Kaliindustrie „auf gar keinen Fall" eine andere Lösung als die Schließung der Grube in Bischofferode gäbe, so der IG-CPK Vorsitzende Hermann Rappe gegenüber dem Handelsblatt (HB. 26.07.93). Hermann Rappe muß es wissen. Als Mitglied im Aufsichtsrat der BASF und des deutschen Bundestages (SPD) ist Hermann Rappe an der Kalifusion mittelbar beteiligt und unmittelbar interessiert. Durch den Zusammenschluß mit der IGBE hofft er die Position der CPK innerhalb des DGB gegen die anderen eher 'linken' Gewerkschaften wie die IGM, IG Medien u.a. halten und ausbauen zu können.

IGBE mobilisiert zu Bischofferode: Wes' Brot ich eß, des Lied ich sing.

Öffentlich in die Schußlinie geraten und kritischen Reporterfragen ausgesetzt, ist die IGBE zu Reaktionen gezwungen.

- Mehrfach fordert Berger die Kumpel auf, den Kampf zu beenden.
- Der IGBE-Vorstand verschickt an seine Funktionäre Argumentationshilfen, um besser gegen die kritischen Fragen der Kaliarbeiter aus anderen Standorten gewappnet zu sein.
- Hektisch faxen Bezirksvorstände Presseerklärungen an die Medien und lassen Flugblätter verteilen, die die Schließung von Bischofferode fordern.
- IGBE und Betriebsräte der von der Fusion betroffenen Betriebe organisieren Anti-Bischofferode Demonstrationen.

„Imagepflege ist angesagt bei der IG Bergbau", schreibt die Frankfurter Rundschau am 2.8.93, *„wenn landauf landab keiner so recht verstehen will, daß die mächtige Gewerkschaft die kleinen Leute aus dem Eichsfeld hängen läßt."*

Beispielhaft für die Imagepflege der IGBE stellen wir hier die Position des Bezirksvorstands der IGBE Niedersachsens in Auszügen vor.

Gossner Mission

„Bezirksvorstand der IG Bergbau und Energie in Niedersachsen nimmt Stellung zur aktuellen Diskussion um die Kalifusion.

Aufgrund der massiven einseitigen Berichterstattung in den überregionalen Medien und den Aussagen von Spitzenpolitikern soll zur Versachlichung und ausgewogenen Information zur beabsichtigten Fusion der deutschen Kaliindustrie festgestellt werden: (...)
An dem ausgehandelten Fusionskonzept für den Kali-Bergbau „waren alle Betriebsräte beteiligt, und von Beginn der Fusion auch die Aufsichtsräte und deren Arbeitnehmervertreter aus den Betrieben. Es wurde nichts über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden. Dieses Konzept, das die Sicherung von 7.500 Arbeitsplätzen je zur Hälfte in Ost und West zum Inhalt hat und das Betriebsschließungen und einschneidende Personalmaßnahmen in den verbleibenden Betrieben fordert, wurde nicht bejubelt, aber letztendlich als eine Maßnahme zum Erhalt eines gemeinsamen Kali-Bergbaus mitgetragen. Dies ist ein Zeichen übergreifender Solidarität (Unterstreichung im Original), *das in der allgemeinen Berichterstattung kaum vorkommt.*
Wir weisen darauf hin, daß auch für die Beschäftigten der stillzulegenden Betriebe in Niedersachsen die Situation ausweglos ist. Auch hier liegen alle Standorte in strukturschwachen Regionen und bis heute sind geeignete Ersatzarbeitsplätze noch nicht in Sicht.
Betroffen sind die Werke Niedersachsen-Riedel (- 500 Beschäftigte), Bergmannssegen-Hugo (-300 Beschäftigte), Salzdetfurth (-80 Beschäftigte) (fett im Original)
Letztendlich sind die Probleme hier noch größer, da aufgrund der AfG-Reform ABM-Maßnahmen nur noch in den neuen Bundesländern möglich sind und Umschulungs- und Weiterqualifizierungsprogramme im Westen fast gänzlich gestrichen sind." (...)
„Statt den betroffenen Bergleuten in Thüringen mit strukturpolitischen Maßnahmen zu helfen, machte man ihnen die Hoffnung, ihr Betrieb alleine könne existieren, obwohl auch die Landesregierung in Thüringen wußte, daß jede Tonne Kali, die an dem Fusionskonzept vorbeigefördert wird, Arbeitsplätze an anderen Standorten kostet". (...)
„Eine solche Politik hilft weder den Kali-Bergleuten von Bischofferode noch denen in Niedersachsen. Mehr noch, wir sehen, daß durch einseitige Berichterstattung und Parteinahme sich die Gräben wieder weiter auftun. Schon heute gibt es in niedersächsischen Werken Stimmen, die zu Aktionen gegen Politik und Kali-Fusion auffordern." (...)
„Bund und Länder müssen mit einer aktiven Arbeitsmarkt und Strukturpolitik für alle Kali-Regionen neue Perspektiven und somit Arbeitsplätze für unsere Kolleginnen und Kollegen schaffen.

Celle, 13. August 1993"

Bis Anfang Dezember 1992 gingen die *„Betroffenen"* in Bischofferode noch davon aus, daß ihr Betrieb, wenn auch mit wesentlich reduzierter Mannschaft, überleben würde. Zu diesem Zeitpunkt hatte die IGBE allerdings schon das Todesurteil über *„die Köpfe der Betroffenen"* in Bischofferode gesprochen.

Es ist sicher eine *„Versachlichung der Diskussion"*, wenn die IGBE öffentlich eingesteht und erklärt, daß sie als Gewerkschaft *„Betriebschließungen und einschneidende Personalmaßnahmen in den verbliebenen Betrieben **fordert**"*. Es stimmt auch, daß trotzdem *„letztendlich"* noch Arbeitsplätze übrig bleiben. Es ist auch nicht gelogen, wenn die IGBE behauptet, daß diese verbleibenden *7.500 Arbeitsplätze je zur Hälfte in Ost und West"* liegen.

Dies jedoch als *„ein als Zeichen übergreifender Solidarität zu feiern"* ist gelinde gesagt eine Frechheit und nur möglich, wenn man den sehr un-*„ausgewogenen"* Abbau von Arbeitsplätzen in der Kaliindustrie in Ost und West unerwähnt läßt. Ehrlicherweise hätte die IGBE sagen müssen: 'Wenn am Ende je zur Hälfte 7500 Arbeitsplätze übrig bleiben sollen, dann müssen wir erst einmal ca. 20.000 östliche und ca. 900 westliche Arbeitsplätze abbauen'. Wer von den eigenhändig mitgestrichenen Arbeitsplätzen nicht spricht, der soll von den übriggebliebenen schweigen.

Den Verlust von 20.000 Arbeitsplätzen in der Ostdeutschen Kaliindustrie hat die IGBE *„nicht bejubelt"*. Warum eigentlich nicht, ist dies doch eigentlich ein schöner Erfolg, der Gewerkschaft, da durch die weitgehende Vernichtung der ostdeutschen Kaliindustrie der 'deutsche Kalibergbau' gerettet wurde.

Wenn IGBE-Funktionäre von *„stillzulegenden Betrieben"* sprechen, dann verrät schon ihre Ausdrucksweise, wie sehr sie die Marktgesetze als unabänderliche Naturgesetze verinnerlicht haben. Da bleibt eben nur, darauf 'hinzuweisen', *„daß auch für die Beschäftigten der stillzulegenden Betriebe in Niedersachsen die Situation ausweglos ist."* Daß in solchen Situationen für die Betroffenen der Kampf der einzig noch mögliche 'Ausweg' sein kann, kommt dieser Gewerkschaft nicht in den Sinn. Denn der Kampf gegen Marktgesetze ist unvernünftig, ja geradezu widernatürlich.

Welche Handlungsperspektiven hat eine Gewerkschaft, die die Anwendung von Druckmitteln gegen Arbeitsplatzvernichtung nicht in Betracht zieht?

- Sie kann über die *„ausweglose"* Situation jammern und klagen: *„... bis heute sind geeignete Arbeitsplätze nicht in Sicht"*
- Sie kann ausgerechnet diejenigen, die für die Marktgesetze und deren Folgen verantwortlich sind, auffordern, die Probleme zu lösen. *„Bund und Länder müssen mit einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik ... Arbeitsplätze für unsere Kolleginnen und Kollegen schaffen."*
- Sie kann den Standpunkt der Kaliunternehmen als den eigenen vertreten und als Kampf um sichere Arbeitsplätze verkaufen. Dies ist sogar ganz wörtlich zu nehmen: *„Auf unsre Frage, warum wir mit unserem Streik 7500 Arbeitsplätze in der Kaliindustrie gefährden, bekamen wir zur Antwort, Kali + Salz und die BASF würden das behaupten."* (rr-Interview am 18.10.93 mit BR Brodhun und Jüttemann)
- Sie kann schließlich ihre noch beschäftigten Mitglieder, die zufällig in Westbetrieben arbeiten, gegen ihre (Noch-) Mitglieder aus den *„stillzulegenden Betrieben"* im Osten aufbringen und mobilisieren. Ihren Mitgliedern sagt die IGBE daß *„jede Tonne Kali, die an dem Fusionskonzept vorbeigefördert wird, Arbeitsplätze an anderen Standorten kostet"* und daß *„letztendlich die Probleme hier (im Westen) noch größer (sind)..."*.

„Macht Bischofferode nicht dicht, streiken wir"
(Mannheimer Morgen 17.08.93)

„Schon heute gibt es in niedersächsischen Werken Stimmen, die zu Aktionen gegen Politik und Kali-Fusion aufrufen", befürchtet die IGBE Niedersachsen. Wenn schon Aktionen und Demonstrationen, dann nicht gegen BASF und K + S, sondern mit den Unternehmen gegen die Kumpel aus dem Osten, das war die Aktionslinie der Gewerkschaft.

Von IGBE und Betriebsräten aufgefordert und organisiert führten sich am 17.09.93 2500 Arbeiter (West) von BASF Mannheim und K + S Kassel als ideelle Gesamtplaner des Standortes Deutschland auf. Sie forderten die 700 Arbeiter in Bischofferode (Ost) auf, endlich die Schnauze zu halten, damit ihre Arbeitsplätze (West) auch weiterhin auf Kosten der im Osten sicher bleiben. Zwar wissen auch sie, daß sie nur so lange beschäftigt werden, wie es sich für die Unternehmen lohnt. Aber immerhin werden sie

Gossner Mission

noch beschäftigt. Dies fassen sie als ein Vorrecht auf, das es gegen die Konkurrenten um das knappe Gut Arbeitsplatz zu verteidigen gilt. Da muß man halt dankbar sein, und im übrigen muß jeder sehen, wo er bleibt, so haben sie es auch von ihrer Gewerkschaft gelernt. Deswegen machen sie sich gegen ihre arbeitslosen Kollegen zum Anwalt ihres Betriebs und danken ihm so dafür, daß er sie noch beschäftigt. Entweder gemeinsamer Kampf gegen die Abhängigkeit von der Unternehmenskalkulation, oder gemeinsamer Kampf aller gegen alle, das ist die Alternative.

Unter der Überschrift „Die Kali-Kumpel sitzen nicht in einem Boot" berichtet die HNA in ihrer Sonntagsausgabe am 15.08.93 auf einer ganzen Seite über die Stimmung und Meinung einiger Kumpel aus anderen Kaligruben, deren Job gerettet ist. Wir dokumentieren hier einige typische Aussagen.



Schön wärs

Die Boote der Kalikumpel

Die HNA schreibt:
„Klar ist doch: Werden die Bischofferode Kapazitäten auf den Weltmarkt geworfen, müssen woanders Arbeitsplätze abgebaut werden." Da sitzt man in verschiedenen Booten. Damit das eine rettendes Land erreicht, muß das andere versenkt werden. Marktwirtschaft sei das eben, sagen die Männer: *„Die haben die doch im Osten auch gewollt, und nun müssen sie sich an die Spielregeln halten".* Man habe, so Hans Georg Spangenberg, *„in 26 Jahren doch schon etliche Rationalisierungsmaßnahmen erfahren."* Ein Bischofferode in Permanenz, sozusagen. Thema Hungerstreik. Da kann sich Dieter Guderjahn regelrecht aufregen: *„Das ist doch mehr oder weniger Erpressung."* Wenn Bischofferode weiter arbeiten dürfe, komme ein Salz auf den Markt, das *„mit Steuergeldern subventioniert wird und auch noch unsere Arbeitsplätze vernichtet."* Man selbst sei trotz des massiven Stellenabbaus im Westen immer still geblieben, habe *„nur mal eine kleine Demo gemacht"*. Und nun würden die Kumpel in Bischofferode *„wie die Heiligen dargestellt"*.
Nach der Schließung der Grube noch zwei Jahre lang garantierte Beschäftigung - das so Gerd Führer, *„wurde im Westen noch keinem Arbeitnehmer unterbreitet"*. Das findet der Mann schon eine Ungerechtigkeit.'
(HNA 15.08.93)

„Zum Glück waren die nicht da"

Mit ihrer Art von Kampf um sichere Arbeitsplätze wollte die IGBE auch im Osten Profil gewinnen. Das hat sie geschafft, wenn auch anders als beabsichtigt.
"Berger war einer der Drahtzieher des Fusionsvertrags. Er ist arrogant gegenüber dem Osten" (Betriebsrat gegenüber der FR 03.08.93.)

Kein Wunder, daß die Kumpel aus Bischofferode in der IGBE eine Wessiorganisation sehen, die wie die Manager und die Politiker aus dem Westen dieselben Interessen zum Schaden der Menschen in Ostdeutschland vertritt. Ohne eigene Kampferfahrung und politische Infrastruktur wäre eine gewerkschaftlich organisierte Unterstützung ihres Kampfes schon hilfreich gewesen. Inzwischen glauben die Bischofferoder Betriebsräte, daß es besser ist, ohne als mit der IGBE zu kämpfen.
"Wir haben Glück, daß die uns nicht unterstützt haben" (BR Jüttemann 26.1.94 und auf einer Veranstaltung des DGB Göttingen)
„Wenn wir sie hier gehabt hätten, hätten wir manchmal Bremsklötze vorgeschmissen bekommen... Die hätten uns unterstützt, aber ja nicht, daß es echt hart wird." (rr-Interview mit Jüttemann 26.1.94)

Dabei haben die Betriebsräte bis zum Ende des Arbeitskampfes immer wieder die Kollegen aufgefordert, nicht aus der Gewerkschaft auszutreten und sich für die Veränderung der Politik der IGBE einzusetzen. Doch alle Versuche, auf dem IGBE-Gewerkschaftstag eine andere Position durchzusetzen, scheiterten.

Es ist nur dem Engagement von Funktionären der IGM, HBV, IG-Medien und anderer zu verdanken, daß sich nicht alle Kumpel prinzipiell von der Vorstellung gewerkschaftlich organisierter Solidarität verabschiedet haben. *(revue regional)*

386/DX40 4MB 636,-
Umbau 286
486/DCL40 4MB 747,-
Wir reparieren auch Geräte anderer Firmen .
PRINTSHOP DER EDV-SERVICE
COMPUTER SERVICE
Weender Landstr.13-15
37073 Göttingen
Tel:0551/45455 FAX:0551/59824
Seiteneingang mit Kundenparkplatz
PRINTSHOP DER EDV-SERVICE
ÖFFNUNGSZEITEN
Montag - Freitag
14.00 - 18.30
Samstag
10.00 - 13.00

Gossner Mission

Interviewauschnitt mit Walter Ertmer, einem ehem. Beschäftigten des Kali-Werkes Bischofferode

Begründung eines Gewerkschaftsaustritts

Ich bin jetzt aus der Gewerkschaft ausgetreten, weil ich an dieser Führung der IGBE sowieso nichts ändern kann, weil ich weiß, wie verfilzt in dieser Gewerkschaft alles ist. Da sehe ich für mich keine Alternative. Ich kann nicht meinen Beitrag denen hinterherschmeißen und weiß genau: die tun nicht nur *nichts* für mich, sondern arbeiten auch bewußt *gegen* mich. Das ist das, was ich nicht mehr unterstützen kann.

Ich habe lange mit mir gerungen.

Mit dem Gedanken des Gewerkschaftsaustritts trage ich mich schon seit Mai/Juni.

Vor 14 Tagen war ich mit Kollegen zu einer Gewerkschaftsversammlung. Da war der Bezirksvorsitzende von Thüringen und Hessen hier. Mich hat diese Veranstaltung dermaßen angeödet. Ich habe versucht, mit ihm zu diskutieren. Aber es war sowas von hirnrissig und sinnlos.

Der plapperte die Argumente von Kali + Salz nach, wie die sie niedergeschrieben haben.

Wenn ich Begründungen verlangte, dann sagte er mir vor allen Leuten: Aber das sagen doch die BASF und Kali + Salz ...

Das ist für mich kein Partner mehr, mit dem ich diskutieren muß.

Ich habe gesagt: Herr Schmidt, wenn sie sich schon nicht mit dem Kampf der Bischofferöder solidarisieren können, - können sie sich soweit durchringen, daß sie sagen, diese Forderung der Bischofferöder nach Einsicht in den Fusionsvertrag können wir als Gewerkschaft unterstützen, da vergeben wir uns nichts und wir können etwas Vertrauen vor Ort schaffen.

Dazu sagte er: Die Kanadier werden sich freuen, wenn das veröffentlicht wird.

Ich sagte dann: Es geht darum, daß ein Gutachter unserer Wahl, nicht ein Gutachter des Finanzministeriums oder von der IGBE bestellt wird, sondern einer, dem wir vertrauen. Und wenn der sagt, es ist alles korrekt, was im Vertrag steht, dann müssen wir das akzeptieren. Aber doch nicht, wenn das der Mann der Gegenseite sagt.

Ich habe nur gesagt: Können Sie sich soweit durchringen, diese Forderung zu unterstützen?

Er hat mir darauf nicht mit „Ja" antworten können. Er hat die Frage völlig umgangen, ist auf die Frage gar nicht mehr eingegangen. Da habe ich meine Austrittserklärung geschrieben und bin rausgegangen.



Kaligruben in Deutschland

Taz 12.08.93

Gossner Mission

Die Neuordnung der deutschen Kali-Industrie

Der Kalimarkt ist ein Weltmarkt und kein Minigolfplatz irgendwo zwischen Kassel und Nordhausen. Fair-Play-Medaillen nachzujagen macht da wenig Sinn.

Seit der Übernahme des Kaliwerkes Friedrichshall durch die Kali+Salz AG im Jahre 1981 hat die BASF als deren Muttergesellschaft eine Monopolstellung auf dem westdeutschen Kali-Markt. Durch Fusion mit der ostdeutschen Kali-Industrie wird die Monopolstellung der BASF nun auch für den gesamtdeutschen Markt hergestellt. Der Fusionsvertrag ist zugleich so gestaltet, daß die BASF/Kali+Salz - und damit die deutsche Kaliindustrie - letztendlich gestärkt aus dem Umstrukturierungsprozeß hervorgeht. Dem Werk Bischofferode kommt im Gesamtkonzept eine durchaus wichtige Aufgabe zu: geschlossen zu werden.

Der Weltkalimarkt

Die deutsche Kali-Industrie mit Namen BASF/Kali+Salz ist in einen hoch konzentrierten und stark kartellierten europäischen und Weltmarkt eingebunden. Dies veranschaulicht eine kurze, aber auserlesene Mitgliedsliste des Internationalen Kali-Instituts mit Sitz in Basel. Mitglieder sind:

- die Kali+Salz AG,
- die französische SCPA (Tochter der staatlichen EMC), die das Verkaufs- und Außenhandelsmonopol für Kali in Frankreich innehat,
- der israelische Hersteller von Kalium- und Magnesiumprodukten DSW,
- der jordanische Produzent APC,
- das spanische Kali-Kartell Coposa,
- die in englisch-südafrikanischem Besitz befindliche Cleveland Potash,
- die GUS-Produzenten Uralkali, Sylvinit und Beloruskali,
- das weitaus kapazitätsstärkste Mitglied im kanadischen Kaliexportkartell PCS
- und seit 1992 die Mitteldeutsche Kali AG (MDK).

Zusammengenommen decken sie etwa 75% der weltweiten Produktionskapazitäten für Kali ab. Über diese Kartellbeziehungen werden Preisabsprachen getroffen, um trotz konjunkturell stark schwankender Absatzmengen den Weltmarktpreis für Kali auf gleichbleibend hohem Niveau zu halten. Es werden aber auch Demarkationslinien ausgehandelt, die den Markt in einzelne Einflußzonen aufteilen und Konkurrenz auf regionalen Teilmärkten verhindern.

Die Krise

Die zu Beginn der 90er Jahre einsetzende Krise auf dem Weltkalimarkt brachte die Welt-marktbeziehungen etwas zum Tanzen, und auch BASF/Kali+Salz begann vielleicht ein klein wenig zu rotieren. Sie läßt sich vor allem auf folgende Ursachen zurückführen:

Mit dem beginnenden Zerfall der UdSSR und der damit einhergehenden Versorgungsnot an unmittelbar lebensnotwendigen Waren kam es - trotz ständiger Absprachen im „Wiener Büro" - zu unkontrollierten Exporten von Kali aus der UdSSR, um kurzfristig Devisen zu beschaffen. Alle Preisabsprachen und ausgehandelten Mengenkontingentierungen wurden angesichts der ökonomischen und politischen Auflösungsprozesse der ehemaligen Sowjetrepubliken bedeutungslos. Die GUS-Staaten warfen Kali zu Dumping-Preisen auf den Weltmarkt.

Der Zusammenbruch des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW bzw. COMECON) und der Wegfall der dazugehörigen Verrechnungsbasis, des transferbaren Rubels, Ende 1991 stellte alle davon betroffenen Staaten vor die Situation, ihre Importe mit frei konvertierbarer Währung bezahlen zu müssen, und bedeutete praktisch deren Zahlungsunfähigkeit. Dies führte unmittelbar zu einem starken Rückgang der Düngemittelimporte[1] der ehemaligen RGW-Staaten. Besonders hart wurde davon die ostdeutsche Kaliindustrie getroffen, die etwa die Hälfte des Gesamtexports dorthin (insbesondere nach Polen, nach Ungarn, in die Tschechoslowakei) lieferte. Verschärfend kam hinzu, daß der Inlandsbedarf der ehemaligen DDR nach der Währungsunion drastisch zurückging.

Schließlich stellte die indische Regierung die Subventionen für Düngemittelimporte ein, so daß die Kauforders bezüglich Kali aus Indien, immerhin einer der größten Düngemittelimporteure der Welt, schlagartig zurückgingen.

Das „Wiener Büro"

Das „Wiener Büro" - der exakte Name lautet: Wiener Export GmbH - ist ein Kali-Verkaufskartell auf europäischer Ebene. Um die EG-Kartellgesetze zu umgehen, wurde Wien als Sitz des Kartells gewählt (diesmal nicht die Schweiz, s.o.).
Mitglieder sind die Kali+Salz, die MDK sowie die französischen, britischen und spanischen Kaliproduzenten. Die Kaliindustrie der GUS-Staaten unterhält in Wien ebenfalls ein Büro, das eng mit dem „Wiener Büro" zusammenarbeitet und wohl auch von dessen Mitgliedern finanziert wird.

Was heißt hier „Überkapazitäten"?

Überkapazitäten bestehen in bezug auf
(a) die kaufkräftige Nachfrage nach, nicht den tatsächlichen Bedarf an Kali und
(b) die Nachfrage bei einem Preis, der durch die Kartellabsprachen, d.h. bei (freiwilliger oder erzwungener) Inkaufnahme nicht ausgelasteter Produktionskapazitäten, bestimmt ist.
„Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Kali im Rahmen der Wirtschafts- und Osteuropahilfe einzusetzen. In Westeuropa werden 100 Kilo Kali pro Hektar und Jahr ausgebracht, in Afrika 8 bis 15 Kilo und in Südamerika 20 bis 30 Kilo. Es ist also international enormer Bedarf an Kalidüngemitteln zur Eindämmung des Hungers in der Welt vorhanden." (U. Fischer / PDS)
Ich habe meine Zweifel, daß die Beglückung Afrikas und Südamerikas mit deutschem Kali und mit westeuropäischen Methoden der Intensivlandwirtschaft das Hungerproblem lösen kann. Umgekehrt zeigt dieses Zitat aber doch, wie über Geld (den Preis) gesteuerte Nachfrageströme ganz schön weit am tatsächlichen Bedarf vorbei gelenkt werden.

[1] Das Geschäft mit Kali verdankt sich zu mehr als 90 % dem Einsatz kalihaltiger Düngemittel in der Intensivlandwirtschaft. Daneben findet Kali als Grundstoff in der chemischen und keramischen Industrie Verwendung.

Gossner Mission

Kalidüngemittel

Kalirohsalze (Hartsalz, Sylvin, Carnallit) werden zu Kalidünger verarbeitet. Deren Nährstoff wird in % K_2O (sprich: KahZwaiOh) angegeben, indem die K^+-Ionen auf K_2O umgerechnet werden.
100 g (bzw. %) KCl entspricht 63,2 g (bzw. %) K_2O.
Das Kalidüngemittel K60 (sprich: KahSechzich) hat 95% KCl bzw. umgerechnet 60% K_2O.
Das Kalidüngemittel K50 (sprich: KahFünfzich) hat 79% KCl bzw. umgerechnet 50% K_2O.
Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Produktionsmengen in der Regel in 100% reinem K_2O angegeben.
Die Absatzprognose des Übernahmeinteressenten Peine für das Werk Bischofferode beträgt beispielsweise 390.000 t K60; das entspricht 60% von 390.000 t K_2O = 234.000 t K_2O.

Die Krise auf dem Weltkalimarkt verschärft einerseits das Problem weltweiter „Überkapazitäten" und führt andererseits dazu, daß der bisher auf hohem Niveau stabil gehaltene Kalipreis durch Dumping-Angebote[2] immer wieder durchbrochen wird.

Für die BASF/Kali+Salz ergibt sich aber noch ein weiteres Problem. Die Kaliindustrie der ehemaligen DDR könnte der Versuchung unterliegen, verlorengegangene Marktanteile anderweitig wieder gut zu machen, nach neuen Absatzmärkten vor allem in Nord- und Westeuropa Ausschau halten und damit noch mehr als bisher zur unmittelbaren Konkurrenz für BASF/Kali+Salz werden, die vornehmlich diese Märkte bedient. Dagegen muß etwas unternommen werden.

Ein Strategiepapier

Das Strategiepapier aus den Chefetagen der BASF/Kali+Salz könnte vielleicht - zumindest wenn man den Versuch unternimmt, es im nachhinein aus den tatsächlichen Geschehnissen zu rekonstruieren - folgendermaßen ausgesehen haben.

MDK-Vorstand/-Aufsichtsrat mit unseren Leuten besetzen ✓

Marktaufteilung mit MDK „aushandeln" (unbedingt: keine Lieferungen der MDK nach Westdeutschland mehr) ✓

Einkaufsbedingungen ins Wiener Kartell für MDK festlegen (wichtig: Produktions- und Verkaufsverzicht im Bereich Kaliumsulfat) ✓

Gesamtlösung für deutsche Kali-Industrie entwickeln und durchsetzen: Rückfahren und Effektivierung der Produktionskapazitäten bezüglich Kali, Schließen von Bischofferode zur Schwächung der unmittelbaren Konkurrenz im Bereich Kaliumsulfat/sulfatische Mehrnährstoffdünger, Nutzen der verbleibenden Kapazitäten insbesondere zur Zulieferung für eigene Verarbeitungskapazitäten ✓

Treuhand überzeugen; von dieser Seite möglichst viele Zugeständnisse rausschlagen ✓

IGBE auf unsere Seite ziehen, frühzeitig mit ins Spiel bringen ✓

Die Fakten ...

... lesen sich dann so.

Die Kali+Salz AG Kassel zeigte bereits Anfang 1990 lebhaftes Interesse an einer möglichen Zusammenarbeit mit den damaligen DDR-Kaliproduzenten. Allerdings soll dieses Interesse - glaubt man der Berichterstattung - mit dem Abrutschen der Kali+Salz AG in die Verlustzone, dem Anwachsen der Überkapazitäten auf dem Kali-Weltmarkt und der Talfahrt des notleidenden Kalibergbaus in der ehemaligen DDR nach der Währungsunion erheblich nachgelassen haben. Hatte die BASF/Kali+Salz vielleicht zu diesem Zeitpunkt schon genügend erreicht und konnte die weiteren Geschehnisse ruhig auf sich zukommen lassen?

Zumindest die Aushandlung eines Vertrags, der im August 1990 abgeschlossen wurde und einen Produktions- und Verkaufsverzicht hinsichtlich eines ganz bestimmten Produkts, nämlich Kaliumsulfat (!), zum 30. Juni 1991 gegenüber der Kali+Salz festschreibt, müßte in diese Zeit gefallen sein.

Nach den Vorstellungen von Kali+Salz wäre man wohl gern noch etwas weiter gegangen. Zeitweilig war ein kleines Tauschgeschäft von Abbaufeldern im Werra-Gebiet angedacht. Magnesiumsulfatreiche und damit für die Produktion von Kaliumsulfat (!) bedeutsame Felder sollten an die Kali+Salz gehen, dafür K_2O-reichere Felder für die K60-Produktion an die Kali-Werra AG.

Ein strukturelles Festnageln der Kali-Werra (und damit der MDK) auf die K60-Produktion wäre die Folge gewesen. MDK-seitig zuständig für diesen Tausch war Alwin Potthoff, bis 1989 bei der Kali+Salz als Direktor tätig und nun verantwortlich für den Bereich Gruben und Lagerstätten im Vorstand der MDK. Denn mit dem Über-

[2] 1992 wurde ein Antidumping-Verfahren für chlorierte Kalidünger aus Rußland und anderen Nachfolgestaaten der SU in Gang gesetzt, das die EG 1992 zugunsten der europäischen Kaliindustrie entschied. Die Kartellabsprachen werden damit praktisch von der EG anerkannt; ein Ausscheren der GUS-Werke soll auf diese Weise verhindert werden.



Gossner Mission

gang der ehemals DDR-volkseigenen Kali-Betriebe in das Eigentum der Treuhand und der Bildung der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) im Dezember 1990 zogen Westmanager, u.a. höhere Angestellte der Kali+Salz, in Vorstand und Aufsichtsrat der MDK ein.

Es gab auch Verhandlungen hinsichtlich der Aufnahmebedingungen der MDK ins Wiener Kartell, in dem diese im Frühjahr 1991 Mitglied wurde. Die Treuhand-Informationen vom November 1991 kommentieren diesen Vorgang unter der Überschrift „Kali-Sanierung im Herzen Deutschlands" so: „Nur mit hohem Kostenaufwand gelang es der ostdeutschen Kaliindustrie, sich im Frühjahr 1991 in dieses Kartell einzukaufen." Der Preis bestand u.a. in einem Verzicht der MDK, den westdeutschen Markt weiterhin mit Kali zu beliefern. Nach all dem Gesagten ist es wohl wenig überraschend, daß der Aufsichtsrat der MDK ausgerechnet die Metzler-Consulting, die dabei wiederum mit der zur BASF/Kali+Salz-Gruppe gehörenden Kali+Salz-Consulting zusammengearbeitet hat, mit der Erstellung einer Studie zur „Wirtschaftlichkeit ausgewählter Standorte der MDK" beauftragte. Das Frankfurter Bankhaus Metzler, zu dem die Metzler-Consulting gehört, ist Hinterlegungsstelle für Kali+Salz-Aktien und durch einen gewissen Reschke im Aufsichtsrat der MDK vertreten. Die erstellte Studie hat dann auch wunschgemäß die Forderung nach Stillegung aller ostdeutschen Kalibetriebe - außer Zielitz - zum Ergebnis.

Der Fusionsvertrag

Schließlich erfolgt am 10. Dezember 1992 die Unterzeichnung des Fusionsvertrages, der die Neuordnung der deutschen Kaliindustrie zu einem für die BASF/Kali+Salz befriedigenden Ende führte, obwohl (weil?) der Fusionsgedanke von der IGBE ins Spiel gebracht und von der Kali+Salz zunächst abgelehnt wurde.

Was ist Inhalt dieses Vertrages?[3] Mit der Vertragsunterzeichnung wird die Fusion der beiden Vertragsparteien, der Kali +Salz und der Treuhand als Eigentümerin der MDK, besiegelt. Als Sachanlage bringt die BASF-Tochter sechs Kali- und zwei Steinsalzwerke ein, die Treuhandanstalt vier Kaliwerke, ein Steinsalzwerk und einen kleinen Zuschuß von der Treuhand in Höhe von insgesamt mehr als drei Milliarden DM (Baranlage von etwa 1 Mrd., 1,6 Mrd. zur Beseitigung der MDK-Altlasten verteilt auf 6 Jahre, 500 Mio. für Altkredite und Sozialplanaufwendungen). Die Kali+Salz ist mit 51%, die Treuhand als Eigentümerin der MDK mit 49% am Gemeinschaftsunternehmen beteiligt, d.h. die operative Führung liegt bei Kali+Salz. Als kleines Bonbon für die BASF/Kali+Salz darf die Kali+Salz der MDK beitreten (nicht umgekehrt), das Fusionsunternehmen wird dadurch zum Ostbetrieb inklusive allen dafür geltenden Rechtsvorschriften (z.B. beim Sozialplan, bei Zuschüssen der Treuhandanstalt etc.). Der Fusionsvertrag enthält aber noch ein paar weitere Bonbons für die BASF/Kali+Salz.

- Eine Konkurrenzausschlußklausel, nach der es der Treuhand vertraglich untersagt ist, ostdeutsche Kali-Gruben an einen anderen Partner als Kali+Salz - z.B. das Werk Bischofferode an den westfälischen Transportunternehmer Peine, der ein Kaufangebot unterbreitet hat - zu verkaufen. Damit ist die Schließung von Bischofferode garantiert.
- Eine Verlustdeckungsklausel, durch die sich die Treuhand verpflichtet, für die nächsten fünf Jahre - „unabhängig von der Ursache" - mehr als 80% der Verluste

„Das Werk Bischofferode hat ein schwieriges Produkt." (Treuhand-Sprecher Schöde) Kann denn ein Produkt so „schwierig" sein?
Zur Klärung, warum Treuhand-Sprecher Schöde solche Probleme mit dem Bischofferöder Kali hat, dokumentieren wir hier einen Auszug eines Artikels aus dem „Neuen Kali-Echo" (Juli 1993), einer Flugschrift, die vom Betriebsrat des Kaliwerks Bischofferode herausgegeben wird.
Wie nicht anders zu erwarten, hat es ein bißchen was mit Kaliumsulfat zu tun.

Warum das Kaliwerk Bischofferode geschlossen werden soll. Einige Hintergründe

Unser Werk beliefert hauptsächlich große Düngemittelproduzenten in Nord- und Westeuropa, die genauso wie die Gruppe BASF/Kali+Salz Kaliumsulfat und Mehrnährstoffdünger herstellen.

Durch die Schließung dieses Werkes geraten diese Produzenten von der Beschaffungsseite her in Bedrängnis. Dies deshalb, weil unser K60 für deren Verarbeitungsbedürfnisse besonders geeignet ist und eine gleichwertige Qualität nur noch vom GUS-Produzenten Uralkali angeboten wird. Im Verhältnis zur Gruppe BASF/Kali+Salz verschlechtern sich daher rohstoffseitig die Produktionsmöglichkeiten dieser Produzenten bei Kaliumsulfat und sulfatischen Mehrnährstoffdüngern.

Das künftige Fusionsunternehmen Treuhand/Kali+Salz braucht unser K60 für die eigene Herstellung von Kaliumsulfat und sulfatischem Mehrnährstoffdünger deshalb nicht, weil das von der Kali+Salz angewendete Kaliumsulfatherstellungsverfahren von der K60-Seite her anspruchsloser ist, als dies bei unseren K60-Kunden in Nord- und Westeuropa der Fall ist. Dort kommt nämlich das sogenannte Mannheim-Verfahren zur Anwendung, für das das Bischofferöder Kali bekanntermaßen besonders gut geeignet ist. Für diese Kunden liefern wir in Gestalt des K61 sogar eine Sonderanfertigung dorthin. Das kommt dort bei der Kaliumsulfatherstellung zur Anwendung, um eine gleichbleibend hohe Qualität des Endprodukts zu sichern. Das Interesse dieser Kunden an unserem Produkt ist somit evident. Wohl auch deshalb hat sich nach 1989 unsere Abnehmerstruktur verbreitert. Was für sich allein schon bemerkenswert ist.

Diese Lieferungen sind von ihrem Umfang her nach 1989 sogar noch angestiegen. Sie sicherten in den vergangenen Jahren eine Auslastung von 60-70% der Bischofferöder Produktionskapazität. In Zukunft eher noch mehr, weil sie auf die Düngemittelprodukte Kaliumsulfat und sulfatische Mehrnährstoffdünger gerichtet sind, die zukunftsträchtig sind.

Diese Dünger verzeichneten in der jüngeren Vergangenheit ein größeres Verbrauchswachstum als der Kaliverbrauch insgesamt. Diese Dünger sind außerdem noch preisstabiler als die K60-Standarddünger.

Durch die Schließung des Vorlieferanten Bischofferode eröffnet sich für BASF/Kali+Salz die Chance, auf dem Kaliumsulfatmarkt die absolute Vorherrschaft zu erlangen. Bisher standen Kali+Salz und EMC auf dem Kaliumsulfatgebiet etwa gleichauf. Auf beide Konzerne entfällt etwa 85% der EG-Kapazität bei Kaliumsulfat.

Indem der für EMC wichtige Vorlieferant Bischofferode ausfällt, verschlechtert sich dessen Position gegenüber Kali+Salz nachhaltig. Gleiches gilt im Falle des wichtigen Kunden Kemira Oy bei der Herstellung sulfatischer Mehrnährstoffdünger im Verhaltnis zum Mehrnährstoffdüngerproduzenten BASF/Kali+Salz.

[3] An dieser Stelle können nur einige inhaltliche Punkte, die trotz Geheimhaltung an die Öffentlichkeit gedrungen sind, angeführt werden.

Gossner Mission

zu tragen (gestaffelt: 1993-95: 90%, 1996: 85%, 1997: 80%). G. Gysi kommentiert diese Klausel so: „Das aber bedeutet, daß sich der fusionierte Kalibetrieb riesige Verluste leisten kann, zum Beispiel durch extrem billigen Verkauf von Kaliprodukten an die Muttergesellschaft BASF. So kann die BASF die Konkurrenz in Europa auch noch preislich vom Markt verdrängen, und das alles zahlen die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen über die Treuhand" (ND, 23.7.93). Otto Köhler nennt diese Klausel in einem konkret-Artikel etwas überspitzt „eine Gelddruckmaschine für die BASF". Die Treuhand scheint ein Interesse daran zu haben, der BASF günstige Einkaufsbedingungen bei ihrer Tochter Kali+Salz zu ermöglichen.

Das Gesamtkonzept

Um was geht es eigentlich bei der Fusion? Was macht denn das Gesamtkonzept nicht nur für die BASF/Kali+Salz, sondern auch für alle staatstragenden Kräfte (Treuhand, Bundesregierung, IGBE) so schmackhaft? Im Rahmen der Vertragsaushandlung wurde zugleich eine Konzeption zur Neuordnung der deutschen Kaliindustrie („Gesamtlösung") entwickelt. Die IGBE wurde frühzeitig in die Verhandlungen einbezogen. Sie brachte sich ja auch von Anfang an als „kompetente Gesprächspartnerin" ein, indem sie bei der Propagierung einer Monopollösung die Vorhut spielte.
Entwickelt wurde ein Crash-Kurs-Konzept zur Krisenüberwindung. Die deutsche Kaliindustrie soll letztendlich gestärkt aus der Krise hervorgehen. Das Konzept des Gemeinschaftsunternehmens sieht vor, innerhalb von fünf Jahren, d.h. mit Ablauf der Verlustdeckungsklausel (s.o.), wieder Gewinn zu erwirtschaften. Dies soll durch zwei Maßnahmen erreicht werden.

1. Durch Zurückfahren der Produktionskapazitäten auf einen produktiven Kern und Modernisierung: Das ist klassische Rationalisierungs- und Kostensenkungsstrategie (Vernichtung von Produktionsanlagen und Arbeitsplätzen, profitablere Nutzung des Rests).

Die Produktionskapazitäten sollen in den nächsten fünf Jahren schrittweise weiter um 1,2 Millionen Tonnen Kali auf 3,1 Millionen Tonnen reduziert werden mit dem Ziel, den Weltmarktanteil am Kaliabsatz langfristig bei 13% zu stabilisieren. (Zum Vergleich: 1988 hat allein die DDR 3,5 Millionen Tonnen Kalidünger verkauft, die BRD 2,5 Millionen.)
Die Belegschaft soll in den nächsten fünf Jahren von derzeit 11100 auf 7500 schrumpfen. Laut Fusionsplan sollen 1884 Beschäftigte bei der MDK in den Jahren 1993/94 und 1744 bei der Kali+Salz Beschäftigte über fünf Jahre gestreckt entlassen werden. Ausgangspunkt ist dabei jeweils das zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bereits hergestellte sehr niedrige Niveau. Die MDK hatte bis zu diesem Zeitpunkt bereits 27000 von insgesamt 32000 Leuten entlassen und sechs der zehn Kaliwerke dichtgemacht. Die Kaliindustrie Abt. Ost hat also ihren Crash-Kurs eigentlich schon hinter sich. Die Abteilung West blickt dagegen auf den aus den meisten Branchen bekannten, von daher gewohnten zwar „individuell schmerzhaften, bedauerlichen, aber unvermeidlichen und sozialverträglichen" Ausdünnungsprozeß (zeitlich gestreckt eben) zurück.



Foto: Ingo Bulla (GT)

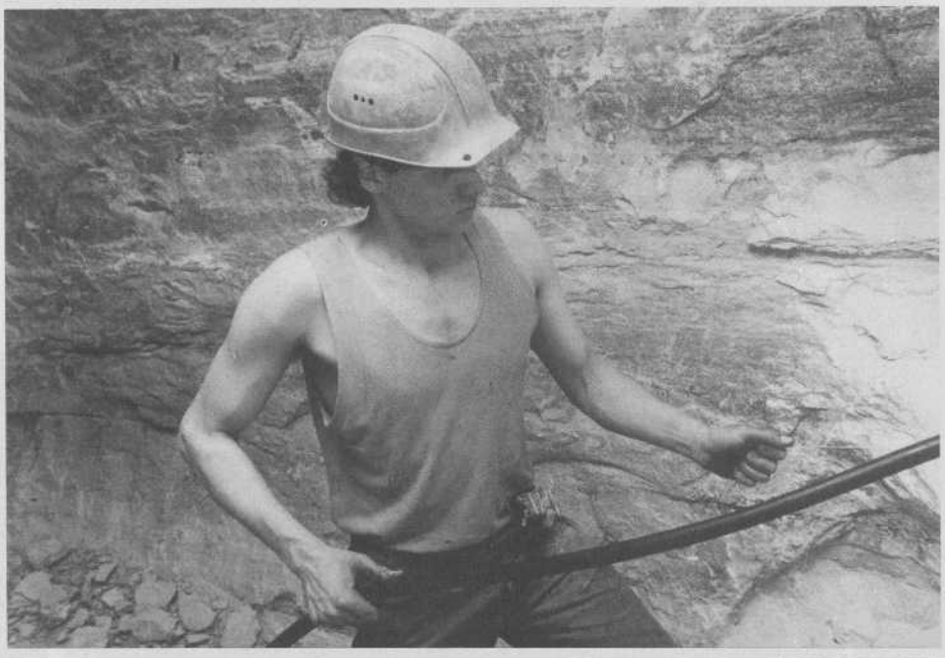


Foto: Ingo Bulla (GT)

Geplant ist, die Produktion auf die jeweils am besten geeigneten Standorte zu konzentrieren. Die Kriterien für Eignung oder Nicht-Eignung bestimmt das Fusionsunternehmen aus dem unternehmerischen/konzernweiten Gesamtinteresse heraus, sie läßt den Rotstift kreisen. Ein Kriterium ist zunächst die Rentabilität des jeweiligen Werks, d.h. Modernität der Anlagen, aber auch Preis, Qualifikation und Disziplin der Beschäftigten. Ein weiteres Kriterium, das zur Beurteilung herangezogen wird, ist die Eignung des jeweiligen Werks als Zulieferbetrieb für die konzerneigene Weiterverarbeitung. Kali kann als Bestandteil von Kaliumsulfat oder Mehrnährstoffdünger mit

Gossner Mission

höheren Gewinnspannen auf dem Markt abgesetzt werden.

Das bedeutet aber auch im Umkehrschluß - und damit kommen wir zu einem dritten Kriterium und zum zweiten Standbein des Konzepts -, daß die Eignung einer Betriebsschließung zur Stärkung der eigenen Konkurrenzfähigkeit bei der Standortwahl eine nicht ganz unbedeutende Rolle spielt. Hier liegt der eigentliche Haken für das Werk Bischofferode, dem fällt Bischofferode als Zulieferer für die unmittelbare Konkurrenz von BASF/Kali+Salz im Kaliumsulfat- und Mehrnährstoffdüngerbereich (EMC, Kemira Oy, Norsk Hydro) zum Opfer. Also:

2. Durch Stärkung der Position der BASF/Kali+Salz auf dem Markt für Kaliumsulfat und sulfatische Mehrnährstoffdünger.

Das ist Kenntnis der Marktgesetze, nämlich das Wissen, daß bei Verdrängung unmittelbarer Konkurrenz vom Markt und einer gewissen Marktmacht die Gewinnmöglichkeiten erweitert sind, und die Anwendung dieses Wissens.

Die BASF schickt sich an, ihre marktbeherrschende Stellung auf dem Kaliumsulfatmarkt weiter auszubauen und auf dem Markt für Mehrnährstoffdünger unliebsame europäische Konkurrenz zu verdrängen. Hieraus erschließt sich auch der Sinn einiger Aktionen der BASF/Kali+Salz im Vorfeld der Fusion: die Durchsetzung eines Produktions- und Verkaufsverzichts von Kaliumsulfat gegenüber der MDK, der versuchte Feldertausch.

Ein gemeinsames Ziel: Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Die an einer Gesamtlösung interessierten Akteure bewerten aus ihrer Sicht zu Recht die Fusion als Erfolg. Für sie stellt sich das Problem folgendermaßen. Sie fragen danach, wie die nationale Kaliindustrie geordnet werden muß, damit deren internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig gewährleistet ist. Wenn dazu „Opfer" notwendig sind, müssen „Opfer" gebracht werden.
Wenn dazu ein Monopol notwendig ist, muß ein Monopol geschaffen werden. Es geht um nichts anderes als um den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die nationale Ökonomie tritt dabei in Konkurrenz zu anderen nationalen Ökonomien (um Investitionen und Geldanlagen). Deswegen das Pochen auf eine Gesamtlösung. Es geht um die Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierungs- und Kostensenkungsstrategien einerseits, durch den Aufbau einer marktbeherrschenden Stellung auf einem Teilmarkt andererseits.
Die Bundesregierung, ihr verlängerter treuer Arm, die Treuhand, und auch die IGBE finden das Gesamtkonzept zur längerfristigen Sicherung des heimischen Kalitandorts und zur Ausweitung des heimischen Kaliumsulfat- und Mehrnährstoffdünger-Geschäfts unterstützenswert und lassen sich das auch einiges kosten: die Bundesregierung, daß in Thüringen mit dem Feuer gespielt wird; die Treuhand das oben aufgelistete Kleingeld; die IGBE einige Mitglieder und in bestimmten Kreisen ihren Ruf.

Die IGBE hat die Lektion „Bedeutung der Neuordnung der nationalen Kaliindustrie und die dazu zu erbringenden Opfer von seiten der abhängig Beschäftigten" gelernt und unter dem Slogan „solidarisches Gesamtkonzept" gesamtdeutsch vermarktet und damit ihre „Reife" für einen Zusammenschluß mit der IG Chemie bescheinigt.
(Stefan Rüb)

Schichtende

Foto: Ingo Bulla (GT)



Gossner Mission

Interview mit G. Jüttemann

Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender

26.1.1994

☞ Am 31.12.1993 war das Ende des Arbeitskampfes und auch der Betriebsbesetzung. Was haben die Kali-Kumpel erreicht, wie sieht das Ergebnis konkret aus, und welche Perspektiven gibt es?

G.J.: Die Kollegen haben durch die Sozialplan-, Interessenausgleichsregelung im Monat Januar zu entscheiden, was sie denn in Zukunft wollen. Es gibt mehr oder weniger drei Möglichkeiten.

Die erste wäre die sozialplanpflichtige Abfindung. Die Kollegen könnten den MDK-Sozialplan annehmen und gehen, die Kündigungsfristen können sie noch in Anspruch nehmen, und dann müssen sie sich selbst um etwas kümmern. Ich muß natürlich dazu sagen, da immer von Riesen-Sozialplansummen gesprochen wurde, das muß man relativ sehen. Es hat ja jeder einen Brief bekommen mit der Summe, die er dann als Abfindung bekäme, wenn er den Betrieb verläßt und keine anderweitigen Ansprüche mehr stellt. Ich selbst bin 20 Jahre jetzt im Betrieb und bin stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, bin 42 Jahre alt, ich hätte die Möglichkeit, eine Abfindungssumme zu bekommen von 17.000 und ein paar Mark. Da kann man von Riesenabfindungssummen nicht sprechen.

„Hier regiert nur das Kapital und weiter nichts!"

Die zweite Variante besteht darin, daß die Kollegen sagen können, wir bleiben in der ABS-Gesellschaft, mit der alle jetzt im Moment einen Arbeitsvertrag haben. Die Kollegen, die in der ABS-Gesellschaft bleiben, kriegen 7.500 DM Ende des Monats und nach Ausscheiden aus der ABS bekommen sie die Restdifferenz der Abfindung. Aber irgend ein Kanzlerwort oder eine Arbeitsplatzgarantie gilt für diese Kollegen dann nicht.

Die dritte Variante ist, sie gehen in die GVV. Da gibt es die Zusage von Bund und Land, aber auch nirgendswo insofern schriftlich, also mündliche Zusagen. Für 2 Jahre hat der Bund zugesagt, wenn sie keine Ersatzarbeitsplätze schaffen, würde der Bund für 2 Jahre den Besitzstand der Kollegen, sprich Lohnfortzahlung, sichern. Eine Zusage vom Land gibt es entsprechend für das dritte Jahr. Hierzu gibts zusätzlich für jeden, der in der GVV verbleibt, noch einmal 7.500 DM. Der allergrößte Teil der Beschäftigten hier wird in der GVV verbleiben. Allerdings kann nur ein Teil der Kollegen, im Moment sind das bloß um die 220, direkt mit Verwahrungs- und Verwertungsarbeiten beschäftigt werden. Der Rest bekommt zwar einen Arbeitsvertrag und seinen Lohn, aber keine Arbeit.

☞ Die ursprünglichen Ziele Ihres Arbeitskampfes waren andere: Standortsicherung, Beibehaltung der Arbeitsplätze, Beibehaltung der Produktion. Wie beurteilen Sie jetzt eigentlich das Ergebnis? Würden Sie sagen, da war mehr drin?

„Am Ende ist die ganze Geschichte eine Niederlage."

G.J.: Also ich sag mal, es wäre mehr drin gewesen meines Erachtens, wenn die komplette Belegschaft gestanden hätte. Aber ich sag dann auch wiederum, wenn man am Ende keinen mehr hat, der irgendwo einem den Rücken stärkt, wenn sämtliche - Bundesregierung und Landesregierung, Treuhand usw. - dagegen sind: dann hatten wir eigentlich nur noch die Möglichkeit, mehr zu erreichen, wenn Tausende hier draußen gestanden hätten, wenn die komplette Belegschaft gesagt hätte, egal wie auch immer, wir gehen gegen jegliche Rechte und Gesetze.

Am Ende ist die ganze Geschichte eine Niederlage. Aber sie ist eine Niederlage, bei der ich mit erhobenem Haupt rausgehen kann, wenn man die Ergebnisse betrachtet, die wir erzielt haben. Aber für diese Dinge haben wir nicht gekämpft. Das war eigentlich nicht unser Ziel. Viele sagen, warum nehmt ihr euren Betrieb nicht selbst in die Hand. Wenn von seiten des Landes die bergrechtlichen Genehmigungen entzogen werden und gleich im Protokoll eine Belehrung festgehalten wird - wenn dort jemand unter Tage was macht, muß er ja sofort mit dem Staatsanwalt rechnen. So ist es nämlich festgehalten worden. Dann weiß ich, daß ich letztlich gegen solche Gesetze nichts ausrichten kann. Dafür waren wir zu wenig nachher. Oder wenn jetzt Spreng-mittelerlaubnisscheine usw. auf einmal nichts mehr wert sind. Wer soll da sich hinstellen und gegen das alles verstoßen.

☞ Vielleicht können wir an der Stelle noch einen kurzen Blick zurückwerfen. Sie haben es ja selber angesprochen, so wie die Situation am Ende des Jahres war, war eigentlich nicht sehr viel mehr drin. Lag das vielleicht auch daran, daß die Unterstützung im Laufe der Zeit nach und nach abgebröckelt ist, sowohl von außen als auch vielleicht in dem Sinn, daß sich immer mehr Belegschaftsmitglieder zurückgezogen haben. Wie würden Sie das beurteilen?

G.J.: Nein, das würde ich so auf keinen Fall beurteilen. Also die Unterstützung, die Solidarität, die war nach wie vor genauso groß wie im Sommer oder im Frühjahr. Da war m.E. nichts abgebröckelt, aber wenn eine Belegschaft ein Jahr lang solch einen Arbeitskampf geführt hat wie wir hier, mit sehr viel Freizeitopfern, dann muß ich sagen, verschleißt natürlich auch eine Belegschaft. Das ist ganz normal. Das sehe ich nicht als irgendwie Negativbeispiel. Ich meine, es war sehr wichtig für uns - das war zu Beginn nicht unbedingt unser erstes Ziel, Deutschland aufzurütteln. Daß einige wissen von den Arbeitern, daß sie überhaupt noch da sind. Denn wenn sie nicht aufpassen, dann haben wir keine mehr, dann haben wir nur noch Arbeitslose. Und daß man sich in diesem System verdammt wehren muß. Hier kriegt man nichts geschenkt, und hier muß man sich alles erkämpfen. Und um uns selber müssen wir uns selber kümmern. Es wird Zeit, daß auch andere da, sagen wir mal, wachgerüttelt werden. Das haben wir, glaube ich, schon gut geschafft. Und auf keinen Fall möchte ich einen der Tage im vergangenen Jahr vermissen. Obwohl ich fast täglich 12 bis 14 Stunden hier im Betrieb war, außer am Sonntag. Das war eine lehrreiche Zeit, und es war eine Zeit, die wichtig war. Ich glaube, sehr viele Betriebe haben von Bischofferode profitiert.

„Wir haben eigentlich für die Gesamtinteressen der Arbeiter in Deutschland gekämpft."

☞ Inwiefern? Können Sie da Beispiele nennen?

G.J.: Ich stelle mir heute die Frage, wären die Kohlekumpel so massiv auf die Straße gegangen, hätten die Autobahnen, Schienen usw. dichtgemacht, wenn es nicht Bischofferode gegeben hätte. Wir hatten halt in diesem Fall eine Signalwirkung. Dafür hatten wir auch diese vielen Sympathien in Deutschland gehabt. Wir haben letztendlich am Ende nicht nur für uns gekämpft. Wir haben eigentlich für die

Gossner Mission

Gesamtinteressen der Arbeiter in Deutschland gekämpft. Wir haben festgestellt, sämtliche wirklich einleuchtenden Argumente haben nicht gereicht. In diesem System kannst du mit Argumenten nicht viel werden. Hier regiert nur das Kapital und weiter nichts!

Der Kaufinteressent, den es gab, der Peine, der hat ja dann zum Schluß noch einmal ein anderes Konzept vorgelegt. Wäre das eigentlich eine von Ihnen akzeptierte Alternative gewesen?

G.J.: Er hat kein anderes Konzept vorgelegt.

In der Öffentlichkeit wurde es immer so dargestellt, als hätte das Ganze mit Kali nicht mehr viel zu tun.

G.J.: Das wurde bewußt gemacht, das sollte ja nicht öffentlich werden. Das ist die Lüge der Treuhand. Und die Lüge wurde bewußt gesteuert. Also sein Angebot lautete, zur Kaliproduktion plus Einlagerung von Reststoffen 536 Arbeiter zu übernehmen. Wir haben aber z.Z. 689 gehabt. Und damit dieses weg ist, „was wird mit den anderen" usw., hat er gesagt, er würde noch zusätzliche Arbeitsplätze beschaffen können und – das war das Neue – seine Baustoffproduktion nach Bischofferode verlagern. Neu war auch, daß er auf die 60 Millionen, die die Treuhand als Nachholinvestition tätigen sollte, verzichtete und lediglich vom Land eine Bürgschaft für einen Kredit über 60 Millionen haben wollte.

„Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn man im August, September nicht auf die EG gehofft hätte"

Wenn Sie jetzt noch mal so ingesamt zurückblicken und Bilanz ziehen, also mit den Erfahrungen, die Sie so im Laufe des Arbeitskampfes gemacht haben, was würden Sie in einer ähnlichen Situation wie zu Beginn heute eigentlich anders machen?

G.J.: Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn man im August, September nicht auf die EG gehofft hätte; denn wir haben ja bewußt da so eine Art Ruhepause eingelegt. Wir haben auch immer darauf hingewirkt und gesagt, Leute, wir haben das erreicht, was bisher eigentlich kaum passiert ist, die Fusionierung erst einmal in die vertiefte Prüfung zu schicken. Und die Chancen waren an und für sich auch gut, daß hier eine Lösung zugunsten von Bischofferode rauskam. Es war vollkommen unverständlich, wie nachher so eine vollkommen offene Entscheidung getroffen wurde. Hier hat politischer Druck stattgefunden.

„Anders zu machen ist es nur mit der breiten Masse ..."

Was hatte Sie denn anfangs zuversichtlich gemacht, daß die Entscheidung anders ausgeht?

G.J.: Wenn ich vom Gesetzestext her die Sache sehe, dürfte sie so nicht ausgehen. Aber wir haben nun mal festgestellt, daß hier Rechte auf dem Papier nicht viel wert sind, wenn sie nicht irgendwo erkämpft werden. Es war ein Willkürakt der Treuhand, weil es halt sogenannte Absprachen gegeben hat zwischen Treuhand, BASF, Bundesregierung und wer da immer noch mit drinsteckt. Und wie gesagt, wir hatten halt auf Brüssel vertraut. Viele haben uns gesagt, selbst die Anwälte usw., daß sich die Brüsseler nicht unter Druck setzen lassen, das sind keine politischen Kräfte, das sind Leute, die nach Recht und Gesetz prüfen und dann entscheiden müssen. Wir sind eines anderen belehrt worden. Man hätte vielleicht da im Sommer, wo noch volle Solidarität war, wo das Eisen noch heiß war, sag ich mal, vielleicht den Druck weitermachen müssen. Aber gut, aus Fehlern kann man lernen.

Wären nach den Erfahrungen, die Sie insgesamt als Betriebsrat oder auch mit der gesamten Belegschaft gemacht haben, Ihre Mittel, die Sie gewählt haben - Betriebsbesetzung, Hungerstreik -, immer noch geeignete Kampfmittel, um zu dem eigentlichen Ziel zu kommen, was Sie mal im Auge hatten? Oder was würden Sie da vielleicht anders machen heute?

„... die Medien muß man erst mal haben."

G.J.: Anders zu machen ist es nur mit der breiten Masse, weil es sonst überhaupt keine Möglichkeit gibt, Erfolg zu bekommen. Und ich kann, wenn ich jetzt unseren Fall sehe, sagen, daß die Chancen zum Erfolg gering sind; wo wir eigentlich nur saubere rechtliche Mittel gewählt haben, deswegen konnte man ja vorher auch nicht eingreifen. Ich hab' da immer sehr viel Wert drauf gelegt, daß nicht gegen geltende Rechte verstoßen wird – Verstoß ist schon ne Betriebsbesetzung, aber das ist 'ne Bagatellisierung im Verhältnis zu anderen Dingen. Aber die Chancen sind insofern m.E. nicht unbedingt gering, weil viele über so eine ähnliche Situation nie nachgedacht haben, wo wir jetzt mal nachgedacht haben. Wo sie bisher immer vertraut haben, die werden das jetzt schon machen, sie haben jetzt feststellen müssen, daß hier ihre Volksvertreter alles mögliche machen, nur nicht die Interessen des Volkes vertreten.

Sie sagten gerade, also Betriebsbesetzung, Hungerstreik im Prinzip ja...

G.J.: Zumindest muß man erst mal aufmerksam machen, die Medien muß man erst mal haben. Denn wichtig ist, egal was für Kampfesformen man wählt, sie sollten nicht abgegriffen sein, weil die Medien da nicht drauf reagieren, es müssen neue Ideen geboren werden. Wie die auch aussehen, habe ich noch keine Vorstellungen. Wenn wir sie gehabt hätten, hätten wir sie wahrscheinlich auch angewendet. Aber wie gesagt, es ist erstmal um aufmerksam zu machen, und wenn nachher genügend da sind, die sagen, das lassen wir uns nicht mehr bieten, dann werden die Leute wahrscheinlich auch gegen die geltenden Rechte verstoßen. Die Zeit ist gar nicht so weit weg, wenn ich das so betrachtet sehe. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß die Leute das alles so tatenlos hinnehmen, daß sie einen Betrieb nach dem anderen dichtmachen. Wenn ich nur Duckmäuser spiele, dann kann ich nichts bewegen. Dann bleibt alles beim Alten. Wieviel sollen denn noch in die Perspektivlosigkeit geschickt werden? Wenn ich gerade unsere Altersbereiche sehe.



G. Jüttemann während des Aktionstag am 1.8.'93

Gossner Mission

Und ich glaube schon, daß es auch jetzt wichtig ist, daß Ost und West jetzt langsam irgend etwas tut, daß sie gemeinsam irgend etwas schaffen, und nicht, daß die Fronten immer größer werden mittlerweile. Es will keiner das alte System DDR wiederhaben, aber wir sind verdammt stocksauer, daß wir das neue System einfach übergestülpt bekommen, ohne zu fragen, haben wir nicht viele gute Dinge gehabt, die hätten erhalten werden müssen. Das ist die Kritik, die ich übe.

Angesichts der etwas knappen Zeit ganz kurz noch einmal der Blick nach vorne: was sind jetzt eigentlich die vordringlichen Aufgaben, die bevorstehen, welche Probleme gibt es dabei konkret?
G.J.: Im Moment ist es so, daß wir uns drum kümmern müssen, daß die Beschäftigten hier einigermaßen verträglich gerecht einen Arbeitsplatz bekommen, wo die Bedingungen stimmen, sprich die Lohnzahlung entsprechend ihrer Tätigkeit stimmt, weil sie ja immer noch versuchen, sie zu beschneiden, wie immer, am liebsten Löhne zahlen, die tarifvertraglich nicht festgelegt sind; daß die Arbeitsverträge sauber sind, und dann heißt es weiter, Druck auf die Verantwortlichen auszuüben in Bonn und Erfurt, damit ihre so großhalsigen Versprechungen irgendwo in die Tat umgesetzt werden.
Vielen Dank für das Gespräch.

Die Treuhandanstalt - von der Sozialisierungsidee zum politischen Groß-Experiment

Zur wechselvollen Rolle der größten Staatsholding im Transformationsprozeß Ost

Von der nach-sozialistischen Aufbruchstimmung zur kapitalistischen Nüchternheit

Das „Volkseigentum" aus DDR-Zeiten wurde infolge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juli 1990 zum neuen Staatseigentum der BRD. Bereits seit Frühjahr desselben Jahres befand es sich in den treuen Händen einer gleichnamigen, neugegründeten Institution, der Treuhandanstalt (THA), deren Karriere und Geschäft in vielerlei Hinsicht ganz anders verlaufen ist, als die Initiatoren und die späteren politischen Gestalter sich ausgerechnet hatten. Wäre es nach den Bürgerrechtlern der DDR gegangen - sie waren die eigentlichen geistigen Urheber der Treuhand-Idee und hatten ihre Vorstellungen bereits Anfang 1990 in Verhandlungen am Runden Tisch vorgelegt und debattiert -, wäre die THA selbst gar nicht Eigentümerin des ehemaligen „Volkseigentums" geworden und würde heute nicht die zweifelhafte Rolle im ostdeutschen Transformationsprozeß spielen, die ihr zahlreiche drastische Beinamen eingebracht hat: „größtes Abbruchunternehmen der Welt", „Totengräberin" und „Brandstifterin". Ihr war vielmehr die Rolle einer verwaltenden Holding für die Betriebe und Liegenschaften aus dem DDR-Vermögen zugedacht. Aufgabe dieser Holding sollte es zum einen sein, den größten Teil des Bestands durch Ausgabe von Anteilsscheinen an alle DDR-Bürger in gewissermaßen reales Volkseigentum zu überführen. Damit sollten diese die Möglichkeit erhalten, Liegenschaften und Betriebe für private oder genossenschaftliche Firmengründungen zu erwerben. Ein anderer Teil sollte in das Eigentum der künftigen neuen Bundesländer oder in Stiftungen überführt werden. Diese Positionen wurden in einem eigens vorgelegten Konzept der Regierung Modrow und letztlich im Beschluß der Volkskammer der DDR vom März 1990 über die Konstitution einer Treuhandanstalt nicht übernommen. Darin bekam die THA die Funktion als Vermögensverwalterin und die Aufgabe, die bisherigen volkseigenen Betriebe (VEB) in Kapitalgesellschaften zu überführen. Betriebe, die in der letzten Phase der Kombinatsbildung (bis 1972) enteignet und verstaatlicht worden waren, sollten reprivatisiert, d.h. an ihre alten Eigentümer zurückgegeben werden. Bis dato war die THA selbst weder unterneh-

Zwischenbilanz der Treuhandanstalt vor der letzten Runde:

Die Treuhandanstalt (THA) will bis Ende 1994 ihr operatives Geschäft beenden. Voraussetzung dafür ist, daß für alle Unternehmen bzw. Betriebe, die sich bis dato noch in ihrem Bestand befinden, eine „Lösung" (schlechtestenfalls auch eine Auflösung) gefunden werde. Bis Mitte des Jahres soll eine neue Struktur der THA für die Zeit danach entwickelt und aufgebaut werden. In deren Zentrum wird die „VRA Vertrags-, Reprivatisierungs- und Abwicklungs-Management GmbH" stehen, die sich vorrangig um die verbleibenden Aufgaben des Vertragsmanagements kümmern soll.

Nach eigenen Angaben befanden sich ursprünglich 13.372 „Einheiten" in der Gesamtverantwortung der THA. Die Gesamtzahl hat sich im Laufe der Zeit durch Betriebsteilungen weiter erhöht. Bis Anfang 1994 seien 6.571 Unternehmen und weitere 7.001 Betriebsteile privatisiert worden. Damit verbunden seien etwa 1,5 Mio. verbliebene Arbeitsplätze. Im Bestand befinden sich noch 266 Unternehmen, für die in diesem Jahr neue Eigentümer gewonnen werden sollen. In diesen Treuhandunternehmen seien bislang noch etwa 200.000 Arbeitskräfte gebunden.

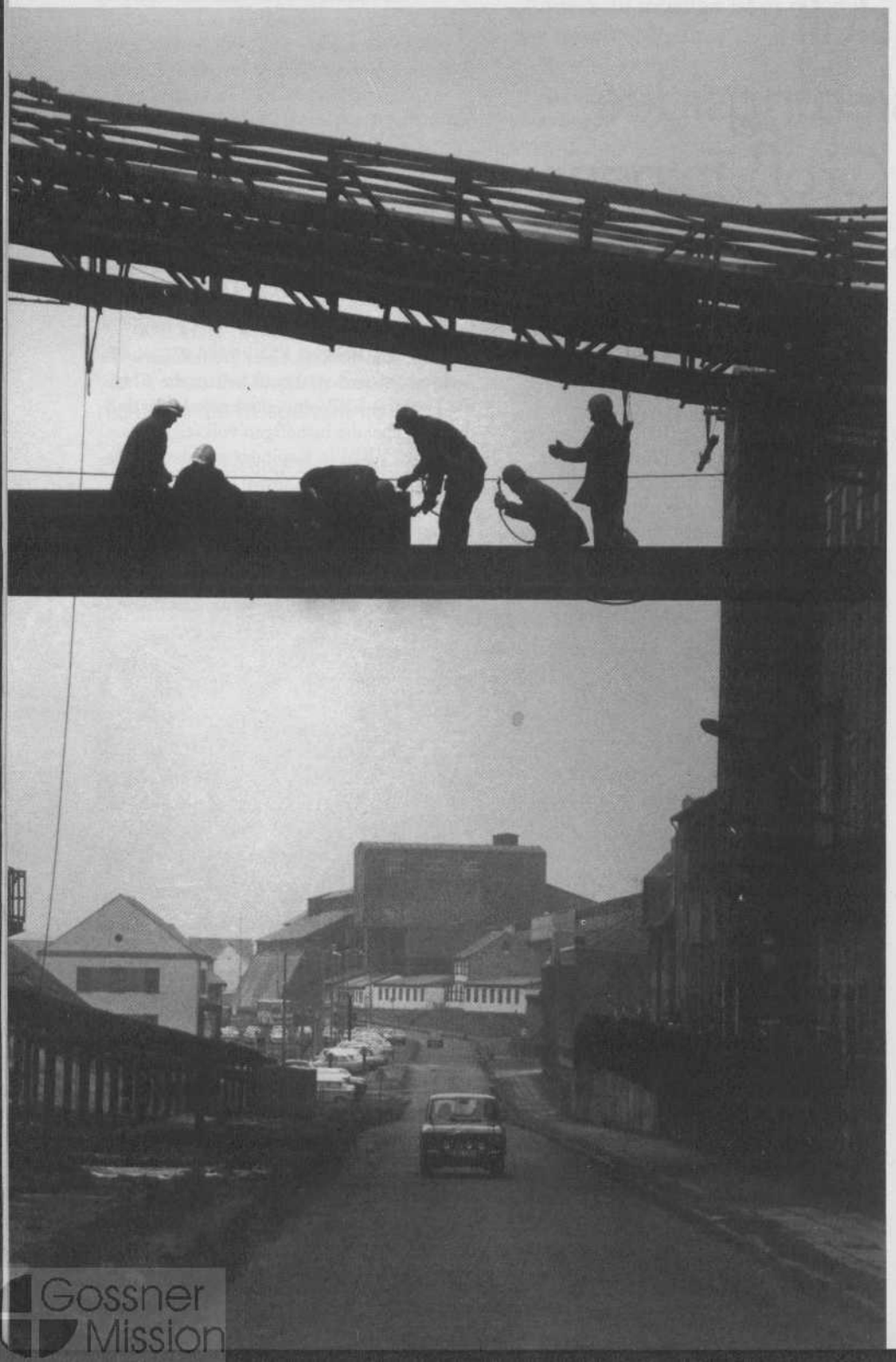
(Treuhandanstalt: Zahlen & Fakten. In: Die Wirtschaft, 1/94)

Gossner Mission

merisch noch wirtschaftsleitend tätig. Dies änderte sich erst mit dem von der Volkskammer im Juni 1990, vierzehn Tage vor der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion, verabschiedeten Treuhandgesetz. Die THA hat seitdem einen doppelten Charakter: einerseits ist sie eine Art Behörde, die im hoheitlichen Auftrag stattliches Vermögen verwalten soll, andererseits ist sie als Holding verfaßt, beinahe wie eine Aktiengesellschaft, die auch unternehmerisch tätig sein soll. Daraus mußten sich in der weiteren Arbeit geradezu systematisch einige Zielkonflikte und Widersprüchlichkeiten ergeben, die sich buchstäblich als kontra-produktiv und nicht selten auch destruktiv auswirkten.

Nach dem Treuhandgesetz besteht die vorrangige Aufgabe der Anstalt darin, die Produktions- wie Dienstleistungsbetriebe und Liegenschaften aus ihrem Besitzstand zu privatisieren. Es geht also vordergründig darum, dafür Käufer zu finden, die ein Interesse daran haben, Betriebe oder Grundstücke zu übernehmen und für ihre privatwirtschaftlichen Zwecke zu verwenden. Dort, wo nach Prüfung und Urteil durch den Leitungsausschuß der THA, ein vorstandsunabhängiges Gremium, das direkt dem Finanzministerium unterstellt ist, eine Privatisierung ökonomisch nicht möglich scheint - das bedeutete in den meisten Fällen mangelnde Konkurrenzfähigkeit von Produkt und/oder Vertriebssystem - oder wo entsprechende Versuche scheitern, droht im Prinzip die Schließung des entsprechenden Betriebs. Für das bisherige Management wie für die Belegschaften der Betriebe ist Privatisierung gleichbedeutend mit Kontinuität - für Fortbestand von Betrieb *und* Arbeitsplätzen -, bildet zumindest die einzige Hoffnung darauf. Dabei handelt es sich nicht um gänzlich illusionäre Erwartungen. Denn grundsätzlich wird in den Privatisierungsverhandlungen seitens der THA versucht, den Käufer an bestimmte vertragliche Auflagen zu binden: der Betrieb muß für einen operativen Zweck verwendet werden (kein Spekulationsobjekt), meist ist auch eine Beschäftigungsgarantie für eine bestimmte Zahl von Arbeitskräften auf einen definierten Zeitraum hin gegeben. Insofern scheint für die Betroffenen mit dem erfolgreichen Agieren der THA auch der Erfolg der ökonomischen Rettung „ihres" Betriebs verbunden zu sein.

Foto: Ingo Bulla (GT)



Die Treuhandanstalt als Buhmann im Osten

Nun ist unter dem Maßstab dieser Aufgabenstellung die Rolle der THA und ihre konkrete Arbeit von verschiedenen Seiten immer wieder heftig umstritten gewesen. Zum Chor der kritischen Stimmen gehörten nicht nur die Belegschaften der TH-Betriebe unisono mit ihren Leitungen und den Gewerkschaften. Auch Landes- und Kommunalpolitiker nicht nur der Opposition, z.B. der Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf, oder der sächsische MdB der CDU M. Kolbe in einem veröffentlichten Plädoyer, mitunter auch Arbeitsämter und Kammern sowie wissenschaftliche Experten unterschiedlicher Disziplinen bezogen Stellung gegen die konkrete TH-Politik. Angesichts der für westliche Verhältnisse ungewohnten, zumindest seltenen Koalitionen zwischen führenden (Ost-)Politikern, Gewerkschaften und Betrieben für den Erhalt von Industriestandorten und für eine Revision der TH-Politik erschien die THA geradezu als der neue und eigentliche Antagonist im ostdeutschen Kapitalismus - gegen den Rest der Republik. Als gemeinsamer Tenor heraushören läßt sich aus den verschiedenen Stimmen die Kritik an der Zerstörung von ökonomischer Substanz und von Entwicklungspotentialen in den ostdeutschen Ländern und an dem Entzug individueller Lebensgrundlagen für große Teile der bisherigen Erwerbsbevölkerung infolge des massenhaften Beschäftigungsabbaus. Die Erklärungen, die dafür

Gossner Mission

jeweils angeführt werden, sind sehr unterschiedlich, haben jedoch überwiegend eines gemeinsam: sie suchen die Gründe für die ausgemachten Mängel in der Arbeit der THA.

Nicht selten standen daher in der Vergangenheit im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit solche Fälle, die man als Skandalgeschichte der Treuhandarbeit zusammenstellen könnte, Fälle, in denen durch Fehlentscheidungen und durch unsaubere Geschäfte die Fortexistenz ganzer Betriebe oder zumindest große Teile ihrer Belegschaften aufs Spiel gesetzt wurden. So gab es beispielsweise Berichte darüber, daß Angestellte regionaler Treuhandniederlassungen oder auch der Zentrale in Berlin bei der Prüfung der Bonität einiger Kaufinteressenten und der Tragfähigkeit vorgelegter Sanierungskonzepte sehr nachlässig verfahren seien, mitunter „Betrügern" und Spekulanten den Zuschlag gegeben hätten und daß vereinzelt gezielte Gefälligkeitsgeschäfte getätigt worden seien. Dadurch wurde bei den Betroffenen und in der Öffentlichkeit der Eindruck erzeugt und genährt, daß die THA Betriebe leichtfertig und um jeden Preis (und sei es wenigstens für eine Mark) verkaufen würde, um damit bei insgesamt defizitärem Geschäft überhaupt einen Erlös zu erzielen oder diese Betriebe zumindest von ihrer Bestands- auf die Vollzugsliste umtragen zu können, ohne für die vertragliche Sicherung des betrieblichen und Arbeitsplätzebestands zu sorgen.

Aber die THA gerät auch in den Fällen ins Zwielicht, wo wie beispielsweise bei der Motorradfabrik MZ in Zschopau (Sachsen) oder dem Kali-Bergwerk in Bischofferode (Thüringen) Betriebe trotz umstrittener Sanierungs- und Überlebensfähigkeit zugunsten potenter westdeutscher Konkurrenten (hier: BMW bzw. BASF) von der THA in die Liquidation geschickt wurden bzw. einem Käufer die Schließung des Betriebs eingeräumt wurde. Denn hier bildeten jeweils nicht einzelbetriebliche Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Grundlage der TH-Entscheidung, sondern es wurde offensichtlich übergeordneten Marktinteressen eines einzelnen Konkurrenten bzw. eines Kartells Vorrang eingeräumt vor den einzelbetrieblichen Interessen der Betriebe und ihrer Belegschaften an Standort- und Arbeitsplatzerhalt.
Es lassen sich auch Beispiele für quasi unternehmerische Unzulänglichkeiten in der Arbeit der THA aufzählen: so die hohe Fluktuation von (meistens West-)Managern in den zu privatisierenden Betrieben, die als Experten in Sachen Marktwirtschaft von der THA zur sachkundigen Betriebsführung eingesetzt wurden, oder der zum Teil fliegende Wechsel von Beratungsunternehmen, die mit der Beurteilung oder auch eigenen Entwicklung von Sanierungskonzepten für TH-Betriebe beauftragt wurden. Mit nicht selten sehr unterschiedlichen Vorschlägen für künftige Entwicklungspfade wurden angedachte Lösungswege immer wieder wechselseitig durchkreuzt, was zu erheblicher Desorientierung der Geschäftsleitungen und noch größerer Verunsicherung der Beschäftigten beitrug.

Keine Garantie auf Privatisierung - keine Privatisierung mit Garantie

Diese „Fehler" oder „Schlechtleistungen" in der Arbeit der THA sind allerdings „nur" die spektakulären, wenn auch im Einzelfall folgenschweren Spitzen des Problems, auf die sich die Kritik der Treuhandanstalt bezieht. Für die TH-Betriebe und insbesondere ihre Belegschaften entstehen die wesentlichen Probleme bereits aus dem Privatisierungsauftrag der THA und dem Ziel ihrer Arbeit an sich. Und dies aus einem wesentlichen Grund:

Privatisieren heißt im Fall der TH-Betriebe nicht einfach nur, an einen neuen, privaten Eigentümer zu veräußern, so wie es geschieht, wenn beispielsweise öffentliche Dienstleistungen durch Verkauf an private Unternehmer übergeben oder Grundstücke aus öffentlichem in privates Eigentum verwandelt werden. Denn seit der Wirtschafts- und Währungsunion sind die TH-Betriebe nicht mehr einfach nur ehemaliges *Produktiv*vermögen der DDR, sondern sie sind zu *Kapital*einheiten geworden, für die sich nur dann ein privater Käufer finden läßt, wenn Aussicht darauf besteht, daß sich diese auch in marktfähige, rentable Unternehmungen verwandeln lassen. Genau dafür entstanden jedoch gleichzeitig mit der Überführung der DDR-Ökonomie verschiedene Hindernise: so sind infolge einer Vereinbarung im ersten Staatsvertrag mit der Verwandlung der VEB in Kapitalbetriebe deren Verpflichtungen gegenüber dem bisherigen (DDR-)Staat und ausländischen Lieferanten quasi über Nacht zu Schulden geworden, die die Betriebe seitdem betriebswirtschaftlich stark belasten. Und dies, obwohl diese „Schulden" nach den Regeln der DDR-Planwirtschaft nicht als solche galten, denn die Praxis war, auf der einen Seite alle Investitionen staatlicherseits zu kreditieren, auf der anderen Seite alle Gewinne zu verstaatlichen. Außerdem wurden mit der Einführung der D-Mark in der DDR die bisherigen Absatzländer der DDR gezwungen, Lieferungen aus dem Osten Deutschlands in „harter" Währung zu bezahlen, was angesichts der generellen Devisenbeschaffungsprobleme zur weitgehenden Zahlungsunfähigkeit und einem schlagartigen Rückgang der Nachfrage aus den osteuropäischen Staaten führte - man spricht seitdem vom „Wegbrechen der Absatzmärkte im Osten". Daneben bestanden wegen Überkapazitäten auf dem nun frei zugänglichen (West-)Weltmarkt und preislichen Nachteilen ostdeutscher Anbieter hier kaum Aussichten auf alternative Absatzmöglichkeiten. Und auch auf dem traditionellen (Ost-)Binnenmarkt hatten TH-Betriebe wegen Preisnachteilen gegenüber den hereinströmenden Westanbietern oft kaum Chancen.

Kurzum: Es war vor allem die mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erfolgte Einführung kapitalistischer Verhältnisse, marktwirtschaftlicher Institutionen und Strukturen in der DDR selbst, die die Funktionalität bisheriger Organisation, Strukturen und Abläufe in Frage stellte und hinfällig werden ließ. Das anfängliche Ziel, durch möglichst rasche und einträgliche Privatisierung von Betrieben einen sich selbst tragenden Wirtschaftsprozeß im Osten Deutschlands in Gang zu setzen und damit gleichzeitig die Kosten des ökonomischen Umbaus zu decken, erwies sich schon bald als illusionär. Und es zeigte sich sofort mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, daß der Privatisierungsauftrag der THA zur Arbeit gegen die Marktgesetze selber werden würde. Denn „mit der Einführung der Währungsunion wurde die

Wenn sie türkisch essen wollen, dann ist das

ANTALYA-RESTAURANT

Ihre Adresse

Kurze Geismar Str. 22
37037 Göttingen
0551/56699

Es gibt gute Gründe, bei uns zu speisen !

Gossner Mission

DDR nicht etwa von Investitionen, sondern von Waren bundesdeutscher Herkunft überflutet. Die DDR-Unternehmen wurden fast auf einen Schlag vom Markt verdrängt. Um 53% sank im dritten Quartal 1990 die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe" (Aus Politik und Zeitgeschichte, 13/1992). Es ging also in der Arbeit der THA fortan darum, unter den Bedingungen von nationalen (zum Teil weltweiten) Überkapazitäten ostdeutsche Betriebe wo möglich zunächst einmal zu erhalten, erst durch direkte Subventionszahlungen, dann aber auch durch die Sicherung traditioneller Absatzmärkte in Osteuropa mit der Gewährung von Hermes-Bürgschaften. Des weiteren mußten die Voraussetzungen für eine baldige Privatisierung der Unternehmens- und Betriebseinheiten geschaffen werden.

„Privatisieren geht vor Sanieren"

Der „Ausverkauf der Ost-Wirtschaft" wurde also keineswegs zu einem einträglichen, nicht einmal zu einem kostendeckenden Geschäft ,und es zeichnete sich ab, daß ein erheblich höheres Maß an staatlicher Intervention erforderlich werden würde, um die TH-Aufgaben zu erfüllen. Allerdings wurden in dieser Situation von seiten der THA besonders vehement und unnachgiebig die Heilkräfte des Marktes beschworen.

Offiziell verfolgte die THA in dieser Phase ihre Hauptaufgabe entsprechend der von ihrem Vorstand ausgegebenen Parole: „Privatisieren geht vor Sanieren". „Es ist in der Tat nicht die Aufgabe der Treuhand, alle Unternehmen erst einmal zu sanieren. Die beste Sanierung kann ein neuer, unternehmerisch handelnder Eigentümer vornehmen." So Breuel in einem Zeitungsinterview 1990. Auf diese Weise versuchte die THA zunächst weitere finanzielle Verpflichtungen, die die wirtschaftliche Einheit noch verteuern würden, zu vermeiden und verfolgte gleichzeitig unter wachsendem Erfolgsdruck einen raschen Abschluß ihres Auftrags: Privatisieren auf D-Mark komm rein. Dabei wurde grundsätzlich von einzelbetrieblichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen ausgegangen. Eine industrie- und strukturpolitische Verantwortung wurde vom Vorstand der THA *prinzipiell* abgelehnt. Bestehende Wirtschaftseinheiten wurden nicht selten so „filetiert", daß lukrative und leicht verkäufliche Betriebe oder Betriebsteile privatisiert und die Restbestände liquidiert oder zum Ladenhüter wurden. In der Summe von Einzelfallentscheidungen wurden bestimmte Regionen so nahezu völlig deindustrialisiert, erhebliche Teile der Erwerbsbevölkerung arbeitslos, und die betroffenen Kommunen gerieten mangels Steueraufkommen und die Lohnabhängigen mangels Erwerbseinkommen immer stärker in Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen.

Das Muster, nach dem die THA zur Vorbereitung der Privatisierung vorging, wurde als passive Sanierung bezeichnet und folgte der Einsicht, daß sich das Produktivvermögen der DDR nicht in den bestehenden Organisationseinheiten ohne weiteres verkaufen ließe. Trotz des Grundsatzes „Privatisieren geht vor Sanieren" räumte die Treuhand daher ein: „Es gilt aber auch der Grundsatz, daß Unternehmen, die grundsätzlich lebensfähig sind, auch dann saniert werden müssen, wenn sich noch kein neuer Eigentümer findet" (B. Breuel 1990). Diese passive Sanierung sah also vor, die bestehenden Kombinate so zu entflechten und die Strukturen der herausgelösten ehemaligen Kombinatsbetriebe so zurechtzustutzen, daß daraus privatisierbare, d.h. verkäufliche Einheiten würden. Im Vordergrund stand dabei die Überlegung, daß sich große Betriebe allein wegen des höheren Kaufpreises nur schlecht verkaufen ließen und daß alle Bereiche und Abteilungen, die früher für den Betrieb oder das Kombinat solche Leistungen erbracht haben, die heute als Produkte oder unternehmensbezogene Dienstleistungen über den Markt günstiger zu beziehen sind, abgebaut werden müßten, weil sie als unrentabler Ballast den Erfolg der Privatisierung behindern würden. Unter der Zielsetzung der betrieblichen Kostenreduktion wurde in der Regel also eine „Verschlankung" der Betriebe auf ihre Kernbereiche betrieben. Neben betrieblichen Sozial- und Bildungseinrichtungen und verschiedenen Handwerksabteilungen wurden in der Mehrheit der Fälle auch zukunftsrelevante Abteilungen wie Forschung und Entwicklung, Konstruktion, Musterbau und dergleichen abgebaut. Vereinzelt existieren diese Innovationsbereiche als sogenannte Ausgründungen weiter, d.h. sie fungieren in Form selbständiger GmbHs als Anbieter von unternehmensbezogenen Dienstleistungen auf dem Markt, häufiger jedoch kam es zu deren Auflösung. So hatte die „passive Sanierung" in etlichen Fällen zum Ergebnis, daß die für eine Reorganisation der ostdeutschen Industrie notwendigen Entwicklungspotentiale in den Betrieben gleich mit zerstört wurden.

Keine Privatisierung ohne Sanierung

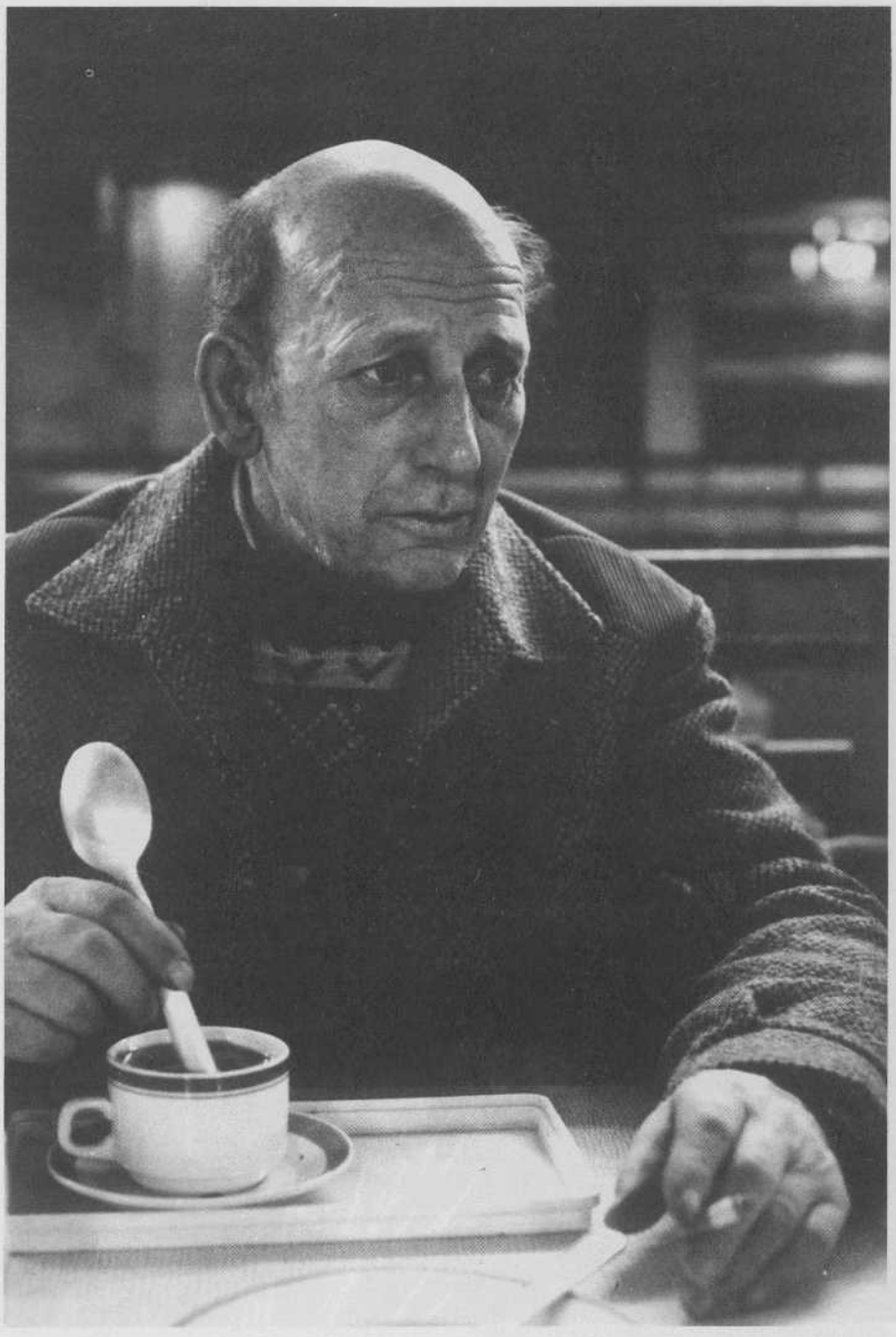
Bereits früh waren vereinzelt Forderungen nach einer Kurskorrektur der TH-Politik laut geworden, insbesondere aus den Reihen der politischen Opposition wie etwa Bündnis '90 und der Memorandum-Gruppe. Auch aus dem Ausland forderten Stimmen eine Umstrukturierung und Entbürokratisierung der THA. „Angesichts der immensen wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland lasse sich der anhaltende Optimismus in der Bundesrepublik über die mittel- und langfristigen ökonomischen Aussichten nur schwer verstehen", gibt die Berliner Zeitung einen Bericht der in London erscheinenden Financial Times wieder (2. Juli 1991). „Dieser Optimismus scheine teilweise erklärbar durch die mangelnde Bereitschaft, ein Scheitern der Wirtschafts- und Wäh-

Post-fordistische Schlankheitskur

Entsprechend dem Grundsatz reproduktiver Geschlossenheit wiesen die Kombinate, aber auch die einzelnen Kombinatsbetriebe in der DDR eine Fertigungstiefe auf, die gemessen an dem in den 80er Jahren in kapitalistischen Ökonomien erreichten Entwicklungsstand noch sehr hoch war. Das bedeutet: Handwerkliche und technische Dienstleistungen sowie Produktionsabschnitte, die um die Kernbereiche angesiedelt waren, und der Bau von Produktionsmitteln (Ratiomittelbau) waren in die Betriebe integriert. Auf diese Weise wurde zum einen versucht, Unzuverlässigkeiten und Reibungsverluste in der Arbeitsteilung und den Austauschbeziehungen zwischen Kombinaten, aber auch innerhalb der einzelnen Kombinate zu kompensieren. Zum anderen bestand dadurch die Möglichkeit, den Mangel an Devisen für Investitionsgüter vom Weltmarkt oder bestehende Einfuhrbeschränkungen durch einen höheren Anteil an Eigenleistungen (FuE, Eigenbau) auszugleichen. Die zahlreichen neben dem Kernbereich der Produktion angesiedelten „sekundären Abteilungen" waren funktional zum Teil relativ selbständige Einheiten innerhalb der Betriebe und stellten pools von überwiegend hochqualifizierten Spezialisten dar. Anders als in westlichen Ökonomien, wo bereits vor über zehn Jahren eine Entwicklung von standardisierter Massenproduktion und großbetrieblichen Strukturen zu flexibler (Klein-)Serienfertigung und einer Dezentralisierung von Produktionseinheiten begonnen hatte und die zwischenindustriellen Austauschbeziehungen ausgedehnt wurden (weniger Eigenleistungen, mehr Zukauf von Dienstleistungen und Teilen für die Produktion), waren die Kombinate mit ihrer zentralistischen Führung und ihrer tiefen internen Gliederung noch stark am fordistischen Produktionsmodell orientiert. Dies wurde im Zuge „passiver Sanierung" von der THA - verbunden mit einem massiven Personalabbau - radikal zurückgeschnitten und nicht selten nach erfolgter Privatisierung noch weiter ausgedünnt.

Gossner Mission

rungsunion in Betracht zu ziehen. Noch besorgniserregender sei aber der mangelnde Wille, über Wege nachzudenken, wie ein Scheitern zu verhindern sei." Der Grund für die Kritik war die sich abzeichnende Tatsache, daß die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe sehr viel schleppender verlief und insgesamt sehr viel teurer sein würde, als daß die Verkaufserlöse - wie ursprünglich noch bei der Verabschiedung des Treuhand-Gesetzes zugrunde gelegt - die Defizite der THA ausgleichen könnten. In dem Maße, wie zur Deckung der Kosten und Kompensation der Verluste auch die Bürger direkt zur Kasse gebeten wurden (z.B. durch den sogenannten Solidaritätszuschlag), wuchs allmählich auch der Druck der Öffentlichkeit auf die Politik der Bundesregierung und namentlich auf die THA. Auch die erreichten Größenordnungen der De-Industrialisierung und ökonomischen De-Stabilisierung ganzer Regionen hatten zu massiven, aber unterm Strich relativ folgenlosen Protesten geführt. Mittlerweile waren auch bereits ganze Kombinate und damit nahezu die ganze jeweilige Branche stillgelegt worden: z.B. Robotron (Mikroelektronik), Sachsenring Werke Zwickau und Automobilwerke Eisenach (Straßenfahrzeugbau). Es dauerte noch etwa ein weiteres Jahr, bis die Kritik an der industriepolitischen Zurückhaltung der THA und die Forderung nach aktiver Sanierung der TH-Betriebe die öffentliche politische Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Länder und die soziale Auseinandersetzung in der gesamten Bundesrepublik eindrücklich prägten und der entstandene Druck unausweichlich wurde. Dieser wurde zudem genährt von den objektiv schlechten wirtschaftlichen Aussichten der THA, den Rest des Privatisierungsgeschäfts unter Beibehaltung des alten offiziellen Kurses überzeugender als bisher abzuschließen. Bis Ende des 1. Quartals 1992 waren von dem heute bekannten Gesamtbestand von etwa 13.800 Unternehmen und Betrieben 6.600 privatisiert worden. Für die übrigen galt, daß davon (nur) 70 % als sanierungsfähig eingestuft wurden. Doch auch für diese gab es keine eindeutig positive Prognose. Treuhand-Vizepräsident Hero Brahms hatte bereits eingeräumt, daß eine Reihe von Unternehmen ihre Chance zur Sanierung nicht mehr nutzen könne, wenn ihre bisherigen Absatzchancen in Osteuropa zunehmend schlechter würden. Noch im September hatte derselbe Brahms entschieden erklärt, die THA sei nicht bereit, unrentable Betriebe über einen längeren Zeitraum zu subventionieren. Was unrentabel heiße und was zu lange dauere, präzisierte Brahms in der Feststellung: „Wenn ein Unternehmen aus heutiger Sicht nicht in zwei bis drei Jahren schwarze Zahlen schreiben kann, dann ist es für uns nicht sanierungswürdig" (FR vom 9. Sept. 1991). Daß die strikte Anwendung dieses Maßstabs zu einer weiteren Welle von Betriebsstillegungen und Konkursen führen würde und damit die desolate regionalwirtschaftliche und vor allem auch sozialpolitische Situation in den „Neuen Ländern" verschärfen mußte, war unübersehbar. Zumal es sich gezeigt hatte, daß nach den erfolgreichen Verkäufen vor allem kleiner und mittlerer Betriebe und lukrativer Kombinatsteile für die THA eine erhebliche Zahl von „Problemfällen" bleiben würde, die nicht ohne weiteres verkauft, aber aus Gründen politischer Opportunität auch nicht umstandslos geschlossen werden konnten.



Bichofferode, Werkskantine, 6 Uhr morgens

Foto: Ingo Bulla (GT)

Die offizielle Phase der Experimente

Die bisherige Kalkulation war also gleich zweimal nicht aufgegangen: Weder war es der THA gelungen, durch Re-Privatisierung von Betrieben im neuen Osten der Bundesrepublik einen selbsttragenden Wirtschaftsprozeß in Gang zu setzen, der gleich auch „die Kosten der Einheit" wieder einspielen konnte - bei diesem Versuch schlugen die

Gossner Mission



Schweißer im Werk „Thomas Müntzer"

Foto: Ingo Bulla (GT)

Kräfte des Marktes prompt gegen diesen selbst zurück -, noch hatte das relativ defensiv gebliebene Programm „Privatisieren statt Sanieren" die Ost-Ökonomie angeschoben und die Bilanz der THA näher ans Plus gebracht. Vielmehr war die ökonomische Vereinigung für alle Beteiligten auf unterschiedliche Weise zu einem enormen Zuschußgeschäft mit sinkenden Erfolgsaussichten geworden.

Nach einigem Vorlauf kam es 1992 schließlich zu den ersten *programmatisch*-konzeptionellen Änderungen in der TH-Politik wie auch in der Wirtschaftspolitik der ostdeutschen Länder. Auch die Länder hatten anfangs nur allzugern die Hoffnung der THA geteilt, daß die meisten ostdeutschen Betriebe ohne vorherige Eingriffe privatisiert werden könnten und die Sanierung durch einen späteren Eigentümer erfolgreich bewerkstelligt werden würde. Eigentlich war es mehr die Aufgabe einer starren Programmatik, die diese Veränderung kennzeichnete, und nicht so sehr ein Wechsel auf einen neuen klaren Kurs. Die wirtschaftspolitischen Varianten, die in der Folge ausprobiert wurden, hatten im Grunde nur eines gemeinsam: sie stellten eine offensivere Reaktion sowohl auf den politischen Druck in der Öffentlichkeit als auch auf das Scheitern des Versuchs dar, mit marktorthodoxen Mitteln den Umbau der bisherigen sozialistischen Planwirtschaft zu bewältigen. Hierbei sollten nun auch längerfristige regionale, struktur- und sozialpolitische Erwägungen eine Rolle spielen. Die oft ungewöhnlichen Koalitionen zwischen politischen Instanzen, Wirtschaftsvertretern, Gewerkschaften und anderen Verbänden, die Schaffung von neuen Institutionen für Verhandlungen und Entscheidungen und neue Wege der Entscheidungsfindung gaben diesen Initiativen den Charakter von Experimenten, für die es überwiegend keine Vorbilder gab - und somit auch keine Erfahrungen mit Problemen und den Bedingungen für Erfolg.

Bereits vor dieser Kurskorrektur hatte die THA zwar abweichend von ihrer offiziellen Linie, sich nicht an Sanierungsaktivitäten zu beteiligen, sich vereinzelt doch auf solche Engagements eingelassen, die eindeutig von regional- und strukturpolitischen Erwägungen geleitet waren und nicht primär von knallharten betriebswirtschaftlichen Einzelberechnungen. Als die spektakulärsten Fälle sind wohl zu nennen:

- die EKO-Stahl AG, Eisenhüttenstadt; hier in dieser wirtschaftlich von der Stahlindustrie monostrukturierten und somit anfälligen Oder-Spree-Region am östlichen Rand Brandenburgs versucht die THA in Kooperation mit dem Land Brandenburg den Stahlstandort zu erhalten. Es geht darum, aus dem EKO-Unternehmen heraus dadurch eine konkurrenzfähige Basistechnologie zu entwickeln, daß am Standort die dazu notwendigen kreativen Firmen aufgebaut werden.
- das ehemalige Carl-Zeiss-Kombinat; in einem Vertrag zwischen THA, thüringischer Landesregierung und dem westdeutschen Zeiss-Unternehmen in Oberkochen wurde vereinbart, daß zum Erhalt des Standorts Jena das ehemalige Carl-Zeiss-Kombinat geteilt und umstrukturiert und das Nachfolgeunternehmen Jenoptik zu 51 % und die abgespaltene Carl Zeiss GmbH Jena zu 49 % vom Land Thüringen übernommen werden sollte (49 % bzw. 51 % liegen bei Carl Zeiss Oberkochen). Die THA beteiligte sich an den Sanierungskosten mit 2,74 Mrd. Mark, das Land Thüringen übernahm 0,86 Mrd. Mark.
- das „Chemie-Dreieck" in Sachsen-Anhalt; trotz vieler Faktoren, die gegen eine Fortführung der ökonomisch maroden und unökologischen Chemieindustrie in Buna, Leuna, Wolfen sprachen, sollte vermieden werden, in dieser Region eine „industrielle Wüste" und eine sozialpolitische Katastrophensituation zu erzeugen. Das veranlaßte die Treuhandanstalt, aus politischen Gründen aktiv

Gossner Mission

nach einer Möglichkeit zu suchen, die Großchemie-Standorte in Sachsen-Anhalt zu erhalten und zu sanieren. Die institutionelle Basis dieser Bemühungen bildete der neugeschaffene Chemie-Lenkungsausschuß, der die Koordinierung und Abstimmung mit direkt oder indirekt betroffenen Parteien, darunter IG Chemie, Unternehmensvorstände und Landesregierung, im Hinblick auf eine gezielte Sanierungsstrategie übernehmen sollte.

Für das Gros der noch in TH-Besitz befindlichen Betriebe gab es allerdings bis dahin keine politischen Konzepte für eine gezielte ökonomische Stabilisierung auf der Basis von aktiven Sanierungsmaßnahmen im Vorfeld der Privatisierung.

Eines der neuen Sanierungs-Modelle waren die sogenannten Management-KGs (MKG). Sie gehen auf frühe Überlegungen innerhalb des Leitungsausschusses der THA am Ende der Rohwedder-Zeit zurück. Darin war man davon ausgegangen, daß nach dem Satz „Privatisierung ist die beste Sanierung" die bevorstehenden Restrukturierungsaufgaben nicht bewältigt werden könnten und daß Voraussetzungen für eine aktive Sanierung von Betrieben geschaffen werden müßten. Erst im Aufwind der öffentlichen politischen Auseinandersetzung über die Notwendigkeit zur Kurskorrektur in der TH-Politik ließen sich diese treuhand-intern durchsetzen. Bei den MKG handelt es sich um mittlerweile fünf privatwirtschaftliche Holdings, in denen unter der Regie von im Sanierungsgeschäft profilierten West-Managern der ersten Garde jeweils ein bestimmtes Portefeuille von TH-Betrieben zusammengefaßt wurde und saniert werden soll. „Die Sanierung privatisieren" lautet jetzt der neue Slogan, und man verspricht sich davon, daß unter kompetenter aktiver unternehmerischer Führung die Betriebe eher zur Privatisierung geführt werden können als unter der administrativen Aufsicht der THA. Nicht zuletzt deswegen, weil die darin tätigen Manager zum einen über Renditeerwartungen und Erfolgsprämien einen ökonomischen Anreiz haben und zum anderen nur ein geringes Risiko tragen. Denn die Schulden der Betriebe und die Mittel für Investitionen übernimmt die THA. Insgesamt befinden sich etwa sechzig TH-Unternehmen in den bestehenden MKGs.

Eine andere Initiative entstand im April 1992. Auf maßgebliches Betreiben der Gewerkschaften (IG Metall) kam es zunächst in Sachsen mit einer Vereinbarung zwischen der THA und dem Land zum sogenannten ATLAS-Projekt. Unter der programmatischen Zielsetzung „Erhaltung industrieller Kerne" erhält das Land die Möglichkeit, aus regionalpolitischer Sicht „strukturbestimmende" TH-Betriebe zu benennen, die von der THA auf ihre Sanierungsfähigkeit überprüft werden. Den zur Sanierung anerkannten Betrieben wird von der THA dann der notwendige finanzielle und unternehmerische Spielraum gewährt. Das Land dagegen ist verpflichtet, den Sanierungsprozeß mit seinem ganzen Förderinstrumentarium zu stützen oder auch mit Infrastrukturmaßnahmen und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zu flankieren. Ähnliche Initiativen unter den geheimnisvollen Namen ZEUS in Brandenburg und ANKER in Mecklenburg-Vorpommern sowie ohne Namen in Sachsen-Anhalt folgten.

Pleiten, Pech und Pannen

Im Fall der Thüringischen Faser AG in Schwarza, die im Oktober 1991 von der indischen Dalmia-Gruppe gekauft worden war, stellten die Gläubiger der Dalmia etwa ein halbes Jahr später den Antrag auf Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens. Die Käufer hatten sich offensichtlich finanziell überschätzt und hatten dem thüringischen Betrieb liquide Mittel in Höhe von 9 Mio. DM entzogen. Die Liquiditätsprüfung des indischen Konzerns durch die THA war im Vorfeld des Vertragsabschlusses positiv ausgegangen. Betroffen von dem Konkursverfahren waren 1.200 TextilwerkerInnen.

Der Konkursantrag der Deutschen Kugellagerfabriken GmbH führte dazu, daß der thüringische Standort Zella-Mehlis geschlossen wurde. Damit entfielen 400 Arbeitsplätze.

Auch die renommierte und bereits privatisierte Jagd- und Sportwaffen GmbH in Suhl stellte Mitte Juli 1993 einen Konkursantrag. Eine französisch-niederländische Investorengruppe, die den Betrieb 1992 gekauft hatte, hatte es abgelehnt, zur Sicherung und Entwicklung des Betriebs erforderliches Kapital nachzuschießen.

Kurz vor der Gesamtvollstreckung stand die Kahla Porzellan GmbH in Kahla, deren Eigentümer und Geschäftsführer, ein Düsseldorfer Rechtsanwalt, nicht die für die Sanierung des Betriebs erforderlichen Mittel aufbringen konnte. Bedroht durch den Konkurs waren 650 Arbeitsplätze.

Industriepolitik in Thüringen - eine opportunistische Spätzündung

In Thüringen, dem Land, das zuletzt insbesondere im Zusammenhang des Arbeitskampfs im Kalischacht Bischofferode (Obereichsfeld) öffentliche Aufmerksamkeit erlangt hat, währte die industriepolitische Enthaltsamkeit gemessen an der Zahl der wirtschaftlichen und sozialen Problemfälle vor allem in den meist ländlichen und strukturschwachen Regionen des Landes recht lang. Der größte und bis dahin einzig spektakuläre Deal war das Engagement des Landes bei der Zerteilung des ehemaligen Carl-Zeiss-Kombinats in Jena und der Reorganisation seiner Nachfolgebetriebe. Durch die Entscheidung für eine finanzielle Beteiligung des Landes an der Jenoptik GmbH und der Carl-Zeiss Jena GmbH (und auch am ehemaligen Kombinatsbetrieb Jenaer Glaswerk GmbH) wurde die Grundlage für eine politische Einigung zwischen Carl-Zeiss Oberkochen, Land Thüringen und THA geschaffen, den Industriestandort Jena und Umgebung zumindest in seinem traditionellen Kern zu erhalten. In allen anderen, auch strukturpolitisch bedeutenden Fällen, wie beispielsweise bei der Schließung der thüringischen Mikroelektronikstandorte von Robotron, den Automobilwerken Eisenach oder der Eichsfelder Textil- und Spinnereiindustrie hatte sich das Land weitgehend herausgehalten im Vertrauen auf die Erfolge künftiger Privatisierungen oder baldiger Neuansiedlung von Industriebetrieben insbesondere westdeutscher oder ausländischer Investoren.

Auch im Fall der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) hatte die Landesregierung noch Anfang 1993 für eine Fusion mit der BASF-Tochter Kali + Salz gestimmt, obwohl damit eine Zukunftsperspektive nur noch für zwei Standorte gegeben ist, während die anderen Schächte in Ostdeutschland, so auch in Bischofferode, stillgelegt werden. Die wirtschaftliche und soziale Situation in der Region Obereichsfeld wird sich damit absehbar weiter zuspitzen. Bereits früh nach der „Wende" waren mit den Textil- und Spinnereibetrieben wichtige Beschäftigungs- und Einkommensquellen geschlossen worden. Ein großer, in der Region ansässiger Betrieb der Elektrobranche hatte seine Belegschaft bereits erheblich reduziert; von ehemals 3.000 Beschäftigten sollen am Ende nur noch etwa ein Drittel übrigbleiben. Ein Motorenwerk in Nordhausen, ehemaliger Betrieb des IFA-Kombinats, wurde auf einen kleinen Produktionskern reduziert; ein Teil des damit verbundenen Personalabbaus konnte durch Ersatzarbeits-

Gossner Mission

plätze in zum Teil neuen Betrieben aufgefangen werden, deren ökonomische Zukunft allerdings ungewiß ist.

Nach langer industriepolitischer Zurückhaltung bereitete im Frühsommer 1993 die thüringische Landesregierung schließlich doch einen programmatisch anderen Kurs vor. Nachdem sich das Land zuvor immer geweigert hatte, TH-Betriebe zu finanzieren, wurde nun in Thüringen eine sogenannte Industriebeteiligungsgesellschaft gegründet, mittels deren Unterstützung solche Betriebe erhalten werden sollten, die keinen Investor finden würden. Dafür wurde dem Land über den Nachtragshaushalt des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für die Sanierung von TH-Betrieben und privatisierten Betrieben ein Betrag von 114 Mio. DM zugestanden. Zusätzlich zu dieser Sockelfinanzierung sollten Banken die wesentlichen Mitfinanziers sein.

Was war geschehen? Sicherlich bot die Grundausstattung von 114 Mio. DM für das industriepolitische Engagement des Landes und die Aussicht auf leistungsstarke Banken als Co-Finanziers einen kräftigen Anreiz für die Landesregierung. Entscheidend dürften allerdings einige wirtschaftliche Schlappen bei bereits privatisierten TH-Betrieben in Thüringen gewesen sein, die im Rahmen der kritischen bis negativen Publicity, in die die Landesregierung seit dem spektakulären Arbeitskampf in Bischofferode geraten war, von der Öffentlichkeit mit besonderer Aufmerksamkeit registriert wurden. Drei bedeutende privatisierte Betriebe waren im Sommer kurz hintereinander in Konkurs gegangen, einem weiteren stand dieses unmittelbar bevor (siehe Kasten). Die Presse sprach von wachsendem Erfolgsdruck auf die thüringische Wirtschaftspolitik, ortete an vielen Stellen „wirtschaftlichen Sprengstoff" und bemerkte, daß seit der Zuspitzung des Arbeitskampfs in Bischofferode Wirtschaftspolitik in Thüringen zur Chefsache geworden sei. Es war also für die Landesregierung höchst opportun geworden, Aktivität zu zeigen. Nun wehte auf einmal auch in der Frage Fusion von MDK und Kali + Salz der Wind aus einer anderen Richtung. Ministerpräsident Vogel plusterte sich fortan zum verbalen Gegner der Fusion und der Schließung des Bischofferoder Schachts auf, allerdings ohne daß dies über Gesten der politischen Diplomatie hinaus in effektive Maßnahmen für einen Erhalt des Kalistandorts und der dortigen Arbeitsplätze mündete. Damit setzte sich der Landesvater äußerst ungeschickt zwischen die Stühle der Kontrahenten und bezog von beiden Seiten politische Dresche: von den Befürwortern der Fusion wurde ihm vorgeworfen, er heize mit seinen Solidaritätsbekundungen den Arbeitskampf und damit die politische Unruhe im Land an, von den betroffenen Kali-Kumpeln wurde er angegriffen, weil er außer mit schönen Worten nichts für den Erhalt des Werks tue.

Industriepolitische Experimente - von Freiwilligkeit und Geschäftssinn

Wie sich inzwischen abzeichnet, droht die in Thüringen neu geschaffene Industriebeteiligungsgesellschaft zu erheblichen Teilen im Stadium der Idee steckenzubleiben. Das Problem ist nicht, daß es keine Betriebe gäbe, die für die vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsunterstützung in Frage kämen. Auch hat die Landesregierung noch keinen Rückzieher gemacht. Es ist gegenwärtig vor allem die Zurückhaltung der Banken, die große Lücken in das Finanzierungsmodell für diese Maßnahmen reißt. Die insgesamt 165 Mio. DM, mit denen Wirtschaftsminister Bohn zusätzlich zu den von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten 114 Mio. an Landesmitteln gerechnet hat, kommen nicht zusammen. Daß die thüringische Wirtschaftspolitik sich dadurch weitgehend blockieren läßt, ist die eine Seite und bringt Minister Bohn immer schärfer werdende Kritik ausgerechnet von dem Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT) ein. Auf der anderen Seite wird daran vor allem aber ein Problem deutlich, das auch für das Gros der anderen Experimentalkonzepte für Industriepolitik gilt, in denen wie in Thüringen sehr unterschiedliche Institutionen aus ebenso unterschiedlichen Interessenlagen ohne erprobte Spielregeln zusammenarbeiten und -wirken sollen: es gibt keinen Zwang zur Kooperation, es gibt auf der Basis der Freiwilligkeit bei solchen korporatistischen Vereinbarungen keine wirksamen Sanktionsmittel gegeneinander. Wenn es sich für eine der Parteien politisch oder ökonomisch nicht lohnt oder anbietet, innerhalb eines Konzepts selber etwas beizutragen, macht sie es so wie die Banken in Thüringen oder die beteiligten Akteure im ATLAS-Projekt: sie hält sich zurück, verschleppt Entscheidungen, mauert und übt sich in Schuldverschiebung. Gemessen an der ursprünglichen Zielsetzung einer Effektivierung der TH-Arbeit auf neuen Wegen, wächst in diesem Ping-Pong-Spiel zwischen THA, Landesregierungen, Wirtschaftsförderungseinrichtungen, Gewerkschaften die Wahrscheinlichkeit, daß es weder gelingt, mit der noch vorhandenen ökonomischen Substanz einen selbsttragenden Wirtschaftsprozeß in Gang zu setzen, noch auf diesem Wege die Kosten für die wirtschaftliche Vereinigung zu begrenzen. Es spricht einiges dafür, daß es für den Osten der BRD auf eine politische Entscheidung zuläuft, die in TH-Besitz verbliebenen Unternehmen und Betriebe auf lange Sicht in einer Art Staatsholding zu erhalten oder das Gros dieser Betriebe nach Ablauf der TH-Aktivitäten zu liquidieren. Dies ist dann keine Frage von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten industriepolitischer Experimente, sondern eine machtpolitische Frage, über die es Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen geben muß und geben wird.

(revue regional)



Foto: Ingo Bulla (GT)

Gossner Mission

31.12.1993, das Ende eines Jahres - auch eines Kampfes?

Am Silvestertag 1993 wurde das vorläufige Ende des langen Kampfes der Kumpel von Bischofferode eingeläutet. An diesem Tag mußten sich die Bischofferöder vom Weiterbetrieb ihres Schachtes verabschieden.

Um 14 Uhr waren die Kalikumpel und ihre Familien zu einem ökumenischen Gottesdienst in der Kantine des Werks eingeladen. Der evangelische Pastor bescheinigte den Bischofferödern, daß die Moral auf ihrer Seite sei. Im Anschluß daran fand eine Betriebsversammlung statt, auf der die Ergebnisse der Verhandlungen bekanntgegeben und diskutiert werden sollten.

Bis zum Schluß hatte der Betriebsrat mit Treuhand, Landesregierung und Kali+Salz um einen Kompromiß gerungen. Betriebsrat und Sprecherrat wurden dabei von Bodo Ramelow von der Thüringer Betriebsräteinitiative unterstützt, der zugleich Landesleiter der Gewerkschaft HBV (und ein politerfahrener „Wessi") ist. Kollege Ramelow trat als Vermittler auf; sein Einsatz war auch deswegen wertvoll, weil Betriebsangehörige zu bestimmten Aktionen nicht aufrufen können.

Zwischen Weihnachten und Silvester hatte sich die Auseinandersetzung auf die Frage zugespitzt: Kann die Belegschaft im neuen Jahr die Produktion selbständig aufrechterhalten, oder muß sie es hinnehmen, daß die Bude dichtgemacht wird? Andere Möglichkeiten schieden aus, denn wenige Tage vor Weihnachten waren alle Versuche gescheitert, die Thüringer Landesregierung zur Übernahme des Werkes zu bewegen. Außerdem war die Treuhand trotz einer Erklärung des westfälischen Unternehmers Peine, er würde das Werk auch ohne Subventionen der Treuhand übernehmen, nicht bereit, das Werk an den Investor zu übergeben.

Für die Fortsetzung der Produktion in eigener Regie hatte sich bei einer Umfrage immerhin ein Drittel der Beschäftigten ausgesprochen. Betriebs- und Sprecherrat mußten nun bis zum 31.12. klären, ob dies personell und technisch möglich wäre. Falls gegen die Schließung nichts mehr zu machen sein sollte, mußte so viel wie möglich für die Kumpel im Werk herausgeholt werden.

Der Stichtag für diese weitreichende Entscheidung war der 31.12., weil Treuhand und Kali+Salz diese Frist gesetzt hatten. Sie waren nur zu einer Regelung bereit, wenn alle Arbeitskampfmaßnahmen (Besetzung unter Tage und Hungerstreik) bis zum 31.12. beendet waren.

Auf der Betriebsversammlung trug Kollege Ramelow folgende Vereinbarung vor:

- Der Arbeitskampf wird beendet.
- Alle Beschäftigten werden bis zum 31.1.1994 in eine Beschäftigungsgesellschaft übernommen. Hierzu unterschreiben sie einen Auflösungsvertrag. Die Unterschrift muß bis 22 Uhr des Silvestertages geleistet werden.
- Für die Unterschrift bekommt jeder Arbeitnehmer eine Ausgleichszahlung von 7500 DM.
- Während der Anstellung bei der Beschäftigungsgesellschaft kann der einzelne Arbeitnehmer erklären, ob er kündigen will, ob er in die GVV (Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von Bergbaualtlasten) übernommen werden will oder ob er einen der von der Bundes- und Landesregierung versprochenen Arbeitsplätze nimmt.
- Alle tariflichen und knappschaftlichen Ansprüche bleiben erhalten.

Eine Weiterproduktion in eigener Regie wurde als nicht realistisch eingestuft, so daß der Betriebsrat keine Alternative zur Annahme dieses Angebots sah.

Von der Möglichkeit, den Vorschlag zu diskutieren, wurde kaum Gebrauch gemacht, da niemand mehr die Kraft hatte, eine Übernahme des Betriebs zu organisieren. Der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun bezeichnete die 7500 DM als Judaslohn, und Lothar Wedekind, Mitglied des Sprecherrats, berichtete, daß die Beteiligung an den Streikaktionen und Betriebsversammlungen in den letzten Tagen stark rückläufig war. Er bedankte sich beim Betriebsrat für dessen Arbeit, die mit anhaltendem Beifall honoriert wurde.

Allen Betriebsangehörigen war damit das Ende des Kampfes klar. Die „Betriebsfremden", die sich mit den Kalikumpeln solidarisiert und an der Belegschaftsversammlung teilgenommen hatten, meldeten sich zur Frage „Weitermachen oder Angebot akzeptieren" nicht zu Wort. Dies lag sicherlich einerseits daran, daß sie die Entscheidung der Kumpel respektierten, die ein Jahr lang gekämpft hatten, andererseits an der realistischen Einschätzung, daß nichts mehr zu machen war.

Zu den anwesenden Betriebsfremden gehörte auch der PDS-Abgeordnete Gregor Gysi. Gysi stellte fest, den „Flächenbrand" in Ostdeutschland habe es nicht gegeben, weil zu wenige Betriebe sich gegen ihr Plattmachen gewehrt hätten und Bischofferode allein nicht stark genug gewesen sei. Wenn die Kumpel auch ihr Ziel nicht erreicht hätten, so hätten sie doch dazu beigetragen, daß die Situation der ostdeutschen Betriebe auch in Bonn zur Kenntnis genommen werden mußte - „Ihr habt sie ganz schön genervt!"

Nach Ende der Betriebsversammlung stimmten die Kolleginnen und Kollegen mit ihren Unterschriften dem erzielten Kompromiß zu. Dies war das Ende der Kaliproduktion „auf dem Eichsfeld".

(Hans Georg Schwedhelm)



Gossner Mission

Es geschah am hellichten Tage

Der Fall Hugo Winkler und die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Uslar

Uslar am 9. November 1933. Kurz vor Feierabend fährt ein Auto bei der Möbelfabrik von Neugarten & Eichmann in der Bahnhofstraße vor. Zwei Männer steigen aus. Albert Weber, der Obmann der örtlichen Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO), und ein SA-Mann in Uniform suchen den Tischler Hugo Winkler.

„Nachmittags um halb vier Uhr kam Herr Weber in Begleitung eines SA-Mannes bewaffnet in den Betrieb der Firma Neugarten & Eichmann, ohne sich um den Portier zu kümmern. Nach Auffinden meines Arbeitsplatzes kam Herr Weber auf mich zu und sagte mir: 'Winkler, ich will Sie holen.' Bei der zweiten Aufforderung, mitzukommen, schlug Herr Weber mich mit der Faust ins Gesicht, daß ich blutete. Als ich mich umgekleidet hatte, verließ ich unter Bewachung des Herrn Weber und des SA-Mannes die Fabrik." (Hugo Winkler, Auszug aus einem Brief vom 27.2.1934)

Die Nachricht von der Verhaftung des langjährigen Funktionärs der Holzarbeiter-Gewerkschaft in Uslar geht wie ein Lauffeuer durch die Fabrik. Als Winkler abgeführt wird, schauen viele seiner Kollegen zu.

„Alle Fenster waren dicht besetzt", erinnert sich der frühere Holzarbeiter Otto Kreikemeier. „'Schweinehunde' und 'Verbrecher' riefen die Kollegen. Was meinste, was das für'n Gebrüll war. Am liebsten wären alle rausgerannt." (Otto Kreikemeier, Auszug aus einem Interview vom 15.12.1993)

Die Arbeiter bleiben jedoch in den Werkhallen. Nur langsam nehmen sie ihre Arbeit wieder auf.

„Vor dem Fabriktor stand das Auto, mit welchem die eben Genannten gekommen waren. Ich war der Meinung, daß ich dasselbe besteigen sollte, aber weit gefehlt! Herr Weber nahm einen Strick aus dem Wagen und band mir die Hände. Danach befestigte er mich an der linken hinteren Autoachse wie einen Hund. Als das erledigt war, setzte er mit dem SA-Mann den Wagen in Bewegung und zog mich so durch die Straßen der Stadt Uslar, worüber die Stadt in großer Aufregung und Empörung war. Das Auto fuhr ziemlich schnell, so daß ich teilweise mitgeschleift wurde. Am Ziel angelangt - es war vor dem Gasthaus Wolkenhauer - schnitt Herr Weber mich los (...)." (Winkler, Brief vom 27.2.1934)

Winkler hat Glück im Unglück. Er wird nicht schwer verletzt und kann nach Hause gehen. Doch in der Stadt Uslar gärt es. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch Angehörige des Bürgertums verurteilen den Übergriff auf den beliebten Arbeiterfunktionär. NSDAP-Ortsgruppenleiter Bode, ein Postbeamter, versucht am nächsten Tag, Öl auf die Wogen der Empörung zu kippen. Er kommt höchstpersönlich in die Möbelfabrik und läßt die Beschäftigten während der Arbeitszeit zusammentrommeln. Bode entschuldigt sich zwar für die Aktion seiner politischen Freunde, wirft Winkler jedoch kritische Äußerungen über die nationalsozialistischen Machthaber vor.

„Der Mann faselte rum. Ist nicht direkt auf die Sache eingegangen. Es wäre nicht so gemeint gewesen, es wäre harmlos gewesen, sagte er. Er versuchte, die Schuld auf Winkler selbst zu schieben. 'Obwohl wir schon soviel für die Arbeiterschaft gemacht haben, tritt Winkler immer noch so auf. Es ist kein Wunder, daß die Suppe dann mal überkocht'." (Kreikemeier, Interview vom 15.12.1993)

Als Winklers Verletzungen ausgeheilt sind, kommt er nach einigen Tagen in die Fabrik zurück.

„Das war direkt wie 'ne Feier, als Hugo Winkler wiederkam. Jeder begrüßte ihn. Gab ihm die Hand, klopfte ihm auf die Schulter; einige Kollegen nahmen ihn sogar in den Arm." (Winkler, Interview vom 15.12.1993)

Anzeigen Winklers und der Firmenleitung Neugarten & Eichmann verlaufen im Sande.

Am Beispiel Uslar: Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in der industriellen Provinz

Obwohl auf den ersten Blick die Machtübernahme der Nationalsozialisten ohne Gegenwehr der Arbeiterschaft erfolgte, saßen die neuen Machthaber im Herbst 1933 noch keineswegs fest im Sattel.

Dies gilt nicht nur für die Hochburgen der Arbeiterbewegung in den großstädtischen Zentren, sondern teilweise auch für die industrielle Provinz. Auch in einigen „roten" Dörfern und Kleinstädten Südniedersachsens, in denen die Industriearbeiter während der Zeit der Weimarer Republik stabile organisatorische und kulturelle Zusammenhänge aufgebaut hatten, vollzog sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten keineswegs reibungslos (vgl.: Schäfer, Wolfgang: Eure Bänder rollen, nur wenn wir es wollen! Arbeiterleben und Gewerkschaftsbewegung in Südniedersachsen, Hann.Münden 1979, S. 53ff. und 127ff.; Schönborn, Ingrid/Schäfer, Wolfgang: „Die Arbeit war ein Kampf." Materialien zur Geschichte der Steinarbeiter im Raum Adelebsen, Adelebsen 1990, S. 67ff.; Hruska, Margid u.a.: Hann.Münden unter der NS-Diktatur, Hann.Münden).

Dabei blieb ein organisierter Widerstand, wie ihn beispielsweise die Arbeiter Hannoversch Mündens versuchten, die Ausnahme.

Sehr viel häufiger waren vereinzelte Widerstandsaktionen und ein kollektiver Rückzug der Arbeiter aus der politischen Sphäre, der zuweilen den Charakter eines passiven Widerstands annahm.

Vor allem die kleinen und mittleren Industriebetriebe, in denen sich die Belegschaften nicht selten in Jahrzehnten herausgebildet hatten, vermochten die Nazis oft nur schwer unter Kontrolle zu bringen. Dies gilt auch für die Möbelfabriken des alten Industriereviers Uslar-Solling. In diesen Betrieben, die kaum von der Weltwirtschaftskrise der frühen 30er Jahre betroffen waren, waren überwiegend sozialdemokratisch orientierte Arbeiter beschäftigt. Uslar



Gossner Mission

und einige der angrenzenden Arbeiterdörfer standen zur Zeit der Weimarer Republik in dem Ruf, Hochburgen der Sozialdemokratie zu sein.

Eine vor allem von den Holzarbeitern getragene ländliche Arbeiterkultur erlebte in diesem Zeitraum ihre Blütezeit (vgl.: Koch, Eberhard: Die Geschichte der SPD in Einbeck und Uslar, Göttingen 1976, S. 255ff. und Weinreis, Hermann: Uslar: Unter dem Hakenkreuz, Uslar o.J.).

Die Nationalsozialisten des Sollings hatten ihre soziale Basis zunächst vor allem in einigen agrarisch geprägten Dörfern der Region. In Uslar wurden sie hauptsächlich von jungen Angestellten und Beamten



NS-Kundgebung vor dem Uslarer Rathaus in den 30er Jahren

unterstützt. Aufmärschen ihrer SA-Kolonnen, die sich zu Beginn der 30er Jahre häuften, widersetzte sich die „Eiserne Front" der Arbeiterschaft.

Auf Hitlers Machtergreifung im Frühjahr 1933 waren freilich auch die Uslarer Holzarbeiter nicht vorbereitet. Nur einige junge Arbeiter vom linken SPD-Flügel sowie einige Kommunisten traten für Widerstandsaktionen ein.

Obwohl die Nazis im März 1933 mehrere Aktivisten der Uslarer Arbeiterbewegung für einige Wochen bzw. Monate inhaftierten und einer Reihe von Funktionären der Arbeiterbewegung Zwangsmaßnahmen androhten, hatten sie in den Fabriken weiterhin einen schweren Stand. Vor allem in der Möbelfabrik von Neugarten & Eichmann gab es kaum einen Arbeiter, der sich der NS-Bewegung anschloß.

Am 2. Mai waren die freien Gewerkschaften verboten worden. An ihre Stelle sollte die „Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation" (NSBO) treten, die bereits während der Zeit der Weimarer Republik gegründet worden war und in einzelnen Regionen Deutschlands wie Sachsen, Berlin und dem Ruhrgebiet eine beachtliche Basis besaß. Im Sommer 1933 verstärkte die NSBO ihre Propaganda; nicht selten führten ihre örtlichen Gruppen offen terroristische Aktionen gegen einzelne Arbeiter durch, die von der NSDAP nicht kontrolliert wurden.

Der Übergriff der Uslarer NSBO-Leitung gegen den Tischler Hugo Winkler erfolgte sicherlich nicht zufällig. Mit dieser Aktion sollte die wenig angepaßte Belegschaft der Möbelfabrik in die Schranken gewiesen werden. Winkler bot sich scheinbar als Opfer an. Er war ein typischer Repräsentant der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der 20er Jahre.

Der 1890 geborene Tischler war um 1910 nach Uslar gekommen. Seit 1907 gehörte er dem Holzarbeiter-Verband an, zeitweilig als Erster Bevollmächtigter. Er war Mitglied im Arbeiter-Gesang-Verein „Waldesgrün" und Anhänger des von Arbeitern gegründeten Fußball-Klubs „VfB Uslar". Er hatte die Konsumgenossenschaft in Uslar mit aufgebaut und jahrelang deren Aufsichtsrat angehört. Nicht zuletzt hatte sich Winkler für die gewerkschaftseigene Versicherungsgesellschaft „Volksfürsorge" betätigt. Der kleine Nebenverdienst, den er aus dieser Arbeit bezogen hatte, wurde ihm von manchen Kollegen geneidet. Die Nazis brachten über dieses Einkommen aus der Luft gegriffene, falsche Gerüchte in Umlauf, die Winkler als SPD-Bonzen denunzieren sollten, der sich an der Arbeiterschaft bereicherte.

Für die Uslarer Nationalsozialisten waren die Folgen ihrer Strafaktion gegen Winkler verheerend. Der Übergriff verstärkte nicht die Akzeptanz der NS-Bewegung in der Stadt, sondern führte im Gegenteil zu einer breiten Solidarisierung mit dem früheren Arbeiterfunktionär. Zeitweilig befürchtete die örtliche NSDAP-Leitung sogar offene Konflikte mit der Arbeiterschaft. NSBO-Leiter Weber war derartig diskreditiert, daß er in eine andere Stadt versetzt werden mußte.

Auch wenn die Arbeiter der Möbelfabrik in den folgenden Jahren wegen eingeschleuster Spitzel das politische Tagesgeschehen vorsichtiger kommentierten, hielten die weitaus meisten von ihnen Distanz zu den Nazis. „Ich kenn kein Beispiel, daß Kollegen übergelaufen wären", erinnert sich Otto Kreikemeier. Als 1936/37 die Firma „arisiert" wurde und die bisherigen Eigentümer von der Staatspartei zur Emigration gezwungen wurden, stand der neue Unternehmensleiter morgens oft mit erhobener Hand vor dem Werkstor. Um nicht den Hitler-Gruß leisten zu müssen, trödelten nicht wenige Arbeiter so lange, bis der Chef verschwunden war. Für dieses Zuspätkommen wurde ihnen eine Viertel-, später sogar eine halbe Stunde vom Lohn abgezogen.

Hugo Winkler arbeitete bis zur Mitte der 50er Jahre als Tischler in den Ilse-Werken. Mit seinen alten Kollegen sang er nach 1945 wieder Volks- und Arbeiterlieder im „Volkschor Waldesgrün", und am Sonntagnachmittag besuchte er mit seinem Enkel jedes Heimspiel des VfB. Politisch betätigt hat er sich nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Hugo Winkler starb 1962 in Uslar.
(Wolfgang Schäfer)

Gossner Mission

Buchbesprechung:

Betriebsbesetzung - Der kurze Traum von der Solidarität?

Voraussetzungen, Verlaufsformen und Auswirkungen einer spektakulären Arbeitskampfform, am Beispiel der Firma "SPÄNEX Wilhelm & Sander" in Uslar

Wenn Unternehmen vor der Stillegung stehen, wenn Arbeiter und Angestellte nur noch die Lebensperspektive Dauerarbeitslosigkeit sehen, dann diskutieren verzweifelte Kolleginnen und Kollegen die Besetzung 'ihres' Betriebes. Manchmal schreiten sie auch zur Tat. Dies gilt für allem auch für die Belegschaften ehemaliger „volkseigener" Firmen, die im letzten Jahr des öfteren zum „letzten Strohhalm" Besetzung gegriffen haben.

Betriebsbesetzungen sind öffentlichkeitswirksame Ereignisse. Über ihre konkret - praktische Umsetzung jenseits der Schlagzeilen, über den Besetzeralltag, über Erfolg und Mißerfolg dieser Kämpfe ist wenig bekannt.

Diese Studie untersucht an einem Beispiel aus der Krisenregion Südniedersachsen die soziale und politische Bedeutung von Betriebsbesetzungen:

- Ist diese spektakuläre Form des Arbeitskampfes Ausdruck eines politischen Radikalismus der beteiligten Belegschaften?
- Welches rechtliche Risiko gehen Besetzer ein?
- Welchen strategischen Stellenwert haben Betriebsbesetzungen im gewerkschaftlichen Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtungen.

Diese flüssig geschriebene Untersuchung der beiden Göttinger Sozialwissenschatler besitzt teilweise einen Handbuchcharakter und gehört in den Bücherschrank jedes Betriebsrats.

Michael Brockhaus/ Wolfgang Schäfer: Betriebsbesetzung - Der kurze Traum von der Solidarität? Voraussetzungen, Verlaufsformen und Auswirkungen einer spektakulären Arbeitskampfform, am Beispiel der Firma "SPÄNEX Wilhelm & Sander" in Uslar Göttingen 1990, Sovec-Verlag, 374 Seiten, DM 28,00 .

(Frank Seitz)

Buchbesprechung:

Irmgard Keun: Gilgi, eine von uns

Die 21jährige Gilgi erfährt von ihren mäßig geliebten, sehr bürgerlichen Eltern daß sie ein Pflegekind ist. Sie macht sich auf die Suche nach ihren leiblichen/„richtigen" Eltern, und stößt dabei auf die krassen Klassenunterschiede der gar nicht so goldenen zwanziger Nach- und Vorkriegsjahre. Mit Hilfe ihrer besten Freundin Olga hängt sie ihren zudringlichen Chef ab und verliebt sich, ebenfalls mit Olgas Unterstützung, in Martin, die große romantische Liebe, die so gar nicht zu Gilgi passen will. Letztendlich siegt Gilgis Wunsch/Streben nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit, und sie trennt sich von allem Kleinbürgerlichen und zieht zu ihrer Freundin in die Metropole Berlin.

In brillant witziger Sprache mit viel Lokalkolorit beschreibt Keun den schwierigen Weg einer jungen Frau zwischen einem zusammenbrechenden Sozialgefüge am Ende der Weimarer Republik und der unrealistischen Hoffnung auf die alles bessernde große Liebe.

Irmgard Keun war Schauspielerin und seit Erscheinen ihrer beiden ersten Romane „Gilgi" und „Das kunstseidene Mädchen" Anfang der dreißiger Jahre eine erfolgreiche Schriftstellerin. 1933 wurden ihre Bücher beschlagnahmt, und sie emigrierte in die USA. 1940 illegal zurückgekehrt, lebte sie in Köln, wo sie zu Unrecht vergessen 1982 starb. *(Laura)*

Keun, Irmgard: Gilgi, eine von uns, dtv, 1989

Wir bestellen jedes Buch



Burgstr. 21
37073 Göttingen
Tel. 0551/ 47 31 7
Mo. - Fr. 10 - 18 Uhr
Sa. 10 - 14 Uhr

LAURA

Frauen- und Kinderbuchladen

Gossner Mission

Buchbesprechung:

Arbeiterleben in der industriellen Provinz

Die Geschichte der Sollinger Holzarbeiter

Gut einhundert Jahre ist es her, daß sich in Deutschland die Beschäftigten der holzverarbeitenden Fabriken und Werkstätten in einer zentralen Gewerkschaft, dem „Deutschen Holzarbeiterverband", zusammentaten. Anläßlich dieses Jubiläums gibt die Verwaltungsstelle Uslar der Gewerkschaft Holz und Kunststoff ein Buch heraus, das sich mit der Alltagsgeschichte der Tischler, Drechsler, Polierer, Holz-Bildhauer und Maschinenarbeiter des Sollings beschäftigt.

In diesem alten ländlichen Industrierevier prägte die Möbelindustrie bis in die jüngste Vergangenheit das wirtschaftliche, soziale und politische Leben. Von 1930 bis 1980 waren die Ilse-Werke die wichtigsten Arbeitgeber in der Gegend um Uslar. Karl Ilse, den langjährigen Firmenchef, der am Rande der Stadt in einer schloßartigen Villa residierte, umgab ein feudaler Glanz. Als sein Unternehmen um 1958 ca. 2.500 Arbeitnehmer beschäftigte, galt er als der ungekrönte König von Uslar. Gegenüber ihren patriarchalisch herrschenden Patronen taten sich Belegschaften und Gewerkschaften lange Zeit sehr schwer, betriebliche Gegenmachtstrukturen aufzubauen.

Erst in den zwanziger Jahren entwickelte sich die Gewerkschaft der Holzarbeiter von einer kleinen Randgruppe zu einem Massenverband mit mehr als 600 Mitgliedern. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die betriebliche Gewerkschaftsarbeit vor allem von jungen Arbeitern getragen, die nicht in die überkommenen Klientelstrukturen eingebunden waren und für eine offensive Lohnpolitik eintraten.

Das von Helmut Kassau und Wolfgang Schäfer herausgegebene Sollinger Holzarbeiterbuch behandelt Gewerkschaftsgeschichte auf der Folie proletarischen Alltagslebens in einer dörflich-kleinstädtischen Region. Die reichhaltig illustrierte Publikation berichtet vom landwirtschaftlichen Nebenerwerb vieler Holzarbeiterfamilien, von Unfällen an der Kreissäge in der „Knochenmühle", von der Arbeiterkultur in Dorf und Kleinstadt, die in den zwanziger Jahren ihre Blütezeit erlebte. Der historisch-chronologisch aufgebaute Text wird durch Kurzbiografien einzelner Unternehmer, Arbeiter und Arbeiterfunktionäre ergänzt. Einige Arbeiter kommen selber zu Wort. Besonders eindrucksvoll fand ich die Interviews mit Otto Kreikemeier über seine „Schutzhaft" im KZ Moringen und mit Uslars Altbürgermeister August Schönitz über seine Erfahrungen alsWortführer der örtlichenSozialdemokratie.

H. Kassau/W. Schäfer:
Von der Werkbank zum Computer.
Bilder, Berichte und Dokumente zur Sozialgeschichte der Sollinger Holzarbeiter
Göttingen 1993, Verlag die Werkstatt, 120 S., zahlreiche Abb., DM 28,00.
(Erwin Rudolf)

Abonnement:

Ich bestelle vier Ausgaben revue regional zum Preis von DM 20,00/DM 14,00 zuzügl. Porto. Dieser Abonnementsauftrag kann innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich bei revue regional, c/o Roter Buchladen, Rote Straße 10, 37073 Göttingenwiderrufen werden

Datum Unterschrift

Name Vorname

Straße ,Nr

PLZ Ort

Ermächtigung zum Bankeinzug: ❒

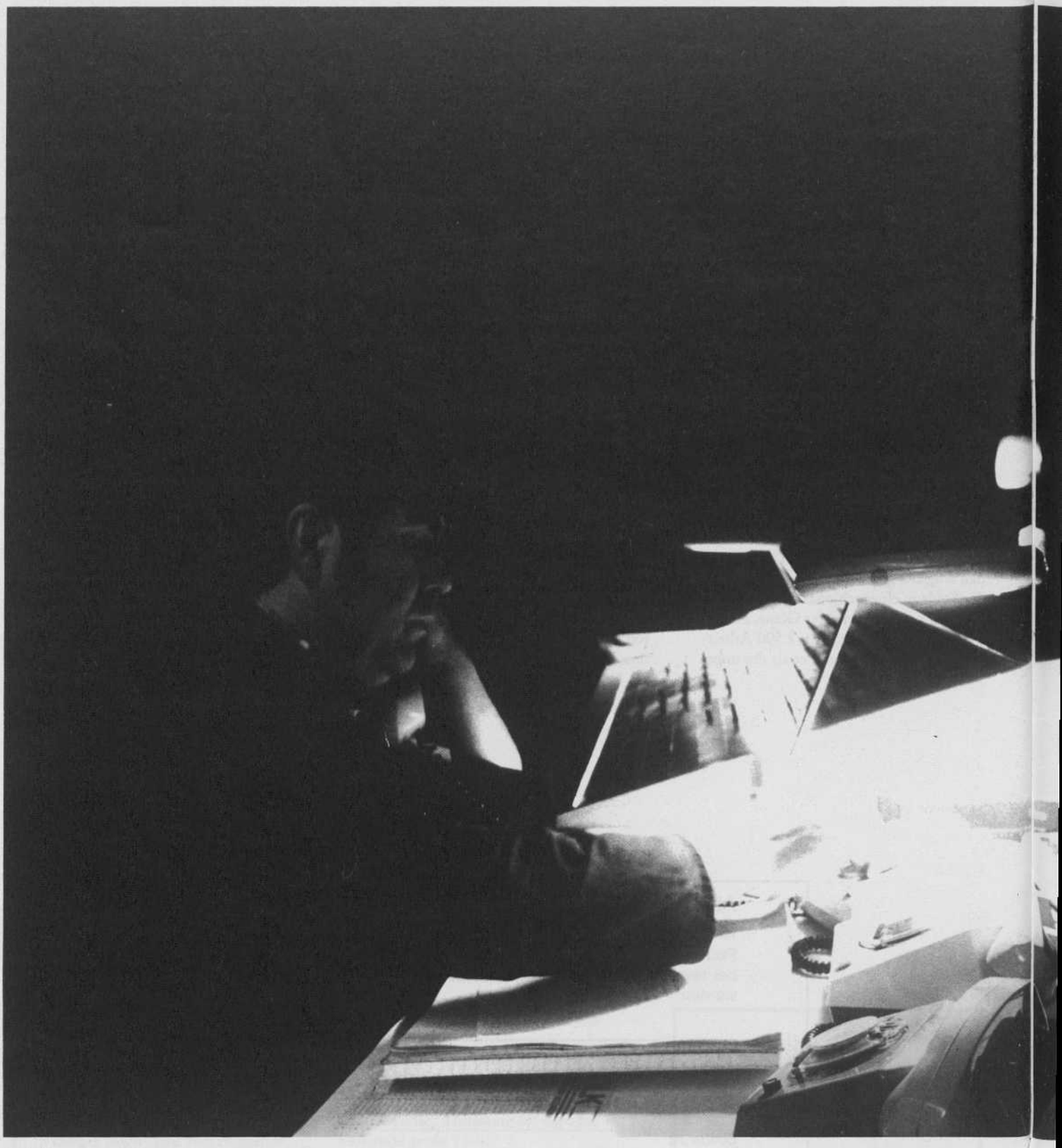
Konto Bankleitzahl

Geldinstitut in

Zahlung nach Erhalt der Rechnung ❒

Datum Unterschrift

Gossner Mission



Im Leitstand unter Tage

Gossner Mission

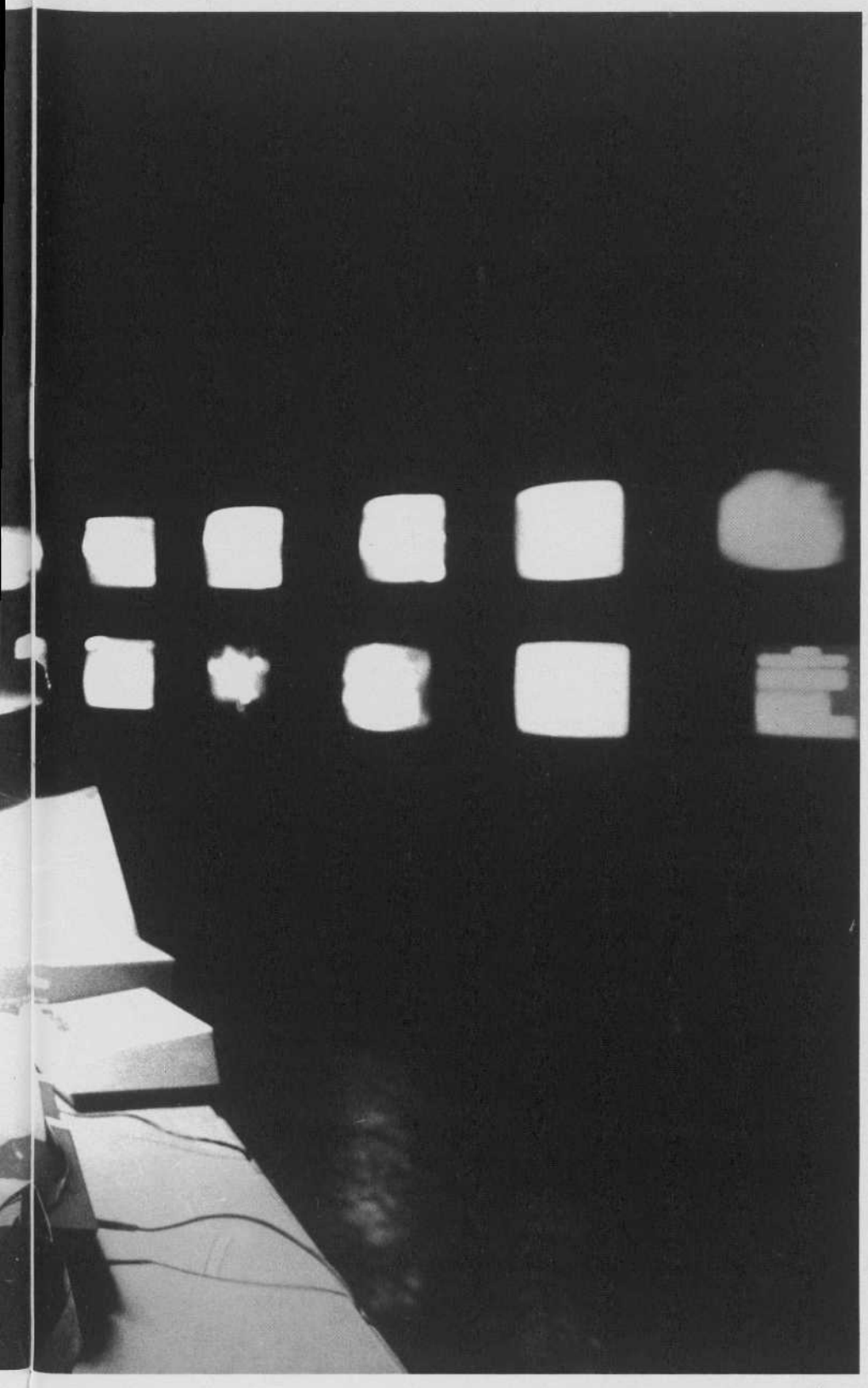


Foto: Ingo Bulla (GT)

Impressum:

Herausgeber:	Verein zur Förderung der politischen Bildung e.V., Göttingen
Verantwortlicher Redakteur:	F. Seitz
Redaktionsadresse:	Revue Regional, c/o Roter Buchladen, Rote Straße 10, 37073 Göttingen
Druck:	Aktiv-Druck, Göttingen
Bildnachweis:	Alle Fotos von Ingo Bulla mit freundlicher Genehmigung des Göttinger Tageblattes; Fotos Titelblatt und Rückseite: Ingo Bulla (GT); revue regional Archiv S. 3, 17-25, 28, 36, 45; Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Kaliwerk "Thomas Müntzer" Bischofferode: Bergmannstaten - Bergmannsglück. Zur Geschichte des Kaliwerkes „Thomas Müntzer", Bischofferode; Berlin 1978 S. 4-6, 31; Hermann Weinreis: Uslar unter dem Hakenkreuz. Verführung und Verführbarkeit einer kleinstädtischen Gesellschaft, Uslar o.J. S. 47;
Preise	Revue Regional erscheint vierteljährlich. Einzelpreis DM 5,00 (West), DM 3,50 (Ost) vier Ausgaben DM 20,00 (West), DM 14,00 (Ost) zuzügl. Porto.
Konto:	Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die Revue Regional Volksbank Göttingen BLZ 260 900 30 Konto-Nr. 200 133 000

Gossner Mission

„Die Herren machen es selbst, daß ihnen der arme Mann feind wird" (Thomas Müntzer)



Foto Ingo Bulla (GT)

Gossner Mission

Teilnahmebedingungen

Kosten

Tagungsbeitrag einschließlich Unterkunft
und Verpflegung: 60,00 DM

Ermäßigungen können auf Antrag gewährt werden.
Bitte entrichten Sie die Tagungskosten zu Beginn der Veranstaltung.

Anmeldung

Ihre verbindliche schriftliche Anmeldung mit Rückmeldekarte zur Teilnahme senden Sie bitte an die

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt
Otto von Guericke-Str. 57
39104 Magdeburg
Telefon/Telefax: 0391/ 5 61 92 49 - 50

Tagungsleitung: Dr. Henning Schierholz,
Dr. Matthias Sens
Tagungssekretärin: Frau Rita Eichhorn

Die Anmeldung gilt als angenommen, wenn keine schriftliche Absage erfolgt.

Eine besondere Bestätigung erwarten Sie bitte nicht.

Ihre SPENDEN helfen uns, unsere Arbeit weiterhin zu leisten.
Gegen Ausstellung einer Spendenbescheinigung erbitten wir Spenden auf unser Konto bei der Volksbank Magdeburg

Konto Nr. : 1606344
Bankleitzahl: 810 932 74

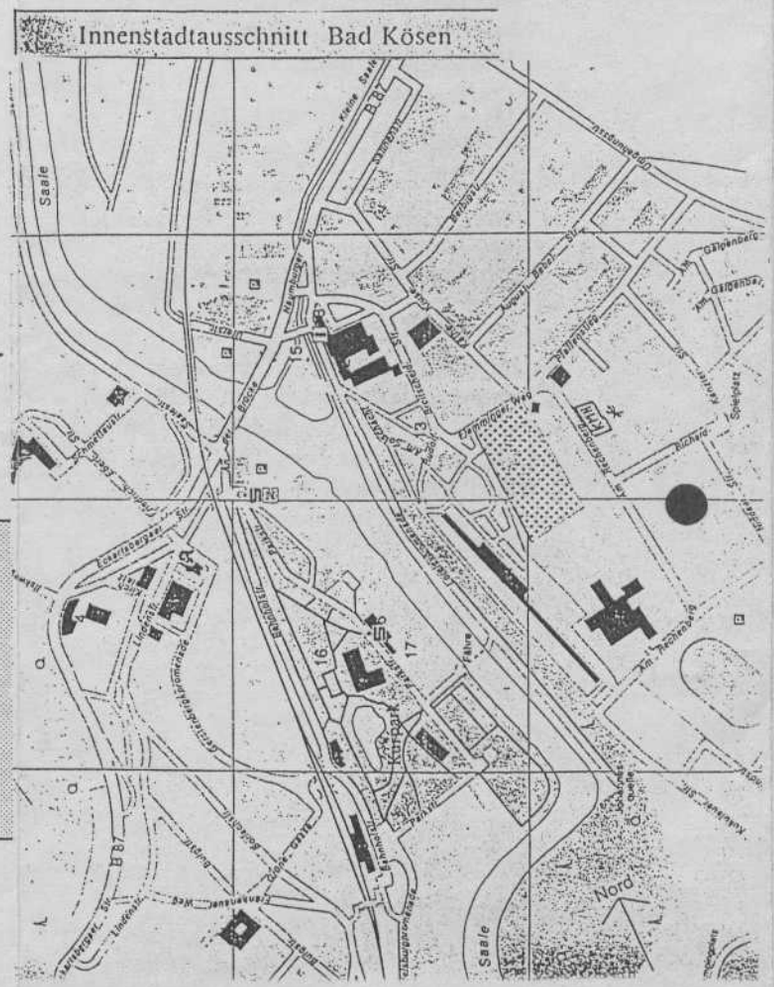
Herzlichen Dank

Tagungsort

Konrad-Martin-Haus
Am Rechenberg 3
06628 Bad Kösen
Telefon: 03446 / 385 888 9

Das Konrad-Martin-Haus ist vom Bahnhof Bad Kösen in 10 Min. durch den Kurpark und über die Saalefähre zu Fuß zu erreichen.

Anreise:
Autoanfahrt: Autobahn A 9 - Abfahrt Naumburg, B 87 bis Bad Kösen, Autobahn A 4, Abfahrt Apolda, B 87 bis Bad K[illegible].
Bahnanfahrt: Intercity oder D-Zug bis Naumburg, Personenzug bis Bad Kösen



Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt

Auf welcher Seite?

Kirchliches Handeln in ökonomisch-sozialen Konflikten

Tagung für kirchliche Entscheidungsträger/innen und Vertreter/innen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Regionalpolitik
in Zusammenarbeit mit der Beratergruppe Kirche und Gesellschaft der KPS

Tagung
vom 11. bis 12. November 1994 (Fr-Sa) in Bad Kösen

Tagungs-Nr. 73/94

Gossner Mission

Auf welcher Seite?
Kirchliches Handeln in ökonomisch-sozialen Konflikten
Tagung vom 11. - 12. November 1994 in Bad Kösen

Freitag, 11.November 1994

bis 18.30 Uhr **Anreise und Abendessen**

19.00 Uhr **Begrüßung, Einführung in das Tagungsprogramm:**
Dr. Henning Schierholz
Dr. Matthias Sens

19.30 Uhr **Thematische Einleitung aus kirchlicher Sicht**
Propst Dr. Heino Falcke, Erfurt
anschließend:
Erwartungen der TeilnehmerInnen

Samstag, 12. November1994

09.00 Uhr **Bibelarbeit**
Bischof Dr. Christoph Demke

09.30 Uhr **"Bischofferode ist überall?"**
Wichtige Aspekte eines ökonomisch-sozialen Konfliktes - und was wir daraus lernen

Stellungnahmen
- aus der Sicht der Regional- und Landespolitik:
  Heiner Brodhun, ESK Worbis, ehem. Betriebsratsvorsitzender des Kali-Schachtes Bischofferode
- aus der Sicht der betroffenen Arbeitnehmer/innen:
  Gerhard Jüttemann, Betriebsratsvorsitzender der GVVB Bischofferode ehemaliger stellv. Betriebsratsvorsitzender
- aus der Sicht der Firma bzw. des Arbeitgeberbereiches:
  Dr. Volker Schäfer, Vorstandsmitglied Kali und Salz, Kassel
- aus der Sicht der Gewerkschaften:
  Dr. Jürgen Weißbach,
  DGB Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Dr. Schädlich

11.45 Uhr **Aktuelle ökonomisch-soziale Konflikte in Sachsen-Anhalt und Nordthüringen - Zuspitzungen und Lösungsmöglichkeiten**
Arbeitsgruppen zu folgenden Aspekten:
a) Ökonomie und Ökologie
Einleitung: Dr. Hans-Peter Gensichen, Wittenberg
b) Wirtschaftsentwicklung in der Region und internationale Wirtschaftsverflechtungen
c) Das Angebot von Ersatz-arbeitsplätzen im Kontext der Gesamtentwicklung am Arbeits-markt- brauchen wir die Aus-dehnung "öffentlich geförderter Beschäftigung"?
Einleitung: Hans Schramedei, Unternehmerverbände Sachsen-Anhalt

(Die Moderatoren/innen werden aus der "Beratergruppe: Kirche und Gesellschaft" gestellt, die ihrerseits auch die Ergebnisse der Gruppenarbeit in max. 10 Thesen zusammenfassen sollen. In den vertiefenden Diskussionen sollen Rolle und Erwartungen der Gesellschaft gegenüber Kirche in ökonomisch-sozialen Krisen aufgearbeitet werden.

13.00-14.00 Uhr Mittagspause

D. Falcke, Walter Erdinger Nachfolger S. Jütemann
Augustinerstraße 11
gleiche PLZ

14.15 Uhr **Kirche als Partei und/oder Gesprächspartner in ökonomisch - sozialen Krisenprozessen der neuen Bundesländer**
Einführungsreferat: Tilman Winkler, EKD-Kirchenkanzlei Hannover

(Aufgezeigt werden sollen die gegen-wärtigen und zukünftigen Grundmuster sozialer Konflikte in Deutschland und die Anforderungen an kirchliches, nicht nur kirchenleitendes Handeln).

Nachfragen

15.30 Uhr **Auf welcher Seite?**
Erwartungen und Kriterien für kirch-liches Handeln in ökonomisch-sozialen Konflikten
- Podiums- und Plenumsdiskussion mit:
- Propst Dr. Joachim Jaeger, Nordhausen/Erfurt
- Ingrid Häußler, Vizepräsidentin des Landtages Sachsen-Anhalt, vormals Betriebsratsvorsitzende Buna/ Schkopau
- Dr. Jürgen Runge, Präses der Synode KPS Halle
- Dr. Michael Schädlich, ISW Halle
- Andreas Trautvetter, Staatsminister der Thüringischen Staatskanzlei, Erfurt (angefragt)

17.30 Uhr Perspektiven der Weiterarbeit

ca. 18.30 Uhr Ende der Tagung

Gossner Mission

Christine Austel-Haas
37345 Großbodungen

Ich hatte nicht gewußt, daß ich nach Hause kommen werde

Ein Jahr nach Beginn des Hungerstreiks trafen sich die ehemaligen Hungerstreikenden von Bischofferode.

Die einjährige Wiederkehr des Beginns des Hungerstreiks und das Datum des traditionellen Bergmannsfestes gaben Anlaß, in Bischofferode ein "Bergmanns- und Familienfest" zu feiern.

Auftakt war das Treffen der ehemaligen Hungerstreikenden am Abend des 1. Juli 1994.
Dazu war ich eingeladen.

Im Vorfeld gab es nicht nur die Freude auf ein Wiedersehen. Neu sah ich die Fotos aus dem Arbeitskampf, die kleinen Kalibrocken im Regal und auch den Garten, der in diesem Jahr nicht so genau zu wissen scheint, ob er sich gelegentlicher Pflege sicher ist.
Auf dem Weg der vielen, vielen kleinen Schritte nach dem Aus, formten sich wieder mal Gedanken.
Es stimmt - die Kraft ist nicht mehr da, die mehr bewegte als der ganze Bundestag und der ich persönlich einschneidende Erfahrungen verdanke. Aber die Menschen, mit denen ich die Kraft erlebte und auch das Brechen dieser Kraft, sie sind.
Und viele dieser Menschen werde ich am 1. Juli wiedersehen.
Mir diese oder jenen vorzustellen, verdrängte ich.
Ich wollte mich auf niemanden vergeblich freuen.
Und überhaupt. Es gibt je eigene Geschichten. Inzwischen. Vielschichtige bestimmt. Sie helfen zum Gespräch?

Jedenfalls ein Jahr nach dem Beginn des Hungerstreiks trafen sich die ehemaligen Hungerstreikenden von Bischofferode.
Und alle Kraft des letzten Jahres lebt, scheint mir, als ich in ihre Runde trete. Ich hatte nicht gewußt, daß ich nach Hause kommen werde.
Was auch geworden und noch wird aus einzelnen und allem - es ist kein Spaß, der uns verbindet an diesem Sommerabend und kein Vergessen. Das spüren alle?
Viele Gesichter - vertraut und neu, gespannt und voller Bereitschaft, aufeinander zu/zugehen.

Gossner Mission

A höre ich sagen. Der Bauch stimmt wieder.
Aber die Seele. In der Seele ist ein Knacks.
Das wird nie wieder.

Wortwechsel irgendwo an einem Nachbartisch.
"Gehts wieder los?" - "Ich bin dabei."

Alles noch mal? Ich glaube nicht. Das ausgerechnet sagt, der immer Hoffnung ausgestrahlt. Ich hatte mich zu ihm gesetzt. Kenne ihn nur dabei, mit Haltung und mit Hoffnung und mit Herz. Es war der Streß. Er faßt zum Herzen. Erzählt.
Einmal - gekommen, grad rasiert zu Hause sundiwiederlos - nach Köln. So war es ständig. Ein riesengroßer Streß. Auch wenn ich viele, viele tolle Menschen kennenlernte - alles noch mal?
Und seine Augen sprechen fast noch mehr als seine Worte. Ich hab ihn länger nicht gesehn. Was macht die Zeit nur aus den Menschen. Es schmerzt. Und trotzdem bin ich froh, daß er es sagt und daß ichs höre. Denn es ist so.
Und alles ist noch längst nicht ausgestanden.

Mit C in ein Gespräch gekommen. Wir - 2 "Externe" - reden über dies und das.
Es war halt ein besonderer Geist, der diesen Arbeitskampf geprägt. Oft hat er das gesagt. Erinnere ich. Nur ganz allein die Ökumene. Was da passierte, wurde oben nicht begriffen. Warum? Dein katholischer Kollege, du - Vertreter zweier Konfessionen fahren miteinander in das Bergwerk. Die letzten Worte spricht er langsam und mit Nachdruck. Und viele, viele Bilder sind bei mir mit einem Male wieder wach.
Wie oft bin ich im Schacht gewesen! Das gab es auch - mit Pfarrer Klapprott. Wirklich. Der einmalig gewaltige Gesang der Kumpel: Christ ist erstanden von der Marter alle; des solln wir alle froh sein, Christ will unser Trost sein. Auf dem Hintergrund der großen Angst und Wut und Trauer war Ostern 1993. Die Auferstehungsfeier in 600 Meter Tiefe. Was hat das an Raum geschaffen! - höre ich sagen.
In dem war niemand ausgegrenzt oder nur irgendwie dabei. Alle Ökumene dieser Zeit müßte sich an dem, was da ge - schehen und geworden messen lassen.

D bring ich irgendwann zu ihrem Auto.

Gossner Mission

Treffe den E. - E, weiß ich, schlägt sich häufig rum
mit seinem Menschen-, Welt- und Gottesbild.
Wir gehen aufeinander zu - froh, uns zu sehen. Wir
sind ganz schnell bei vielen seiner Fragen.
Auf seinen neuen Wegen ist er neu mit ihnen konfrontiert.

Spät - irgendwann - spät - nach Mitternacht sitze ich
bei F und seiner Frau.
Natürlich tut das gut: zwei Menschen, du dabei,
sie haben mich im letzten Jahr in puncto Glauben
wieder nachdenklich gemacht. Womit? Es bleibt so stehen.
Ich atme durch. 'Eine Basisgemeinde ist eine, die sich
im Widerstand gründet gegen eine entfremdete und
entpersönlichte Welt.' Zitat bei Sölle, in die ich
mich seit Bischofferode immer wieder mal vertiefe.
Wars das?
Und dann kommen Gedanken, die wirklich nur in solchen
späten Stunden ausgesprochen werden? Wodurch ver-
mittelt im Gespräch, durch wen - den Faden kann ich
nicht mehr finden. Nur das: wer - wenn - immer
auch gekauft von uns - auch das ist menschlich - zu
verstehen - wenn ausgesorgt für sich und die Famlie -
für lange Zeit oder für immer - ganz schade für den
Kampf und auch für mehr und überhaupt - und trotzdem
kann ich niemanden verdammen - auch wenn ich in die
Runde blicke.

Ich bin an diesem Abend so viele, viele Meilen weit
gegangen.
Und wenn die Zeitung anderntags ganz schmerzhaft
oberflächlich wertend von dem Treffen schreibt -
was uns verbindet ist kein Spaß und kein Vergessen.
Ich weiß es wieder neu? -

Ein Jahr nach jenem Hungerstreik
Großbodungen, im Juli 1994

Gossner Mission

Thomas-Müntzer-Kali-Verein
Bischofferode
e.V. i.G.

Bischofferode, 09.06.1994

Einladung

Am **01.07.1993** wird die Entscheidung, das Werk Bischofferode zu schließen, vom Treuhandausschuß des Bundestages abgesegnet.

Aus Protest gehen an diesem Tag 12 Kollegen in den Hungerstreik.
In ganz kurzer Zeit sind es schon über 40 Kollegen.

Über hundert Menschen setzen ihre Gesundheit aufs Spiel, opfern ihre Freizeit, sie hungern für Arbeit.

Es breitet sich eine große Solidarität aus, die Bischofferode über die Landesgrenzen hinweg bekannt macht.

Zwar konnte der Hungerstreik das Werk Bischofferode nicht retten, doch der Arbeitskampf erzielte einige Teilerfolge.

Um diesem **Jahrestag 01.07.1994** zu gedenken, laden wir Sie - nebst Partner - zu einem gemütlichen Abend nach Bischofferode ***recht herzlich*** ein.
Mit diesem Tanzabend bei Speis und Trank möchte sich der Thomas-Müntzer-Kali-verein Bischofferode e.V. i. G. bei allen Kolleginnen und Kollegen - die sich im Hungerstreik befanden - bedanken.

Freitag, dem 01.07.1994,
20.00 Uhr
Mehrzweckhalle Bischofferode (beim Sportplatz)

Bei längeren Anreisewegen können kostenlos Übernachtungsmöglichkeiten angeboten werden.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, Ihre Teilnahmebestätigung bis 24.06.1994 an den Betriebsrat des Bergwerkes Bischofferode zu senden.
(Telefonisch erreichbar: 036077 99 474 / Fax: 036077 99 251)

KALI-VEREIN

Hinweis

Für den 02. und 03.07.1994 ist am Schachtgelände ein Bergmanns- und Familienfest geplant.

Gossner Mission

"Bischofferode" - die Dimensionen des Kampfes

Die Frage "Was ist anders und besonders an 'Bischofferode'?" taucht immer wieder auf. Sie ist berechtigt. Auch anderswo gab es Hungerstreiks, gibt es Werkbesetzungen, hatten Werkschließungen fatale strukturelle Konsequenzen usw. Wird hier ein lokales Anliegen zum nationale Problem hochstilisiert? Manipulieren die vielen, die von außen kamen, die Aktionen der eigentlich Betroffenen? Um diese Fragen zu beantworten, gilt es, die Zusammenhänge festzuhalten, die sich in dem Brennpunkt "Bischofferode" gleichsam bündeln.
Was also ist besonders an "Bischofferode"?

1. An dem Schacht eigentlich nichts, oder soviel wie jeder Produktionszweig und jede Belegschaft ihre Besonderheiten hat. Immerhin brachten die ersten Informationen über den heftigen Widerstand gerade im Eichsfeld uns, die wir DDR-Hintergrund haben, zum Aufhorchen. Die Gegend steht nicht in dem Ruf, Rebellen hervorzubringen. Unser Bild ist eher das einer einst ärmlichen Landschaft. Neben Gebieten in der Lausitz hat sie bis heute den Seltenheitswert einer katholischen Prägung inmitten eines früher protestantisch, inzwischen weitgehend säkular bestimmten Umfeldes, und zwar katholisch mit nahezu intakten volkskirchlichen Strukturen. Bei dem Namen schwingt immer etwas mit von Tradition, etwas leicht Exotisches, auch Dickköpfigkeit, Leben am Rande des Geschehens. Leichter als irgendwo sonst in Ostdeutschland schien es hier, eine konservative Mehrheit bei Wahlen zu prognostizieren.
   Ohne mit der Kategorie der Mentalität zu spekulieren - für die allgemeine Wahrnehmung ist dieses gewisse erstaunte Aufmerken von Belang. Was man einer berlinerischen Aufmüpfigkeit, sächsischer Beweglichkeit und Vigilanz oder mecklenburgischer Sturheit zugetraut hätte: ausgerechnet im Eichsfeld taucht ein so hartnäckiger Protest auf. Da muß schon was dran sein!

2. Daß die Treuhand eine korrupte Einrichtung ist - diese Überzeugung ist unter Ostdeutschen inzwischen fast allgemein. Korrupt vordergründig zunächst in dem Sinne, daß die Vollzugsbeamten der Deindustrialisierung für ihren traurigen Job mit Spitzengehältern entlohnt werden, von denen einstige Spitzenfunktionäre nicht einmal träumen konnten. Das mutet so unsensibel und geschmacklos an, als würden die Mitarbeiter einer Armenküche zur Frühstückspause in ein Fünf-Sterne-Restaurant gehen.
   Korrupt vor allem aber hinsichtlich der Strategie der "treuhänderischen" Tätigkeit: Es ist nicht das erste Mal, daß sichtbar wird, die Umwandlung der staatlichen Wirtschaft geschieht nicht nach Maßstäben der Rentabilität oder Strukturüberlegungen, sondern es geht um Konzerninteressen und die Ausschaltung von Konkurrenz. Gerade weil man das inzwischen ahnt oder weiß, gewinnt ein Beispiel, an dem das so offensichtlich ist, an Stellenwert.

3. Vom ersten Tage der Grenzöffnung 1989 an nehmen westdeutsche Unternehmen ihre Chance wahr, sich im Osten zu bereichern, sei es durch Inbesitznahme des Marktes, Ausschalten von Konkurrenz oder durch das Abschöpfen von Subventionen für die ostdeutschen Bundesländer. Bischofferode ist dafür ein eklatantes Beispiel:

Gossner Mission

Der Schacht ist durch die Art seines Produktes, K60/K61, sowie durch die 90%ige Ausrichtung auf Export vor allem an nord- und westeuropäische Abnehmer, ein relativ überschaubarer Sonderfall. Die Verstrickung in unberechenbare Turbulenzen des Binnenmarktes, in das "schicksalhafte" Wegbrechen des Ostmarktes, in oft zitierte technologische Rückständigkeiten - all das trifft hier nicht oder nur begrenzt zu. Wohl aber liegt es auf der Hand, daß die Kunden, wenn ihnen das Bischofferoder Produkt nicht mehr zugänglich ist, mit großer Wahrscheinlichkeit der BASF umso mehr ausgeliefert sein werden. Die Großen der europäischen Kaliindustrie, die französische EMC (Enterprise Minière et Chimique), die finnische Kemira Oy, Norsk Hydro aus Norwegen sind aufgrund ihrer Herstellungsverfahren auf Rohstofflieferungen aus Bischofferode angewiesen. Das hier abgebaute Kali ist hinsichtlich seiner chemischen und physikalischen Eigenschaften nicht ohne weiteres ersetzbar. Die Schließung von Bischofferode dient also in erster Linie der Verbesserung der Wettbewerbsposition der westdeutschen Kaliindustrie, d.h. des Chemiekonzern BASF, Mutterunternehmen auch der Kasseler Kali und Salz AG. Der Zugriff auf die ostdeutschen Kaliliferanten bringt den Konzern unverhofft dem Ziel einer europäische Monopolstellung nahe. Die Schließung von Bischofferode wäre ein Tiefschlag gegen Standorte der Kaliindustrie in Frankreich, Belgien, Niederlanden, Schweden - die Liste ist nicht vollständig. Die Manager in Kassel und Ludwigshafen handelten gegen ihre Interessen, wenn sie diesen zwielichtigen Coup nicht landeten. Nur, ihre Interessen sind eben nicht mit denen der Belegschaft eines Schachtes identisch, der schließen soll, nicht weil er nichts taugt, sondern gerade weil er für die Konkurrenz so wichtig ist.
Man muß nicht revolutionäre Gedanken hegen - und diese Ambitionen hat der Betriebsrat von Bischofferode nicht - um dagegen zu rebellieren. Es reicht, wenn man der Idee von fairen Marktbedingungen und kapitalistischer Liberalität anhängt. Kritikern des Kapitals wie auch Befürwortern eines marktgerechten Handelns schwillt gleichermaßen die Zornesader bei dem, was "Bischofferode" offenbart.
Die Konzentration auf die Forderung nach Offenlegung des Fusionsvertrages zielt auf diesen Punkt. Deren Verweigerung hat allem Anschein nach den doppelten Grund, daß einerseits sichtbar würde, wie kompromißlos man auf die Vormachtstellung im internationalen Maßstab hinarbeitet und wie kaltschnäutzig man sich um dieses Zieles willen eines ostdeutschen Unternehmens entledigen möchte, ja gleichzeitig noch durch geschicktes Manipulieren die Vorzugbedingungen in Anspruch nimmt, die die Treuhand ostdeutschen Unternehmen zu gewähren in der Lage ist.

4. "Bischofferode" paßt in die innerdeutsche Ost-West-Spannung hinein. Einerseits liegt es auf der Hand, daß hier ein ostdeutscher Schacht skrupelloser und schneller geschlossen werden soll als man es einer westdeutschen Bergwerksbelegschaft je zugemutet hätte. Anderseits kommen die Bedingungen, unter denen die Fusion von westdeutscher Kali und Salz AG und Mitteldeutscher Kali AG geplant sind, einer Sanierung der westlichen Seite gleich. Das nährt das bereits verbreitete Gefühl der Ungleichbehandlung. Nun hat aber die Leitung der Kasseler Kali und Salz AG und die IG Bergbau auf den westdeutschen Verdruß gegenüber ostdeutscher Larmoyanz spekuliert und versucht, die einen gegen die anderen

Gossner Mission

auszuspielen. Das war leicht durchschaubar, und da die Bischofferöder ohnehin von Selbstmitleid weit entfernt sind, taucht mit einem Mal das Kampfziel auf, die Spaltung in Arbeiter-West und Arbeiter-Ost nicht zuzulassen. Das Thema liegt seit längerem in der Luft, da deutlich wird, daß die mit den hohen Vereinigungskosten begründete restriktive Sozialpolitik hier wie dort zuschlägt und daß der industrielle Konzentrationsprozeß nicht nur wirklich veraltete oder angeblich marode Ost-Industrien sterben läßt. Gelegentlich gewinnt man den Eindruck, daß westdeutsche Belegschaften mehr Aufmerksamkeit auf Bischofferode richten als ihre ostdeutschen KollegInnen. Und sie ziehen gar den Hut vor der Konsequenz der Kalikumpel aus dem Eichsfeld. Das tut allen Thüringern gut und den Sachsen oder Mecklenburgern nicht minder.

5. In Bischofferode hat die zuständige Gewerkschaft, die IG Bergbau und Energie, in Übereinstimmung mit dem DGB gepaßt. Das Eisen war zu heiß, die Chance, es formen zu können, zu gering. Unabhängig von personellen Konstellationen macht "Bischofferode" das Dilemma der Gewerkschaften sichtbar, das ohnehin seit längerem, zumal im deutschen Einigungsprozeß, offen zutage liegt. Die Unternehmenspolitik der BASF, assistiert von der Treuhand, ist auf Stabilisierung der eigenen Position gerichtet, und es könnte den Anschein haben, als stimme das mit Gewerkschaftsinteressen überein. Die Stringenz der Argumentation für den Erhalt des Standortes Bischofferode verliert an Kraft, je weiter man sich von den Toren des Thomas-Müntzer-Schachtes entfernt. Gesamtinteressen hinsichtlich des Industriestandortes Deutschland, deutsche Anteile am internationalen Markt, das Schritthalten mit dem weltweiten Konzentrationsprozeß des Kapitals - das alles wiegt scheinbar schwerer als ostdeutscher Arbeitselan, das Lebensrecht einer Subregion, die Würde einer Bergarbeiterschaft.
Andererseits wäre "Bischofferode" ohne die organisatorische Assistenz der anstelle der IGBE eingesprungenen "Initiative ostdeutscher Betriebs- und Personalräte" und ohne die Hilfe einzelner Gewerkschaftsbüros, wie dem der IG Medien, vermutlich nicht so weit gekommen, wie es heute der Fall ist. Enttäuschung über gewerkschaftliches Taktieren und ein Bewußtsein für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation - beides kommt in "Bischofferode" deutlich zum Ausdruck, beides ist typisch für unsere Situation und von anderen leicht nachvollziehbar.

6. Ein Meilenstein im Arbeitskampf von Bischofferode war die Reaktion auf das Angebot von festen Ersatzarbeitsplätzen für die 700 derzeit noch beschäftigten Bergleute. Was als außerordentliches und generöses Entgegenkommen seitens der Landes- und Bundesregierung gedacht war und gepriesen wurde, erschien im Lichte der Antwort der Kumpel als erbärmliches, taktierendes Abwiegeln: Sie nahmen die regierungsamtliche Offerte an, aber nicht für sich selbst, sondern für die 1200 bereits Entlassenen ihres Betriebes bzw. die 27 000 arbeitslosen Kaliarbeiter der Region. Damit ist das Stichwort Arbeitslosigkeit nicht wie sonst im Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen nur die Negativfolie, auf der sich die Auseinandersetzung abspielt. Neben den von Arbeitslosigkeit bedrohten tauchten die bereits Arbeitslosen als natürliche Verbündete auf. Wieweit diese Verbindung wirklich auf Gegenseitigkeit funktioniert und durchzuhalten ist, fragt sich.

Gossner Mission

Aber daß die Interessenübereinstimmung von Arbeitsplatzinhabern und Arbeitslosen an einer Stelle so spektakulär zutage trat, hat "Bischofferode" sehr populär gemacht.

7. Für die Betroffenen mag es hinter den unmittelbaren Existenzkampf zurücktreten, für die innere Logik ist es jedoch wichtig: Der "Fall Bischofferode" hat einen globalen, einen "Dritte-Welt"-Aspekt. Die Nachfrage nach dem wertvollen Mehrnährstoff-Dünger, für deren Herstellung das sulfathaltige Kali des Müntzer-Schachtes besonders gut geeignet ist, mag in Europa, angesichts der an Überproduktion krankenden Agrarmärkte, langfristig tatsächlich zurückgehen. Für viele Länder der südlichen Hemisphäre wäre es lebenswichtig, einen Zugang dazu zu erschwinglichen Preisen zu erhalten. In der westeuropäischen Landwirtschaft werden durchschnittlich 100 kg/ha Kalidünger ausgebracht. In Südamerika sind es nur 20 -30 kg/ha, in Afrika gar nur 8 - 15 kg/ha. Die Subventionen in Milliardenhöhe, die aus Steuergeldern der fusionierten Kaliindustrie zugutekommen sollen, umgerechnet auf Düngemittellieferungen an Länder, die an Nahrungsmangel leiden, wären ein substantieller Beitrag deutscher Entwicklungshilfe. Das freilich setzte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ein Bewertung des Menschenrechtes auf Ernährung voraus, wie sie gegenwärtig nicht existieren. Die Kalikumpel sind sich dieses Zusammenhanges wohl bewußt. Einer der Aufkleber, die man auf ihren Fahrzeugen findet, lautet: "Unser Kali, Arbeit für uns, Brot für die Welt". Die Tatsache, daß Argumente wie dieses im Streit der Kalikumpel auftauchen, bedeutet eine beachtliche Öffnung des Gesamtkomplexes in Richtung auf internationale Zusammenhänge und den Kampf um Gerechtigkeit.

Es ist ernsthaft zu fragen, ob die Verbindung mit solcherart Themen die Aktionen der Bischofferöder letztlich mehr belasten als fördern. Der Erhalt der Grube, nicht Veränderungen in dem unter den Punkten 1. - 7. angedeuteten Ausmaßen, steht im Zentrum dessen, was auf den Belegschaftsversammlungen des Thomas-Müntzer-Schachtes diskutiert wird. Aber daß die Dimensionen sich an so vielen Stellen weiten, daß das konkrete Geschehen vor Ort so transparent ist, daß allgemeingültige Fragen ständig durchschimmern, das macht die Wirkung von "Bischofferode" aus. Es ist eine Chance, vielleicht die entscheidende.

G.H. 27.8.93

Gossner Mission

Britta Bernhardt Lehrvikarin in Walldorf

"Einstieg" zu einem Gemeindedialog am 17. April 1994 in der Hüttenkirche Mörfelden - Walldorf

Liebe Schwestern und Brüder, liebe Freunde,

Ihr seid das Licht der Welt! heißt es in der Bergpredigt. Eine Stadt, die auf dem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben. Auch die Hütten im Wald sind nicht verborgen geblieben. Sie sind zum Zündstoff und Ausgangspunkt eines jahrelang anhaltenden Kampfes geworden. Menschen - nicht nur aus Mörfelden und Walldorf haben in diesem Kampf für die Erhaltung des Waldes ihr Leben eingesetzt.

Ihr seid aufgestanden gegen das Unrecht. Ihr seid aufgestanden und habt euch eingesetzt für die Umwelt. Es war ein harter und langer Kampf. Ich erinnere mich noch sehr gut an die vielen Wochenenden und Nachmittage, Diskussionen und Gottesdienste, als die Hüttenkirche noch im Wald stand. Alle anderen Hütten wurden mit Bulldozern niedergerissen und zertrümmert, nur eine Hütte ist übriggeblieben. Nach ~~fast~~ drei Jahre lang dauernden Diskussionen ist sie in ~~fast~~ geheimer Aktion im Morgengrauen wieder aufgestellt worden. Vielen Menschen ist die Hüttenkirche zum Symbol geworden. Wie ein Licht, das auf den Leuchter gestellt wird, daß allen leuchtet. Man könnte sie fast vergleichen mit der Stiftshütte aus dem Alten testament. Sie ist mit dem wandernden Gottesvolk gezogen zu den Kirchentagen in Hannover und Düsseldorf. Seit vielen Jahren treffen sich hier einmal im Monat Frauen, Männer und Kinder, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Das ist gut so.

Gossner Mission

Wenn ich an den Kampf um die Startbahn denke, denke ich gleichzeitig an den Arbeitskampf um die

Kaligrube "Thomas Müntzer" in unserer Partnergemeinde Bischofferode/Großbodungen/Hauröden Auch dort haben Menschen Widerstand geleistet. In Bischofferode sollten keine Bäume gefällt werden, sondern vielen Menschen ist ihre Existenzgrundlage genommen worden. Die Kalikumpel haben anostern letzten Jahres ihren ersten ökumenischen Gottesdienst auf dem Schacht gefeiert. Der Arbeitskampf hat ein Jahr gedauert. Am Ende stand die Schließung des Schachtes mit dem Ergebnis von ca. 1000 arbeitslosen Menschen, deren Familien Mitbetroffene sind. Ich will hier nicht nur eine zahl nennen, wie wir es aus den Fernsehnachrichten kennen, sondern nochmals daran erinnern: es geht um Menschen~~leben~~, um Mütter, Väter und Kinder. Menschen, die auf einen sicheren Arbeitsplatz vertrauten und anfingen ihre Häuser wohnlicher zu gestalten, eine Heizung einzubauen oder

Badezimmer. Dinge, die für uns hier im westlichen Teil Deutschlands selbstverständlich sind. Sie haben Kredite aufgenommen und davon ausgegangen,

~~er~~ durch den Erwerb ihres Arbeitslohnes die Kredite zurückzubezahlen. Aber auch sie sind von den Händen der Mächtigen unterdrückt worden. Auch ihr Kampf ist von den Unterdrückern niedergeschlagen worden.

Der Slogan der Kalikumpel hieß "Bischofferode ist überall". Und Bischofferode ist überall. Eine Stadt, die auf dem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben. Und die Stadt ist nicht verborgen geblieben - wie auch der Kampf um die Startbahn nicht verborgen geblieben ist.

Bei einem Seminar mit Pfarrern und Pfarrerinnen in Nicaragua habe ich von dem Widerstand, dem Kampf um die Startbahn und um den Erhalt des Kalischachtes erzählt. Die Teilnehmerinnen waren sehr beeindruckt. Einer der nicaraguanischen Pfarrer fragte mich dann: Habt ihr denn in Deutschland auch schon einmal einen Kampf gewonnen?

Gossner Mission

Diese Frage hat mich sehr nachdenklich gestimmt.
Meine Antwort darauf war: wir haben in Deutschland noch keine Revolution gemacht, wie ihr sie in

5

eurem Land gewonnen habt. Aber ich denke wir haben kleine Schritte getan.
Ich würde gerne heute mit Ihnen heute gemeinsam darüber nachdenken: Wie sieht es aus, 10 Jahre nach dem Kampf um die Startbahn? Was hat der Kampf und sein Ende für euer Leben bedeutet?
Vielleicht waren auch einige unter Euch in Bischofferode und möchten dazu etwas sagen?
Lohnt es sich überhaupt noch zu kämpfen oder ist es besser ganz zu resignieren?

Gossner Mission

Britta Bernhardt
Lehrvikarin von Michael Schwenn
Kirchengem. Walldorf b. Frankfurt/M
Partnergemeinde zu Großbo-
dungen u. Hauröden/Bischofferode

Wir haben uns auf den Weg gemacht

Am 1. Mai-Wochenende haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht. "Wir" - das sind die Kirchengemeinderäte aus Großbodungen, Hauröden und Bischofferode und der Kirchenvostand Walldorf. Treffpunkt unserer Tagung war das Freizeitheim der Evangelischen Jugend Hirschhagen in der Nähe von Kassel.

Nach einer gegenseitigen Vorstellungsrunde sind wir in das Thema der Tagung eingestiegen. Die beiden Gruppen (Ost und West) sollten ihre "Vorurteile" - was denkt man und redet man über die anderen - aufschreiben. Anschließend wurden die Ergebnisse heftig diskutiert.

Die Ostgruppe spricht von der satten Zufriedenheit im Westen. "Die haben uns eingekauft." Dieser Satz wurde immer wieder ausgesprochen. Die haben uns eingekauft und diktieren uns, was gemacht wird. Sie sagen uns, den Menschen im Osten, welche Ausbildungen anerkannt sind und wer noch an Fortbildungen teilnehmen muß, wenn er/sie seinen/ihren Arbeitsplatz behalten möchte.
Damit kann nicht von einer Wiedervereinigung die Rede sein. Die Menschen und Institutionen der östlichen Bundesländer sind vereinahmt worden. Sie wurden an das westliche System angepaßt. Dieser Anpassungsprozeß hat für viele eine Veränderung ihres Berufsbildes mit sich gebracht. Berufsbilder, die teilweise jahrzehntelang gewachsen waren.

Heute, fünf Jahre nach der Grenzöffnung "haben wir kein Vertrauen mehr dem Staat gegenüber." Der typische "DDR-Optimismus" - worin liegt die Lösung, bezeihungsweise wie kommen wir daraus ? - ist verloren gegangen. Verloren gegangen auch deshalb, weil frühere Grundrechte aus DDR-Zeiten, wie zum Beispiel das Recht auf Arbeit, im Grundgesetz nicht mehr verankert sind.

Viele sind von Langzeitarbeitslosigkeit (seit einem Jahr und länger arbeitslos) betroffen, und das bedeutet für die Menschen im Osten wie im Westen: Angst haben. Angst haben davor, wie Schulden abgezahlt werden, wie sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können.
Wer heute Angst um seinen Arbeitsplatz hat, muß schweigen und still sein. Die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes ist bei Protest einfach zu groß.

Das Thema Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise wurde auch von der Westgruppe aufgenommen: Sie machen die ostdeutschen MitbürgerInnen für die momentane Lage verantwortlich.

Gossner Mission

Bei diesem Thema habe ich viele enttäuschte Gesichter wahrgenommen. Die großen Versprechungen der CDU-Regierung sind nicht einghalten worden. Es war Manipulation im Spiel und eine Suggestion dessen, was alles kommen wird.

Auch das Thema "Fremdenfeindlichkeit" war Diskussionsgrundlage. Nachdenklich geworden, sagten die VertreterInnen des Kirchgemeinderates Großbodungen, Hauröden, Bischofferode, daß sie nicht gelernt haben mit fremdem Kulturgut zu leben. Sie sprachen auch von ihren Ängsten bei der Grenzöffnung: "Was kommt in unser Land ? - Händler, Kaufleute und KapitalistInnen, die in unserer Welt nicht existiert haben. Das war für uns eine Überforderung. Wir haben "Fremdes" früher nicht wahrgenommen. Wir haben nur innerhalb unserer DDR-Grenze gelebt."

Weitere Vorurteile von östlicher Seite waren: Die Westdeutschen denken, besser zu sein, sie haben zu wenig Information über uns, wir werden als Versuchskaninchen benutzt.
Angesprochen wurde die Kälte im Westen und der Mangel an Herzlichkeit, außerdem sind sie überheblich und berechnend.

Auf der anderen Seite hieß es: "Die kriegen soviel, die sind nur konsumorientiert, dabei sollten sie besser mehr Geduld aufbringen und warten lernen.

Die sehr offene Aussprache ist jedoch nicht bei den gegenseitigen Vorwürfen stehengeblieben, sondern wir haben versucht, Gemeinsames - Ängste, Perspektiven, Hoffnungen und Aufgaben für uns als Kirchengemeinden herauszuarbeiten.

Gemeinsames Ziel ist, endlich von "die" und "die" zum "wir" und "uns" zu kommen.
Die nächsten Schritte auf diesem Weg ist wieder eine gemeinsame Kanutour in den Sommerferien auf der Müritz mit den Walldörfer und Großbodunger KonfirmandInnen '93 und '94.
Im Advent wird die Theatergruppe Theater noster in Großbodungen ihr Wintermärchen aufführen. Hierzu haben die KirchgemeinderätInnen eine herzliche Einladung an die Gemeindemitglieder ausgesprochen, mitzukommen.
Für das nächste Frühjahr ist wieder eine gemeinsame Tagung geplant.
Durch eine gemeinsame Fahrt der beiden Kirchengemeinden im Herbst 1995 in die Waldensertäler/Italien soll das "Wir" und "Uns" zwischen Ost und West gestärkt werden. Die Anregung zu dieser Fahrt kam aus der Partnergemeinde. Sie wollen die "Walldörfer" aufgrund ihrer Herkunft noch besser verstehen lernen.

Insgesamt war diese Tagung eine sehr positive Erfahrung, eine intensive und lebendige Begegnung zwischen Ost und West, durch welche wir uns wieder näher gekommen sind.

Gossner Mission

07. 05. 94

Liebe Christine,

ich hoffe Ihr seid wieder gut zuhause angekommen.
Wir hatten gestern Abend KV-Sitzung mit Schmalzbrot und Wasser. Ich habe die Zusammenfassung über unsere Fakt verlesen. Für Dich / Euch eine Kopie.
Außerdem noch die Predigt (keine richtige Predigt, sondern der Einstieg für einen sich anschließenden Gemeindedialog), in der Hüttenkirche am 17. April.
Die Kollekte ging an die Kalikümpel. Wir sammeln es hier und überweisen auf das Spendenkonto.

Herzliche Grüße von allen

an alle.

Britta

Gossner Mission

Hans-Helmut Schoppe, Pfr.i.R.
Str. der Freundschaft 57
99 762 Woffleben
Tel. 036332/502

Woffleben, 13.April 1994

An den
Herrn Bundespräsidenten
Richard von Weizsäcker
Schloß Bellevue
10 557 Berlin

Betr.: Anliegen im Blick auf die Situation von Betrieben und ihren arbeitenden Angehörigen in den Neuen Bundesländern

Bezug: Mein erstes Schreiben an Sie im Herbst vorigen Jahres

Hochverehrter, lieber Herr Bundespräsident!

Zunächst möchte ich Ihnen danken für Ihre Antwort auf mein oben erwähntes erstes Schreiben, die Sie mir zukommen ließen.

Leider ist es nun aber doch zur Schließung des Schachtes in Bischofferode gekommen, an dem über 700 Arbeitsstellen hängen. Da dieser Betrieb noch mit seiner Produktion so gut dastand, daß er auch im internationalen Maßatab reichlich genug Absatz für seine Produktion hatte, ist es mir unverständlich, daß der Betrieb trotz mehrfach erhobener Proteste, vor allem auch seitens der betroffenen Kalikumpel, nun doch am 31.12.93 geschlossen wurde. Die Vermittlung neuer Arbeitsstellen, die fest zugesagt wurde, ist auch noch absolut nicht erfüllt.

Wo bleibt hier die Gerechtigkeit? Wie kann es sein, daß westdeutsche Betriebe einen solchen Betrieb, bei dem sie nur die Konkurrenz fürchten, zum Erliegen bringen können?

Sollten bei aller Wahrung demokratischer Freiheiten gegen solchen Machtmißbrauch nicht integrierende Maßnahmen des Staates ergriffen werden können?

Und Bischofferode ist ja sicher nur einer von vielen Betrieben, die auf ähnliche Weise geschlossen wurden.

Gossner Mission

Auch der Ministerpräsident Thüringens, Bernhard Vogel, der zugesagt hatte, daß dieser Betrieb weiter bestehen bleiben werde, hat nicht zu dieser Zusage gestanden.
Woher soll denn unter solchen Bedingungen noch Vertrauen zu den leitenden Politikern kommen?

Leider läuft ja Ihre Amtszeit als Bundespräsident nun schon in Kürze aus. Aber sollten Sie nicht vor Ihrer Amtsübergabe, die ich natürlich sehr bedauere, die Möglichkeit haben, an dieser ganz wichtigen Stelle noch einmal gegenüber dem Bundestag Ihre Stimme erheben zu können, um gegen solch ein rigoroses Vorgehen im wirtschaftlichen Bereich, entschieden und energisch anzugehen?
Solche Erlebnisse wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten erzeugen Mißhelligkeit bei denen, die sich zu unrecht behandelt fühlen. Wenn durch schonungslos geführten Konkurrenzkampf noch mehr arbeitende Menschen isoliert und total in das soziale Abseits geschoben werden, braucht man sich über den Frust nicht zu wundern, der über solche sozialen Ungerechtigkeiten unter der Bevölkerung in den Neuen Bundesländern entsteht und weiter wächst.
Es wird sich bitter rächen, wenn die Mitmenschlichkeit so wenig im wirtschaftlichen Gefüge innerhalb der Freien Marktwirtschaft geachtet wird! -

Das kann und darf uns doch von den Grundsätzen des Evangeliums her, nach denen wir allein zu urteilen und zu entscheiden haben, keine Ruhe lassen.

Ich bin gewiß, daß Sie das nach Ihren in den Neuen Bundesländern gemachten Erfahrungen auch so sehen und alles in Ihren Kräften und Möglichkeiten Stehende dazu tun werden, solchen sozialen Ungerechtigkeiten entgegen zu wirken.
Ich weiß, daß Ihr Urteil darüber sicher nicht ohne Beachtung bleiben wird.

Gossner Mission

Ich hoffe auch, daß sich dadurch im Blick auf die Veränderung sozialer Mißstände in Zukunft manches erreichen lassen kann.

Eine christlich sich nennende Partei wie die CDU sollte doch an ihr christliches Gewissen gebunden sich nicht scheuen, auch die kapitalkräftigen Besitzer im Wirtschaftsgefüge der Freien Marktwirtschaft in ihre Schranken zu weisen und sie am Mißbrauch ihres Machteinflusses auf Kosten der Schwächeren und von ihnen Abhängigen zu hindern.

Es ist der Krebsschade der Ordnung der Freien Marktwirtschaft, daß in unersättlicher Profitgier rücksichtslos andere, Schwächere, die nicht mithalten können, übervorteilt und beiseite geschoben werden. Das verstößt sicher noch in gröberer Weise gegen die Grundsätze des Evangeliums, die doch für uns Christen die entscheidende Richtschnur unseres Urteilens und Handelns sein sollten, als der "Sozialismus", den wir vor der Wende hier bei uns in den Neuen Bundesländern hatten.
Sollten wir uns von Parteien, wie der PDS, die das offentlichtlich klarer erkennen, als Vertreter einer vom christlichen Glauben geprägten und verantworteten Politik beschämen lassen, die die Versündigungen gegen soziale und mitmenschliche Grundsätze klarer erkennen und anprangern, als wir das als Christen tun? -

In Dankbarkeit für Ihren unermüdlichen Einsatz und Ihr wohlwollendes Verständnis für das von mir vorgetragene Anliegen grüße ich Sie

hochachtungsvoll
Ihr

H.H. Schoppe, Pfr. i.R.

H.H. Schoppe, Pfr.i.R.

N.B.: Würden Sie es für gut halten, wenn ich dieses gleiche Schreiben auch dem Herrn Bundeskanzler in Bonn zuleitete? Er hat ja doch die leitende Regierungsverantwortung. Für eine kurze Äußerung Ihrerseits dazu wäre ich dankbar.

Gossner Mission

Interviewleitfaden Bischofferode

A. Wie sieht die Lage jetzt aus ?: (der linkspopulistische „Unterstützer" aus Berlin)

- Sind die Versprechungen eingehalten worden ?
- Welche Versprechungen sind nicht gehalten worden ?
- Siehst Du für dich im Eichsfeld eine berufliche Perspektive ?
- Hat die Belegschaft insgesamt eine Chance langfristige Arbeitsplätze zu erhalten ?
- Was passiert mit der Grube ?
- Wer zieht denn aus dem jetzigen Zustand den Nutzen ?(Der große Investor ist ja bis jetzt ausgeblieben)
- Gibt es Lohndrückerei in anderen Bereichen (z. B. Bauindustrie) durch die Ersatzarbeitskräfte aus Bi - rode ?
- Gibt es noch einen Zusammenhalt bzw. Kontakte zwischen den Kollegen der Grube ?
- Kannst Du die Gründe nennen ?
- Sind noch Kontakte aus der Zeit der aktiven Solidarität mit Bi - rode vorhanden ?
- Bestehen Absichten gemeinsamer Aktionen gegen den Vertragsbruch von Seiten der Landesregierung ?
- Gibt es Aktivitäten gegen die Nutzung\Aufbereitung der Grube als Gift oder Atommülldeponie ?
- Sind Dir Fakten dazu bekannt ?
- Seid ihr mit den Ergebnissen des Arbeitskampfes zufrieden ?
- Was sollte deiner Meinung nach mit dem Solidaritätsgeld (ca. 500 000 DM) geschehen ?
- Fühlst Du dich genügend in den Entscheidungsprozeß mit einbezogen ?

B. Zur Geschichte des Kampfes

- Sind Deiner Meinung nach Fehler im Arbeitskampf gemacht worden ?
- Was hättest Du anders gemacht ?
- Wie hat sich Deiner Meinung nach der Betriebsrat und Belegschaft im Arbeitskampf verhalten ?
- War es ein einheitliches Ganzes, oder hast Du Widersprüche zwischen Belegschaft und Betriebsrat bemerkt ?
- Wenn es Widersprüche gab, worin haben sie sich geäußert ?
- (Bei Belegschaftsmitgled)=>Hast du Dich immer durch den BR gut vertreten\informiert gefühlt? (oder bei Betriebsratsmitglied)=>Habt ihr euch durch die Belegschaft gut unterstützt gefühlt ?
- Kannst Du einen Punkt im Arbeitskampf nennen, an dem sich das weitere Schicksal für die Grube entschieden hat ?
- Sind an diesen Punkten Fehler gemacht worden ?
- Wenn Fehler gemacht wurden, durch wen und warum ?
- Wer waren deiner Meinung nach die Gegner in eurem Kampf (Treuhand, Regierung, BASF, Landesregierung, evtl. Gewerkschaft(?), vieleicht Parteien) ?
- Wie bewertest Du die einzelnen Aktionen (Bonnfahrt, Treuhanddemonstration, Werbetouren durch den Betriebsrat in Städte - Betriebe - Parteien, Hungerstreik, Hungermarsch, Aktionstage)
- Wie bewertest Du die Konferenzen an den Aktionstagen - Warst du gut über die Probleme informiert ?
- Wie bewertest Du die Rolle der Medien ?
- Haben sie mehr geholfen oder mehr geschadet ?

Gossner Mission

C. Unterstützer des Arbeitskampfes

- Gab es deiner Meinung nach eine ausreichende Solidarität in der direkten Umgebung ?
- War die nationale\internationale Solidarität ausreichend ?
- Wäre mehr Solidarität möglich gewesen ? Wenn ja wie ?
- Wie bewertest Du die Rolle der einzelnen Parteien als Unterstützer ? (CDU, SPD, Bündnis 90, Neues Forum, PDS, MLPD, KPD)
- Gab es andere Unterstützung durch Initiativen ?
- Hat sich deiner Meinung nach die Untererstützung von Parteien und Initiativen unterschieden ?
- Welche Rolle spielte Deiner Meinung nach die Betriebsräteinitiative (Martin Clemens, Andreas Bordtfeld, in eurem Arbeitskampf ?
- Welche Rolle spielte das Aktionsbündnis "Thüringen brennt" ?
- Warum existiert es deiner Meinung nach nicht mehr, obwohl die Zerstörung der Industrie weitergeht ?
- Welche Rolle spielten die Gewerkschaften (insbesondere IGBE, IG Metall - Jörg Zimmermann und HBV- Bodo Ramelow ?

D. Lehren des Kampfes

- Was den Arbeitskampf am stärksten beeinflußt ?
- Würdest Du Dich heute nocheinmal in einen Arbeitskampf einlassen, wenn Du merkst, daß die Versprechungen nicht zutreffen ?
- Was würdest Du einer Belegschaft raten, die sich in einen ähnlich schwierigen Arbeitskampf einläßt wie ihr ?
- War das Zusammenspiel zwischen Belegschaft und Betriebsrat ausreichend ?
- War die Zusammenarbeit zwischen euch und anderen Betriebsbelegschaften ausreichend ?
- Wie kann man deiner Meinung nach so etwas organisieren ?
- Ist die Lage im Arbeitskampf vom Betriebsrat immer richtig eingeschätzt worden ?
- Was müßte deiner Meinung gemacht werden, um ein besseres Ergebnis bei einem anderen Arbeitskampf zu erzielen ?
- War es richtig, sich auf die von Bodo Ramelow/Treuhand/Landesregierung ausgehandelte Einigung einzulassen ?
- Was hätte man dagegen unternehmen können ?

Gossner Mission

Ø Art: DDR6 Prod: GAESTE Objekt: HELMUT Ressort: Kpt: 643.2

für N.D. (Kann diese Woche)

Nun
Schönes Fingerl
von Helmi Hetzer
Mach gerade
Siegfried-Ferien
→ Badesee-
und abends
Rotki-Kurs

„Die Bischofferöder sind überall!"

■ Ein Teil firmiert jetzt unter „Kielholz & Rybicki"

Das traditionelle „Bergmannsfest" in Bischofferode wirkte heuer – mit Modenschau, Kinderclowns, Breakdance, mitternächtlicher Erotikeinlage und dem DDR-Stimmungsduo Monika Hauff & Klaus-Dieter Henkler – wie eine Austreibung linker Soli-Festkultur, um dort wieder business as usual walten zu lassen. Auch drumherum, auf dem Festplatz, wurden keine Kampfbroschüren und Flugblätter mehr auf Tapetentischen angeboten, dafür polnische Gartenzwerge, türkische Unterwäsche und vietnamesische Spezialitäten, darunter auch Spreewaldgurken. Einige der einst Hungerstreikenden standen am Zapfhahn bzw. an der Losbude.

Das Festgelände, dem Kaliwerk gegenüber, gehört zur „Freien Tankstelle KR" – mit Waschanlage, Reparaturwerkstatt, Gebrauchtwagenhandel und einem „Shop", in dem man Eis, Blumen, Pornohefte, Videos, CDs, Auto-Paraphernalia, Kristallgeschenke aus den USA und koreanische Billigwerkzeuge („Jedes Teil 5 DM") bekommt, aber auch an einem „Stammtisch" neben Spielautomaten ausdauernd trinken kann.

1991 hatte Karl-Heinz Kielholz das Gelände der Treuhand abgekauft, es bebaut und dann an Stephan Eisenbarth verpachtet, der sich zuvor unten im Dorf mit einem kleinen Reparaturbetrieb selbständig gemacht hatte.

Der 52jährige Kielholz war bereits lange vor der Wende selbständig gewesen: Mit einem 8-Mann-Fuhrbetrieb verteilte er jahrzehntelang die am Bischofferöder Bahnhof angelieferte Kohle im Kreis. Das Unternehmen hatte er von seinem Vater übernommen. 1990 stand er damit jedoch, lange vor den Kalikumpeln, vor dem endgültigen Aus: „Die Haushalte wollten alle keine Kohle mehr und die Betriebe hatten keine Aufträge mehr. Statt wehmütig in die Vergangenheit zu blicken habe ich mich schnell umorientiert." Auf Mineralöl und Transporte aller Art nämlich. Nichtsdestotrotz blieb der Kontakt zum Kaliwerk.

Auch beim Arbeitskampf der Kumpel war Unternehmer Kielholz solidarisch. Mitunter machten die Betriebsräte und er sogar gemeinsame Sache – z.B. bei einer Tschernobyl-Kinderhilfsaktion.

Auf den Bischofferöder „Aktionstagen" dienten die Kielholz-Lastwagen als Rednertribünen. Zusammen mit seinem Neffen, Stephan Rybicki, einem Seilfahrtsingenieur im Kaliwerk, gründete er dann das Fuhrunternehmen „Kielholz & Rybicki". Ein anderer Neffe, Cornelius Rybicki, hat oberhalb der Schachtanlage, in ehemaligem Gebäuden der Grube, seine Firma „Heizung Sanitär" untergebracht. Auch im Kali-Betriebsrat gibt es einen Rybicki, der mit den anderen aber nur weitläufig verwandt ist. Sie alle gehen auf den Urgroßvater Jan Rybicki zurück, der einst aus Polen kommend, den Kalischacht 1909 mit abgetäuft hatte.

Die Firma „Kielholz und Rybicki" hat ihren Hauptsitz, mit 24 Beschäftigten, jetzt ebenfalls auf dem Gelände des Kaliwerks: in einer umgebauten Halle, wo auch die beiden Ehefrauen im Büro arbeiten – dem Unternehmen als Buchhalterinnen Dauer injizierend. Nebendran bauen derzeit drei Ingenieure eine weitere Halle, für ihre Fahrzeugbau-Firma aus, an der Kielholz beteiligt ist („Bis 31.12. müssen sie 30 Leute beschäftigen"). In Nordhausen übernahm Kielholz außerdem 1993 noch die „Handelstransport GmbH" von der Treuhand, mit 50 Arbeitsplätzen. Eine weitere Filiale seines Fuhrunternehmens befindet sich in Magdeburg, wo sechs Leute beschäftigt sind. Und dann gibt es da noch ein Joint-Venture mit einer russischen Firma in Nowosibkow. Nachdem er sieben „Ein Herz für Rußland"-Transporte mit Hilfsgütern organisiert hatte, endeckte Kielholz nämlich – zur Verwunderung seiner Frau: „Früher hast du doch immer über die geschimpft!" – sein eigenes Herz für Rußland und seitdem zieht es ihn alle paar Wochen nach Brest und Nowosibkow, wo dem Kyrillischen nur rudimentär mächtigen Kielholz eine ehemalige Deutschlehrerin zuarbeitet. Unlängst brachte er eine komplette Fleischereiausrüstung nach Nowosibkow, und später verschaffte er vier jungen Leuten, „darunter ein Physiker", eine Art Praktikum in einem Eichsfeldischen Fleischbetrieb. Momentan machen gerade zwei Kinder eines Freundes aus Nowosibkow bei ihm Urlaub.

Anfang letzter Woche hatte die Deutschlehrerin einen schweren Sturz, woraufhin der Chefarzt der dortigen Klinik Kielholz anrief und ihn dringend um Medikamente für sie bat. Der lud sich das Benötigte am Freitag gleich in sein Auto und fuhr los. In Brest lernte er einen Österreicher kennen, der auf dem Weg nach Minsk war, von wo aus er nach Wien zurückfliegen wollte. An der Grenzstation Brest gibt es bei der Milizstation ein Depot des Technischen Hilfswerks. Kielholz pflegt dort gelegentlich sein Auto abzustellen. Als er am Dienstag nach Brest zurückam, erwartete ihn bereits ein Anruf aus Wien bei der Miliz: der Chef seines österreichischen Reisebekannten wünschte ihn kennenzulernen und eventuell mit ihm ins Geschäft zu kommen. Man verabredete ein Treffen in Brest im Juli; dann wird dort das 950jährige Bestehen der Stadt und ihre Fünfzigjährige Befreiung vom Faschismus gefeiert - „Da wollte ich sowieso hin," so Karl-Heinz Kielholz, dem diese Art von mehr zufällig und über persönliche Beziehungen sich anbahnender Geschäfte zu liegen scheint. Vielleicht hängt das mit der im Eichsfeld verbreiteten Nebenerwerbslandwirtschaft zusammen, bei der Nachbarschaftshilfe gedeiht und sich eine gewisse Dauergelassenheit einstellt.

Auf dem Fest ist sein Platz an der Theke des rollenden Bierausschanks. Das Bier („Neunspringe") kommt aus Worbis und Kielholz & Rybicki fahren es aus. Dafür wird auf einem ihrer Sattelschlepper auch für „Neunspringer"-Bier geworben. Ein anderer Volvo-Laster wirbt für eine Lebensmittelkette, ein weiterer wurde gerade von einem Bischofferöder Künstler bemalt (eine Traumlandschaft mit einem trägen Tiger in der Mitte): „Der Junge hat wirklich Talent, nur dauert das bei dem immer so lange," meint Kielholz, dem der „blaue Truck" gut gefällt, den aber natürlich die Bankkredite immer dann besonders drücken, wenn einer oder mehrere seiner Laster bloß herumstehen.

Eigentlich war es sein KR-Tankstellen-Pächter, Eisenbarth, gewesen, der ein „Frühlingsfest" zum dreijährigen Bestehen seiner Firma organisieren wollte, aber dann bekam der gerade neugewählte Betriebsratsvorsitzende des Kaliwerkes, Gerd Jütemann, Wind von dem Vorhaben und er überredete Eisenbarth, es Anfang Juli mit dem traditionellen „Bergmannsfest" zusammen zu legen. Deswegen nannte man es dann auch „Bergmanns- und Familienfest". Und es wurde daraus fast ein normales Dorffest, mit nicht mehr als etwa zwei Dutzend aus alter Solidarität Zugereister, die jedoch am Samstagabend mehr oder weniger enttäuscht wieder heimfuhren. Immerhin hatten sich am Abend zuvor noch einmal alle am Hungerstreik Beteiligten getroffen.

Obwohl die zweitägige Feier bis hin zu Wochenpost und Bild-Zeitung üppig angekündigt worden war (ein Verdienst des Informationsnetzes der Betriebsräte und ihres kämpferisch erlangten „Nachrichtenwertes"), erschienen nicht einmal zum „Kindernachmittag mit 1000 Luftballons" genügend Gäste. Frau Kielholz führte das zum einen auf die Konkurrenz – „drei zur selben Zeit im Umkreis stattfindende Dorffeste" – zurück, zum anderen war sie aber insbesondere von den „Kalikumpeln" auchenttäuscht: „Das waren zuletzt noch fast 700, wenn nur die Hälfte mit ihren Frauen und Familien gekommen wäre, hätten sie das Festzelt locker füllen können."

Ihr Mann kommt noch einmal auf den Arbeitskampf der Belegschaft zu sprechen: „Sie haben Mitte letzten Jahres irgendwann den Zeitpunkt für einen Kompromiß verpaßt. Zu viele sind deswegen jetzt noch an der Vergangenheit orientiert. Man muß nach vorne kukken." Die noch übriggebliebenen 620 Beschäftigten hat mittlerweile die treuhandeigene Gesellschaft für Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerke „aufgefangen". Sie lassen sich umschulen, leisten Umwelteinsätze ab, sind krank oder einfach zu Hause – wie der am Hungerstreik beteiligte Ide z.B., der gerade ein Zimmer nach dem anderen renoviert und, mit seiner Lohnfortzahlung, neu einrichtet. Trotzdem meint er: „Wer jung und klug ist, der haut von hier ab." Sein ehemaliger Meister in der Schacht-Waschanlage wechselte schon Anfang 93 in einen vermeintlich krisensicheren Job: er wurde Bischofferöder Geschäftsführer der Kommunalen Wohnungsverwaltung. Jetzt erzählt er, daß immer mehr Wohnungen leer stehen, sie kriegen niemanden rein, obwohl die 2-3-Raum-Wohnungen nur 2-300 DM monatlich kosten. Oben, in der Siedlung am Schacht, wird dafür mehr und mehr an Rußlanddeutsche vermietet, denen hier scheints die Rolle zufällt, in die von den Eichsfeldern gen Westen verlassenen Räume vorzustoßen. In den Medien war Bischofferode zu einer Art Heldenort geworden, obwohl letztlich mit dem knapp einjährigen Kampf um den Erhalt der Kaligrube wenig mehr erreicht wurde als jede Menge Erfahrungen, auf der Romreise zum Papst z.B. oder in freien Reden vor hunderten von Arbeitern, ferner eine zweijährige Lohnfortzahlung ohne Arbeitszwang, und eine volle Solidaritätskasse, nicht zuletzt dank 50.000 verkaufter T-Shirts mit dem Aufdruck „Bischofferode ist überall".

Kielholz erzählt von einem Kunden im Ruhrgebiet, der auf der Autobahn zwei Tanklaster von Kielholz & Rybicki überholt und dabei deren Aufkleber „ost macht power" gesehen hatte: „Der hielt das für eine gute Werbeidee von uns". Der Ruhm des Ortes trägt nach wie vor auch Kielholz Geschäfte ein wenig mit, zugleich ist es für ihn aber auch eine Art Verpflichtung: „daß hier was Vernünftiges entsteht."

Gossner Mission

Und plötzlich zog der Kalipreis wieder an

Erkundungen in Bischofferode – ein Jahr, nachdem Kumpel vor dem Müntzer-Schacht Posten standen

Von RENÉ HEILIG

Hallo, kommst Du auch mal wieder..." Der Gast meint, einen Vorwurf in der Stimme von Thomas Bachmann zu hören, versucht sich zu rechtfertigen mit „viel los in der Welt" und bekommt zurück: „Andere haben uns ganz vergessen." Dann nimmt er den Pinsel, einen Topf mit Holzlasur und streicht – „so lange es nicht regnet" – weiter an einem Balkengerippe, aus dem ein Carport werden soll.

Thomas Bachmann ist einer von den letzten 700 Bischofferödern, einer, der protestgehungert hat, einer, der allen Mut zusammen nahm und beim Aktionstag im August vor ein paar Tausend Leuten sprach. Nach dem „Aus" für die Grube wurde aus den Gerätefahrer ein Umschüler. „Zimmermann, bringt doch was", lacht er und erntet prompt verdientes Lob für die exakte Bauausführung der werdenden Autoabstellhütte. Handwerklich gesehen, kann kein Zweifel aufkommen, daß aus Thomas ein tüchtiger Zimmermann wird. Aber: „Wer soll mich nehmen, die Firmen haben längst alle Leute, die sie brauchen."

Umschulung in eine zweifelhafte Zukunft

Eigentlich versprachen Bund und Länder den rund 700 Menschen Dauerarbeitsplätze, als sie unternehmertreu und sozialverlogen der BASF-Kalifusion zustimmten. Die Realität ist eine andere. 197 Mann qualifizieren sich oder werden umgeschult zum Maurer, Tischler, Fliesenleger.

Im Werk selbst arbeiten derzeit 225 Leute. Viel zu viele, sagt einer aus dem Betriebsrat, doch der wird einen Teufel tun, das anzuprangern. Denn noch hocken etwa 200 Leute beschäftigungslos zu Hause, und von den vielen Investoren, die notwendig sind, um in knapp zwei Jahren aus Umgeschulten wirklich Beschäftigte zu machen, ist bislang kein einziger in Sicht.

Noch trägt das durch den Arbeitskampf zusammengeknüpfte soziale Netz. Für zwei Jahre sind den Kumpeln die Löhne sicher, sie werden aus dem Steuertopf geschöpft.

Das lockt Gauner an. Jüngst wechselte in Leinefelde ein Baubetrieb den Besitzer. Der feuerte zum ersten Quartal 94 Leute. An der Wache des Müntzer-Schachtes in Bischofferode pappte zeitgleich ein Schild: Stelle 50 Mann ein... Noch ist man zu wachsam, um derartiges durchgehen zu lassen. Trotzdem häufen sich Beschäftigungsangebote mit ähnlich „sozialem" Inhalt: „Knochenarbeit für acht, neun Mark die Stunde, dazu die Aussicht, bei Wohlverhalten sogar 10,50 D-Mark zu bekommen, das ist doch eine Sauerei," schimpft Betriebsratschef Gerhard Jüttemann.

Diese Sauerei ist kaum beachtenswert im Vergleich zum gesamten Kali-Deal der BASF. Zu Zeiten des Bischofferöder Widerstandes erzielte man in der EG mit einer Tonne Kali nur um die 85 Ecu. Nicht zuletzt deshalb machten die Ostgruben Verlust. Nachdem die weggeräumt sind, trat ein Antidumpingabkommen „gegen die Russen" in Kraft, plötzlich ist eine Tonne Kali 115 Ecu wert. Die Differenz hätte uns mit dem Mittelständler Peine gut überleben lassen, sagt Jüttemann. Schon geht das Gerücht, im Westen werde man eine stillgelegte Grube wieder auffahren.

Der kaufinteressierte Peine wollte in Bischofferode nicht nur Kali fördern. Er dachte auch an die Einlagerung von 300 000 t Kraftwerksasche. Man kann über die ökologische Seite streiten, fest steht jedoch, daß diese Idee noch nicht vom Tisch ist. Peine hatte zudem einen starken Partner im Rükken, die amerikanische Minorco. Das blieb auch dem „ehrlichen Makler" Treuhand nicht verborgen, so vehement, wie sie deren Kaufinteressen dementierte. Plötzlich vermeldete auch die Minorco, daß sie kein Interesse an Kali habe. Blättert man in Zeitungsbänden jener Wochen, dann findet man vielleicht eine winzige Nachricht über den Verkauf von MIBAG-Teilen an ein amerikanisches Konsortium.

Statt Rückenwind nur ein Bonner Lüftchen

In Bischofferode hat man die Hoffnung auf traditionelle Produktion noch nicht ganz aufgegeben. Jüngst beteiligte man sich an der Ausschreibung zur Steinsalzförderung. Das fast wertlose Mineral wird zur Verfüllung einer niedersächsischen Grube benötigt. Als die Bischofferöder an Kanzleramtsminister Bohl schrieben, erhofften sie sich Rückenwind beim Rennen um diesen Auftrag. Zurück kam ein laues Lüftchen. Es wäre schön, wenn ein ostdeutscher Betrieb...

Als den Regierenden das Bischofferöder Kali bis zum Hals stand, gründeten sie schnell die Entwicklungsgesellschaft Südharz/Kyffhäuser. Die sollte Regie führen beim versprochenen Aufschwung. Was die derzeit rund 60 ESK-Mitarbeiter aufführen, ist ein Trauerspiel. Angeblich ausgebildete Juristen und Wirtschaftsprüfer aus den alten Ländern regten allen Ernstes die Bildung einer Elektriker GmbH an – mit sieben Geschäftsführern und 20 Mitarbeitern. Wie sich das rechnen sollte? Ganz einfach, die GmbH spart doch Lohnkosten, die kommen ja sowieso. Also könne man Leistungen doch billiger anbieten. Die Handwerkskammer soll vom Donner gerührt worden sein, als diese ESK-Marktpolitik die Runde machte.



„Glück auf" hieß der Schacht in Sondershausen. Nun wird er abgerissen – „modellhaft" für Bischofferode und die gesamte ostdeutsche Kaliindustrie ND-Foto: René Heilig

Vom Donner gerührt war auch Bürgermeister Eugen Nolte. Erst habe er schmerzhaft erfahren müssen, daß man „einen intakten Betrieb und damit eine hoffnungsvolle Region bedenkenlos den Kapitalinteressen opfert"; und nun auch noch „diese Inkompetenz".

Nolte klagt nicht nur wegen der verlorenen Steuern, auch nicht darüber, daß immer mehr jüngere Leute aus Bischofferode wegziehen und die Bevölkerungszahl dank der Übersiedler trotzdem zunimmt. Nein, er wirft den Verantwortlichen vor, alles viel zu lange dem Selbstlauf überlassen zu haben. Die Gemeindevertretung habe – „in Übereinstimmung mit dem Betriebsrat" – bereits während der Werksbesetzung mit Planungen für „die Zeit danach" begonnen. Die zwei erkämpften Lohnfortzahlungsjahre sehe er als Auftrag an die Kommune, „Voraussetzungen zur Ansiedlung neuer Arbeitsplätze zu schaffen. Doch in dieser gottverlassenen Gegend" – fast möchte der Eichsfelder Ortsvorsteher drei Kreuze machen– „stimmt ja nicht einmal die Infrastruktur. Es ist schwierig, Investoren mit Mut zu finden."

Weshalb die Kommune mit allen nur erdenklichen Mitteln lockt und hofft, daß ihr das Werkgelände zugesprochen wird. Erst dann könne man mit der Erschließung beginnen. Die bisherigen Planungen verlangten der Kommune 450 000 D-Mark ab. Es bleibt etwas mystisch, welche Investitionsanreize Nolte im Sinn hat, die sich von denen unterscheiden, deren Gewerbepark-Angebote viel näher an Autobahn und Schiene liegen.

Apropos Schiene, die Deutsche Bahn AG sieht ihre Zukunft ganz gewiß nicht in dieser Harzregion. Indiz: Die Stopp-Schilder am Übergang in Großbodungen sind bereits abmontiert.

Versprochene Gelder bleiben aus

Bürgermeister Nolte, der mit 80 anderen in Bonn vorstellig wurde, glaubt noch immer an das Recht des Menschen, arbeiten zu dürfen. Nicht nur mit dieser Anschauung stellt sich der Mann gegen die christlich-sozialen Grundwerte der Genossen. Dennoch hofft er auf ihren Einfluß in Sachen Fördermittel. 4,8 Millionen hat er fürs erste beantragt. Vor ein paar Tagen kam die Antwort vom Verwaltungsamt in Weimar. Man freue sich, 100 000 D-Mark überweisen zu können.

Thomas Bachmann hat noch Schwierigkeiten, den neuen Tagesablauf zu speichern. „Von 7 bis 16 Uhr lernen, auch Mathe, nicht zu schnell zu arbeiten, weil sonst das Holz zu rasch aufgebraucht ist" – das alles akzeptiert er nicht als seine Welt. Er wird auch das lernen müssen, denn wenn Gabis Babyjahr um ist, wird Arbeitgeber Bahn sich nicht nach ihr verzehren. Martin (vier Jahre) und Micha (zwei) soll es an nichts fehlen, das neue Haus braucht noch Putz.

„Am Werk hing ein Transparent ‚Um uns selber müssen wir uns selber kümmern'" erinnert sich Thomas: „Das galt, als wir noch 700 waren, das gilt auch jetzt, da fast jeder auf sich allein gestellt ist. Heute schenkt dir keiner mehr was". Ausgenommen das Hochwasser der Wipper. Als es jüngst wieder aus dem Bachmannschen Garten wich, ließ es zehn fette Karpfen zurück.

Gossner Mission

Silvester in Bischofferode: Der Kampf zwischen David und Goliath ist zu Ende

Was für ein Jahr!

„Nur in der Bibel geht der Kampf zwischen David und Goliath gut aus", sagt Bodo Ramelow bitter, als er den eilig zusammengerufenen Kumpeln von Bischofferode am Silvesternachmittag das Verhandlungsergebnis der letzten Tage und Nächte erläutert. Als Vermittler von Betriebsrat und Sprecherrat autorisiert, hat er bei Bund, Land, Treuhand und der Kali und Salz AG ausgelotet, was noch zu machen ist. Nun steht fest: Das Ziel Nummer 1 der Belegschaft, ihr Werk zu erhalten, weil es für viele Jahre gutes Salz produzieren und absetzen kann, ist nicht erreicht worden. Goliath hat die Konkurrenz ausgeschaltet.

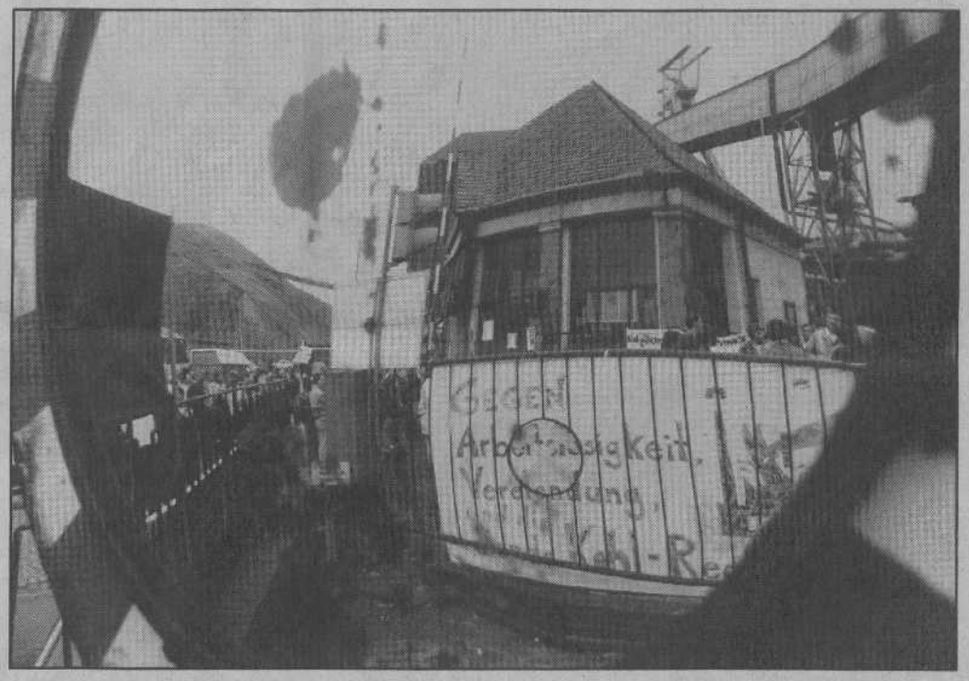
Zwölf Monate zäher und aufsehenerregender Widerstand haben die Stillegung nicht verhindern können. Alles Menschenmögliche haben sie versucht und halb Europa damit befaßt. Besuche in Brüssel bei der EG und beim Papst in Rom, Solidaritätsbekundungen aus vielen Ländern, Hungerstreik und Verhandlungen, Protestmärsche und Gottesdienste – an diesem letzten Tag des Jahres gestehen sie sich ein, daß sie den Kampf um das Werk verloren haben.

„Was für ein Jahr!" sagt Pfarrer Michael Schwenn aus der evangelischen Partnergemeinde Waldorf bei Frankfurt/M. Er ist oft dagewesen, gerade in den vergangenen Monaten, und hält die Predigt im letzten Gottesdienst, der in der Kantine des Schachts stattfindet wie so oft in den Monaten zuvor. Der große Raum ist überfüllt. Auch Betriebsfremde haben sich am Werkstor nicht aufhalten lassen. Ein schlichtes Holzkreuz hängt neben einem Bild vom besetzten Werk, einer riesigen Faust aus Pappe und einer Bahnhofsuhr, deren Zeiger zwei Stunden nach zwölf zeigen.

Was sagt man Menschen am Ende eines Jahres, am Ende ihrer Hoffnungen, in einer Situation, wo Zorn in Ohnmachtsgefühle, Zuversicht und Selbstvertrauen in Resignation und Zaghaftigkeit umgeschlagen sind? „Nein", sagt der Prediger, „sie haben euch nicht kleingekriegt. Den Mut, den ich hier erlebt habe, diesen Hunger nach Gerechtigkeit, die Kompetenz und Phantasie kann euch keiner abkaufen. Bischofferode ist trotz alledem ein Synonym für Zukunft."

Zwölf Monate erbitterter Widerstand der Kalikumpel haben die Stillegung nicht verhindern können.

Foto: Verkehrsspiegel vor dem bestreikten Werksgelände (epd-bild/Mehrl)



Die evangelische Pastorin Christine Austel-Haas und der katholische Priester Lothar Klapproth halten zusammen Gebete und Lesungen. Die beiden Konfessionen haben immer wieder Mut zugesprochen und Unterstützung gegeben in den vergangenen Monaten. „Der du die Zeit in Händen hast, Herr, nimm auch dieses Jahres Last und wandle sie in Segen", singen die Kumpel, ihre Frauen und die aus Solidarität mit ihnen dazugekommen sind.

Nahtlos schließt sich die Belegschaftsversammlung an. Da ist nicht mehr viel zu diskutieren. Der Betriebsrat empfiehlt, die hart erkämpften Rahmenbedingungen durch die Unterschrift unter den Aufhebungsvertrag zu akzeptieren. Sie sind weit besser ausgefallen, als sie es ohne Arbeitskampf, Öffentlichkeitsdruck und zähes Ringen in letzter Minute gewesen wären. Aber glücklich macht das keinen. Von klarer Erpressung und Judaslohn spricht Gerhard Jüttemann, der Stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrates. Doch alle, auch der Vorsitzende Heiner Brodhuhn, sehen, daß sie keine Chance mehr haben. Sie wissen, daß die Belegschaft nicht mehr geschlossen hinter ihnen stehen würde, wenn sie am 3. Januar trotz der Androhung fristloser Kündigung auf eigene Faust weiterproduzierten. Diese bittere Erkenntnis hat sie zur Aufgabe veranlaßt, auch wenn es sie hart ankommt.

Nun ist das Land am Zug, das im Verlauf des Januar die Verpflichtung hat, für die 700 Beschäftigten vorzeigbare Ersatzarbeitsplätze zu beschaffen. Ende des Monats wird man wissen, ob es leere Versprechungen waren.

Gregor Gysi, der Vorsitzende der PDS und immerhin auch am Tag der Resignation zur Stelle, bescheinigt den Kumpeln, daß sie ihre Karten ausgereizt und alle verunsichert hätten, die Betriebsstillegungen auf die leichte Schulter nähmen. Keine Belegschaft habe so lange und geschlossen gekämpft. Das habe seine Wirkung gehabt. Man brauche nicht mit gesenktem Kopf nach Hause zu gehen.

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren, hatten sich die Bischofferoder Kumpel vor einem Jahr gesagt. Sie haben an die große Glocke gehängt, was unter der Hand und ohne Aufsehen über die Bühne gehen sollte. Sie haben Selbstachtung demonstriert und deutlich werden lassen, wie ohnmächtig die Politik gegenüber der Wirtschaft ist. Sie haben ihr Werk nicht retten können, und trotzdem wird der kleine Ort im Eichsfeld in den neuen Bundesländern ein Symbol für Hoffnung bleiben.

Christine Lässig

Kirchenleute zu Bischofferode:

Die Schließung des Betriebes, der für viele Betriebe im Lande stehe, sei für ihn, so der Thüringer Landesbischof Roland Hoffmann, ein Trauerspiel und das Bitterste des vergangenen Jahres gewesen. Was ihn daran bedrücke, führte der Bischof aus, sei die Tatsache, daß Menschen sich auf Kosten ihrer Gesundheit engagiert, um ihre Existenz gekämpft hätten, ohne daß dies genügend erkannt und gewürdigt worden wäre. Da sei sehr viel Liebe zum Betrieb und großes Engagement für ein ganzes Werk zum Ausdruck gekommen.

Eine Lösung der vielen Probleme sei nur noch gemeinsam möglich. Darum sollten sich alle gesellschaftsrelevanten Kräfte in Ost und West an einen Tisch setzen, wiederholte Hoffmann den Appell seiner Landeskirche, die im Juli eine Wende in der Wirtschaftspolitik gefordert hatte.

Für Propst Joachim Jaeger aus Nordhausen bleibt der Arbeitskampf der Kalikumpel ein entscheidendes Datum in der DDR-Nachwendegeschichte. Zurück bleibe die Hoffnung, daß in den Chefetagen der Wirtschaft bei ähnlichen Vorgängen die Erinnerung an Bischofferode aufleuchte. Die Kirchen dürften in solchen Auseinandersetzungen nicht die Position eines neutralen Beobachters einnehmen. „Wir müssen uns die Sicht der Opfer zu eigen machen."

Mission

Aus für Grube Bischofferode

Gerichtliche Verfügung ändert nichts an der jetzt bestätigten Stillegung

Berlin/Sondershausen. dpa/eb **Die Schließung der Kali-Grube im thüringischen Bischofferode zum Jahresende ist endgültig. Der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Kali AG (Sondershausen) beschloß auf einer Sitzung am Freitag in München bei einer Gegenstimme, die Kali-Produktion in dem Werk mit derzeit 700 Beschäftigten definitiv einzustellen. Aufsichtsratschef Ulrich Steger teilte vor Journalisten in Berlin mit, die Stillegung sei nicht mehr abzuwenden.**

Das Gremium begründete die Entscheidung mit den anhaltenden Verlusten von jährlich 20 Millionen Mark. Das Werk könne „auf sich allein gestellt eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit nicht erreichen". Bis Ende dieses Jahres seien Werksverluste von schätzungsweise 70 Millionen Mark aufgelaufen. Die von Bund und Land angebotenen Ersatzarbeitsplätze würden geschaffen.

Steger zufolge stimmte ein Vertreter der Anteilseigner gegen die Schließung. Die anwesenden Arbeitnehmervertreter seien dafür gewesen. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Bischofferode, Gerhard Jüttemann, nahm an der Sitzung nicht teil.

Die ursprünglich in Frankfurt/Main geplante Aufsichtsratssitzung, wo mehr als 1 000 Menschen demonstriert hatten, wurde kurzfristig nach München verlegt, über ihre Ergebnisse dann in Berlin informiert. Jüttemann erklärte in Frankfurt, der Aufsichtsrat habe ihm angeboten, ihn per Bus und Flugzeug zu dem unbekannten Tagungsort zu bringen, diesen aber nicht preisgeben wollen. Dieses Versteckspiel habe er nicht mitgemacht.



Rund 1 000 Kali-Kumpel und Sympathisanten protestierten am Freitag in Frankfurt/Main gegen die geplante Schließung der Grube Bischofferode.
Foto: Reuter

Steger zufolge wird der Vollzug der Werksschließung lediglich bis zur Entscheidung der EU-Kommission zur deutsch-deutschen Kali-Fusion Mitte Dezember ausgesetzt. Ein Votum der Brüsseler Wettbewerbshüter für oder gegen die Fusion der MdK mit der BASF-Tochter Kali und Salz AG (Kassel) zum einzigen deutschen Kaliproduzenten habe aber keinen Einfluß auf die Stillegung. Eine Ablehnung würde sich jedoch auf die Sozialpläne auswirken und „akut" die künftig 7 500 Arbeitsplätze in der deutschen Kali-Industrie gefährden.

Auch von der Untersagung des Arbeitsgerichtes Eisenach, den Betrieb vor einem Interessenausgleich zwischen Vorstand und Arbeitnehmern stillzulegen, werde der Beschluß nicht berührt. Bei einer Genehmigung der Fusion würde der mit dem MdK-Gesamtbetriebsrat vereinbarte Sozialplan und Interessenausgleich in Kraft treten. Der Vorstand habe nicht vor, den Arbeitnehmern zu kündigen. Die Einstweilige Verfügung des Gerichtes, wonach zunächst keine Kündigung ausgesprochen werden dürfe, „führe daher in die Irre", so Steger.

Er appellierte an die Bischofferoder Beschäftigten, sich „über die aufgerissenen Gräben die Hände zu reichen" und gemeinsam etwas für den Erhalt des Wirtschaftsstandortes zu tun. Der MdK-Vorstand sei mit Blick auf die Demonstration bereit, den „Bruch des Arbeitsvertrages durch Fernbleiben von der Arbeit" rechtlich nicht zu ahnden. Dies setze aber voraus, daß „der Konflikt nicht weiter eskaliert".

Deckel drauf

Von Peter Kirnich

Die deutschen Kali-Manager spielten gestern „auf der Flucht". Für einen Tag waren sie untergetaucht. Zwischen Frankfurt, München und schließlich Berlin. Vielleicht hatten sie sogar Tarnkappen auf, vielleicht Begleitschutz dabei? Wie aufregend!

Genauso geheimnisumwittert wie jener umstrittene Fusionsvertrag zwischen mitteldeutscher und hessischer Kaliindustrie. Er hat die Stillegung der Bischofferöder Grube zur Folge. Über ein Jahr dauert der Kampf der Bischofferöder nun, um ihr Werk doch noch zu retten. Gestern beschloß der Aufsichtsrat: Deckel drauf und Schluß. In Bischofferode fährt im neuen Jahr niemand mehr ein. Definitiv.

Deshalb verkroch sich der Aufsichtsrat. Er hatte Schiß. Angst vor ungestümen Reaktionen der Kumpel. Die wollen nach wie vor nicht einsehen, daß ihre Grube unwirtschaftlich ist. Sie haben nur Kali vor der Haustür. Sonst nichts, was Perspektive verspricht. Und: 25 000 ihrer Kollegen verloren in den vergangenen drei Jahren den Job!

Da ist die Wut der Bischofferöder zu verstehen – und das Angebot aus Bonn ein schwacher Trost: Ein Neubeginn an einem Ersatzarbeitsplatz.

Anzeige

IBM Geschäftspartner
EDV am Bau
Branchenlösungen
Seit 1973 für die Bauwirtschaft
der kompetente Partner.
(030) 824 10 15

Gossner Mission

Kali-Kumpel haben hoch gepokert

Nach einem Jahr Arbeitskampf fragen sich viele, ob Bischofferode einen Sieg errang oder verlor

Von dpa-Korrespondent Carsten Hoffmann

In der Kantine des Kaliwerks in Bischofferode wurde es wenige Stunden vor dem Jahreswechsel noch einmal laut: „Wir sind da, wo wir nicht hin wollten. Das Werk wird geschlossen", rief ein Betriebsrat mehreren hundert dichtgedrängt sitzenden und stehenden Bergleuten zu.

Kurz vorher hatten der Betriebsrat und das Unternehmen Kali und Salz GmbH ein Kompromißpapier zur Zukunft der Gruben-Belegschaft unterzeichnet. Der Kampf um den Erhalt des Werkes war beendet, jetzt wurde die Frage „Sieg oder Niederlage" diskutiert.

Die Kumpel und ihr Betriebsrat haben in den vergangenen Monaten hoch gepokert. Einige Stunden vor Ablauf der Frist zum Jahresende zog der Betriebsrat dann eine Einigung im Eiltempo durch: Es wird eine zusätzliche Beschäftigungsgesellschaft eingerichtet, 7 500 Mark „Schmerzensgeld" sollen den Wechsel in die treuhandeigene Stillegungsgesellschaft versüßen.

Betriebsratschef Heiner Brodhun sagt: „Es ist klare Erpressung. Diese 7 500 Mark sind der Judaslohn." Dann mahnte Brodhun Zustimmung zu dem Kompromiß an. Der Kommentar eines anderen Betriebsrates wenig später, es bliebe ihnen nichts anderes übrig, quittierten die meisten Kumpel mit Applaus.

„Es ist falsch zu sagen, wir lassen uns kaufen", beteuerte der Verhandlungsführer, Bodo Ramelow. „Glaubt ihr, daß die euch das freiwillig gegeben haben?" Die meisten der 700 Bergleute schienen sowieso der Auseinandersetzung um das Werk müde zu sein. Faktisch war die Anlage ja schon stillgelegt worden. Vor knapp zwei Wochen hatten noch fast 370 Kumpel für den Arbeitskampf gestimmt. Zur Werksbesetzung traten dann etwa 150 an; in der Silvesternacht waren sie auf ein Häuflein von drei geschrumpft. Bereitwillig trugen sich denn auch viele Bergleute in die nach der Belegschaftsversammlung ausliegenden Listen für den Aufhebungsvertrag ein und sicherten sich so die 7 500 Mark.



Die Kali-Kumpel und ihre Familienangehörigen nehmen am Silvester-Nachmittag das Kompromiß-Angebot der Treuhand zur Kenntnis, das im Anschluß der Betriebsrat unterzeichnet. Foto: dpa

In den nächsten Wochen sollen den Kumpeln jetzt ihre beruflichen Möglichkeiten erläutert werden. Das Arbeitsamt und die Knappschaft werden Beratungsstellen eröffnen. Außerdem soll das Land die angebotenen Ersatzarbeitsplätze vorstellen. Optimistisch ist der Betriebsrat nicht: „Eine Region wird wirtschaftlich sterben", befürchtete er am Morgen nach der Einigung.

Viel wird der Kali-Gegend wohl tatsächlich nicht bleiben. Das im Mittelgebirge gelegene Eichsfeld ist mit viel Wald, kargen Höhen und einem herben Klima primär eine Landschaft mit Naturreizen. Wirtschaftlich ist sie eine strukturschwache Region, der viele Kumpel nach dem Ende der Grube keine große Zukunft einräumen.

Wie ihre zukünftige Arbeit genau aussieht, wissen die Kumpel auch noch nicht. „Wir sehen uns jedenfalls am Montag", ruft ein Bergmann nach der Belegschaftsversammlung seinen Kollegen zu, die in einer kleinen Gruppe vor dem Werkstor die Ergebnisse des Abends besprechen. Über ihnen prangt in großen Lettern der Namensgeber der Grube, „Thomas Müntzer". Der evangelische Theologe und Bauernheer-Führer setzte im 16. Jahrhundert alles auf eine Karte und die Konfrontation mit der Obrigkeit. Am Ende des kämpferischen Aufbegehrens stand seine Hinrichtung.

Stichwort: Kali-Bergbau

Die Schließung der Kaligrube Bischofferode ist eine Folge der Fusion der westdeutschen Kali und Salz AG in Kassel mit der Mitteldeutschen Kali AG (MdK). Die MdK vereinigt alle Kali- und Steinsalzbetriebe der neuen Länder und gehört der Treuhandanstalt. Seit der Wende wurden bereits mehrere Standorte stillgelegt.

Die Kasseler Kali und Salz AG gehört zu BASF. Ihre sieben Kali- und Steinsalzbergwerke zählen zu den modernsten und leistungsfähigsten der Welt. Die 7 000 Mitarbeiter fördern jährlich 30 Millionen Tonnen Rohsalz.

Die deutsche Kali-Industrie exportiert die Hälfte ihrer Produktion und ist mit zehn Prozent am gesamten Weltexport beteiligt. Mehr als zwei Drittel der westdeutschen Kaliausfuhr gehen in europäische Länder mit hochentwickelter Landwirtschaft. **AP**

Teilen der heutigen Ausgabe liegen Prospekte der Firmen **Karstadt, Kaufhof** und **Stinnes** bei.

CHRONIK

Stationen eines langen Arbeitskampfes

Nach einjährigem Kampf mit Demonstrationen, Hungerstreiks und Grubenbesetzungen haben die Bergleute im thüringischen Bischofferode die Stillegung ihres Kalibergwerks zu Silvester akzeptiert. Die Chronik der Ereignisse:

9. 12. 1992: Der Treuhand-Verwaltungsrat beschließt die Fusion der Mitteldeutschen Kali AG mit der Kali und Salz Kassel. Das Konzept sieht die Stillegung der Gruben Bischofferode und Merkers vor. Bischofferöder Kumpel protestieren.

14. 1. 1993: Der Thüringer Wirtschaftsminister Jürgen Bohn unterstützt den Kalifusionsvertrag. Allerdings müsse der Arbeitsplatzabbau in Bischofferode mindestens bis 1997 gestreckt werden.

6. 4.: Der Wirtschaftsausschuß des Thüringer Landtages beschließt, das Werk Bischofferode aus den Fusionsverhandlungen auszugliedern.

7. 4.: 500 Bergleute besetzen das Werk Bischofferode bei laufender Produktion. Der westfälische Investor Johannes Peine signalisiert Kaufinteresse für die Grube. Ungeachtet der Proteste von Bergleuten lehnt die Treuhand sein Konzept ab.

23. 4.: Der Treuhand-Verwaltungsrat beschließt den Fusionsvertrag.

1. 5.: 4 000 Menschen demonstrieren für den Erhalt des Schachtes.



Marsch der Kali-Kumpel am 15. 9. durch Berlin. Am 16. 9. protestierten sie vor der Treuhand. Foto: Olm

24. 6.: In einem Brief an Bundesfinanzminister Theo Waigel warnen die Bischöfe Joachim Wanke und Christoph Demke vor Massenarbeitslosigkeit im Eichsfeld.

1. 7.: Der Treuhandausschuß des Bundestages stimmt dem Fusionskonzept zu. Zwölf Kalikumpel treten in den Hungerstreik, 29 weitere schließen sich an.

6. 7.: Waigel genehmigt die Kalifusion und besiegelt das Aus für die Kaligrube.

10. 7.: 5 000 Menschen bekunden den Kalikumpeln Solidarität. Betriebsräte existenzgefährdeter Unternehmen Thüringens gründen ein Aktionsbündnis.

14. 7.: Der Landtag beschließt die zeitliche Streckung der Umstrukturierung um ein Jahr und die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft.

16. 8.: Die Bundesregierung verspricht befristete Ersatzarbeitsplätze bis 1995. Die Landesregierung sagt sogar Dauerarbeitsplätze für die etwa 700 Kalikumpel zu. Diese beharren auf dem Erhalt des Werks.

1. 9.: Die Kalikumpel beenden den Hungerstreik.

26. 11.: Der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Kali AG beschließt die Stillegung des Schachtes Bischofferode zum Jahresende. Bergleute demonstrieren.

14. 12.: Die EU-Kommission in Brüssel befürwortet die Kalifusion.

21. 12.: Die Fusion tritt in Kraft. Am nächsten Tag wird die letzte Förderschicht gefahren.

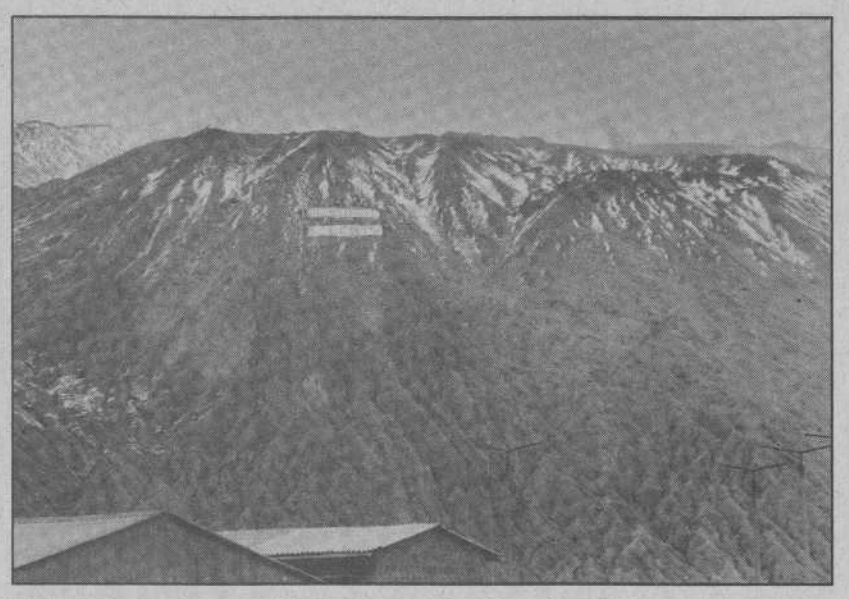
31. 12.: Der Betriebsrat akzeptiert die Stillegung. Dafür werden allen 700 Kumpeln neue Arbeitsplätze sowie finanzielle Abfindung angeboten. **AP**

Gossner Mission

Bischofferode im Dezember 1993

Am 8. Dezember haben wir Bischofferode besucht. Genau eine Woche vor der Entscheidung der Europäischen Kommission in Brüssel. Die hat inzwischen der Kali-Fusion zugestimmt, aber dem Kali-Werk in Bischofferode die Chance der Einzelprivatisierung offengelassen. Die Firma Peine würde das Werk sofort kaufen. Die Kalikumpel haben in einem Brief an die Landesregierung darum gebeten, das Werk, das nach wie vor bei Investitionen mit Gewinn arbeiten könnte, vorübergehend zu übernehmen. Doch die Karten stehen nicht gut. War der gewaltlose Kampf vergeblich?





Das schwarze Transparent am Eingang des nach Thomas Müntzer benannten Werkes kündet vom gewaltlosen Kampf der Menschen um ihren Arbeitsplatz. Rechts: Ein riesiger roter Berg, die Abraumhalde des Kaliwerkes Bischofferode, bestimmt das Bild am Eingang.

Heiligabend draußen vor dem Werktor

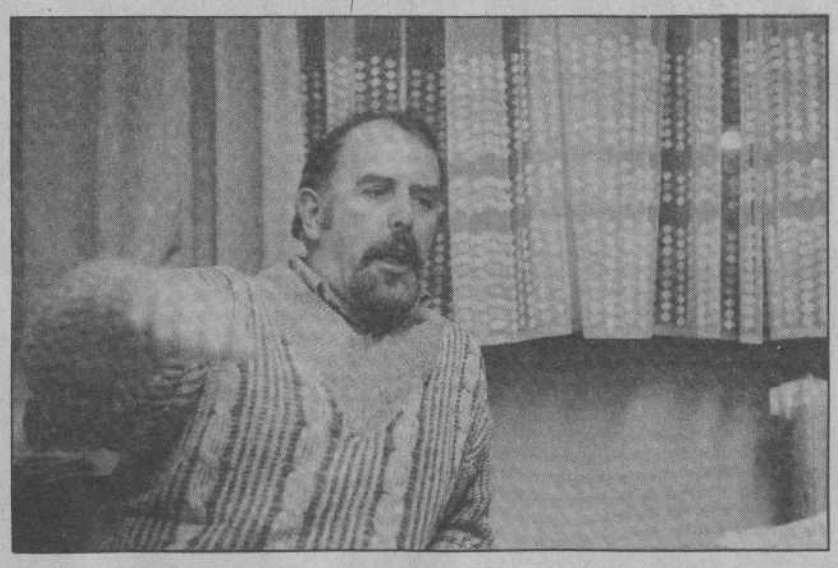
Der Kampf um das Kaliwerk Bischofferode bleibt ein Hoffnungssignal

In dem kleinen Warteraum am Eingang des Betriebes drängen sich die Besucher. Es ist naßkalt, die Farbe an den Wänden ist abgeblättert. Durch die hohen Fenster kann man nach draußen schauen. Ein riesiger roter Berg ragt auf der gegenüberliegenden Straßenseite in den verhangenen Himmel. Es ist eine Abraumhalde des Kaliwerkes Bischofferode. Über die Kopfsteinstraße führt eine Förderbrücke, im Rinnstein spiegeln sich schwarze Pfützen. An der Klinkermauer neben dem Eingang steht die Büste von Thomas Müntzer, daneben abgebrannte Kerzen von Mahnwachen. Ein schwarzes, von Wind und Wetter ramponiertes Transparent spannt sich über dem großen Tor mit den Bergmannsymbolen. „Dieses Werk ist besetzt", steht in roter Farbe darauf geschrieben.

Walter Kunze, Vorarbeiter über Tage und seit Jahren in Bischofferode, ist die Erschöpfung, aber auch Aufregung der letzten Monate abzuspüren. Sein Mann in der Lederjacke, der zur Kirchengemeinde im benachbarten Großbodungen gehört, ist auch die Besetzung des Werkes vom Geist der Gewaltlosigkeit bestimmt. Für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, heißt das auch: keinen Arbeitsausfall. Und so wechseln sich jeweils eine Handvoll Kumpel nach der Schicht ab, stehen nach harter Arbeit noch vier oder fünf Stunden im kalten Eingangsraum des Werkes, um so symbolisch die Besetzung durchzuhalten.

An diesem Nachmittag hat sich das keine Häuschen am Eingang schlagartig geleert. Eine Betriebsratsversammlung ist angesagt. Der Grund ist eine der üblichen „neuen" Nachrichten im Auf und Ab um Bischofferode, wo noch 685 Menschen beschäftigt sind. Zurück bleibt Manfred Schweda, einst Kalikumpel im benachbarten, schon geschlossenen Bleicherode. Jetzt hat er hier als Pförtner einen Job bei der Wach- und Schließgesellschaft bekommen. Bischofferode, so erinnert er sich, sei früher immer das „Aushängeschild" gewesen. Der etwa 40jährige Mann spricht leise. Auch sein Schicksal hängt an dem Werk. Eine Schließung hieße für den Familienvater von zwei Kindern, der 1300 Mark nach Hause bringt, das Aus. Manfred Schweda





Betriebsratsmitglied und Vorarbeiter Walter Kunze gehört zur Gemeinde von Pastorin Christine Haas (rechts). Unten: Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gerhard Jüttemann. Die Erlebnisse des letzten Jahres haben sie wie auch die anderen Menschen hier verändert.

Gesicht ist wie das vieler anderer hier von hektischen roten Flecken gezeichnet. Offen schaut er sein Gegenüber an. Walter Kunze gehörte schon zu DDR-Zeiten zu den stillen Aufrechten im Land, im Herbst 1989 war er voller Hoffnungen mit auf der Straße. Wie alles in Bischofferode, so erklärt der

schaut auf die gegenüberliegende Wand. Stechuhren sind dort angebracht. Ein Aushang des Betriebsarztes ist zu lesen: „Erkrankungen, die auf den Verschleiß der Wirbelsäule zurückgehen, können noch bis zum 31.12. gemeldet werden." Und daneben ein anderer Aushang: Bestellungen für den Jahreswechsel kann man auch noch im „Gasthof zum Deutschen Kaiser" aufgeben: Ein Fondü-Abend mit Silvesterparty, Griechische Spezialitäten, Country-Musik live. Die Tür geht auf, und ein Mann Mitte 50 betritt den Raum. Er ist Schlosser hier in Bischofferode seit 34 Jahren. Der Mann erzählt von seinen Hoffnungen. Wie es nun weitergeht, will ich wissen. „Das wißt ihr besser als ich", sagt er und wendet sich ab. Tränen laufen plötzlich über sein Gesicht. Mein Blick nach draußen fällt auf das Gebäude, in dem die Versammlung tagt. Die Uhr am roten Backsteingebäude hat einer schon im Sommer umgestellt. Sie zeigt jetzt fünf vor zwölf.

Genau am 9. Dezember vor einem Jahr hatte der Arbeitskampf der Kalikumpel begonnen. Die Treuhand gab die Fusion der „Mitteldeutschen Kali AG Sondershausen" mit der „Kali und Salz AG Kassel" bekannt. Die Schließung des Schachtes schien damit besiegelt. Doch schon am nächsten Tag erklärten die Arbeiter, daß sie diese Entscheidung nicht widerspruchslos hinnehmen wollten. 5000 Menschen, die sich am Heiligabend dann mit Kerzen vor dem Werkstor versammelten, waren der Anfang eines gewaltlosen Protestes, der landauf, landab seinesgleichen sucht.

Wie sehr sich die Menschen hier damit verändert haben, davon kann Pastorin Christine Haas ein Lied singen. Wir sind mit ihr vom nahegelegenen Großbodungen, wo ihr Pfarrhaus steht, über das hügelige Eichsfelder Land hierhergefahren. Im Juli und August, als „oben im Werk" der Hungerstreik war, ist sie täglich mehrmals diese Strecke gefahren. Die blonde, mädchenhaft wirkende Frau mit dem großen blau gemusterten Tuch um den Hals und den Jeans hat eine Hand am Steuer, mit der anderen kommt sie ins Erzählen. „Im Sommer", so erinnert sie sich, „haben wir hier manchmal gedacht, wir seien für kurze Zeit der Nabel der Welt." Stefan Heym veranstaltete Lesungen, Politiker gaben sich die Klinke in die Hand. Für Christine Haas ist klar, daß diese Zeit eine große Ausnahme war. Doch das Beisammensein der Menschen mit allen Sehnsüchten, Hoffnungen und Niederlagen, das halte bis heute an. Bischofferode, so sagt sie, sei für sie so etwas wie das Modell von Kirche: Jeder hat hier seinen Platz.

In Erinnerung vieler lebt heute noch der Hungerstreik. Der große Saal der ehemaligen Werkskantine steht jetzt leer. Auf Pappwänden unter den hohen Fenstern sind unzählige Grüße an die Kalikumpel angebracht. Ein großes Holzkreuz steht an einer Wand. Zu den Gottesdiensten, die hier im Sommer im Werk stattfanden, wurde es mitgenommen. Auch ein großes Pappschild ist zu sehen. „Wer gab den Auftrag?" steht in großen Buchstaben über Fotos, die vor dem Treuhandgebäude in Berlin gemacht wurden. Zu sehen ist da chronologisch nachvollziehbar eine Geschichte über einen unglaublichen Vorfall: Kalikumpel protestierten im Sommer vor dem Treuhandgebäude in Berlin. Ein Mann in einem karierten Hemd provozierte die friedlich demonstrierenden Menschen. Es gab ein Handgemenge, das Hemd des Mannes rutschte hoch, darunter sichtbar wurde der Schlagring eines Polizisten. Wer gab den Auftrag? In dieser Nacht wurden vier Kalikumpel verhaftet. Die Bischofferöder erklärten dazu, nicht eher nach Hause zu fahren, bis alle frei sind. „Nachts gegen zwei Uhr", so der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gerhard Jüttemann, „haben wir sie dann aus der Haftanstalt Moabit geholt."



„Bischofferode ist überall." Im Kaliwerk steht man füreinander ein.

Jüttemann empfängt uns in seinem kleinen Arbeitsraum. Metallbildchen aus DDR-Zeiten in Holzrahmen hängen an den Wänden. Sie zeigen Werke, die in der Umgebung mittlerweile geschlossen wurden: der „VEB Kalibetrieb Südharz", das Werk „Heinrich Rau" in Roßleben und andere. Die Tapete ist ramponiert. Seit Jahren wurde in Bischofferode nichts mehr investiert. Doch Gerhard Jüttemann ist optimistisch. Wie alle anderen hier will er nichts von der Schließung des Werkes hören. Bischofferode, so sagt er, kann noch 47 Jahre lang täglich 12 000 Tonnen bestes Kalisalz zutage fördern. Für Johannes Peine, einen Unternehmer aus Paderborn, der nach wie vor das Werk kaufen möchte, wäre das eine nicht schlechte Aussicht. In drei bis vier Jahren, so hat er errechnet, könnte der Betrieb wieder Gewinn machen. Eine „schreiende Ungerechtigkeit", so Jüttemann, der hier seit 20 Jahren arbeitet, sei die drohende Schließung des Werkes. Der Mann, der als katholischer Christ zu DDR-Zeiten „nichts mitgemacht" und sich auch an den Demonstrationen beteiligt hat, sieht Forderungen von damals heute längst nicht verwirklicht. Zum Beispiel die der Durchschaubarkeit politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Trotz mehrmaliger Bitten hatte der Betriebsrat von Bischofferode keine Möglichkeit, in die Unterlagen des Fusionsvertrages zu sehen. Gewährt wurden sie lediglich dem Bundestag-Treuhandausschuß. Ein SPD-Abgeordneter, der Einsicht hatte, hat die Kumpel informiert: Drei Stunden Zeit, so die Klage, hatte er für ein über 1000seitiges Werk. Und nicht ohne Bitterkeit, aber auch Stolz berichtet Jüttemann, daß laut Fusionsvertrag die Erträge für eine Tonne Kalisalz nicht bei 98 DM liegen – wie die Treuhandchefin Breuel behauptet –, sondern bei 160 DM.

Zum Abschied zeigt uns Jüttemann 17 Ordner. Sie sind voll mit Solidaritätsschreiben, 10 000 Unterschriften von Menschen aus aller Welt sind hier zusammengekommen. Von den Sympathiebekundungen, der Bischofferode entgegengebracht wurden, sind sie allerdings nur ein kleiner Ausschnitt. Draußen ist es dunkel geworden, es hat zu regnen begonnen. Wir laufen vorbei am Pförtnerhaus. Drinnen brennt ein kleiner Weihnachtsbaum. Kumpel, die das Werk „besetzt" halten, stehen da. Ob wir diesen Schacht je wiedersehen, wissen wir nicht.

Doch Bischofferode, das nehmen wir von diesem Tag mit, bleibt ein Hoffnungssignal. Auch zu diesem Weihnachtsfest.

Fotos: Rolf Zöllner
Text: Bettina Röder

Gossner Mission

Bischofferode: Letzte Runde eingeläutet

Betriebsrat des Kaliwerkes will gegen Stillegungsbeschluß weitere gerichtliche Schritte einleiten

Von unserem Redaktionsmitglied Peter Kirnich

Berlin.

Der Streit um das Kaliwerk Bischofferode hält an. Während der Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG (MdK) an der beschlossenen Stillegung festhält, kündigte der Betriebsrat gestern an, weitere gerichtliche Schritte dagegen einzuleiten.

Vor einer Woche hatte der MdK-Aufsichtsrat definitiv sein letztes Wort gesprochen: „Die Grube wird geschlossen", verkündete der Vorsitzende Ulrich Steger nach einer Sitzung an geheimgehaltenem Ort. Vorstandschef Friedhelm Teuch bestätigte gestern in Sondershausen: „Daran wird nicht gerüttelt."

Peine: Schwarze Zahlen in vier Jahren möglich

Begründet wird die Entscheidung mit anhaltenden Verlusten von jährlich über 20 Millionen Mark. Das Werk könne „auf sich allein gestellt eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit nicht erreichen", so Ulrich Steger. Die Treuhand hatte der Stillegung der Grube unter anderem deshalb zugestimmt, weil ansonsten die deutsche Kali-Fusion scheitern könnte. Das wiederum würde laut Treuhand den Verlust tausender Arbeitsplätze zur Folge haben.

Die Bischofferöder Kumpel wollen jedoch weiter um den Erhalt der Grube kämpfen. Das sagte gestern Betriebsratsvorsitzender Heiner Brodhun auf einer Pressekonferenz. Er kündigte an, eine weitere einstweilige Verfügung gegen die MdK zu erreichen. Nach Angaben des Rechtsanwaltes Horst Sparolin sei das Treffen des Aufsichtsrates in der vergangenen Woche mangels ordnungsgemäßer Einladung „keine beschlußfähige Sitzung" gewesen. Das Arbeitsgericht Eisenach hatte bereits vor einigen Tagen der MdK per einstweiliger Verfügung untersagt, das Werk ohne Interessenausgleich mit dem Betriebsrat stillzulegen. Dagegen legte der Vorstand Widerspruch ein. Es müsse geklärt werden, wie verbindlich das Aufsichtsratsvotum für den Vorstand sei. Der wirtschaftliche Berater des Betriebsrates Bischofferode, Peter Arnold, warf der MdK vor, betriebswirtschaftliche Angaben gefälscht zu haben, um die Schließung der Grube zu rechtfertigen. Die Verluste beliefen sich bei einer kosten- und erlösgerechten Betrachtung lediglich auf acht Millionen Mark. Ursache der Differenz seien völlig überzogene und nicht kostengerechte Holding- und Transportkostenmehrumlagen. Zudem würde dem Werk ein viel zu geringerer Erlös von der Holding zurückgezahlt. Während Bischofferode von der MdK pro Tonne Kali 95 Mark erstattet bekommt, würde die Tonne tatsächlich für rund 160 Mark am Markt verkauft.

Anzeige

D2 PRIVAT
Sektempfang für mobile Leute:
Tag der Offenen Tür
Samstag, 4.12.93 von 9-16 Uhr
im D2-Shop am Alex
im SANYO - Haus Alexanderplatz 6
mannesmann mobilfunk

Der niedersächsische Unternehmer Johannes Peine bekräftigte unterdessen sein Interesse an der Übernahme des Werkes. „Die Grube Bischofferode ist privatisierungs- und überlebensfähig", sagte Peine. In vier Jahren könne das Werk schwarze Zahlen schreiben. Peine will 550 Kollegen in der Grube und weitere im neu anzusiedelnden Stahlbehälterbau beschäftigen. Von der Treuhand fordert er eine „Mitgift" von 60 Millionen Mark „für bisher unterlassene Investitionen".

Im Gegensatz zur Treuhandanstalt, die das Übernahmekonzept Peines als nicht tragfähig ablehnte, hätte die Europäische Union (EU) das Konzept akzeptiert. Es sei aus Brüssel zu erwarten, so Peine, daß die EU zwar der Fusion zwischen der BASF-Tochter Kali und Salz AG und der MdK zustimmt, die Stillegung des Werkes Bischofferode daran aber nicht bindet.

Kein konkretes Angebot an Ersatzarbeitsplätzen

Betriebsratsmitglied Gerhard Jüttemann sagte, während die Treuhand für die Schließung der Grube 160 Millionen Mark bezahlen müsse, koste der Weiterbetrieb nur 60 Millionen Mark. Von den versprochenen 700 Ersatzarbeitsplätzen liege noch kein einziges konkretes Angebot vor. Im Kreis Worbis kämen auf 1 000 Einwohner lediglich fünf Industriearbeitsplätze.

Laut Jüttemann sollen mit der beabsichtigten Schließung der Grube handfeste Interessen der BASF durchgesetzt werden, die damit das Monopol für die Verarbeitung bestimmter Kali-Sorten erhalte. Die nordeuropäischen Länder, die zur Zeit nach einem eigenen Verfahren Kali aus Bischofferode weiterverarbeiten, müßten dann fertige Produkte von der BASF oder deren Verarbeitungstechnologie übernehmen.

Gossner Mission

Letzter Etat der Treuhand

38 Milliarden Defizit/Haushaltsausschuß berät über Budget der Breuel-Behörde

Bonn/Berlin. ddp/dpa

Der Haushaltsausschuß des Bundestages ist gestern nachmittag in Bonn zusammengekommen, um unter anderem über den Budgetentwurf der Treuhandanstalt für 1994 zu beraten.

Der von der Treuhand vorgelegte Jahresplan schließt mit einem Defizit von 38 Milliarden Mark und liegt damit in dem vom Treuhand-Kreditaufnahmegesetz vorgezeichneten Rahmen.

Finanzvorstand Heinrich Hornef bezeichnete es als Ziel, dem Bund beziehungsweise den Nachfolgeeinrichtungen der Treuhand ein bestelltes Haus und dem Erblastentilgungsfonds langfristig konsolidierte Schulden zu hinterlassen. Bis Ende 1994 wolle man keine kurzfristigen Schulden mehr haben. Dies sei zu erreichen, sofern der Treuhand im Wahljahr 1994 keine neuen Lasten aufgebürdet würden. Dem Steuerzahler wird die Treuhand Ende 1994 einen Schuldenberg von 275 Milliarden Mark hinterlassen. Bis dahin wird sie 216 Milliarden ausgegeben haben, ein Saldo aus 40 Milliarden Einnahmen und 256 Milliarden Mark Ausgaben.



Treuhand-Finanzvorstand Heinrich Hornef. Foto: Heinz

Im Budget 1994 sind Einnahmen von 11,1 Milliarden DM und Ausgaben von 50,7 Milliarden DM vorgesehen. Der erwartete Einnahmenzuwachs auf 11,1 Milliarden Mark resultiert überwiegend aus dem geplanten Verkauf der Stromwirtschaft sowie der Lausitzer Braunkohle AG. Daraus würden vier Milliarden DM erhofft, sagte Hornef. Dieser Betrag stelle jedoch nicht den gesamten Erlös dar, da Kaufpreise nicht auf einmal fällig würden.

Ein großer Teil der verfügbaren Mittel soll für verstärkte Sanierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Privatisierungen sowie zur Ablösung von Bürgschaften und Altkrediten bei Betrieben mit tragfähigen Unternehmenskonzepten eingesetzt werden. Dafür sind 30,5 Milliarden Mark eingeplant. Allein für die tief in roten Zahlen steckende Großchemie sollen 4,6 Milliarden Mark aufgewendet werden.

Stärker als 1993 beteiligt sich die Treuhand an der Finanzierung beschäftigungswirksamer Großprojekte zur Beseitigung ökologischer und bergrechtlicher Altlasten. Sie schließen den Abriß der Atomkraftwerke Rheinsberg und Greifswald ein. In der Braunkohle, Chemie und Metallindustrie würden so 50 000 Arbeitplätze im zweiten Arbeitsmarkt gesichert.

Trippelschritt

Von Peter Kirnich

Die Bundesbank trippelt weiter – Schritt für Schritt mit den Zinsen nach unten. Gestern waren die Wertpapier-Pensionsgeschäfte dran. Eine Sensation, witterten manche sogar. Ist es aber nicht. Und der Verbraucher hat auch nichts vom jüngsten Beschluß der Währungshüter.

Wertpapier-Pensionsgeschäfte sind Sache zwischen der Bundesbank und den Kreditinstituten. Für Bares hinterlegen die Geldinstitute in Frankfurt Wertpapiere. Der niedrigere Zinssatz erlaubt es ihnen, sich jetzt noch günstiger zu refinanzieren. Der Nachteil: Die Geldmenge kann steigen.

Anders bei einer Senkung der Leitzinsen, von vielen am 16. Dezember erwartet. Sie ist vor allem verbraucherfreundlich – wenn die Institute die niedrigeren Zinsen auch an die Kunden weiterreichen.

Otto Normalverbraucher wird sich mit steigender Kreditnachfrage bedanken. Und der Konjunktur tut's richtig gut.

DAX steigt auf historisches Hoch

Schallmauer von 2100 Punkten durchbrochen/Zentralbankrat lockert erneut Zins-Zügel

Anzeige

1A-Adresse zu mieten

Gossner Mission

Eing
11. 1994
Erledigt:

JAHRESTAG

Kalikumpel erinnern an Werksbesetzung

BISCHOFFERODE ■ Morgen jährt sich der Tag, an dem Bischofferöder Kalikumpel die Besetzung ihres Werkes aufnahmen. Dieses Tages, mit dem die Bischofferöder bundesweit Aufsehen erregt hatten, zu gedenken, wird sich Donnerstag nachmittag um 14 Uhr die Belegschaft des Silvester 1993 geschlossenen Schachtes vor dem Betriebsgelände treffen.

EICHSFELD AKTUELL

Man wolle aber nicht nur an den Tag der Werksbesetzung erinnern, sondern auch die aktuelle Situation der ehemaligen Kaliwerker beraten, heißt es in einer Pressemitteilung des Betriebsrates der GVV mbH Bergwerk Bischofferode.

Um der Forderung nach Einzelprivatisierung und Erhalt des Schachtes Nachdruck zu verleihen, hatte sich am 7. April 1993 die Frühschicht geweigert, zum Feierabend aus der Grube auszufahren. Daraufhin hatten sich die Übertagebeschäftigten mit ihnen solidarisiert, das Werksgelände besetzt.

Am 7. April war den Bergleuten mitgeteilt worden, daß laut Verwaltungsratsentscheidung der Treuhand die Werksschließung beschlossene Sache sei. Daraufhin entbrannte der Arbeitskampf der Bischofferöder zur langanhaltenden Auseinandersetzung zwischen den Interessen der Kumpel und denen des BASF-Konzerns. *(ebe)*

Abwanderung aus Thüringen hält an

ERFURT ■ Die Bevölkerungszahl in Thüringen ist weiter gesunken. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes vom Dienstag ist die Zahl der Einwohner im flächenmäßig kleinsten der neuen Länder von Mai 1992 bis April vergangenen Jahres um 15 000 auf knapp 2,54 Millionen zurückgegangen. Gestiegen sei dagegen die Zahl der Haushalte um 10 000 auf knapp 1,06 Millionen, habe eine Befragung ergeben. Die Haushaltsgröße ging zurück.

So sei der Anteil der Zwei-Personen-Haushalte um einen halben Prozentpunkt auf ein Drittel gestiegen. Haushalte mit vier und mehr Personen machen nur noch rund 20 Prozent aus. Die Ursache dafür liege vor allem im Rückgang der Geburten, heißt es in der Mitteilung.

Insgesamt 278 000 Thüringer lebten allein. Das waren 10 000 mehr als im Mai 1992. Das Landesamt kündigte für die nächsten Wochen eine Stichprobenerhebung an. *(dpa)*

Bergamt stoppt Einbringung von Blei-Abfällen

BAD SALZUNGEN ■ Das Thüringer Bergamt hat die Einbringung bleihaltiger Reststoffe aus einem Münchner Aluminiumwerk in den Kali-Schacht Unterbreizbach (Kreis Bad Salzungen) gestoppt. Ein Sprecher des Bergamtes bestätigte gestern auf Anfrage, daß der Bleigehalt der Reststoffe deutlich über den festgesetzten Grenzwerten gelegen habe und deshalb ein Verbot ausgesprochen worden sei. Unbestätigten Informationen zufolge lag der Bleigehalt des angelieferten Materials bei Proben Mitte März hundertmal höher als zulässig.

Im Kalischacht Unterbreizbach, der nach der Fusion von west- und ostdeutscher Kaliindustrie als einziger in Thüringen weiter Salz fördert, werden nach Angaben des Bergamtes seit dem Vorjahr mit sogenannten Reststoffen aus der Industrie Hohlräume verfüllt. Mit dem Einbringen der aus dem gesamten Bundesgebiet angelieferten Aschen und Schlakken soll nach Angaben der Behörde die geologische Sicherheit in der Region erhöht werden. *(dpa)*

Gossner Mission

Junge Kirche

Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen

Verlag Junge Kirche GmbH
Mathildenstraße 86
D-28203 Bremen
Postanschrift:
Postfach 10 07 07
D-28007 Bremen
Telefon 04 21/7 16 48
Telefax 04 21/7 19 38

Herrn
Harald Nosser /
Gossner Mission
per Fax 030/636/1198

UWE BIRNSTEIN
JOURNALIST
MOLTENBURGERSTR. 8
22765 HAMBURG
040 390 36 09

Lieber Herr Nosser,

vielen Dank für Ihren interessanten Beitrag über das Ende der Bischofsrede. Auch eine Absage eines Autors haben wir noch Platz - er wird also im Februarheft erscheinen. Lediglich zwei Absätze mußte ich aus Platzgründen streichen.

Herzliche Grüße

Uwe Birnstein

Gossner Mission

Harald Messlin, Gossner Mission

Erfahrungen aus Bischofferode

Auch den wohl letzten einer ganzen Reihe von Oekumenischen Gottesdiensten, die den Arbeitskampf der Bischofferoder Bergleute begleitet hatten, feierten wir am Nachmittag des 31.Dezember 1993 wieder in einer dramatischen Situation. Noch unmittelbar vor Beginn sah es so aus, als müßte der Gottesdienst im Freien stattfinden oder ausfallen, weil die Betriebsleitung am Vormittag ein generelles Verbot für das Betreten des Werkgeländes ausgesprochen hatte. Um 14 Uhr aber strömten mehrere hundert Kali-Kumpel mit ihren Angehörigen, eine große Zahl auswärtiger Gäste und Vertreter zahlreicher Medien ungehindert in die ehemalige Kantine des Werkes, deren Stühle längst nicht ausreichten. Pfarrer Michael Schwenn aus der Partnergemeinde Walldorf-Mörfelden bei Frankfurt/M., von Anfang an mit dem Arbeitskampf der Bischofferoder verbunden, hielt die Predigt, deren ermutigende Wirkung vielen Zuhörern abzuspüren war.

Nach dem Gottesdienst begann die entscheidende Belegschaftsversammlung, in deren Verlauf sich die Kali-Kumpel nach einer teilweise kontrovers und verbittert geführten Diskussion schließlich für die Annahme des Vertragsangebotes der Berliner Treuhandanstalt und damit für die Aufgabe ihres einjährigen Arbeitskampfes entschieden.

Dieser Vertrag, der den Bischofferodern die vom Bundeskanzler Kohl bereits im vorigen Sommer versprochene zweijährige Arbeitsplatzgarantie und - gemessen an anderen ostdeutschen Betrieben - relativ hohe Sozialabfindungen absichert, war von Bodo Ramelow, dem Sprecher des Thüringer Aktionsbündnisses im Auftrag des Betriebsrates ausgehandelt worden. Buchstäblich in letzter Minute und offensichtlich erst unter dem Druck der Treuhandanstalt hatten sich die Herren des Vorstandes der neugebildeten Kali und Salz GmbH Sondershausen bereitgefunden, den Vertragsvereinbarungen zuzustimmen, obwohl deren Kosten alle von der Treuhand übernommen werden. Offenbar reichte ihnen die Beendigung dieses Arbeitskampfes nicht, der ihnen so viel Ärger gemacht hatte - sie wollten die unbotmäßige Belegschaft des Bischofferoder Kalibetriebes zusätzlich bestraft und erniedrigt sehen. Als Bodo Ramelow, eigentlich Landesvorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Erfurt, der Belegschaft den umfangreichen Vertragstext erläuterte, redete er nicht darum herum: auch aus seiner Sicht bedeutet diese Vereinbarung das endgültige Aus für die Kali-Produktion in Bischofferode und damit eine klare Niederlage für die Kumpel. Er sagte: "Ihr habt ein Jahr lang wie David gegen Goliath gekämpft. In der Bibel hat David gesiegt, aber in der Realität sieht das anders aus. Diesen Kampf habt ihr verloren." Auch wenn Bodo Ramelow hier "ihr" sagte - allen in dem überfüllten Kantinenraum der ehemaligen Kali-Grube "Thomas Münzer" war klar, daß er an dieser Stelle sich und uns, die wir den Arbeitskampf der Bischofferoder unterstützt hatten, mit meinte.

Gossner Mission

"Bischofferode ist überall", das konnte man seit dem Frühsommer des vergangenen Jahres auf unzähligen Protestveranstaltungen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau an vielen Orten Ostdeutschlands, aber zunehmend auch in den westlichen Bundesländern, hören und auf Spruchbändern lesen. Was mit der Kali-Grube in Bischofferode geschehen ist, geschah und geschieht genauso oder ähnlich mit anderen Industriebetrieben unseres Landes: im Westen über längere Zeiträume gestreckt und einigermaßen sozial abgefedert, im Osten völlig unvorbereitet quasi im Zeitraffertempo mit um so schlimmeren Folgen für die betroffenen Menschen und Regionen. Das Beispiel Bischofferode ist in diesem Zusammenhang so wichtig geworden, weil es uns bestimmte Mechanismen und Abläufe deutlich vor Augen geführt hat, die wir auch anderswo vermuteten, die aber schwer zu erkennen oder gar zu beweisen waren. Denn die öffentliche Auseinandersetzung um den Kali-Fusionsvertrag und die Schliessung der Grube in Bischofferode hat mehr und mehr bestätigt, was uns Kali-Fachleute genauso wie die Bischofferoder Betriebsräte von Anfang an gesagt hatten. Hier ging es weder um die sinnvolle Stillegung eines "maroden" DDR-Betriebes, noch um ein schlechtes, auf dem Weltmarkt nicht absetzbares Produkt, und schon garnicht um einen aus Rentabilitätsgründen notwendigen Abbau von Arbeitskräften (den hatten die Bischofferoder längst hinter sich). Nein, die Schließung der Bischofferoder Kali-Grube diente als "Marktbereinigung" der Ausschaltung von Konkurrenz und damit den wohlverstandenen Interessen der BASF in Ludwigshafen. Die siebenhundert Arbeitsplätze des Kali-Schachtes "Thomas Münzer" mußten der vermeintlichen Sicherung des "Kali-Standortes-Deutschland" geopfert werden. Dem wurden alle anderen oekonomischen, sozialen und menschlichen Interessen untergeordnet. Deshalb hatten die Bischofferoder Kumpel neben der Mitteldeutschen Kali AG und der BASF-Tochter Kali und Salz AG Kassel die gesamte Bundesregierung, die Treuhandanstalt, die Thüringer Landesregierung und leider auch ihre eigene Industriegewerkschaft Bergbau und Energie sowie die Führung der SPD zu Gegnern. Gegen eine solche Übermacht zu verlieren, ist wahrhaftig keine Schande.

Dennoch hat diese Niederlage für die Bischofferoder Kumpel einen zusätzlich bitteren Beigeschmack. Vom Beginn ihres Kampfes an hatten sie eine überwältigende Solidarität erfahren. Unzählige Besucher kamen in das bis dahin völlig unbekannte kleine Eichsfelddorf, um sie zu ihrem Kampf zu beglückwünschen und gute Wünsche auszusprechen. Im Verlauf des Jahres 1993 erhielten sie zehntausende von Briefen und Solidaritätserklärungen. Die Vertreter ihres Betriebs- und Sprecherrates wurden als gefeierte Gäste und gefragte Referenten zu annähernd hundert Solidaritätsveranstaltungen in alle Bundesländer eingeladen. Das Solidaritätsspendenkonto des Betriebsrates erreichte zum Jahresende 1993 die Höhe von fast einer Million DM. In einer ganzen Reihe von Städten Ost- und Westdeutschlands hatten sich Bischofferode-Soli-Komitees gebildet, deren Mitglieder durch Hungerstreiks und andere Aktionen den Kampf der Eichsfelder Kali-Kumpel mit großem persönlichen Einsatz unterstützten. Alle diese und viele andere bewegende Zeichen der Solidarität, werden die Bischofferoder mit Sicherheit nicht vergessen.

Gossner Mission

Und doch war es nicht das, was sie eigentlich gebraucht hätten, um in ihrem Kampf erfolgreich zu sein. Drückte die Losung "Bischofferode ist überall" doch vor allem ihre Zuversicht aus, daß nun der Funke ihres Widerstandskampfes auf andere Betriebe überspringen und zumindest in den besonders vom radikalen Arbeitsplatzabbau betroffenen Regionen Ostdeutschlands einen Flächenbrand entzünden würde. Nur solcher Widerstand aus den Betrieben heraus hätte die Mächtigen wirklich beeindruckt und zum Einlenken bringen können. Aber bis auf das Aktionsbündnis "Thüringen brennt", in dem sich Betriebsräte, Gewerkschaften, Verbände und Kommunalpolitiker im Sommer 1993 zu beachtlichen Widerstandsaktionen gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau in Thüringen zusammenschlossen, geschah nichts dergleichen. Und selbst, als sich im September des vergangenen Jahres die Hungerstreikenden von Bischofferode zu ihrem spektakulären Marsch zur Treuhandanstalt nach Berlin auf den Weg machten, schloss sich ihnen kaum einer an.

Bischofferode ist eben nicht überall, das war eine der bitteren Lektionen, die die Bischofferoder zu lernen hatten.
Aber sie hatten ja bereits in ihrem eigenen Betrieb die nicht weniger bittere Erfahrung gemacht, daß da zwar alle empört auf "die da oben" schimpften und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze forderten, aber zu konkreten Arbeitskampfaktionen immer nur ein Teil der Belegschaft bereit war. Und auch die Männer und Frauen, die ein ganzes Jahr lang mit einem bis an die Grenzen der physischen Erschöpfung gehenden Einsatz, der oft genug auf Kosten ihrer Familien ging, für die Erhaltung ihres Betriebes gekämpft hatten, wurden schließlich müde und hoffnungslos. Umso mehr verdient es unsere Hochachtung, daß sie bis zum Schluß nicht einfach aufgaben und ihnen auch die Zustimmung zu dem ausgehandelten Vertragstext noch abgerungen werden mußte.

Natürlich melden sich jetzt Leute von außen zu Wort, die von einer "schmählichen Kapitulation" der Bischofferoder sprechen und genau wissen, was dort bestimmte Betriebsräte in welchen Situationen und überhaupt im Arbeitskampf falsch gemacht haben. Schliesslich hatten sie schon länger ihre Zweifel angemeldet, ob denn diese mehrheitlich konservativ-katholischen und dazu dickköpfigen Eichsfelder ihre Solidarität überhaupt verdienten. Obwohl ich auch weiß, daß es im Verlauf dieses langen Arbeitskampfes mehr als eine falsche Entscheidung in Bischofferode gab, auch Streit und sicher manches Versagen, kann ich die Meinung dieser Leute nicht teilen. Und zwar nicht so sehr deswegen, weil einige von ihnen vermutlich ohnehin vor allem ihr eigenes Süppchen am Feuer der Bischofferoder kochten (schließlich habe auch ich mich von diesem Feuer erwärmen lassen!). Nach meiner festen Überzeugung kann man schon deshalb nicht von einer schmählichen Kapitulation der Bischofferoder sprechen, weil sie zwar besiegt und entsprechend enttäuscht, wütend und voller Trauer, aber doch mit erhobenem Haupt aus diesem Kampf gegangen sind.
Wichtiger noch ist mir die Gewißheit, daß Bodo Ramelow letztlich nicht Recht hatte, als er davon sprach, David habe zwar in der Bibel über Goliath gesiegt, dies für die Realität aber nicht zuträfe. Ich bin am Neujahrstag mit meinen Freunden zwar auch

Gossner Mission

voller Zorn und traurig vom Eichsfeld weggefahren, aber nicht verzweifelt und resigniert.
Denn die Bischofferoder haben uns gezeigt, daß es sich lohnt, für eine gute und gerechte Sache zu kämpfen, auch wenn ein Sieg mehr als unwahrscheinlich ist. Und sie haben in ihrem Kampf, alle Irrtümer und alles Fehlverhalten eingeschlossen, eine menschliche Größe bewiesen, die ihre Gegner fast ausnahmslos vermissen ließen. Deswegen steckt in ihrer eindeutigen Niederlage doch auch ein moralischer Sieg, der nicht ohne reale Folgen bleiben wird. Dazu zählen für mich bereits die Erfahrungen aus diesem Arbeitskampf, der Gerechtigkeitssinn, das Gemeinschaftsgefühl und die fröhliche Menschlichkeit, die uns in Bischofferode begegnet sind - zu den Aktionstagen, im Sommer bei den Hungerstreikenden und gerade auch jetzt zum Jahreswechsel. Die Freunde, die ich in Bischofferode und unter den Unterstützern dieses Arbeitskampfes gefunden habe, werden für mein Leben wichtig bleiben.

Es war für mich eine gute Erfahrung, bei der Unterstützung dieses Arbeitskampfes die Evangelischen Kirchenleitungen in Magdeburg und Eisenach hinter mir zu wissen. So konnte ich ihre in öffentlichen Erklärungen und durch die Predigten ihrer Vertreter in Bischofferode bekundete Solidarität mit den Kali-Kumpeln bekräftigen. Als Mitarbeiter einer Missionsgesellschaft habe ich in Bischofferode - wo natürlich nicht nur Christen wohnen - erlebt, daß da, wo wir anfangen, das Alltagsleben und die Auseinandersetzungen der normalen Leute wirklich zu teilen, die Mitteilung des Evangeliums auch an Menschen wieder möglich wird, die seit langem in einem großen Abstand zur Kirche leben. Aus zahlreichen Gesprächen mit den Kali-Kumpeln und ihren Angehörigen, ganz gleich, ob sie zur katholischen, zur evangelischen oder garnicht zu einer Kirche gehörten, weiß ich, wie wichtig es für sie im Verlauf dieser zwölf Monate wurde, daß Pastorin Haas und Dechant Klapproth praktisch täglich bei ihnen auf der Grube gewesen sind. Und so konnten die Gottesdienste, die man bewußt auf dem Werkgelände und aus der bedrängenden Situation heraus selbstverständlich oekumenisch miteinander feierte, ganz schlicht und alles andere als "modern" oder gar medienwirksam sein. Ihre Wirkung beruhte darauf, daß hier glaubwürdig gepredigt und so verbindlicher Gottes-Dienst zu verbindlichem Menschen-Dienst wurde. Diese Erfahrung läßt mich für unsere Kirchen hoffen.

Januar 1994

Gossner Mission

Harald, wenn ich's nicht gleich forttelefoniere, wegen der Predigt zu gehen. Und lebhaft gesprochen und Dein "Erfahrungen"-Papier spielt da mit hinein. Frohe Grüße 20.1.94

Predigt NÖG, 23.1.94: Markus 11: Die Radikalität Jesu

Liebe Gemeinde, während der Vorbereitung auf diese Predigt kam mir ein Text in die Hand, in dem Harald Messlin rückblickend über seine Erfahrungen um Bischofferode berichtet. Er erzählt auch von der letzten Belegschaftsversammlung, am Nachmittag des 31. Dezember. Bodo Ramelow, von den Kumpeln zum Unterhändler für die Verhandlungen mit der Kali uns Salz AG Sondershausen bestellt, erläuterte den in letzter Minute ausgehandelten Vertrag, der die Bedingungen für die Einstellung des einjährigen Arbeitskampfes regelt. Am Ende sagte der Gewerkschaftsmann aus Erfurt: "Ihr habt ein Jahr lang wie David gegen Goliath gekämpft. In der Bibel hat David gesiegt, aber in der Realität sieht das anders aus. Diesen Kampf habt ihr verloren." Die drei Sätze gehen mir seither nicht aus dem Kopf.

Als Jesus sich in der Woche vor dem Passah in seinem letzten Lebensjahr Jerusalem näherte, lagen - wir haben es gelesen - bewegte Monate und Jahre der Wanderschaft hinter ihm: bejubelt und verachtet, festlich bewirtet und ohne Obdach, begehrt als Heiler und von Morddrohungen gehetzt.

Jetzt weicht er der Entscheidung nicht mehr aus. Herausfordernd öffentlich zieht er in die Hauptstadt ein. Mit betonter Genauigkeit erzählt Markus, daß er zwar keine königlichen Insignien wie Roß und Wagen in Anspruch nimmt, sondern einen ärmlich-friedlichen Esel, und daß keine eigens hergerichtete Prachtstraße seinen Weg säumt, sondern Hemden und Jacken einfacher Menschen und eilig abgerissenes Laub den roten Teppich der Krönungsprozession ersetzen. Dennoch ist die Proklamation zum Messias im Geschrei der Menge unüberhörbar, und der Anspruch auf das nationale Königtum in der Nachfolge des David-Reiches, mobilisiert die wogende Masse der Wallfahrer. Kein Zweifel, man erwartet einen neuen Goliathbezwinger.

Jerusalem beherbergte zu dieser Festzeit eine Menschenmenge, die nach 100-Tausenden zählte, Pilger, die nach tage- oder wochenlangem Fußmarsch unter beständigem Singen und Beten um das Kommen des Messias in freudig-angespannter Erregung die ewige Stadt erreichen. Jedes Jahr erneut rechneten sie mit dem Außergewöhnlichen. Messiasambitionen hatten es unter diesen Bedingungen leicht, einen nationalen Brand zu entfachen, und die Beseitigung potentieller Aufstandsführer gehörte zur präventiven Sicherungen der Festlichkeiten.

Die Ankunft Jesu im Tempel klingt in Markus Darstellung seltsam knapp: Er schaut sich ringsherum alles an - und das war es schon. Der heimliche Herrscher der Stadt verzichtet sogar auf den Segen, in ihren Mauern zu schlafen. Außerhalb sucht er Quartier.

Am nächsten Morgen wird es noch einmal dramatisch. Die Erzählung von der Vertreibung der Händler aus dem Tempel wird von Markus erklärend in den Rahmen der Feigenbaum-Episode gefügt. Der Zorn, der sich an den Geldwechslern und Taubenverkäufern entlädt, hat eine verurteilende Feststellung zum Hintergrund: Irgendwelche Frucht ist von der Institution Tempel nicht mehr zu erwarten. Alles verdorrt und unfruchtbar; ganz und gar zur Räuberhöhle geworden.

Das Stichwort "Räuberhöhle", bezogen auf den Tempel, sollte uns aufhorchen lassen: "Haltet ihr denn dies Haus, das nach meinem Namen genannt ist, für eine Räuberhöhle?" So hatte Jeremia zornig in seiner großen Tempelrede (Jer. 7,11) gefragt, die ihm den ersten Hochverratsprozeß einbrachte.Wir haben sie im Rahmen unserer vorausgegangenen Jeremia-Reihe gelesen. In der Predigt dazu (12.6.93) habe ich versucht, das Anliegen von Jeremia auf den Punkt zu bringen: "Eine Entwicklung, die Fremden, Witwen und Waisen keine Perspektive bietet, hat keine Perspektive...Das Kriterium für rechten Gottesdienst ... liegt außerhalb des Gottesdienstes, in dem was als gesellschaftliche Praxis geschieht."

Wie schon bei Jeremia richtet sich auch Jesu Zorn nicht gegen den Kult selbst und seine Form, also etwa dagegen, daß es vielleicht zu viele Händler gewesen wären, die die zum Gebet einladende Atmosphäre gestört hätten, oder daß die Geldwechsler einen auf zu hohen Gewinn bedachten Kurs genommen hätten. Das Eintauschen des säkularen Geldes in die spezielle Tempelwährung gehörte zum Kultbetrieb genauso wie der Verkauf von Opfertieren. Jesu Widerstand richtet sich vielmehr dagegen, daß der Kultbetrieb scheinbar unberührt bleibt von dem Unrecht, daß den Armen draußen im Lande geschieht. Eine kranke Gesellschaft darf nicht das Leiden durch einen scheinbar heilen Gottesdienst vergessen machen wollen. Das ist die radikale Kritik Jesu. Sie geht - im Bild vom Feigenbaum gesprochen - bis an die Wurzel.

Das bestätigt und verstärkt ein zweiter Prophetenbezug und zwar auf (Trito-)Jesaja: "Der Fremde, der sich dem Herrn zugewandt hat, soll nicht sagen: 'Der Herr wird mich getrennt halten von seinem Volk' Und der keine Kinder haben kann, soll nicht sagen: 'Siehe, ich bin ein dürrer Baum' ... Alle, die den Sabbat halten, daß sie ihn nicht entheiligen, und die an meinem Bund festhalten, die will ich zu meinem heiligen Berg bringen ..., *denn mein Haus wird ein Bethaus heißen für alle Völker." (Jes.56,3f)*

Gossner Mission

Ein "dürrer Baum" ist feststehende Metapher für den, der keine Nachkommen zu zeugen fähig ist, auch den Sterilisierten oder Eunuchen.Unfruchtburkeit oder Impotenz sind ursprünglich ein Grund für den Ausschluß aus der Gemeinde, denn nur über die Nachkommenschaft vermittelt sich die Zugehörigkeit zum Volk Gottes. Diese Ausgrenzung, ebenso wie die nationale Begrenzung des Gottesvolkes, können überwunden werden. Aber das Mißachten des auf soziale Gleichheit und den Schutz der Schwachen angelegten Bundesgesetzes führt zu einer anderen, viel schwerwiegenderen Art von Unfruchtbarkeit und sozialer Impotenz. Der gesellschaftliche Schaden ist Grund dafür, daß Jesus von diesem Tempel nichts mehr erwartet.

Das ist nun allerdings eine Radikalität, die die der auf politischen Umsturz bedachten Zeloten bei weitem übertrifft. Deren Ziel war es, den Tempel aus den Händen des korrupten, von den Römern gekauften Hohen Rates zu befreien und Jerusalem dann zum Zentrum eines Befreiungskampfes gegen die römischen Unterdrücker zu machen. Sie kommen aus der Schicht der Armen, sind jedoch vor allem nationale Revolutionäre. Sie haben die glorreiche Epoche der Davidzeit vor Augen, als Israel zum ersten und letzten Mal in der Geschichte politisch groß und stark war. Jesus stellt sich in eine Tradition, die klar und eindeutig die nationalen Grenzen übergreift und die Treue zum Bund Jahwaes, der Gerechtigkeit für alle will, an deren Stelle setzt.

Für die Feindschaft des Hohen Rates ist das eine unerhebliche Nuance. Für die zelotische Bewegung ist es eine grundlegende Unterscheidung. "Hoch das kommende Königreich unseres Vaters David", haben die Massen geschrien, als Jesus in die Tempelstadt einzog. Jesus hat sich nicht von ihnen und der David-Nachfolge distanziert und sich dennoch geweigert, die Rolle des Goliathbezwingers, zu übernehmen. Dem Hirtensohn, der es zum mächtigsten König in der Geschichte Israels brachte, folgte nicht ein Zimmermannssohn mit ähnlicher Karriere. Kein Wunder, daß die zelotisch orietierten Massen sich enttäuscht von ihm abwenden, sobald die Differenz sichtbar wird.

"Ihr habt ein Jahr lang wie David gegen Goliath gekämpft. In der Bibel hat David gesiegt, aber in der Realität sieht das anders aus. Diesen Kampf habt ihr verloren." So hat es Bodo Ramelow Silvester 93 gesagt. Ich kann es ihm nicht verübeln, daß er biblische Verheißung und gegenwärtige Wirklichkeit ernüchtert gegeneinanderstellt. Ich bin ich selbst enttäuscht und ernüchtert. Ich ärgere mich, daß Goliath den schwachen aber entschlossenen David wieder einmal besiegen konnte. Die Regel hat ihre Gültigkeit beweisen. Ich ärgere mich über die Inkonsequenz Jesu: Er kommt mit großem Aufwand in die Stadt - aber er schleicht sich abends wieder hinaus. Er ist militant aber er verweigert sich dem Befreiungskampf. Er demonstriert sein vernichtendes Urteil über den Kult aber liefert sich schließlich dessen Hütern aus. Nach Jesus müßte Bodo Ramelow eigentlich sagen: "Ihr habt ein Jahr lang wie David gegen Goliath gekämpft. In der Bibel hat Goliath den David-Nachfolger schon einmal besiegt. Ihr seid nicht die ersten, die den Kampf verloren haben."

Ich weiß, das klingt wenig ermutigend, zumal für die Freunde in und um Bischofferode. Gleichzeitig ahne ich mehr, als daß ich es als Argument ins Feld führen könnte, daß die Radikalität Jesu, die Radikalität der Niederlage Jesu, tiefer geht als die kämpferische Haltung der Zeloten. Einen Zelotenaufstand kann man zerschlagen, das Widerstandsnest Jerusalem schleifen und eine Rebellenarmee zur Massenhinrichtung führen. All das hatte sich bereits ereignet, als Markus sich anschickte, rückblickend sein Evangelium zu schreiben.

Jesu Art von Militanz führt nicht in den Sieg. Er sagt den Jüngern, daß sie nach seinem Tod nach Galiläa zurückgehen sollen. Dort werden sie ihn wieder treffen. Das heißt doch, dort wird die Praxis, die sie miteinander verband, fortgesetzt werden. In Galiläa, dem Grenzland zum Heidentum, nicht in Jerusalem, dem Zentrum der din sich kranken Macht.

Gestern auf der Abschlußkundgebung der Demonstration unter dem Motto "Sparen wir uns diese Regierung" am Rosa-Luxemburg-Platz wurden seitens des ASTA, des DGB, des Arbeitslosenverbandes usw. eine Menge sehr radikaler Dinge, sehr laut und sehr kampfesmutig gesagt. Als letzter Redner sprach ein Vertreter der Obdachlosen-Mahnwache an der Volksbühne. Und er zitierte ein anderes Wort von Jeremia: "Weh dem, der sein Haus mit Sünden baut und seine Räume mit Unrecht, der seinen Nächsten umsonst arbeiten läßt und gibt ihm seinen Lohn nicht ... Meinst du, du seiest König, weil du dir Zedernholz zum Bau leisten kannst? Hat dein Vater nicht auch gegessen und getrunken und hielt dennoch an Recht und Gerechtigkeit, und es ging ihm gut?"
Ich weiß nicht, ob ich es nur so hörte: Mir schien, aus dem Mund jenes Obdachlosen, gab dieses Jeremiawort Zeugnis von einer anderen Radikalität, weniger laut, weniger kraftmeierisch, aber doch tiefer und schärfer.

Bodo Ramelow hat recht: Goliath hat wieder gesiegt, wie schon an so vielen Stellen und so wie in Jesu Geschichte der Hohe Rat gesiegt hat. Das radikale Urteil über den Tempel war da allerdings von ihm schon gültig gesprochen. Galiläa, das Grenzland, ist der Ort, wo die Praxis des anderen David, des Jesus Messias, auch nach Goliaths Sieg fortgeführt werden soll. Ich glaube daß wir dort Leuten wie den Bischofferodern wiederbegegnen werden.

Gossner Mission

Heinz Ludwig
Olvenstedterstr. 28
Magdeburg.
39108

29.1.94

Frau
Pastorin Austel-Haas
Kirchstr. 14
Großbodungen
37345

Liebe Frau Pastorin Austel-Haas,

es ist noch nicht lange her, da saßen wir mit Ihnen und Herrn Jüttemann in der Arbeitsstelle für Kirchliche Dienste in Magdeburg zusammen. Sie berichteten beide von Bischofferode. Nach dem damaligen Stand gab es noch Hoffnung für den Erhalt der Arbeitsplätze. Um so betroffener war ich, als zu Sylvester das endgültige Aus für die Kaliproduktion in Bischofferode kam.
In unserem Friedensgebet im Dom vor dem Barlach-Mahnmal haben wir noch einmal an die Kumpel und ihre Familien gedacht. Dabei ist folgender Text entstanden, den ich Ihnen zuschicke als einen Gruß an den tapferen Betriebsrat und aller Mitstreiter. Wir möchten Ihnen allen einfach wissen lassen, wie sehr wir über den Ausgang des Arbeitskampfes empört sind und schrecklich enttäuscht, daß aller Einsatz offensichtlich umsonst war. Oder auch nicht? Vielleicht haben viele erkannt, wo die eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu suchen sind und wo für uns Christen trotz allem Hoffnung zu finden ist.
Ich nehme an, daß Sie weiterhin Kontakt nach Bischofferode haben und bitte Sie, allen Betroffenen zu übermitteln, daß wir an sie gedacht haben. Ihr Schicksal, wie das so vieler anderer kann uns nicht gleichgültig sein.

Liebe Grüße und gute Wünsche für mutmachende kleine Schritte auf der Suche nach Gerechtigkeit auch in Zukunft.

Ihr

Heinz Ludwig

Gossner Mission

Jan. 1994

Der **epd - Landesdienst Ost** erscheint zweimal wöchentlich. Sein Bezug beträgt (ohne Auswertungs- und Nachdrucksrechte) 20,00 DM monatlich, einzelne Ausgabe kostet 2,50 DM, bei Versand ins Ausland zuzüglich Portokosten.

Bestellungen bitte an

Evangelischer Presseverband Ost e.V.
Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Telefon 28 467 167, Telefax 28 467 168

Ev. Presseverband, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin
Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - 2A 11847 B
50 700204

Gossner Mission
Fennstraße 31

12439 Berlin

Bischofferode bleibt ein Trauerspiel

Kirchliche Stimmen nach Schließung der Nordthüringer Kaligrube

Von epd-Redakteurin Barbara Burghardt

Erfurt (epd). Aus ihrer Bitterkeit macht Christine Austel-Haas keinen Hehl. "Das Land, in dem wir leben, will keine Klarheit und Wahrheit", sagt die engagierte Pastorin, die die Kalikumpel von Bischofferode zusammen mit ihrem katholischen Kollegen ein gutes Jahr lang begleitet und unterstützt hat. Da müsse die Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben. Denn daß die Grube geschlossen wurde, sei schon bitter. Schlimmer aber noch seien die eigentlichen Gründe, die dazu geführt haben, fügt die 47jährige Theologin hinzu.

Mit dieser Ansicht steht Frau Austel-Haas nicht allein. Auch der Bischof der Thüringer Landeskirche, Roland Hoffmann, erklärt auf Nachfrage, daß Bischofferode für ihn ein Trauerspiel bleibe. Der Name der Kaligrube, die nach über einjährigem Arbeitskampf zum Ende des letzten Jahres geschlossen wurde, stehe für viele Betriebe im Lande. Die Schließung sei das Bitterste des vergangenen Jahres gewesen.

Was ihn daran so bedrücke, betont der Bischof, seien die Menschen, die sich auch auf Kosten ihrer Gesundheit engagiert und um ihre Existenz gekämpft haben. Da sei soviel Liebe zum Betrieb, soviel Engagement für ein ganzes Werk zum Ausdruck gekommen. Um so schmerzlicher sei, wie wenig dies erkannt und gewürdigt wurde.

Ost und West dürften sich nicht auseinanderdividieren lassen, erklärt der Bischof. "Wir sitzen alle in einem Boot!" Das haben erneut die Kugellagerwerke in Zella-Mehlis und Schweinfurt gezeigt. Kaum sei der Betrieb im Osten geschlossen worden, habe auch der westdeutsche Betrieb Konkurs angemeldet. Eine Lösung der vielen Probleme sei nur noch gemeinsam möglich. Darum sollten sich alle gesellschaftsrelevanten Kräfte in Ost und West an einen Tisch setzen, wiederholt Hoffmann den Appell seiner Landeskirche, die im Juli vor den wachsenden sozialen Spannungen gewarnt und eine Wende in der Wirtschaftspolitik gefordert hatte.

Für Propst Joachim Jaeger in Nordhausen bleibt der Arbeitskampf der Kalikumpel ein entscheidendes Datum in der DDR-Nachwendegeschichte. Das Aufbegehren der Bergleute gegen die Form der Abwicklung sei ganz wichtig gewesen. Zurück bleibe die Hoffnung, daß in den Chefetagen der Wirtschaft bei ähnlichen Abwicklungsvorgängen die warnende Erinnerung an Bischofferode aufleuchtet.

Die Kirchen dürfen in solchen Auseinandersetzungen nicht mehr Positionen eines neutralen Beobachters einnehmen, betont der Theologe, der die Eichsfelder Grubenarbeiter in ihrem Arbeitskampf begleitet und sich mit ihnen zusammen auch in Bonn für eine Weiterführung des Betriebes eingesetzt hatte. "Wir müssen uns die Sicht der Opfer zu eigen machen", fügt er hinzu. Wenn auch aus wirtschaftlichen Gründen Gruben geschlossen werden, müsse die Kirche, müßten die Christen auf der Seite derer sein, die nach Gerechtigkeit rufen.

Auch wenn die Kalikumpel ihr Ziel nicht erreicht hätten, die Kaliproduktion in Bischofferode zu erhalten, könne trotzdem nicht von einer Niederlage gesprochen werden. Denn zum einen hätten sie bessere Bedingungen für die Zeit nach der Schließung erkämpft, zum anderen hätten sie denen den Rücken gestärkt, die sich ebenfalls gegen Abwicklungen wehren und sich nicht mit vorschnellen Abfindungen zufrieden geben wollen. "Das schlimmste wäre, wenn Menschen, die von Anfang an die Schwächeren sind, nichts unternehmen und einfach resignieren."

Daran läßt auch der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gerhardt Jüttemann keinen Zweifel. "Wir können trotz alledem mit erhobenem Haupt hier herausgehen", erklärt er nach der Beendigung des Arbeitskampfes. Natürlich stimme es traurig, daß der einjährige Einsatz für eine gerechte Sache letztlich doch nur zu einem "dummen Kompromiß" geführt habe.

Noch bitterer mache jedoch, daß die Kumpel ihre Arbeitsplätze nun auch noch selbst demontieren müssen. Dennoch wolle die Belegschaft Bischofferode weiterleben lassen, indem die versprochenen Ersatzarbeitsplätze immer wieder eingefordert, aber auch die Erfahrungen des Arbeitskampfes weitergegeben werden.

Landesdienstredaktion: Hans-Jürgen Röder (Chefredakteur), Heiko Krebs (Stellvertreter), Hartmut Lorenz, Renate Oschlies, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467167, Telefax 030/28467168; **Büro Berlin:** Klaus M. Schmidt, Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467164, Telefax 030/28467168; **Büro Potsdam:** Iris Stoff, M.-Bartholdy-Straße 12, 14480 Potsdam, Telefon/Telefax 0331/613530; **Büro Schwerin:** Anne-Dorle Hoffgaard, Münzstraße 8, 19055 Schwerin, Telefon 0385/5185137, Telefax 0385/5185109; **Büro Greifswald:** Marianne Subklew, An den Wurthen 14, 17489 Greifswald, Telefon/Telefax 03834/899284; **Büro Dresden:** Ullrich Kunze, Kreuzstraße 7, 01067 Dresden, Telefon 0351/4961355, Telefax 0351/4961345; **Büro Magdeburg:** z.Zt. Stephan Schiller, Posthornweg 10, 06118 Halle, Telefon 0345/5501412, Telefax 0345/509814; **Büro Erfurt:** Barbara Burghardt, Kartäuserstraße 72, 99084 Erfurt, Telefon/Telefax 0361/5667816; **Herausgeber:** Evangelischer Presseverband Ost e.V., Ziegelstraße 30, 10117 Berlin, Telefon 030/28467162; **Geschäftsführer:** Christian Meißner; **Vertrieb:** verbum - Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, 10117 Berlin

Gossner Mission

Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat

Bischofferode, d. 31.12.1993

P r e s s e e r k l ä r u n g

In Bischofferode wird ab 1.Januar 1994 kein Kali mehr produziert! Eine Region wird wirtschaftlich sterben.
Gesiegt haben Konzerninteressen über wirtschaftliche und soziale Vernunft. Gegen Bundesregierung, Treuhandanstalt, BASF, die Leitung der IGBE, den eigenen Vorstand der MdK und die Landesregierung waren wir nicht stark genug. Aber wir haben gekämpft und viel Solidarität erfahren.

Dieser Kampf war nicht umsonst, denn wir haben nicht nur viel gelernt, sondern für die Kolleginnen und Kollegen haben wir mehr erreicht, als ihnen zugebilligt werden sollte, an Arbeitsplatzzusagen und Sozialabfindungen.
Und die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft wissen nun, so leicht lassen wir uns die Arbeit nicht nehmen, wir sind keine willfährige Masse. - Menschen, denen Unrecht geschieht, werden sich auch in Zukunft wehren!

Lernen müssen Politiker. An ihren Taten werden wir sie messen.

Heiner Brodhun
Betriebsratsvorsitzender

Gossner Mission

Aufruf an alle:

Setzt ein Zeichen: Bischofferode muß leben!

Der seit über einem Jahr dauernde Arbeitskampf der Bischofferöder Kalikumpel und ihrer Familien steht vor der Entscheidung: Die Herrschenden in diesem Land wollen die Grube demontieren lassen. 200 Kumpel sollen die Anlagen ab 3. Januar abbauen. Die Bischofferöder halten dagegen und sagen:

"Die Schließung unseres Werkes wird nicht stattfinden. Wir können, wollen und werden sie verhindern."

Die Kumpel und ihre Familien sind kampfbereit. Sie verteidigen ihr Werk.

JETZT ENTSCHEIDET SICH, ob Bischofferode weiter besteht.
JETZT ENTSCHEIDET SICH, ob der Kampf der Kalikumpel Erfolg hat.
JETZT ENTSCHEIDET SICH, ob die breite Solidarität mit diesem Kampf praktisch machen kann: BISCHOFFERODE IST ÜBERALL!

Wir, Mitglieder von Soli-Komitees aus Ost und West, die Weihnachten in Bischofferode sind, fordern Euch auf:

Laßt das Signal von Bischofferode an jedem Ort leuchten:

Setzt überall Zeichen: Führt Mahnwachen durch! Blockiert Straßenkreuzungen! Hängt Transparente auf! Stellt Kerzen auf! Laßt Euch viele Aktionen einfallen, damit es an jedem Ort in diesem Land heißt:

BISCHOFFERODE IST ÜBERALL - BISCHOFFERODE WIRD LEBEN!

Bischofferode, den 26. Dezember 1993

Hans Georg Schwedhelm (Duderstadt)
Udo Wippich (Jena)
Lothar Hentschel (Hettstedt)
Ralph Stück (Hoyerswerda)
Joachim Gärtner, Peter Gerstmann, Wilma Meier (Kassel)

V.i.S.d.P.: Wilma Meier, Simmershäuser Str. 42 A, 34125 Kassel

Gossner Mission

Bischofferode, 26.12.1993

An die Vertreter von
Presse, Funk und Fernsehen

Erklärung

Heute, am 26. Dezember 1993, wurde die Grube des Kaliwerkes in Bischofferode wieder besetzt. Um diese Aktion zu unterstützen, nehmen wir, die Kalikumpel und solidarische Kolleginnen und Kollegen, den im September ausgesetzten Hungerstreik wieder auf.

Damit wollen wir all unseren Forderungen Nachdruck verleihen. Zu ihnen gehört die schnellstmögliche Aufnahme von Verhandlungen mit der Landes- und Bundesregierung.

Weil mit der Schließung der Kaligrube die Existenzgrundlage von 689 Kumpeln, ihren Familien und der Region überhaupt genommen werden soll, sehen wir mit diesem Schritt die einzige Möglichkeit, uns gegen die Plattmacherpolitik von Bund, Land und Treuhandanstalt und gegen die Wirtschaftsinteressen der Konzerne zu wehren.

Unseren Kampf hier verstehen wir auch als Signal an alle von der Krisenpolitik der Bundesregierung betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Deshalb rufen wir sie auf, Solidarität mit uns zu üben und den Kampf um ihre Arbeitsplätze aufzunehmen.

Die Hungerstreikenden

Gossner Mission

VON +49 36077 99251 BR KALIWERK B'RODE 24.DEZ.93 21:50 S.001

Betriebsrat

Mitteldeutsche Kali AG, Werk Bischofferode · D-37345 Bischofferode, über Leinefelde

KALI AG
Kali
WERK BISCHOFFERODE

Presseerklärung

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unsere Zeichen 036077/99474
Tel. Durchwahl 470
Datum 24.12.1993
Tel./Fax: 251

Am 24. Dezember 1993 gegen 18.00 Uhr suchte der Betriebsratsvorsitzende, Heiner Brodhun, und Betriebsführer, Günter Henkel, die die Grube besetzenden Kumpel unter Tage auf, die zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 52 Stunden in der Grube zubringen.

Da die Bedingungen, die ihnen auferlegt wurden, als menschenunwürdig bezeichnet werden müssen, und durch die Betriebsleitung keine Erlaubnis zum Austausch gegeben wird, bat Kollege Brodhun die Kumpel, ihre Haltung zur Besetzung zu überdenken.

Auch nach dieser Aussprache waren die Kumpel nicht bereit, die Grube zu verlassen.

Im Auftrag der Kollegen überbrachte Heiner Brodhun vor laufender Kamara mit dem wörtlichen Zitat: "Wir sind Enttäuscht von diesem Staat, in dem das Kapital und die Monopole die Politik beherrschen" Grüße an alle, die mit ihnen solidarisch sind.

Abschließend wünschte Heiner Brodhun denen, die dieses zu verantworten haben, eine unruhige Weihnacht.

Wir brauchen jetzt Eure Hilfe vor Ort

- Helft uns Kollegen! ! ! -

Gossner Mission

OSTWIND 7 \ 18. Dezember 1993 50 Pfennige

OSTWIND

Informationsblatt gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

Am Scheideweg

Zur Situation in Bischofferode

Sie sind einen langen Weg gegangen, die Kali-Bergleute aus Bischofferode, seitdem sie vor einem Jahr den Kampf gegen die Schließung ihrer Grube begannen. Ihr trotziges Nein! zur Plattmachpolitik der Treuhandanstalt, ihr offener Appell an die Solidarität der Belegschaften anderer Betriebe, ihre selbstbewußte Haltung des Vertrauens auf die eigene Kraft („Um uns selber müssen wir uns selber kümmern"), ihre radikale Kritik am Versagen der Kohl-Regierung („Kohl nach Chile") , ihre konsequente Ablehnung der kümmerlichen Angebote von Ersatzarbeitsplätzen, die Werksbesetzung, die Aktionstage vor dem Werk, der spektakuläre Hungerstreik mit dem langen Marsch zur Treuhand nach Berlin, die Aktion im Reichstag, die vielen Solidaritätsveranstaltungen und manches mehr - all das zusammen hat die Kumpel bekannt und beliebt gemacht in Fabrikhallen und den Fluren der Arbeitsämter, nicht nur in Deutschland.

Bischofferode war zum Fanal des Widerstands gegen die Arbeitsplatzvernichtung geworden.

Der beschwörende Appell der Bergleute an den marktwirtschaftlichen Verstand von Managern und Politikern („Es kann doch nicht wahr sein, daß ein gesunder Betrieb den Monopolinteressen der BASF geopfert wird - Gebt uns eine Chance!") verhallte ungehört in den Fluren der Treuhandanstalt. Er ging an der Wirklichkeit vorbei. Der real existierende Kapitalismus in Deutschland und Europa ist seit langem monopolistisch. Die großen Banken und Konzerne entscheiden alle wichtigen Fragen der Neuordnung des europäischen Wirtschaftsraumes. Die Treuhandanstalt ist **ihr** Instrument. Staat, Politiker und Gewerkschaftsführer dürfen koordinierend mithelfen, die Entscheidungen umzusetzen. Sie sind nichts als hochbezahlte, d.h. bestochene, Handlanger des Finanzkapitals. Der Versuch der Bischofferöder, die Offenlegung des geheimen Fusionsplanes zu erreichen,



Endlich wehrte sich mal eine Belegschaft gegen die unerträgliche Arroganz dieser verfluchten Plattmacher!

offenbarte den betrügerischen Charakter dieser sogenannten Demokratie. Die Kapitalisten ließen sich wohlweislich nicht

WAS STEHT DRIN ?

THEMA	Seite
Aktuelles aus Bischofferode	1
Infoecke	1-4
Berichte aus den Betrieben	2-4
Das aktuelle Interview	5-6
Der Sozialfall	7
Arbeitskampf bei der Berliner S - Bahn	8
In eigener Sache	8

INFO-ECKE

Die **Jenaer Zeiss GmbH** plant, bis Oktober 1994 von derzeit noch 2800 Beschäftigten, 800 zu entlassen. 1991 hatte sich der Mehrheitsgesellschafter Carl Zeiss Oberkochen zur Übernahme von knapp 3000 Beschäftigten verpflichtet. Jetzt soll das wegen angeblich schlechter Wirtschaftslage bereits Schnee von gestern sein

—

Nach Angaben des **DGB Jena** sind in den vergangenen drei Jahren in **Ostthüringen** 63% der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe vernichtet worden. Der DGB Kreisvorsitzende Gottfried Christmann befürchtet einen weiteren Abbau von 8000 Arbeitsplätzen in der Region um Eisenberg, Jena, Stadtroda, Saalfeld, Rudolstadt und Pößneck. Die arbeitsmarktpolitische Entwicklung steuere auf eine Katasthrophe zu.

—

Im Rahmen der **Aktion „5 vor 12 - Thüringen brennt"** sind am 30. Nov. 93 über 1000 GewerkschafterInnen und Belegschaftsmitglieder auf die Straße gegangen. Seit 16 Wochen mobilisiert das Aktionsbündnis bedrohter Betriebe jeden Dienstag zu Aktionen

Gossner Mission

in ihre milliardenschweren Geschäftsgeheimnisse schauen. Extra für die Kali-Kumpel wurde ein parlamentarisches Kasperlespiel namens „Einsichtnahme" aufgeführt. Betrug sind auch die angeblichen 20 Millionen DM Verluste der Grube, wie der Kali-Experte Peter Arnold vor kurzem nachwies. Mit überhöhten Frachtrechnungen und einem zu niedrig angesetzten Werksverrechnungspreis läßt sich locker ein 20 Millionen DM Loch konstruieren. Alle betriebswirtschaftlichen Argumente für die Grube nutzten nichts. Schucht und Breuel (Jahresgehalt über 700000,- DM) setzen den Willen der BASF durch: „Bischofferode wird geschlossen". Aus. Basta. Keine Widerrede. Argumente zählen überhaupt nicht. Und die IGBE steht im BASF Lager.

Jetzt hat auch die Brüsseler EG-Kommission dem Fusionsplan mit Auflagen zugestimmt. Das Geld von BASF reicht weit, sogar bis in die Taschen von EG - Beamten und das Kapital ist bekanntlich eine internationale Klasse. Aus der Traum ! Keine Rettung aus Brüssel.

Vorhang auf, für den Auftritt der Treuhand, die prompt die Schließung bekräftigte. Was nun, Kumpel?

Die Eichsfelder stehen am Scheideweg. Entweder kämpfen sie weiter für den Erhalt der Grube und ihrer Arbeitsplätze, dann müßten sie eine Schippe drauflegen: die Grube wieder richtig besetzen, die tatsächliche Kontrolle über alle technischen und wirtschaftlichen Abläufe in die eigenen Hände nehmen, das Auslaufen der Produktion vor Weihnachten verhindern und die Produktionsfähigkeit für eine absehbare Zeit sicherstellen.

Dieser Weg läßt sich mit der bisherigen Kampftaktik („Es muß rechtlich alles in Ordnung sein") nicht mehr vereinbaren. Das ist völlig klar. Man darf die Gesetze dieses Staates nicht immer einhalten, wenn man gewinnen will.

Und der andere Weg? Grube Ade, ab in die Kurzarbeit der GVV. Und wie glaubhaft die Versprechen der Politiker sind, wissen wir mittlerweile.

Die Kumpel sagten einmal, wir nehmen keinem die ABM - Stelle weg - wir haben eine rentable Grube und für deren Erhalt wollen wir kämpfen !

Die Kali-Kumpel und ihre Familien sind einen langen Weg gegangen. Die Stärke und Geldgierigkeit ihrer menschenverachtenden Gegner zwingt ihnen eine schwere Entscheidung auf. Gerade jetzt brauchen sie die praktische Solidarität aller mitdenkenden und mitfühlenden KollegInnen.

Bischofferode muß leben ! mac

Osram-Wedding - Arbeitsplätze in Gefahr !

Die Geschäftsführung von Osram Berlin will in den nächsten Monaten über die Hälfte der 433 Arbeitsplätze im Werk Wedding abbauen und bis 1996 den Standort ganz schließen. Auch im Werk Osram Spandau (2000 Beschäftigte) stehen Entlassungen an. Die genauen Abwicklungspläne sind bisher nicht bekanntgegeben worden. Die Geschäftsführung weigert sich jedoch, für das Werk Spandau eine Standortgarantie abzugeben. Die 100% Siemens-Tochter Osram hat vor einiger Zeit den amerikanischen Lampenhersteller Sylvania gekauft und ist dabei, ihre Produktionskapazitäten weltweit neu



Nach all den Jahren... einfach entlassen.

Info - ecke

des zivilen Ungehorsams.
Kollegen, beteiligt Euch!

—

Im Kreisgebiet **Ilmenau (Südthüringen)** suchen 12000 Menschen Arbeit. **59 %** der Erwerbsfähigen sind ohne Arbeit, 2/3 von ihnen sind Frauen. In einem Flugblatt der Initiative „Pro Region Ilmenau" wird berichtet :"Ilmenau hat die höchste Arbeitslosenzahl und die wenigsten offenen Stellen in Südthüringen." Die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt rapide an. Am 30. Nov. 93 protestierten mehrere Hundert Menschen vor dem Ilmenauer Rathaus gegen diesen wirtschaftlichen Niedergang.

—

Über hundert Beschäftigte des **Erfurter Rechenzentrums** protestierten am 23. Nov. 93 gegen die geplante Entlassung von 60 ihrer Kollegen. Sie forderten die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in anderen Bereichen. Keiner darf entlassen werden. Das ist Solidarität!

—

Gossner Mission

Soziales

Korespondenz

Der Sozialfall

Hunderttausende im Osten leben inzwischen von Sozialhilfe, Tendenz stark steigend. Ich beziehe seit drei Monaten als Alleinerziehende Sozialhilfeausgleich und beute damit die Solidargemeinschaft aus(lt. Kohl Jan. \ 93)

Einige Eindrücke:

* Mit dem Sozialhilfesatz ist die Versorgung für meine Tochter und mich nicht gesichert. Er ist ein fach zu gering.
* Die "Regelsätze" im Osten sind niedriger als drüben, obwohl hier die Preise für Lebensmittel, Klamotten etc. gleich und z.T. sogar höher sind.
* Es gibt keine Sozialhilfeberatungsstellen in meinem Stadtbezirk, die Sachbearbeiter auf dem Sozialamt sind völlig überfordert.
* "Einmalige Leistungen" an Sozialhilfeempfänger werden willkürlich je nach Finanzlage der Bezirksämter ausgeschüttet.
* Auf dem Sozialamt als Bittsteller und von Politikern beschimpft fühle ich mich wie der letzte Dreck



DAMIT DAS NICHT SO BLEIBT!

Was tun ?

1. Beratung in Anspruch nehmen (dazu sind die Ämter verpflichtet : §13 Sozialgesetzbuch SGB I)
2. sich außerdem bei Betroffenen informieren.
3. Empfehlenswert zu lesen: **"LEIDFADEN der Sozialhile"**. Hier sind viele konkrete Hinweise zu finden !!! (**Bezug**: Vorauszahlung von 2,- DM auf Postgirokonto Nr. 321570-609, Postgiroamt Frankfurt/Main, Rainer Roth. Adresse nicht vergessen!)
4. Beim Antrag auf Sozialhilfe keine allgemeine Aus kunftsermächtigung über den Kontostand geben ! Niemand ist dazu verpflichtet (§ 20 SGB und , § 25 Abs. 2 Nr. 1 **Bundessozialhifegesetz BSHG).**
5. Zusammensetzung der erhaltenen Leistung überprüfen (Gesetzestexte zeigen lassen etc.)
6. Einmalige Leistungen wie Kleidergeld, Finanzierung von Hausrat, Spielzeug für Kinder usw. beantragen !! (siehe auch Leidfaden Sozialhilfe S 52) + die Ablehnung muß begründet werden, Widerspruch ist möglich + immer wieder beantragen
7. Laufende Leistungen für die Unterkunft müssen in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen gewährt werden (§ 22 BSHG)
8. Immer mehr Leute werden zur "gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeit" für einen Hungerlohn von 2 - 3 Mark in der Stunde verpflichtet. Dies lohnt sich jedoch nur für die Kommune, die Lohnkosten spart. Daher: Zumutbarkeit prüfen (§ 18 Abs. 3 BSHG)!
9. Für Sozialhilfe-Empfänger gibt es kostenlose Rechtsberatung. Anträge beim Amtsgericht.

Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen.Meine Erfahrung:**Keine falsche Bescheidenheit !**
Doch als Einzelkämpfer erreicht man mit viel Aufwand wenig.

Die Sozialhilfeempfänger müssen sich zusammenschließen und für ihre Interessen selbst eintreten!
Wir brauchen höhere Regelsätze, breite Aufklärung über den Sozialhilfe-Anspruch in den Medien, gleiche Rechte und Leistungen in Ost und West, Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe, und und und.
Diese Forderungen lassen sich nur gemeinsam durchsetzen, wenn viele Leute zusammenarbeiten.
Kommt am 11. Februar 1994 in die Rosa - Luxemburgstr. 19, Berlin (Ost)
in die Räume des NEUEN FORUM.
Kontakt über die AG Arbeit und Soziales,
Tel: 28 06 481

Gossner Mission

Erfolgreicher Arbeitskampf bei der Berliner S-Bahn

Am 26. Oktober legten S-BahnerInnen für zwei Stunden den Verkehr der Linien S1 und S2 still. Die Kolleginnen und Kollegen kämpften mit Erfolg um ihre Arbeitsplätze, für den Erhalt ihrer sozialen Besitzstände und die Sicherung ihres Tarifvertrages.
"Die Aktion war überfällig. Die Stimmung war da. Die Kollegen waren bereit", beschreibt der Personalrat Andreas Tannhäuser von der unabhängigen Liste S-Bahn in der BVG(Berliner Verkehrsgesellschaft) die Stimmung.
Seit 1984 betrieben zuletzt 1773 Kolleginnen und Kollegen die S-Bahnlinien in Westberlin für die BVG. Die Deutsche Reichsbahn hatte damals Westberliner S-Bahn-Betriebsteile dem Senat überlassen. Der Einigunsvertrag regelte, daß ab dem 1.1.1994 diese Betriebsteile wieder an den Betreiber (die Deutsche Bahnen AG) zurückfallen.
Das Bundesverkehrsministerium weigerte sich jedoch, mit den Betriebsteilen auch das Personal zu übernehmen - und schon gar nicht zu den Konditionen, die die Kolleginnen und Kollegen bei der BVG erhalten hatten. Die Verhandlungen zwischen dem Bund und dem Senat waren festgefahren und die Kollegen waren empört, wußten nicht, wo arbeite ich, wer zahlt meinen Lohn.
Mit ihrem Arbeitskampf machten die Kolleginnen und Kollegen Druck für einen Dienstleistungsüberlassungsvertrag DÜV, der ganz entschieden von der unabhängigen Liste S-Bahn im BVG-Personalrat eingefordert wurde. Die BVG/S-BahnerInnen haben sich durchgesetzt. Der DÜV regelt, daß 1120 (die tatsächlich im Bereich S-Bahn arbeiten, die anderen 600 wurden nur über die S-Bahn abgerechnet, arbeiteten tatsächlich aber in anderen BVG-Bereichen) BVG/S-BahnerInnen bei der BVG bleiben und dem Rechtsnachfolger der Deutschen Reichsbahn, der Deutsche Bahnen Ag, zur Verfügung gestellt werden.
Die Fahrgäste zeigten viel Verständnis für den zweistündigen Warnstreik.
Sechs Jahre bleiben die BVG/S-BahnerInnen noch bei der BVG; in diesen sechs Jahren muß der Kampf für die Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West bei der Deutsche Bahnen AG geführt werden, um den Übergang der dann noch verbliebenen S-BahnerInnen zu ermöglichen.
Wenn später der S-Bahn-Verkehr von der Deutsche Bahnen AG geführt wird, muß sichergestellt werden, so Andreas Tannhäuser, "daß der Kollege, der aus Grünau oder aus Nauen kommt, genau das gleiche Einkommen hat, wie der, der aus Tegel oder Tempelhof kommt. Das ist das Ziel."
Grundlage für den Erfolg der Aktion war die Geschlossenheit der BVG/S-BahnerInnen, die sicher mit der Geschichte dieser Berufsgruppe zusammenhing. Aber diese Geschlossenheit wurde immer wieder organisiert, erneuert und von gewerkschaftlich aktiven Kolleginnen und Kollegen gefestigt. Sie gründeten aus Protest gegen die betriebliche Politik der ÖTV, welche S-BahnerInnen praktisch nicht gewerkschaftlich vertreten hat, eine eigene Personalratsliste und nahmen der ÖTV unter den S-BahnerInnen alle Personalräte ab.
Die ÖTV hatte im Hinblick auf den 1.1.1994 die BVG/S-BahnerInnen aufgefordert, sich rechtzeitig von der S-Bahn weg in andere Bereiche der BVG zu bewerben und die entsprechenden Vordrucke gleich mitverteilt. Die Ötv-Funktionäre der BVG sahen im Zusammenhang mit der S-Bahn nur ein soziales Problem, nämlich die Umsetzung derjenigen KollegInnen, die nicht zur Deutsche Bahnen AG wollten. Als sich die Kolleginnen und Kollegen jedoch entschlossen zeigten, ihren S-Bahn-Arbeitsplatz zu verteidigen, mußten sie ihren Kampf im Grunde ohne die ÖTV organisieren (bis auf die Vertretung von Musterklagen vor dem Verwaltungsgericht). Erst als der Arbeitskampf in der Luft lag, der Erfolg greifbar war, reagierte die ÖTV. Sie erklärte schlicht, daß das Zustandekommen des DÜV schließlich ihrem Eintreten zu verdanken sei.
Die Kolleginnen und Kollegen der Liste S-Bahn bewerteten das in einem Flugblatt: "Mit Empörung und in aller Schärfe weisen wir jedoch das Flugblatt der ÖTV Berlin - Abteilung Nahverkehr,, "Durchbruch erzielt!" vom 6.11.93 zurück. Die ÖTV unternimmt hier den Versuch, ohne selbst aktiv tätig geworden zu sein, den S-BahnerInnen vorzugaukeln, sie allein hätten den Durchbruch erzielt. In den vergangenen 10 Jahren konnten wir nicht feststellen, das sich diese Gewerkschaft ernsthaft für die Belange der Berliner S-BahnerInnen eingesetzt hat. Dies war besonders in den letzten zwei Jahren spürbar. Jeder Kollege und jede Kollegin, welche sich an der spontanen Arbeitsniederlegung am 26.Oktober beteilgt hat, weiß sehr wohl wie die Funktionäre der ÖTV mit dem Begriff Arbeitnehmersolidarität umgegangen sind.



Nichts kommt der Ewigkeit näher als jener Moment, wo beinahe ein Groschen fällt, dann aber doch alles beim Alten bleibt.

In eigener Sache

Treuhand, Kapital und Regierung drängen immer mehr von uns ins soziale Abseits. Ohne eine Solidarisierung und vor allem gesamtdeutsche Organisierung über unsere Betriebs - und Initiativgrenzen hinaus, können wir dagegen wenig ausrichten.
Auf der Aktionskonferenz am 30. Oktober 93 in Bischofferode, ist festgestellt worden, daß es nicht reicht, in einem Betrieb und einer Region allein gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau zu kämpfen. Wir brauchen eine informelle Struktur und gemeinsame Kämpfe. Die Ostwindredaktion will zu einer Vernetzung der sozialen Kämpfe durch Informationen aus Betrieben, Einrichtungen und Initiativen beitragen.
Wir sind daher auf eure schriftlichen und mündlichen Informationen angewiesen. Schreibt Korrespondenzen(Disketten im DOSformat), schickt uns Betriebsratsinfos, Flugis und Bildmaterial an die Redaktionsadresse. Beteiligt euch am Vertrieb ! Aus dem Verkauf werden wir die Kosten nicht hereinbekommen. **Spendet für den Ostwind !**
Wir bedanken uns an dieser Stelle für eine großzügige Ostwindspende der Kalikumpel aus Bischofferode .

ViSd.P OSTWIND, verantwortlicher Redakteur Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin
TEL\ FAX 030\2755600

Redaktionskonto : Köpenicker Bank; BLZ 101 902 00; Filiale Berlin Mitte; Ktnr. 142 52 50

Nächster Redaktionsschluß : 20. Januar 1994

Gossner Mission

Schließungsbeschluß? Nein danke.

Am Freitag,
dem 26. November,
tagt der Aufsichtsrat der
Mitteldeutschen Kali AG (MdK).
Um 9.30 Uhr.
Im Sheraton-Hotel am
(Flughafenterminal Mitte)
Flughafen in Frankfurt
am Main.

In dieser Sitzung soll die Schließung des Kaliwerkes Bischofferode beschlossen werden. Der Vorstand hat die Schließungsabsicht längst öffentlich bekanntgegeben. Ein neuer Beschluß scheint den Herren nötig, um in der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran zu lassen, daß ab dem 1. Januar 1994 in Bischofferode kein Kali mehr produziert wird.
Damit soll den nach wie vor interessierten Abnehmern signalisiert werden, daß sie sich andere Lieferanten suchen müssen. So soll unserem Werk Absatz und Lebensfähigkeit geraubt werden.

Mit einer Demonstration vor dem Sheraton-Hotel stellen wir klar:

Die Schließung unseres Werks wäre

- die Schließung von Bischofferode.
- menschenverachtend, denn sie bedeutet die Vernichtung von 700 Arbeitsplätzen im letzten großen Betrieb im Eichsfeld, bedeutet die weitere Verbreitung von Arbeits- und Hoffnungslosigkeit.
- volkswirtschaftlicher Unsinn, denn das Werk kann mit nur einem Teil der Finanzhilfen, die die BASF von der Treuhand für Fusion und Schließung bekommen soll, die Finanzierung von weiteren 700 Arbeitslosen überflüssig machen.
- betriebswirtschaftlicher Unsinn, denn das Werk arbeitet mit moderner Technologie und hoher Auslastung und kann in Zukunft schwarze Zahlen liefern. Konzepte dafür liegen vor, und auch ein Interessent für die Privatisierung ist bei der Treuhand vorstellig. Ein hoher K_2O-Gehalt bedeutet die hohe Qualität des Kali aus Bischofferode, von dem Vorräte für weitere 47 Jahre vorhanden sind. Abnehmer ist ein zahlungsfähiger Kundenstamm in Nord- und Westeuropa.

Wir halten dagegen.

Die Schließung unseres Werks wird nicht stattfinden. Wir können, wollen und werden sie verhindern.

Das werden wir am 26. November in Frankfurt demonstrieren und klarmachen, daß der Aufsichtsrat sich in Hotelzimmern und Konferenzräumen einschließen lassen kann, aber unser Werk nicht dicht bekommt.
Dazu bitten wir Euch um Solidarität.
Wir sind uns bewußt, daß wir nur ein Symbol vieler Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsstillegungen sind. Dies aber muß in unser aller Interesse ein Symbol erfolgreicher Gegenwehr und nicht das einer Niederlage werden.

Wir brauchen jetzt Eure Unterstützung! Organisiert Fahrgemeinschaften und bittet dazu beim örtlichen DGB um Hilfe! Beteiligt Euch zu unserer Aktion am Tagungsort des Aufsichtsrates!

Bischofferode lebt!

V.i.S.d.P.R.: Jörg Zimmermann, Lämmerspieler Straße 62, 63165 Mühlheim

Druck: Eigendruck

UON +49 36077 99251 BR KAL IWERK B'RODE 19.NOV.93 14:13 S.001

+49 36077 99251

Gossner Mission

Betriebsrat Bischofferode sollte bei Sitzung in Sondershausen ohne juristische Unterstützung bleiben

Eklat bei Gesamtbetriebsrat MdK

Obwohl vom Vorstand eingeladen zog der Betriebsrat des Kaliwerks Bischofferode am Donnerstag, dem 18. November 1993, aus einer Sitzung des Gesamtbetriebsrates wieder aus. Als Grund teilten die Bischofferöder in einer Pressemitteilung im Anschluß an die Sitzung mit, daß der MdK-Vorstand die Beteiligung ihres Rechtsanwalts Horst Sparolin (Witzenhausen) nicht zugelassen habe.

Am Donnerstag, dem 18. November, fand in Sondershausen eine Sitzung des Gesamtbetriebsrates der Mitteldeutschen Kali AG statt. Während an solchen Beratungen aus jedem Betriebs des Unternehmens nach dem Gesetz jeweils zwei Delegierte teilnehmen und die Sitzungsteilnehmer vom GBR-Vorsitzenden eingeladen werden, sei zu dieser Sitzung entgegen allen Gepflogenheiten der gesamte Betriebsrat des Kaliwerkes Bischofferode durch den MdK-Vorstand geladen worden. Um "nicht unvorbereitet durch den Vorstand über den Tisch gezogen" zu werden, habe der Bischofferöder Betriebsrat von seinem betriebsverfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen wollen, einen Rechtsbeistand hinzuzuziehen. Dies habe der MdK-Vorstand jedoch nicht zulassen wollen so daß Vorstandsmitglied Backhaus gedroht habe, dem Gesamtbetriebsrat keine Auskünfte zu erteilen.

Dieses Vorgehen stellt nach Auffassung der Bischofferöder eine gesetzwidrige Erpressung dar, der er sich nicht habe beugen wollen. Nachdem der Gesamtbetriebsrat den Ausschluß Sparolins beschlossen habe, verließen die Interessenvertreter mit ihrem Anwalt die Sitzung. Stellvertretender Vorsitzender Gerhard Jüttemann: "Wenn schon mit uns über die vom MdK-Vorstand beabsichtigte Schließung des Kaliwerks Bischofferode geredet werden soll, brauchen wir Beratung und juristische Unterstützung. Auch der Vorstand agiert ständig mit prominenten juristischen Helfern." Wenn man Belegschaft und Betriebsrat selbst hier die "Waffengleichheit" verweigern wolle, mache dies deutlich, daß die Unternehmensleitung offensichtlich selbst keine Chance mehr sehe, die Schließung des umstrittenen Werkes mit korrekten Mitteln durchsetzen zu können.

Jüttemann kündigte eine umgehend durchzuführende Betriebsversammlung an, um auch der Belegschaft diese "neuerlichen Ungeheuerlichkeiten" mitzuteilen.

Hanno Rybicki
(Pressesprecher des Betriebsrats)

Gossner Mission

EIN NEUES KALI - ECHO

Herausgegeben vom:
Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat
Holunger Straße
37345 Bischofferode
Tel.: 036077/99413, 99470, 99474, 99476

Nr. 7 vom 25. November 1993

Dem Aufsichtsrat auf den Fersen

Als Antwort auf den Beschluß der Betriebsversammlung vom Dienstag, den 23. November, am kommenden Freitag mit der gesamten Belegschaft zur Aufsichtsratssitzung zu fahren, hatte der MdK-Vorstand am Mittwoch (23.11.) mit Kündigung all derer gedroht, die am Freitag nicht zur Arbeit kämen. Das vom Betriebsrat übermittelte Angebot, die am Freitag ausfallende Arbeitszeit auch am Wochenende nachzuarbeiten, das ebenfalls von der Belegschaft beschlossen worden war, hat der Vorstand in Sondershausen glatt abgelehnt.

Die Drohung mit Entlassungen ist nichts anderes als eine Einschränkung der verfassungsmäßig garantierten Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit.

Betriebsratsvorsitzender H. Brodhun:

"Das Verhalten des Vorstandes ist mit betrieblichen Erfordernissen nicht zu begründen. Durch unseren Vorschlag wären keinerlei Mehrkosten entstanden."

Um die Durchführung der Veranstaltung am Tagungsort der Aufsichtsratssitzung doch noch zu gewährleisten, kündigte der Betriebsrat neue Verhandlungen mit dem MdK-Vorstand an, in denen er erneut eine Arbeitszeitverlagerung oder aber eine Betriebsurlaubs-Regelung für den Freitag vorschlagen werde.

Organisatorisch haben die Kalikumpel trotz der entstandenen Schwierigkeiten durch die Verlegung des Tagungsortes der Aufsichtsratssitzung durch dessen Vorsitzenden, den früheren hessischen Wirtschaftsminister Steger (SPD), "die Lage im Griff".

Betriebsrat Wiehe sagte, daß die in Richtung Frankfurt/Main anreisenden Unterstützer der Bischofferöder Belegschaft telefonisch an den Sitzungsort umgeleitet würden. Er bat die Medien um Verbreitung der Nummer 036077-99474." Hier werden wir über einen ständig aktualisierten Anrufbeantworter durchgeben, wohin die Reise geht." Orientierungspunkt bleibe aber das Sheraton-Hotel am Frankfurter Flughafen, da es deutliche Anzeichen dafür gebe, daß die Sitzung "jedenfalls im Großraum Frankfurt stattfindet."
EIN NEUES KALI-ECHO wird demnächst über den Fortgang der Ereignisse berichten.

Gossner Mission

Zur Fortsetzung des Arbeitskampfes gibt es keine Alternativen

Ohne Gegenstimmen hatte die Belegschaft auf der Betriebsversammlung am Dienstag, d. 23. Nov. 1993 beschlossen, am Rande der Aufsichtsratstagung in einer öffentlichen Veranstaltung unter freiem Himmel ihre Meinung zum angekündigten Schließungsbeschluß deutlich zu machen (siehe Seite 1).
Das sei notwendig, so die einhellige Auffassung der Belegschaft, um anzuprangern, daß die Mitteldeutsche Kali-AG noch vor der Entscheidung der EG-Kommission Tatsachen schaffen will, die eine Weiterführung der Kaliproduktion über den 31.12.93 hinaus verhindern und die Kunden von Bischofferöder Produkten in hohem Maße verunsichern sollen.

Weiter hatte die Betriebsversammlung durch einstimmige Forderung der Belegschaft beschlossen, das vom MdK-Vorstand verhängte Betriebsverbot gegen Peter Arnold, einen betriebswirtschaftlichen Berater des Betriebsrates und Johannes Peine, den Interessenten für eine Einzelprivatisierung des Bischofferöder Werks, aufzuheben.

Am 30.11.93 wird die Entwicklungsgesellschaft "Südharz/Kyffhäuser" in Bischofferode eine Informationsveranstaltung über die Schaffung von sogenannten Ersatzarbeitsplätzen in der Region durchführen.

Auch die bisherigen Zwischenergebnisse jener Gesellschaft haben der Belegschaft deutlich gemacht, daß es zum Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze keine Alternative gibt.

NACHRICHTEN NACHRICHTEN NACHRICHTEN NACHRICHTEN

Bischofferode:

Der Betriebsrat des Kaliwerkes Bischofferode hat nach eingehender Beratung mit dem Sprecherrat der Belegschaft in seiner Sitzung am 16. November 1993 beschlossen, sich für den Fall, daß die Brüsseler EG-Kommission den umstrittenen Kali-Fusionsvertrag uneingeschränkt genehmigt, gegen eine solche Entscheidung Klage beim erstinstanzlichen Europäischen Gericht in Luxemburg zu führen und mit einer einstweiligen Anordnung den Vollzug des Fusionsvertrages bezüglich des Bischofferöder Werkes bis zu einer gerichtlichen Entscheidung untersagen zu lassen.
Die Kaliwerker wollen keine Möglichkeit der Durchsetzung ihres Rechts auf Arbeit auslassen.

Brüssel:

Vor etwa 14 Tagen hatte sich die Firma Minorca, eine Konzerntochter des weltweit tätigen und potenten Bergwerksunternehmens Anglo American Corporation of South Africa Ltd. (Johannesburg), bei der EG-Kommission mit der Absicht gemeldet, die Mitteldeutsche Kali-AG im Paket zu übernehmen.
Die Südafrikaner könnten für Brüssel der Ausweg sein, einen funktionierenden Wettbewerb auf den Kalimärkten zu garantieren.

Frankfurt/Main:

Die Verwaltungsstelle der IGM Frankfurt/Main hat alle "demokratischen Kräfte in Frankfurt/Main auf(gerufen), sich nach Möglichkeit von der Arbeit freistellen zu lassen bzw. ihr Demonstrationsrecht wahrzunehmen", um so die Veranstaltung der Bischofferöder Kalikumpel auch am 26. Nov. 1993 in Frankfurt zu unterstützen.

Gossner Mission

Im Aufruf weiter:

"In ganz Deutschland stehen Massenentlassungen in den Industriebetrieben in Rekordhöhe an. Allein in der Frankfurter Metallindustrie sind in den letzten 3 Jahren 10.000 Arbeitsplätze vernichtet worden, und es wird so weitergehen. Bischofferode ist zu einem Symbol vieler Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung geworden. Es ist im Interesse aller Arbeitnehmer, daß dies ein Symbol erfolgreicher Gegenwehr bleibt."

Ludwigsfelde:

Über 40 Unterschriften trägt ein Offener Brief an den Aufsichtsrat der MdK, in dem es heißt:

"Ihre menschenverachtende Absicht, das Kaliwerk Bischofferode nun endgültig zu schließen, haben auch wir Bürger von Ludwigsfelde mit 15 % Arbeitslosen, 7000 verlorenen Arbeitsplätzen (davon zwei Drittel Frauen), aus den Medien erfahren.

Am 26. November 1993 wollen Sie den unwiderruflichen Beschluß fassen, daß ab dem 01. Januar 1994 in Bischofferode kein Kali mehr produziert wird.

DAGEGEN PROTESTIEREN WIR AUF DAS SCHÄRFSTE!

Wir erwarten von Ihnen, daß Sie Ihre Entscheidung zurücknehmen!"

Tokio (Auszüge aus einem Artikel über B.)


迷走する統一から3年

鉱山閉鎖で職場失う

不満募らす旧東独の市民

当たり四十人にも膨らみ、閉鎖に追い込まれる恐れ…

十日間続けた人もいた。

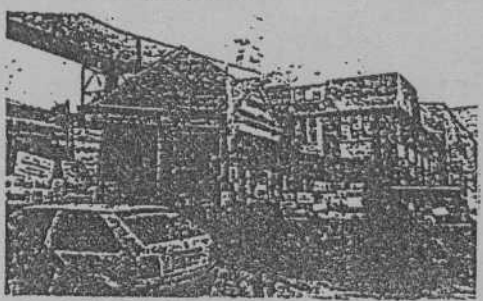
ブッセさんは「私にとってハンスト参加は…

…のため…

…に収める鉱業エネルギー…

Sondershausen

Obwohl vom Vorstand eingeladen, zog der Betriebsrat des Kaliwerkes Bischofferode am Donnerstag, d. 18.11.93, aus einer Sitzung des Gesamtbetriebsrates wieder aus. Grund war, daß der MdK-Vorstand die Beteiligung ihres Rechtsanwaltes H. Sparolin (Witzenhausen) nicht zugelassen habe. "Wenn man Belegschaft und Betriebsrat die Waffengleichheit verweigern wolle, mache das deutlich, daß die Unternehmensleitung offensichtlich selbst keine Chance mehr sieht, die Schließung des Werkes mit korrekten Mitteln durchsetzen zu können," so G. Jüttemann, stv. Betriebsratsvorsitzender.



スト決行中の横断幕を掲げるビショッフェローデのカリウム鉱山（共同）

Gossner Mission

Göttingen:

Daß die Lage des Kali-Bergbaus in Nordthüringen auch Auswirkungen auf die Region Südniedersachsen hat, machten am Sonntag (14. Nov.) Kumpel aus Bischofferode in Gottesdiensten deutlich. Niemand der Gäste glaubt daran, daß in Nordthüringen auf absehbare Zeit neue Arbeitsplätze in großer Zahl entstehen. "Es wird zwar immer über Ersatzarbeitsplätze geredet," so Gisbert Sommerfeld, Betriebsrat, "aber mit den Ergebnissen könnten Sie Tausende von Luftballons füllen, soviel heiße Luft wird da gemacht."

Und auf mögliche Untertagedeponien angesprochen, meinte er, "die sind dabei, aus Thüringen, dem grünen Herzen Deutschlands, den Arsch Europas zu machen."

Termine:

30.11.	9.00 Uhr	Erfurt "Aktionskonferenz Thüringer Betriebsräte"
03.12.	20.00 Uhr	Berlin/D.-Bonhoeffer-Haus "Podiumsdiskussion" (angefragte Teilnehmer u.a. Bischof Demke, Regine Hildebrandt

Weitere Termine und nähere Informationen wie immer über den Betriebsrat.



Unsere Anschrift:
Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat
Holunger Straße
37345 Bischofferode

Tel.: 036077/99415, 99470, 99474, 99476
Fax: 036077/ 99251

Spendenkonto: 36031038
BLZ: 82054022
Kreissparkasse Worbis
Stichwort: "Solidarität"

Gossner Mission

Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat

Bischofferode, 11. 11. 1993

An
Presse, Funk, Fernsehen

Pressemitteilung

Kaliwerk produziert auf vollen Touren!

Am Vormittag des 11. 11. 1993 erhielt die Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode davon Kenntnis, daß in der laufenden Woche zwei zusätzliche Schichten gefahren werden und daß im Monat November ohne weitere Kurzarbeit produziert wird.

Für den Betriebsrat sind das weitere sichere Zeichen dafür, daß zum einen ihre Produkte entgegen allen anderen Behauptungen außerordentlich gefragt sind und daß zum anderen die seit Jahrzehnten belieferten Abnehmer auch weiterhin an Lieferungen aus Bischofferode festhalten.

"Sicherlich" - so der stellv. BR-Vorsitzende G. Jüttemann - hat das Kundenverhalten auch einen Teil dazu beigetragen, daß die Mitteldeutsche Kali AG Sondershausen beim Bergamt den Weiterbetrieb des Schachtes über den 31. 12. 1993 hinaus beantragt hat."

Betriebsrat

Gossner Mission

EIN NEUES KALI - ECHO

Herausgegeben von:
Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat
Holunger Straße
37345 Bischofferode
Tel.:036077/99415, 99470, 99474, 99476
Fax.:036077/ 99251

Nr. 6 vom 10. November 1993

Belegschaft begrüßt Ergebnisse der Aktionskonferenz

Auf ihrer Zusammenkunft am 8. November d. J. quittierte die Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode die Berichte von Betriebs- und Sprecherrat über die am 30. Oktober in Bischofferode stattgefundene Aktionskonferenz mit großem Beifall. "Es gibt weniger Anlaß, mit dem Arbeitskampf aufzuhören als je zuvor", resümierte der Betriebsrat die Ereignisse der letzten Tage, zu denen neben der Aktionskonferenz von über 200 Betriebs- und Personalräten in Bischofferode die sogenannte Regionalkonferenz Nordthüringen (Thema: "Ersatzarbeitsplätze") am 2. 11. 93 in Worbis, eine Anhörung von BR-Vertretern bei Mitgliedern der EG-Kommission in Brüssel am 5. 11. 93 und ein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden R. Scharping am 7. 11. 93 auf dem Flughafen Berlin-Tegel gehörten.

Allein die Bilanz der Regionalkonferenz und der in ihrem Gefolge groß angekündigten Zusammenkunft von an Investitionen in der Südharzregion interessierten Unternehmen sei so dürftig, daß "es gar keine Alternative zum Kampf um den Erhalt unserer Kaliarbeitsplätze gibt, weil es Angebote an sogenannten Ersatzarbeitsplätzen praktisch nicht gibt." (H. Brodhun)
"Die einzigen Arbeitsplätze, die entstehen," so der Betriebsratsvorsitzende weiter, "sind Pöstchen in Geschäftsführungen von Gesellschaften, aus deren Arbeit nichts herauskommt."
Außer allgemeinen Reden von Politikern, Absichtserklärungen, z. B. zum Vorziehen bestimmter regionaler Bauvorhaben (Kläranlage Bischofferode, Sanierung Klosteranlage Anrode, Kurhaus Bad Frankenhausen) war kaum Erwähnenswertes zu hören. Bezüglich der Anzahl an Ersatzarbeitsplätzen reden die Regierenden heute längst nicht mehr von 700 - 1000, sondern höchstens noch von 280. Nur im Abriß der Werksanlagen sieht man reale Chancen auf eine, allerdings eben auch befristete, Weiterbeschäftigung. Wer sprach da je von "Dauerarbeitsplätzen"? Der Einladung ins nördliche Eichsfeld waren darüber hinaus lediglich Unternehmer gefolgt, die sich erkundigen wollten, ob jemand investiere, dem sie dann etwas verkaufen könnten. Angeblich 50 potente Investoren seien dem Ruf der Landesregierung gefolgt.

Gossner Mission

H. Brodhun dazu: "Da hat man Pförtner, Kellner und uns Bischofferöder aber mitgezählt."

Über 2,5 Stunden dauerten die Gespräche bei der für die kartellrechtliche Fusionsprüfung zuständigen EG-Kommission in Brüssel. Die Bischofferöder hatten Gelegenheit, ihre Standpunkte zu allen Sachzusammenhängen darzulegen. Übrigens wurde im Laufe der Anhörung deutlich, daß die Stellungnahmen der Vorstände beider Kali-AG zur Zwischenunterrichtung der EG-Kommission nichts Neues, sondern nur die alten, längst widerlegten Behauptungen enthalten.
Daß die Positionen der K & S-AG schwach sind, sehen die Herren inzwischen sicher selbst, lassen sie doch inzwischen hören, daß man auch bei Fusionsablehnung in Brüssel Bischofferode schließen wolle.
Für die Belegschaft heißt das: in jedem Entscheidungsfalle muß und wird um den Erhalt der Kaliarbeitsplätze weitergekämpft!

Der SPD-Chef R. Scharping hatte sich ja gelegentlich schon zu Problemen der deutschen Kaliindustrie, z. B. anläßlich seines Treffens mit Kalibetriebsräten aus Ost und West, damals unter bewußter Hinnahme der Ausgrenzung des Bischofferöder Betriebsrates geäußert. Seine Rechtfertigungsversuche, auf die Frage der Bischofferöder mangels Kompetenz keine sicheren Antworten geben zu können, muß daher schon ein bißchen verwundern. Versprochen hat er ja eine "Prüfung" der Zusammenhänge und eine eventuelle Antwort.
Thema Nr. 1 des SPD-Spitzenpolitikers ist nicht der Erhalt der Grube, sondern sind die "Ersatzangebote". Fazit: Die Bischofferöder waren wieder in den Medien, so gesehen haben sich die Spesen gelohnt.
Kleiner Nachtrag, O-Ton Scharping: "Mein Wahlkreis ist nunmal Ludwigshafen."

Abschließend wurden verschiedene Maßnahmen zur Durchsetzung der Forderung nach Schließungsbeschlußaufhebung beraten. Anläßlich der nächsten Belegschafts-zusammenkunft wird das Ergebnis dieser Diskussion der Öffentlichkeit bekanntgemacht.
Erwähnenswert auch die prinzipielle Bereitschaft der Belegschaft, in eine Kapitalbeteiligungs-gesellschaft zur Werksübernahme einzutreten.

Weiterbetrieb des Kaliwerkes beantragt

Im Rahmen der alldienstäglichen "5 vor 12"-Aktionen des Thüringer Bündnisses existenzbedrohter Betriebe beantragten die Bischofferöder Kalikumpel am 9. November 1993, 11.55 Uhr beim zuständigen Thüringer Bergamt die Genehmigung zum Weiterbetrieb der Grube für 1994/95 (der sog. Hauptbetriebsplan muß entsprechend Bundesbergbaugesetz grundsätzlich für 2 Jahre bergamtlich bestätigt werden).
Dabei erfuhren sie, daß der Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG Sondershausen (MDK) "vorsorglich" ebenfalls um die Erlaubnis zum Weiterbetreiben des Kalibergbaus in Bischofferode nachgesucht hat - wenn auch vorerst nur bis 31. 3. 94.

Gossner Mission

Nachrichten - Nachrichten - Nachrichten

Kassel: Die Delegierten der Kreisdelegiertenkonferenz Kassel des DGB haben am 30. 10. 93 beschlossen:

"Der DGB Kreis Kassel führt gemeinsam mit der IGBE und dem 'Kasseler Solidaritätskomitee Bischofferode' im November eine Veranstaltung mit den Kali-Kumpeln aus Bischofferode durch:

'Bischofferode - Beispiel für aktive Gegenwehr'

Begründung:

Der Widerstand der Kali-Kumpel in Bischofferode hat bundesweite Bedeutung gewonnen. Quer durch alle Gewerkschaften finden Diskussionen statt, den kämpferischen Geist von Bischofferode aufzugreifen, gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau aktiv zu werden oder sich dem Krisenkurs der Unternehmerverbände und der Bonner Regierung zu beugen.
In Kassel und Nordhessen werden in der nächsten Zeit mindestens 20.000 Arbeitsplätze vernichtet: bei VW, Daimler-Benz, Thyssen-Henschel, ABB, Post und Bahn und in der Druckindustrie.
Die Erfahrungen der Bischofferöder sind Aufforderung zum Handeln aller im Kampf um jeden Arbeitsplatz in Ost und West."

Lohfelden/Nordhessen: Die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) Hessen-Nord spricht sich für die schnelle Fusion zwischen der Kali + Salz AG und der MDK und damit gegen den thüringischen Standort Bischofferode aus.
Der Antrag kam von der AfA Hersfeld-Rotenburg, wo Kaliarbeitsplätze gefährdet sind.

Was die beiden Nachrichten auch besagen:

- bisher sind die Argumente der Bischofferöder Kalikumpel nur ungenügend ihren Westkollegen bekannt, ein Mangel, der, wenn auch schwer, abstellbar scheint.

- in Lohfelden wurde, wenn auch in Abwesenheit, der DGB-Kreisvorsitzende (Krs. Kassel!!) zum AfA-Bezirkschef gewählt. Eben dieser hatte sich in Kassel maßgeblich für die Herbeiführung erstgenannten Beschlusses eingesetzt.

Da wird sich ja einiges klären lassen!

Wuppertal: Der Lehrer Heiner Koch forderte jüngst all jene auf, die sich mit der Absicht trugen, ihm zum Geburtstag zu gratulieren, auf Geschenke gänzlich zu verzichten. Als alle mit verwundertem Gesicht, aber tatsächlich leeren Händen zur Feier erschienen, offerierte er der Gästeschar, die für evtl. Geschenke ins Auge gefaßten Finanzmittel den Bergleuten in Bischofferode zu spenden: Ergebnis: mehr als 600,-- DM.

Gossner Mission

Retourkutsche aus Bischofferode: ein mehr als 695-maliges Dankeschön der Bergleute, die während der Belegschaftsversammlung am 8. 11. 93 davon erfuhren, sowie eine Weiterverbreitung im NEUEN KALI-ECHO.

Termine (diesmal auch Präzisierungen/Berichtigungen zu KALI-ECHO Nr. 5)

19.11.93	- die Veranstaltungen in Bergkamen und Wuppertal werden zusammengelegt. Veranstaltungsort wird Bergkamen sein.
23.11.93	- diese Veranstaltung (in Mannheim) ist auf den 18. 12. 1993 verschoben worden.

hinzugekommene Termine:

27.11.93	Oberhausen, Aktionstag der Jugend- und Azubi-Vertretung bei MAN
28.11.93	Bochum, gewerksch. Veranstaltung "Krise-Standort-Widerstand"

Unsere Anschrift:
Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat
Holunger Straße
37345 Bischofferode
Tel.: 036077/99415, 99470, 99474, 99476
Fax: 036077/ 99251

Spendenkonto: 36031038
BLZ: 82054022
Kreissparkasse Worbis
Stichwort: "Solidarität"

Gossner Mission

Fax aus Bischofferode

an Pfr. H. Messlin

Vorliegende Angaben zur B-Gruppe:

Gemeinnütziger Verein für ganzheitliche
Gesundheit "Weg der Mitte"

Millionowskistraße 35

14169 BERLIN (Zehlendorf)

Tel. 030/813 1040

„Chefin" - Frau Donja Mulla

weiterer Name
bekannt: Herr Percy Mc Lean (Mclyn?)

Gruß H.B.

VON +49 36077 99251 BR KALIWERK B'RODE 03.NOV.93 9:32 S.001

+49 36077 99251

Gossner Mission

Gossner Mission

Harald Messlin

Gossner Mission · Fennstraße 31 · O-1190 Berlin · Neue PLZ 12439

Telefon
030 / 631 78 09
Telefax
030 / 636 11 98

Neue Postleitzahl
12439

Herrn
Heiner Brodhun
Betriebsrat Kaliwerk Bischofferode
Holunger Straße

37345 Bischofferode

Berlin, am 5. November 1993

Lieber Heiner!

Hier die Information, die ich von einem Kollegen, der in Berlin für solche Fragen zuständig ist und der uns schon in einigen Fällen echt helfen konnte, zu dem Gemeinnützigen Verein für ganzheitliche Gesundheit "Weg der Mitte" bekommen habe: Es handelt sich bei diesem Verein um einen zumindest aus dem Umfeld der Bhagwan-Bewegung, der sich dem NEW AGE (dem "Neuen Zeitalter", der "Neuen Richtung" oder so, was immer das auch heißen mag) zurechnet und "esoterisch-occultisch-gesundheitlich" ausgerichtet ist. Mit der Scientology-Geschichte oder auch dem Schiller-Institut scheint diese Gruppe jedenfalls nichts zu tun zu haben.
Der Kollege hat einige der führenden Leute vom "Weg der Mitte" in Berlin Zehlendorf in einem längeren Gespräch erlebt. Es war schwer, bzw. unmöglich, konkrete Aussagen über ihre Ziele aus Ihnen herauszubekommen. Eine Vereinbarung, daß sie ihm einen Tonbandmitschnitt des betreffenden Gespräches, den sie gemacht hatten, zuschicken wollten, haben sie nicht eingehalten.
So, wie ich die Sache verstanden habe, sollte man sich ohne zwingende Gründe nicht mit diesen Leuten einlassen. Wenn sie sich in Eurer Gegend ansiedeln, würden sie ganz sicher versuchen, die Bevölkerung der Umgebung zu beeinflussen und zumindest einen Haufen Verwirrung stiften.
Das dazu.

Endlich ist es mir gelungen, die Anschrift des Vorsitzenden eines Betriebsrates von einem Kemira-OY - Betrieb, der zu Euren Kunden in den Niederlanden gehört, herauszubekommen. Es soll ein kooperativer Kollege sein, der Euren Problemen aufgeschlossen gegenübersteht. Er arbeitet mit in einer Gruppe des Arbeiterpastorats der Katholischen Kirche in Holland:
Hr. Vogelaar
J. v. d. Woudestraat 9
3235 BP Rockarije - NL
Telefon 01814-2431 (leider weiß ich nicht, ob er deutsch spricht).
Ich bemühe mich um weitere Kontakte!
Mit solidarischen Grüßen und guten Wünschen für Euch alle,
herzlichst

Harald

Gossner Mission

Aktionskonferenz in Bischofferode
30. Oktober 1993, 12.00 Uhr
Festhalle am Sportplatz



- Für uns Kaliwerker steigt die Spannung
- Das Faserwerk hat nur eine Gnadenfrist
- Bei DKFL fehlt die Auffanggesellschaft
- Bei der Jagdwaffe steht es schlecht

Aber: Regierungen in Erfurt und Bonn sind unter Druck !
Den müssen wir steigern !

Wir brauchen eine

Aktionskonferenz

denn

Thüringen brennt

Gossner Mission

... und das passiert am 30. Oktober in Bischofferode:

12.00 - 12.45 Uhr **Eröffnung der Aktionskonferenz durch den Betriebsrat des Kaliwerks Bischofferode**
Darstellung des aktuellen Standes der Arbeitskampfes um Werk und Arbeitsplätze

12.45 - 13.00 Uhr **Solidaritäts- und Grußadressen**

13.00 - 15.00 Uhr **Bearbeitung der Themenschwerpunkte**

gegebenenfalls sollten wir die Diskussion der Themenschwerpunkte in Arbeitsgruppen vornehmen

Öffentlichkeitsarbeit	Was berichten die Medien? Was verschweigen sie? Was hat sich in der Berichterstattung in den zurückliegenden Monaten verändert? Was muß stärker in den Medien dargestellt werden? Was kann unsere Öffentlichkeitsarbeit dazu leisten?
Solidaritätsarbeit	Welche Aktivitäten fanden seit dem 2. Aktionstag statt? Was konnte erreicht werden? Erfahrungsaustausch Welche Signale werden seitens der Solidaritätskomitees von Bischofferode erwartet? Was können die Solidaritätskomitees zur Verbindung/ Vernetzung von Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau in Ost *und* West leisten?
Bischofferode und Aktionen "Thüringen brennt"	Wie können wir die "5 vor 12"-Aktionen "Thüringen brennt" weiter verbreitern? Was kann Bischofferode im Aktionsbündnis der Betriebsräte "Thüringen brennt" einbringen? Wie kann ein thüringisches/ostdeutsches Netzwerk des Widerstandes ausgehend vom Betriebsrätebündnis geschaffen werden?
"5 vor 12" - was kommt danach?	Wie können die Aktionen zivilen Ungehorsams weiter zugespitzt werden? Was unternehmen wir "um 12" - also angesichts von Stillegungsbeschlüssen gegen Betriebe des Bündnisses?
Wie können wir die Betriebe dem Abwicklungszugriff der Treuhand entziehen?	Welche Alternativen können wir aus eigener Kraft Beschlüssen zur Betriebsstillegung entgegensetzen? Welche Schritte der Vorbereitung sind notwendig? Wie können wir uns Unterstützung in betriebswirtschaftlichen Fragen verschaffen?

15.00 - 16.00 Uhr **Diskussion der Ergebnisse zu den Themenschwerpunkten und Beschlußfassung**

16.00 - 16.30 Uhr **Organisatorisches und Finanzen**

ab 16.30 Uhr **Kulturprogramm**
Übergabe eines Schecks der im Kaliwerk gesammelten Spenden für die Kinder von Tschernobyl
Auszeichnung der Gewinner beim Luftballonwettbewerb des letzten 2. Aktionstages
musikalische Unterhaltung mit Gunter Gabriel, der an der Aktionskonferenz teilnehmen wird

V.i.S.d.PR.: Betriebsrat des Kaliwerks Bischofferode, Tel.: 036077-99470, Fax: 036077-99251

Gossner Mission

Themenschwerpunkt: *"5 vor 12" - was kommt danach*

Seit dem 17. August finden Dienstags um 5 vor 12 in Thüringen dezentral, aber durch ihre Gleichzeitigkeit Störaktionen gegen die "Ruhe im Land" statt. Vor allem befristete Straßenblockaden sind eine häufig gebrauchte Aktionsform. Dabei wechseln Betriebe ihre Aktivitäten ab. Neue Betriebe kommen hinzu. Ohne großen Mobilisierungsaufwand ist es gelungen, die Monate der Sommer- und Werksferien mit Aktionen zu überbrücken. Doch über einzelne Straßenblockaden hinaus müssen wir Überlegungen anstellen, mit welchen weiteren und zugespitzten Aktionsformen wir agieren können. Durch Ausverkauf und Stillegung von Betrieben durch die Treuhandanstalt und durch die Untätigkeit der Landesregierung wird uns ein Konflikt aufgenötigt, in dem wir "eine Schippe nachlegen" müssen.
Hinzu kommt trotz Teilerfolgen in einzelnen Betrieben, daß für andere Betriebe in den nächsten Wochen der Beschluß zur Betriebsstillegung droht. Darauf brauchen wir Antworten.

* *Auf welche Weise können z.B. Kaliwerker aus Bischofferode eingreifen, wenn ein anderer Betrieb aus dem Betriebsrätebündnis geschlossen werden soll oder umgekehrt?*
* *Was sind denkbare Aktionsformen, mit denen wir nicht nur durch Gleichzeitigkeit, sondern durch das Zusammenwirken mehrerer Belegschaften, Gemeinsamkeit, Dimension und Schmerzwirkung unserer Aktionen zivilen Ungehorsams verstärken?*

Im Westen existieren Patenschaftsverträge zwischen den Belegschaften verschiedener Betriebe, die sich angesichts der Bedrohung ihrer jeweiligen Arbeitsplätze aber auch der von Bonn betriebenen sozialen Demontage zu gegenseitiger Unterstützung und Solidarität verpflichten. Mit solchen Verträgen können im einen Betrieb konkrete Aktionen im gemeinsamen Interesse für Beschäftigte des anderen Betriebs vorbereitet werden. Vor allem kann durch die jeweils betriebliche Diskussion solcher vertraglicher Verpflichtungen der Blick von der betriebswirtschaftlichen Lage des Betriebs, bei dem man (noch) beschäftigt ist, auf die volkswirtschaftlichen Folgen der Massenentlassungen und des sozialen Kahlschlags für die gesamte Bevölkerung gelenkt werden.

* *Welche Betriebe in Thüringen, in Ostdeutschland oder auch im Westen könnten sich vertraglich miteinander als gegenseitige Paten verbünden? Was könnten die "Patenschaftsverträge" an Maßnahmen zum konkreten Informationsaustausch, gemeinsamen Aktionen etc. regeln?*

Gossner Mission

Themenschwerpunkt: *Wie können wir die Betriebe dem Abwicklungszugriff der Treuhand entziehen*

Die Praxis ist bekannt: Treuhandbeschluß zur Liquidation, oder aber Sperrung der Liquiditätshilfen und Anmeldung der Gesamtvollstreckung durch die Geschäftsführung. Auf unserer Seite häufig Ratlosigkeit, Resignation, schnelle Verhandlungen über einen Sozialplan. Aus.
Auch bei privatisierte (Ost-)Betrieben und im Westen sind die Schritte ähnlich, wenn drastischer Personalabbau oder aber Gesamtvollstreckung und Konkurs anstehen.
Für einige Betriebe im Thüringer Aktionsbündnis ist der Schließungsbeschluß unmittelbar in den nächsten Wochen zu erwarten: Die Treuhand will ihre letzten Betriebe loswerden, koste es, was es wolle. In regelmäßigen Abständen erklären ihre Vertreter in den Medien, daß nur noch einzelne Betriebe im Treuhandbesitz sind. Ein echter Countdown.
Regelmäßig wird aus diesen Gründen die Abwicklungsentscheidung der Treuhand von den Betriebsräten lange im Voraus befürchtet, doch wenn sie tatsächlich da ist, sind die Interessenvertreter dennoch überrascht und handlungsunfähig.
Das wissend, müssen wir *jetzt* darangehen, Perspektiven zu erarbeiten, die wir einer Abwicklung entgegensetzen können. Das bloße "Nein" zur Stillegung reicht nicht aus, sie zu verhindern, ist nicht einmal geeignet die betroffenen Kolleginnen und Kollegen für eine längere Auseinandersetzung zu mobilisieren.
Von uns sind Antworten gefordert, wie Beschäftigung über den Tag hinaus sichergestellt werden kann.

* *Mit den Argumenten volkswirtschaftlicher Vernunft müssen wir darangehen, Ansätze für ein anderes Wirtschaften zu propagieren, als sie die Propheten der "Marktwirtschaft" betreiben. Gerade im Osten, aber z.B. im sozialen Wohnungsbau, oder bei sozialen Versorgungsleistungen in Ost und West gleichermaßen, gibt es Arbeit, die dringend gemacht werden muß. Das Heer der Arbeitslosen würde zu ihrer Erledigung nicht ausreichen.*

* *Öffenliche und Sozialleistungen werden weiter eingeschränkt, weil kein Geld in den Kassen der öffentlicher Arbeitgeber ist. Gleichzeitig attestiert die Bundesbank den Unternehmen in der Bundesrepublik die schnelle Verfügbarkeit von 1,2 Billionen Mark (1.200.000.000.000,-), die jedoch wegen zu geringer Rendite nicht in Wertschöpfung und Dienstleistung investiert, sondern zu Spekulationsgeschäften benutzt werden.*

* *Die Tarifbewegungen des Jahres 1994 können und müssen Anlaß sein, den Arbeitgebern in ihrem Ziel der Kostensenkung durch weniger Beschäftigte, höhere Leistung und weiter verstärkten Reallohnabbau Paroli zu bieten. Hier überlagern sich das Ziel der Verteidigung von Arbeitsplätzen mit dem sozialer und materieller Absicherung. In einer Verbindung des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung mit den Tarifauseinandersetzungen, die durch die Kündigung der Metalltarifverträge durch die Arbeitgeber mit deutlich erkennbarem Signal begonnen haben, müssen diese volkswirtschaftlichen Überlegungen in den Vordergrund gerückt werden.*

* *Daneben müssen wir konkret betrieblich Perspektiven für eine Sicherung von Arbeitsplätzen entwickeln. Unsere Kenntnis der Produktions- und Leistungsmöglichkeiten des Betriebs, die wir als Beschäftigte haben, muß dabei verbunden werden mit ökonomischen Kenntnissen und Marktanalysen, mit denen unsere Ideen, Vorschläge und Ziele zusammengeführt und zu betrieblichen Konzepten verdichtet werden können. Wichtig ist, im Betrieb sicherzustellen, daß unsere Kolleginnen und Kollegen aus möglichst allen Bereichen der Produktion und Verwaltung ihr Wissen in diesen Prozeß einbringen. Das "Einkaufen ökonomischen Sachverstandes" kann auf der betriebsverfassungsrechtlichen Ebene [§ 80 (3) BetrVG] oder in Metallbetrieben mit mehr als 100 Beschäftigten gemäß Vereinbarung Treuhandanstalt / IG Metall über eine sog. Steuerungsgruppe erreicht werden.*

Gossner Mission

* *So entwickelte Betriebskonzepte können Dreh- und Angelpunkte in Interessenausgleichsverhandlungen, Grundlage für einen Betriebs-Übernahmeantrag der Beschäftigten gegenüber der Treuhand aber auch in der Öffentlichkeitsarbeit sein, die Aktionen der um ihren Arbeitsplatz Kämpfenden begleitet.*

* *Die Kompetenz, die uns zur Entwicklung eines Konzepts zur Fortführung eines Betriebs bringt, kann den ersehnten "Investor" und Frau Breuel verzichtbar werden lassen. Wer Betrieb, Produkt und Vermarktungschancen kennt, weiß wie ein Betrieb geführt wird. Eine Besetzung kann der Probelauf sein.*

Gossner Mission

Themenschwerpunkt: *Öffentlichkeitsarbeit*

A. Die "öffentliche Medien":

* Die öffentlichen Medien nahmen vom "Arbeitskampf" in Bischofferode kaum Notiz, so lange er in "normalen" Bahnen verlief.
* Bischofferode wurde erst richtig von den öffentlichen Medien aufgegriffen, als die Belegschaft mit der Werksbesetzung und dem Hungerstreik zu "spektakulären" Aktionen überging.
* Erst jetzt entwickelte sich eine regelrechte "Medienschlacht" - verschiedene private und öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten machten sich gegenseitig Konkurrenz.
* Diese Konkurrenz und z.T. der direkte Kontakt mit verschiedenen Journalisten konnte von der Belegschaft zur Darstellung ihrer Positionen teilweise genutzt werden.
* Im Umfeld des 3. Aktionstages veränderte sich die öffentliche Medienberichterstattung:
  - o Meldungen über ein "Einlenken" der Belegschaft wurden verbreitet
  - o von außen wurde versucht, Spaltung in die Belegschaft zu tragen
  - o Bischofferode verschwand fast vollständig aus der Berichterstattung
* Für diese Entwicklung waren hauptsächlich zwei Dinge verantwortlich:
  - o Eine breite Solidaritätsbewegung begann sich zu entwickeln, "Bischofferode ist überall" weitete sich aus, Bischofferode begann, Symbol des Kampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung, des Zusammenschlusses mit andern Belegschaften zu werden. Deshalb mußte Bischofferode im Interesse der Unternehmerverbände und der Regierung wieder aus der Presse verschwinden.
  - o Mit der Aussetzung des Hungerstreikes trat die Belegschaft selber nicht mehr spektakulär öffentlich in Erscheinung. Das erleichterte den Medien ihr Verschweigen.

B. Die eigene Medienarbeit

* Ein Handicap der Kaliwerker ist, daß ihnen die Unterstützung durch den IGBE-Vorstand verwehrt wird, ja sogar eine Presse- und Medienarbeit gegen die Bischofferöder Kaliwerker gemacht wird.
* Deshalb war von vorneherein wichtig, daß die Kaliwerker eine eigene Öffentlichkeitsarbeit, d.h. eigene Flugblätter, Informationen usw., machten.
* Die Verbreitung dieser Informationen war möglich durch die Verbindung zu anderen Belegschaften, Unterstützung anderer Gewerkschaften und die vorurteilsfreie Zusammenarbeit mit Organisationen, Initiativen und Parteien, die auf dem Boden des Kampfes die Forderungen der Kaliwerker unterstützten.
* Die Verbreitung geschah auch durch das Entstehen einer Solidaritätsbewegung, deren Kennzeichen die Einheit von Ost und West und die Verbindung mit dem Kampf um eigene Forderungen ist.

Gossner Mission

C Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

1. Die Konkurrenz unter den verschiedenen Medien und Anstalten kann genutzt werden, um den eigenen Standpunkt zu verbreiten. Dazu vor allem auch Direkt-Schaltungen nutzen.
2. Zu einzelnen Journalisten persönliche Kontakte herstellen, die Widersprüche von Journalisten gegen offene und verdeckte Zensur ausnutzen. Zusammenarbeit mit der IG-Medien suchen und organisieren.
3. Für das Recht auf freien Zugang zu öffentlichen Medien eintreten, es notfalls auch durchsetzen.
4. Eigene Informationsarbeit von Anfang an entwickeln: dazu die personellen, organisatorischen Voraussetzungen nutzen, sich möglichst unabhängig machen.
5. Wichtigste Voraussetzung, von den Medien beachtet zu werden, sind aber der ständige aktive Widerstand in unterschiedlichen Formen durch die Betroffenen.

Konkret zu Bischofferode:

* Notwendig wäre eine regelmäßige Information für die Solidaritätsbewegung durch Verstetigung und breiteren Versand (über Multiplikatoren) des "Kali-Echos"
* Neben der eigenen Medienarbeit soll die Solidaritätsbewegung über Leserbriefe auch die örtliche Presse, Lokalfunk und Lokalfernsehen nutzen.
* Leserbrief-Kampagne an die IGBE-Zeitung »einheit«, Forderung der Belegschaft, den Standpunkt in der »einheit« darstellen zu können.
* Leserbriefe auch an andere Gewerkschaftsorgane zur Verbreitung der Solidarität und Aufforderung an gewerkschaftliche Gremien, sich positiv zu Bischofferode zu äußern.
* Nutzung von Lokalfernsehen zur Verbreitung des Videos über Bischofferode.

Gossner Mission

Themenschwerpunkt: *Bischofferode und Aktionen: »Thüringen brennt«*

Seit dem 17. August finden Dienstags um 5 vor 12 in Thüringen dezentral, aber durch Gleichzeitigkeit gemeinsame Störaktionen gegen die "Ruhe im Land" statt. Vor allem befristete Straßenblockaden sind eine häufig gebrauchte Aktionsform. Dabei wechseln Betriebe ihre Aktivitäten ab. Neue Betriebe kommen hinzu. Es konnten in einzelnen Betrieben Teilerfolge erreicht werden, für andere Betriebe droht nach wie vor für die nächsten Wochen der Beschluß zur Betriebsstillegung.

Trotz dieser Erfolge ist auf der anderen Seite festzustellen, daß die Kolleginnen und Kollegen aus zahlreichen "in ihrer Existenz bedrohten Betriebe" (so bezeichnet der Rundfunk die jeweils 5 vor 12 aktiven Belegschaften) sich bisher noch nicht beteiligen.

* *Die Unterstützung durch den DGB Landesbezirk und die DGB-Kreise ist regional unterschiedlich, insgesamt jedoch unbefriedigend. Es müssen Schritte verabredet werden, wie über die auf der Aktionskonferenz vertretenen haupt- und ehrenamtlichen Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften Einfluß auf die jeweilige Einzelgewerkschaft und den DGB genommen werden, stärker auf Betriebsräte und Beschäftigte in bedrohten, aber noch ruhigen Betrieben zuzugehen und sie für "5 vor 12" Aktionen zu gewinnen. Regional müssen wir anhand von Betriebslisten oder Meldungen in der Lokalpresse solche Betriebe feststellen und aufteilen, wer von uns die jeweiligen Interessenvertretungen anspricht.*
* *Die gegenseitige Information der an den Aktionen beteiligten Belegschaften ist unzureichend. Handlungsfeld der DGB-Kreise müßte es sein, den Informationsfluß zwischen den beteiligten Betrieben per Telefon/Fax unmittelbar nach den jeweiligen Aktionen herzustellen und dem Landesbezirk nicht nur die Zahl der Beteiligten, sondern in Stichworten auch Inhalt der betrieblichen Auseinandersetzung und Ziel der Aktion mitzuteilen. Der DGB Thüringen muß unmittelbar nach den Dienstagsaktionen diese Informationen in einer Pressemitteilung verarbeiten, die sich nicht in der Anzahl der beteiligten Kolleginnen und Kollegen erschöpft. Dies müssen wir über unsere gewerkschaftlichen Funktionen vom DGB einfordern, um uns dort, wo dieser Weg nicht zum Ziel führt, diese "Informationsschnittstellen" selbst zu organisieren.*
* *Notwendig ist, daß es für <u>jede</u> Region/<u>jeden</u> DGB-Kreis <u>eine</u> solche Schnittstelle als Ansprechpunkt für Informationenen von anderen gibt, von der die in der Region beteiligten Betriebe informiert werden.*

In anderen Bundesländern gibt es andere Aktionsformen, die selbst im Osten, wie hier in Thüringen, erst recht im Westen kaum oder nicht bekannt werden. So ist in Berlin die Leipziger "Montagsdemonstration" wieder aufgenommen worden.

* *Wichtig wäre, solche Aktionsformen und Vorgehensweisen zusammenzutragen und darzustellen. Je vielfältiger Ideen und Praxis sind mit denen wir arbeiten können, umso eher ist es möglich, weiteren Betriebe Vorschläge für mögliche Aktionen, mit denen sie sich einreihen können, zu machen.*
* *Auch über die Möglichkeiten gegenseitiger Information in anderen Ländern brauchen wir den Erfahrungsaustausch um auch hier "Schnittstellen" für Länderübergreifende Aktivitäten zu schaffen*
* *Auf diese Weise wären dezentrale Protesttage o.ä. zu verabreden, um die Geschlossenheit und wachsenden Widerstand ostdeutscher Belegschaften medienwirksam darzustellen.*

Gossner Mission

Aktionskonferenz »Thüringen brennt« Bischofferode, 30. Oktober 1993

In den Aktionen »Thüringen brennt« ist »Bischofferode überall«. Das Kaliwerk ist das Symbol für den Widerstand im Lande. Doch in der Phase des Wartens auf Brüssel und weil kleinere Straßenblockaden auf ruhigen Eichsfelder Straßen wenig bewegen, war es an den vergangenen Dienstagen hier relativ ruhig.

* *Diese Phase wird mit dem kommenden Dienstag ein Ende finden. Die Kaliwerker werden Rexrodt und seiner "Regionalkonferenz" für Ersatzarbeitsplätze im Südharz die Butter vom Brot nehmen und Worbis erneut deutlich machen, daß sie den Kalistandort in Bischofferode nicht aufgeben.*
* *Wir brauchen Vorschläge für weitere Aktionen, die auch mit Teilen unserer Belegschaft im Rahmen "5 vor 12" durchgeführt werden können.*
* *Vorbereitet werden muß die Unterstützung aus anderen Betrieben und Unterstützerinnen und Unterstützern in anderen Städten etwa für Belagerungsaktionen vor der Verwaltung der MdK oder der Treuhand, ggf. in einer späteren Phase auch der BASF.*

Gossner Mission

Themenschwerpunkt: *Solidaritätsarbeit*

1. **Grundlage und Voraussetzung einer bislang breitest entwickelten nationalen und internationalen Solidarität ist der Kampf der Kaliwerker: die Sache selbst in die Hand nehmen; Regierung, Treuhand und BASF die Stirn bieten; sich nicht mit Sozialplänen und Ersatzarbeitsplätzen abspeisen lassen; aktive Kampfformen wählen; auf den gemeinsamen Kampf orientieren: Wer konsequent kämpft, kann auf Solidarität bauen.**

2. **Was ist bisher gelaufen?**

* Verteilen von Flugblättern, Solidaritätserklärungen, Spendensammlungen, Unterschriftensammeln, Informationsstände.
* Solidaritätsveranstaltungen mit Kollegen aus Bischofferode, vor allem in Westdeutschland, an denen tausende Menschen teilnahmen.
* Das Auftreten von Vertretern aus Bischofferode auf gewerkschaftlichen und betrieblichen Versammlungen in West- und Ostdeutschland.
* Der Zusammenschluß mit anderen Betrieben in Thüringen zum Thüringer Aktionsbündnis, die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der ostdeutschen Betriebsräte-Initiative und der Aktion "Arbeitsplätze für Millionen".
* Vorbehaltlose Zusammenarbeit mit allen, die uneigennützig den Kampf unterstützen.
* Aktionstage in Bischofferode, auf denen sich Belegschaften aus Ost- und Westdeutschland treffen, Erfahrungen austauschen.
* Es gelang bis zu einem gewissen Grad, die Solidarität in den Gewerkschaften zu verankern.
* Die Bischofferöder entwickeln die Solidarität nicht als Einbahnstraße, sie helfen und unterstützen auch andere Belegschaften. Vor allem aber vertreten sie: "Helft Euch selber, das ist für uns die beste Hilfe!" Das wird zunehmend verstanden.
  Inzwischen gibt es neben Bischofferode andere Brennpunkte der aktiven Gegenwehr gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung.

3. **Was ist notwendig, um die Solidarität höher und weiter zu entwickeln?**

* Voraussetzung für eine Höher- und Weiterentwicklung der Solidarität ist die Aktivität der Bischofferöder selber. Dazu muß die Belegschaft wieder die Initiative ergreifen.
* Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Herstellung der Einheit mit anderen Kalibelegschaften. Daran muß zusammen mit der Solidaritätsbewegung systematisch gearbeitet werden. Flugblätter, Veranstaltungen, persönliche Kontakte. (In Thüringen, Kassel und Hannover.)
* Die Herstellung der Einheit mit den Stein- und Braunkohlebergleuten ist wichtig. Dazu müssen vor allem Verbindungen zu den Lausitzer Kollegen und im Ruhrgebiet hergestellt werden. Auch dies ist ein praktisches Feld der Unterstützung durch die Solidaritätsbewegung.

Gossner Mission

* Die Kaliwerker müssen wissen: sollten sie auf eine Entscheidung drängen, können sie sich auf eine breite politische, organisatorische und finanzielle Unterstützung einstellen.
  Dazu gehören:
  - o Solidaritätsresolutionen aus Betrieben, Gewerkschaften, Schulen, Verwaltung ..., Delegationen
  - o Infostände
  - o Solidaritätskomitees
  - o Solidaritätsstreiks
  - o Demonstrationen, Kundgebungen
  - o Spendensammlungen

* Die beste Unterstützung und Solidarität mit Bischofferode ist, selbst den Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz aufzunehmen!
  Dazu:
  - o Nach dem Vorbild der Thüringer Betriebe und Patenschaften im Ruhrgebiet sich mit andern Belegschaften zusammenschließen.

* Die Solidarität mit Bischofferode muß Teil einer Massenbewegung für den Kampf zum Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen auf Kosten der Konzerne und Banken werden!
  Dazu ist ein positives Programm zur Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen notwendig:
  - o durch eine sofortige Einführung der 35- bzw 32-Stunden-Woche für Schwer-Schicht und Akkordarbeiter bei vollem Lohnausgleich!
  - o durch den Bau von jährlich 600 000 Sozialwohnungen
  - o durch die Durchsetzung der dringenst notwendigen Umweltschutzmaßnahmen!
  - o 10% Ausbildungsquote in der Großindustrie und Übernahme der Ausgebildeten entprechend ihrer Ausbildung!

* Die Solidaritätsbewegung muß sich auf ein härteres Vorgehen des Staatsapparates einstellen. Jeder Versuch der Kriminalisierung Einzelner bzw ganzer Belegschaften muß gemeinsam und entschieden bekämpft und verhindert werden. Das Recht auf Streiks und Demonstrationen muß verteidigt und durchgesetzt werden.

* Für die stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung müssen die Solidaritätskomitees, ostdeutsche BR-Initiative, Thüringer Betriebsrätebündnis und Aktion "Arbeitsplätze für Millionen" ihre Informationen und Aktivitäten verbinden und vernetzen.

Gossner Mission

Ostwind 5.10.93
Zeitung der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode und Betriebsräteinitiative rufen auf:

Kommt alle zur Aktionskonferenz!

Wann? Samstag, 30.Oktober '93, 12 Uhr bis 17 Uhr
Wo? Bischofferode Kulturhaus neben dem Kali-Werk

Am 31. Dezember wird Bischofferode geschlossen - wenn es nach dem Willen von Treuhand, BASF und MdK-Vorstand geht. Dieser Tag rückt immer näher. Vorher wird die EG-Kommission in Brüssel ihre Entscheidung zu dem Kali-Fusionsvertrag bekanntgeben. Wird Brüssel einen Zeitaufschub verlangen? Wird Bischofferode aus dem Fusionsvertrag herausgenommen? Wird die Fusion im Kern bestätigt? Fragen über Fragen. Gewiß ist nur eins: **Der Arbeitskampf der Kali-Kumpel geht solange weiter, bis die Grube gerettet ist.** Die letzten zwei Monate müssen zur intensiven Vorbereitung auf die entscheidende Phase dieses langen Arbeitskampfes genutzt werden. Dazu dient die Konferenz. Wir wollen in Ruhe beraten, wie der Kampf weitergeführt und weiterunterstützt wird. Solidarität ist jetzt nötiger denn je. Bischofferode ist zum Symbol geworden, Vorbild und Ansporn für viele Belegschaften im Kampf gegen die Stillegungen und Arbeitsplatzvernichtung. Bischofferode muß leben!

Vorschlag für das Programm der Konferenz:

1. Bericht des Kali-Betriebsrates zur aktuellen Situation des Arbeitskampfes, Hintergründe und Erfahrungen der letzten Monate,
2. Berichte der Solidaritätskomitees und Unterstützerinnen aus den verschiedenen Städten - Stand der Solidaritätsarbeit,
3. Diskussion und Beschlüsse über die weitere Solidaritätsarbeit,
4. Organisatorisches und Finanzen.

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99251
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin,
Ostwind-Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600

Gossner Mission

SCHLUSSRESOLUTION DER AKTIONSKONFERENZ AM 30.10. IN BISCHOFFERODE
(Entwurf)

Seit über 10 Monaten wehren sich die Kaliwerker aus Bischofferode erfogreich gegen die von der Bundesregierung und Treuhand im Auftrag von BASF geplante Schließung ihres Werkes.
Mit diesem entschlossenen Kampf wurde Bischofferode zum Symbol eines sich entwickelnden Massenwiderstandes gegen Arbeitsplatzvernichtung in Ost und West!
Neben Bischofferode haben sich weitere Brennpunkte des Kampfes herausgebildet, die Proteste der Stahl- und Bergarbeiter im Revier haben gezeigt, wie schnell aus einem Funken ein Flächenbrand entstehen kann. Immer mehr kommt dabei die Kohlregierung ins Visier der Proteste!

Die 200 Teilnehmer der Aktionskonferenz am 30. Oktober in Bischofferode haben die bisherigen Erfahrungen des Kampfes und der Solidaritätsbewegung diskutiert und sind dabei ua zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Die von den Kaliwerkern vorgebrachten Argumente gegen die Schließung haben sich bislang in jeder Hinsicht als voll berechtigt erwiesen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, dem Hunger in der Welt, einer ohne Arbeit fehlenden Perspektive für unsere Jugend gibt es keine Alternative zum Weiterbetrieb des Kaliwerkes, zum Kampf um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes.
Die Konferenz fordert die sofortige Rücknahme der geplanten Stillegung des Kaliwerkes in Bischofferode!

2. Bislang haben sich Bundesregierung, Treuhand und BASF keinen Millimeter bewegt. Die Auseinandersetzung drängt auf eine Entscheidung. Es ist wichtig, daß die Kaliwerker dabei die Initiative in der Hand haben, die Einheit mit den anderen Kalibergleuten und den Bergleuten der Stein- und Braunkohlereviere herstellen.

3. Die Arbeiter und Angestellten in Ost- und Westdeutschland, die Solidaritätsbewegung muß sich auf diese Entscheidung einstellen. Dazu gehören:
- o Solidaritätsresolutionen, Delegationen aus Betrieben, Gewerkschaften, Verwaltung, Schulen usw.
- o Weiterer Aufbau von Solidaritätskomitees,
- o Organisierung von Solidaritätsstreiks, Demonstrationen, Kundgebungen
- o Spendensammlung

Die Bischofferöder sollen wissen: sie können sich auf eine breite politische, organisatorische und finanzielle Unterstützung ihres Kampfes einstellen.

4. Die beste Unterstützung und Solidarität mit Bischofferode ist, selbst den Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz aufzunehmen. Die Solidarität mit Bischofferode muß Teil einer Massenbewegung für den Kampf zum Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen auf Kosten der Konzerne und Banken werden! Dazu ist ein positives Programm zur Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen notwendig:
* Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!
* Bau von jährlich 600 000 Sozialwohnungen
* Durchsetzung der dringenst notwendigen Umweltschutzmaßnahmen!

Gossner Mission

5. Die Konferenz stellt angesichts der aktuellen Diskussion fest: Aus den Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wissen wir, Lohnverzicht sichert keinen einzigen Arbeitsplatz. Wir lehnen alle Vorschläge grundsätzlich ab, die auf eine Zwangs-Kurzarbeit ohne Kurzarbeitergeld hinauslaufen! Wir stellen fest, für uns gehört der Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und fürhöhere Löhne und Gehälter untrennbar zusammen!

6. In den nächsten Wochen und Monaten droht ein weiterer Ausverkauf und Stillegung von Betrieben durch die Treuhandanstalt. Deshalb sollen die Aktionen "5 vor 12" in Thüringen verstärkt, weitere Betriebe einbezogen und die Aktionsformen höherentwickelt werden. Die Belegschaft in Bischofferode ist Teil dieser Bewegung.
über Thüringen hinaus muß ein gegenseitiger Erfahrungs- und Informationsaustausch über Gewerkschaften, betriebliche Kontakte und Initiativen hergestellt werden. Dies muß der Absprache zur gegenseitigen Unterstützung, gemeinsamer Aktionen usw dienen.

7. Die Arbeiter und Angestellten müssen sich auf ein härteres Vorgehen des Staatsapparates einstellen. Jeder Versuch der Kriminalisierung Einzelner bzw ganzer Belegschaften muß gemeinsam bekämpft und verhindert werden. Das Recht auf Streiks und Demonstrationen muß verteidigt und durchgesetzt werden. Die Aktionskonferenz fordert die sofortige Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen vier Bischofferöder Kaliwerker und gegen Stahl- und Bergarbeiter im Zusammenhang mit Besetzungen und Blockaden.

8. Für die stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung arbeiten die Solidaritätskomitees, ostdeutsche BR-Initiative, Thüringer Betriebsrätebündnis und die Aktion "Arbeitsplätze für Millionen" eng zusammen, verbinden und vernetzen ihre Informationen und Aktivitäten.
Die eigene öffentlichkeitsarbeit muß regelmäßiger und aktueller werden, schnell vor Ort kommen. Jeder Zugang zu öffentlichen, gewerkschaftlichen und lokalen Medien muß genutzt werden.

Gossner Mission

... Ein Zufall führte ... zu dem Gedanken, die zeitgleichen Konferenzen mit Hilfe moderner Technik in einer Weise solidarischer, gegenseitiger Unterstützung durchzuführen: Wir schlagen Ihnen daher vor, eine Video-Konferenzschaltung der beiden Beratungen zu schalten, um auch öffentlich die Geschlossenheit von Betriebsräten in Ost und West ... gegen soziale Demontage in unserem Lande zu demonstrieren. Das möglicherweise auch durch die Form des Einsatzes moderner Technologie verstärkte Interesse der Medien an unseren Veranstaltungen wäre ein begrüßenswerter Nebeneffekt bei dieser Art der Behebung einer Terminpanne...

Mit freundlichen Grüßen H. Brodhun"

Termine: - Wer begleitet uns am nach ?

30.10.93		Betriebs- und Personalrätekonferenzen in Bischofferode und Bonn (siehe auch Seite 3)
30.10.93	19.00 Uhr	Berlin (Zehlendorf), Gespräche mit IGM in den Ford-Werken
02.11.93	18.00 Uhr	Köln, Veranst. des "Soli-Komitees Bischofferode"
06.11.93	17.00 Uhr	Aachen, Veranst. der Initiative "Arbeitsplätze für Millionen"
08.11.93	15.00 Uhr	Bischofferode, Gespräche mit dem Europaabgeordneten Klaus Wettig
12.11.93		München (Näheres demnächst im Betriebsrat erfragen)
19.11.93		Bergkamen, Veranst. der Initiative "Arbeitsplätze für Millionen"
19.11.93		Wuppertal, Veranst. der Initiative "Arbeitsplätze für Millionen"

Weitere Termine und Informationen können vom Betriebsrat erfragt werden.

Unsere Anschrift:
Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat
Holunger Straße
37345 Bischofferode

Tel.: 036077/99415, 99470, 99474, 99476
Fax: 036077/ 99251

Spendenkonto: 36031038
BLZ: 82054022
Kreissparkasse Worbis
Stichwort: "Solidarität"

Gossner Mission

EIN NEUES KALI - ECHO

Herausgeber von:
Kaliwerk Bischofferode
Betriebsrat
Holunger Straße
37345 Bischofferode
Tel.: 036077/99415, 99470, 99474, 99476

Nr. 4 vom 26. Oktober 1993

Gericht setzte Einigungsstelle ein

Die Außenstelle Mühlhausen des Eisenacher Arbeitsgerichtes entschied am 15. Oktober 1993, daß zur Klärung des seit Monaten andauernden Streites zwischen dem Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG (MdK) und dem Betriebsrat des Kaliwerkes Bischofferode um einem Interessenausgleich eine Einigungsstelle einzurichten ist.
Hauptstreitpunkt zwischen MdK-Vorstand und Betriebsrat ist die vorgesehene Schließung des Kaliwerkes Bischofferode, die im "zentralen" Interessenausgleich (vom Gesamtbetriebsrat "ausgehandelt") enthalten ist.
Heiner Brodhun: "Wir betrachten diese Gerichtsentscheidung zumindest als einen Rundensieg."

Regierungsamtliche Lügen?!

Den Mitgliedern des Treuhandausschusses ging Mitte Oktober ein "Bericht über Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an den Kali-Standorten Merkers und Bischofferode (veröffentlicht in NEUES DEUTSCHLAND am 22. 10. 93) zu.
Der Betriebsrat äußerte sich dazu in einem offenen Brief an das Bundesfinanzministerium (Verfasser). Darin heißt es u. a.:

"...Ein weiteres Kapitel der schon wie eine 'unendliche Geschichte' anmutenden Häufung von Halb- und Unwahrheiten, Unterstellungen und -lassungen wurde damit ... zugänglich gemacht.

Es heißt (in dem Bericht): 'Die von Treuhandanstalt und Mitteldeutscher Kali AG seit Anfang des Jahres angebotene Bereitschaft zur Planung der Nachfolgeaktivitäten am Standort Bischofferode und damit die Schaffung alternativer Arbeitsplätze scheiterte bislang an der ablehnenden Haltung der Belegschaft, der Kommune und der Kreisverwaltung. Zudem konnte eine sichere Befahrung des Betriebsgeländes durch entsprechende Arbeitsgruppen nicht gewährleistet werden'. Und an anderer Stelle: 'Bedingt durch die Werksbesetzung verzögern sich diese Vorbereitungen'.

Wenn Sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, geehrte Verfasser des zitierten Berichtes, Lügen damit sozusagen regierungsamtlich in die Welt gesetzt zu haben, dann sollten Sie sich befleißigen, wenigstens ein einziges kleines Beispiel dafür zu benennen, wann und durch wen welchen Arbeitsgruppen eine 'sichere Befahrung ... nicht gewährleistet' wurde.

Warum unsere Ablehnung, vom Kampf um unsere Arbeitsplätze als Kaliproduzenten Abstand zu nehmen ..., gerade diese Beschleunigung der Arbeitsplatzschaffung sabotiert haben soll, entzieht sich unserem Verständnis vollends.

An enttäuschenden Erfahrungen schon mehr als reich, hegen wir trotzdem die Hoffnung, daß wenigstens einige der Treuhandausschußmitglieder des Bundestages, an die Ihr Bericht offensichtlich adressiert ist, feststellen werden:

Für etwa 200 Arbeitnehmer ist Verwendung bei Verwahrungs-, Beräumungs-, Demontage- und Sanierungsarbeiten. Etwa 100 Arbeitsplätze könnten durch Ausgründungen oder MBO geschaffen werden. Bis zu 50 Über- und Untertagefachkräfte will das zu bilden beabsichtige Gemeinschaftsunternehmen in andere Werke übernehmen. An welche Ausgründungen ist denn gedacht und welche Werke kommen denn in Frage, wenn schon 125 Merkerser Kollegen nach Hattorf gehen sollen, aber gleichzeitig in den Ost- und Westgruben etwa je 1700 - 1800 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen?

Und für die anderen 350 bis 550, die Zusage für Ersatzarbeitsplätze schwankten ja bekanntlich zwischen 700 und 1000, ist Qualifizierung angesagt, oder Maßnahmen nach § 249h AFG, oder Sonder-ABM, was immer das heißen mag, und letztendlich Kurzarbeit.

Erinnern Sie sich nicht daran, daß die Versprechenden davon redeten, mit den Ersatzarbeitsplätzen die Kumpel vor Arbeitslosigkeit oder Einkommensverlust bewahren zu wollen? Dazu gehören sicherlich aber Erläuterungen, wie dies über Kurzarbeit, ABM, Qualifizierung realisiert werden soll.

... Wenn Sie es auch versäumten, in Bescheidenheit auf Mitverfasser zu verweisen - wir kennen die Handschrift der Vorstände von BASF, Mitteldeutscher Kali AG und Kali und Salz AG.

Wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß wir an unserer Forderung, den Kalistandort in Bischofferode zu erhalten, festhalten. Seiner Anlage wegen mußte Ihr Bericht uns geradezu darin bestärken.

Nach wie vor sehen wir unsere Argumente für den Erhalt unseres Kaliwerkes nicht entkräftet ...

Glück auf! W. Ertmer, Betriebsratssprecher"

Zum 21. Oktober 1993 hatten **Gewerkschaftler des Arbeitslosenkomitees Basel** Kumpel unseres Werkes zu einem **Gespräch über den Arbeitskampf in Bischofferode** eingeladen.

Die Teilnehmer - überwiegend Ausländer aus Deutschland, Italien, der Türkei und Griechenland - interessierten besonders die wirtschaftlichen, juristischen und politischen Zusammenhänge und Hintergründe, die für bzw. gegen den Weiterbetrieb der Grube wirken. Große Sympathie zeigten sie für den Mut und die Ausdauer unserer Belegschaft.

Viele Teilnehmer der vierstündigen Gesprächsrunde sind selbst arbeitslos, in ABM oder teilzeitbeschäftigt.
Trotzdem spendeten sie den Kalikumpeln 200 Franken, das sind etwa 227 DM und drängten uns förmlich auch noch das Fahrgeld auf.

Übrigens, in der Schweiz sind die Lebenshaltungskosten sehr hoch. Für einen Arbeiter ist das Leben nicht gerade einfach, und es gibt dort nicht nur Bänker.

Gossner Mission

Überraschung aus Bonn

Am Freitag, den 22. Oktober 1993, flatterte uns "wie aus heiterem Himmel" folgende Einladung auf den Tisch:

SPD
Bundestagsfraktion

Einladung
zur Betriebs- und Personalrätekonferenz
"Den Sozialstaat bewahren"
am Samstag, dem 30. Oktober 1993,
Bonn, Bundestag ("Wasserwerk")

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Massenarbeitslosigkeit werden von der Bundesregierung mit Unterstützung einiger Arbeitgeberverbände dazu genutzt, den Sozialstaat durch tiefe Einschnitte in die sozialen Leistungen und in erkämpfte Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abzubauen, statt die Arbeitslosigkeit durch aktive Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu bekämpfen. Auf einer bundesweiten Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion sollen die Folgen der unsozialen Politik der Bundesregierung diskutiert und die sozialdemokratischen Alternativen vorgestellt werden.

Dazu laden wir herzlich ein.

(Hans-Ulrich Klose)
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

(Rudolf Dreßler)
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

Keine drei Wochen vorher hatten wir gerade zu einer bundesweiten Betriebsrätekonferenz am 30. 10. 1993 nach Bischofferode eingeladen.
Eine organisatorische Panne in der Terminsintflut? Oder gar eine bewußt geplante Konkurrenzveranstaltung?
Der Betriebsrat fragte Herrn Klose in Bonn an.
Auszüge aus dem Offenen Brief:

"Sehr geehrter Herr Klose,

mit Verwunderung und - bei einem Teil unserer Kolleginnen und Kollegen - mit Zorn mußten wir heute Ihre Einladung zu der von Ihnen geplanten o. g. Konferenz am 30. Oktober in Bonn zur Kentnis nehmen. Bereits vor ca. zwei Wochen luden wirnämlich für den gleichen Termin Betriebs- und Personalräte aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Aktionskonferenz zu uns nach Bischofferode. Die Vorstellung, in den Reihen Ihrer Fraktion sei die von uns vorbereitete Veranstaltung völlig unbemerkt geblieben, fällt uns schwer.

Noch weniger vermögen wir aber zu glauben, daß Sie zu Ihrer Konferenz im Wissen um den durch gleichen Termin und gleichen Adressatenkreis entstehenden Konkurrenzcharakter der Veranstaltung eingeladen hätten.

Handelsblatt

Okt. 1993

WETTBEWERBSRECHT / Inhalt des „Abmahnbriefes" der EG-Kommission an die beteiligten deutschen Unternehmen

Bundeskartellamt für Verbot der Kali-Fusion

HANDELSBLATT, Dienstag, 26.10.1993

df DÜSSELDORF. Nach der EG-Verordnung über die Fusionskontrolle hat die EG-Kommission vor einer Entscheidung nach Art. 18 der Verordnung den beteiligten Unternehmen Gelegenheit zu geben, sich zu den Einwänden der Kommission gegen den Zusammenschluß zu äußern. Die Kommission hat mit Schreiben vom 13.10.1993 der Kali und Salz AG (K+S), der Mitteldeutschen Kali AG (MDK) und der Treuhandanstalt (THA) ihre Bedenken gegen die beabsichtigte Fusion dieser beiden Unternehmen mitgeteilt (siehe auch Handelsblatt vom 26.10.1993).

Nach diesen „Abmahnschreiben" kann nach Auffassung der Kommission davon ausgegangen werden, daß der Zusammenschluß auf dem deutschen Markt für landwirtschaftlich genutztes Kali zu einer faktischen Monopolstellung führen würde. Es gebe nur ganz minimale Importe auf den deutschen Markt. K+S habe schon heute eine marktbeherrschende Stellung, die durch den Zusammenschluß weiter verstärkt würde.

In der Bundesrepublik nur noch ein Anbieter von Kali

Und in der europäischen Gemeinschaft würde es nach dem Zusammenschluß nur noch zwei dominierende Anbieter geben, nämlich K+S/MDK und den französischen Produzenten SCPA. Diese beiden Anbieter bilden nach Auffassung der Kommission ein Duopol, daß den weitaus größten Teil der Kaliproduktion in der EG auf sich vereinigen würde. Zwischen den beiden Anbietern gebe es keinen wirksamen Wettbewerb.

Die Kommission setzt sich in ihren Briefen an die deutschen Beteiligten auch mit der Frage auseinander, ob eine „Sanierungsfusion" vorliege und welche Auswirkungen dies auf die wettbewerbliche Beurteilung des Zusammenschlusses habe. Die Kali-Unternehmen hatten geltend gemacht, daß MDK ohne den Zusammenschluß kurzfristig aus dem Markt ausscheiden müßte und die dann freiwerdenden Marktanteile im wesentlichen K+S zuwachsen würden. Damit seien die Voraussetzungen der „failing company defence" erfüllt, nach der in einer derartigen Situation die Entstehung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung fusionsrechtlich hingenommen werden müsse.

Die Kommission erkennt offensichtlich an, daß die Marktposition der MDK auf dem deutschen Kalimarkt höchstwahrscheinlich K+S zufallen dürfte, wenn MDK aus dem Markt ausscheiden müßte. Hingegen geht sie nicht davon aus, daß dies auch für den Bereich der Gemeinschaft gelten müßte. Hier fehle es jedoch an der Sicherheit der Prognose, welchem europäischen Anbieter in welchem Umfang die freiwerdenden Marktanteile der MDK außerhalb Europas zuwachsen würden.

Im übrigen befaßt sich die Kommission mit der Frage, ob MDK nicht in der Lage wäre, sich allein zu behaupten, falls ihr von der Treuhand dieselben Mittel für Nachholinvestitionen und notwendige Umstrukturierungen zur Verfügung gestellt würden, wie sie im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Zusammenschluß vorgesehen sind.

Die Kommission hat es in der vorliegenden Mitteilung der Beschwerdepunkte vermieden, eine abschließende Beurteilung des Zusammenschlußvorhabens abzugeben. Doch heißt es abschließend in den Briefen: „Es ist im derzeitigen Verfahrensstadium zweifelhaft, ob der Zusammenschluß gleichwohl unter den Gesichtspunkten der 'failing company defence' als mit dem gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden könnte."

Das Bundeskartellamt kommt jedoch in seiner Stellungnahme gemäß Art. 19 der Fusionskontrollverordnung zu der Empfehlung an die Kommission, die Fusion zu untersagen. Denn es sei zu erwarten, daß der geplante Zusammenschluß auf den Märkten für Dünge- und Industriekali in der Bundesrepublik eine beherrschende Stellung zu verstärken drohe, durch die ein wirksamer Wettbewerb auf diesen Märkten verhindert werde. Allerdings teilt das Bundeskartellamt die Auffassung der Unternehmen, daß der Zusammenschluß wegen Überschreitens der Umsatzschwellenwerte der EG-Fusionskontrolle bei der EG-Kommission anzumelden sei. Eine parallel vorsorglich vorgenommene Anmeldung des Zusammenschlußvorhabens bei Bundeskartellamt nach nationalem Recht sei von den Unternehmen wieder zurückgenommen worden.

Nach Feststellung des Bundeskartellamtes finden bei den Hauptprodukten der beiden Unternehmen Importe nicht statt. Die Marktversorgung im Inland erfolge also ausschließlich national, was auch eine Folge der ungünstigen Relation zwischen dem Produktwert und den Transportkosten sei. Dadurch bildeten sich typische „Heimatmärkte" heraus.

Die Exporttätigkeit der Fusionspartner sei beachtlich; ob sie auf den Exportmärkten ebenfalls zu marktbeherrschenden Stellungen führe, kann das Bundeskartellamt ohne weitere Ermittlungen nicht feststellen.

Eine Aufteilung des Marktes innerhalb von Deutschland

Zwischen K+S und MDK besteht nach Feststellung des Berliner Amtes die weitere Besonderheit einer innerdeutschen Marktaufteilung, nach der K+S geliefert grundsätzlich nur die alten und MDK nur die neuen Bundesländer. Auch gibt es ein verzweigtes Vertriebs- und Servicesystem dieser inländischen Anbieter mit entsprechenden Bindungen der Handelsgenossenschaften und Endnachfrager. Der Aufbau eines vergleichbaren Logistiksystems durch ausländische Wettbewerber wäre außerordentlich investitions- und zeitaufwendig.

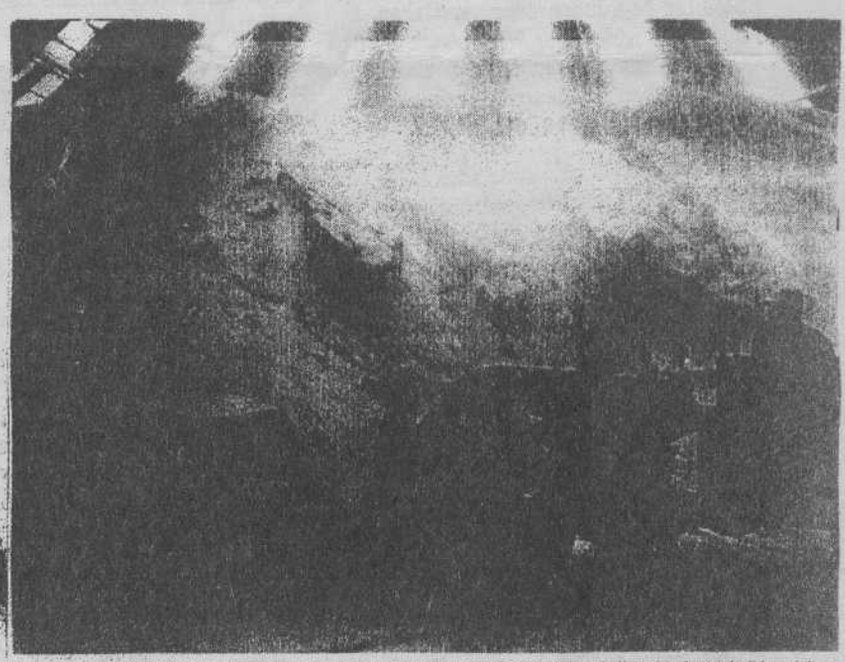
Das Bundeskartellamt kann nicht erkennen, daß durch den Zusammenschluß der Wettbewerb belebt würde, was eine Genehmigung der Fusion nach der EG-Verordnung rechtfertigen könnte. Der Einfluß konkurrierender Anbieter sei marginal. Inländische Wettbewerber werde es nach dem Zusammenschluß nicht mehr geben, ausländische Wettbewerber übten keinen Wettbewerbsdruck auf den deutschen Kalimarkt aus. Ausweichmöglichkeiten der Abnehmer bestünden nicht. Die Bindungen der Agrargenossenschaften und der Endnachfrager an die Anbieter sowie das Vertriebs- und Servicenetz der K+S seien derart ausgeprägt, daß ihr wettbewerblicher Handlungsspielraum in hohem Maße begrenzt sei.

Eine Verstärkung marktbeherrschender Stellungen zu verneinen, wäre wohl nur möglich, wenn ohne den Zusammenschluß das Marktpotential beider Unternehmen ohnehin zusammenwachsen würde, weil im Falle eines eventuellen Ausscheidens von MDK aus dem Markt ohne Zusammenschluß insbesondere auch die Bezüge der bisherigen inländischen MDK-Abnehmer vollständig auf K+S übergehen würden.

So bliebe die Frage zu prüfen, inwieweit ausländische Wettbewerber an MDK interessiert seien, zumal die Vorkommen der MDK noch für eine längere Zeit als die Vorkommen beispielsweise in Frankreich abgebaut werden könnten.

Alles in allem kommt das Bundeskartellamt zu dem Ergebnis: „Bei den Märkten für Düngekali und Industriekali handelt es sich um gesonderte nationale Referenzmärkte. Auf diesen Märkten droht die Gefahr, daß durch den Zusammenschluß eine bereits bestehende marktbeherrschende Stellung weiter verstärkt wird."

Übrigens wird die EG-Kommission in dem bei ihr anhängigen Verfahren nicht nur die Frage der Marktbeherrschung, sondern auch der staatlichen Beihilfen für das fusionierte Unternehmen zu prüfen haben. Bei dieser Prüfung allerdings hat sie die Alleinzuständigkeit. Und da die Folgen des Zusammenschlusses auch nach der Stellungnahme des Amtes nicht auf Deutschland beschränkt sind, sondern auch andere Mitgliedsländer betreffen, ist das Bundeswirtschaftsministerium der Meinung, daß die Verweisung der Wettbewerbsprüfung der Fusion an das Bundeskartellamt nicht hätte verlangt werden können.



Das Bundeskartellamt kommt zu dem Ergebnis: „Bei den Märkten für Düngekali und Industriekali handelt es sich um gesonderte nationale Referenzmärkte. Auf diesen Märkten droht die Gefahr, daß durch den Zusammenschluß eine bereits bestehende marktbeherrschende Stellung weiter verstärkt wird." Foto: Schoelzel

Gossner Mission

EG-Kommission will die umstrittene Fusion deutscher Kaliproduzenten wegen des Entstehens einer marktbeherrschenden Stellung auf dem deutschen und dem europäischen Markt verbieten

Spekulation auf die Nonchalance der Brüsseler Fusionskontrolle ist mißlungen

Von HANS MUNDORF

Nach einer Spiegel-Meldung wird die EG-Kommission die umstrittene Fusion der ost- und westdeutschen Kali-Firmen verbieten: In gleichlautenden Abmahnschreiben teilte EG-Kommissar Karel van Miert den Vorständen von Kali + Salz und der Mitteldeutschen Kali (MdK) mit, daß das fusionierte Unternehmen den deutschen Markt fast vollständig und den europäischen Markt im Duopol mit einem französischen Unternehmen zu zwei Dritteln beherrschen würde.

Nach Art. 2 der EG-Verordnung über die Fusionskontrolle sind aber „Fusionen, die eine beherrschende Stellung begründen oder verstärken, durch die wirksamer Wettbewerb im Gemeinsamen Markt oder in einem wesentlichen Teil desselben erheblich behindert wird", zu untersagen.

Solche Briefe sind zwar noch keine formellen Untersagungsverfügungen, indizieren jedoch den Tenor der endgültigen Brüsseler Entscheidung. Und

Die Bundesregierung hat nämlich in den letzten Monaten keine Gelegenheit versäumt, die von der EG-Kommission ausgeübte Fusionskontrolle als europäischen Klüngel zu verdächtigen. Die Praxis der Kommission, förmliche Prüfungsverfahren in Fusionsfällen mit wettbewerblich kritischer Ausgangslage nicht zu eröffnen, sei wettbewerbspolitisch höchst bedenklich. Die Bundesregierung fordert deshalb die zwingende Einleitung eines förmlichen Verfahrens in all den Fällen, in denen ein Mitgliedstaat substantielle Bedenken vorträgt.

Des weiteren sei das Entscheidungsverfahren der Kommission zu intransparent, und die Fusionskontrollentscheidungen der Kommission seien politisiert. Deshalb hat sich die Bundesregierung gegen eine Ausdehnung der Kontrollkompetenzen Brüssels ausgesprochen und sieht keine Notwendigkeit für eine Absenkung der Aufgreifschwellen für die Brüsseler Fusionskontrolle von derzeit fünf Milliarden Ecu, welche in der Kontrollverordnung vorgesehene Maßnahme den Einzugsbereich der Kommission erweitern würde.

Die Bundesregierung fordert die Einrichtung eines Europäischen Kartellamtes nach Berliner Muster zum Zwecke der Entpolitisierung der Brüsseler Entscheidungen und die Re-Nationalisierung des Europäischen Wettbewerbsrechtes nach dem im Vertrag von Maastricht verankerten Subsidiaritätsprinzip (siehe Handelsblatt vom 20.9.1993).

Die Kommission hat jetzt die Gelegenheit des Fusionsvertrages K+S/MdK benutzt, um den Deutschen auf ihrem eigenen Spielfeld eine wettbewerbspolitische Lehre zu erteilen.

Denn die Bundesregierung wollte im Kalifall aus politischen Gründen unter allen Umständen die Fusionsgenehmigung, was immer das deutsche und das europäische Wettbewerbsrecht auch dazu sagen. Die Bundesregierung hatte diese Genehmigung von der EG-Kommission erwartet, deren

bewerblichen Überlegungen bei der Fusionskontrolle sie diesmal im Bonner Interesse nutzen wollte.

Das Bundeskartellamt ist nämlich ein strikter Gegner dieser Fusion, sieht es doch in ihr die Grundsteinlegung zu einem deutschen Kalimonopol. Auch soll der bisher noch nicht veröffentlichte und wohl auch nicht publizitätsfähige Vertrag die merkwürdigsten Klauseln enthalten, vom vertraglichen Ausschluß aller anderer Interessenten als K+S bis zum Verlustausgleich durch den Steuerzahler (siehe Handelsblatt vom 2.8.1993). Immerhin soll der Zusammenschluß mit über einer Milliarde Mark subventioniert werden, welche Hilfsgelder allerdings die MdK auch ohne Partner im Wettbewerb würden bestehen lassen.

Zwar fällt diese Kali-Fusion zunächst in die Kompetenz der EG-Kommission, weil die beteiligten Unternehmen als Konzern einen weltweiten Umsatz von mehr als fünf Milliarden Ecu haben. Doch hätte nach Art. 9 der EG-Fusionskontrollverordnung das Bundeskartellamt in Brüssel den Antrag auf Überweisung des Prüfverfahrens an die deutsche Kartellbehörde stellen können, da es vornehmlich der deutsche Markt ist, auf dem das Monopol konstruiert werden soll.

Und eben diesen Antrag hat das Bundeskartellamt nicht stellen dürfen: Das Amt ist nämlich gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium weisungsgebunden, und der Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt wollte nicht, daß diese Fusion mit ihrem hochpolitischen Inhalt ausgerechnet an der rigorosen deutschen Wettbewerbsbehörde und ihrem wettbewerblichen Purismus scheiterte.

Zwar hätte auch eine Berliner Untersagung nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen durch eine Ministererlaubnis überspielt werden können. Doch es fehlte in Bonn auch der Mut zu einem politischen Kontra gegen die Wettbewerbserwägungen des Bundeskartellamtes. Bonn wollte, daß in diesem Fall Brüssel die deutsche Kartoffel aus dem Feuer holen sollte. Man vertraute auf die ansonsten kritisierte Nonchalance der Kommission in Wettbewerbsfragen.

Offensichtlich ist nun aber die Kommission entschlossen, ausgerechnet den Deutschen am Kalifall ihre Wettbewerbstreue zu demonstrieren und keine Rücksichten zu nehmen auf politische Gründe. Bisher wurde von 170 in Brüssel gestellten Fusionsanträgen nur ein einziger Fall abgelehnt. Bonn erlebt jetzt, daß es das Gesetz der Serie nicht gibt, auf das man gehofft hatte. Die Kali-Fusion könnte das zweite Beispiel für die Untersagung eines Zusammenschlusses durch die Kommission werden, zur Freude der Kali-Arbeiter in Bischofferode und zum Ärger des liberalen Bundeswirtschaftsministers Rexrodt.

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG
Nr. 207 / Dienstag, 26. 10. 1993

Gorbachev Mission

Daten!

BISCHOFFERODE IST ÜBERALL!

Am 31. 12. 1993 soll das Werk Bischofferode geschlossen werden. Dieser Willkürakt aus reinen Profitinteressen der BASF kann von seiten der Belegschaft nicht akzeptiert werden. Behauptungen von MdK, K+S und IGBE sollen die wirklichen Ziele dieser Kalifusion verschleiern.

Das behaupten THA, K+S, MdK und IGBE	*Richtigstellung durch die Bischofferöder*
. Für Bischofferode keinen Käufer gefunden; Peine kam zu spät	. Entgegen der sonstigen Linie der THA wurde die ostdeutsche Kaliindustrie nur im Gesamtpaket angeboten, so daß nur K+S in Frage kam
. Überproduktion an Kali	. laut Geschäftsbericht von K+S, ausgerechnet von1990-92 Verbesserung des Betriebsergebnisses von minus 78 Millionen auf minus 14 Millionen - wie ist das möglich bei weltweiter Überproduktion?
. Weltweite Absatzprobleme . Kapazitäten müssen abgebaut werden	. Bischofferode hat gesicherten Markt in Nord- und Westeuropa mit steigender Tendenz. . Produkt von Bischofferode kann von keinem anderen deutschen Kaliwerk z.Z. hergestellt werden. . Kaufinteressent Fa. Peine hat Vorverträge von 650000 t K 60 pro Jahr bis 1998.
. Bischofferode besitzt nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen, um am Markt bestehen zu können	. Wir haben einen seriösen Kaufinteressenten . Vorräte für ca. 45 Jahre . wesentlich höheren K_2O-Gehalt als die hessischen Gruben . stabilen zahlungskräftigen Markt in Nord- und Westeuropa . eine vergleichsweise hohe Auslastung
. Weiterführung der Produktion in Bischofferode zu teuer	. Alle Kaliproduzenten in Deutschland schreiben rote Zahlen. . Im Vergleich der Betriebskosten schneidet Bischofferode gut ab . Aussage Investor Peine: Bischofferode ist in Gewinnzone zu führen, deshalb auch Übernahmeangebot

Gossner Mission

Das behaupten THA, K+S, MdK und IGBE	*Richtigstellung durch die Bischofferöder*
. Die Kosten zum Abbau einer Tonne Kali liegen bei 167,00 DM, die Erlöse nur bei 100 DM . Aufbereitung des Salzes zu teuer	. Peine hat Vorverträge mit einem Kaufpreis von 98 Dollar pro Tonne. Verwechselung DM und Dollar? . Der K_2O-Gehalt beim Bischofferöder Rohsalz ca. 13 %; damit liegt das Bischofferöder Rohsalz im oberen Drittel des durchschnittl. K_2O-Gehaltes der deutschen Werke . Von Kunden wird unser Produkt im Mannheimverfahren veredelt zu Kaliumsulfat. . Mit der Schließung von Bischofferode werden Abbaukapazitäten ins Ausland verlagert
. KMgCa: Würde Bischofferode dieses Produkt vermarkten, wäre es ein Störfaktor für den Kamex-Markt in Hessen (Aussage Dr. Bethke von K+S)	. Geplante Produkterweiterung durch KMgCa-Dünger hat positive Wirkung für Bischofferode, KMgCa-Dünger Novum auf dem Düngemittelmarkt, besonders geeignet für leichte und zur Versauerung neigende Böden sowie zur Walddüngung (LUFA-Studie Jena)
. Fusion sichert 7500 Arbeitsplätze im Kalibergbau . Erhalt vonBischofferode gefährdet gesamte deutsche Kaliindustrie	. Fusion kann stattfinden, aber Bischofferode muß ausgegliedert werden. . Bischofferode hat einen anderen Markt als die anderen Kalistandorte, und das Produkt von Bischofferode kann z. Z. kein anderes deutsches Werk ohne zusätzliche Investitionen liefern, deshalb gefährdet Bischofferode auch keine Arbeitsplätze in der deutschen Kaliindustrie.
. Fusionskonzept ist ausgewogen, Ost und West bringen gleiche Opfer (IGBE)	. Bischofferode und Merkers sollen noch 1993 geschlossen werden, auf westlicher Seite wird der Arbeitsplatzabbau bis 1997 gestreckt. . Nach Fusion werden im Westen 2/3 und im Osten 1/3 der gesamten deutschen Kaliproduktion erzeugt; vor der Wende war dieses Verhältnis genau umgekehrt. Das nennt die IGBE ausgewogen!
. Fusion sichert Erhalt von Unterbreizbach und Zielitz 1,3 Milliarden fließen nur in diese Werke	. Der Verdacht bleibt bestehen, daß mit Treuhandmitteln Westfirmen saniert werden. . Es ist fraglich, ob Zielitz und Unterbreizbach langfristig einen Platz im neuen Unternehmen haben.

Deshalb: Diese und andere Unsicherheiten können nur durch Offenlegung des Fusionsvertrages ausgeräumt werden - unterstützt uns in dieser Forderung!

Fazit: Bischofferode beliefert die Konkurrenz der BASF und soll deshalb sterben!

Gossner Mission

MITTELDEUTSCHE KALI AG
Kali
WERK BISCHOFFERODE

Mitteldeutsche Kali AG. Werk Bischofferode - D-37345 Bischofferode, über Leinefelde

An
Nachrichtenagenturen,
Presse, Funk, Fernsehen

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unsere Zeichen
Tel. Durchwahl
Datum
22.10.1993

Pressemitteilung

Betriebsrat Bischofferode schlägt SPD Zusammenarbeit bei zeitgleichen Konferenzen vor

Konferenzschaltung statt Konkurrenz der Konferenzen

Mit einem offenen Brief an den Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose reagierte der Betriebsrat des Kaliwerks Bischofferode am Freitag, dem 22. Oktober, auf eine offenbar bundesweit versandte Einladung der Bundestagsfraktion der SPD zu einer "Betriebs- und Personalrätekonferenz - Den Sozialstaat bewahren", die am 30. Oktober in Bonn stattfinden soll. Darin drücken die Kalikumpel ihre Enttäuschung über die als unglücklich bezeichnete Terminwahl der Sozialdemokraten aus. Die Bischofferöder hatten die betrieblichen Interessenvertreter bereits vor 2 Wochen für den gleichen Tag zu einer Aktionskonferenz nach Bischofferode eingeladen. Nun boten die Eichsfelder der SPD die Zusammenarbeit am 30. Oktober zur Erreichung gemeinsamer Ziele durch eine Video-Konferenzschaltung der Konferenzen an.

Mit ihrer Aktionskonferenz am 30. Oktober 1993 wollen die Bischofferöder mit ihren Bündnispartnern, aktiven Betriebsräten in Ost und West, Strategien für das weitere Vorgehen gegen die Stillegung der Kaligrube, Arbeitsplatzabbau aber auch soziale Demontage beraten. Die Verblüffung sei groß gewesen, als am Freitagmorgen die Einladung der SPD-Bundestagsfraktion zu einer Konferenz der gleichen Adressaten für den gleichen Termin, allerdings ins Wasserwerk in Bonn eingetroffen sei.

Zunächst habe man nicht gewußt, wie man die Einladung der Sozialdemokraten hätte deuten sollen. Wie der stellvertretende Betriebsratsvorsitzender Gerhard Jüttemann gegenüber der Presse erklärte, finden die Bischofferöder diese Einladung auch deshalb besonders unglücklich, weil das von der SPD mit ihrer Konferenz verfolgte Ziel, die Bewahrung des Sozialstaats, in vorderster Front auch von den nach Bischofferode geladenen Betriebsräten verfolgt werde. Gern hätte man daher an der Veranstaltung der SPD Bundestagsfraktion teilgenommen.

Eine Terminverschiebung der Bischofferöder Aktionskonferenz sei jedoch unmöglich geworden, da die Situation des Faserwerks in Schwarza trotz "Gnadenfrist"-Beschlusses der Treuhandanstalt wie auch die eigene im Kaliwerk zunehmend prekär werde. "Die Aufgabe unserer Aktionskonferenz ist es, darauf eine Antwort zu geben und wenn einer Belegschaft wie den Faserwerkern, die uns unterstützte, die Zukunft genommen wird, können und werden sich die Bischofferöder nicht nach Bonn verdrücken", erkärte Jüttemann.

Registergericht: Kreisgericht Erfurt
Registernummer: HRB 965
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr. Ulrich Steger
Mitglieder des Vorstandes: Friedhelm Teusch, Sprecher; Peter Bockhaus; Hans Jürgen Ertle; Dr. Heinz Mühlberg; Alwin Potthoff
Bankverbindung: Deutsche Bank AG, Erfurt; Konto 130 88 08; BLZ 820 700 00
Telefon: 03 60 77 - 990
Telefax: 03 60 77 - 99 300
Telex: 34 05 21 Kali d

Gossner Mission

In ihrem offenen Brief an den Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose betonen die Kaliwerker gemeinsame Interessen und fordern ihn auf, künftig sorgfältiger bei der Terminwahl vorzugehen. Die SPD setze sich sonst dem Verdacht aus, Widerstandsaktivitäten der Arbeitnehmer zu spalten. Solche Diskussionen wären aber verhängnisvoll für die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele. Um eine solche Spaltung zu verhindern, forderten die Bischofferöder den SPD-Fraktionschef auf, die Verbundenheit seiner Partei mit den Arbeitnehmern auch in Ostdeutschland durch die Schaffung einer technischen Verbindung beider Konferenzen, einer Video-Konferenzschaltung beider Konferenzen, zu dokumentieren.
Jüttemann: "So wird jeder falsche Zungenschlag, der aus der unglücklichen Terminüberlagerung resultieren könnte, vermieden und die Diskussionen unserer Konferenzen können sich gegenseitig ergänzen."

Heiner Brodhun

Betriebsratsvorsitzender

Anlage: Offener Brief des Betriebsrates an Hans-Ulrich Klose

Gossner Mission

MITTELDEUTSCHE KALI AG

Mitteldeutsche Kali AG, Werk Bischofferode - D-37345 Bischofferode, über Leinefelde

PER TELEFAX 0228-167454
An die
SPD-Bundestagsfraktion
z. Hdn. des Vorsitzenden
Hans-Ulrich Klose
Bundeshaus

63113 Bonn

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unsere Zeichen
Tel. Durchwahl
Datum

22.10.1993

Offener Brief

Betriebs- und Personalrätekonferenz - Den Sozialstaat bewahren

Sehr geehrter Herr Klose,

mit Verwunderung und - bei einem Teil unserer Kolleginnen und Kollegen - mit Zorn mußten wir heute Ihre Einladung zu der von Ihnen geplanten o.g. Konferenz am 30. Oktober in Bonn zur Kenntnis nehmen. Bereits vor ca. zwei Wochen luden wir nämlich für den gleichen Termin Betriebs- und Personalräte aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Aktionskonferenz zu uns nach Bischofferode. Die Vorstellung, in den Reihen Ihrer Fraktion sei die von uns vorbereitete Veranstaltung völlig unbemerkt geblieben, fällt uns schwer.

Noch weniger vermögen wir aber zu glauben, daß Sie zu Ihrer Konferenz im Wissen um den durch gleichen Termin und gleichen Adressatenkreis entstehenden Konkurrenzcharakter der Veranstaltung eingeladen hätten.

Wir gehen davon aus, daß wir gerade zu der Themenstellung der von Ihnen geplanten Konferenz vollständige Übereinstimmung in den Zielen haben. Dies wird schon daran deutlich, daß das auch von uns mitgetragene Aktionsbündnis Thüringer Betriebsräte neben der Zielsetzung, weiteren Arbeitsplatzabbau zu verhindern, ausdrücklich gegen die von der Bundesregierung betriebene soziale Demontage mobilisiert. Aus diesem Grunde hielten wir es für verhängnisvoll, wenn z.B. durch unglückliche Terminsetzungen, wie Sie Ihnen nach unserer Vermutung in diesem Falle unterlaufen ist, Diskussionen entstünden, daß auch die Sozialdemokratie die Ausgrenzung unserer Belegschaft und damit die Spaltung von Arbeitnehmern betreibe.

Unsere Diskussion über Ihre Einladung, der wir - wenn überhaupt - nur durch die Entsendung eines oder zweier Vertreter unseres Betriebsrats nach Bonn entsprechen können, war daher getragen von dem Bemühen, die entstandene Konkurrenz der Veranstaltungen zu überwinden, um in der Öffentlichkeit keine falschen Signale zu setzen.

Die in diesem Zusammenhang zuerst angestellte Überlegung, unsere Aktionskonferenz kurzfristig zu verschieben, läßt sich jedoch nicht realisieren. Obwohl die Treuhandanstalt am vergangenen Donnerstag (noch) nicht, wie von uns befürchtet wurde, die Schließung des Faserwerks in Schwarza beschlossen hat, ist auch durch die nun gegebene "Gnadenfrist" die Lage unserer

Registergericht: Kreisgericht Erfurt
Registernummer: HRB 965

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr. Ulrich Steger

Mitglieder des Vorstandes: Friedhelm Tausch, Sprecher; Peter Backhaus; Hans Jürgen Ertle; Dr. Heinz Mühlberg; Alwin Potthoff

Bankverbindung: Deutsche Bank AG, Erfurt; Konto 130 88 08; BLZ 820 700 00

Telefon: 03 60 77 - 990
Telefax: 03 60 77 - 99 300
Telex: 34 05 21 Kali d

Gossner Mission

Kolleginnen und Kollegen dort äußerst prekär. Auch für unser Kaliwerk müssen wir mit einer Zuspitzung der Auseinandersetzung in kürzester Frist rechen, so daß für unsere Aktionskonferenz unaufschiebbare Aufgaben anstehen.

Ein Zufall führte in unserer Beratung zu dem Gedanken, die zeitgleichen Konferenzen mit Hilfe moderner Technik in einer Weise solidarischer, gegenseitiger Unterstützung durchzuführen: Wir schlagen Ihnen daher vor, eine Video-Konferenzschaltung der beiden Beratungen zu schalten, um auch öffentlich die Geschlossenheit von Betriebsräten in Ost und West in gemeinsamem Vorgehen mit der SPD gegen soziale Demontage in unserem Lande zu demonstrieren. Das möglicherweise auch durch die Form des Einsatzes moderner Technologie verstärkte Interesse der Medien an unseren Veranstaltungen wäre ein begrüßenswerter Nebeneffekt bei dieser Art der Behebung einer Terminpanne.

Auch wenn wir auf diese Weise zum Ergebnis zweier "runder Veranstaltungen" gelangen können, möchten wir Sie dennoch auffordern, künftig vor der Einladung zu Veranstaltungen auch die Planungen von Partnern, die gleiche Ziele verfolgen, zu berücksichtigen. Nicht jedesmal, so fürchten wir, läßt sich aus - vermeidbarer - Not eine Tugend machen.

In der Hoffnung, daß Sie sich für das von uns vorgeschlagene Vorgehen entscheiden, erwarten wir umgehend Ihre Antwort, um gemeinsam die organisatorischen Voraussetzungen für die Video-Schaltkonferenz veranlassen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Betriebsrat des
Kaliwerks Bischofferode

Heiner Brodhun
Vorsitzender

Anlage: Pressemitteilung des Betriebsrates vom heutigen Tage

Gossner Mission

Harald Messlin, Pfarrer
Ifflandstraße 2
10179 B e r l i n

Herrn
Rudolf Scharping
Vorsitzender der SPD

Ollenhauerstraße 1

53113 B O N N

Berlin, am 6.Oktober 1993

Sehr geehrter Herr Scharping!

Mit diesem Brief reagiere ich spontan auf ein Interview mit Ihnen, das die "Berliner Zeitung" in ihrer heutigen Ausgabe abdruckt. Als Anlage schicke ich Ihnen einen Text mit, den ein Freund von mir nach intensiver Beschäftigung mit dem Kampf der Kali-Bergleute in Bischofferode formuliert hat. Nachdem ich in Ihrem Interview noch einmal gelesen habe, was Sie zu der Problematik der beabsichtigten Schließung des Kali-Werkes Bischofferode zu sagen haben, gehe ich nicht davon aus, daß Sie auch nur einer der in dem Papier formulierten Thesen zustimmen können. Ich übersende es Ihnen dennoch, weil Sie zumindest zur Kenntnis nehmen sollten, warum die Art und Weise, wie die Treuhand und die hinter ihr stehende Bundesregierung mit den Bischofferoder Kali-Kumpeln verfahren und deren mutiger Widerstand dagegen so eine große Bedeutung für uns haben. Dies kann Ihnen im nächsten Jahr helfen zu begreifen, weshalb auch die SPD im Osten Deutschlands aller Voraussicht nach erschreckend wenig Stimmen bekommen wird. Angesichts Ihres Verhaltens den Bischofferoder Kumpeln gegenüber, deren gewählte Vertreter Sie zu Ihrem Kali-Gespräch vor etwa zwei Wochen bewußt nicht eingeladen hatten und über deren Schicksal Sie letztlich nicht anders reden als die Treuhand-Manager, fehlt uns das Vertrauen zu dem, was Sie ansonsten in dem Interview an Richtigem und Wichtigem sagen.

Ich war zwanzig Jahre evangelischer Gemeindepfarrer in der DDR und arbeite jetzt im Bereich "Missionarischer Dienst in der Industriegesellschaft" der Gossner Mission in Berlin. Trotz mancher Enttäuschung über die praktische SPD-Politik in

Gossner Mission

der alten Bundesrepublik und nach der "Wende" ist meine Sympathie für Ihre Partei nie ganz erloschen. Als Sie zum Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD wurden, haben mir meine Kollegen von der Gossner Mission in Mainz voller Hochachtung von Ihrer bisherigen Arbeit in Rheinland-Pfalz berichtet. Umso enttäuschter bin ich jetzt von Ihren sehr allgemeinen und auf die konkreten Argumente der Bischofferoder Kali-Kumpel in keiner Weise eingehenden Äußerungen.

Können Sie einleuchtend erklären, wie es zugehen soll, daß die Erhaltung von 700 Arbeitsplätzen in Bischofferode alle 7 500 Arbeitsplätze in der deutschen Kali-Industrie gefährdet ?

Wenn Sie der Argumentation der Treuhand folgen, daß von den 7500 zu rettenden Arbeitsplätzen ja 3000 in Ostdeutschland liegen, es da also ein einigermaßen ausgeglichenes Verhältnis geben soll, warum verschweigen Sie dann, daß im Osten in den letzten zwei Jahren bereits über 25 000 (!) Kali-Bergleute entlassen wurden (davon über 1000 allein vom Bischofferoder Kali-Schacht) ?

Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, daß die Bischofferoder Betriebsräte nicht eigentlich den Kali-Fusionsvertrag bekämpfen, sondern fordern, daß ihr Schacht, für den es einen Investor gibt, aus diesem Vertrag herausgenommen und für sich privatisiert wird ?

Wenn Sie davon sprechen, daß die Bischofferoder ihre Meinung zum Fusionsvertrag geändert haben sollen, warum sagen Sie nicht auch, daß bei den betreffenden Verhandlungen von einer Schließung der Bischofferoder Grube, die nach Einschätzung von Experten alles andere als "marode" ist und in die seit der "Wende" über 25 Millionen DM investiert wurden, eben nicht die Rede war (im Gegenteil, noch im Sommer 1992 wurde den Bischofferodern von Ministerpräsident Vogel zugesichert, daß ihre Grube nicht geschlossen wird) ?

Warum nehmen Sie nicht Stellung zu der Tatsache, der seit ihrem Bekanntwerden nicht einmal die Treuhand ernsthaft widerspricht, daß durch den Fusionsvertrag für drei Jahre alle Defizite der BASF-Tochter Kali-und Salz AG Kassel von der Treuhand beglichen werden sollen ?

Weshalb gehen Sie mit keinem Wort darauf ein, daß die Treuhand und der Bundeswirtschaftsminister mit abenteuerlichen und sich teilweise widersprechenden Begründungen die Offenlegung des Fusionsvertrages bzw. die Einsichtnahme durch einen Anwalt oder einen Wirschaftsfachmann, der das Vertrauen der Bischofferoder hat, bis heute ablehnen ?

Weshalb lassen Sie Sich nicht von dem Vertreter Ihrer Partei im Treuhandausschuß, der vor wenigen Tagen zum ersten Mal "Einsicht" in den Vertrag erhalten sollte, berichten, was für eine Farce auch für ihn diese Art Einsichtnahme ist, von der die Betroffenen in Bischofferode genau wie die Öffentlichkeit ohnehin nichts erfahren sollen ?

Gossner Mission

Sehr geehrter Herr Scharping - ich bilde mir nicht ein, Ihnen mit meinen Fragen, die noch durch eine Serie weiterer zu ergänzen wären, irgendwelche Neuigkeiten zum Fall Bischofferode mitgeteilt zu haben. Ich denke vielmehr, Sie haben gute Gründe, sich der Argumentation der Bundesregierung, der Treuhand, des Vorstandes der Kali- und Salz AG Kassel und des Vorsitzenden der IGBE anzuschließen. Und sicher stimmt es ja, daß die Stimmen der 700 Kalikumpel von Bischofferode nicht so sehr ins Gewicht fallen werden bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr.

Abr Sie sollten daran denken, daß nicht nur im Osten Deutschlands eine große Zahl von Menschen ihr Wahlverhalten auch mit davon abhängig machen wird, wie die großen Parteien mit den mutigen Bischofferoder Kali-Kumpeln, die uns wieder ein Stück "aufrechten Gang" gelehrt haben, umgehen. Nicht von ungefähr haben die Leitungen der Katholischen Kirche in Thüringen, der Evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und der Evang.-Luth. Kirche in Thüringen ihre Solidarität mit Bischofferode so deutlich bekundet!

Es geschieht immer häufiger, daß ich bei Gesprächen mit sehr unterschiedlichen Leuten zu hören bekomme: "Wen sollen wir denn in Zukunft nur wählen?" Ich muß gestehen, Ihre Äußerungen zu Bischofferode haben mir eine Antwort auf diese Frage noch schwerer gemacht.

Ganz habe ich die Hoffnung, daß Sie Sich doch noch bereit erklären zu einem direkten Gespräch mit dem Betriebsrat der Bischofferoder Kali-Grube, nicht aufgegeben.

Mit der Bitte um Verständnis für mein Engagement in dieser Sache grüße ich Sie freundlich

Anlage

Gossner Mission

Gossner Mission

Telefon
030 / 631 78 09
Telefax
030 / 636 11 98

Neue Postleitzahl
12439

Harald Messlin
Gossner Mission · Fennstraße 31 · O-1190 Berlin · Neue PLZ 12439

An den
BETRIEBSSRAT
des Kaliwerkes Bischofferode
Holunger Straße

37345 BISCHOFFERODE

Berlin, am 7.Oktober 1993

Liebe Kollegen!

Nachdem gestern nun auch in der "Berliner Zeitung" ein Interview mit Rudolf Scharping abgedruckt wurde, in dem er seine lapidaren und überhaupt nicht auf Eure konkreten Forderungen eingehenden Sätze wiederholt, habe ich mich wütend hingesetzt und ihm geschrieben. Eine Ablichtung dieses Briefes füge ich als Anlage bei.
Das Papier, auf das ich zu Beginn verweise, ist der Text von meinem Kollegen Giselher Hickel "Bischofferode - Dimensionen des Kampfes", das Euch ja vorliegt.
Beim Lesen meines Briefes fällt mir auf, daß ich mit dem Herrn Scharping als Person entgegen meiner ursprünglichen Absicht dann doch ziemlich freundlich umgehe, was mir sicher ein vernichtendes Urteil einiger kämpferischer Berliner Mitstreiter einbringt. Vielleicht bin ich naiv, aber gerade auch mit meinem "versöhnlerischen" Schluß verbinde ich die Hoffnung, daß da noch etwas zu bewirken ist.
Ich hoffe, daß das Euer Verständnis findet und werde Euch über eine etwaige Antwort aus der SPD-"Baracke" in Bonn informieren.

Mit solidarischen Grüßen und vielen guten Wünschen für Euch alle,

Euer H.

Anlage

Gossner Mission

Ostwind 5.10.93
Zeitung der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode und Betriebsräteinitiative rufen auf:

Kommt alle zur Aktionskonferenz!

Wann? Samstag, 30.Oktober '93, 12 Uhr bis 17 Uhr
Wo? Bischofferode Kulturhaus neben dem Kali-Werk

Am 31. Dezember wird Bischofferode geschlossen - wenn es nach dem Willen von Treuhand, BASF und MdK-Vorstand geht. Dieser Tag rückt immer näher. Vorher wird die EG-Kommission in Brüssel ihre Entscheidung zu dem Kali-Fusionsvertrag bekanntgeben. Wird Brüssel einen Zeitaufschub verlangen? Wird Bischofferode aus dem Fusionsvertrag herausgenommen? Wird die Fusion im Kern bestätigt? Fragen über Fragen. Gewiß ist nur eins: **Der Arbeitskampf der Kali-Kumpel geht solange weiter, bis die Grube gerettet ist.** Die letzten zwei Monate müssen zur intensiven Vorbereitung auf die entscheidende Phase dieses langen Arbeitskampfes genutzt werden. Dazu dient die Konferenz. Wir wollen in Ruhe beraten, wie der Kampf weitergeführt und weiterunterstützt wird. Solidarität ist jetzt nötiger denn je. Bischofferode ist zum Symbol geworden, Vorbild und Ansporn für viele Belegschaften im Kampf gegen die Stillegungen und Arbeitsplatzvernichtung. Bischofferode muß leben!

Vorschlag für das Programm der Konferenz:

1. Bericht des Kali-Betriebsrates zur aktuellen Situation des Arbeitskampfes, Hintergründe und Erfahrungen der letzten Monate,
2. Berichte der Solidaritätskomitees und Unterstützerinnen aus den verschiedenen Städten - Stand der Solidaritätsarbeit,
3. Diskussion und Beschlüsse über die weitere Solidaritätsarbeit,
4. Organisatorisches und Finanzen.

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99251
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin,
Ostwind-Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600

Gossner Mission

Bischofferode setzt ein Signal

Wehrt Euch

gegen Arbeitsplatzvernichtung !

Die Politiker und Wirtschaftsbosse stürzen uns in eine Katastrophe:
Massenarbeitslosigkeit, Armut, Plattmachen ganzer Regionen. Dagegen müssen wir uns wehren.

Kalikumpel, Hungerstreikende und solidarische Kollegen gehen zu Fuß von Bischofferode nach Berlin.

Wir kämpfen für:

* Erhalt der Kaligrube
* Offenlegung des Fusionsvertrages

Wir und Ihr kämpfen gemeinsam für:

* Sofortige Schließung der Treuhand
* Übergabe der restlichen Treuhand-Betriebe in Landesverantwortung
* In den Ländern endlich : Sanieren vor Privatisieren
* Parlamentarische Kontrolle von oben - Belegschaftskontrolle von unten
* Es darf kein Arbeitsplatz mehr vernichtet werden
* Schluß mit dem Sozialabbau - Keine Kürzung von Sozialleistungen

Arbeitslose, Kurzarbeiter, ABMler, Lehrlinge, Rentner, Kollegen bedrohter Betriebe !
Schließt Euch unserem Marsch für soziale Gerechtigkeit an. Auch tageweise oder stundenweise. Kommt zur Abschlußkundgebung am 19.September nach Berlin !

Bischofferode kann überall sein
Das hängt von EUCH ab !

Die Hungerstreikenden. Der Betriebsrat. Die Frühschicht. Bischofferode, 31.8.93.

Gossner Mission

Unsere Marschroute Sept. 93

führt von Bischofferode über Magdeburg nach Berlin. Wir haben **Etappenziele**. Bereitet für uns vor: Diskussionen und Veranstaltungen mit Bürgermeistern , Betriebsräten, Kolleginnen und Kollegen, Arbeitslosen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden.

Unsere geplanten **Etappenziele** sind:

Nordhausen / Sangerhausen / Hettstedt / Bernburg / Schönebeck / Magdeburg / Burg / Genthin / Brandenburg / Potsdam / Berlin- Schöneweide / Berlin-Zentrum

Wir sind bereit auf Einladung an der Route gelegene bedrohte Betriebe zu besuchen.

Wir kommen durch folgende Orte:

Bischofferode-Schacht / Bischofferode / Großbodungen / Kleinbodungen / Lipprechterode / Bleicherode / Bleicherode-Ost / Wipperdorf / **Nordhausen** / Bielen / Görsbach / Berga / Roßla / Bennungen / Wallhausen / **Sangerhausen** / Riestedt / Emsloh / Blankenheim / Wimmelburg / Eisleben / Helbra / Klostermansfeld / Mansfeld / Lembach / Großörner / **Hettstedt** / Wiederstedt / Sandersleben / Freckleben / Drohndorf / Mehringen / Aschersleben / Groß-Schierstedt / Klein-Schierstedt / Giersleben / Amesdorf / Güsten / Ilberstedt / **Bernburg** / Nienburg / Wedlitz / Calbe / **Schönebeck** / **Magdeburg** / Biederritz / Gerwisch / Möser / Schermen / Burg / Reesen / Hohenseeden / Parchen / **Genthin** / Brettin / Roßdorf / Bensdorf / Kirchmöser / **Brandenburg** / Klein-Krenz / Weseram / Roskow / Zachow / Ketzin / Paretz / Wetz / Maquardt / Bormin / **Potsdam** / Teltow / Mahlow / Schönefeld / Grünau / Köpenick / **Schöneweide** / Friedrichshain / **Berlin-Zentrum**

Aktuelle Information

über unseren **Aufenthaltsort** per Telefon über:

Kaliwerk Bischofferode (036077) 99470 oder 99474

oder Direktverbindung (0161) 530 7365

Auch tageweise oder stundenweise Teilnahme ist willkommen !
Verbreitet diesen Aufruf !

Gossner Mission

Bischofferode setzt ein Signal

Wehrt Euch

gegen Arbeitsplatzvernichtung !

Die Politiker und Wirtschaftsbosse stürzen uns in eine Katastrophe: Massenarbeitslosigkeit, Armut, Plattmachen ganzer Regionen. Dagegen müssen wir uns wehren.

Kalikumpel, Hungerstreikende und solidarische Kollegen gehen zu Fuß von Bischofferode nach Berlin.

Wir kämpfen für:

* Erhalt der Kaligrube
* Offenlegung des Fusionsvertrages

Wir und Ihr kämpfen gemeinsam für:

* Sofortige Schließung der Treuhand
* Übergabe der restlichen Treuhand-Betriebe in Landesverantwortung
* In den Ländern endlich : Sanieren vor Privatisieren
* Parlamentarische Kontrolle von oben - Belegschaftskontrolle von unten
* Es darf kein Arbeitsplatz mehr vernichtet werden
* Schluß mit dem Sozialabbau - Keine Kürzung von Sozialleistungen

Arbeitslose, Kurzarbeiter, ABMler, Lehrlinge, Rentner, Kollegen bedrohter Betriebe ! Schließt Euch unserem Marsch für soziale Gerechtigkeit an. Auch tageweise oder stundenweise. Kommt zur Abschlußkundgebung am 19.September nach Berlin !

Bischofferode kann überall sein

Das hängt von EUCH ab !

Die Hungerstreikenden. Der Betriebsrat. Die Frühschicht. Bischofferode, 31.8.93.

Gossner Mission

Derzeit sind die Bischofferoder Kalikumpel für jede Schlagzeile gut – wenn sie stimmt, schränkt Betriebsratsvorsitzender Brodhun ein

Wofür sich Presse so hergibt

Nun haben die in Bischofferode nicht nur mehr die ehrlichen Argumente auf ihrer Seite, nun steht ihnen seit Mittwoch sogar Gottes Stellvertreter bei. Zweifelsohne haben die päpstlichen Worte viele Bergmannseelen gewärmt. Tags darauf saß der Betriebsrat erneut beisammen, „auch, um ein paar Dinge zu erledigen, für die ein Betriebsrat normalerweise da ist", kommentiert Walter Ertmer. Die Produktion laufe „zwischen zehn- und elfeinhalbtausend Tonnen. Morgen beenden wir die Reparaturen am Schacht zwei, dann kommen wieder 12 000 t Tagesleistung zusammen".

Man habe auch Ideen für weitere Kampfaktionen besprochen, schon um dafür zu sorgen, „daß Bischofferode nicht einfach so aus den Schlagzeilen verschwindet". Denn das befürchten die Kumpel, nachdem die jüngste Medienkampagne ihr Ziel nicht erreichte. Da die in Bischofferode nicht gewillt sind, einen Zoll zu weichen, versuchte man deren Front „medial" aufzuweichen. Herhalten sollte dafür ausgerechnet Heiner Brodhun, der Betriebsratschef.

Die „Mitteldeutsche Allgemeine" trieb es gar zu weit. Überschrift: Unbeirrbar zwischen allen Stühlen. Noch als der Betriebsrat seine Meinungsverschiedenheiten geklärt und seinem Vorsitzenden das Vertrauen ausgesprochen hatte, tat man sich mit Orakeleien hervor: Der Aktionstag am vergangenen Samstag sei nicht nach Brodhuns Geschmack gewesen, denn „mit dem Auftrieb der DDR-Anhänger wollte er nichts zu tun haben". Und – glaubt man nicht seinen Augen und Ohren, sondern der „Mitteldeutschen" – mag Brodhun auch seinen Vize Jüttemann, diesen „cholerischen Mann mit Kinnbart", nicht mehr.

Alles Quatsch, Ungeschick läßt grüßen. Gar zu tölpelhaft reihte sich der Berichterstatter in eine Front mit Roland Gimpel, dem MdK-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden. Den er statt Brodhun für Brodhun sprechen ließ. Das war zumindest instinktlos hoch zehn. Denn Gimpel hat offenkundig keine Ahnung vom Selbstwertgefühl seiner Schutzbefohlenen. Er dackelt lieber brav BASF-Demagogen nach. Während die auf Spiritismus machen und vor dem „alten Geist der Spartakisten" warnen, zeterte Gimpel nach dem Bischofferoder Aktionstag: „Die Kommunisten der KPD, Marxisten-Leninisten, linke Buchhändler und das alte SED-Kampfblatt ‚Neues Deutschland' waren dabei."

Heiner Brodhun, ein Mensch, der nicht gleich über jeden Stecken springt, sah diesmal offenbar einen Grund, in die Luft zu gehen: „Wer über mich, meine Meinung und meine Rolle in diesem Kampf etwas schreibt, der sollte auch mich dazu befragen", schrieb er dem Blatt. „Wenn es in unserem Betriebsrat unterschiedliche Meinungen zu dieser oder jener Angelegenheit gibt, dann kann das in einem nun schon neun Monate dauernden Arbeitskampf nicht ausbleiben. Nach einer so langen Zeit sind öfters einmal die Köpfe heiß, und die Nerven liegen blank." Das hieße nicht, daß er oder „der mit mir verunglimpfte Gerhard Jüttemann Grund hätten, jetzt Anhänger der Kali-Fusion zu sein, bloß weil das dem Kollegen Gimpel so passen würde".

Der Betriebsratschef, selbst CDU-Mitglied, gesteht wohl, von „Hobby-Terroristen" gesprochen zu haben. Für gewollt-begriffsstutzige Journalisten erklärt er seine Position nochmals: „Gemeint waren Leute, die unseren Arbeitskampf für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen wollen: Rechtsextreme haben versucht, Bischofferode zu ihrem Tummelplatz zu machen, Marxisten-Leninisten haben ihren privaten Krieg gegen die PDS geführt, und als mir ein Vertreter der Ostdeutschen Betriebsratsinitiative in einer Sitzung ‚Verrat an den Kollegen' vorgeworfen hatte, da ist mir der Geduldsfaden gerissen." Natürlich brauche man die Unterstützung und auch Kritik von außen, aber sie müßte uneigennützig und sachlich richtig sein. Und wenn sich der Ex-Genosse Gimpel, Brodhun spielt auf dessen Grenztruppenoffiziersherkunft an, darüber aufgeregt haben sollte, daß man „das alte SED-Kampfblatt ‚Neues Deutschland' zum Aktionstag antreffen konnte, kann ich nur feststellen, daß das ND eine der Zeitungen gewesen ist, die sachlich und sachkundig über Bischofferode, seinen Kampf und dessen Hintergründe berichtet haben. Daß Fernsehen und Radio nur über KPD-, MLPD- oder PDS-Stände berichten können, liegt doch nur daran, daß andere Parteien unseren Kampf und unsere Aktionstage nicht in dem gleichen Maße unterstützen, auch nicht der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Gimpel."



Kausalkette: Heine kannte Marx, nach Marx benennen sich Marxisten. Wer also Heine-Gedichte zeitgenössisch verballhornt, auf Schilder schreibt und in Bischofferode zeigt, muß „linker hardliner" sein
ND-Foto René Heilig

Vermutlich werden wir noch einige Zeit über den Eichsfelder Ort und seine Leute informieren. Denn der Arbeitskampf hält an. Es geht, da hat sich auch für Brodhun nichts geändert, um Arbeitsplätze für die Region u n d den Kalistandort Bischofferode.

Teile und herrsche, Zuckerbrot und Peitsche. Brodhun bringt es auf den Punkt: „Die alte Taktik, einen Keil in die Belegschaft oder auch den Betriebsrat oder zwischen die beiden zu treiben, gibt es, seit es Arbeitskämpfe gibt. Die Presse unseres Territoriums sollte sich dazu nicht hergeben!"

RENÉ HEILIG

Sept. '93

Gossner Mission

ZENTRALE KOORDINIERUNGSSTELLE VON SOLIDARITÄTSAKTIONEN

FÜR BISCHOFFERODE

Gemeinsame Erklärung von Heiner Brodhun und Martin Clemens

Wir haben uns am Freitag, 24.September '93, im Reichstag in Berlin zu einer persönlichen Aussprache über die Vorfälle im Zusammenhang mit dem 3. Aktionstag am 21.August '93 in Bischofferode getroffen.
Nach diesem offenen und freundschaftlichen Gespräch teilen wir mit, daß die Vorwürfe ("Hobbyterrorist" u. dgl.) vom Tisch sind. Die Sache ist vorbei. Jetzt gilt es nach vorne zu schauen, damit der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in Bischofferode und anderswo gewonnen wird.

Berlin, 24.9.93 Brodhun Clemens

Diese Erklärung geht als nichtöffentliche Information an:

- Betriebsrat und Belegschaft des Kali-Werkes Bischofferode
- Ostdeutsche Betriebsräteinitiative
- Solidaritätskomitees für Bischofferode

Gossner Mission

Der Zauberlehrling

Von Berthold Dücker



Der Betriebsratschef der Bischofferöder Kaligrube kokettierte theatralisch mit seinem Rücktritt. Heiner Brodhun mag sich offenbar nicht länger vor einen Karren spannen lassen, der ihn selbst zu überrollen droht. Linksextreme "Berliner Gruppen" und "Hobby-Terroristen", wie er sich gestern ausdrückte, geben inzwischen in dem seit Wochen heftig umkämpften nordthüringischen Kalistandort den Ton an, entscheiden vor allem auch darüber, ob und wie lange der umstrittene Hungerstreik noch fortgeführt werden soll.

So lobenswert es auch ist, daß er endlich zu begreifen scheint, was hier unter dem Deckmäntelchen eines vermeintlich gerechten Arbeitskampfes und der Solidarität tatsächlich läuft: Brodhun trägt die Hauptverantwortung dafür, daß sich die aufgehetzten Kumpel sinnlos verrannt haben und in der von außen geschickt aufgebauten ideologischen Verblendung zu einem vernünftigen Einlenken bislang nicht imstande waren. Das großzügige Angebot von Bundes- und Landesregierung (750 Dauerarbeitsplätze für alle Beschäftigten) überheblich wie brüsk abzulehnen ist nicht nur eine unverantwortliche Dummheit. Es ist angesichts in die Millionen gehender Ost-Arbeitsloser eine Unverschämtheit. Bei allem Verständnis für den Fusions-Frust und die Verärgerung über die drohende Grubenstillegung.

Dieser Verantwortung würde sich Brodhun allerdings auch durch einen spektakulären Rücktritt nicht entziehen können. Wochenlang hat er sich vor und hinter dem Werkstor im schrillen Medienzauber gesonnt und regelrecht hofgehalten, große, unversöhnliche Töne gespuckt. Er hat sich mit linken Spittergruppen umgeben, ausgerechnet PDS-Gysi mit der juristischen Beratung und Betreuung der Belegschaftsinteressen betraut, er ist den wildesten Klassenkampf-Parolen und exotischsten Trittbrettfahrern auf den Leim gegangen.

Heiner Brodhun hat sich als Zauberlehrling versucht - und ebenso versagt wie die legendäre Urgestalt. Reichlich fix und unüberlegt rief er die (alten) Geister. Jeder schien ihm recht zu sein als Wasserträger, Hauptsache flink und kampfeslustig. Nun wird er sie freilich nicht mehr los. Jetzt einfach zu flüchten wäre feige. Ich finde, er darf in diesem hoffentlich letzten Akt des Bischofferöder Kali-Dramas nicht so ungeschoren weder aus der Verantwortung noch aus der Pflicht entlassen werden. Er muß bleiben und die versalzene Suppe auslöffeln, die er seinen Kollegen eingebrockt hat.

Gossner Mission

003580 122273

Sept. 93

Fax 990-49-030-6361198

Gossner Mission

HARALD MESSLIN

Die Fabriken, die Ihnen intressieren sind diese V.

Und diese (V) sind Hauptkontoren

Mit freundlichen Grüssen

Helena Kinnunen

Gossner Mission

OSOITETIETOJA

FINNLAND

Emoyhtiön toimipaikat

Konsernihallinto
Kemira Oy
Porkkalankatu 3
PL 330
00101 Helsinki
puhelin (90) 13 211
teleksi 121191 kehki sf
telefaksi (90) 694 6167

Espoon tutkimuskeskus
Luoteisrinne 2
PL 44
02271 Espoo
puhelin (90) 80 471
telefaksi (90) 882 263

Uudenkaupungin tehtaat
PL 5
23501 Uusikaupunki
puhelin (922) 1541
teleksi 62570 keuus sf
telefaksi (922) 154 216

Siilinjärven tehtaat ja kaivos
PL 20
71801 Siilinjärvi
puhelin (971) 400 111
teleksi 42154 kesvi sf
telefaksi (971) 400 777

Harjavallan tehtaat
29200 Harjavalta
puhelin (939) 357 111
telefaksi (939) 357 219

Kokkolan tehtaat
PL 74
67101 Kokkola
puhelin (968) 828 2111
teleksi 76110 kekok sf
telefaksi (968) 822 1487

Oulun tehtaat ja tutkimuskeskus
PL 171
90101 Oulu
puhelin (981) 313 8111
teleksi 321 22 keoul sf
telefaksi (981) 313 8222

Kotkaniemen tutkimusasema
03250 Ojakkala
puhelin (90) 227 1811
telefaksi (90) 227 1831

Vaasan tehtaat
65230 Vaasa
puhelin (961) 325 8111
telefaksi (961) 321 4767

Vuorikemian tehtaat
28840 Pori
puhelin (939) 341 000
teleksi 66141 kcpor sf
telefaksi (939) 341 149

Säterin tehtaat
PL 24
37601 Valkeakoski
puhelin (937) 7311
teleksi 22161 sar sf
telefaksi (937) 731 412

Kemira Oy
Katalysaattoriyksikkö
PL 20
41331 Vihtavuori
puhelin (941) 779 500
teleksi 28141 kecat sf
telefaksi (941) 771 978

Tytäryhtiöt, osakkuusyhtiöt ja edustustot

SUOMI

Tikkurila Oy
Kuninkaalantie 1
PL 53
01301 Vantaa
puhelin (90) 85 771
teleksi 121335 tvtch sf
telefaksi (90) 832 201

Vihtavuori Oy
41330 Vihtavuori
puhelin (941) 779 211
teleksi 28257 kehal sf
telefaksi (941) 771 460

Finn-Filter Oy
31700 Urjala as.
puhelin (937) 60 500
teleksi 22383 fifil sf
telefaksi (937) 60 576

Metpela Oy
Turuntie 41
23800 Laitila
puhelin (922) 56 300
telefaksi (922) 56 305

Viljavuuspalvelu Oy
Graanintie
PL 500
50101 Mikkeli
puhelin (955) 164 040
telefaksi (955) 164 050

Kemira Trading Oy
Porkkalankatu 3
PL 330
00101 Helsinki
puhelin (90) 13 211
teleksi 125996 kes sf
telefaksi (90) 132 1474

A. Jalander Oy
Muurlantie 101 B
25130 Muurla
puhelin (924) 320 496
telefaksi (924) 320 495

Mykora Oy
27400 Kiukainen
puhelin (938) 45 650
telefaksi (938) 45 655

BELGIA BELGIUM

Kemira International Services S.A.
67, rue de Stalle
B-1180 Brussels
Belgium
puhelin 990-32-2-370 5711
teleksi 21460 kemi b
telefaksi 990-32-2-332 0116

Kemira Agro Benelux S.A.
67, rue de Stalle
B-1180 Brussels
Belgium
puhelin 990-32-2-370 5711
teleksi 21460 kemi b
telefaksi 990-32-2-332 3339

Kemira Pigments S.A.
67, rue de Stalle
B-1180 Brussels
Belgium
puhelin 990-32-2-370 5711
telefaksi 990-32-2-370 5778

Kemira S.A./N.V.
Tertre Plant
P.O.Box 6
Rue de la Carbo
B-7333 Tertre
Belgium
puhelin 990-32-65-712 211
teleksi 57122 kemira b
telefaksi 990-32-65-641 917

Kemira S.A./N.V.
Willebroek Plant
Appeldonkstraat 173
B-2660 Willebroek
Belgium
puhelin 990-32-3-860 0611
teleksi 32662 kemira b
telefaksi 990-32-3-886 3169

Bartaille S.A.
192, rue Octave Bartaille
B-7971 Beloeil (Basècles)
Belgium
puhelin 990-32-69-774 924
teleksi 57408 barail b
telefaksi 990-32-69-771 347

Kemira Color N.V.
Industriepark 16
B-3100 Heist-op-den-Berg
Belgium
puhelin 990-32-15-244 693
teleksi 61454 kemira b
telefaksi 990-32-15-248 873

ESPANJA

Kemira Ibérica, S.A.
Gran Via Corts Catalanes, 641
E-08010 Barcelona
puhelin 990-34-3-412 3050
telefaksi 990-34-3-412 0884

~~HOLLANTI~~ HOLLAND

Kemira International Finance B.V.
Vondelingenplaat 17
NL-3196 KL Vondelingenplaat Rt
P.O.Box 7190
NL-3000 Rotterdam
The Netherlands
puhelin 990-31-10-472 8922
teleksi 20015 kemi nl
telefaksi 990-31-10-438 7270

Kemira Services Holland B.V.
Vondelingenplaat 17
P.O.Box 6105
NL-3196 ZG Vondelingenplaat Rt
The Netherlands
puhelin 990-31-10-472 8911
teleksi 20015 kemi nl
telefaksi 990-31-10-438 7270

Kemira B.V.
Moezelweg 151
NL-3181 LS Rozenburg
P.O.Box 1015
NL-3180 AA Rozenburg
The Netherlands
puhelin 990-31-1819-52 911
teleksi 29681 kemi nl
telefaksi 990-31-1819-62 563

Kemira Pernis B.V.
Vondelingenplaat 17
P.O. Box 6040
NL-3196 XK Vondelingenplaat Rt
The Netherlands
puhelin 990-31-10-472 8911
teleksi 28773 kemip nl
telefaksi 990-31-10-416 7192

Kemira Color B.V.
Mijlweg 65
P.O. Box 83
NL-3300 AB Dordrecht
The Netherlands
puhelin 990-31-78-527 599
teleksi 29427 macph nl
telefaksi 990-31-78-510 886

Winter-Bouts B.V.
Jachthavenweg 9
P.O.Box 3051
NL-5902 RB Venlo
The Netherlands
puhelin 990-31-77-820 777
telefaksi 990-31-77-826 437

Kemira Peroxides B.V.
P.O. Box 1015
NL-3180 AA Rozenburg
The Netherlands
puhelin 990-31-1819-52 911
telefaksi 990-31-1819-52 401

Kemwater B.V.
P.O. Box 1015
NL-3180 AA Rozenburg
The Netherlands
puhelin 990-31-1819-52 569
telefaksi 990-31-1819-52 570

Terra Nigra B.V.
Ieperlaan 48
NL-1424 PA De Kwakel
The Netherlands
puhelin 990-31-2975-64 116
teleksi 12067 terni nl
telefaksi 990-31-2975-40 161

Hiljo B.V.
P.O. Box 1155
NL-1430 BD Aalsmeer
The Netherlands
puhelin 990-31-2977-22 170
telefaksi 990-31-2977-41 961

IRLANNIN TASAVALTA

Spruce Insurance Ltd
c/o International Risk Management Ltd
Harcourt Centre
Harcourt Road
Dublin 2
Republic of Ireland
puhelin 990-353-1-781 788
telefaksi 990-353-1-781 968

Kemira Ireland Ltd
11 Merrion Square
Dublin 2
Republic of Ireland
puhelin 990-353-1-618 118
telefaksi 990-353-1-618 343

ISO-BRITANNIA

Kemira Ince Ltd
Ince
Chester CH2 4LB
United Kingdom
puhelin 990-44-51-357 2777
teleksi 627407 kemch g
telefaksi 990-44-51-357 1755

Kemira N.I. Ltd
5 Ballygowan Road
Hillsborough
Co. Down BT26 6HX
United Kingdom
puhelin 990-44-846-682 121
telefaksi 990-44-846-683 189

Kemira Coatings Ltd
Rookwood Way
Haverhill
Suffolk CB9 8PQ
United Kingdom

Gossner Mission

puhelin 990-44-440-706 666
teleksi 817600 macho g
telefaksi 990-44-440-706 192

Kemira Polymers
Station Road
Birch Vale
Stockport
Cheshire SK12 5BR
United Kingdom
puhelin 990-44-663-746 518
teleksi 669258 maspol g
telefaksi 990-44-663-746 605

Kemira Coatings
Kelvin Way
West Bromwich
Staffordshire B70 7JZ
United Kingdom
puhelin 990-44-21-525 5665
teleksi 335398 mic g
telefaksi 990-44-21-553 2787

Kemira Coatings
Argall Avenue
Lea Bridge Estate
[redacted]
London E10 7QA
United Kingdom
puhelin 990-44-81-556 8833
teleksi 261930 micl g
telefaksi 990-44-81-558 8352

Kemira Coatings
Heavy Duty Division (Labs)
Radcliffe Road
Bury
Lancashire BL9 9NB
United Kingdom
puhelin 990-44-61-763 3702
telefaksi 990-44-61-763 3729

Kemira Coatings
Heavy Duty Division
5 Broadlands Crescent
Heywood Business Park
Pilsworth
Lancashire OL10 2RG
United Kingdom
puhelin 990-44-61-764 6017
telefaksi 990-44-61-764 6102

Kemira Safety Ltd
Unit 14 B
[redacted] Business Park
Hanbury Road
Stoke Prior
Bromsgrove B60 4EH
United Kingdom
puhelin 990-44-527-579 990
telefaksi 990-44-527-579 991

Kemira Kemi (UK) Ltd
Orm House
2 Hookstone Park
Harrogate
N Yorkshire HG2 8QT
United Kingdom
puhelin 990-44-423-885 005
telefaksi 990-44-423-885 939

JAPANI

Kemira-Ube, Ltd.
Ube Building
3-11, Higashi-shinagawa 2-chome
Shinagawa-ku
Tokyo, 140
Japan
puhelin 990-81-3-5460 3365
telefaksi 990-81-3-5460 3442

Kemira-Ube, Ltd.
Ube Plant
2575 Ohaza Fujimagari
Ube-City
Yamaguchi Prefecture 755
Japan
puhelin 990-81-836-353 000
telefaksi 990-81-836-352 288

KANADA

Kemira Paper Chemicals Canada, Inc.
5675, Royalmont Ave
Montreal, Quebec
Canada
puhelin 990-1-514-737 6609
telefaksi 990-1-514-737 8681

NORJA

Kemwater A/S
Box 1177
N-1601 Gamle Fredrikstad
Norge
puhelin 990-47-9-323 080
telefaksi 990-47-9-324 550

PUOLA

Kemipol Ltd.
ul. Kuznicka 1
72-010 Police
Poland
puhelin 990-48-91-174 590
telefaksi 990-48-91-173 446

~~RANSKA~~ FRANKREICH

Société des Engrais Chimiques et Organiques SECO S.A.
B.P. 1
1, rue Savérine
F-60170 Ribécourt
France
puhelin 990-33-476 8111
teleksi 140458 seco ribec
telefaksi 990-33-476 7904

Kemira Chimie S.A.
B.P. 5
F-67630 Lauterbourg
France
puhelin 990-33-8863 3603
telefaksi 990-33-8863 3651

KemRhône S.A.R.L.
c/o Rhône-Poulenc Chimie
25, Quai Paul Doumer
F-92408 Courbevoie Cedex
France
puhelin 990-33-1-4768 1234
telefaksi 990-33-1-4768 2122

RUOTSI

Kemira Kemi AB
Box 902
S-25109 Helsingborg
Sverige
puhelin 990-46-42-171 000
teleksi 72218 kemira s
telefaksi 990-46-42-140 635

Aminkemi AB
Närkes Kvarnorp
S-692 00 Kumla
Sverige
puhelin 990-46-19-77 236
telefaksi 990-46-19-77 155

Fertiklor AB
Närkes Kvarnorp
S-692 00 Kumla
Sverige
puhelin 990-46-19-77 301
telefaksi 990-46-19-77 353

Dickursby Färg AB
Arrendevägen 36
Box 3014
S-163 03 Spånga
Sverige
puhelin 990-46-8-761 7600
telefaksi 990-46-8-760 1307

Kemira Safety AB
Slakterigatan 6
S-721 32 Västerås
Sverige
puhelin 990-46-21-133 343
telefaksi 990-46-21-137 303

Kemira Svenska AB
Drottninggatan 62
S-252 21 Helsingborg
Sverige
puhelin 990-46-42-126 330
telefaksi 990-46-42-182 654

Swedab Finn-Filter Svenska AB
Reprovägen 5
Box 1133
S-18311 Täby
Sverige
puhelin 990-46-8-732 8610
teleksi 15567 swed s
telefaksi 990-46-8-732 5818

SAKSA

Finnkat H.-Ges.m.b.H.
Friedrichsstrasse 55
D-W-6200 Wiesbaden
Germany
puhelin 990-49-611-373 074
telefaksi 990-49-611-300 663

Kemira Deutschland GmbH
Sutelstrasse 63/64
Postfach 51 07 20
D-W-3000 Hannover 51
Germany
puhelin 990-49-511-647 460
teleksi 921484 kemi d
telefaksi 990-49-511-647 4625

Kemira Papierchemikalien GmbH
Postfach 210832
D-W-7500 Karlsruhe 21
Germany
puhelin 990-49-721-558 721
telefaksi 990-49-721-558 722

~~TANSKA~~ DENEMARK

Kemira Danmark A/S
Frydenlunds Allé 6
P.O.Box 100
DK-2950 Vedbaek
Denmark
puhelin 990-45-45-661 010
teleksi 37197 kemira dk
telefaksi 990-45-45-661 025

Kemira Danmark A/S
Limfjordsvej 27
DK-9400 Noerresundby
Denmark
puhelin 990-45-98-173 522
telefaksi 990-45-98-173 807

Kemira Danmark A/S
Kongensgade 107
DK-7000 Fredericia
Denmark
puhelin 990-45-79-223 366
teleksi 51158 kemfre dk
telefaksi 990-45-79 223 322

Kemira Miljö A/S
Måde Industrivej 19
DK-6705 Esbjerg
Denmark
puhelin 990-45-75-452 555
telefaksi 990-45-75-452 575

THAIMAA

Kemira Thai Co. Ltd
Metro-Building, 7th floor
180-184 Rajawongse road
Bangkok, 10100
Thailand
puhelin 990-66-2-224 5672
telefaksi 990-66-2-224 5676

UNKARI

Kemira Kereskedelmi KFT
Nèpfürdö u. 21/d
H-1138 Budapest
Hungary
puhelin 990-36-1-173 2219
telefaksi 990-36-1-173 2219

VENÄJÄ

A/O Kemira
Korovy Val 7/12
Moscow-117 049
Russia
puhelin 990-7-095-236 0519
ja 990-7-095-236 2569
teleksi 413918 kemou su
telefaksi 990-7-095-230 2354

VIRO

AS Eesti Väv
Liimi 5
EE 0005 Tallinn
Estonia
puhelin 949-106 152
telefaksi 949-106 152

YHDYSVALLAT

Kemira Inc.
P.O. Box 368
Savannah, GA 31402
USA
puhelin 990-1-912-236 6171
teleksi 544027 kemira sav
telefaksi 990-1-912-234 3584

Kemira Water Treatment, Inc.
16, South Jefferson Road
Whippany, NJ 07981
USA
puhelin 990-1-201-515 4747
telefaksi 990-1-201-884 1315

Kemira Water Treatment, Inc.
P.O. Box 2247
Savannah, GA 31402
USA
puhelin 990-1-912-234 8605
telefaksi 990-1-912-234 7041

Kemira Paper Chemicals, Inc.
16, South Jefferson Road
Whippany, NJ 07981
USA
puhelin 990-1-201-515 4950
telefaksi 990-1-201-884 1315

Gossner Mission

Marja Ruokamo
Danckelmannstr. 1
14059 Berlin

An die Gossner Mission
Pfarrer Messlin.

Berlin, den 24.9.93

Lieber Herr Messlin,

Ich habe eine befreundete Journalistin, Frau Kinnunen, in Helsinki gebeten Ihnen die Adressen der Kemira-Werke zu faxen. Sie sollten Anfang der Woche bei Ihnen ankommen.

Mit freundlichem Gruß

Marja Ruokamo

Gossner Mission

FAX 23.09. 11.33

OK

Gossner Mission

Telefon
030 / 631 78 09
Telefax
030 / 636 11 98

Neue Postleitzahl
12439

Harald Messlin, Pfarrer
Gossner Mission · Fennstraße 31 · O-1190 Berlin · Neue PLZ 12439

Frau
Marja-Terttu Ruokamo

Liebe Frau Ruokamo!

Sie erinnern sich sicher noch an unsere gemeinsame Auto-Rückfahrt von Bischofferode nach Berlin nach dem dortigen Aktionstag?
Ich habe eine Bitte bzw. Anfrage an Sie:
Wir wollen dem Betriebsrat von Bischofferode helfen, Kontakte aufzunehmen zu Kollegen und Kolleginnen von den west-bzw. nordeuropäischen Düngemittelfirmen, die in besonderer Weise Abnehmer des Kalisalzes (K 61) aus Bischofferode sind. Dazu benötigen wir Anschriften dieser Firmen bzw. wenigstens die Orte, wo solche Firmen ihren Sitz haben.
Könnten Sie uns da im Zusammenhang mit Kemira OY, die ja wohl in mehreren skandinavischen Ländern (und wohl auch in Belgien?) Tochterunternehmen hat, behilflich sein? Das heißt, könnten Sie herausbekommen, wo solche Firmen, die mit Bischofferoder Kali-Salz Mehrnährstoff-Dünger produzieren, ihren Sitz haben bzw. sehen Sie gar eine Möglichkeit, an die entsprechenden Anschriften heranzukommen? Wir würden dann versuchen, mit Hilfe von kirchlichen Partnern an diesen Orten eine erste Verbindung zu knüpfen.
In der Hoffnung, daß Sie für unser Anliegen Verständnis haben und es nicht von vornherein als Zumutung empfinden,
mit guten Wünschen und freundlichen Grüßen

Harald Messlin

Berlin, am 23.September 1993

Gossner Mission

25 Kalikumpel liefen durch ein totes Land

Wenig Anteilnahme für den 450 Kliometer langen Arbeitermarsch von Bischofferode zur Treuhand

Von unserem Redaktionsmitglied Alexander Osang

Bischofferode ist überall, haben sie geschrien. Bischofferode ist überall, bringt die Treuhand jetzt zu Fall. Sie haben geklatscht, gebrüllt, gelacht und ein Haufen Batterien fürs Megaphon verbraucht. Es blies „plattmachen" in den Herbst, „verbrecherische Treuhand", „Endphase", „Solidarität" und „Kali-Mafia". Die Alleebäume haben geraschelt, der Wind pfiff und es regnete. Das Wetter war miserabel. 450 nasse, ungemütliche Kilometer. Die Menschen haben die Fenster geschlossen und die Gardinen zugezogen.

Natürlich hatte Andreas Ihsenmann gewisse Vorstellungen, als er am 1. September in Bischofferode aufbrach, um nach Berlin, zur Treuhand, zu marschieren. Auch zahlenmäßige Vorstellungen. „Ich dachte, wir erleben eine Lawine", sagt der Kalikumpel. „Zum Anfang, in Bischofferode sind wir zwanzig, dreißig Mann. Wir laufen durch die Orte, und überall stoßen Leute zu uns. Leute, die unsere Sorgen haben oder ähnliche. Wir werden immer mehr und mehr ..." Ihsenmann läßt es gut sein. Es klingt ein bißchen zu lyrisch und auch ein bißchen zu unwahrscheinlich. Wie ein Traum.

Es ist Zeit für einen Schrei

Die Wirklichkeit ist die rechte Fahrspur auf dem Adlergestell in Berlin-Schöneweide. Sie sind 430 Kilometer gelaufen, waren immer so um die fünfundzwanzig Demonstranten, manchmal mehr, manchmal weniger. Jetzt sind es vielleicht vierzig. Es hat keine Lawine gegeben.

Es ist Zeit für einen Schrei. „Der Berg ruft, die Grube schreit, die Kumpels wollen Gerechtigkeit", brüllt Ihsenmann. Die Autos von der Gegenspur schlucken den Kumpelruf. Passanten gibt es hier nicht. Doch Andreas Ihsenmann fühlt sich jetzt besser.

Er erzählt von einem Schreiben, irgendeinem internen Bericht, von einem, wahrscheinlich amerikanischen, Wirtschaftsinstitut, das dieser Tage rauskommen soll. Sehr geheim und ziemlich erfolgversprechend. Und er träumt weiter vom großen Finale vor der Treuhand und später auf dem Alexanderplatz. „Die kommen dann alle", sagt er. „Sie kommen von allen Seiten, kreisen die Treuhand ein und belagern Berlin." Wer belagert Berlin? „Die anderen", antwortet Ihsenmann.

Sie waren in Nordhausen, in Bernburg, in Schönebeck, Magdeburg, Brandenburg und Potsdam, in Hettstedt und in Sangerhausen. Überall waren Bürgermeister zur Begrüßung da. Sie haben in Obdachlosenasylen geschlafen und in vornehmen Gästehäusern, bekamen kostenloses Abendbrot und Frühstück. Oft sind Leute stehengeblieben und haben gewunken, nur wenige beschimpften die marschierenden Kalikumpel, viele haben gehupt. „Aus Solidarität", sagt Walli Strecker, die seit acht Jahren im Schacht arbeitet. „Die Leute waren eigentlich prima." „Aber angeschlossen hat sich keiner, Walli", entgegnet Brigitte Große.

Ein Gerüstebauer lächelt spöttisch

Wo sich in Oberschöneweide Edison- und Wilhelminenhofstraße kreuzen, stehen seit Jahrzehnten Arbeiter und warten auf die Bahn. Es sind weniger geworden, aber sie warten immer noch. Sie schauen durch den bunten, röhrenden, tutenden, brüllenden, kleinen Bischofferöder Zug hindurch. Teilnahmslos nehmen sie Flugblätter entgegen, falten sie zusammen und stecken sie in die Innentaschen ihrer Jacken. Eine Frau ruft: „Iss ja jut. Iss ja jut. Ham wir och allet jemacht. Aber dit hilft nischt. Dit hilft nischt!"



Das Fähnlein der Aufrechten. Kalikumpel auf dem Adlergestell. Foto: Olm

Zwischen den gelben Backsteinen des TRO-Werkes schauen ein paar Verwaltungsangestellte heraus. „Bischofferode ist überall", schallt es ihnen von unten entgegen. Immer und immer wieder. Bis sie sich an ihre Schreibtische zurücksetzen. Auf den Bürgersteigen stehen Bürger mit Einkaufsbeuteln und fassungslosen Gesichtern. „Heh", rufen die Bischofferöder und „Hallo" und „Winkt doch mal." Doch die Bürger winken nicht. Sie gucken.

„Die sind tot, alle tot", ruft Peter Herzfeld, ein rüstiger Vorruheständler, der seit Berlin-Schönefeld mitmarschiert. „Sie hören Radio Freies Bischofferode", schreit Jochen Müller ins Megaphon. „Wählen Sie die Frequenz Widerstand! Kommt alle vor die Treuhand, wir dürfen nicht nur zweihundert oder dreihundert sein, sondern zweihundert- oder dreihunderttausend." Ein Gerüstebauer lächelt spöttisch.

Im Mansfeld war nur das Kupfer rot

Manche hatten ihre Hänger mitten auf der Landstraße, manche, als die zweite Blase wuchs, manche, als sie spürten, daß die Idee nicht aufgehen könnte. Die „Lawinen-Idee". Bischofferode, so schien es, ist eben nicht überall. Im Mansfeld, dem berühmten, war nur das Kupfer rot. Die große Magdeburger Arbeiterbastion SKET schloß die Tore, als die Kumpel über die Elbe marschierten, und Brandenburg mit seinen Tausenden arbeitslosen Stahlkochern war ausgestorben, als die Bergleute aufkreuzten, um für den Widerstand zu werben. „Manchmal habe ich fast geweint", sagt Jens Fink, der seit der vierten Etappe dabei ist. „Wir sind durch totes Land marschiert. Keine Arbeit, keine Menschen." Das habe ihn traurig gemacht, aber auch ermutigt durchzuhalten.

Sie verlassen das geisterhafte Oberspree über die Stubenrauchbrücke. Ein Mann hat sich angeschlossen. Er schiebt ein „Diamant"-Damenrad, trägt einen Trainingsanzug, ist 61 Jahre alt und PDS-Mitglied.

Berlin hat sie freundlich begrüßt. Es war wie überall. Bürgermeister schüttelten ihre Hände, ab und an winkte jemand vom Bürgersteig, es gab drei, vier geballte Arbeiterfäuste, ein paar Autos hupten, womöglich aus Solidarität, die Polizeieskorte arbeitete zuverlässig, und es regnete. Die Kumpel streiften sich ihre gelben Mäntel über, auf deren Rücken sie Losungen gemalt hatten und liefen weiter. Jochen Müller feuerte seine Wortsalven aus dem Megaphon.

Käthe Reichel ist wieder dabei

Am Frankfurter Tor schließt sich, mitten in einem gewaltigen Wolkenbruch, die Berliner Schauspielerin Käthe Reichel an. Sie hüpft mit einem roten Regenschirm quer über die Allee. In der Dimitroffstraße gibt Wolfgang Haltreiter, der draußen unentwegt Flugblätter verteilt, seine Brille in dem Kleinbus ab, der die Kumpel begleitet. Ein Passant habe gedroht, ihm, der roten Sau, „eine auf die Fresse" zu hauen. Er hat ja nur die eine Brille, sagt er entschuldigend. Wenig später stellt sich der Fahrer des Busses versehentlich in einen Taxistand, den er für den „Beginn unseres großen Taxi-Konvois" hielt.

Sie schwenken vorsichtig in die Prenzlauer Allee. Niemand geht bei diesem Wetter auf die Straße. Die Kalikumpel bappen Flugblätter an klitschnasse Autoscheiben. „Wehrt Euch!" steht darauf.

Im Haus der Demokratie erklären die Bürgerrechtler Bärbel Bohley, Christine Grabe und Klaus Wolfram sowie Andreas Steinicke und Gerhard Jüttemann aus Bischofferode der Presse „Sinn, Zweck und Herkunft" des Marsches. Wolfram erzählt von einem „Weg untenrum durch die Gesellschaft", von „Sympathie, die in Bewegung umgesetzt werden soll", Bärbel Bohley sagt, daß von Bischofferode ein Zeichen ausgehe, das weit über die Grube hinausreiche und Christine Grabe erklärt: „Wir werden vor der Treuhand trommeln, posaunen, pfeiffen, trillern und auch ein bißchen Spaß haben". Andreas Steinicke, der als Anlagenfahrer im Schacht arbeitet, sagt, daß man aufstehen muß und sich nicht alles gefallen lassen darf. Dann ruft er: „Wir laufen für keine Partei und keine Gewerkschaft. Wir sind Arbeiter, die für Arbeiter marschieren."

Der Taxikonvoi besteht aus drei Fahrzeugen

Dann sind sie in der Friedrichstraße. Sie sind nur noch einen Kilometer von der Treuhand entfernt und immer noch nicht mehr als fünfzig Mann. Der „große Taxi-Konvoi" besteht aus drei Fahrzeugen. „Die Leute in diesem Land sind Schlachtvieh", zürnt der rüstige Peter Herzfeld. „Schlachtvieh. Die haben nichts anders verdient als die Arbeitslosigkeit."

Doch für Andreas Ihsenmann, für Christine Haas, für Rüdiger Wiehe, für Mario Deutschbein, Walli Strekker, Brigitte Große, Andreas Steinicke, für Christine Grabe, Karin Landherr, Jens Fink und die anderen Bischofferöder Demonstranten bleibt noch ein Kilometer. Nicht mehr viel für eine große Lawine. Aber eine kleine ist noch drin. Jochen Müller schaltet das Megaphon ein: „Wir werden jetzt zur Treuhand gehen und Frau Breuel das Fürchten lehren", schreit er. „Auf die Dauer hilft nur Kali-Power. Menschen aus dem ganzen Land marschieren jetzt zur Treuhand..." Der kleine, mutige Zug in den gelben Regenkutten setzt sich in Bewegung. Es kamen dann doch nur 200 Leute zur Treuhand.

Am Sonntag um elf auf dem Alex warten sie noch einmal. Auf die Lawine. Sie geben nicht auf, sie nicht.

Mission

Bischofferode im August

Ein Bericht

Martin Clemens
Berlin, 6. September 1993

Inhalt

Vorbemerkung
1. Hobbyterroristen
2. Heiner Brodhun über Leute, die "woanders eine Revolution verloren haben"
3. Das Ultimatum vom 4.August
4. Wie soll man auf das Ultimatum reagieren?
5. Die Kapitulation des Rumpfbetriebsrates
6. Die Sitzung des Betriebsrates am Donnerstag, 19.August
7. Die Belegschaftsversammlung am 19.August
8. Die Presseerklärung des Betriebsrates vom 19.August
9. Wie in Bischofferode Mittwoch und Donnerstag auf einen Tag fielen
10. Einige abschließende Bemerkungen
Anhang
Ostwind Aufrufe
Zeitungsartikel

Gossner Mission

Bischofferode im August.
Ein Bericht

Martin Clemens
Berlin, 6.September 1993

Man muß so radikal sein wie die
Wirklichkeit (B.Brecht)

Bitte beachten: Der folgende interne Text richtet sich nur an meine Kolleginnen und Kollegen der Betriebsräteinitiative. Er dient der Verständigung über die Situation in Bischofferode und der Beratung über unser weiteres Vorgehen. Er darf ohne ausdrückliche Erlaubnis des Verfassers nicht (auch nicht auszugsweise) veröffentlicht, verfielfältigt oder weitergegeben werden. Copy right: Martin Clemens, Michaelkirchstraße 4 , 10179 Berlin, Tel.u.Fax: 030/2755600.

Vorbemerkung

In der Woche vom 16. bis 23. August überschlugen sich in Bischofferode die Ereignisse. Brüssel beschließt die viermonatige Prüfung des Fusionsplanes, Treuhandanstalt und MdK-Vorstand bekräftigen ihre Entschlossenheit, das Kali-Werk Bischofferode stillzulegen, der Betriebsrat beendet faktisch die Werksbesetzung und akzeptiert in Form einer gemeinsamen Erklärung von Betriebsrat und Werksleitung die Bedingungen des Ultimatums , eine Belegschaftsversammlung beschließt einstimmig die Fortsetzung des Arbeitskampfes, während des 3. Aktionstages distanziert sich der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun vom Aktionstag und der ganzen Solidaritätsbewegung , kündigt seinen Rücktritt an, und verbreitet in Presse- und Fernsehinterviews Verleumdungen über die ostdeutsche Betriebsräteinitiative, der Betriebsrat spricht seinem Vorsitzenden einstimmig das Vertrauen aus, die Produktion wird wieder aufgenommen.

Der Arbeitskampf hatte im Zusammenhang mit dem erpresserischen Ultimatum eine jähe, scharfe Zuspitzung erfahren. Abbruch der Allmählichkeit und Aufbrechen der inneren Architektur dieses Kampfes. Grelle Beleuchtung aller Schwächen und Stärken der handelnden

Gossner Mission

Kräfte. Zusammenprall unterschiedlicher, gegensätzlicher Linien in der Frage der Beantwortung des Ultimatums. Ganz offensichtlich ist das bis dahin gute und herzliche Verhältnis zwischen dem Kali-Betriebsrat und der ostdeutschen Betriebsräteinitiative seit dieser Woche ernsthaft gestört und ganz offensichtlich hängt dies mit meiner Kritik an Heiner Brodhun in der Betriebsratssitzung am 19.8. zusammen. Zerbrochenes Porzellan kann man nicht sofort kitten. Was passiert ist , ist passiert. Die Situation in Bischofferode hat sich gewendet. Die Phase des wochenlangen, stürmischen Aufschwungs ist in dieser dritten Augustwoche zu Ende gegangen. Der Arbeitskampf ist jedoch noch nicht entschieden. Der Hungerstreik löst sich in einem Fußmarsch gegen die Treuhandanstalt auf. Die Belegschaft verhält sich bis auf einen kleinen kämpferischen Kern passiv. Ein dieser neuen Lage angemessenes Konzept für die Weiterführung des Kampfes gibt es meines Wissens nicht.

Bischofferode im September - eine steckengebliebene Geburt. Hektische Betriebsamkeit wäre jetzt völlig fehl am Platz. Man muß nun in Ruhe nachdenken, den Ablauf der Ereignisse sorgsam untersuchen, ausbreiten, analysieren und besprechen, um dann einen der wirklichen Lage möglichst nahekommenden neuen Plan zu erarbeiten und in die Tat umzusetzen. Wir müssen uns die Zeit nehmen, die Erfahrungen mit Bischofferode (und nicht nur die) aufzuarbeiten, durchdachte Schlußfolgerungen zu ziehen und durch Kritik und Selbstkritik unsere Arbeit zu verbessern.

Dieser Bericht dient der Information der Kolleginnen und Kollegen, die regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitsausschusses teilnehmen. Ihr habt das Recht zu erfahren und ich die Pflicht mitzuteilen, was denn nun auf dieser ominösen Betriebsratssitzung am 19.8. in Bischofferode so Schreckliches passiert ist. Offiziell, d.h. auf den normalen Kommunikationswegen zwischen Kali-Betriebsrat und der ostdeutschen Betriebsräteinitiative, hat mich bis heute (6.9.) keine Kritik erreicht, weder mündlich noch schriftlich. Nichts als Gerüchteküche. Nun weiß ja die Betriebsräteinitiative dank der fürsorglichen Aufklärung durch die IG-Bergbau und Energie, daß sie eine "dubiose Organisation" ist und auch Beschimpfungen aus gewissen anderen Gewerkschaftssesseln sind wir schon gewohnt. Auf Kritik mit Geschimpfe zu reagieren ist eine weit verbreitete Bürger-Methode. Das ist alles nicht weiter furchterregend. Erstens hört das Geschimpfe irgendwann wieder auf. Wer kann schon immer schimpfen? Zweitens kann man sich auch beim Schimpfen besser kennenlernen.

Geschichte ist immer auch persönliche Geschichte. Wenn auf den nachfolgenden Seiten (von notwendigen Ausnahmen abgesehen) fast keine Namen genannt werden, so deshalb, weil es mir gegenwärtig hauptsächlich auf die Diskussion der **Probleme** und **politischen Linien** ankommt. Eine zu persönliche Berichterstattung kann da eher hinderlich sein. Natürlich stehe ich für das, was ich selber gesagt und getan habe, voll ein. Ich bitte Euch um offene Aussprache und Kritik.

Gossner Mission

1. "Hobbyterroristen"

Seit Freitag, 27.8.93, hängt im Kali-Werk Bischofferode eine Erklärung des Betriebsratsvorsitzenden Heiner Brodhun aus, in welcher er u.a. mitteilt, daß er von "Hobbyterroristen" gesprochen habe, aber : "Gemeint waren Leute, die unseren Arbeitskampf für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen wollen: Rechtsextreme haben versucht, Bischofferode zu ihrem Tummelplatz zu machen, Marxisten-Leninisten haben ihren privaten Krieg gegen die PDS geführt, und als mir ein Vertreter der Ostdeutschen Betriebsratsinitiative in einer Sitzung 'Verrat an den Kollegen' vorgeworfen hatte, da ist mir der Geduldsfaden gerissen." (zitiert nach, ND, vom 27.8.93, siehe Anhang; Heiner Brodhun muß diese Gegendarstellung zu einem Artikel in der Mitteldeutschen Allgemeinen vom 24.8. offensichtlich auch an die Presse weitergegeben haben).

Ungeduld verschüttet die Suppe. Die Presse griff diese gemeine Schimpfkanonade gegen die gesamte Solidaritätsbewegung gierig auf und verstärkte sie. Jetzt konnte sie endlich im Schlamm wühlen und mit den Stichworten des CDU-Mitgliedes Heiner Brodhun Dreck gegen diese linken Unterstützer, diese Marxisten und Revolutionäre, die das friedliche Eichsfeld ins Chaos stürzen wollen, schleudern.Die BASF, der Fusionsplan, die Schließung der Grube und die Berufsterroristen in der Treuhandanstalt waren auf einmal völlig aus dem Gesichtsfeld. Jetzt war nur noch von den "Hobbyterroristen" in der Solidaritätsbewegung die Rede. Der Wind hatte sich gedreht. Seit Sonntag den 22.8. ging das so.

Wenn Heiner Brodhun Neonazis, MLPD, PDS und die Ostdeutsche Betriebsräteinitiative in einen Topf wirft und diesen Brei dann "Hobbyterroristen" nennt, so sagt das mehr über sein politisches Niveau als über die Wirklichkeit aus. Natürlich handelt es sich hier um eine ernstzunehmende politische Verleumdung und jeder mit der Gerüchteküche des Kali-Werkes nur einigermaßen Vertraute, weiß, daß besagter "Vertreter der ostdeutschen Betriebsratsinitiative" Martin Clemens heißt und auch nur er mit dem Vorwurf des "Hobbyterroristen" ursprünglich gemeint war. Die "Rechtsextremisten" sind Heiner Brodhun erst später eingefallen. Ihm ist auch nicht einfach nur so der "Geduldsfaden" gerissen. Es handelt sich keineswegs um einen spontanen Ausbruch polternder Wut. Nach seinen eigenen Worten hat sich Heiner Brodhun **vorher erkundigt** (bei wem denn?), ehe er seine verleumderischen Interviews in die Mikrofone und Kameras sprach. In der Betriebsratssitzung am Montag,23.8., hat er "mit Namen und Adressen gearbeitet"und man darf mit ruhiger Gewißheit davon ausgehen, daß der Name der meinige und die Adresse die der ostdeutschen Betriebsräteinitiative war.

Hier der ungekürzte **Originalton** des ZDF Heute-Journals vom Montag, 23.8.93, 21 Uhr 45.

Gossner Mission

2. Heiner Brodhun über Leute, die "woanders eine Revolution verloren haben"

"In Bischofferode, meine Damen und Herren, begann die Woche heute wie in den guten alten Zeiten oder zumindest, was die Kali-Kumpel dafür halten. Am Morgen ist die Produktion wieder aufgenommen worden, zunächst für drei Wochen. Dafür liegen Aufträge vor. Seit dem 7. April ist die Grube von der Belegschaft besetzt, einige sind im Hungerstreik. Bischofferode ist so etwas wie ein Symbol für Widerstand geworden. Daß heute wieder gearbeitet werden konnte, obwohl die Schließung keineswegs abgewendet ist, dem ging ein Kompromiß zwischen Betriebsrat und Firmenleitung voraus. Kompromisse aber müssen von Menschen erreicht und getragen werden. Wie schwer das ist, läßt sich von außen nur selten beurteilen. In diesem Fall wurde es deutlich in der Person des Heiner Brodhun. Er ist der Chef des Betriebsrats und wollte heute morgen den Krempel endgültig hinschmeißen. Er hatte verhandelt und verhandelt und dann kamen andere, die doch nur ihr politisches Süppchen kochen wollten. Hobbyterroristen hat er sie genannt. Am Nachmittag hat ihm der Betriebsrat dann weiter das Vertrauen ausgesprochen. Heiner Brodhun bleibt. Ein Gespräch hat Clemens Mosmann mit dem Mann geführt, das viel über die Stimmung in Bischofferode aussagt.

ZDF: Herr Brodhun, das was eben im Betriebsrat herausgekommen ist, kann man das als einen Kompromiß bezeichnen?
H.B.: Nein, ein Kompromiß war das absolut nicht. Wir sind uns einig geworden. Und im gegenseitigen Einvernehmen, ich war mit einverstanden, daß gewisse Erscheinungen der letzten Zeit, die hier gelaufen sind, von außen hereingetragen wurden, ausgeräumt wurden in einem mehrstündigen Gespräch, und ich dann auf Bitten einstimmig aller anwesenden Betriebsratsmitglieder gebeten wurde, weiterhin Vorsitzender des Betriebsrates zu machen. Und dieser Bitte bin ich entsprochen.
ZDF: Aber trotzdem, da muß doch einer nachgegeben haben. Wenn ich mir vor Augen führe, daß Sie unter anderem gesagt haben, da seien Hobbyterroristen am Werke, Sie sprachen eben wie gesagt auch von Einwirkungen Dritter, das sind doch harte Vorwürfe. Sie haben auch gesagt, es gebe eine fehlende Besonnenheit im Betrieb, im Betriebsrat. Sowas können doch die Restlichen nicht alle einstimmig hingenommen haben.
H.B.: Als Hobbyterroristen habe ich diese Herren, die von außen sind, bezeichnet.
ZDF: Wer ist denn das konkret?
H.B. Ich werde nicht mit Namen operieren. Natürlich habe ich das in der Betriebsratssitzung, da habe ich mit Namen und Adresse gearbeitet. Aber in der Öffentlichkeit möchte ich das nicht. Und als Hobbyterrorist war niemand von der Belegschaft irgendwo gemeint.
ZDF: Diese Einmischer,nenne ich sie jetzt mal, kommen die aus dem politischen Bereich oder sind die mehr aus dem wirtschaftlichen Bereich?
H.B.: Politisch kann ich diese Herren nicht zuordnen, da ich ihre Parteizugehörigkeit nicht kenne. Auf alle Fälle hat das keinen Einfluß auf mich gehabt, ob links oder rechts oder mitte ist, weiß ich nicht. Aber ihr Einfluß, den sie hier versucht haben auszuüben, der eindeutig, für mich jedenfalls, unserer Sache geschadet hat, und wenn dies weiter hier so fortgeführt worden wäre, mit dieser Wühltätigkeit von unten, oder von hinten oder wo Sie immer wollen...
ZDF: Das heißt, man wollte die Belegschaft durchsetzen, wollte Sie provozieren zu Handlungen, die dann nicht mehr kontrollierbar sind ?
H.B.: Nicht die Belegschaft, aber eindeutig wurde hier versucht, innerhalb des Betriebsrates einen Keil reinzutreiben.
ZDF: Kann es sein, daß diese Leute aus irgendeinem Kartell kommen?

Gossner Mission

H.B.: Das bezweifle ich.
ZDF: In welchem Niemandsland sind diese Leute denn vorzufinden?
H.B.: Niemandsland insoweit, daß , wie ich auch gesagt habe, die woanders eine Revolution verloren haben und hier versuchen, diese fortzuführen.
ZDF: Wo haben die denn eine Revolution verloren?
H.B.: Oder ihre Revolution nicht gewonnen haben, zum Beispiel in anderen Betrieben, wo sie aufgetreten sind und nicht zum Ziel gekommen sind. Denn, bevor man solche Äußerungen macht, erkundigt man sich. Und das habe ich getan."

Mit den "anderen Betrieben" meinte Heiner Brodhun wohl Belfa.

3. Das Ultimatum vom 4.August

Am 1.8. hatten die dreiwöchigen Betriebsferien in Bischofferode begonnen. Die Kumpels und ihre Familien benötigten nach viermonatigem kräfteverschleißenden Arbeitskampf eine Erholungspause. Einige gönnten sich keine Ruhe und powerten durch. Ausschlaggebend für die Zustimmung des Betriebsrates zu der Betriebsvereinbarung über die Betriebsferien war letztlich gewesen, daß dringend nötige Reparaturen an den Großgeräten nur in den Ferien durchgeführt werden konnten. Ohne Reparaturen stand die Produktionsfähigkeit des Werkes in Frage und die wollte man durch den Arbeitskampf ja gerade erhalten und nicht gefährden. Gleichwohl war schon zum Zeitpunkt der Diskussion über die Ferien auffallend, daß der Vorstand der Mitteldeutschen Kali-AG (MdK) mit der Erpressung arbeitete: entweder unterschreibt der Betriebsrat sofort die Betriebsvereinbarung über die Ferien oder es gibt ab 1.8. keinen Lohn. Warum diese Schärfe? Warum lag den Herren soviel an der Arbeitspause?
Dann kam das Ultimatum. Erst über die Medien. Später per Brief an den Betriebsrat. Jetzt war klar, was die Herren Teusch und Co. beabsichtigten.
Hier das Faksimile des ultimativen Schreibens vom 4.8.

Gossner Mission

Ostwind-Dokumentation Bischofferode
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative

MITTELDEUTSCHE KALI AG

Kali

Der Vorstand

Mitteldeutsche Kali AG, Postfach 58, 99701 Sondershausen

An die Werksleitung
des Kaliwerkes Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht vom
Unsere Zeichen
Tel. Durchwahl
Datum 4. August 1993

An den
Betriebsrat des Kaliwerkes
Bischofferode
Holunger Straße
99768 Bischofferode

Kaliwerk Bischofferode

Seit dem 7. April wird das Werk Bischofferode von der Belegschaft besetzt.

Mit Schreiben vom 28. April an das Bergamt Erfurt, von dem Sie Kopie erhielten, haben wir darauf hingewiesen, daß diese Besetzung gesetzwidrig sei. Im weiteren Verlauf dieser Besetzung sind Vorstand und Mitarbeiter des Unternehmens in massiver Weise bedroht worden. Öffentlich hat der Betriebsrat erklärt, daß der Vorstand der MdK sowie Mitarbeiter der HV keinen Zutritt zum Werk erhalten.

Durch diese Vorgänge wird der Vorstand an der Wahrnehmung seiner bergrechtlichen Gesamtverantwortung gem. §§ 61 und 62 des Bundesberggesetzes gehindert.

Außerdem stellt das ständige Betreten des Werkes, insbesondere auch des Grubenbetriebes durch betriebsfremde Personen, ohne Genehmigung des Vorstandes oder der Werksleitung einen Verstoß gegen § 25 der ABA0 120/2 dar. Schließlich halten sich ständig Belegschaftsmitglieder auf dem Werksgelände auf, die keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten und hierzu auch keine Genehmigung haben.

...

Gossner Mission

In der Zwischenzeit haben sowohl die Bundesregierung als auch die Thüringer Landesregierung zugesichert, die in Bischofferode gegenwärtig vorhandenen rund 700 Arbeitsplätze außerhalb der Kaliproduktion zu erhalten und hierzu entsprechende Maßnahmen verbindlich angekündigt.

Angesichts dieser Tatsachen beabsichtigt der Vorstand, Ordnung und Gesetzmäßigkeit wieder herzustellen.

Die Werksleitung wird angewiesen und der Betriebsrat wird aufgefordert, dem Vorstand der MdK eine Erklärung abzugeben, wonach

- das ungehinderte Betreten des Werkes durch Mitglieder des Vorstandes und/oder seiner Mitarbeiter gewährleistet wird,
- die körperliche Unversehrtheit der vorgenannten Personen im Werksgelände sichergestellt wird,
- alle unbefugten betriebsfremden Personen das Werksgelände bis zum Zeitpunkt der abzugebenden Erklärung verlassen haben,
- alle Werksangehörigen, welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten, das Werksgelände ebenfalls verlassen haben.

Sollte die Abgabe der gewünschten Erklärung nicht bis zum 20.08.1993 erfolgen oder nicht möglich sein, müssen anschließend alle Arbeiten im Werk unter und über Tage aus sicherheitlichen Gründen solange eingestellt werden, bis ein ordnungs- und gesetzmäßiger Zustand wieder gewährleistet ist.

Teusch Backhaus Ertle

Dr. Mühlberg Potthoff

Kopie: Minister Sieckmann
Bergamt Erfurt
THA - Dr. Schucht
IGBE
K+S

Gossner Mission

Eine klare Sprache. Eine klare Taktik. Ein wohlüberlegter Angriff. Der MdK-Vorstand (und hinter ihm Treuhandanstalt und Kohl-Regierung) setzten den Kali-Kumpels die Pistole mitten auf die Brust. Entweder ihr kapituliert und beendet den Arbeitskampf oder wir lassen die Produktion nicht wieder anfahren, das heißt legen das Werk **technisch** still. Teusch und Co. drohten offen mit **Sabotage** an der Werksanlage. Jeder Bergmann weiß, daß man die Produktion höchstens für 3-4 Wochen unterbrechen darf. Kalisalze kristallisieren aus. Bei längeren Produktionspausen kommt es zu Rostschäden. Nach drei Wochen Betriebsferien **mußte** also unbedingt am Montag den 23.8. wieder **angefahren** werden. Das wußte der MdK-Vorstand natürlich auch. Deswegen hatte er so großen Wert auf die Betriebsferien gelegt und den 20.8. zur dead line für das Ultimatum erklärt. Die Herren suchten eine Kraftprobe und sie suchten sie jetzt - mitten in der Sommerpause, zu einem unerwartet frühen Zeitpunkt. Schucht: Am 20.8. ist die Flamme von Bischofferode ausgetreten. Sie hatten mittlerweile begriffen, daß der entschlossene Kampf der Kali-Kumpel für den Erhalt ihrer Grube auf wachsende Sympathie in der Bevölkerung stieß. Insbesondere bei den treuhandgeschädigten Belegschaften in den fünf neuen Bundesländern rief er ein lebhaftes Echo, volles Verständnis und echte Anteilnahme hervor. Hatte man in der Meeres-Technik-Werft in Wismar (um nur ein Beispiel von vielen zu nennen) nicht ähnliche Erfahrungen mit den Plattmachern aus der Leipzigerstraße gemacht? Waren nicht auch dort die KollegInnen gezwungen worden, den Standort Wismar durch eine Werksbesetzung zu erhalten? Im Handumdrehen waren in Wismar 2000,-DM gesammelt, eine Delegation zusammengestellt, Blumen gekauft - und ab nach Bischofferode. Solidarität vor Ort. Haltet durch! hieß es und: Wir stehen alle hinter Euch!. Genau so dachten viele Menschen in Magdeburg, Leipzig, Dresden, Oranienburg, Berlin, Rostock, Böhlen, Flöha, Frankfurt/Oder, Frankfurt/ Main, Köln, Göttingen, Hamburg und München. In Ost und West rührte der Kampf der Kali-Kumpel die Seele der Arbeiter. An manchen Tagen in der zweiten Juli-Hälfte brachen die Betriebsräte, Sprecherräte und die beiden Sekretärinnen in Bischofferode unter der anbrandenden Solidaritätswelle aus Betrieben und Gewerkschaften fast zusammen. All das gesammelte Kleingeld mußte ja auch gezählt, die Schecks abgebucht, die vielen tausend Solidaritätsschreiben verarbeitet und an die Belegschaft weitergegeben werden. Über 400000,-DM waren gespendet worden. Die Kali-Kumpels, ihre Frauen im Schacht, die bis zur Bahre Hungerstreikenden - sie alle, die die Fackel von Bischofferode entzündet hatten, begrüßten diese mitreißende Massensolidarität. Sie hatten sie gewollt und ausdrücklich herbeigerufen. "Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Unsere Schleuder, mit der David Goliath besiegt, ist der Schulterschluß der kämpfenden Belegschaften und Betriebsräte...als einzeln kämpfender Betrieb gehen wir unter - im Bündnis Seite an Seite werden wir siegen!" So Gerhard Jüttemann am 1. August vor 12000 begeisterten TeilnehmerInnen am internationalen Aktionstag in Bischofferode. "Um uns selber müssen wir uns selber kümmern","Hilf Dir selbst - dann bist Du Gottes Sohn". Gebt die Ersatzarbeitsplätze den vor uns entlassenen 22000 Kollegen der Kali-Industrie - wir wollen das Werk erhalten. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze in Bischofferode - wir kämpfen gegen das Plattmachen in allen Branchen. In Würde leben und arbeiten! Hans Berger soll zurücktreten - was ist denn das für eine Gewerkschaft, die im Interesse der großen Monopole die Arbeitsplätze der eigenen Mitglieder vernichtet! Kohl nach Chile! Der Markt richtet`s nicht, sondern richtet hin. Neue, ganz ungewohnte, radikale Töne im Eichsfeld. Die Kali-Kumpel schienen den Himmel zu stürmen. Mit 91% hatte die Belegschaft für die Fortsetzung des Arbeitskampfes gestimmt. Ein Thüringer Aktionskomitee kämpfender Betriebe und Gewerkschafter war entstanden. Auf der DGB-Kundgebung in Zella-Mehlis wurde die Fahne der IG-BE heruntergerissen, an ihrer Stelle das Transparent

Gossner Mission

"Bischofferode ist überall" aufgehängt und die Nationalisierung der Banken gefordert. Bischofferode war in der Tat zum Vorbild und Symbol des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung geworden. Kein einzelbetrieblicher Arbeitskampf in Ostdeutschland hatte in den vergangenen drei Jahren eine solche Resonanz, Popularität und kraftvolle Solidarität zustande gebracht, zu Liedern und Gedichten angeregt. Wenn Bischofferode Schule macht - wird die Republik unregierbar, trommelte die erschrockene Presse. Die Treuhand hat noch 26 Großbetriebe auf ihrer Endstrecke zu privatisieren. Was wird, wenn die alle wie die Kali-Kumpel kämpfen? Noch schlimmer, was wird, wenn die Flamme aus dem Eichsfeld ins Ruhrgebiet zu Bergleuten und Stahlkochern übergreift?! Bischofferode war zu einer echten Gefahr geworden. Die Fackel mußte ausgeblasen werden ehe sie einen Flächenbrand entzünden konnte.Je schneller desto besser. Einen solchen Arbeitskampf durfte man nicht bis Dezember laufen lassen. Die Zeit arbeitete für Bischofferode. Das hatten die erfolgreichen Aktionstage und der ganze Monat Juli gezeigt. Deshalb das Ultimatum des Mdk-Vorstandes am 4. August. Die seit Anfang April vom Werksgelände ausgesperrten Vorstandsmitglieder der Mitteldeutschen Kali AG versuchten, die Initiative wieder an sich zu reißen.

4. Wie soll man auf das Ultimatum reagieren?

Als Heiner Brodhun den Text des Ultimatums auf der Belegschaftsinformation am Freitag, 6.August,von der Freitreppe des Kantinengebäudes herab den ca. 200 versammelten Kollegen und Kolleginnen vorlas, brach bei dem Punkt der Sicherstellung der "körperlichen Unversehrtheit" der Vorstandsmitglieder, offenes Hohngelächter aus. "Die sollen mal kommen, die Feiglinge", "Die trauen sich nicht". Muntere Stimmung, obwohl wir alle im Nieselregen standen. Das Ultimatum werde Punkt für Punkt in einem Brief widerlegt, so der Betriebsratsvorsitzende.
Beim anschließenden Gespräch in kleiner Runde schätzte ein Betriebsrat das Ultimatum als "Bluff"ein. Ich riet dazu, das Ultimatum in jedem Falle ernst zu nehmen. Der Gegner will vielleicht einen Entscheidungskampf. Deshalb muß man sich gut vorbereiten. Was ist, wenn sich am Wochenende nach Ablauf des Ultimatums herausstellt, daß es kein Bluff ist?
Ein weiterer Betriebsrat klopfte mit seinem Mittelfinger kräftig auf den Tisch und sagte: Wir dürfen keine Schwäche zeigen. Dem Ultimatum wird nicht nachgegeben.Wenn wir nachgeben, bricht uns die Solidaritätsbewegung weg, dann ist hier der Druck raus. Kommt überhaupt nicht in Frage!
Aber was machen wir, wenn die tatsächlich die Produktion nicht anfahren?
Wieder klopfte der Mittelfinger energisch auf den alten Holztisch im Presseraum des Betriebsrates: Dann wird am Samstag vorgewärmt und am Sonntag einfach durch uns selber angefahren. Das schaffen wir schon.
Widerspruch. So einfach geht das nicht. Vielleicht sollten wir dem Ultimatum nachkommen. Dann ist die Produktion gesichert. Den Arbeitskampf führen wir trotzdem weiter. Wenn wir die Produktion alleine anfahren, sperren die uns die Löhne.
Die Diskussion konnte nicht in Ruhe zu Ende geführt werden. Telefongespräche. Hektik. Interviews. Besuche. In den Betriebsratszimmern ging es in diesen Tagen zu wie in einem Ameisenhaufen. Es wurde weder die durch das Ultimatum entstandene neue Situation gründlich analysiert, noch eine Taktik ausgearbeitet, noch irgendwelche konkreten Maßnahmen (z.B.

Gossner Mission

Information und Diskussion mit der Belegschaft über das Ultimatum, Presseerklärungen etc.) besprochen. Nichts von alledem. Nicht einmal der Text des Ultimatums wurde der Belegschaft, z.B. in Form eines Betriebsrats-Infos zugänglich gemacht. Wir verständigten uns in aller Eile lediglich auf eine Vorverlegung des für den 4. September in Berlin geplanten zentralen Aktionstages auf den 21. August, dem Tag nach Ablauf des Ultimatums. Ort sollte wiederum Bischofferode sein. An diesem wichtigen Wochenende alle Unterstützer hier am Werk zu haben, kann auf keinen Fall falsch sein - war die einhellige Meinung, auch von Heiner Brodhun. So wurde der dritte Aktionstag beschlossen. Die muntere Belegschaftsversammlung und den klopfenden Mittelfinger vor Augen fuhr ich mit dem Gefühl nach Berlin zurück: diese Belegschaft und dieser Betriebsrat werden das Ultimatum zurückweisen. Ich sollte mich sehr täuschen.

5. Die Kapitulation des Rumpfbetriebsrates

Am Mittwoch, 18.8., trafen sich acht der 15 Betriebsräte zu einer Sitzung und verabschiedeten mit sechs Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen eine gemeinsame Erklärung von Werksleitung und Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode an den MdK-Vorstand. Mit dieser Erklärung , deren Entwurf ganz offensichtlich von der Werksleitung verfaßt worden war, **akzeptierte** der Betriebsrat in allen Punkten die ultimativen Forderungen des MdK-Vorstandes vom 4.8. zur Wiederaufnahme der Produktion. Die Vorstandsmitglieder können das Werk wieder betreten. Der Betriebsrat wird versuchen, ihre körperliche Unversehrtheit durch das Unterbinden spontaner Reaktionen von Belegschaftsmitgliedern zu gewährleisten. Betriebsfremde Personen werden durch die Werkswache registriert. Die Werksbesetzung findet vor dem Werkstor statt. Werksleitung und Betriebsrat verpflichten sich, gemeinsam die Forderungen des Vorstandes durchzusetzen. Zusammengefaßt: auf dem Werksgelände herrscht ab sofort wieder Gesetzlichkeit und Ordnung. Der Werksleitung war es gelungen, den Betriebsrat auf ihre Seite zu ziehen.

Der Rumpfbetriebsrat hatte es sehr eilig, diese Kapitulationserklärung zu verabschieden und dem MdK-Vorstand zukommen zu lassen. Die völlig berechtigte Forderung von zwei Betriebsratsmitgliedern, bis zur Belegschaftsversammlung am nächsten Tag zu warten, wurde vom Tisch gewischt. Hätten die beiden Betriebsräte die Sitzung verlassen, wäre der Betriebsrat beschlußunfähig gewesen. Sie blieben jedoch und milderten durch Streichungen und Umformulierungen die offen kapitulantenhafte Sprache des ursprünglichen Textentwurfs ab. Zwei Tage vor Ablauf des Ultimatums, an demselben Tag, an dem der Aufsichtsrat der MdK zusammentrat, hatte eine Minderheit von sechs Betriebsräten, bei Abwesenheit von wichtigen und repäsentativen Mitgliedern des Betriebs- und Sprecherrats, über das Herzstück des Arbeitskampfes, die Werksbesetzung, entschieden. Die Antwort des MdK-Vorstandes kam per Fax am nächsten Vormittag. Da die Forderungen des Schreibens vom 4.8. erfüllt worden sind, stehe einer Wiederaufnahme der Produktion am 23.8. nichts mehr im Weg.

Hier der **Entwurf** der gemeinsamen Erklärung, aus dem unter Weglassen der Streichungen und Berücksichtigung der Umformulierungen der Endtext des letztlich an den MdK-Vorstand abgeschickten Schreibens hervorging.

Gossner Mission

Mitteldeutsche Kali AG
Werk Bischofferode

Erklärung der Werksleitung und des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode zum Schreiben des Vorstandes der MdK vom 4.8.93 an Werksleitung und Betriebsrat des Werkes Bischofferode

In den Monaten und Wochen seit dem 10.12.1992 ist es infolge der als friedlichen Arbeitskampf begonnenen, ~~ohne Unterstützung und Billigung der IGBE~~, durchgeführten Aktionen der Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, zu ~~Vorkommnissen~~ Erscheinungen gekommen, die ~~in der Tat~~ im Widerspruch zum § 25 (2) ABA0 120/2 ~~standen und die den Vorstand an der Wahrnehmung seiner Verantwortung für das Werk~~ gem. §§ 61 und 62 BBeG ~~hinderten~~. sondern

Das betraf z. B:
- Aufenthalt Betriebsfremder ohne Genehmigung im Werksgelände über- und untertage
- Aufenthalt von Werksangehörigen ohne Ausübung betriebsnützlicher Tätigkeit im Werksgelände über- und untertage

Des weiteren ist zu beobachten, daß die als Arbeitskampf begonnenen Aktionen der Belegschaft in einem gewissen Maße insoweit außer Kontrolle geraten, daß sie von politischen und anders organisierten auswärtigen Randgruppen zu Zwecken mißbraucht werden, die mit der eigentlichen Zielsetzung der Belegschaft, nämlich dem Erhalt der Arbeitsplätze, nichts mehr zu tun haben.

Es muß allerdings festgestellt werden, daß

1. die genannten ~~Auswüchse~~ Erscheinungen von der Werksleitung ~~ohnehin, jedoch auch~~ und auch vom Betriebsrat nicht ~~nur nicht~~ gefördert, ~~sondern auch verurteilt~~ wurde, ~~jedoch~~ jedoch in gewissem Umfang nicht verhindert werden konnten;

2. es Werksleitung in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat bisher gelang, Auswirkungen der Aktionen auf die Produktionsstabilität und auf die Arbeitssicherheit zu verhindern.
   Davon zeugen die erfolgreiche Durchführung des Grubenalarms am 24.6.93 sowie die Werkes- und Grubenbefahrung durch die BBG Gera am 26.7.93 (von beiden Veranstaltungen liegen dem Vorstand der MdK Protokolle vor).

Gossner Mission

Diese Tatsachen stellen jedoch grundsätzlich die Feststellungen auf Blatt 1 Ihres Schreibens nicht in Frage.

Die Werksleitung und der Betriebsrat akzeptieren auf der Grundlage der angeführten Gesetzlichkeiten sowie der im Ergebnis der Aussprache zwischen MdK-Vorstand und Betriebsrat am 16.8.93 getroffenen Vereinbarungen die in Ihrem Schreiben erhobenen Forderungen zur Wiederaufnahme der Produktion am 23.8.93.

Werksleitung und Betriebsrat sehen folgende Möglichkeiten der Durchsetzung der Ihrerseits erhobenen Forderungen:

1. Erster und zweiter Anstrich

1.1. Das ungehinderte Betreten und die Arbeitsmöglichkeiten von Mitarbeitern der Hauptverwaltung im Werk waren und sind nicht in Frage gestellt.

1.2. Das ungehinderte Betreten und die Arbeitsmöglichkeiten von Vorstandsmitgliedern im Werk wird von der Werksleitung und dem Betriebsrat gewährleistet unter der Voraussetzung, daß es gelingt, spontane und nicht vorhersehbare Reaktionen einzelner Belegschaftsmitglieder zu unterbinden.

Auf der Grundlage der Beratung vom 16.8.93 wird vorausgesetzt, daß der Vorstand der MdK bis zur entgültigen rechtlichen Entscheidung zum Fusionsvertrag bei ihren Werksbesuchen keine Aktivitäten unternimmt, die zur Schließung des Werkes und damit zur Zuspitzung der Situation führen würden.

2. Dritter Anstrich

Diese Forderung wurde durch nochmalige Anweisung an die Geschäftsleitung und das Wachpersonal der Firma NOTEG erhärtet (Schreiben vom 21.7.93 liegt Ihnen vor) und seit diesem Termin befolgt, soweit das unsererseits kontrollierbar ist.
Besucher der Werksleitung bzw. des Betriebsrates werden an der Werkswache registriert und gemeldet. Dabei darf der durch Beschilderung festgelegte, genehmigte Aufenthaltsbereich innerhalb des Werkes nicht verlassen werden. Das gilt vollinhaltlich auch für Vertreter der Medien und Organisationen, mit denen der Betriebsrat zusammenarbeiten möchte. Ausgenommen davon sind Personen, denen vom Vorstand derzeit Hausverbot für das Werk Bischofferode ausgesprochen wurde.

Gossner Mission

3. Vierter Anstrich

3.1. Das Betreten des Sozialgebäudes ist unter Benutzung des kürzesten Weges von der Wache aus folgendem Personenkreis gestattet
- Teilnehmern am Hungerstreik und deren Angehörigen
- Besuchern der sonntäglichen Gottesdienste

3.2. Werksbesetzer (~~Mahnwache~~)
Die Teilnehmer an der Werksbesetzung halten sich vor dem Werkstor, nur bei ungünstiger Witterung im Wachgebäude selbst auf.

3.3. Die symbolische Grubenbesetzung durch betriebsangehörige Frauen ist mit Beginn der Betriebsferien abgebrochen worden ~~und wird durch Weisung des Werksleiters Grube nicht wieder zugelassen~~.

Die Werksleitung und der Betriebsrat sind gewillt, die Forderungen des Vorstandes auf der Grundlage dieser Erklärung durchzusetzen.

Bischofferode, 17.8.93

Werksleitung

Vorsitzender
Betriebsrat

Gossner Mission

6. Die Sitzung des Betriebsrats am Donnerstag, 19. August

Für 14 Uhr war die Belegschaftsversammlung angesetzt. Zwei Stunden vorher traf sich der Betriebsrat zu einer vorbereitenden Sitzung, an der teilzunehmen ich eingeladen worden war. Da sich Heiner Brodhuns Vorwürfe gegen mich hauptsächlich auf mein Verhalten in **dieser** Betriebsratssitzung beziehen, werde ich im folgenden versuchen, die entscheidenden Punkte der Diskussion aus dem Gedächtnis und mit Hilfe einiger Notizen zu rekonstruieren.
An der Sitzung nahmen teil: ca. 11-12 Betriebsräte, ein Sprecherratsvertreter, zwei Peine Mitarbeiter sowie der, für Peine arbeitende, Rechtsanwalt Burrechter, der den Betriebsrat in Sachen EG-Fusionskontrollverfahren vertritt, ein Vertreter der Werksleitung , eine Hungerstreikende und ein politischer Berater des Betriebsrates.
Zu Beginn der Sitzung wurde die EG-Entscheidung, in eine intensivere Prüfung der Fusion einzutreten, von allen als positiv bewertet. Man hatte vier Monate Zeit gewonnen. RA Burrechter führte aus: Die Entscheidung in Brüssel wäre auch ohne den Hungerstreik so gefallen, sie ist allein wettbewerbsrechtlich bedingt. Der Abbruch des Hungerstreiks wäre für die EG-Beratung deutlich fördernd. Während des Kontrollverfahrens darf die Fusion nicht vollzogen und das Werk nicht stillgelegt werden. Bei einem Verstoß gegen dieses "Vollzugsverbot" werden Strafgelder fällig. Dies ist dem MdK-Vorstand mitgeteilt worden. Die EG-Kommission kann allerdings nicht verhindern, daß der Betrieb aus anderen, z.B. bergbaurechtlichen Gründen, geschlossen wird. Deshalb fordert er den Betriebsrat auf, die Werksbesetzung und alle Maßnahmen, die einen Vorwand für eine Schließung liefern können, zu beenden.
Ein Betriebsrat wies darauf hin, daß ohne den Kampf der Belegschaft überhaupt nichts gelaufen wäre. Ohne den Druck von Bischofferode hätte es auch die Zugeständnisse der Regierung nicht gegeben.
Die hungerstreikende Kollegin versicherte, daß sich der Hungerstreik nicht gegen die EG-Kommission richte. Im übrigen habe Birgit Breuel gestern mit aller Deutlichkeit klargemacht, daß Bischofferode so oder so geschlossen werde, unabhängig davon, was die EG-Kommission entscheidet. Deshalb haben die Hungerstreikenden die Fortsetzung ihres Hungerstreiks beschlossen.
RA Burrechter betonte erneut, daß der Hungerstreik laut Aussagen von EG-Beamten dem EG-Verfahren schadet. Der Betriebsrat könne ja politisch weiter agieren, aber jetzt sei es vorteilhafter, den Druck rauszunehmen. Alle rechtswidrigen Maßnahmen, die einen Vorwand zur Stillegung hergeben, müßten aufhören. Der Betriebsrat möge berücksichtigen, daß sie (sic!) jetzt in den Händen einer unabhängigen Behörde sind, die streng prüft. Er hat jederzeit Zugang zu den Beamten. Er empfiehlt, in das EG-Verfahren Vertrauen zu haben.

Ich erwiderte Herrn Burrechter, daß es keinerlei Garantie gibt, daß Brüssel am Ende positiv für das Bischofferoder Werk entscheidet. Der Einfluß von BASF reicht weit, auch bis in die Taschen mancher EG-Beamter. Die Belegschaft hält seit April das Werk besetzt. Der Arbeitskampf ist ihr einziges Mittel, den eigenen Willen durchzusetzen. Wenn sie ihn aufgibt, hat sie verloren.

Gossner Mission

Die Diskussion drehte sich dann noch eine Weile um juristische Details des EG-Verfahrens, bis man schließlich auf die gemeinsame Erklärung von Werksleitung und Betriebsrat zu sprechen kam. Ein Betriebsrat fragte, warum die Erklärung unbedingt gestern verabschiedet werden mußte? Warum diese Eile?

Der Betriebsratsvorsitzende Heiner Brodhun erläuterte: es kämen laufend Anrufe aus Berlin. Der Außenhandel könne keine weiteren Verträge abschließen, da unklar sei, ob die Produktion wieder angefahren werde. Das Ultimatum erst am Freitag zu beantworten, sei zu spät. Da gingen die Verträge flöten.

Ein anderer Betriebsrat monierte, daß es sehr schlecht sei, daß die Erklärung als gemeinsame Erklärung von Werksleitung und Betriebsrat rausgegangen sei. Ursprünglich sollte das getrennt werden. Neue Situationen erforderten neue Maßnahmen. Die gemeinsame Position von Werksleitung und Betriebsrat müsse in der Belegschaftsversammlung deutlich werden. Der Vertreter der Werksleitung verwies darauf, daß der Betriebsrat **unterschrieben** habe. Heiner Brodhun: Der Beschluß ist **rechtskräftig**. Ein Betriebsrat, der an der gestrigen Sitzung nicht teilgenommen hatte, bemerkte daraufhin: Gestern war hier der Anfang einer Spaltung im Betriebsrat. So geht das nicht. So können wir nicht miteinander umgehen.

Ein Sprecherratsvertreter fragte: Wer hat die gemeinsame Erklärung verfaßt? Er versuchte einen Satz vorzulesen, der in dem ursprünglichen Textentwurf stand, dann aber gestrichen und nicht in den endgültigen Text übernommen worden war , kam aber nicht sehr weit, da ihn Heiner Brodhun mit den Worten unterbrach: das tut hier nichts zur Sache. Das Durchgestrichene gilt nicht mehr.

In dieser Situation meldete ich mich und sagte ungefähr folgendes: Das gestrige Schreiben an den MdK-Vorstand ist ein Kapitulationsbrief. Der Betriebsrat hat sich den Bedingungen des Ultimatums einfach unterworfen. Wie könnt ihr so vorgehen?! Als jemand, der auch einmal Betriebsrat war, kann ich nur sagen: Das ist ein absolutes Ding der Unmöglichkeit, daß letztlich sechs Betriebsräte von 15 das Ende der Werksbesetzung beschließen. So kann man keinen Arbeitskampf leiten. Über eine derart wichtige Entscheidung muß nicht nur der gesamte Betriebsrat und Sprecherrat beraten und befinden, sondern vor allem die Belegschaft selbst. Ihr stellt ja die Belegschaft vor vollendete Tatsachen! Im Grunde werden die Kollegen mit diesem Kapitulationsbrief hintergangen. Ein Betriebsratsvorsitzender, der so vorgeht, verletzt die Demokratie innerhalb des Betriebsrats und gegenüber der Belegschaft. Im übrigen ist der gestrige Beschluß des Rumpfbetriebsrates nach dem Betriebsverfassungsgesetz formal ungültig, da nicht alle Betriebsratsmitglieder zur Sitzung geladen waren.

Soweit mein protestierender Beitrag, den ich mit Deutlichkeit und Ernst vortrug.

Heiner Brodhun konterte sofort in scharfem Ton. Er brauche sich hier keine Belehrungen über das Betriebsverfassungsgesetz bieten zu lassen. Das kenne er selber gut. Der Beschluß von gestern sei nicht ungültig. Was ich eigentlich bezwecke? Wo sei denn in dem gestrigen Schreiben von einem Ende der Werksbesetzung die Rede?

Ich antwortete: In Punkt 1.2. Der Vorstand darf wieder das Werksgelände betreten.

Später nahm der Vertreter der Werksleitung das Wort, um festzustellen, daß sich auf dem Werksgelände Unterstützergruppen herumtrieben, die z.B. in Broschüren aufforderten, "selbstgebastelte Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen", oder auf Kundgebungen riefen "Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten".

Gossner Mission

Ein Betriebsrat führte zum Schluß aus, daß es nicht das Ziel des Arbeitskampfes sein könne, den Herren vom Vorstand eine Handhabe zu geben, die Grube dicht zu machen. Es müsse alles "rechtlich in Ordnung sein".
Damit endete die Diskussion. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Gegen 14 Uhr brachen wir alle auf, um uns in den großen Saal des Kulturhauses zur Belegschaftsversammlung zu begeben.

7. Die Belegschaftsversammlung am 19. August

Dichtgedrängt saßen und standen ca. 400 Kolleginnen und Kumpel in dem dunklen, nur von TV-Scheinwerfern erleuchteten Saal. Vom Podium kamen die üblichen Bitten. Die Medien möchten den Saal verlassen. Pressekonferenz anschließend. Erst soll die Belegschaft in Ruhe diskutieren können. Bitte nicht rauchen.
Ich gebe im folgenden den Ablauf dieser neunzigminütigen Versammlung aus dem Gedächtnis wieder. Einzelne Diskussionsbeiträge und Zwischenrufe mögen nicht wörtlich so gefallen sein, wie ich sie hier schildere, aber der Tendenz und dem Ton nach. Ich selbst habe in dieser Belegschaftsversammlung **bewußt nicht** das Wort ergriffen.

Zu Beginn wurden verschiedene Berichte gegeben: von der gestrigen Aufsichtsratssitzung, vom Stand der Verhandlungen mit der Landesregierung, von dem Rückziehen des Eilantrages der Einstweiligen Verfügung beim Amtsgericht Nordhausen gegen die Schließung des Werkes.
Dann kam Heiner Brodhun zur Sache.
Er las Auszüge aus der gemeinsamen Erklärung von Betriebsrat und Werksleitung vor.
Im Saal herrschte zuerst atemlose Stille, dann kam Unruhe auf. Manche Kollegen schüttelten den Kopf, als der Passus mit dem Betreten des Werksgeländes durch Vorstandsmitglieder verlesen wurde. Heiner Brodhun teilte auch den Wortlaut des schon erwähnten Antwort-Faxes des MdK-Vorstandes mit.

Jetzt war die Belegschaft dran. Als einer der ersten meldete sich ein Betriebsrat zu Wort, der in den vergangenen zwei Tagen "für die Sache" unterwegs gewesen war, auf Veranstaltungen in anderen Städten gesprochen hatte, und erst zehn Minuten vor Beginn der Belegschaftsversammlung zurückgekehrt war. Dieser Betriebsrat kannte also weder die gemeinsame Erklärung von Betriebsrat und Werksleitung vom Vortag, noch hatte er an der Diskussion des Betriebsrates kurz zuvor teilnehmen können. Er hörte den Wortlaut der gemeinsamen* aus dem Mund seines vorlesenden Betriebsratsvorsitzenden hier in der Belegschaftsversammlung zum ersten Mal und reagierte mit einem spontanen Beitrag: Diese Erklärung finde er nicht gut. So wie er das verstanden habe, läuft das auf eine Beendigung des Arbeitskampfes hinaus und das käme überhaupt nicht in Frage. (Beifall)
Vom Podium wurde erklärt und vermittelt.
Andere kritische Stimmen äußerten sich aus der Masse der Belegschaft heraus.
"Wieso mußte denn das alles gestern sein?! Warum konntet ihr mit dieser Erklärung nicht bis zur Belegschaftsversammlung warten?" (Beifall)

* Erklärung

Gossner Mission

Heiner Brodhun erzählte wieder von den Anrufen aus Berlin, den Lieferverträgen....
"Wer hat denn das überhaupt unterschrieben? Namen nennen!"
Totenstille im Saal.
Heiner Brodhun fing zögernd an, die ersten der sechs Namen zu nennen, als aus den hinteren Reihen deutlich vernehmbar, Rufe ertönten: "Verräter". Unruhe.
Vom Podium wurde wieder erklärt und vermittelt.
Zwischenrufe: "Wir können das doch nicht so stehen lassen. Wir müssen doch klar machen, daß der Arbeitskampf weitergeht." (Beifall)
"Wieso darf der Vorstand jetzt auf einmal das Werk betreten?", rief ein Kollege ganz aufgeregt. "Seit fünf Monaten stehe ich vor dem Werkstor um zu verhindern, daß diese Typen reinkommen und jetzt dürfen sie auf einmal wieder." (Beifall)
"Das ist doch gar keine Werksbesetzung mehr, wenn der Vorstand hier ungehindert rein darf!"
Vom Podium wurde wieder erklärt und vermittelt. Man könne auch eine Werksbesetzung mit Zutrittsrecht des Vorstandes machen. Darauf käme es doch nicht so entscheidend an. Die Verhinderung der Stillegung sei das Wichtigste.
In dieser Situation ergriff ein Vertreter des Sprecherrates die Initiative und ließ die Belegschaft über die **allgemeine** Frage abstimmen: Wer ist dafür, daß der **Arbeitskampf** weitergeht?
Alle Arme reckten sich in die Höhe.
Wer ist dagegen?
Niemand.
Wer enthält sich?
Keine Enthaltungen.
Die Belegschaft hatte einstimmig beschlossen, den Arbeitskampf fortzuführen.
Über den konkreten Weg, die Taktik und die Kampfmittel, insbesondere die Rolle, Bedeutung und praktische Durchführung der Werksbesetzung wurde nicht weiter diskutiert.
Der Vertreter der Werksleitung wurde aufgefordert, zu erklären, daß er die Sicherstellung der Produktion gewährleisten werde. Er tat das auch, hatte aber vorsorglich ein Exemplar des Bergbaurechts mitgebracht und machte Anstalten, daraus die § 61und § 62 vorzulesen. Zu seinem Pech wollten die Kumpel das nicht hören. "Scheiß Gesetze" rutschte es jemand raus. Gelächter im Saal.
In der weiteren Diskussion fiel wieder das Argument: Wenn wir die Produktion alleine anfahren, sperren die uns die Löhne. Darauf erwiderte ein Betriebsrat:
Das brauchen wir nicht zu fürchten. Wir haben 400000,-DM Spendengelder bekommen. Wenn in der Öffentlichkeit bekannt wird, daß die Kali-Kumpel keinen Lohn kriegen, dann wird sicher soviel gespendet, daß wir davon die Löhne selbst zahlen können.
Sofort entstand große Unruhe im Saal. "Der spinnt ja". "Das geht zu weit".

Soweit zum Ablauf des nichtöffentlichen Teiles der Belegschaftsversammlung. Anschließend gaben einige Hungerstreikende vor der wieder zugelassenen Presse persönliche Solidaritätserklärungen ab. Dann wurde vom Podium aus die nachfolgend im Original wiedergegebene Presseerklärung verlesen, die ein Betriebsrat und ein politischer Berater in der Zwischenzeit erstellt hatten.

Gossner Mission

Mitteldeutsche KALI AG
Werk Bischofferode

Betriebsrat

Bischofferode, 19.08.1993

P r e s s e e r k l ä r u n g

des Betriebsrates zu einem Schreiben an den Vorstand der MdK vom 18.08.1993

Der Betriebsrat hat in Abstimmung mit der Werksleitung und gemeinsam mit dieser auf das ultimative Schreiben des MdK-Vorstandes vom 04.08.1993 reagiert.
Ziel dieses Kompromisses war es, einer Verhinderung der Wiederaufnahme der Produktion am 23.08.1993 vorzubeugen oder einer Schließung des Werkes aus bergrechtlichen Gründen durch den MdK-Vorstand keinen Vorschub zu leisten.
Es muß aber festgestellt werden, daß eigentlich keine der sogenannten "Erscheinungen" im Zusammenhang mit der Werksbesetzung und dem Hungerstreik einer Wiederaufnahme der Produktion entgegengestanden oder die Schließung des Werkes gerechtfertigt hätten, geschweige denn die Grenzen eines friedlichen Arbeitskampfes bei laufender Produktion je überschritten haben.

Mit der gegebenen Antwort auf das MdK-Ultimatum sollen alle Möglichkeiten eingeschränkt werden, das eigentliche Ziel unseres Arbeitskampfes, die Erhaltung des Werkes und seiner Produktion in Frage zu stellen oder stellen zu lassen:

- Die Werksbesetzung bei laufender Produktion wird konsequent fortgesetzt. Sie dient u. a. der Kontrolle der Einhaltung des Stillegungsverbotes im Zusammenhang mit der kartellrechtlichen Prüfungdes Fusionsvertrages.
- Das Betreten des Werkes durch Mitglieder des MdK-VorstANDES UND SEINer Mitarbeiter oder deren Arbeitsmöglichkeiten werden garantiert, sofern diese sich nicht gegen den Arbeitskampf oder sein letztendliches Ziel richtet.

Der Betriebsrat wird auch weiterhin alles tun, um Erscheinungen vorzubeugen, die dem Arbeitskampf der Belegschaft oder dessen Ziel, der Erhaltung der Kali-Produktion in Bischofferode, von woher auch immer, entgegenstehen.

Betriebsrat

Gossner Mission

8. Die Presseerklärung des Betriebsrates vom 19. August

Ein erstaunliches Dokument. Ein Meisterwerk der diplomatischen Verschleierung. Fast könnte man meinen, wenn mir dieser nicht weiter ernstzunehmende Zwischenruf gestattet sei, in Bischofferode wird russische Außenpolitik betrieben.
Schon die Überschrift ist bedenkenswert. Nach einer **Belegschaftsversammlung** wird nicht etwa eine Presseerklärung der Belegschaft zu den gerade gefaßten Beschlüssen der Fortsetzung des Arbeitskampfes vorgelegt, nein, der **Betriebsrat** erklärt **sein** Schreiben an den MdK-Vorstand vom Vortag.
In der Diplomatie gibt es das Phänomen der unterschiedlichen Signale. Man unterschreibt mit der rechten Hand einen Vertrag und schiebt mit der Linken einen Brief nach, der den von der Rechten unterschriebenen Vertrag ein klein wenig anders interpretiert. Genau das hat der Betriebsrat mit dieser Presseerklärung getan.

9. Wie in Bischofferode Mittwoch und Donnerstag auf einen Tag fielen

Die gemeinsame Erklärung von Werksleitung und Betriebsrat vom 18.8. war eindeutig.
Man akzeptierte im wesentlichen die Bedingungen des Ultimatums vom 4.8. und schrieb das auch ganz offen in den Text hinein. Deshalb nannte und nenne ich diese gemeinsame Erklärung einen **Kapitulationsbrief**. Der Rumpfbetriebsrat hatte in opportunistischer Weise am Mittwoch, 18.8. dem Druck des Ultimatums einfach nachgegeben und das geforderte Unterwerfungsschreiben an den MdK-Vorstand gebilligt und abgeschickt. Er hatte das getan, ohne daß überhaupt innerhalb des Betriebsrats eine gründliche Diskussion über die gegenüber dem erpresserischen Ultimatum einzuschlagende Taktik stattgefunden hatte, geschweige denn, daß es eine öffentliche und klärende Aussprache mit Sprecherrat und Belegschaft über diese, für den weiteren Arbeitskampf eminent wichtige Frage, gegeben hatte. Allein schon das bloße **Androhen** des Vorstandes, die Produktion nicht mehr anfahren zu lassen, hatte den Rumpfbetriebsrat in die Knie gehen lassen.
Am **Mittwoch** hatten sechs Betriebsräte eilig und eigenmächtig ein Kapitulationsschreiben verfaßt und am **Donnerstag** interpretierte die Presseerklärung diesen unerhörten Vorfall ein klein wenig anders.
Am **Mittwoch** unterschrieb man, daß der MdK-Vorstand das Werksgelände wieder betreten darf - ohne Bedingungen. Am **Donnerstag** formulierte man **nachträglich** Bedingungen für eben dieses Betreten.
Am **Mittwoch** unterschrieb man, daß die Werksbesetzung **vor** dem Tor stattfindet.
Am **Donnerstag** verkündete man vor der Presse und der eigenen Belegschaft, daß die Werksbesetzung "konsequent fortgesetzt werde".

Gossner Mission

Den Kapitulationsbrief vom Mittwoch bekommt die Öffentlichkeit nicht zu sehen. Die Presseerklärung vom Donnerstag wird sofort kopiert und verteilt. Prompt konnte man am folgenden Tag in den Zeitungen lesen: Die Kali-Kumpel bleiben hart.
Was galt denn nun? Der Mittwoch oder der Donnerstag?
Duch die kämpferische Stimmung auf der Belegschaftsversammlung und die scheinradikale diplomatische Presseerklärung war die feige Kapitulation vom Mittwoch **verschleiert** worden. Zwielicht in Bischofferode. Manche Leute wußten am Donnerstag nachmittag nicht mehr, woran sie eigentlich sind. Hatte die Belegschaft nun Ja oder Nein zum Ultimatum gesagt? Die Belegschaft selbst hatte sich durch die vermittelnden Podiumserklärungen, durch die scheinradikalen Formulierungen auf dem Papier und die eigene schöne Abstimmung **beruhigen** lassen. Es herrschte die Stimmung vor: Wir kämpfen weiter - egal ob der Vorstand reindarf oder nicht. Die Sache mit dem Kapitulationsbrief war ziemlich schnell gegangen, vorgelesen - hingehört und schon wieder vorbei. Instinktiv hatten viele Kumpel gemerkt, daß da was faul ist an diesem "Kompromiß" .Einen faulen Kompromiß "riechen"ist eine Sache. Eine ganz andere ist es, der Faulheit wirklich nachzuspüren,ihr auf den Grund zu gehen und praktische Konsequenzen zu ziehen. Das geschah nicht. Die Kapitulationserklärung des Betriebsrates wurde **nicht** für ungültig erklärt und zurückgenommen. Über sie war ja auch gar nicht abgestimmt worden. Eine eigenständige und ausdrückliche Ablehnung des Ultimatums durch die Belegschaft erfolgte ebenfalls nicht. Man hatte über die Fortführung des Arbeitskampfes im **allgemeinen** abgestimmt und sich über die **konkret-praktische** Kapitulation des Betriebsrates hinwegtäuschen lassen. So fielen in Bischofferode Mittwoch und Donnerstag auf einen Tag.
Der Vorstand wußte allerdings, daß in der Praxis (und die zählt in der Politik) das Papier vom Mittwoch galt. Der Donnerstag bestand nur aus Reden und Beteuerungen. Er protestierte auch nicht weiter gegen die Presseerklärung mit den nachträglichen Bedingungen. Die Herren Teusch, Backhaus und Co. wußten, woran sie waren. Das Ultimatum hatte den gewünschten Erfolg gebracht. Der wirkliche, praktische Arbeitskampf der Belegschaft war abgebrochen. Die Produktion lief wieder an.

10. Einige abschließende Bemerkungen

Der Betriebsrat und die Belegschaft des Kali-Werkes bekamen für ihren Arbeitskampf bisher Ratschläge von: Birgit Breuel, dem Bundeskanzleramt, Propst Jäger,, 80 Kreisräten, Bischoff Demke, Bürgermeister Eugen Nolte, Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel, der Freiwilligen Feuerwehr Worbis, dem Konsul von Grenada, Gregor Gysi, Rechtsanwältin Ruth Martin, Thüringens HBV-Vorsitzendem Bodo Ramelow, Peter Arnold (Kali-Experte), Herrn Peine (Mittelständler) und seinem Rechtsanwalt Burrechter, Fritz Teppich (HBV-Senior), dem MdK-Vorstand, Papst Johannes Paul II, Egon Bahr, der MLPD, einem Bankenkonsortium, Christine Grabe (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Grüne im thüringischen Landtag), Klaus Wolfram (Neues Forum), Wieland Sorge (SPD-MdB), Frau Daniel-Wettigmeier (SPD-MdB),

Gossner Mission

dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes von Thüringen, Hermann Rappe (Gewerkschaftsvorsitzender), Stefan Heym, Rita Süßmuth, Landolf Scherzer, dem Pfarrer von Rheinhausen, vielen Betriebsräten, Bärbel Bohley (Neues Forum), Thomas Heddergott (CDA), Frau Zepp La-Rouche (Schiller-Institut), Roland Hahnemann (parteiloser Fraktionsvorsitzender der PDS-Landtagsfraktion im thüringischen Landtag), Bild-Zeitung, Neues Deutschland, Thüringer Allgemeine, Vox, ZDF, RTL, ARD, MDR, Hans Berger (Gewerkschaftsvorsitzender), Käthe Reichel, IG-Medien ... und einigen VertreterInnen der ostdeutschen Betriebsräteinitiative.

Die Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben befinden sich in derselben Situation der Lohnabhängigkeit und Ausbeutung wie die Belegschaft des Kali-Werkes. Arbeitslosigkeit und kapitalistische Produktionsweise gehören untrennbar zusammen. Belegschaften helfen Belegschaften im Kampf gegen Entlassungen und Lohndrückerei. Das ist konkrete Solidarität. Betriebsräte kümmern sich um die eigene Belegschaft - und um die anderer Betriebe. Euer Kampf ist auch unser Kampf, nur die Rollen wechseln. Ihr geht voran - und wir unterstützen. Wir stehen vorne - ihr unterstützt. Das innen wird zum außen. Außen verwandelt sich in innen. Ich bin mir voll bewußt (und wir haben in der Betriebsräteinitiative schon oft darüber gesprochen), daß die operativ-taktische Führung eines Werkskampfes bei dem entsprechenden Betriebsrat liegt. Jede politische Beratung findet ihre Grenzen an der Entscheidungshoheit des verantwortlich-führenden Gremiums, das wiederum der Kontrolle und Souveränität der Belegschaft unterliegt bzw. unterliegen sollte. Umsichtige Betriebsräte lassen sich gründlich und gegensätzlich beraten - und entscheiden dann selbst.

Der Kali-Betriebsrat wurde am Mittwoch, 18.8. durch das opportunistische Vorgehen des Betriebsratsvorsitzenden und die "Wühltätigkeit" der Werksleitung überrumpelt. Als ich nach Bischofferode kam, waren die Würfel für die Kapitulation schon längst gefallen. Ich hatte gar keine Gelegenheit zur "Einmischung". Ich sprach in der Betriebsratssitzung nur aus, was eine ganze Reihe anderer Betriebsräte und Kollegen ebenfalls dachten und zum Teil weitaus erbitterter (wenn auch nicht in der Betriebsratssitzung) formuliert hatten. Heiner Brodhun und andere haben gehandelt und handeln weiterhin. Ich war (und bin) in der Rolle des Kritikers und das bisher noch nicht einmal öffentlich. Man muß die reale Situation (ihren Wandel) in Bischofferode begreifen, auch wenn es bitter ist. Es gibt keine Werksbesetzung mehr. Die Belegschaft übt nicht mehr die Kontrolle über die Grube aus, die sie im April errungen hatte. Von dieser Schwäche des Werkskampfes können auch nicht die Aktivitäten der Hungerstreikenden ablenken. Im Dezember (wenn da voraussichtlich die EG-Entscheidung fällt) wird alles auf einmal auf die Belegschaft reinprasseln. Wer da nicht gut und umsichtig vorbereitet ist, geht unter. Hoffen und Harren - hält viele zum Narren. Wenn ein führender Betriebsrat meint: Wir sind dem Sieg noch nie so nah gewesen wie jetzt , so irrt er ganz gewaltig. Bischofferode ist längst kein ökonomisches Problem mehr. Die Grube muß von Treuhand und Regierung allein schon aus Prestigegründen geschlossen werden, damit ein für allemal klar ist, daß sich Widerstand gegen die Herren der Produktionsmittel nicht lohnt. Im Gegenteil. Er wird bestraft. Die Situation in Bischofferode ist weitaus ernster als manche das wahrhaben wollen, aber keineswegs aussichtslos, wenn man den Schwebezustand, der durch die EG geschaffen worden ist,wirklich nützt.Erste und wichtigste Voraussetzung für alles weitere, ist das Begreifen der wirklichen Lage durch die Kumpel selbst und hier können wir vielleicht ein wenig helfen.

Wer seine Lage erkannt hat - wie soll der aufzuhalten sein?

Gossner Mission

Ostwind 6.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Solidarität mit den Kali-Kumpels von Bischofferode!

Über 40 Bergleute und 20 Frauen hungern im Kali-Werk "Thomas-Müntzer" für ihre Arbeitsplätze.Die Frauen sind auf 600m Tiefe eingefahren und wollen dort solange bleiben, bis die Belegschaft den Arbeitskampf zur Rettung ihrer Arbeitsplätze gegen die Treuhandanstalt gewonnen hat.

Helft den Kali-Kumpels und ihren Frauen!
Die Belegschaft braucht praktische Hilfe, Zuspruch und Geld.

Betriebsrat und Belegschaft des Kali-Werkes Bischofferode rufen auf:

Kommt alle zum Solidaritätstag am Samstag, 10. Juli, ab 12 Uhr auf das Werksgelände in Bischofferode!

"Die Herren machen das selber, daß der arme Mann ihnen feind wird" (Thomas Müntzer)

Bringt Fahnen, Transparente und Kulturbeiträge mit!
Schickt betriebliche und gewerkschaftliche Solidaritätsdelegationen!

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271

V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin

Gossner Mission

Bischofferode: Der Kampf geht weiter

Warum soll das Kali-Werk geschlossen werden?

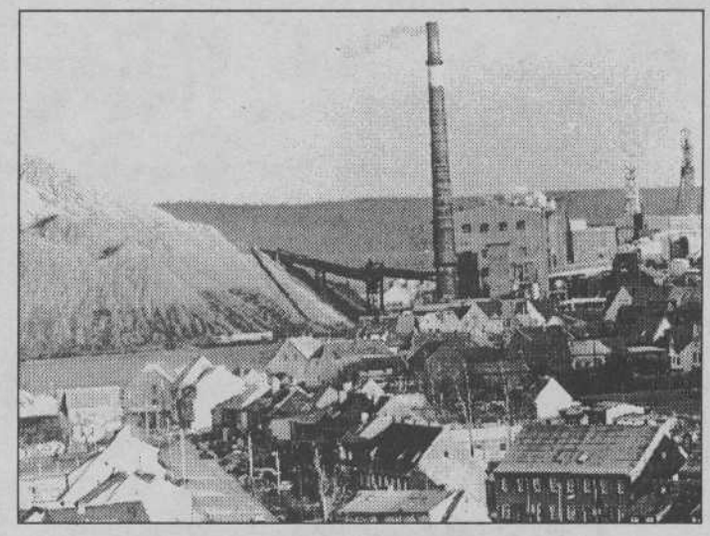
Die Treuhandanstalt (THA) hat aus den Kali-Werken Zielitz, Unterbreitzbach, Merkers und Bischofferode die Mitteldeutsche Kali AG (MdK) gebildet. Dieser ostdeutsche Betrieb soll mit der Kasseler Kali-Salz AG, eine 100% Tochter des Ludwigshafener Konzernriesen BASF, fusioniert werden. Kommt der Fusionsplan zur Ausführung, wird das traditionsreiche Kali-Werk in Bischofferode zum Jahresende 1993 geschlossen. 700 Bergleute fliegen auf die Straße. Die THA spricht von der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kaliindustrie, von Überkapazitäten auf dem Weltmarkt und Absatzschwierigkeiten für das Kali-Salz. Das sanftlebene Fleisch aus der Leipziger Straße fordert die Kumpels vom Eichfeld zu Opfern auf. BASF will Bischofferode schließen lassen,so Kali-Kumpel Walter Ertmer, damit die nord- und westeuropäische Konkurrenz auf dem Mischdüngermarkt, die von dem K 60-Salz aus Bischofferode mehr oder wenig abhängig ist, eins ausgewischt kriegt und seine Monopolstellung ausgeweitet wird.

Eine Belegschaft wehrt sich

Von den ursprünglich 1900 Kollegen arbeiten heute noch knappe 700 im Werk. Seit dem 10.12.92 wissen die Kali-Bergleute von Bischofferode, daß ihr Schacht geschlossen werden soll. Seitdem kämpfen sie mit allen Mitteln um ihre Arbeitsplätze und sie wissen die Bevölkerung der ganzen Region hinter sich. Nur die Funktionäre der eigenen Gewerkschaft IG Bergbau u. Energie unterstützen ihren gerechten und mutigen Kampf nicht, sondern haben sich auf die Seite von BASF und THA gestellt. In der vergangenen Woche haben ahnungslose und desinformierte CDU, FDP und SPD - Abgeordnete des THA- Ausschusses des Bundestages dem Fusionskonzept zugestimmt.Einfluß und Geld der großen Konzerne reichen weit. Die Kali-Kumpels haben daraufhin spontan zum Kampfmittel des Hungerstreiks gegriffen. Das Werk halten sie (bei laufender Produktion) bereits seit dem 7. April besetzt.

Solidarität ist unsere Waffe

Es ist unbedingt nötig, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in Ost und West über den betrieblichen Tellerrand hinausschauen und sich im Kampf gegen die systembedingte Arbeitsplatzvernichtung überbetrieblich und branchenübergreifend zusammenschließen.Einzeln gehen wir unter - gemeinsam sind wir stark!



Helft den Kali-Kumpels und ihren Frauen! Kommt am Samstag, 10. Juli, ab 12 Uhr auf das Werksgelände in Bischofferode!

Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann, Stichwort: Solidarität mit den Kali-Kumpels!

Wer kämpft kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!

Ostwind - Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative, V.i.S.d.P. Martin Clemens, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin.

Gossner Mission

Ostwind Bischofferode 22.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Sie streiken auch für die Zukunft ihrer Kinder Foto: Wolfgang Dürr



Helft Bischofferode!

Die Kali-Kumpels und ihre tapferen Frauen brauchen praktische Hilfe, persönlichen Zuspruch und Geld.

Das Kali-Werk bleibt besetzt. Nach wie vor harren ca. 40 Kumpels und Unterstützer (Männer und Frauen) fest entschlossen im Hungerstreik aus. Täglich fahren 20 Frauen der Kumpels zur Protestbesetzung 600m tief in die Grube ein.Eine Welle der Solidarität aus dem In- und Ausland hat eingesetzt. Betriebsräte schicken Delegationen. GewerkschafterInnen organisieren in vielen Städten Solidaritätsveranstaltungen, Ausstellungen über den Arbeitskampf in Bischofferode oder beteiligen sich am Hungerstreik. Die Belegschaft kämpft bis zum Sieg. Diesmal werden Treuhandanstalt und Kohl-Regierung in die Kniee gezwungen. Das Kali-Werk Bischofferode trägt den stolzen Namen eines Thomas Müntzer.

Der Betriebsrat des Kali-Werkes und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative rufen auf:

Kommt alle zum internationalen Solidaritätstag am Sonntag, 1. August, ab 12 Uhr vor das Werksgelände in Bischofferode!

Gerhard Jüttemann, Bischofferode Constanze Lindemann, Berlin

Bringt Fahnen, Transparente und Kulturbeiträge mit!
Schickt betriebliche und gewerkschaftliche Solidaritätsdelegationen!

bitte wenden

Gossner Mission

Ostwind Bischofferode 22.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative
Dokumentation

Erklärung des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft zu Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode. Unser Werk ist

- wirtschaftlich gesund,
- hat Lagervorräte für mindestens 47 Jahre,
- produziert hervorragendes K60/K61 für Mischdüngemittelhersteller,
- hat einen gesicherten Absatz in Nord- und Westeuropa und treue Kunden,
- hat für die Region Eichsfeld im Südharz die Bedeutung eines industriellen Kerns, von dem zahlreiche Arbeitsplätze bei Zulieferern und Handwerkern abhängig sind.

Ein solches Werk darf aus betrieblichen und regionalpolitischen Gründen **nicht** geschlossen werden, zumal immer noch eine Einzelprivatisierung an den Mittelständler Peine möglich ist. Nachdem in den vergangenen drei Jahren 22000 Arbeitsplätze in der Kaliindustrie im Südharz gegen den Willen der Betroffenen durch die Treuhandanstalt vernichtet worden sind, halten wir es für unerträglich, wenn nun auch noch die letzten verbliebenen 700 Arbeitsplätze im Werk Bischofferode plattgemacht werden sollen.

Wir kämpfen nicht nur für die Interessen der Belegschaft des Kaliwerkes Bischofferode, sondern darüber hinaus für eine **regionale industriepolitische Lösung**, die unsere arbeitslos gemachten Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarstandorten wieder in Arbeit und Brot bringt. Unser Kampf ist **gerecht** und findet wachsende Unterstützung im In- und Ausland. Die Hungerstreikenden sind fest entschlossen, den opferreichen Kampf fortzuführen.

Wir führen Verhandlungen über den Erhalt des Kalistandortes Bischofferode mit dem Bundeskanzleramt, der Landesregierung oder der Treuhandanstalt nur öffentlich vor der gesamten Belegschaft auf dem Werksgelände in Bischofferode. Über industrielle und unbefristete Ersatzarbeitsplätze verhandeln wir **nur**, wenn ein konkretes, bis ins Einzelne (Arbeitsplatzbeschreibung) gehendes, schriftliches Konzept vorgelegt wird, das für jedes Belegschaftsmitglied **juristisch einklagbar** ist. Bisher sind nur windige und völlig unverbindliche Versprechungen gemacht worden.

Wer industrielle Kerne erhalten will, kann damit in Bischofferode anfangen. Wir weigern uns entschieden, für die **egoistischen Profit- und Monopolbestrebungen** des Chemiekonzerns BASF unser traditionsreiches Werk und unsere Arbeitsplätze zu opfern. Wir wollen nicht in eine Verwahrungsgesellschaft und in Arbeitslosigkeit abgeschoben werden, sondern in Würde arbeiten und leben.

Am 1. August findet vor dem Werk ab 12 Uhr ein internationaler Solidaritätstag statt.

Bischofferode kämpft weiter!

Bischofferode am 22.Juli 1993

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271
Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
Bitte diesen Aufruf nachdrucken und in Belegschaften und Gewerkschaften verbreiten.
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin
Ostwind -Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600

Gossner Mission

Ostwind Bischofferode 8.8.93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative



Schützt Bischofferode!

Keine Stillegung ! Solidarität jetzt!

Der Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG hat der Belegschaft und dem Betriebsrat des Kali-Werkes Bischofferode am 4.8. ein Ultimatum gestellt. Entweder geben sie bis zum 20.8. (Ende der Betriebsferien) eine Kapitulationserklärung über die Beendigung der Werksbesetzung und des Hungerstreikes ab oder die Produktion wird aus "sicherheitlichen Gründen" nicht wieder angefahren. Sprich: Stillegung der Grube. Die Kali-Kumpel sollen erpreßt werden. Treuhand und Regierung wollen den Unruheherd Bischofferode austreten, ehe er sich richtig ausbreiten kann. Angesichts dieser dramatischen Verschärfung der Situation rufen der **Betriebsrat** des Kali-Werkes und die **ostdeutsche Betriebsräteinitiative** alle Kolleginnen und Kollegen in Ost und West, alle Betriebsräte, Personalräte und GewerkschafterInnen, alle Freunde, Unterstützer und Mitkämpferinnen der Kali-Kumpel erneut zur Solidarität auf:

Kommt alle zum Aktionstag
am Samstag,21. August, ab 13 Uhr vor das Werksgelände in Bischofferode!
Unterstützt durch aktive Teilnahme Werksbesetzung und Hungerstreik!
Beteiligt Euch an der Betriebsrätekonferenz um 16 Uhr 30!

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271
Faxe an den BR des Kali-Werkes können auch an die IG-Medien Berlin, Fax Nr. 030/7855798 geschickt werden.
Spendet auf das Konto Nr. 36031038, Kreissparkasse Worbis, BLZ 82054022, Gerhard Jüttemann
Stichwort: Kali-Werk
Bitte diesen Aufruf nachdrucken und in Belegschaften und Gewerkschaften verbreiten.
V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin
Ostwind -Redaktion: Tel. u. Fax: 030/2755600
bitte wenden

Gossner Mission